

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzelnummer: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 19 / II. Jahrgang

Erste Januarwoche 1935.

DER REVOLUTIONÄRE TERROR oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

unmittelbar im Anschluss an die Ermordung von Kirow in Leningrad wurden etwa 100 Weissgardisten erschossen, die vom Ausland nach der Sowjetunion gekommen waren, um dort terroristische Akte zu verüben.

Am 29. Dezember wurde der Mörder Kirows neben 13 anderen Angeklagten zum Tode verurteilt und erschossen.

Die 14 Angeklagten hatten nach der Anklage in Leningrad eine terroristische illegale Organisation gebildet, die vom "Leningrader Centrum" geleitet wurde. Sie stützten sich auf die trotzkistisch-sinowjewistische Plattform. Das Ziel des von langer Hand vorbereiteten Terroraktes, war die Beseitigung der bekannten Führer der KP der Sowjetunion, Stalin, Molotow, Kaganowitsch, Kirow. Die 14 Angeklagten waren Reste der Sinowjewschen Oppositionsgruppe in Leningrad, die von Kirow aufs schärfste bekämpft worden war. Kirow war Mitglied des Politbüros der Partei und Leiter (Sekretär) der Leningrader Parteiorganisation. Er war der unmittelbare Nachfolger Sinowjews in dieser Stellung. Die Verurteilten waren fast alle frühere Parteimitglieder, wurden im Zusammenhang mit der Sinowjew-Trotzki Opposition aus der Partei ausgeschlossen, aber auf Grund von Loyalitätserklärungen wieder aufgenommen. Nach der Anklage war der Bruder Nikolajew mit einem Konsul einer Fremden Macht in Verbindung getreten, hatte sich bereit erklärt, ihm Informationen zu geben und hatte von ihm 5000 Rubel für die Gruppe erhalten. Der Konsul soll sich bereit erklärt haben, die Verbindung mit Trotzki zu besorgen.

Das sind die wesentlichen Punkte der Anklage gegen die 14 Leningrader. Ferner wurden Sinowjew, Kamenjew und einige andere ihrer früheren Anhänger verhaftet. Dazu wurde die Erklärung abgegeben, dass nicht genügend Material vorhanden sei, um sie vor Gericht zu stellen; sie würden einer Kommission des Kommissariats des Innern überwiesen, die über die administrative Verschickung (Verbannung) entscheiden sollte.

Soweit die wichtigsten Tatsachen, die offiziell bekannt gegeben worden sind.

Die reaktionäre bürgerliche Presse vor allen der Länder, die am meisten an sowjetfeindlichen Aktionen beteiligt sind, umspannen diese Tatsachen mit einem Netz phantastischster Erfindungen - von Aufständen, Strassenkämpfen, von Kanonendonner in Leningrad usw. Die "Elz" betätigt sich ganz in diesem Sinne. Die Korrespondenten anderer bürgerlicher Zeitungen stellen jedoch fest, dass diese Nachrichten rein aus den Fingern gesogen sind; dass in Leningrad, Moskau usw. die breiten Massen der Arbeiter einhellig und geschlossen ihre Trauer für Kirow demonstrieren und den Mord verurteilen.

Die sozialdemokratische Presse verschiedener Länder, vor allen Englands, hat die Ereignisse benützt, um die Sowjetregierung wegen der Erschiessungen anzuklagen, einige sind sogar soweit gegangen, die Erschiessungen in der Sowjetunion dem blutigen 30. Juni Hitlers gleichzustellen.

und in einem Atem zu verurteilen. Die menschowistische Partei ausserhalb der Sowjetunion hat eine offizielle Erklärung abgegeben, in der sie 1) den Terrorakt gegen Kirow ablehnt, 2) gegen die Verschärfung und Beschleunigung der revolutionären Gerichtsprozedur gegen Terroristen protestiert und 3) Protest erhebt gegen die Erschiessung der Weissgardisten.

Welche Stellung müssen die revolutionären Arbeiter zu diesen Ereignissen einnehmen?

Diese Stellung muss diktiert sein vom Interesse der Verteidigung der Sowjetmacht, vom Standpunkt der revolutionären Zweckmässigkeit. Um den Terrorakt gegen Kirow gruppiert sich das gesamte weissgardistische Gesindel und die internationale sowjetfeindliche Reaktion. Sie schöpfen aus der Ermordung Kirows Hoffnungen auf die Zersetzung und Erschütterung der Sowjetmacht von innen heraus. Sie verstärken die internationale Wühlarbeit, um die konterrevolutionäre Intervention gegen die Sowjetmacht zu beschleunigen. Ihnen musste gezeigt werden, dass die Sowjetmacht die werktätigen Massen fest hinter sich hat und dass sie jeden Schlag ihrer Feinde mit einem stärkeren Schlag beantwortet. Deshalb sind 100 Weissgardisten, die mit terroristischen Absichten ins Sowjetgebiet eindrangen, erschossen worden. Der rote Terror hat den Vertretern des weissen Terrors einen Schlag versetzt. Die Sowjetmacht hat recht daran getan.

Dass der Mörder Kirows und die Angehörigen der Gruppe, die mit ihm zusammen die Aktion organisierte und vorbereitete, erschossen wurden, entspricht dem Gesetz der Revolution. Dass es sich um Parteimitglieder handelt, die im Parteikampf zum individuellen Terror griffen, vermindert nicht ihre Schuld, sondern verschärft sie.

Häufig wird eingewandt: was haben Trotzki, Sinowjew, Kamenjew mit diesem Akt zu tun? Niemand beschuldigt sie, dass sie mit dem Terrorakt gegen Kirow unmittelbar etwas zu tun hatten. Aber die Tatsache steht fest und lässt sich hundertfach belegen, dass der Standpunkt Trotzki gegenüber der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihrer Leitung sich in nichts von dem der Konterrevolution unterscheidet: die Liquidierung der KP und ihrer Führung, der Neuaufbau einer Kommunistischen Partei und ihrer Führung wurde und wird gefordert. In der Ausführung bedeutet das den Bürgerkrieg gegen die Sowjetmacht und wenn die Kraft dazu nicht reicht, den individuellen Terror, sowie die Intervention.

Die Weissgardisten fordern die Vernichtung der bestehenden KP und die Beseitigung ihrer Leitung im Interesse der Konterrevolution. Trotzki fordert es im angeblichen Interesse der Erhaltung der Revolution in der Sowjetunion und der internationalen proletarischen Revolution.

Die objektiven Folgen sind in einem wie im anderen Fall dieselben. Der Vernichtungskampf gegen die bestehende Kommunistische Partei in der Sowjetunion fordert - mit welcher Begründung auch immer - wirkt konterrevolutionär und wird mit Recht nach diesen tatsächlichen Wirkungen behandelt. Dem konterrevolutionären, gegen den Bestand der Kommunistischen Partei und damit der Sowjetmacht gerichteten Terror, antwortet mit Fug und Recht der revolutionäre Terror.

Dieselben reformistischen Führer, die jetzt über diese Antwort ein internationales Klage- und Anklagegeheul anstimmen, sind niemals vor dem brutalsten Terror gegen revolutionäre Arbeiter zurückgeschreckt, wo es die Verteidigung der bürgerlichen Klassenherrschaft galt. Es genügt, die Namen Noske, Scheidemann, Ebert, Landsberg zu nennen. Sie heulen nur, wenn der Terror Angehörige der Bourgeoisie trifft oder solche, die objektiv in ihrem Interesse gegen die proletarische Revolution handeln.

Diesem Geheul gegenüber verteidigen wir klar und eindeutig das Recht und die Pflicht der proletarischen Revolution, dem weissen Terror den roten Terror, das Gesetz der Revolution, entgegenzustellen.

Die "Neue Welt" schweigt noch immer zum Briefe M. Walters. Wie lange braucht es wohl bis eine solche Neuigkeit in ihren Spalten Beachtung findet??

DER STREIK VON ROANNE.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Frankreich gehört zu jenen Ländern, in denen sich die Krise im Laufe des Jahres 1934 stark verschärft hat, und am stärksten ist davon die Textilindustrie betroffen.

Diese Krise wollen die Unternehmer ausnutzen. Zu diesem Zweck sollen die Produktionsziffern mit dem Verbrauch in Übereinstimmung gebracht werden, was durch Betriebsstilllegungen, Vernichtung von Maschinen und Webstühlen und durch Ausdehnung der Kurzarbeit auf die gesamte Textilarbeiterschaft erreicht werden soll. Gleichzeitig verstärken sie die Rationalisierung und kürzen einer Arbeitergruppe nach der anderen in verschiedenen Formen die Löhne, bereiten aber auch eine Generaloffensive auf die Löhne aller Textilarbeiter vor.

Nach den Angaben des Unitären Textilarbeiterverbandes sind über 100 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen von Lohnkürzungen zwischen 8 und 20 % bedroht. Dabei sind selbst nach den Angaben der Unternehmer in vielen Gegenden die Löhne bereits um die Hälfte gekürzt worden, so dass Wochenverdienste von 50 bis 75 Franken häufig sind und es sogar Orte gibt, in denen Arbeiterinnen nicht mehr als 6 Franken täglich verdienen.

In dieser Lage kommt dem Massenstreik von Roanne besondere Bedeutung zu.

Am 8. November kündigten die Unternehmer, die Mitglieder des Verbandes der Textilunternehmer sind, eine Kürzung der Löhne um 12 Prozent an. Die Löhne der Textilarbeiter betragen durchschnittlich 200 Franken im Monat. Diese Massnahme wurde daher als Provokation empfunden. Die unitären Gewerkschafter von Roanne antworteten darauf zunächst mit einer Teilaktion, der sofortigen Stilllegung von drei wichtigen Betrieben und entfalteten eine breite Massenbewegung. Eine am gleichen Tage einberufene Massenversammlung beschloss einstimmig den Streik. In 48 Stunden war der Streik in 20 Webereien, Appretur- und Färbereibetrieben fast zu 100 Prozent durchgeführt. 4-500 Arbeiter standen im Streik.

Besondere Arbeit wurde unter jenen Arbeitern geleistet, die von den Lohnkürzungen nicht unmittelbar bedroht waren. Diese Arbeiter schlossen sich dem Streik an und forderten die Unterzeichnung eines Kollektivvertrages, der ihnen die Löhne für drei Monate sichern soll. Zehn Unternehmer unterzeichneten solche Verträge. Einer von ihnen musste sogar eine schon zwei Wochen lang geltende Lohnkürzung zurückziehen. Die Verträge wurden der allgemeinen Versammlung der Streikenden unterbreitet, die beschloss, die Arbeit in diesen Betrieben wieder aufzunehmen. Die Arbeiter dieser Betriebe beschloss, 12 Prozent ihres Lohnes für die Unterstützung der Streikenden zu verwenden.

Jetzt kämpfen 8000 Arbeiter, und die Streikfront erstarkt täglich. Es wurden Schritte eingeleitet, um den Streik auf solche Bezirke auszuweiten, die auch von Lohnkürzungen bedroht sind.

Beim Ausbruch des Streiks wurde sofort die Aktionseinheit zwischen reformistischer und unitärer Gewerkschaft gebildet. Alle Massnahmen zur Führung des Kampfes wurden gemeinsam beschlossen. In gemeinsamen Betriebsversammlungen wurden Betriebs-Streikausschüsse gewählt. Auf die gleiche Art wurden die örtlichen Streikausschüsse gebildet. Der Zentrale Streikausschuss umfasst Delegierte aller Betriebe und aller Richtungen und wurde von allen Streikenden gewählt.

Die Werbung neuer Mitglieder geschieht durch eine Beitrittserklärung und jedem Streikenden wurde es freigestellt, sich die Organisation zu wählen, der er beitreten will.

Die Schaffung der Aktionseinheit hat unter den Streikenden grosse Begeisterung hervorgerufen. Auch die christlichen Arbeiter sind vom Einheitswillen erfasst. Die christliche Gewerkschaft mit ihren 70 Mitgliedern war gezwungen, dem Zentralen Streikausschuss beizutreten. Die unitäre Gewerkschaft schlägt die Einheitsgewerkschaft des ganzen Bezirks vor.

Die Unternehmer wenden verschiedene Manöver an, um die Einheits- und

Streikfront zu erschüttern. Nachdem diese Versuche fehlschlagen, glauben sie die Streikenden durch Hunger und Repressalien zermürben zu können. So versenden sie individuelle Briefe, in denen sie mit Entlassung drohen. Daneben liessen sie grosse Polizeikräfte im Streikgebiet konzentrieren, die Demonstrationen verbieten, dem sozialistischen Maire die Verfügungsgewalt über die Polizei nehmen und den Sekretär der unitären Gewerkschaft verhaften.

Aber all dies verstärkte nur den Kampfwillen der Streikenden, die durch eine spontane Demonstration die Freilassung ihres Sekretärs erzwangen.

Die Solidaritätskampagne für die Streikenden hat bisher über 100 000 Franken aufgebracht und muss weitergeführt werden. Der Aufforderung der unitären Textilarbeitergewerkschaften an die CGT zur gemeinsamen Organisation dieser Kampagne haben bisher nur die reformistischen Gewerkschaften von Amiens, Comines und Armentières zusagehaft geantwortet. Das Proletariat Frankreichs muss die Solidaritätskampagne verstärken, um den Sieg der Streikenden von Roanne zu sichern, der ein Sieg der gesamten Arbeiterklasse sein wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zum neuen Weingesetz:

Flandin und die Weinfrage.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Zusammen mit ihrem Getreidengesetz hat die Regierung Flandin auch ein Gesetz zur Regelung des Weinmarktes im Parlament durchgebracht.

Ebenso wie das Getreidengesetz bringt auch das Weingesetz der Regierung Flandin den kleinen Bauern keine Erleichterung ihrer schweren Lage.

Die Lage des Weinbaus in Frankreich ist ein Musterbeispiel für die Auswirkungen der kapitalistischen Widersprüche auf die Bauernschaft. Wir haben gegenwärtig eine Überproduktion von Wein in Frankreich, d.h. es wird mehr Wein erzeugt als sich zahlungsfähige Konsumenten dafür finden. Die Ursache dafür ist einmal, dass infolge der Weltwirtschaftskrise (und der Zollmassnahmen der anderen kapitalistischen Länder) die Ausfuhr an französischen Weinen stark zurückgegangen ist und dass die durch die Krise, die kapitalistischen Regierungen und die Unternehmer herbeigeführte Senkung der Lebenshaltung der Werktätigen auch den einheimischen Massenkonsum von Wein verringert hat; zweitens aber ist in der Nachkriegszeit das Angebot von Wein in Frankreich fortwährend gestiegen und zwar durch vermehrte Zufuhr aus den Kolonien, aus Algerien und Tunis. In diesen Kolonien wird der Weinbau von grossen Unternehmern betrieben. Der kleine Winzer, der gegenüber dem Grossbetrieb als Konkurrent ohnehin von vornherein im Nachteil ist, kann erst recht nicht gegenüber den kolonialen Grossgütern aufkommen, die nicht nur über die Vorteile des Grossbetriebs verfügen, sondern ihre Produktionskosten ausserdem noch dadurch niedrighalten können, dass sie ihren Arbeitern koloniale Kullilöhne zahlen. (Das ist ein Beispiel dafür, dass die koloniale Ausbeutung nur einem kleinen Haufen französischer Kapitalisten zugutekommt, sich aber gegen die Interessen der Werktätigen Frankreichs auswirkt).

Die Hauptleidtragenden der Krise der Weinproduktion sind die kleinen Winzer und die Landarbeiter des Weinbaus. Die Besitzer grosser Weingüter (Gutsbesitzer, Grossbauern) benützen die Krise, um die Löhne ihrer Landarbeiter zu drücken. Die kleinen Winzer werden von den kapitalistischen Weinhändlern gezwungen, ihre Erzeugung zu Spottpreisen zu verkaufen; auf sie kann der Weinhandel einen viel grösseren Druck ausüben als auf die grösseren Weinproduzenten, die nicht dauernd an barem Geldmangel leiden. Die Kapitalisten des Weinhandels sind bestrebt trotz der Krise ihre Gewinne auf Kosten der Winzer und der Konsumenten zu halten. So kommt es, dass der Wein, den der französische Arbeiter kauft, nicht oder nur unwesentlich billiger wird, obwohl der Winzer viel weniger dafür erhält.

Was bringen nun die Massnahmen der Regierung Flandin?

Einmal soll die Weinproduktion gedrosselt werden. Insbesondere soll die Züchtung bestimmter Rebensorten (der Hybriden) verboten werden. Die Mass-

nahmen gegen die Hybridenreben werden mit der Sorge um die Hebung der Qualität der Weine begründet. Aber diese Massnahme trifft (vor allen in Innerfrankreich) in erster Linie die kleinen Winzer, denn diese Rebensorten sind widerstandsfähiger und liefern pro Hektar mehr als andere Reben. Der kleine Winzer baut diese Rebe an, weil er nur wenig Land hat und weil eine schlechte Weinlese (mit der er bei weniger widerstandsfähigen Reben eher rechnen müsste) für ihn eine schwere Notlage bedeutet.

Dann will die Regierung den Weinmarkt von den "Überschüssen" entlasten, d.h. eine bestimmte Menge Wein aufkaufen, von der ein Teil zu Spiritus verarbeitet werden soll. Die Mittel zu dieser Operation müssen die Werktätigen aus Steuermitteln aufbringen, nach den bisherigen Erfahrungen, die mit solchen und ähnlichen Massnahmen in Frankreich und in anderen Ländern gemacht worden sind, ist aber anzunehmen, dass diese Subvention nicht den kleinen Winzern zu gute kommen wird, sondern dem Weingrosshandel, den Spiritusbrennern, den grossen Weinproduzenten usw.

Es ist bezeichnend, dass die Regierung den Antrag des komm. Abgeordneten Renaud Jean ablehnen liess, der verlangte, dass der von der Regierung aufgekaufte Wein zu einer Aufbesserung der Soldatenration verwandt werden sollte. Dafür ist kein Gold da. Die Milliarden des Rüstungsbudget werden zu anderen Dingen verwandt, als zu einer Aufbesserung der Lage der Masse der Soldaten und überhaupt sieht die Regierung bei der Behandlung des Weinproblems auf die Interessen der grossen Weingüter und des Weingrosshandels, nicht aber auf die der grossen Masse der Konsumenten.

Das Weingesetz der Regierung Flandin zeigt, dass die Not der kleinen Winzer und der Lendarbeiter im Weinbau nicht im Rahmen des Kapitalismus beseitigt werden kann.

Die proletarische Diktatur wird diese Not beseitigen. Sie wird den kleinen Winzern mit Krediten beistehen und es ihnen durch ihre Hilfe ermöglichen, sich zu kollektiven Grossbetrieben zuzuschliessen. Sie wird die allgemeine Lebenshaltung der Werktätigen heben und damit auch einen Zustand beseitigen, dass Wein, Brot und andere Erzeugnisse der Landwirtschaft keinen Absatz finden.

Was die unmittelbaren Massnahmen anbetrifft, so müssen wir den kleinen Winzern klarmachen, dass sie den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitaloffensive durch ihre aktive Sympathie unterstützen müssen, denn jede Senkung der Löhne, Gehälter und Pensionen verschlechtert auch die Lage der kleinen Bauern, engt den Massenabsatz für ihre Produkte ein. Ferner muss gefordert werden, dass die Regierung mit Mitteln, die durch eine Belastung der Reichen aufgebracht werden, den kleinen Bauern, darunter auch den kleinen Winzern hilft - durch zinslose Betriebskredite, und indem sie ihnen ihre Produkte abkauft, um sie den Arbeitslosen und Berufslosen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ferner muss die Annulierung der Schulden, die Streichung aller Steuern für die kleinen Winzer, wie für alle kleinen Bauern, die keine fremde Arbeitskraft ausbauen, gefordert werden.

Des werktätigen Winzers Platz ist an der Seite der Arbeiter, im Kampf gegen Kapitaloffensive und Faschismus, im Kampf für den Sturz der Kapitalherrschaft, für die Errichtung der Räteherrschaft der Arbeiter und Bauern, ~~alsxÜberrgangsmass~~ für die Kontrolle der Produktion und Verteilung durch Organe der Arbeiter und der werktätigen Bauern als Übergangsmassnahme zur sozialistischen Planwirtschaft!

Sie kommen immer mehr auf den Hund:

Die "Volksfront" gegen die Sowjetunion.
 =.

"Das Militärbündnis, das vom imperialistischen Frankreich abgeschlossen wurde, die engen Beziehungen, Moskau-Paris, die über den Rahmen normaler diplomatischer Beziehungen weit hinausgehen, machen es tatsächlich der französischen Linienpartei auf die Dauer unmöglich, eine Politik zu betreiben, die der imperialistischen Regierung in Paris missfällt. Die französische Linienpartei muss sich der Moskauer Aussenpolitik anpassen; sie muss biegen oder brechen!" (Neue Welt, 28.12.34.)

Die "Elz" macht gegenwärtig in Stimmungsmache gegen die Sowjetunion und in deutsch-französischer Verständigung. In einer einzigen Nummer (v. 31. 12. 34.) bringt sie drei Schwindelmeldungen. In der ersten behauptet sie, Sowjettruppen hätten unter den Bauern, die sich der Getreideabgabe gewaltsam widersetzt haben, ein furchtbares Gemetzel angerichtet. 2000 Totopfer seien das Ergebnis gewesen. In der zweiten Meldung wird behauptet Sinowjew und Kamenjew seien erschossen worden. In der dritten wird aus Basel gemeldet, dass in Russland 57 Bischöfe und 18 500 Geistliche starben, von denen der grösste Teil von der GPU ermordet wurde.

Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite, ist die offene Solidarisierung mit jenen politisch reaktionären -faschistischen Kreisen in Frankreich, die das russisch-französische Verhältnis stören und es durch die deutsch-französische Verständigung ersetzen ~~wäxxw~~ möchten. Wessen Interessen die "Elz" wahrnimmt, das pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern.

In ähnlichen Fusstapfen wandelt der andere Volksfrontpartner, die UPR. An die Stelle von Hitler tritt hier der Duce Mussolini und der Arbeitermörder Dollfuss und sein christlicher Ständestaat. Nach dem "Elsässer" (30. 12. 34.) sind in Russland infolge des Fünfjahresplanes und der damit verbundenen gründlichen Beseitigung von Religion und jeden Eigentums (wer hat wohl noch einen eignen Anzug in Russland?) 6 Millionen Menschen verhungert. Welche Doppelzüngigkeit die ehrenwerten "Christen" im Elsässer bei ihrer Russlandhetze anwenden, geht aus folgenden Zitaten hervor, die wir hier wiedergeben:

1.) "... Die Geistlichen, orthodoxe und katholische, werden, wo man ihre habhaft wird, eingekerkert und zu Zwangsarbeiten verurteilt. Die Gläubigen, die an einem Gottesdienst teilnehmen, werden schwer bestraft..."
 2.) "Trotzdem scheint die Ausrottung der Religion nicht zu gelingen. An den heurigen Ostern waren die wenigen noch existierenden Kirchen überfüllt, selbst Kommunisten fanden sich ein..."

In solch unangenehme Widersprüche geraten die Herren vom "Elsässer" bei ihrem Bestreben ihren Anhängern das Gruseln beim Worte Sowjetrussland heizubringen.

In einer Zuschrift eines alten Felsoldaten wird im "Elsässer" gegen die Geheimdiplomatie gewettert. Natürlich richtet sich dieser Erguss nicht gegen die Geheimdiplomatie des Papstes, sondern gegen angeblich geheime Abmachungen der französischen und russischen Regierung. Innerpolitisch wird in der gleichen Nummer des "Elsässer" die Linie der Staatsreform in der Richtung des christlichen Ständestaates fortgesetzt und dem Abgang des "greisen Herrn Doumergue" nachgetrauert.

Ist es da verwunderlich, dass unsere "prinzipienfesten" Ritter von der Mairiepartei, nun auch gegen die russisch-französische Annäherung Stellung nehmen müssen. Zu diesem Zweck wird das Triumvirat unter der Anleitung Kasputins hellhörig und nimmt die Manöver unserer Grossbourgeoisiepresse für bare Münze -oder tut wenigstens so. Hat da im "Mühlausener Tagblatt" einer geschrieben, dass die Sowjets mit der Haltung der französischen Kommunisten wegen ihrer Stellung zur elsass-lothringischen Frage und der Haltung zu den Militärkrediten unzufrieden sein sollen. Kasputin kann natürlich keine russische Zeitung und keinen russischen Kommunisten mit dem Namen anführen, von dem der Schmock des "Tagblatts" solches gehört hat. Aber das ist für die "NW" von keiner Bedeutung. "Elz" und "Elsässer" machen in Russlandhetze -also muss auch die "NW" vom angeblichen "reinen" kommunistischen Standpunkt aus ihren Volksfrontfreunden sekundieren.

Wieweit die Mairie-Troika dabei geht ergibt sich aus dem von uns eingangs zitierten Artikel, worin es u. a. heisst:

"Bei aller Hochachtung, die wir für die russische Revolution haben, lehnen wir aber grundsätzlich die Bündnispolitik der Sowjetdiplomatie ab. Sie führt zur Kapitulation und zur Liquidation jener grossen Partei, die unter dem Banner Lenins in jedem Lande den Sturz der eignen Grossbourgeoisie herbeiführen sollte. Wenn es noch keine kommunistische Opposition gäbe, dann müsste sie heute von dem klarschenden Kern der Arbeiterklasse gegründet werden."

Wir bedanken uns bestens für diese "KPO". Die Komm. Opposition Deutschlands, Amerikas, Dänemarks, der Tschechoslowakei und der Schweiz, haben diesem "klarsehenden" Kern der Mairiepartei gerade wegen seiner "Klarheit" den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Die Mairie-Troika ist heute grundsätzlich gegen die "Bündnis"Politik der Sowjetdiplomatie. Sie ist also für die Liquidierung der derzeitigen Verhältnisses zwischen Frankreich und Russland und grundsätzlich für die Isolierung der Sowjetunion. Damit wirkt sie indirekt für die Kräfte der dunkelsten Reaktion, die heute bemüht sind das russisch-französische Verhältnis zu sprengen und an dessen Stelle eine Koalition gegen die Sowjetunion zu setzen.

Sollen wir annehmen, dass die Hueber-Goetz-Mourer nicht die Konsequenzen ihrer Haltung zur Aussenpolitik der S.U. sehen? Nein! Sie haben seinerzeit nichts gegen die russische Politik der Ausnutzung des deutsch-französischen Gegensatzes, wie sie mit dem Abschluss des Rapollovertrages eingeleitet wurde, einzuwenden gehabt. Wenn sie heute ihre grundsätzliche Gegnerschaft zur Sowjetdiplomatie betonen und im Chor mit ihren Volksfrontbrüdern die Arbeiter dagegen aufrufen, dann aus zwei Gründen: 1.) weil ihre Gegnerschaft zum französischen Imperialismus nicht auf einer internationalistisch-kommunistischen, sondern einer kleinbürgerlichen und autonomistischen Einstellung beruht, 2.) weil sie bestrebt sein müssen ihre Bündnisfähigkeit für die Volksfrontpartner zu erhalten und zu diesem Zweck müssen sie auch eine Politik betreiben, die gegen die Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Reihen gerichtet ist.

Wir aber werden nicht erlauben diese Politik ins rechte Licht zu setzen damit jeder Werktätige sie als das erkennt, was sie ist:

Handlangerdienst für die Reaktion!

Nach der Konferenz der Einheitskomitees:

Was die "Neue Welt" davon berichtet: =

Seit dem Ausschluss von Hueber und Mourer, gibt sich ihr Organ die "Neue Welt" die erdenklichste Mühe, genau wie der "Temps" die proletarische Einheitsfront in den Kot zu ziehen, ihr die grössten Schwierigkeiten zu bereiten und sie zu sabotieren.

Für diese Rolle findet Hueber immer Elemente, die er systematisch durch Beschaffung von Drückpöstchen heran zu züchten versteht. So fand sich auf der Einheitskonferenz in Strassbourg am 16.12. auch einer um diese Rolle zu spielen. Er hört auf den Namen Lustig. Seine von Hueber aufnotierten Sätze hat er runtergesteckt und sich wieder gesetzt. Sicher glaubte er damit weitere Punkte bei seinem Herrn und Meister gewonnen zu haben. Kein Wort verlor Lustig über die wirklichen Kampfaufgaben. Dazu hatte er ja auch keinen Auftrag. Es ging ihm nur ums Geld für die Union-Theatermiete.

Das Einheitskomitee soll bekanntlich 600 Fr. (sechshundert) Saalmiete für das Union-Theater bezahlen, ohzwar der Saal auch schon für 300 Fr. vermietet wurde. Das Einheitskomitee war ausserstande diese horrenden Summe zu zahlen. Als "antifaschistisch seinwollender Gemeinderat" hätte man mit etwas weniger Miete diese rein proletarische Veranstaltung unterstützen können. Man hat doch auch einem rein bürgerlichen Sportsverein 10 000 Fr. als Subvention bewilligt.

Dass dieser lustige Lustig das Pulver nicht erfunden hat, hat er auf der Konferenz und erst recht in seinem Bericht bewiesen. Über das Prädikat "Stehaufmännchen", dass der Vorsitzende der Konferenz, Kamerad Roenfanz erhält, gehen wir mit einer Handbewegung hinweg. Bei den Kapores gilt doch jeder als "Stehaufmännchen", der nicht so, wie mancher seiner Kameraden von der Kapores, wegen der Futtergrippe umgefallen ist.

Kamerad R. soll gehörig über die Kapores hergefallen sein? In Wahrheit hat Kamerad R. zwei Stellen aus der "NW" zitiert. In der ersten hiess es, "das -gemeint war die Einheitsfront - machen wir nicht mit". Die zweite lautete, "dass die KPO immer vor einer proletarischen Einheits-

front gewarnt hat". Kamerad R. hat unter Hinweis auf diese Äußerungen erklärt, dass dies Beweise sind, dass die Kapo nie ehrlich die Einheitsfront gewollt hat. Damit haben Hueber u. Gen., dass, was sie selbst jahrelang am lautesten verlangt haben, als pure Demagogie enthüllt. So wie Hr. M. Walter nur zum Schein in Autonomismus gemacht hat, so hat auch Hueber nur zum Schein in Einheitsfront gemacht. Gleiche Brüder, gleiche Kapo! Die Kritik des Kameraden R. war also voll auf berechtigt. Oder glaubt Lustig, dass dafür seine Partei besonders gelobt werden muss? Wer vor der proletarischen Einheitsfront warnt, ist gerichtet wie Doumergue, der auch vor ihr gewarnt hat.

Das im Bericht der "NW" angeschnittene Kapitel Solidaritätsgefühl wollen wir nicht anschnitten. Wir verweisen nur darauf, dass man politische Emigranten nicht mitten in der Nacht in ihrem Zimmer überfällt und bedroht und ihre Unterstützung nicht davon abhängig machen darf, dass sie nicht Gegner der Volksfront sein dürfen. Also bitte nicht so laut von wegen dem Solidaritätsgefühl der Kapores.

Dass Kamerad R. nicht in der Krutenau war, war gewiss ein Fehler, den er ehrlich genug ist einzugestehen. Er hatte zwischen zwei Verpflichtungen zu wählen. Es scheint aber so zu sein, dass es auffällt, wenn er nicht überall dabei ist, während man es bei anderen schon gewohnt ist.

In dem Bericht der "NW" finden wir auch folgendes interessante Geständnis: "Wir zweifeln gewiss nicht daran, dass eines Tages der antifaschistische Block zustande kommen wird". Hört, hört! Der Portier des Hr. Maire vergisst nur zu sagen, ob die Kapores mit dabei ist. Auch für die Demagogen der Kapo wird die Stunde schlagen.

Einige Konferenz-Teilnehmer.

Die Beantenvorlage im Gemeinderat:

Unser "Beamtenfeindlichkeit!"

Die "NW" ist krampfhaft bemüht, die Haltung der KP-Fraktion und unseres Kameraden Hirtzel zur Vorlage betreffs Beförderungen, Klassenumrechnungen, Festanstellungen, Statutenänderungen und Zulageverteilungen an städtische Beamte zu verdrehen. Unser Kamerad Hirtzel hat sich mit der kp-Fraktion bei der Abstimmung zur Vorlage der Stimme enthalten, weil die für diese Vorlage nötigen 295 000 Frs nicht im bereits verabschiedeten Budget vorgesehen waren, obzwar sie ins ordentliche Budget gehören, weil wir gegen die vollkommen willkürliche Zulagenwirtschaft für einzelne höhere Beamte sind. So wurde einem Chef divisionär, der bereits 60 000 Frs. Gehalt erhält, eine nichtpensionsfähige Zulage von 10 000 Frs. bewilligt, weil bereits ein anderer Beamter in ähnlicher Funktion eine solche besitzt. Wir verlangen eine solche Regelung der Gehaltsstufen ohne das Zulagen, nötig sind und für Mammutgehälter sind wir überhaupt nicht zu haben.

Dazu kommt noch, dass die Verwaltung trotz des ausdrücklichen Verlangens es abgelehnt hat, dem Gemeinderat die Vorlage im Umdruckverfahren zu zustellen, um auf diesem Wege den Gemeinderatsmitgliedern die Möglichkeit gründlicher Prüfung der Vorlage zu geben. Die Verwaltung hat also den Gemeinderatsmitgliedern die Möglichkeit genommen die Auswirkung der Vorlage im gesamten, wie in einzelnen Punkten genau zu prüfen. Nicht einmal die Kommissionsmitglieder haben die Vorlage in die Hand bekommen. Mit dieser Hitlermethode sind wir nicht einverstanden.

Das sind die Gründe für die Stimmenenthaltung. Kamerad Mohn hat ausdrücklich erklärt, dass die Stimmenenthaltung sich nicht gegen die fälligen Beförderungen und nicht gegen die Änderung des Paragraphen des Beamtenstatuts bezüglich der Anrechnung der Dienstjahre bei der Einreihung in eine höhere Klasse richtet, sondern dem durchaus zu zustimmen sei.

Damit genug.

Kameraden! Lest und verbreitet die "Arbeiterpolitik"!

Verantwortlich: Alfred Quiri.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzelnummer: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 20/II. Jahrgang

Zweite Januarwoche 1935.

Betrachtungen zum 13. Januar:

Unsere Stellung zum Saarkampf.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

An der Saar sind am verflossenen Sonntag die Anhänger der faschistisch-deutschen Front und die antifaschistischen Anhänger des Status-quo in mächtigen Demonstrationen aufmarschiert. Am kommenden Sonntag findet in die Abstimmung statt, die noch einmal die ganze Öffentlichkeit auf das weitere Schicksal dieses Gebiets lenkt.

Im Elsass wird von allen Parteien und Klassen der Entscheidung an der Saar das grösste Interesse entgegengebracht. Das imperialistische Frankreich hat seine entschiedenen wirtschaftlichen Interessen bereits auf dem Wege direkter Verhandlungen mit den Abgesandten Hitlerdeutschlands gesichert. Übriggeblieben ist ein bescheidener Rest von Fragen, die zur Zeit von der elsässischen bürgerlichen Presse in den Vordergrund geschoben werden und sich fast ausschliesslich auf den Absatz elsässisch-lothringischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Saargebiet beziehen. Die grossbäuerlichen Kreise und mit ihnen die Landwirtschaftskammern beklagen sich darüber, dass die französische Regierung nicht auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Hitlerdeutschland die Frage des Absatzes elsässischer Erzeugnisse nach erfolgter Rückgliederung der Saar sichergestellt hat. Die "Elz" und die "NW" haben sich zu lebhaften Fürsprechern dieser Kreise gemacht und geben deutlich zu verstehen, dass die Sicherung der geschäftlichen und kommerziellen Interessen auch durch entsprechende politische Konzessionen Frankreichs an Hitlerdeutschland hätten erkaufte werden müssen.

Den Vogel schießt hier wieder Jean Pierre Mourer ab, der bekanntlich Kommunist sein will und von sich behauptet sein Programm nie verändert zu haben. Er schreibt in der "NW":

"Vielleicht bietet das Abstimmungsergebnis Frankreich noch einmal eine Gelegenheit Deutschland seinen Friedens- und Verständigungswillen zu bekunden, indem es im Völkerbund darauf drängt, dass man deutsch lasse, was nun einmal deutsch ist ... Das wäre ein Wandel in der Aussenpolitik, den auch wir im Interesse des Friedens begrüßen würden, und er würde nicht nur das an der Saar begangene Unrecht wieder gutmachen, sondern auch eine neue Ära der deutsch-französischen Zusammenarbeit - ein wichtiger Friedensgarant - einleiten."

Custos Mourer möchte also die Saar, unbekümmert um die Stellung der deutschen und französischen Arbeiterklasse, als Schacherobjekt in den Dienst der deutsch-französischen imperialistischen Verständigung stellen, während die "NW" im gleichem Atemzuge gegen die französisch-russische Zusammenarbeit wettet, die angeblich gegen den Frieden und gegen die Interessen der internationalen Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution gerichtet ist. Mourer bleibt sich treu als vulgärer bürgerlicher germanophil orientierter Elässer. Die Interessen der internationalen Arbeiterklasse sind ihm schnuppe.

Die Stellung der Arbeiterklasse in Deutschland, wie an der Saar und in Frankreich zur Saarfrage kann sich weder an den Interessen des imperia-

listisch-demokratischen Frankreich, noch an denen des imperialistisch-faschistischen Deutschland orientieren. Ebensowenig kann die klassische Arbeiterklasse ihre Haltung zur Saarfrage aus spezifisch elsässischen kapitalistischen Gesichtspunkten bestimmen.

Die Kommunisten haben ohne Unterschied der Nationalität gegen den Versailler Friedensvertrag Stellung genommen und damit auch gegen die Los-trennung des Saargebiets von Deutschland und seine Konstituierung als Völkerbundskolonie unter dem Protektorat Frankreichs. Diese Stellung haben wir als Anhänger der IVKO auch heute nicht geändert. Aber unsere Stellung zum Versailler Vertrag war grundsätzlich anderer Natur, wie die der deutschen imperialistischen Bourgeoisie. Letztere kämpft für die imperialistische Revision, die unvermeidlich zu einem neuen imperialistischen Kriege führen muss und für imperialistische Ziele. Die deutsche Arbeiterklasse aber kämpfte und kämpft für die proletarische Revision von Versailles im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller Länder. Der Standpunkt der Arbeiterklasse zum Versailler Vertrag und damit auch zur Saarfrage stimmte immer mit den internationalen Interessen der proletarischen Revolution und der Verteidigung der Sowjetunion überein.

Der Sieg des Faschismus in Deutschland musste naturnotwendig die Stellung der deutschen und internationalen Arbeiterklasse zur Saarfrage in taktischer Beziehung ändern. Wer dies nicht begreift, entweder ein ausserhalb von Zeit und Raum lebender Kleinbürgerlicher Germanophile oder ein Esel, aber kein Kommunist. Die Interessen der deutschen und der internationalen proletarischen Revolution, die auch die Interessen der elsässischen Arbeiterklasse sind, verlangten die Änderung der bisherigen Stellungnahme zur Saarfrage.

Die IVKO hat als erste Organisation aus der durch den Sieg Hitlers veränderten Lage in der Saarfrage die Folgerungen gezogen: gegen den Anschluss an Hitlerdeutschland, gegen den französischen Imperialismus und das Völkerbundsregime, für den Kampf um eine Rätesaar im Bündnis mit der deutschen und französischen Arbeiterklasse, bis der Sieg der deutschen oder französischen Arbeiterklasse die Frage der weiteren staatlichen Zugehörigkeit der Saar neustellt. Zu diesem Zweck galt es den ausserparlamentarischen Kampf auf dieser Linie und mit dem Mittel der Taktik der Einheitsfront durch die Kommunisten zu organisieren. Die IVKO forderte daher, dass der Kampf der Saararbeiterschaft nicht als Abstimmungskampf geführt wird, sondern auf die ausserparlamentarische Niederbringung ihrer Gegner ausgerichtet sein muss und über die drei Abstimmungslösungen hinaus auf die Errichtung der sozialistischen Rätesaar hinführen muss.

Nur wenn der Kampf so geführt wird - das war und ist die Meinung der IVKO - kann er von der Zweideutigkeit befreit werden, in die er unter der ausschliesslichen Losung des Status-quo als Abstimmungskampf kommen musste. Nur so war es unserer Meinung möglich die breiten Massen zu sammeln und gegen Hitler und den Faschismus im Saargebiet mit elementarer Wucht ins Feld zu führen, sowie den Massen auch ein Kampfziel über den Abstimmungstermin hinaus zu geben.

Dieser Standpunkt konnte sich infolge der numerischen Schwäche unserer Kameraden im Saargebiet nicht durchsetzen. Die Einheitsfront formierte sich auf dem Boden des Status-quo und führte den Kampf fast ausschliesslich als Abstimmungskampf, aber nicht als revolutionären ausserparlamentarischen Kampf. Der Kampf gegen den französischen Imperialismus und das Völkerbundsregime trat auf dieser Linie völlig in Hintergrund, wodurch die Position der deutschen Front befestigt wurde. Die KPD-O und die IVKO haben nach Formierung der Einheitsfront erklärt, dass sie auf eine öffentliche Propaganda gegen den Status-quo verzichten, sich aber im Rahmen der Aktionsdisziplin das Recht auf Vertretung ihrer grundsätzlichen Haltung vorbehalten.

Unbekümmert um diese unsere grundsätzliche Haltung stehen wir voll und ganz an der Seite der Einheitsfront und weisen solche Kritiker als Mourer und neuerdings Peirotes als Saboteure des Kampfes der Saararbeiterschaft entschieden zurück.

HITLERDEUTSCHLAND ZU BEGINN DES JAHRES 1935.
oo

Hals über Kopf hat Hitler in den letzten Tagen eine Führerparade in Berlin angeordnet, um der übrigen Welt und vor allem der Saarbevölkerung zu zeigen, dass die Nachrichten neuer und verschärfter Gegensätze im Nazilager Greuelmärchen seien. Aber die Parade fand unter einem phantastischen Aufgebot von Polizei, SS, SA usw. statt. So verfehlte sie, wenigstens für das Ausland, das diese Sicherungsmassregeln ironisch verzeichnete, ihren Zweck.

Dass ein "stiller" 30. Juni im Gange ist, ist den Meldungen der Nazipresse selbst zu entnehmen. Sie gibt hunderte von Verhaftungen zu, nur tarnt sie mit der lächerlichen Begründung, es handle sich um eine Campagne gegen die Homosexuellen, für die normale Moral. Die Absetzung von Feder ist eine Tatsache, ebenso die Verhaftung und "Befragung" des schlesischen Gauleiters Brückner, die ihn spitalfähig machte. Auch an geheimen Erschiessungen ist nicht zu zweifeln. Ferner sind offenkundige Tatsachen der Rücktritt Krupps und von Siemens von ihren offiziellen Stellungen.

Was ist los?

Der Hungerwinter beginnt sich auszuwirken, unten und oben. Unter der Arbeiterklasse wirken die Lebensmittelteuerung, der fortgesetzte Lohnabbau (durch Drücken der Akkordsätze), das Sklavenregiment im Betrieb, die Verschickung zur Landhilfe, die Entfernung der Jugendlichen aus den Betrieben. Unter den Kleinbürgern und Kleinbauern steigt die Unzufriedenheit, je mehr unter ihnen die Überzeugung wächst, dass die Nazis sie mit ihren Versprechungen betrogen haben. In die SA, die nach dem 30. Juni zeitweilig eingeschüchtert war, dringt die Massenunzufriedenheit von neuem ein. Die SS, die zunächst gegen die SA ausgespielt worden war, stösst bei ihren Bestrebungen, führende Stellen in der Reichswehr zu besetzen, nun ihrerseits auf den Widerstand der Reichswehroffiziere. Die finanzielle Decke wird immer kürzer. Die Reichswehr beansprucht für sich den Löwenanteil, auf Kosten der SS und SA. Die kirchlichen Kämpfe sind nur zeitweilig gedämpft. Neue verschärfte Konflikte stehen bevor.

Oben, in der herrschenden Klasse, wirkt sich die Wirtschaftslage aus, die fast ausschliesslich auf der Rüstungskonjunktur beruht. Die Kapitalisten verlangen abermals stärkere Garantien gegen die soziale Demagogie der Nazis, die Ausschaltung der NSBO und der Arbeitsfront von jeder Einnischung im Betrieb. Erhebliche Teile der Industrie fordern eine neue Inflation, um die Löhne weiter zu senken und dem Aussenhandel einen Auftrieb zu geben. Die Junker fordern die radikale Beseitigung der gegen die Junker gerichteten Nazidemagogie. Die Reichswehroffiziere fordern die Entwaffnung der Masse der SS, die Unterordnung der Luftschiffahrt unter das Reichswehrministerium, eine Durchbrechung der Isolierungspolitik der Nazis. Es scheint auch, dass es mit der Promptheit der Bezahlung der Kriegslieferungen hapert: Kriegsrüstung auf Pump - das passt der Schwerindustrie keineswegs, so sehr ihnen die riesigen Staatssubventionen und hohen Preise passen. Aber was nützen die Gewinne, wenn sie nicht realisiert werden?

Die neuen Konflikte, die sich in Hitlerdeutschland vorbereiten, stützen sich auf eine stärkere Massenbasis als die bisherigen und werden aller Voraussicht nach weiter führen als die bisherigen.

o-o

Linkssozialistische Konfusion und ihre Quelle.
==.

Der "Republikaner" v. 28. Nov. veröffentlicht einen Aufsatz des linken Sozialisten Marcel Pivert mit der Überschrift "Von der Programmeinheit zur Parteieinheit", der der Diskussion über die grundsätzlichen Fragen und damit der Anbahnung der Parteieinheit dienen soll. Diese Diskussion ist durchaus nützlich und notwendig. Es ist zu wünschen, dass sie von kommunistischer Seite energisch aufgenommen wird. Und besonders notwendig ist die Diskussion der Auffassungen der linken Sozialisten von der Art Piverts, weil sie scheinbar starke Zugeständnisse an kommunistische Auffassungen machen, in Wirklichkeit aber vom Reformismus nicht loskom-

nen.

Die hauptsächlichsten Gedankengänge Piverts sind folgende. Die KPF ist gegen die Aufnahme kommunistischer oder sozialistischer Endlosungen in das gemeinsame Aktionsprogramm, weil sie ohne Eroberung der Macht nicht durchzuführen sind (und weil die Mehrheit der Werktätigen in Frankreich noch nicht für die revolutionäre Machteroberung gewonnen ist). Pivert wendet dagegen ein: auch ein Programm von Tagesforderungen ist heute ohne Machteroberung nicht zu verwirklichen.

"Und wenn dies aber möglich ist, fährt er fort, wenn man annimmt, dass das Unternehmertum in diesem Augenblick beispielsweise die Vierzigstundenwoche ohne Lohnsenkung bewilligen könnte, weshalb soll man dann nicht in kühner Weise die Schaffung eines sozialistischen Sektors verlangen, der die Hauptzweige der Wirtschaft umfasst: Banken, Schwerindustrie, Eisenbahnen, elektrische und chemische Industrie."

Die Frage Piverts zeigt, dass er den grundlegenden Unterschied zwischen blossen Tages- und Reformforderungen und zwischen sozialistischen Endlosungen noch nicht verstanden hat. Er scheint anzunehmen, dass für die französischen Kapitalisten eine Forderung wie die 40 Stundenwoche ohne Lohnsenkung absolut unannehmbar ist. Die Erfahrung anderer Länder, insbesondere Deutschlands, zeigt aber, dass es keine absolute Grenze für Tages- oder Reformforderungen für die Kapitalisten gibt - wenn sie sich einer starken Massenaktion gegenübersehen, und vor allem dann, wenn sie durch Bewilligung von Reformen die Revolution verhindern wollen.

Man denke an den November 1918 oder den Herbst 1923 in Deutschland. Unter dem Druck der revolutionären Massenbewegung bewilligten die deutschen Unternehmer November/Dezember 1918 mit einem Schlag eine Reihe weitgehender Reformen: den Achtstundentag, die Betriebsräte, die geraume Zeit über Einstellung und Entlassung von Arbeitern im Betrieb verfügten usw. Ebenso 1923. Und in beiden Fällen war die wirtschaftliche Lage der Unternehmer alles eher als glänzend. Aber sie bewilligten die weitgehendsten Reformen, um die Revolution zu verhindern, um die Arbeiterklasse zu teilen. Und in beiden Fällen erfüllten diese Manöver ihren Zweck, dank der Hilfe der deutschen Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Und in Frankreich? Glaubt jemand, dass ohne die Einheitsfrontaktion eine Herabsetzung des Brotpreises erfolgt wäre? Oder dass ohne sie nicht längst ein allgemeiner Angriff auf die Löhne da wäre?

Aber all das lässt die kapitalistische Ordnung unangetastet! All das geschieht, um den revolutionären Angriff zu hemmen, sein Zustandekommen zu verzögern oder zu verhindern, die Arbeiterklasse unter sich zu teilen, sie vom Kleinbürgertum zu trennen.

Aber ganz anders steht es mit der Sozialisierung der Banken, der Schwereindustrie, der Eisenbahnen usw. Das sind die kapitalistischen Grundstellungen, die die Kapitalistenklasse nicht räumt, ehe sie nicht besiegt, ehe sie nicht der Macht beraubt, ehe die bürgerliche Staatsmacht nicht zertrümmert ist. Wohl gemerkt, wenn es sich um wirkliche Sozialisierung, d. h. entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten durch die Arbeiterklasse vermittelt des Staates der Arbeiterklasse handelt.

Handelt es sich um Verstaatlichung durch den bürgerlichen Staat, so ist das durchaus möglich - als eine Massnahme der Kapitalistenklasse, als Staatskapitalismus. Nur hat das nichts zu tun mit wirklichem Sozialismus.

Pivert fordert auch eine "Synthese" zwischen einem Programm von Tagesforderungen und der "Machtforderung für die Durchführung eines präzisen Sozialisierungsplans".

Wenn eine solche "Synthese" darin bestehen soll, dass entweder die Tagesforderungen bis zur Eroberung der Macht zurückgestellt oder von ihr abhängig gemacht werden, oder dass an Stelle der Sozialisierung der Staatskapitalismus gesetzt wird, so müssen die Arbeiter eine solche scheinrevolutionäre Verkleidung des Reformismus ablehnen.

Was möglich und notwendig ist, dass sind revolutionäre Übergangslösungen, wie die der Räte und der Arbeiterkontrolle der Produktion, über die wir uns hier wiederholt auseinandergesetzt haben.

Zum Schluss aber erhebt sich die Frage, wie kommen Pivert und die anderen linken Sozialisten zu dem aussichtslosen Versuch, den reformistischen "Planismus" mit einem wirklich revolutionären Programm zu versöhnen zu wollen?

Die Antwort lautet einfach: es handelt sich um die opportunistische und höchst gefährliche Rücksichtnahme auf den reformistischen "Plan" der CGT!

Statt gemeinsam mit den Kommunisten in der CGT den Kampf gegen den "Plan" von Jouhanx usw. aufzunehmen, statt in der CGT für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit, für die Einbeziehung der CGT in die Einheitsfront, für die Vorbereitung des wirtschaftlichen und politischen Massenstreiks gegen die Notverordnungen einzutreten, passt man sich den reformistischen Gewerkschaftsführern an.

Wie gefährlich dieses Verhalten ist, zeigen die letzten Ereignisse in Amiens. Während SFIO und KPF die Arbeiter aufforderten, gegen die Demonstration der Croix de Feu eine Gegendemonstration zu machen, machte die CGT zusammen mit der Liga der Menschenrechte einen Anschlag, der die Arbeiter aufforderte, an keiner Gegendemonstration teilzunehmen?

Die reformistische Gewerkschaftsführung ist heute die stärkste Kraft, die innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Einheitsfrontaktion wirkt. Wenn die linken Sozialdemokraten es ehrlich meinen und die Erweiterung der Einheitsfrontaktion wollen, so müssen sie aufhören, diese Gewerkschaftsführer zu decken und den "Plan" der CGT den Arbeitern schmackhaft zu machen. Statt dessen müssen sie zusammen mit den Kommunisten den Kampf aufnehmen, um die Manöver der CGT-Führung aufzudecken, und die Widerstände zu überwinden, die sie der Weiterführung und Erweiterung der Einheitsfrontaktion entgegensetzt.

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Wozu die "NW" schweigen muss:

M. Walters politische Rolle aufgedeckt.
=.

Herr M. Walter hatte auf die Bekanntgabe seines Briefes an General Bourgeois vor dem Colmarer Zivilgericht mit einer Erklärung geantwortet, in der er unter Hinweis auf einige untergeordnete und belanglose Dinge (Datum des Briefes und Unterzeichnung mit "Präsident der UPR") einen solchen Brief sehr vorsichtig als eine Fälschung bezeichnete. Wir haben damals sofort die Waltersche Erklärung als eine Bestätigung für die Echtheit des Briefes gewertet, indem wir schrieben:

"Für die Öffentlichkeit ist dies belanglos, sie hat nur ein Interesse daran, ob M. Walter 1925 oder 1926 einen Brief gleichen Inhalts an General Bourgeois geschrieben hat. Das aber streitet M. Walter nicht ab."

Inzwischen hat sich General Bourgeois veranlasst gesehen, den Brief im vollen Wortlaut zu veröffentlichen, worauf M. Walter darauf verzichtete die jesuitischen Winkelzüge seiner Erklärung zu wiederholen und nach langen Überlegungen endlich die Echtheit des Briefes bestätigte.

Der volle Wortlaut des Walterschen Briefes ist in der gesamten Tagespresse, mit Ausnahme des "Elsässer" und der "Neuen Welt" des angeblich kommunistischen Maire Hueber, veröffentlicht worden. Der volle Wortlaut des Briefes bestätigt vollinhaltlich die Schlussfolgerungen, die wir in unserer Nr. 18 der "Arbeiterpolitik" gezogen haben. Von Bedeutung ist, dass in der Antwort M. Walters auf den vollen Wortlaut des Briefes gesagt wird, dass er (M. Walter) sich auch heute noch mit seinem Inhalt solidarisiere.

Von Interesse ist folgender Absatz aus dem Briefe M. Walters an General Bourgeois, worin es heisst:

"Ich bitte Sie, bei Ihren Freunden im Haut-Rhin und im Innere Frankreichs Ihr Möglichstes zu tun, damit sie uns zu Hilfe kommen. Ich besitze bereits Offerten zur finanziellen Wiedergesundung der Partei; ich habe sie jedoch abgelehnt, weil ich befürchtete, dass die Annahme dieser Offerten eine Verstärkung der Tendenzen hervorrufen würde, die wir nicht wollen. Dann ist es aber notwendig, dass diejenigen, welche den Standpunkt einer nationalen Partei vertreten, uns nicht im Stiche lassen. Sonst wären wir eines Tages genötigt, dasjenige anzunehmen, was man uns von einer anderen Seite her anbietet. (Der "Elsässer Bote" behauptet, die andere Stelle sei Mr. Pink von den Autonomisten gewesen. D.Red.) Ich spreche offen zu Ihnen, mein lieber Senator, weil ich die Gefahr vom nationalen Standpunkt aus sehe. Ich bitte Sie daher dringend, tun Sie Ihr Möglichstes bei Ihren Freunden um einen Fonds von 20 000 bis 30 000 zusammenzubringen... Sagen Sie all' Ihren Freunden, dass, wenn unser Ruf ungehört verhallen sollte bei denjenigen, die für das Weiterbestehen einer nationalen Partei kämpfen, so würden sie die Verantwortung für alle unvermeidlichen Konsequenzen tragen müssen."

Hier hat also Herr Walter sehr offen gestanden, wie es um die "Prinzipienfestigkeit" dieser christlichsten aller Parteien bestellt ist. Die Geldgeber bestimmten den politischen Kurs der UPR, das wird von M. Walter in seinem Briefe ziemlich unverblümt ausgesprochen. "Gibst Du uns nicht die gewünschten Mittel, dann ist die nationale Zuverlässigkeit in Frage gestellt, dann müssen wir uns andere Geldgeber suchen und dabei besteht die Gefahr, dass wir unsere nationale Zuverlässigkeit verkaufen müssen! diese Erpressertaktik kennzeichnet M. Walter und die UPR im besonderen.

Diese Erpressertaktik hat auch die UPR veranlasst bei der Abstimmung über den 800 Millionenkredit für Rüstungszwecke Stimmeneinhaltung zu üben. In dieser Beziehung gibt der Brief des Hr. Député Selz an den "Elsässer Boten" hinreichenden aufschluss. Auch in dieser Frage ist die UPR bereit ihren derzeitigen Standpunkt aufzugeben, wenn ihr dafür entsprechende Kompensationen gegeben werden. Herr Selz hebt in seinem Briefe noch besonders hervor, dass er sich mit dem Minister Cheron sehr ausführlich über die Gründe der Haltung der UPR unterhalten habe und der Minister ihm dafür besonders dankbar war.

Eine weitere Stelle des M. Walterschen Briefes ist von Bedeutung, weil sie unser Urteil über die "antiimperialistische" Gesinnung dieses Volksfrontpartners der Hueberpartei nochmals sehr eindrucksvoll bestätigt. Es heisst darin:

"Man muss die Verwaltungsautonomie verwirklichen um die politische Autonomie auszuschalten. Das ist mein Ziel. Wir müssen Genugtuung hinsichtlich unserer religiösen Forderungen erhalten. Was den Rest anbelangt, so kommt wenig darauf an ob wir Genugtuung erlangen oder nicht."

Religion und Verwaltungsautonomie, das sind die beiden Hauptpunkte. Die "Elz" nennt die Waltersche Verwaltungsautonomie mit Recht ein Thuschungsmanöver. Die "NW" des "kommunistischen" Maire aber kuscht und schweigt. Inzwischen weiss man auch in der Strasbourger Arbeiterschaft warum!

An einer weiteren Stelle des Walterschen Briefes heisst es:

"Übrigens werden Sie, der Sie ein eifriger Patriot sind, besser als irgend sonst jemand davon überzeugt sein, dass die Abschaffung der übertriebenen Zentralisation für ganz Frankreich, eine Verstärkung der Machtstellung des Präsidenten der Republik, die ministerielle Stabilität usw, die einzigen Mittel sind um Frankreich zu retten. Mit dem gegenwärtigen Regime gehen wir dem Ruin entgegen."

Hier wird also der faschistische Pferdefuss, die Doumergue-Gesinnung M. Walters bereits deutlich sichtbar.

All diese Tatsachen sind für die Hueberpartei kein Grund den Kampf gegen die UPR aufzunehmen. Die wahren Gründe für das "kommunistische" Verhalten haben wir zur Genüge blossgestellt. Die Mairie-Troika ist die Gefangene der UPR und hat jede politische Selbstständigkeit eingebüsst.

Sie darf nur gegen die zu Felde ziehen, die auch der UPR unangenehm sind.

Wie lange wollen die wirklich kommunistischen Mitglieder dieses Spiel noch mitmachen?

oooooooooooooooooooooooooooo

Für die Einheit:

Generalversammlung der "Aurora".

=====

Am Dienstag, den 8. Januar fand die Jahresgeneralversammlung der Union de Tourisme Aurora-Strasbourg statt. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen.

Geschäfts- und Kassenbericht wurde ohne ausführliche Diskussion angenommen. Beim Punkt "Neuwahl des Vorstandes" wurde zur Wahl des 1. Vorsitzenden geheime Wahl beantragt und darauf vorgenommen. Zur Wahl standen zwei Vorschläge; der bisherige Vorsitzende Kmd. Ferrenbach und Kmd. Kauffmann. Kmd. Kauffmann wurde mit 31 Stimmen gewählt, während auf Ferrenbach 22 Stimmen entfielen. 8 Mitglieder gaben bei der Wahl des 1. Vorsitzenden weiße Zettel ab. Die weiteren Wahlen erfolgten per Akklamation und wickelten sich sehr schnell ab.

Lebhafter wurde die Diskussion beim Punkt "Anträge". Aus der Mitte der ersammlung kam ein Antrag, durch den der neue Vorstand beauftragt wird mit dem Arbeiterwanderbund zwecks Fusion in Verbindung zu treten. Dieser Antrag wurde von der Versammlung beifällig angenommen worden und es ist zu erwarten, dass er ein Auftakt zur Vereinigung aller Arbeiterwanderer und Naturfreunde werden wird.

Wir begrüßen den in Versammlung zum Ausdruck gekommenen Einheitswillen. In der Jetztzeit ist die Konzentration aller Kräfte der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Klassenkampfes dringend geboten. Wir sind davon überzeugt, dass der neue Vorstand eine Garantie dafür bietet, dass alles getan wird um die Einheit der Arbeiter-Touristen zu verwirklichen und die "Aurora" auf ihrem ureigensten Gebiet alles tun wird, um das Klassenbewusstsein seiner Mitglieder zu stärken und sie mit der gesamten proletarischen Kultur- und Sportsbewegung zu verbinden.

=====
X Auch Du Kamerad, darfst am Montag, den 14. Januar, abends 8 Uhr nicht in unserer Zusammenkunft im bekanntem Lokal fehlen.
=====

Sollte das der wahre Grund sein?
=====

Wir haben in unserer letzten Nummer unsere Stellung zum neuen Reglement für die Beamten präzisiert und dabei auch die Methode näher beleuchtet, mit der der Herr Maire diese Vorlage dem Gemeinderat unterbreitete. Wir haben dabei darauf hingewiesen, dass dem Ersuchen, die Vorlage dem Gemeinderat im Umdruckverfahren zu zustellen, einfach nicht Rechnung getragen wurde und selbst die Kommissionsmitglieder die Vorlage nicht in die Hand bekamen.

An dem Fall eines Chef divisionärs haben wir zugleich nachgewiesen, welche Auswüchse die Zulagenwirtschaft für die höheren Beamten zeitigt und wie notwendig daher eine gründliche und ins einzelne gehende Prüfung dieser Vorlage vom Standpunkt der werktätigen Steuerzahler gewesen wäre.

Jetzt wird aus der "FP" bekannt, dass durch die betreffende Beamtenvorlage auch der Schwiegersohn des Herrn Maire und Stiefsohn vom Waisenhausdirektor Goetz zum juristischen Sekretär mit sofortiger Gehalts-erhöhung von 1 000 Frs. pro Monat aufgerückt ist. Wir nehmen davon Kenntnis und fragen uns, ob dies wohl der entscheidene Grund dafür war, dass den Gemeinderatsmitgliedern die Vorlage nicht im Umdruckverfahren ausgeschändigt wurde. Oder sind noch andere Gründe dafür ausschlaggebend?

Immer ran an den Feind
=====

Die "NW" hat wiederholt auf die engen freundlichen Beziehungen des Député Gg. Weill zum Autofabrikanten Mathis hingewiesen und daran die Folgerung geknüpft, dass solche Beziehungen der SFIO das Recht nehmen, sich als Vertreterin von Arbeiterinteressen auszugeben.

Inzwischen hat die Firma Mathis eine Fusion mit der Weltfirma Henry Ford (Amerika) vorgenommen. Als Vertreter der Fa. Ford weilt zur Zeit der Sohn Fords in Strasbourgs Mauern. Wir hören nun, dass zwischen Ford junior und dem Député Jean Pierre Mourer auf uns noch unerklärliche Weise sehr freundschaftliche Beziehungen geknüpft wurden. Dies wird dadurch unterstrichen, dass beide Herren - der Arbeiterdéputé und der Autokönig - in den besten Lokalen Strasbourgs zusammen geschen worden sind.

Wir sind fest davon überzeugt, dass J.P. Mourer dabei keine zweifelhaften Geschäfte betreibt, sondern den Grundsatz praktiziert den Gegner unmittelbar aus der Nähe kennen zu lernen.

Wer wollte von J.P. Mourer etwas anderes behaupten?

Ein Mathfordprolet.

Custos-Mourer vor dem Verhungern!
=====

In der "NW" v. 8.1.35. vervollständigt J.P. Mourer seine bereits an anderer Stelle wiedergegebenen Ansichten in der Saarfrage, durch die Veröffentlichung eines Artikels aus der Wochenzeitschrift "Le Ori des jour". Custos-Mourer hat als international orientierter "Kommunist" angesichts der Saarfrage nur eine Sorge: mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass saarländischen Emigranten vom Elsass ferngehalten werden. "Es klaben bereits genügend unerwünschte Gäste am elsässischen Kugelkopf, derweil Familienmitglieder selbst kein trockenes Brot zu essen haben", schreibt Custos.

Wir sind davon überzeugt, dass kein Arbeiter Custos beauftragt hat solches zu schreiben. Der Begriff der internationalen Klassensolidarität mit den Opfern des faschistischen Terrors kann nur im Munde eines Grand-Seigneurs wie Custos solchen Ausdruck finden.

Mourers Solidarität gegenüber den Emigranten ist selbst in seiner Partei in "bester" Erinnerung. Jedermann weiss, dass Mourer auf seinen Diäten, Sitzungsgeldern und Tantiemen sitzt und die von seiner Partei geforderten Pflichtabführungen mit einer graziösen Handbewegung übergeht. Gerade er ist daher berufen den Angstruf auszustossen, dass die saarländische Emigration seinen "Kugelkopf" kahl frisst.

Der Arme möge sich beruhigen. Für seine Partei ist die internationale Solidarität seit ihrer Trennung von der IVKO nur noch ein Aushängeschild um Mittel für den Parteiladen aufzutreiben, weil J.P. Mourer seine Partei von jeher als melkende Kuh und sonst nichts betrachtet hat. Wir hoffen daher J.P. Mourer wird auch in Zukunft trockenes Brot zu essen haben. Wenn nicht, erklären wir uns bereit in der kommenden Generalversammlung der IHV für ihn eine Sonderbeihilfe zu beantragen.

=====

Kameraden! Lasst nicht locker. Frant die Mitglieder der Hueberpartei, wann denn die "Neue Welt" sich zum Verrat M. Walters am Programm der elsässischen Autonomie aussoren wird. Sie sind doch sonst nicht so zurückhaltend wenn es gegen die proletarische Einheitsfront geht.

=====

Neue Urteile gegen KPD-O-Kameraden.

Die Verfolgungen der revolutionären Arbeiter in Hitlerdeutschland nehmen kein Ende. Heute erreicht uns die Kunde von der Verurteilung von Kameraden aus Breslau. Am 23.11.34. wurden vor dem dortigen Sondergericht verurteilt: G. Hildebrandt 2 3/4 Jahr Gefängnis, W. Blass 2 1/2 Jahr Zuchthaus, seine Frau 2 Jahr, W. Ulbricht 1 1/2 Jahr und G. Treske 1 1/2 Jahr Gefängnis. Dazu 10 Jahre Ehrverlust.

Verantwortlich: ALFRED QUIRI

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.
Einzelnummer: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlentplan 6 STRASBOURG

N° 21/II. Jahrgang

Dritte Januarwoche 1935.

Zum Ausgang des Saarplebizits:

EINE SCHLACHT VERLOREN!
oooooooooooooooooooooooooooo

Das Ergebnis des Saarplebizits hat die Erwartungen, die durch SP und KP in weiten Schichten der Arbeiterklasse ausgelöst wurden schwer enttäuscht. Die Einheitsfront auf der Grundlage des Status-quo hat nicht einmal soviel Stimmen erhalten, wie die KPD bei den letzten Wahlen für sich allein. Obwohl die KPD-O (IVKO) die Status-quo Parole ablehnte und der sich daraus ergebenden politischen Linie der Einheitsfront kritisch gegenüberstand, rechneten auch unsere Kameraden an der Saar mit einem anderen Ergebnis. In ihrem Bericht vom 31.12.34. hiess es:

"In Kreisen der deutschen Front rechnet man mit 20-30 % Stimmen für den Status-quo. Wir selbst rechnen nicht über 20 % - 100 000 Stimmen. Das entspricht der Stimmzahl der KP und SP zusammen bei den letzten Wahlen. Rechnet man den bisherigen Verlust und andererseits den Zuwachs aus den katholischen Kreisen, dann kommt man auf dieses Ergebnis."

Selbst diese Schätzung hat sich als falsch herausgestellt, denn der Kleinalismus schwenkte in den letzten Wochen offen in die deutsche Front ein.

Über die Arbeiterschaft hiess es in dem Bericht:

"Die Korruption der Arbeiterschaft ist ungeheuer. Die Zahl der Überläufer ist in den letzten Tagen sehr gestiegen. Ganze Zahlstellen der freien Gewerkschaften sind fast aufgerieben. Die Mitglieder zahlen Beiträge nach zwei Seiten, an die freie Gewerkschaft und an die Nazi-Gewerkschaft "Deutsche Gewerkschaftsfront". Auch aus den Reihen der KPD gab es noch Überläufer, die in den gleichgeschalteten Zeitungen Erklärungen abgegeben haben."

Der Terror - lückenlos organisiert - tat seine Wirkung, wozu die falsche politische Grundeinstellung der Einheitsfront kam (Status-quo, völlige Zurückstellung des Kampfes gegen das Völkerbundsregime und den französischen Imperialismus, der das gesamte Grubenkapital beherrscht und eine parlamentarische Orientierung des Kampfes), wodurch sie in eine zweideutige Stellung geriet und der Propaganda der deutschen Front gewichtige Trümpfe in die Hand gab.

Der steigende Terror, verbunden mit der falschen politischen Grundeinstellung der Einheitsfront und der daraus abgeleiteten politischen Linie - die von der SPD bestimmt wurde - der Anbiederung an die Regierungskommission und der Anlehnung an Frankreich, (siehe Ausnutzung des Strassbourger Senders) gab den Boden ab für die deutsche Front, eine chauvinistische Stimmung zu schaffen und die Anhänger des Status-quo wirksam als Landesverräter zu difamieren. Das trug den Keim der Zerstörung in die Arbeiterschaft, denn der Terror konnte nur in einem solchen Masse wirksam werden, weil er zugleich mit einer politischen Propaganda Hand in Hand ging, die geschickt die falsche Grundeinstellung der Einheitsfront angriff.

Die KPD-Opposition im Saargebiet wurde verlacht, als sie erklärte sie könne weder für den Status-quo, noch für eine andere der vom Völker-

bund vorgesehene Abstimmungslösungen eintreten, sondern stelle die Saarfrage klassenmässig und als ausserparlamentarische Kampffrage. Wenn diese Lösung vom Völkerbund nicht vorgesehen sei, so müsse die Arbeiterklasse trotzdem für diese Lösung (Rätessaar) kämpfen, weil sie allein ihrem Klasseninteresse entspricht.

Die KPD-Führung bekämpfte die KPD-Opposition wegen ihrer Haltung und schaltete sie gemeinsam mit SPD aus der Einheitsfront aus und forderte später - wie in Völklingen - als Bedingung für die Aufnahme ins Einheitskomitee die Annahme der Status-quo-Lösung. Die Haltung unserer Kameraden zu dieser Forderung war das Versprechen die Aktionsdisziplin zu wahren, bei Aufrechterhaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes.

Die IVKO war gegen die Status-quo weil er die Stabilisierung der Fremdherrschaft und die Vorherrschaft des französischen Imperialismus bedeutete. Deshalb ist der Sieg über den Status-quo nicht ein Sieg des Nationalgefühls über die Theorie des Klassenkampfes, wie die "NW" aus durchaus durchsichtigen Gründen schreibt. Für die "NW" war ja bekanntlich die kampflose und freiwillige Auslieferung der Saar an Hitler die Grundaufgabe der Arbeiterschaft. Das eine solche Haltung nichts mit den Interessen der Arbeiterklasse zu tun hat braucht wohl nicht bewiesen zu werden. Wenn Peirottes einen ähnlichen Standpunkt aus rein französisch-nationalen Gründen vertrat, so wird die Sache damit nicht besser, zumal Peirottes wenigstens der saarländischen Arbeiterschaft das Recht zuspricht sich gegen den Anschluss an Hitler zu wenden.

Die "Humanité" formuliert in 10 Punkten "Wie es kam" ihre Stellung zur Niederlage an der Saar. Wir greifen zur Charakterisierung dieser Art "Selbstkritik" nur den Punkt 7 heraus, wo es heisst:

"Dieses Frankreich spielte in der Zeit der Wahlperiode eine dumme, ja gefährliche Rolle: es diskreditierte (vielleicht bewusst) unverdient die Lösung "Status-quo" und erleichterte kolossal die Arbeit des deutschen Propagandaministeriums, das da sagen konnte: "Hinter Status-quo steht Frankreich!" Frankreich hat überhaupt keine eigene Lösung, seine grosse und kleine Presse favorisierte die Lösung Status-quo! Besser konnte Paris Berlin nicht nützen und mehr dem Status-quo nicht schaden."

Diese Selbstkritik entspricht ganz der bisherigen Methode, den Pelz beim Waschen nicht nass zu machen. "Frankreich hat dumm gehandelt?" Was soll damit ausgedrückt werden? Frankreich, das heisst doch das derzeitige imperialistische Frankreich. Dieses Frankreich ist aber an der Saar nicht uninteressiert und sein Interesse konnte bei Lage der Dinge nur durch den Status-quo am wirksamsten gewahrt werden. Denn auch der "Humanité" sollte bekannt sein, dass der Status-quo die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes im Saargebiet bedeutet, was mit der Vorherrschaft des französischen Imperialismus identisch ist. Frankreich war also nicht aus Dummheit, sondern aus sehr überlegten Gründen für den Status-quo. Die Dummheit scheint uns daher in konkreten Fällen ganz bei der "Humanité" zu liegen, von der wir nicht annehmen wollen, dass sie den Vorwurf der Dummheit gegen Frankreich nicht deshalb erhebt, weil sie meint damit seien zugleich die Aussichten des französischen Imperialismus verschlechtert worden. Wenn die "Humanité" ein wenig tiefer nachdenkt, kommt sie vielleicht auch zu der Feststellung, dass der Fehler nicht bei Frankreich liegt, dass in der Saarfrage immer seinen imperialistischen Interessen folgte, sondern bei der Einheitsfront, die sich auf den Status-quo als kleineres Übel festlegte und auf eine klassenmässige Orientierung in der Saarfrage verzichtete.

Leider befürchten wir, dass die "Humanité" beim dem innerparteilichen Regime in der Komm. Internationale nicht zum Grundfehler vordringen wird. Wir wissen sehr wohl, dass auch auf der von der IVKO vertretenen Linie die Niederlage nicht zu vermeiden gewesen wäre. Aber eine solche Niederlage wäre fruchtbarer für die Zukunft, als die Status-quo-Niederlage.

Die Arbeiterklasse hat an der Saar eine Niederlage erlitten. Sie steht vor einem neuen Kampfabschnitt. Es wird von der KP und ihrer Stellung zur eignen Vergangenheit abhängen, in welchem Tempo sich das Saarproletariat neu formiert.

Dem Gedächtnis unserer toten Führer:

LENIN-LUXEMBURG-LIEBKNECHT.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das Gelöbnis, den Weg Lenins, Luxemburgs und Liebknechts zu gehen, ist zugleich ein Bekenntnis zum revolutionären proletarischen Internationalismus. Gerade für die elsässischen Arbeiter ist es wichtig, sich diese Seite des Wirkens der drei grossen Führer zu eigen zu machen.

Lenin hat sein Leben lang unerbittlich die nationale Unterdrückung bekämpft. Er hat oft das Wort von Marx wiederholt, dass ein Volk, das andere Völker unterdrückt, selbst nicht frei sein. Er hat mit dem Sieg der Oktoberrevolution zugleich die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Aufhebung jeder nationalen Unterdrückung in Russland organisiert, demselben Russland, das unter der Zarenherrschaft mit Recht als ein "Gefängnis der Völker" bezeichnet wurde.

Aber Lenin ist an die nationale Frage stets als proletarischer Revolutionär, als internationaler Kommunist herangegangen. Für ihn war der Kampf gegen die nationale Unterdrückung ein Kampf für die Beseitigung von Mauern, die die Bourgeoisie aufrichtet, um die Arbeiter der verschiedenen Nationen gegeneinander auszuspielen und sie zu hindern, gemeinsam den gemeinsamen Feind, d. h. das internationale Kapital zu bekämpfen. Deshalb ist Lenin nicht nur gegen den Chauvinismus der herrschenden Nationen, sondern auch gegen den Chauvinismus der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums der unterdrückten Völker aufgetreten. Lenin hat die Arbeiter der unterdrückten Nationen gelehrt, ihren Kampf gegen die nationale Unterdrückung nicht unter der Führung der Bourgeoisie zu führen, sondern im Bunde mit den Proletariern der anderen Nationen, vor allen auch den Arbeitern der herrschenden Nation, die nicht Nutzniesser, sondern selbst Leidtragende der imperialistischen Unterdrückungspolitik sind. Lenin hat die Arbeiter gelehrt, nicht für eine nationale Kultur, nicht für eine bürgerliche Ausbeuterkultur zu kämpfen, sondern für eine internationale proletarische Kultur, an der Arbeiter der verschiedensten Sprachen teilnehmen. Nur dank dem konsequenten revolutionären Internationalismus Lenins war es den Bolschewiki möglich, die Werktätigen der verschiedensten Nationen des Zarenreiches in den gemeinsamen Kampf für die Errichtung der proletarischen Diktatur zu führen und mit ihnen die Sowjetunion zu schaffen, in der die verschiedenen Völker gemeinsam den Sozialismus und eine internationale proletarische Kultur aufbauen.

Und wenn Lenin mit Recht einige Auffassungen Rosa Luxemburgs in Bezug auf die nationale Frage kritisiert hat, so hat er doch rückhaltlos ihre Verdienste um den revolutionären Internationalismus anerkannt, die sie sich durch die Bekämpfung der polnischen P.P.S., vor allem aber durch ihre kühne Haltung während des Weltkriegs erworben hat.

Gegenüber der polnischen PPS, die eine kleinbürgerlichenationalistische Politik betrieb, vertrat Rosa Luxemburg die Auffassung, dass der wichtigste Bundesgenosse der polnischen Arbeiter das russische Proletariat sei und dass der Kampf gegen die nationale Unterdrückung Polens durch den gemeinsamen Kampf der polnischen und russischen Arbeiter gegen den Zarismus und gegen die russische und polnische Bourgeoisie am besten gelöst werden könne.

Lenin, Luxemburg und auch Liebknecht sind Zeugen dafür, dass die Politik des Proletariats in der nationalen Frage bestimmt werden muss vom Gesichtspunkt des Klassenkampfes. Sie sind unerbittlich gegen alle diejenigen aufgetreten, die den Arbeitern aufschwätzen wollten, sie müssten die Interessen des Klassenkampfes um irgendwelcher nationaler Interessen zurückstellen, weil sie wussten dass dahinter nur das Bestreben steht, vor der eigenen Bourgeoisie zurückzuweichen oder mit ihr zusammenzuarbeiten.

Nur der ist ein wirklicher Leninist, ein wirklicher Kämpfer im Geiste Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, der ein konsequenter revolutionärer Internationalist ist.

Kameraden! Haltet Euch den 28. Januar für den Bildungsabend frei.

DIE ITALIENISCH-FRANZÖSISCHEN ABKOMMEN UND

 DIE ARBEITERKLASSE.

Von Seiten der französischen und italienischen Regierungen sind offizielle Angaben erschienen über den Inhalt der zu Beginn des Jahres in Rom getroffenen aussenpolitischen Abmachungen. Sie sind in der Tagespresse veröffentlicht und besprochen worden und wir können sie daher als bekannt voraussetzen.

Wir wollen hier die Punkte angeben, die 1) die gegenwärtige internationale Lage charakterisieren und die 2) die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sich ziehen müssen.

Was der erste anbelangt, so bedeuten die italienisch-französischen Abmachungen Neukonschläge gleichzeitig für die Aussenpolitik Hitlerdeutschlands, wie für Italien.

Hitlerdeutschland konnte lange Zeit mit der Unterstützung seiner Aussenpolitik durch das faschistische Italien rechnen. Durch diese Rechnung ist jetzt ein Strich gemacht. Italien wird künftig aussenpolitisch sich stärker an Frankreich anlehnen, als das bisher der Fall war. Es verpflichtet sich, in allen wichtigen Fragen sich vorher mit Frankreich aussenpolitisch zu verständigen. Dieser Umschwung geht zurück auf den Putsch, den Hitlerdeutschland am 25. Juli in Österreich veranstaltete. Die aussenpolitische Isolierung Hitlerdeutschlands hat sich dadurch verschärft.

Gleichzeitig wurde eine gemeinsame Erklärung von Frankreich und Italien angenommen, dass beide Mächte die "einseitige" Aufrüstung Deutschlands als illegal betrachten. Das aber ist zugleich eine Einladung an Hitlerdeutschland, nach Genf zurückzukehren und sich an einem internationalen Rüstungsabkommen zu beteiligen.

Hier setzt England ein mit dem Bemühen, ein Rüstungsabkommen abzuschliessen, das Hitlerdeutschlands gegenwärtige Aufrüstung anerkennt und seine weitere Aufrüstung begrenzt. England liegt vor allem daran, die Luft- und Seerüstungen Deutschlands zu begrenzen.

Das Abkommen ist gleichzeitig ein Rückschlag für die Aussenpolitik des faschistischen Italiens. Sie strebt die Vorherrschaft im Mittelmeer an, die Wiederaufrichtung eines grossen italienischen Kolonialreiches nach dem Muster des alten römischen Reiches. Diese grosszügigen Pläne mussten von Mussolini auf das bescheidene Mass kolonialer ~~Erwerbungen~~ Erwerbungen in Afrika zurückgeschraubt werden. Dieser Rückzug musste von Italien angetroten werden vor allem infolge der bedrängten finanziellen und wirtschaftlichen Lage, in die die faschistische Politik Italien gebracht hat. Frankreich hat Italien finanzielle Hilfe zugesagt.

Was das zweite anbetriift, so sind es folgende Punkte, die die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse verdienen:

1.) der afrikanische Kolonialschacher. Frankreich tritt an Italien ein Gebiet von ungefähr 100 000 qkm in Afrika ab. Italien soll an der Bahn nach der Hauptstadt Abessyniens beteiligt werden. Es ist ferner wahrscheinlich, dass Frankreich Italien die Erlaubnis gegeben hat, zu versuchen, einen Teil Abessyniens zu erobern. Gegen diesen Kolonialschacher muss die Arbeiterklasse protestieren, nicht nur im Interesse des Kampfes gegen die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung, sondern auch deswegen, weil heutzutage Kolonialkriege sehr leicht zu "europäischen" Kriegen werden können.

2.) Mit dem Abschluss des italienisch-französischen Abkommen sind Bestrebungen verbunden, die Sowjetunion auszuschalten und auf den Viermächtepakt (Frankreich, England, Deutschland, Italien) zurückzukommen, d.h. Bestrebungen, die sich gegen die Sowjetunion richten. Diese Bestrebungen müssen von der Arbeiterklasse sorgfältig und mit grössten Misstrauen beobachtet werden.

3.) Das Abkommen enthält den Vorschlag, dass eine Reihe Mächte sich verpflichten, keine Bestrebungen zu dulden, die auf den gewaltsamen Umsturz des politischen und sozialen Regimes der beteiligten Länder abzielen. Dies sind Bestimmungen, die sich in eine Waffe gegen die revolutionären Emigrationen verwandeln können.

4.) Im Anschluss an das italienisch-französische Abkommen setzten die Bemühungen von englischer Seite an, ein internationales Rüstungsabkommen unter Beteiligung Deutschlands zustande zu bringen, ein Abkommen, das die Aufrüstung Hitlerdeutschlands legalisieren würde. Vor einigen Tagen hat sogar die englische Times den Vorschlag gemacht, die Siegermächte des Weltkriegs sollten freiwillig auf die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags verzichten.

Natürlich steht die internationale Arbeiterklasse nicht auf dem Boden des Versailler Raubvertrages, aber sie muss sich auch gegen alle imperialistischen Abmachungen wenden, die Nazideutschland für sich ausnützen könnte.

oo

Das Ergebnis der Verhandlungen mit der KP :

ARBEITSGEMEINSCHAFT STATT VEREINIGUNG.

oo

Wir haben unsere Leser laufend über die Schritte unserer Gruppe im Sinne der Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung in Strassbourg unterrichtet. Nunmehr sind die Verhandlungen, die sich als Ergebnis unseres Briefes v. 7.11.34. eröffnet, zum Abschluss gebracht. Anstelle der von uns erstrebten Wiedervereinigung, ist die Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft auf folgender Grundlage abgeschlossen worden:

- 1.) Gemeinsame kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit und gegen den Reformismus.
- 2.) Gemeinsame kommunistische Arbeit in den überparteilichen Sport- und Kulturorganisationen.
- 3.) Aktivisierung der Arbeit des Einheitskomitees und dessen Verbreiterung und Verankerung.
- 4.) Zusammenarbeit im Strassbourger Gemeinderat.
5. Gemeinsame Bekämpfung der Sabotage der Einheitsfront und der Gewerkschaftseinheit durch die Hueberpartei.
6. Vorbereitungen für die Gemeinderatswahlen 1935.

Da ein nicht unbeachtlicher Teil kommunistisch gesinnter Arbeiter die Verschmelzung der KPO (IVKO) mit der KP ersehnt und davon das Eingehen parteipolitischer Bindungen abhängig macht, wollen wir hier kurz eine Darstellung der Verhandlungen und ihrer Ergebnisse geben, zumal wir der Ansicht sind, dass unsere taktischen Differenzen das Interesse aller kommunistischen Arbeiter berühren.

In der ersten Verhandlung zwischen Vertretern unserer Gruppe und der Regionalleitung der KPF, äusserte die letztere den Wunsch unseren Standpunkt nochmals schriftlich präzisiert zu erhalten. Unsere Gruppe kam nach Stellungnahme in Leitung und Mitgliedschaft diesem Ersuchen nach und sandte den an anderer Stelle veröffentlichten Brief an die Regionalleitung.

In der zweiten Verhandlung nach Vorliegen unseres Briefes, erklärte der Vertreter der Regionalleitung, dass in vielen Punkten eine wesentliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte zu erkennen sei, aber einige Fragen des Vorhandenseins grundsätzlicher Differenzen erkennen lassen und daher eine Vereinigung nicht in Frage käme.

Diese grundsätzlichen Differenzen sind nach der Ansicht des Vertreters der Regionalleitung:

1. Unsere Ablehnung der Theorie des Sozialfaschismus,
2. Unsere Stellung zur Arbeiterregierung, die mit den Beschlüssen des IV. und V. Weltkongresses der Komm. Internationale nicht übereinstimmt. Nach der Ansicht der Regionalleitung sind die Beschlüsse beider Kongresse in dieser Frage klar und ein Ganzes.
3. Unsere Behauptung, dass die taktischen Mittel im Kampfe gegen Hueber im Jahre 1929 falsch waren, ist unrichtig.

Wir werden uns befehligen unsere Leser Sinn und Bedeutung der hier erwähnten Differenzpunkte in den folgenden Nummern darzulegen. Für heute beschränken wir uns auf die Feststellung, dass nach Ansicht der Regionalleitung der KPF die Mitgliedschaft in der KP an die Anerkennung

nung der Theorie vom Sozialfaschismus geknüpft wird, die in keinem einzigen Punkte mehr die Praxis der Partei bestimmt und die seit Abschluss des Aktionspaktes bis auf weiteres nur im verschlossenen Kämmerlein erwähnt werden darf. Von besonderer Kühnheit aber scheint uns die Behauptung, dass wir, die wir die Sozialdemokratie als eine bürgerlich-demokratische Arbeiterpartei und nicht als eine sozialfaschistische Partei betrachten, damit in einen grundsätzlichen Gegensatz zum Kommunismus stehen.

Die Tatsache, dass die Regionalleitung der Auffassung ist, dass die von uns vertretenen Auffassungen Zeugnis von grundsätzlichen Differenzen ablegen und unsere taktischen Auffassungen nicht in einer KP vertreten werden dürfen, sind uns Beweis, dass wir von einer wirklichen innerparteilichen Demokratie noch weit entfernt sind.

Die Mitglieder der IVKO bedauern, dass es noch nicht zur Vereinigung gekommen ist, Sie werden in der Arbeitsgemeinschaft mit den KP-Kameraden zeigen, dass sie Kommunisten sind und dass die Haltung der Regionalleitung nicht den Interessen der kommunistischen Bewegung Rechnung trägt. Zugleich aber wird die KPO (IVKO) nicht ruhen, bis die Vereinheitlichung der kommunistischen Kräfte Tatsache geworden ist.

In diesem Sinne gehen die Militanten unserer Gruppe an die Zusammenarbeit und sind davon überzeugt, dass ihre Haltung und Arbeit steigendes Verständnis bei allen kommunistischen Arbeitern finden wird.

Unser Brief an die Partei:

UNSERE STELLUNG ZUR PARTEI UND ZUR WIEDERVEREINIGUNG. oo

Vorhermerkung: Wir sandten auf Grund mündlichen Ersuchens nachstehenden Brief an die Regionalleitung der KPF, auf Grund dessen dann die Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen wurde. Die Partei übertreue unsere Stellung zur innerparteilichen Demokratie haben wir bereits in Nr. 18. unserer Zeitung wiedergegeben, weshalb wir von nochmaliger Veröffentlichung Abstand nehmen. Der Brief vom 22.12.34. lautet:

"Einleitend wollen wir Eurem Wunsche entsprechend eine kurze Darstellung unserer Haltung zur Hueberpolitik seit 1929 geben. Hueber, Mourer und Co. gingen bereits seit 1929 einen falschen Weg bei der Ausnutzung der autonomistischen Massenbewegung, der opportunistisch war und in der Folge zum Bruch mit den kommunistischen Grundsätzen führte. Wir haben dies im IVKO-Nachrichtendienst, in der Erklärung unseres Kameraden Hirtzel und an anderer Stelle wiederholt betont. Wir erkennen an, dass unserer Opposition lange Zeit die Erkenntnis der grundsätzlichen Differenz fehlte. In der grundlegenden Einschätzung Huebers hat die Partei Recht behalten. Ihre Stellung zur autonomistischen Massenbewegung 1929 aber war taktisch falsch und nur diesem Umstande hatte es Hueber zu danken, dass sich die überwiegende Mehrheit der Parteimitgliedschaft in Strasbourg Hueber und nicht der Parteiführung anschloss. Statt in einer wirklichen Diskussion die kommunistische Taktik gegenüber der autonomistischen Massenbewegung im engsten Zusammenhang mit der Mitgliedschaft herauszuarbeiten und Hueber systematisch auf Grund seiner Taten in der Volksfrontkoalition von der Mitgliedschaft zu isolieren, verlangte man kategorisch den Bruch mit der vorher im Einvernehmen mit dem ZK festgelegten taktischen Linie der Ausnutzung der autonomistischen Massenbewegung und stellte an die Spitze der Auseinandersetzung den Ausschluss von Hueber u. Genossen. Es hat keinen Zweck über diese Tatsachen hinweg zu sehen, zumal wir annehmen, dass auch die Partei aus der Vergangenheit gelernt hat.

Nun zu den einzelnen Punkten unseres Briefes vom 7. Nov. 34.

1.) Wir haben keine grundsätzlichen Differenzen mit der Partei und der KI, d.h. wir stehen auf dem Boden der komm. Grundsätze und anerkennen die Beschlüsse der ersten 4 Weltkongresse der KI vorbehaltlos, nur sind wir der Meinung, dass die Formulierungen des IV. Weltkongresses in der Frage der Arbeiterregierung sich durch die nachfolgenden Ereignisse (Sachsen u. Thüringen 1923) als unzulänglich herausgestellt haben. Wir solidarisieren uns in dieser Frage mit dem durch unsere deutschen Kameraden erarbeiteten Standpunkt, wie er in der Plattform der KPD-O nie-

dergelegt ist und worin es u.a. heisst:

"Die Arbeiter- und Bauernregierung ist keine Übergangslosung. Sie wird nicht im Laufe des Kampfes um die Macht verwirklicht. Ihre Verwirklichung ist der Abschluss des Kampfes um die Macht. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist weder eine parlamentarische Koalitionsregierung, noch ein blosses Synonym oder Pseudonym der proletarischen Diktatur. Sie ist ein bestimmtes Stadium der proletarischen Diktatur, nämlich ihr Anfangsstadium."

Der IV. Weltkongress liess bekanntlich als eine Form von Arbeiterregierung auch eine Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu, die auch auf parlamentarischen Wege und ohne vorausgegangenen siegreichen Aufstand zustande kommen konnte. Sachsen u. Thüringen 1923 waren die Praxis dieser Theorie des IV. Weltkongresses und widerlegten sie durch die Praxis.

Der V. Weltkongress hat dann, ohne die Beschlüsse des IV in dieser Frage einer ausdrücklichen Korrektur zu unterziehen, die Arbeiter- u. Bauernregierung einfach mit der Diktatur des Proletariats (rein komm. Regierung) identifiziert. Wir sehen auch in dieser Formulierung keine Klarstellung des Problems der Arbeiter- u. Bauernregierung, wie aus dem vorausgegangenen hervorgeht.

In der Frage des VI. Weltkongresses und der nachfolgenden Ekkiplenumsitzungen haben wir gegen folgende Punkte unsere Einwände erhoben:

A.) gegen die Theorie vom Sozialfaschismus, d.h. gegen die Ansicht, dass die Sozialdemokratie sich als Partei in eine faschistische Partei verwandelt habe oder verwandeln. Diese Theorie leugnete jeden Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur und ihre Aufrechterhaltung könnte stets zu der aus ihr geborenen Taktik zurückführen. Die Sozialdemokratie ist nach unserer Auffassung eine bürgerlich-demokratische Arbeiterpartei, wie die Praxis zeigt,

B.) gegen die aus dieser Theorie folgende Ablehnung der Taktik der Einheitsfront gegenüber reformistischen Organisationen mit dem Ziele der Herstellung einer Aktionsgemeinschaft (wie gegenwärtig in Frankreich und anderen Ländern),

C.) gegen die aus der Theorie des Sozialfaschismus folgende Linie der Schaffung neuer, von unten bis oben selbstständiger revolutionärer Gewerkschaften als Parallelverbände, der Schaffung selbstständiger Organisationen auf allen anderen Gebieten (Sport- u. Kulturbewegung) und des Verzichtes auf den Kampf um die Wiedervereinigung in Ländern mit gespaltenen Gewerkschaftsbewegung, wie in Frankreich usw.

Das heisst, wir sind - besonders nachdem der aus der erwähnten Theorie geborene taktische Kurs in der Praxis liquidiert wurde - nicht in der Lage die Beschlüsse als richtig anzuerkennen, die dieser Politik die Vorteile gaben. Daraus folgt, dass es in der Partei möglich sein muss taktischen Beschlüssen, wenn man sie für falsch hält, die Zustimmung zu verweigern und für ihre Korrektur im Rahmen der Partei einzutreten, was die Disziplin bei der Durchführung solcher Beschlüsse einschliesst.

Unsere taktischen Differenzen haben sich im wesentlichen vermindert. Der Rest an Differenzen besteht in folgendem:

a.) Wir sind der Meinung, dass die Herstellung der Einheitsfront nicht dem Abschluss eines Nichtangriffspakts verbunden sein soll. Folgende Grundbedingungen sind bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik unserer Ansicht einzuhalten;

1. volle Freiheit und Selbstständigkeit der kommunistischen Propaganda,
2. volle Freiheit der kommunistischen Kritik an der Aktion,
3. Unterbreitung der Kampffragen den Entscheidungen den am Kampf beteiligten Arbeitern und ihren Organen.

Die KPF hat gewissenhaft die Abmachungen des Einheitspakts gehalten u. selbst dort geschwiegen, wo es unserer Ansicht nötig gewesen wäre zu sprechen. So - um nur ein Beispiel zu nehmen - anlässlich des Beschlusses der Kammerfraktion der SFIO auf Eintritt in eine bürgerliche Regierung als Kampfregierung gegen den Faschismus.

b.) Wir sind der Meinung, dass sich die Kommunisten im Kampfe gegen den Faschismus nicht für allgemeine demokratische Forderungen einsetzen dürfen. Die Kommunisten kämpfen nicht für die demokratischen Rechte im allgemeinen - also auch für die Bourgeoisie und die Faschisten - sondern nur für die demokratischen Rechte der Werktätigen, für deren Weiterentwicklung und für die Aufhebung der demokratischen Rechte für die ausbeutende Minderheit - die Bourgeoisie und die Faschisten - und damit für die Überwindung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische Demokratie in der Form der Räterediktatur. Daraus ergibt sich, dass der Kampf gegen den Faschismus sich nicht im Rahmen der bürgerlichen Demokratie halten darf, sondern mit dem Kampf um die Diktatur des Proletariats verbunden sein muss und die Aufgabe hat den Kampf gegen den Faschismus zum Kampf um die Macht auszuweiten. Dazu gehört daher auch die Propaganda von Übergangslösungen (Räte, Arbeiterkontrolle der Produktion).

c.) In der Frage der Einheitspartei muss unserer Ansicht nach in der ~~Partei~~ Partei vollkommene Klarheit herrschen. Es kann keine Einheit mit Reformisten und Zentristen in einer Partei geben und daher auch keine Einheitspartei. Es kann nur die einheitliche komm. Partei geben, die fest auf dem Boden der komm. Grundsätze steht. Wir verweisen darauf, dass wir uns wiederholt genötigt sahen Entgleisungen in dieser Frage festzustellen.

d.) Die Partei hat bei Abschluss des Einheitspaktes nicht erreicht, den Streik als gemeinsames Kampfmittel gegen den Faschismus festzulegen. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung müsste die Partei der SFIO den Vorschlag machen, - ebenso wie diese ihre Forderungen an die Partei richtet -, gemeinsam in CGT und CGTU für die sofortige Herabsetzung der Gewerkschaftseinheit einzutreten, den Kampf gegen deren Sabotage gemeinsam zu führen und dafür zu kämpfen, dass sich die Gewerkschaften dem Einheitspakt anschließen und der Streik als wichtigstes Kampfmittel gegen Faschismus und Bourgeoisie propagiert und vorbereitet wird.

e.) Auch in der Frage der Bildung überparteilicher Abwehrformationen sollte die Partei eine ähnliche Initiative gegenüber der SFIO einleiten. Wir sind überzeugt, dass diese Punkte keineswegs gegen die taktische Grundlinie verstossen, die gegenwärtig die Partei befolgt und mit der wir einverstanden sind.

2.) Ihr wollt wissen, was wir unter einer selbstständigen Massenpolitik verstehen. Wir verweisen auf die in den nunmehr 17 Nummern der "Arbeiterpolitik" vertretene Politik, auf unsere Tätigkeit im Einheitskomitee, auf unser Wirken in den Gewerkschaften und Sportorganisationen, auf unser Auftreten im verflochtenen Wahlkampf, wie in öffentlichen Versammlungen. Das ist unsere selbstständige Massenpolitik. Auf sie verzichten, wie Ihr es fordert, heisst von uns verlangen, bis zur Wiedervereinigung auf die Vertretung einer kommunistischen Politik zu verzichten. Dabei habt Ihr im Wahlkampf nichts gegen unsere selbstständige Massenpolitik einzuwenden gehabt.

3.) Wenn wir uns bereit erklären, in der Arbeitsgemeinschaft auch bei bestehenden Meinungsverschiedenheiten Aktionsdisziplin zu halten, so bedeutet das, dass wir bei der Durchführung der von den Organisationen vereinbarten Aktionen und der Beschlüsse der gemeinsamen Fraktionen auf die Kritik verzichten und uns zur Disziplin verpflichten. Ausserhalb der Aktion hat jede Organisation das Recht auf gegenseitige Kritik.

Als Mitglieder der Partei sind wir bereit, die für jedes Parteimitglied gültige Parteidisziplin einzuhalten. Damit verpflichten wir uns, so wie jedes Parteimitglied, die von der Partei auf dem Wege des demokratischen Zentralismus festgelegte Linie und ihre Beschlüsse in der Gewerkschaft, im Sportsverein usw. diszipliniert durchzuführen, auch dann, wenn man mit einzelnen Beschlüssen nicht einverstanden ist. Damit dürfte wohl der Unterschied zwischen Aktionsdisziplin in der Arbeitsgemeinschaft und der Parteidisziplin klargestellt sein.

4.) Dieser Punkt behandelt die Frage der innerparteilichen Demokratie.

5.) Punkt 5 unseres Briefes v. 7. Nov. ist bereits durch Punkt 1 dieses Briefes beantwortet. Wir unterstreichen an dieser Stelle nochmals, dass

beim Bestehen des Parteiregimes auf der Basis des demokratischen Zentralismus, wir die Verpflichtung übernehmen, auch jene Beschlüsse durchzuführen, mit denen wir nicht einverstanden sind und denen wir daher unsere Zustimmung versagen müssen.

5.) Die mündliche Begründung für die Ablehnung unseres Vorschlages auf Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft, falls es noch nicht zur Wiedervereinigung kommt, zeigt, dass von Eurer Seite eine Verwechslung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Einheitspakt zwischen KPF und SFIO vorliegt. Die Arbeitsgemeinschaft soll eine dauernde und enge Zusammenarbeit für gemeinsame kommunistische Aufgaben im Sinne unserer 6 Punkte im Briefe vom 7. Nov. sein. Schon der Inhalt dieser Punkte zeigt dies deutlich. In diesem Zusammenhang verweisen wir Euch auf die bereits zwischen KPD und KPD-O getroffene Vereinbarung zur Zusammenarbeit.

Wir haben uns bemüht Euren mündlich geäusserten Wunsch in aller Ausführlichkeit Rechnung zu tragen. Wir glauben dass damit die noch bestehenden Unklarheiten behoben und eine baldige Wiedervereinigung herbeigeführt werden kann.

Was wird da gespielt?

Eine Kombination Frey, Walter, Hueber.
 =.=.=.=.=

Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. So auch die kommenden Gemeinderatswahlen. Im Lager der Volksfront herrscht mit Ausnahme der UPR Unsicherheit, denn der Brief des Hr. M. Walter liegt als Stein des Anstosses auf dem Wege erneuten herzlichen Einvernehmens. M. Walter hat auf Grund seiner vorausgegangenen Erklärungen die Hände frei und kann daher Beziehungen nach allen Seiten eingehen, wo ihm Vorteile winken.

Wir erhalten jetzt die Mitteilung, dass M. Walter bereits mitten im Geschäfte abschliessen ist. Seine wiederholt bekundeten Liebeserklärungen an die Adresse der Demokraten - der Partei der Grosskapitalisten, wie sie mit Recht von der "NW" genannt wurde - sollen danach in einem Wahlgeschäft auf Gegenseitigkeit ihren Niederschlag finden. Die Autonomisten um Schall scheiden danach aus allen Bündniskombinationen aus. Die Hueberpartei soll animiert werden, in West und Nord die neue Koalition UPR und Demokraten zu tolerieren, indem sie dort ihr Hauptfeuer gegen Kommunisten und Sozialisten konzentriert, die proletarischen Kräfte schwächt und so den Sieg Walter-Frey ermöglicht. Dafür soll die Hueberpartei in Süd und Ost auf keinen Kampf der neuen Koalitionspartner stossen und indirekt gegen die Kräfte der proletarischen Einheitsfront unterstützt werden. Dieser Vorschlag soll der Hueberpartei in der Form eines höflichen Ultimatums dargereicht werden. Man rechnet damit, dass die Hueberpartei im Hinblick auf die Bedeutung der gemeindepolitischen Positionen für ihre weitere Existenz möglicherweise auch diesen Hapen schlucken wird.

Die UPR hat also die Parteien bereits verteilt und selbst über die Posten erstrebt sie feste Abmachungen. Wie unser Gewährsmann berichtet, soll der Handel nach Absicht der UPR auf folgender Basis perfekt gemacht werden. Hr. Ch. Frey soll anstelle des Hr. Hueber den Mairesessel erhalten. Dafür soll Hr. Ch. Frey sein Député-Mandat der UPR abtreten, dass für Hr. R. vom "Elsässer" vorgesehen ist. Hr. Ch. Hueber soll dann mit einer Abfindungssumme in Gestalt eines Adjoint-Postens bedacht werden.

Diese uns zugegangenen Informationen aus Kreisen der UPR lassen erkennen, welche Pläne zumindostens im Schosse der UPR verfolgt werden und für welche Geschäfte Hr. M. Walter die Hueberpartei glaubt gebrauchen zu können.

Indem wir diese Pläne der Arbeiterschaft denunzieren, wollen wir zugleich den wirklich kommunistischen Elementen in der Hueberpartei zeigen für welche Absichten Hr. M. Walter sie auf dem Wege über die bisherige Volksfront zu missbrauchen gedenkt. Wir wissen nicht ob die Spitzen der Hueberpartei über die Pläne M. Walters informiert sind. Die bisherigen Erfahrungen mit der Hueberpartei lassen aber die Vermutung zu, dass sie auch zu diesem schmutzigen Geschäft bereit ist. Die Frage ist nur, ob sie ein solches Geschäft ihren Mitgliedern noch zutrauen können. Die Strassbourger Arbeiterschaft weiss jetzt was gespäht wird. Damit ist ihr zugleich ihre Aufgabe klar vorgezeichnet.

Georges Weill macht wieder von sich reden...
 =.=.=.=.=.

Der Mustersozialist G. Weill ist nach wie vor von küsserster Aktivität gegen die proletarische Einheitsfront. Dadurch hat er sich die Zuneigung aller Feinde des revolutionären Proletariats und aller Prozentpatrioten, die sich alle Mühe geben Hr. Weill für seine sozialpatriotischen Auffassungen ein Echo und eine Resonanz zu schaffen. Warum der "Temps" und andere ebenso "sozialistisch" gefärbte Blätter sich zum Propagandisten der Weill'schen Auffassungen machen, dürfte wohl schwer zu erraten sein. Wenn die "FP" ihren Georges bei diesem "edlen" Tun gegen die Aktionsseinheit in ihre schützende Arme nimmt, so zeigt sie ein übriges Mal, das der Apfel nicht weit vom Stamme fällt. Wenn die "FP" die Anklagen gegen G. Weill damit beantwortet, dass die Gegner mit ihrer "Kampagne" gegen den Musterknaben Georges des Proletariat von seinen intellektuellen Führern trennen will, um ihm die geistige Führung zu rauben, so scheint uns hierzu eine Bemerkung vonnöten. Niemand bestreitet G. Weill bestimmte intellektuelle Eigenschaften. Aber wenn die grossbürtliche Presse sich bemüht die Geistesblitze eines G. Weill gegen die Aktionsseinheit und für die Vaterlandsverteidigung geschäftig herumzureichen, so wittern die Arbeiter sehr gut, dass dieser intellektuelle "Führer" dabei ist, die Arbeiter zu verführen und nicht zu führen. Oder meint die "FP" ~~xxxxixäxxkik~~ der "Temps" macht deshalb ihren Député den Hof, weil er die wirksamsten Mittel zum Kampf gegen die Kapitalsherrschaft und für die Verwirklichung des Sozialismus anzupreisen hat? Wir Naiven sind der Meinung, dass die Naivität selbst der "FP" nicht so gross sein kann, den gewiegten Burschen des "Temps" solche Naivität und politische Kurzsichtigkeit zu zutrauen.

Deshalb bedanken wir uns auch bestens für Führer von solchen intellektuellen Ausmassen wie G. Weill, dessen Geistesprodukte so gewaltig sind, dass sich der "Temps" und andere Kapitalistenorgane um ihre Verbreitung bemühen. Die Arbeiterklasse braucht Führer und keine Verführer!

Es gibt keine Vetterloswirtschaft:

Der Gipfel der Selbstlosigkeit .
 =.=.=.=.=.

Vetterloswirtschaft ist für die Spitzen der Hueberpartei ein unbekannter Begriff. Der Fall des Schwiegersohnes des Hr. Maire und Stiefsohnes des Hr. Waisenhausdirektors Goetz ist dafür ein eklatanter Beweis. In völlig selbstloser Weise hat Hr. Hueber 10 Assistenten zu Sekretären befördert, damit sein Schwiegersohn ebenfalls in diese Kategorie eingereiht werden konnte. Hierzu brachte der Hr. Maire das selbstlose Opfer von zirka 60 000 Frs. aus der Tasche der Strasbourger Steuerzahler. Wenn fünf solche Schwiegersöhne - zum Glück hat Herr Hueber nur einen wie Hr. Hügel ihre Beförderung auf eine solche Weise erhalten hätten, dann wären die in der Vorlage für die Gesamtheit der Beamten vorgesehenen 300 000 Frs. gerade aufgegangen.

Wir verneigen uns ehrfurchtsvoll vor solcher Selbstlosigkeit; Wir haben nur den einen Wunsch: Möge Hr. Maire Hueber nicht noch oft der Stadt Strassbourg so selbstlose Opfer bringen müssen.

Herr Mourer in eigener Sache.
 =.=.=.=.=.

In "Eigener Sache" erklärt Hr. Mourer auf unsere Mitteilung über seine Beziehungen zu Hr. Ford, dass er denselben weder kenne, noch mit ihm gesprochen habe. Wir nehmen Kenntnis von dieser Erklärung und geben uns auch mit Hr. Williams von Mathis-Ford zufrieden.

Für den Kampffond gingen ein:	Sammelliste No. 2	- 22.-Frs.
	Sammelliste " 5	- 21.-Frs.
	Anstatt IHV -Wächter	- 20.-Frs.
	Letzte Versammlung	- 10.-Frs.
	Bisher quittiert	115.-Frs.
	Insgesamt:	188.-Frs.

Kameraden! Sorcht für Munitionszufuhr!

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 22/II. Jahrgang | Verantw. Alfred Quiri | Vierte Januarwoche 1935.

Zu den Vorgängen in Chartres:

Nieder mit den faschistischen Ligen!
oo

Die faschistischen Ligen erheben immer frecher ihr Haupt. Ihre Sprache wird immer kühner und unverfrorener. Kaum sind die Vorgänge in Amiens über, und schon hat die "Jeunesses Patriotes" unter der Führung Taittingers in Chartres einen neuen provokatorischen Aufmarsch gegen das arbeitende und antifaschistische Volk durchgeführt.

In Autobussen kamen die faschistischen Jünglinge aus Paris um gegen das arbeitende und antifaschistische Chartres zu demonstrieren, aus dessen nächster Umgebung die faschistischen Ligen erst vor kurzen den jungen Antifaschisten Mamy niederknallten.

Das antifaschistische Chartres aber blieb nicht ruhig. Es demonstrierte gegen die faschistischen Söldlinge, die dem arbeitenden Frankreich das französische Hitlerregime aufzwingen wollen. Die republikanische Polizei nahm die faschistischen Jünglinge in ihre schützenden Arme, obzwar sie es wagten auf die demonstrierenden Antifaschisten unter den Augen der Mobilgarden, der Führer der Polizei und hoher Präfektarbeamten zu schiessen.

Obzwar der Generalsekretär des Präfekten von Chartres und der Kabinettschef des Präfekten Zeugen des Anschlags der "JP" waren, liessen sie die Faschisten ungehindert Chartres verlassen. Erst vor Paris wurden sie anhalten, 132 verhaftet und - wieder freigelassen!

Wie lange sollen diese Ligen noch ihr Spiel gegen die Arbeiterschaft treiben dürfen?

Es ist genug! Schluss jetzt mit den faschistischen Ligen!

Entwaffnung und Auflösung dieser faschistischen Bürgerkriegsgarde gegen das arbeitende Frankreich unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen!

Organisiert den antifaschistischen Selbstschutz!

DIE SAARABSTIMMUNG UND FRANKREICH .
oo

Die Wirkungen der Saarabstimmung auf Frankreich erfordern die volle Aufmerksamkeit und Aktivität der französischen Arbeiterklasse. Das Nächstliegende ist die Sorge für die antifaschistischen Kämpfer im Saargebiet.

Nach dem Beschluss des Völkerbundes wird das Saargebiet am 1. März in deutsche Verwaltung übergehen. Bis dahin hat der Völkerbund noch die volle Herrschaft im Gebiet. Die internationalen Truppen sind noch im Saargebiet. Aber unter den Augen des Völkerbundes und seiner Organe, unter Duldung und teilweise unter Mitwirkung dieser Organe hat bereits der faschistische Terror im Saargebiet gegen die Anhänger der antifaschis-

bleichen Front eingesetzt. Der Völkerbund hat feierliche Garantien der antifaschistischen Minderheit gegeben. Es zeigt sich jetzt, dass diese Garantien nur eine zynische Heuchelei sind. Die Arbeiterklasse Frankreichs muss offen und scharfen Protest erheben gegen die kaltblütige Preisgabe der antifaschistischen Bevölkerung an den Naziterror unter den Augen und durch die Völkerbundsorgane selbst. Wenn solches geschehen kann, wo noch die Regierungskommission und die internationalen Truppen im Saargebiet sitzen, ohne Protest, so wird der Naziterror nur um so hemmungsloser wüten, wenn die Hitlerbande das Gebiet auch formell in Besitz genommen haben wird.

Kann es einen stärkeren Beweis für den Naziterror geben, der jetzt schon im Saargebiet herrscht, als die Tausende von Emigranten, die bereits das Gebiet unter den wilden Drohungen der Nazis verlassen um ins Exil zu wandern?

Die französische Regierung hat die Bestimmungen für den Übertritt auf französisches Gebiet gerade in diesem Augenblick statt erleichtert, noch verschärft. Hunderte von den Nazis Verfolgte werden zurückgewiesen, weil sie nicht die vorgeschriebene Zahl und Art von Papieren haben. Die französische Arbeiterklasse muss verlangen, dass die einschränkenden Bestimmungen fallen, dass die Grenzen weit geöffnet werden für alle von den Nazis Bedrohten und Verfolgten.

Die französischen Arbeiter müssen ferner den Saaremigranten praktische Solidarität erweisen, sie müssen ihnen materiell und moralisch zu Hilfe kommen.

Die französische Regierung hat an den Völkerbund eine Denkschrift wegen der Emigranten gerichtet, die besagt, dass die Sorge für die Emigranten Sache des Völkerbundes sei. Sehr schön, aber ehe diese Verpflichtungen des Völkerbundes sich in praktische Taten umsetzen, muss in Frankreich selber für die Emigranten gesorgt werden. Es darf nicht sein, dass die Emigranten von einer Völkerbundsregierung auf die andere verwiesen, dass sie "von Pontius zu Pilatus" geschickt werden.

Von den Auswirkungen der Abstimmung im Saargebiet auf Frankreich sind bereits eine gewisse Zahl klar sichtbar:

1.) Die reaktionären und militaristischen Kreise benutzen die Gelegenheit des ersten aussenpolitischen Erfolgs der Nazis, um zu erklären: Die Saarabstimmung zeigt, wie stark der "Patriotismus" in Deutschland ist. Stärken wir den "Patriotismus" in Frankreich. Stärken wir die militärischen Rüstungen Frankreichs. Die Agitation für die zweijährige Dienstzeit hat sich unmittelbar im Anschluss an den Erfolg der Nazis im Saargebiet verstärkt. Die Arbeiterklasse muss dieser Agitation ihrerseits verstärkt entgegentreten. Und sie muss noch entschlossener und geschlossener den faschistischen Treibereien entgegentreten, die sich hinter der Phrase von der Verstärkung des "Patriotismus" verbergen.

Kein Zweifel, dass der deutsche Imperialismus auf Grund des Saarerfolges nur um so anspruchsvoller geworden ist. Aber diesen Ansprüchen ist nur wirksam entgegentreten durch die Verstärkung der revolutionären Kampfkraft der französischen Arbeiterklasse, nicht durch die Stärkung des Militarismus im eignen Lande.

2. Bereits vor der Saarabstimmung gab es in der französischen Bourgeoisie eine starke Tendenz, die gegen die enge Verbindung mit der Sowjetunion auftrat und statt dessen auf ein Kompromiss mit Hitlerdeutschland hinarbeitete, das letzten Endes seine Spitze gegen die Sowjetunion richten müsste.

Diese Tendenzen sind durch den Erfolg der Nazis an der Saar zweifellos gestärkt worden, wenn sie sich auch noch nicht durchgesetzt haben. Sie stützen sich jetzt auf die Erwartung, dass das Hitlerregime in Deutschland von längerer Dauer sein werde, dass es noch eine feste Grundlage habe.

Die Politik Laval's ist schwankend. Zwar hat Laval in Genf, auf die Intervention des sowjetistischen Vertreters hin, Erklärungen abgegeben, dass der Ostpakt energisch weiter verfolgt werde, dass die französische Politik nicht daran denke, ihn zugunsten von Abmachungen weniger bindender Art, wie die römischen, fallen zu lassen. Aber die Arbeiterklasse muss sich klar machen, dass es entscheidend von ihrer eignen Aktion, von ihrem Druck

auf die Regierung, von ihrem klaren und entschiedenen Willen abhängt, in welcher Richtung die französische Aussenpolitik in der nächsten Zeit tatsächlich gesteuert wird. Erklärungen sind eins, Taten sind ein anderes. Die französische Regierung hat das öfteren gegenüber der Hitlerregierung betont. Es gilt auch für sie selbst!

Sedonfalls haben die französischen Arbeiter jetzt die Aufgabe, die Aussenpolitik ihrer Regierung gegenüber Hitlerdeutschland noch schärfer als bisher zu überwachen. Zweifellos sind nach der Saarabstimmung sowohl in Frankreich selbst, als auch ausserhalb, vor allem bei England, die Kräfte gewachsen, die den französischen Imperialismus in die Richtung eines Kompromisses mit Hitlerdeutschland drängen wollen.

oooooooooooooooooooooooooooo

PLANWIRTSCHAFT A LA FLANDIN
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Regierung Flandin hat der Kammer einen Gesetzentwurf über "industrielle Ententes" vorgelegt.

Das ist der Sinn dieses Entwurfes?

Die Bestimmungen sind im wesentlichen folgende. Wenn in einem Industriezweig mindestens 2/3 der beteiligten Unternehmungen fordern, dass Massregeln zur Einschränkung der Produktion usw. getroffen werden, so sollen alle Unternehmungen verpflichtet sein, sich in einer "entente industrielle" zusammenzuschliessen und die von der Mehrheit beschlossenen Massregeln durchzuführen. Es handelt sich also um die Einführung einer Art von Zwangssyndikaten unter staatlicher Aufsicht. Der Zweck ist ein vielfacher. Erstens, Vernichtung von Fabrikanlagen und Maschinen, Stilllegung von Betrieben, also Einschränkung der Produktion. Jeder Arbeiter versteht, dass das weitere massenhafte und dauernde Arbeiterentlassungen bedeutet. Zweitens, die Hochhaltung der Preise. Die Stilllegung der Betriebe dient ja dazu, das Angebot auf dem Markt zu verringern. Drittens ist jedem Arbeiter klar, dass wenn die Unternehmer sich einmal in Zwangssyndikaten zusammengeschlossen haben, sie auch noch in anderer Weise ihre stärker konzentrierte Macht gegen die Arbeiter kehren werden. Sie werden sie auch verwenden, um die Löhne weiter zu drücken und die Arbeitsbedingungen nach anderen Richtungen zu verschlechtern.

Es sollte unter der Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, dass dieser Entwurf aufs schärfste von ihr bekämpft und abgelehnt werden muss. Leider scheint das nicht der Fall zu sein.

Und das ist kein Zufall. Denn Mr. Flandin hat in den Gesetzentwurf eine Bestimmung aufgenommen, die geradezu darauf berechnet ist, die Arbeiterklasse zu spalten.

Im Gesetzentwurf sieht die Einrichtung von Schiedsgerichten für die "ententes industrielles" vor. Sie sollen zusammengesetzt sein aus Vertretern der Unternehmer - und Vertretern der CGT.

Die Führer der CGT haben einzelne Einwände gegen den Gesetzentwurf erhoben, sie lehnen ihn aber keineswegs grundsätzlich ab. Sie scheinen also geneigt zu sein, in die gestellte Falle zu gehen. Es nimmt das nicht besonders wunder, da das Krisenprogramm der CGT ja "Planwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage, d.h. in Zusammenarbeit mit den Unternehmern vorsieht.

Hier ist eine dringende Aufgabe der Einheitsfront. Sozialistische und Kommunistische Arbeiter sollten gemeinsam und einheitlich in den Gewerkschaften auftreten im Sinne der Ablehnung der "ententes industrielles" und des Kampfes gegen den Regierungsentwurf.

Darüber hinaus sollten die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter sich einsetzen für die Organisierung des revolutionären Kampfes um die Leitung und Kontrolle der Betriebe, d.h. durch Ausschüsse der Arbeiter und Angestellten in jedem Betriebe.

=====

KAMERADEN! Wenn in den nächsten Tagen Militanten unserer Gruppe an Euch herantreten und Euch zur Unterstützung unserer Saaremigranten auffordern, so zögert nicht Eure Solidarität mit ihnen zu bezeugen.

=====

Gefahren für die Einheitsfront.
=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=,=

"Die Einheitsfront", schrieb am 10. Januar Marcel Pivert im "Populaire" "scheint an einem toten Punkt angelangt zu sein."

Er weist daraufhin, dass die Aktion in entscheidenden Fragen nicht von der Stelle kommt. Die faschistischen Verbände bewaffneten sich immer stärker. Es geschieht nichts wirksames gegen die Betriebsstilllegungen, wie bei Citroën.

~~Im letzteren Falle schlägt er vor Betriebsbesetzung und Arbeiterkontrolle. Er schlägt weiter vor, eine breite Werbung für die Bewaffnung des Proletariats und eine Massendemonstration, um das Gemeinwahlrecht für Paris zu ändern, das heute die kleinen Bezirke der Bourgeoisie bevorzugt.~~

Diese Vorschläge vermengen Richtiges mit Falschem, aber das eine ist hier richtig gesehen, dass die Einheitsfrontaktion auf der Stelle tritt und dass sie gesteigert werden muss. Auf welcher Linie das geschehen müsste, ist hier wiederholt entwickelt worden.

Aber die Lage ist in Wirklichkeit noch schlimmer, als Pivert sie schildert.

Wir haben in Frankreich den sonderbaren Zustand, dass die soz. Partei gleichzeitig Einheitsfront mit der KPF und Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien macht.

Im "Populaire" schreibt Léon Blum Tag für Tag Artikel, wie man den bürgerlichen Staatsapparat reformieren könne. Und das hat seine praktische Wirkung. Soeben hat der Kammerpräsident Buisson Vorschläge für die "Reform" der parlamentarischen Prozedur gemacht, die sich an die Vorschläge Léon Blums anlehnen und auf die Einschränkung der parlamentarischen Redefreiheit hinauslaufen. Worin unterscheidet sich das von der Mitarbeit, die die deutschen Sozialdemokraten unter Brüning am Abbau der demokratischen Rechte leisteten? Nur darin, dass es statt offen und direkt, verschleiert und indirekt geschieht. Das macht die Sache nur noch zweideutiger und gefährlicher. Dagegen müssten nicht nur die komm. Partei, sondern auch die sozialistischen Arbeiter protestieren.

Weiter. Die Regierung Flandin hat einen an anderer Stelle besprochenen Gesetzentwurf auf Errichtung von "industrielles Ententes" eingebracht. Es handelt sich um Zwangssyndikate zur Durchführung neuer Betriebsstilllegungen. Die CGT bezeugt diesem Entwurf ihr Interesse, der ihre Vertretung in den vorgesehenen Schiedsgerichten vorsieht.

Der Zweck der Heranziehung der CGT ist klar. Man erwartet, und mit Recht, dass die Vertreter der CGT die kapitalistischen Pläne nicht stören können, sondern, dass sie auf diese Weise für kapitalistische Zwecke, gegen die Einheit der Gewerkschaften und gegen die Einheitsfront überhaupt eingesetzt werden können. Es ist dies ein raffiniertes Manöver der Bourgeoisie gegen die proletarische Einheitsfront. Und es ist bezeichnend, dass die Neosozialisten soeben beschlossen haben, dem CGT-Plan ihre Unterstützung zu gewähren und ihre Stellung zur Regierung für die Zukunft von ihrer zustimmenden Haltung zum CGT-Plan abhängig zu machen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen gegen dieses durchsichtige Spiel scharf Stellung nehmen, indem sie diese Pläne ablehnen. Positiv aber müssen sie diesen Plänen die Lösung der Arbeiterkontrolle der Produktion gegenüberstellen, d. h. den Kampf um die Leitung der Betriebe durch Arbeiter und Angestellte, im Interesse der werktätigen Bevölkerung. Nicht Stilllegung der Betriebe unter Deckung von Arbeitervertretern, sondern Kampf um ihre Wiedereröffnung und ihre Leitung ausschliesslich durch Arbeiter und Angestellte!

Saarbrief:

KIESELHUMES UND DAS ABSTIMMUNGSERGEBNIS.

oo

Auf dem Kieselhumes waren nach objektiver Schätzung am 6. Januar -eine Woche vor der Abstimmung - 90 000 antifaschistische Demonstranten. Selbst wenn man 20 000 als Nichtabstimmungsberechtigte abrechnet, verbleiben immer noch 70 000 des Status-quo. Unter normalen Verhältnissen kann man

eine Multiplikation der Demonstrationen vornehmen um das Wahlergebnis zu errechnen. Im Saargebiet war es anders. Nur rund 46 000 Stimmen wurden für den Status-quo abgegeben. Also 25 000 weniger als Demonstrationen für den Status-quo eine Woche vor der Abstimmung aufmarschiert waren. Ein auf den ersten Blick kaum erklärlicher Vorgang. Diese 25 000 Demonstrationen haben sich binnen einer Woche herumgerissen, sie gaben die Lösung, für die sie 6 Tage vorher unter Aufbringung von Opfern demonstrierten Preis und stimmten für die Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland. Das ist ein in der Geschichte der Arbeiterbewegung gewiss seltener Vorgang.

Aber auch er findet seine Erklärung in der allgemeinen Schwäche der Status-quo - Bewegung überhaupt. Man hatte die Frage der Abstimmung nicht zu einer Frage des Klassenkampfes gemacht. Die Einheitsfront machte überhaupt nicht ernsthaft den Versuch durch den täglichen Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse die Deutsche Front zu schwächen. SP und KP sahen in allen Versammlungen und Kundgebungen ihre Hauptaufgabe darin, zu betonen, dass sie viel mehr Vaterlandsliebe und Liebe zu ihrer Saarheimat hätten, als die Nazis. Es kam ihnen immer nur darauf an zu betonen, dass sie die besseren Deutschen seien. Den täglichen Kampf um die Interessen der Arbeiterschaft hatte man vertagt. Für diesen Kampf hatten die klugen Strategen Mitte Dezember ein "Programm nach dem Siege" formuliert. Durch das Ergebnis der Abstimmung sind die Führer der Einheitsfront der Notwendigkeit entzogen ihr Programm nach dem Siege "durchzuführen". Der Arbeiterschaft des Saargebiets aber bleibt es nicht erspart den Kampf unter den denkbar ungünstigsten Umständen künftig doch zu beginnen.

Die Gewerkschaftsführer des Saargebiets liessen sich bis Mitte Dezember Zeit sich für die Status-quo-Lösung anzusprechen. Vorher erweckte ihre Haltung, besonders die der Führung des Bergarbeiterverbandes, der wichtigsten Berufsgruppe, den Eindruck, dass sie für Deutschland stimmen wolle. Selbst den einfachsten Dingen suchte man so lange wie möglich aus dem Wege zu gehen und sich um eine Stellungnahme zu drücken. Dadurch fehlte der Status-quo-Bewegung jede innere Festigkeit. Und nur dadurch war es möglich in den letzten fünf Tagen der Abstimmung 30 % der Anhänger des Status-quo loszureissen und für die Deutsche Front zu gewinnen.

Bei den Überläufern handelt es sich nicht nur um einfache Mitglieder oder Leute aus dem Kleinbürgertum, sondern diese Loslösung ging bis in die Spitzen der Gewerkschaftsbewegung. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes in Völklingen, fiel am Freitag vor der Abstimmung um und hielt am Freitag, den 12.1. eine Rede im deutschen Rundfunk. Der Geschäftsführer des DMV in Saarbrücken verweigerte seine Unterschrift unter eine Vollmacht zu setzen und verhinderte dadurch, dass das Vermögen des Metallarbeiterverbandes Hitler entzogen wurde. Er glaubte auf diese Weise seine Haut zu retten. Überall zeigten sich die übelsten Zersetzungserscheinungen.

Das ist eine ernste Lehre für die Arbeiterschaft im allgemeinen und die KPD im besonderen. Man gewinnt nichts, läuft aber Gefahr alles zu verlieren, wenn man den leichtesten Weg wählt, den Schwierigkeiten aus dem Wege geht. Hätte sich die KPD bequem den Standpunkt der KPD-O zu beschreiben und durch wirkliche Anwendung der Einheitsfrontpolitik um die Herzen der Arbeiter, vor allem der Sozialdemokraten gekämpft, dann wäre die Gewähr geschaffen, dass man, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung, einen festen Kern von Arbeitern zur Verfügung hatte, der sich in die illegale deutsche Bewegung einreihen liess. Damit hätte man auch das Abstimmungsergebnis gebessert. Gerade die Haltung der KPD und der KP-Polens bei der Abstimmung in Oberschlesien für die Rätelösung verbunden mit der ausserparlamentarischen Aktion, hatte dort ein mächtiges Wachstum der kommunistischen Bewegung im Gefolge.

Die Anwendung der Einheitsfrontpolitik im opportunistischen Sinne im Saargebiet hat seine verheerenden Wirkungen gezeigt. Für die neue Etappe des Kampfes bleiben nur die schwachen Kräfte der KPD-O und die aufrecht gebliebenen Genossen der KPD übrig. In der KPD und SPD, besonders auch unter den Emigranten, herrscht die grösste Konfusion, die, wenn man sich nicht daran macht die Fragen der Einheitsfrontpolitik, besonders am Saarbeispiel, zu klären, in Zerstückelung ausarbeiten kann.

(Saarkumpel)

Zur Generalversammlung der Gemeindearbeiter:

Ein Phyrussieg

=,=,=,=,=,=,=,=,=,=

Die Generalversammlung unseres unitären Gemeindearbeiterverbandes am 17. Januar in der Glocke war ein getreues Spiegelbild, der in unserem Syndikat herrschenden Zustände. Die Kritik in der "Arbeiterpolitik" und die ersten Ansätze einer Zusammenarbeit der kommunistischen Kameraden für eine wirkliche klassenmäßige Wirksamkeit unseres Syndikats und gegen die Praktiken des derzeitigen Vorstandes, hatten genügt, um den ganzen Froschteich aufzuscheuchen.

Schon im 11/2 stündigen Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurde alles getan um eine Progromstimmung gegen alles zu schaffen, was nicht nach Huebers Pfeife tanzt. So ungenügend muss sich die Goebelssche Saarpropaganda abgewickelt haben. Die Atmosphäre, in der dann die Diskussion stattfand, war also genügend vorbereitet. Wenn man weiss welche üble Wirkungen die Günstlingswirtschaft a la Hueber bei einem Teil der Militanten unserer Organisation ausübt, kann man sich vorstellen, warum ein nicht unbeachtlicher Teil ehrlicher Kameraden angesichts der Praktiken des Vorstandes frühzeitig die Versammlung verliess.

Aus dem Kassenbericht ist erwähnenswert, dass den 78 321,40 Frs. sage und schreibe 63 005,05 Frs. gegenüberstanden, was einen Kassenbestand von 15 316,35 Frs. gegenüber dem letztjährigen von 12 841,95 Frs. ergibt. Im Hinblick auf einen ersten Arbeitskonflikt ist dies ein äußerst trauriges Zeichen. Im ganzen Jahr sind also bei 700 Mitgliedern ganze 2 474,40 Frs. erübrigt worden und stehen mithin ~~2474,40~~ als Jahresergebnis für einen Streik zur Verfügung. Die Behauptung, dass die Abgaben an Union locale und Hauptkasse, mit insgesamt 4 603 Frs. uns sehr belasten, kann keine Zustimmung erfahren. Da fallen die 8000.-Fr. für den "Roten Gemeindearbeiter" ganz anders ins Gewicht, zumal das Blatt in keiner Weise unseren Interessen nutzbar ist. Für Büromiete, Licht und Heizung wurden fast 5 000.-Fr. ausgegeben und die Aufwandsentschädigung betrug 2 450 Frs. Hier wäre eine spezialisierte Aufrechnung sehr erwünscht gewesen.

An der Diskussion beteiligten sich die Kameraden Mohn, Caspar, Wenker, die auf alle wesentlichen Fragen eingingen, die Angriffe des Vorstandes zurückwiesen und die Ansichten der Opposition präzisierten. Leider muss mit Bedauern registriert werden, dass die Hueberleute die innergewerkschaftliche Meinungsfreiheit nach echt Hitlerscher Manier zu vergewaltigen suchten. Jeder der nicht ihrer Meinung ist, wird niedergebrellt und gestört - darin erschöpft sich ihre Fraktionsarbeit und ihre Fraktionsdisziplin.

Die Durchführung der Wahlhandlung war ein besonderes Kapitel. Die hier angewandten Methoden erregten bei der Mehrzahl der Mitglieder Kopfschütteln, und insgeheim fragte sich mancher, ob er in einer roten Gewerkschaft oder in einem Hueberschen Interessenverein ist. Nicht einmal die elementarsten Grundsätze der Wahlen wurden respektiert. So wurde die Wahlkommission aus den Reihen des alten Vorstandes gebildet, was bekanntlich statutenwidrig ist. Die Wahlhandlung wurde nicht per Stimmtettel und geheim vorgenommen, sondern en bloc. Nicht genehme Vorschläge wurden einfach überhört und selbst Kamerad Caspar, der als Vorsitzender der Münsterbauhütte dem Vorstande angehören müsste, wurde nicht auf die Vorschlagsliste genommen. Bei ihm durchbrach ^{man} die angewandte Regel ~~xxxxxxx~~ und ~~xxxxxxx~~ stimmte gesondert ab. Wir wissen warum in diesem Falle von der sonst beliebten Regel abgewichen wurde, gehört doch Kamerad Arnold als Spitalvorsitzender ohne weiteres zum Vorstand.

Die Versammlung hat gezeigt, dass die Hueberleute, die sich über die Fraktionsarbeit der anderen Seite so furchtbar aufregten, selbst ganz annehmbare Fraktionsarbeit leisteten, wenn sie auch nicht einem klaren politischen Ziel dient, sondern auf der gemeinsamen Absorbierung schöner Plätzchen beruht.

Gemeindearbeiter! Ihr dürft Euch nicht länger einschüchtern lassen.

Ein Vorstand, der aus sieben Aufsehern, einen Vorarbeiter und nur drei Betriebskameraden besteht, kann keiner Interessenvertretung der Gemeindegewerkschaft entsprechen. Ihr dürft nicht länger kuscheln! Macht von Euren innergewerkschaftlichen Rechten Gebrauch. Verneint diesen Vorstand und fordert nochmalige statutengemäße Wahl und lasst Euch nicht abhalten einiger und geschlossener zur Wahl zu gehen, für einen Vorstand der einer unitären Gewerkschaft würdig ist.

Avant-Garde.

Für die Saaremigration:

Für Asylrecht und gegen die Beschränkung der persönlichen
.....
Freiheit der Flüchtlinge .
.....

Noch ehe das Saargebiet formell dem III. Reich angegliedert ist, wütet der faschistische Terror gegen die antifaschistischen Kämpfer im Saargebiet. Jene Emigranten, die bereits vor dem III. Reich ins Saargebiet flüchteten, müssen jetzt erneut zur Emigration Zuflucht nehmen. Es ist Gebot internationaler Klassensolidarität, dass die Arbeiter ohne Unterschied der Partei für die Flüchtlinge das Asylrecht fordern. Da fällt es auf, dass zwei Zeitungen in Strasbourg in gehässigster Weise gegen die Emigranten scharf machen und ihnen glatt das Asylrecht im Elsass verweigern.

Die Haltung der NW gegenüber den Saarflüchtlingen wird daher auf immer in Schandblatt für diese Sorte "Kommunisten" bleiben. Und die Bemerkung "es klaben bereits genug unerwünschte Gäste am elsässischen Kuchelkopf" wird für immer gegen die Heber-Mourer-Goetz Zeugnis ablegen.

Neben die "NW" ist jetzt die "ELZ" getreten, die unter der Überschrift "Wir wollen keine Emigranten" u.a. schreibt:

"Dies veranlasst uns erneut und mit allen Nachdruck dagegen zu protestieren, dass unser Land zu einem Asyl für die Emigranten gemacht wird".

Sie hätte hinzu setzen müssen; "Hitleragenten a la Dominicus sind allerdings ausgenommen, denn es sind ja ordentliche Leute!

Die Herren der "NW" und der "ELZ" dürfen beruhigt sein, die Pariser Regierung ist eifrig bemüht, damit kein Flüchtling im Elsass Asyl findet und als "unerwünschter Gast am elsässischen Kuchelkopf klaubt". Die über 600 in Strasbourg eingetroffenen Flüchtlinge wurden geschlossen ins Centre d'accueil, der Kaserne Lizé-Nord geleitet. Dort stehen sie unter Bewachung von Gardes mobiles, die mit Karabiner ausgerüstet sind. Sprech- und Besuchserlaubnis hängt vom Wohlwollen des zuständigen Kommissars ab und erfolgt in Gegenwart eines Beamten. Ausgang für die Flüchtlinge gibt es nicht. Täglich findet ein Appell statt, um festzustellen, ob etwa einer der Flüchtlinge über die Mauern gegangen ist um im schönen Elsass ein Asyl zu suchen. Und damit ein eventuell entwischter Flüchtling wieder eingefangen werden kann, werden von jedem kurz nach seinem Eintreffen in der Kaserne Lizé-Nord auch die Fingerabdrücke aufgenommen.

Wir geben dies der "kommunistischen" "NW" und der "ELZ" zur Kenntnis und hoffen dass sie nun befriedigt sind.

Für die klassenbewusste Arbeiterschaft aber muss die Forderung lauten: Für das uneingeschränkte Asylrecht für die antifaschistischen Flüchtlinge!

Für die Aufhebung der Suspendierung der persönlichen Freiheit der Flüchtlinge!

Für das Kontrollrecht der Arbeiterorganisationen über die eingerichteten Flüchtlingslager!

Gegen die Emigrantenhetze der vereinigten "NW" und "ELZ"! Für die Solidarität mit unserer verfolgten Klassengenossen des Saargebiets!

Kameraden! Vergesst nicht unseren nächsten Diskussionsabend
am 28. Januar, abends 8 Uhr im bekannten Lokal zu besuchen.

DAS BOURGEOIS-GESETZ
oooooooooooooooooooooooooooo

ist nach den Berichten der Tagespresse einstimmig im Senat angenommen worden. Danach haben auch die elsass-lothringischen Senatoren einmütig für das Gesetz gestimmt. Die UPR-Presse, deren Partei ja in den verschiedensten Gemeinderäten mit gegen den Gesetzentwurf des General Bourgeois protestierte, ist ob der einmütigen Zustimmung der Senatoren etwas verlegen. Deshalb richtet sie eine öffentliche Anfrage "an unsere Senatoren", ob es wahr sei, dass der Gesetzentwurf einstimmig angenommen wurde und die Senatoren der Partei nicht gegen das Gesetz einzustimmen hatten.

Das ist echter Theaterdonner für die Galerie.

Aber was sagt die "NW" dazu? Läuft ihr nicht die Galle über, wenn sie sehen muss, dass sämtliche UPR-Senatoren mit dem Generalstab für die Entindustrialisierung der Heimat eintreten?

Ach, sie wird dazu schweigen wie immer, denn der Bundesgenosse darf sich alles erlauben -man hat nur gehorsamst davon Akt zu nehmen und das Maul zu halten.

Zur Einheitsbewegung der Eisenbahner.
=====

Am Samstag, den 19. Januar tagten im Restaurant "Zwei Beile" in Strassbourg die Hauptvorstände der 4 Eisenbahnerverbände: CGTU, CGT, Eisenbahnerbund und 5 a 10, um zu der Frage der Verschmelzung der Eisenbahnerorganisationen Stellung zu nehmen. Kd. Daul von der CGTU gab einen allgemeinen Überblick und die Aufgaben bekannt, die die Eisenbahner auf dem allgemeinen Berufskongress im Dezember den Vorständen stellten, nämlich die Verschmelzung derselben, um in einiger Front dem Ansturm der Reaktion trotzen und zum Gegenangriff übergehen zu können. Während die Vertreter der CGTU und CGT vorbehaltlos für die Verschmelzung eintreten, glaubten diejenigen vom Bund und 5 a 10 noch Bedingungen stellen und Garantien verlangen zu müssen. Auf dem Kongress der Est-Eisenbahner hätte es nicht ganz geklappt usw., was jedoch durch Kd. Daul richtig gestellt wurde, indem er erklärte, dass eben die nötige Vorarbeit gefehlt habe, um die einzelnen Schwierigkeiten, die immer bestehen, zu beheben. Man versuchte dann mit dem Argument der politischen, religiösen u. s. w. Neutralität zu operieren, und es kamen z. T. sehr konfuse Ansichten zum Ausdruck. So verlangte man zuerst die Verschmelzung der höheren Instanzen, der dann wir folgen würden. Ein Vertreter war sogar für unsere regionale isolierte Verschmelzung, da man im Innern Frankreichs doch die Forderungen nicht konnte und uns nicht helfe. Alle diese Argumente konnten widerlegt werden und zum Schluss waren alle Vertreter für die Verschmelzung.

Danach wurde beschlossen, eine Kommission aus je 4 Vertretern der 4 Verbände zu bilden, die die Schwierigkeiten, die sich aus der Verschmelzung ergeben, wie Sterbekassen, Verbandsorgane u. s. w. xx studieren und deren Behebung vorschlagen soll. Sobald diese Fragen geklärt sind, soll dann die endgültige Verschmelzung durch einen Kongress stattfinden.

Generalversammlung der "Union Chorale" von Strassbourg.
.....

Am Sonntag, den 20. Januar fand im "Volksgarten" die diesjährige Generalversammlung der "Union Chorale des Ouvriers libres" statt. Die einzelnen Tagesordnungspunkte wurden durchdiskutiert und Geschäfts- und Kassenbericht einstimmig angenommen. Das Frühjahrskonzert, sowie der jahrelang geplante grosse Vereinsausflug wurden endgültig beschlossen. Es werden in der nächsten Versammlung Vorschläge über den Ausflug vorgelegt werden. Auch über die Einrichtung des Kinderchores fand eine längere Diskussion statt, wegen evtl. Beitrag der Kinder. Es wurde beschlossen, keinen Beitrag zu erheben, da zu erhoffen ist, dass die Kinder durch richtige Erziehung auch für die Zukunft an den Verein gebunden und später als Mitglieder gewonnen werden können. Die Vorstandswahl ergab keine Veränderungen. Nur die Kassierung der passiven Mitglieder wird neu organisiert. Mit der Aufforderung des Zusammenhalts im Verein und zur tätigen Mitarbeit, schloss der Vorsitzende Kd. Ch. Moerschel die Versammlung.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel-exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 23/II. Jahrgang

Erste Februarwoche 1935.

AUGEN AUF!
oooooooooooooooooooo

Am 6. Februar wollen die faschistischen und nationalistischen Verbände jeglicher Observanz im Gedenken an die erste breit angelegte Revolte des französischen Faschismus auf dem Place de la Concorde in Paris eine Manifestation für die Opfer des 6. Februar 1934 begeben. Die Vorreitungen für diese Manifestation geschehen in voller Öffentlichkeit, unter den Augen der Regierung der "republikanischen" Verteidigung und unter Mitwirkung aller Organisationen und Organisationchen faschistischer und nationalistischer Prägung.

Das Koordinationskomitee der SFIO und KPF haben die Arbeiter und Antifaschisten von Paris und Umgegend aufgefordert, sich zur Gegenaktion bereit zu halten. Sollte der faschistische Aufmarsch stattfinden, so sollen sich die Arbeiter und Antifaschisten zur gleichen Stunde auf dem Place de la Concorde einfinden und dort gegen den 6. Februar der Konterrevolution demonstrieren. Die republikanischen und proletarischen Frontkämpfereinigungen haben ihre Mitglieder aufgefordert, ebenso zahlreich wie am 11. November gemeinsam mit den Arbeiterparteien an der Aktion gegen den Faschismus mitzuwirken. Das Koordinationskomitee hat weiter beschlossen, für den 10. Februar Aktionen der gleichen Art zu organisieren wie die des 12. Februar 1934. Daneben ist eine antifaschistische Delegation beim Innenminister vorstellig geworden, um ihm eine Denkschrift über die Treibereien der Faschisten zu überreichen und erneut die Forderung auf Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Verbände, sowie die Sicherung der demokratischen Freiheiten der Werktätigen zu fördern.

Die Arbeiter im Lande müssen die Vorgänge in Paris aufmerksam beobachten und ihre eignen Rüstungen gegen den Faschismus verstärken. Auch in Elsass-Lothringen vermehrt sich die Zahl faschistischer Organisationen. Die Einheitsfrontaktion muss gerade hier vertieft werden, da sie gerade in unserer engeren Heimat bedeutende Rückstände aufzuweisen hat. Notwendig ist die Schaffung eines permanenten regionalen Koordinationskomitees und dessen Ergänzung durch bezirkliche und örtliche Komitees sowie ihre Ausweitung durch die Einbeziehung der Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen und die direkte Verbindung zu den Betrieben, den Organisationen der kleinen Bauern und des kleinen Mittelstandes, sowie der antifaschistischen Intelligenz.

Wir appellieren an die KP, dazu unverzüglich die Initiative zu ergreifen und die Einheitsbewegung in Elsass-Lothringen über den toten Punkt zu bringen, auf dem sie augenblicklich beharrt.

Unsere Kameraden aber ermahnen wir unablässig und unerschrocken in hier aufgezeigten Richtung ihre Arbeit zu verrichten.

Kameraden!

Der nächste Schulungskursus findet am 11. Februar statt

Thema: Einführung in die ökonomischen Lehren von Karl Marx.

Haltet Euch alle diesen Abend frei!

PLEBIZIT FÜR ELSASS-LOTHRINGEN?

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Nach dem Erfolg der Nazis an der Saar ist die Losung des Plebizits die grosse Mode in Hitlerdeutschland geworden. Die Nazipresse macht Propaganda für Plebizite in Dänisch-Schleswig, im Mosel-Gebiet, in Österreich, in Eupen-Malmedy. Es sind noch nicht die offiziellen Staatsmänner, die diese Propaganda treiben. Sie wird erst offiziös, durch die Presse und die Naziorganisationen im In- und Ausland betrieben. Aber es ist wohl bekannt, dass in Hitlerdeutschland die Presse unter ständiger Kontrolle der faschistischen Regierungs- und Parteibehörden steht. Die Propaganda für Plebizite in den genannten Gebieten geht also tatsächlich von den faschistischen Machthabern in Deutschland aus.

Diese Propaganda verfolgt mannigfaltige Zwecke. Sie ist erstens ein Versuchsballon, um zu sehen, wie das Ausland darauf reagiert. (Diese Reaktion ist schon deutlich sichtbar: Ablehnung und verschärftes Misstrauen gegen Hitlerdeutschland). Sie dient zweitens dazu, die nationalistische und faschistische Propaganda in den von Deutschen bewohnten Gebieten ausserhalb des Reiches zugleich zu beleben und als harmlos zu tarnen. Sie dient drittens dazu, die Massen in Deutschland selbst durch ein grosses Täuschungsmanöver für neue imperialistische Eroberungsziele zu gewinnen.

Die Täuschung besteht darin, dass den Massen in Deutschland vorgespiegelt wird, als seien für Deutschland neue Gebiete ebenso mühelos und friedlich auf dem Wege des Plebizits zu gewinnen, wie dies mit dem Saargebiet der Fall war. Aber das ist ein grober Schwindel. Die "Volksabstimmung" im Saargebiet war durch den Versailler Vertrag selbst vorgesehen. Andere "Volksabstimmungen" sind darin nicht vorgesehen. Im Gegenteil, die bestehenden Grenzen sind durch den Versailler Vertrag festgesetzt und die Forderung des Plebizits für die anderen Gebiete, gestellt von Hitlerdeutschland, bedeutet nichts anderes als die Änderung der durch den Versailler Vertrag festgesetzten Grenzen auf gewaltsamen Wege, auf dem Wege des imperialistischen Krieges.

Die Losung der genannten "Volksabstimmungen" bedeutet also nichts anderes als die Propaganda imperialistischer Eroberungskriege.

Wenn jetzt plötzlich in Elsass-Lothringen von den Autonomisten und der Hueber-Mourer-Partei, die sich noch fälschlich KP(0) nennt, die Losung des Plebizits für das Elsass ausgegeben wird, so ist völlig klar, dass das nicht auf ihrem eignen Mist gewachsen ist, sondern dass dahinter die Nazipropaganda steckt. Wenn die französische Chauvinistenpresse diesen Zusammenhang hervorhebt, so verfolgt sie damit gewiss Zwecke, mit denen die Arbeiterklasse nichts zu tun hat, aber die Tatsache selbst dieses Zusammenhangs wird damit nicht aus der Welt geschafft. Diese Propaganda liegt so vollständig im Zuge des neuen aussenpolitischen Kurses Hitlerdeutschlands nach der Saarabstimmung, dass nur Dummköpfe glauben können, dass Autonomisten und Hueber-Leute bei ihrer neuen Propaganda nicht an den Fäden der Goebels und Rosenberg tanzen.

ist bezeichnend für den Charakter der aussenpolitik Nazideutschlands, dass gleichzeitig, wo diese Propaganda im Elsass-Lothringen losgelassen wird, Adolf Hitler Reden hält, in denen er Frankreich versichert, dass Deutschland nach der Saarabstimmung keine territorialen Ansprüche mehr gegen Frankreich stellt, d.h. einen abermaligen Verzicht auf Elsass-Lothringen ausspricht. Was kann aber schon Adolf machen, wenn das "elsässische Volk" selbst jetzt das Plebizit fordert? Dass diese Doppelspurigkeit das Misstrauen gegen die Nazipolitik noch erhöhen muss, springt in die Augen. Sie spielt direkt dem französischen Chauvinismus in die Hände.

stellen sich die Kommunisten zu der Frage des Plebizits, so wie sie gestellt von den Autonomisten und den Hueber-Leuten, mit Goebels und Rosenberg im Hintergrund, aufgeworfen wird?

ihre Stellungnahme muss bestimmt werden von folgenden Gesichtspunkten

1. Wir kämpfen gegen die nationale Unterdrückung des elsässischen und lothringischen Volkes durch den französischen Imperialismus für die nationale Selbstbestimmung des elsass-lothringischen Volkes.

2.) Wir sind gegen die Entscheidung des Schicksals des elsass-lothringischen Volkes auf dem Wege des imperialistischen Krieges, aber wir sind für die Lösung der elsass-lothringischen Frage auf dem Wege der proletarischen Revolution, durch den internationalen Kampf der Arbeiterklasse.

3.) Wir sind für die Unterordnung der Lösung der elsässischen Frage unter die Interessen des Gesamtproletariats, insbesondere des französischen und deutschen Proletariats. Dies in dem Sinne, dem bereits Friedrich Engels in den 90 er Jahren Ausdruck gab, als er sagte, wenn und solange die Lösung der elsässischen Frage einen deutsch-französischen Krieg bedeutet, so muss sie im Interesse der deutschen und französischen Arbeiterklasse zurückgestellt werden.

Welche Folgerungen ergeben sich daraus:

1.) Wir lehnen die autonomistische und Huobersche Plebizitpropaganda ab, da sie erstens verkappte Propaganda für den Nazi-Imperialismus ist, da sie zweitens den imperialistischen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland bedeutet.

Wenn die Autonomisten die Frage stellen "Elsass-Lothringen getrennt in 3 Departements oder als selbstständige Region im Rahmen Frankreichs" oder wenn die "Neue Welt" die Frage formuliert "Elsass bei Frankreich oder Elsass den Elsässern", so sind das nur demagogisch verkappte Einkleidungen der Hitlerpropaganda. Elsass getrennt von Frankreich, als selbstständiger Staat, heißt unter den gegebenen Umständen Elsass bei Hitlerdeutschland. Elsass als selbstständige "Region" im Rahmen Frankreichs ist nur eine Etappe auf demselben Wege.

2.) Wir sind für die revolutionäre Lösung der nationalen Frage in Elsass-Lothringen und diese ist abhängig von zwei grundlegenden Bedingungen:

a.) dem revolutionären Sturz der Herrschaft der französischen Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern, die Errichtung der französischen Räterepublik.

Im Rahmen einer französischen Räterepublik ist die Lösung der nationalen Frage Elsass-Lothringens ebenso gegeben, wie die der Wolgadeutschen in der Sowjetunion. Elsass-Lothringen wird dann autonome nationale Räterepublik im Rahmen Räte-Frankreichs.

b.) Nur der Sturz der Hitlerdiktatur in Deutschland und ihr Ersatz durch die deutsche Räterepublik kann die Frage des Anschlusses der deutschen Bevölkerung Elsass-Lothringens an das übrige Deutschland im revolutionären Sinne stellen.

Was folgt daraus praktisch?

Folgendes:

1.) Ablehnung der autonomistischen und Huoberschen Plebizitpropaganda

2.) Kampf der elsässischen Arbeiterklasse zusammen mit der französischen Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz der französischen Bourgeoisie.

Gleichzeitig Unterstützung des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse zum Sturz der Hitlerdiktatur und zur Errichtung der deutschen Räterepublik. Das heißt gleichzeitig Kampf gegen den französischen Chauvinismus und Faschismus, wie gegen die Werkzeuge der Elsass-Lothringen.

3.) Plebizit nicht heute, wo es nur die Entscheidung zwischen der Krönung des elsässischen Volkes durch den deutschen oder den französischen Imperialismus bedeutet, also die Wahl zwischen zwei Trachten Prügeln, sondern Plebizit nur auf revolutionären Boden, wenn die revolutionären Voraussetzungen dazu von der französischen und deutschen Arbeiterklasse geschaffen sind.

Die Beteiligung am Kampf für die Schaffung dieser Voraussetzungen ist heute das Entscheidende für das elsässische Volk. Davon darf es weder durch verkappte Hitlerpropaganda für ein Plebizit, noch durch französischen Chauvinismus ablenken lassen.

FIN UNMÖGLICHES VERSCHMELZUNGSPROGRAMM.
oo

Am 20. Januar teilte Léon Blum im "Populaire" mit, dass die Verhandlung zwischen SFIO und KPF über ein gemeinsames Programm seit einigen Tagen unterbrochen seien. "Es sind unsere kommunistischen Freunde, die uns von sich aus diesen Vorschlag gemacht haben, der mir weise erschei

Der Abbruch sei erfolgt, weil die Differenzen über grundlegende Fragen immer wieder auftauchten und die Einheit der Aktion störten "mit der wir gleichermaßen verbunden bleiben."

Zyromski habe ein "Verschmelzungsprogramm" ausgearbeitet, das dann im Namen der SFIO den Vertretern der KPF vorgelegt wurde. Dieser Programmvoranschlag wurde zuerst französisch in der Pariser "Humanité", dann auch deutsch in der sozialdemokratischen Presse Elsass-Lothringens veröffentlicht.

Dieses Programm Zyromskis enthält:

- 1.) Eine Zusammenstellung von Tagesforderungen aus dem kommunistischen und dem sozialistischen Programm, darunter auch staatskapitalistische und wirtschaftsdemokratische Forderungen, wie die der Organisation von "Landwirtschaftsämtern".
- 2.) Die Forderung der Sozialisierung "die selbst wieder durch die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse bedingt ist. Die ganze Macht den Arbeitern! Dies ist das Losungswort, welches die beiden Parteien, die den Aktionspakt unterzeichnet haben, unter den Massen propagieren müssen."

Auf den ersten Blick scheint es, als ob die grundsätzlichen Gegensätze zwischen SFIO und KPF nicht mehr allzu gross seien. Es ist dies aber wirklich nur Schein, da in der Formulierung von Zyromski die grundlegenden Gegensätze verkleistert, verschwiegen, aber nicht beseitigt worden sind. Die Formel "Alle Macht den Arbeitern" dient dieser Verkleisterung. Jeder kann sie auslegen wie er will. Der eine als proletarische Diktatur, als französische Sowjetrepublik, der andere als Eroberung der Macht auf demokratischen Wege, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie. Mit einer Formel, die dieser grundlegenden und grundsätzlichen Entscheidung ausweicht, ist nichts getan. Eine Partei, die auf Grund einer solchen ausweichenden Formel gebildet würde, was wäre sie? Es wäre eine Partei, in der Anhänger der bürgerlichen Demokratie und der proletarischen Diktatur vereinigt wären. Was wäre die Folge? Eine solche Partei wäre in jeder revolutionären Situation, die die Arbeiterklasse zwingt, sich in einem oder anderem Sinne praktisch zu entscheiden und das heisst letzten Endes mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, aktionsunfähig. Sie würde im Kampf gesprengt. Die Arbeiterklasse wäre so ohne revolutionäre Führung. Sie ginge also einer sicheren Niederlage entgegen.

Deshalb musste und muss ein solcher Vorschlag, wie der Zyromskis, der unvereinbare grundsätzliche Gegensätze in einer Partei vereinigen will, gelehnt werden.

organisatorische Vereinigung in einer politischen Partei der Arbeiterklasse ist nur dann ein wirklicher Fortschritt, wenn sie auf einer wirklichen revolutionären Grundlage, d.h. auf der des Kommunismus erfolgt.

dazu zu kommen, bedarf es der Erfahrung der Arbeiter durch gemeinsames Handeln, und es bedarf der Diskussion, um die Lehren aus den Erfahrungen ziehen.

Dies sollte weitergeführt werden: die gemeinsame Aktion und die Diskussion. Um die Aktion weiter zu führen, müsste sie auf eine höhere Stufe gehoben werden, über bloisse Versammlungen und Demonstrationen hinaus. Um Diskussion fruchtbar zu machen, muss sie gemeinsam, unten an der Basis, und nicht nur an den Spitzen geführt werden.

Echo auf unsere Veröffentlichung über

Die Kombination Frey-Walter-Hueber.
 =.

Unsere Veröffentlichung über die Walterschen Pläne zur bevorstehenden Einheitsratswahl hat gewirkt wie ein Steinwurf in einen Froschteich. Ein lebhaftes Presseecho ausgelöst.

Die "Republique" bezeichnete unsere Mitteilungen als wahrhaft kühn, sie überbergen zwar einen Teil Wahrheit, führen aber auch einen nicht geringen Teil Phantasie mit sich. Um die Wahrheit zu ermitteln, gab sie Erwartung Ausdruck, dass sich der Hr. Maire wohl zu der von uns bezeichneten Wahlkombination küssen werde.

Hr. Maire und die "NW" aber drückten die Lippen fest aufeinander und lügen. Der Grund dafür ist der gleiche, wie im Falle der Briefver-

Öffentlichung Walter-Bourgeois. Wobei wir die Wirkung übersehen, die die neuerliche Plebizitforderung nach der Saarabstimmung durch die "NW" auf Demokraten und UPR ausgeübt hat.

Die "Freie Presse" gab der Meinung Ausdruck, dass die von uns aufgezeigte Kombination der Wahrheit ziemlich nahe komme.

Die "Humanité" veröffentlichte unsere Mitteilungen vollständig ohne in einem Kommentar eine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Die "ELZ" gab die Tatsachen unseres Berichts kurz referierend wieder, fragte aber etwas verlegen nach den Beweisen - ohne allerdings unsere Mitteilungen als erfunden und bar jeder Realität zu betrachten.

Die "Neue Zeitung" nahm in ihrer Sonntagnummer zu unseren "Enthüllungen" Stellung und erklärte, dass sie von dem "Detektivroman" nichts wisse. Wir verweisen darauf, dass wir ausdrücklich schrieben, dass die UPR beabsichtige auf der von uns gekennzeichneten Basis einen Geschäftsabschluss zu tätigen. Wenn die "Neue Zeitung" erklärt, die Dinge werden sich "normal" entwickeln, so wissen wir ja seit geraumer Zeit, wohin der Klerikalismus Walterscher Observanz sich "normal" hingezogen fühlt. Die Sorte Normalität unserer bürgerlich-parlamentarischer Parteien ist ja schliesslich nichts anderes als die Übertragung der kapitalistischen Geschäftspraktiken auf die Politik. Die Tatsache, dass die "Neue Zeitung" lediglich erklärt, von unserem "Detektivroman" nichts zu wissen, aber darauf verzichtet die von uns aufgezeigte Kombination als für die Demokraten unannehmbar zu bezeichnen, zeigt zur Genüge wohin der Hase läuft.

Wenn die "Neuesten Nachrichten" im Zusammenhang mit der Wiedergabe unserer Meldung berichten, dass sich Hr. Walter - wenigstens dem Scheine nach, nach allen Seiten als eifriger Propagandist des Proporz betätigt, so steht dieses Spiel nur dem Scheine nach im Widerspruch zu unseren Feststellungen, in Wahrheit aber ist es nur eine harmonische Ergänzung und nur ein geschickter taktischer Zug im strategischen Plan M. Walters. Der Proporz im zweiten Wahlgang wäre der geeignetste Weg um ohne grössere Kompromittierung der Demokraten und der UPR die von uns festgestellte und im Schosse der UPR erörterte Kombination unter Dach und Fach zu bringen.

Der Beschluss der Strasbourger UPR, im kommenden Wahlkampf die Arbeit der bisherigen Stadtverwaltung zu verteidigen und im ersten Wahlgang selbstständig vorzugehen, besagt garnichts gegen die von M. Walter erstrebte Kombination. In dem erwähnten Beschluss steht kein Wort über die Wahltaktik im zweiten Wahlgang und kein Wort, dass die UPR verpflichtet im Wahlkampf den Kampf für die Behauptung und Erneuerung der Volksfront zu führen. Selbst der "ELZ" gibt der Verzicht auf Erwähnung der Volksfrontgedankens im Beschluss der UPR zu denken.

Für uns ist dies keine Überraschung. Das Volksfrontgebäude muss durch die steigende Hervorkehrung der sozialen Gegensätze auch im Elsass, Zusammenhang mit der innerfranzösischen Entwicklung in steigenden Masse zersetzt werden und anderen Kombinationen Platz machen, die durch die Schärfe der sozialen und klassenmässigen Unterschiede bedingt sind.

Das Schweigen des "Elsässers" zu unseren "Enthüllungen", erinnert nur an das Sprichwort, wonach zu bestimmten Zeiten das Reden nur Silber das Schweigen aber Gold ist. M. Walter ist klug genug die von ihm erstrebte politische Kombination nicht vorzeitig an die grosse Glocke hängen. Vorerst gilt es für ihn im ersten Wahlgang seiner Partei ein solches Gewicht zu geben, damit die Kombinationspläne möglichst reifert werden können. Das aber die von uns erwähnte Kombination von Walter verfolgt wird und es ihn dahin zieht, steht ausser Frage und wurde uns aus UPR-Kreisen mitgeteilt.

Die werktätige Bevölkerung aber hat kein Interesse daran, die Volkskoalition - dieses politische Unikum von Christenkreuz, Hakenkreuz + nomistischer Prägung, autonomistischen Liberalismus und Herzjesukonismus, durch die Waltersche Kombination zu ersetzen. Für sie kann im Gemeinderatswahlkampf die Losung und einzige Kombination nur sein: **Hier Kapital - hier Arbeit!**

wurden. Der Kredit müsse daher -wie Peirotos aus einer überklebten Bemerkung des Budgets nachweist - um 2 200 000 Frs. erhöht werden.

Das alles ergibt zusammen 5 600 000 Frs. gleich 20 Zuschlags-Centimes. Das Budget sei daher in Wahrheit nur fiktiv im Gleichgewicht und ein Wahlmanöver. Peirotos beschuldigt die Stadtverwaltung noch offener Fälschung und fordert von der Gemeinderatsmehrheit eine erneute Stellungnahme zum Budget.

Wir geben von diesen Mitteilungen unseren Lesern Kenntnis, ohne P. und seiner Beweisführung in allen Punkten zu folgen. Unsere Opposition gegenüber der derzeitigen Stadtverwaltung erfolgt aus klassenmäßigen Motiven und unsere Kritik am Budget erfolgt vom Gesichtspunkt der Interessen der Werktätigen. In einem Punkt allerdings folgen wir Peirotos: das Budgetgleichgewicht ist nur ein fiktives, das Budget ein Wahlbudget und die Herabsetzung der Zuschlags-Centimes ein Wahlmanöver, was sich bereits zu Beginn dieses Jahres durch die Bewilligung einer laufenden Ausgabe von 300000 Frs. für die Beamtenvorlage zeigte, die im ordentlichen Budget nur deshalb nicht erschien, weil sie bereits das Wahlmanöver der Stadtverwaltung enthält hätte.

Die "NW" nimmt in ihrer Ausgabe v. 30.1. zur Person Peirotos -aber nicht zu seinem Brief Stellung. Warten wir ab, was nach der Konferenz mit den Volksfrontpartnern und den Finanzberatern des Maire noch herauskommen wird.

Um die Sangerhaus-Renovierung.
 =.=.=.=.=

In der letzten Gemeinderats-Sitzung stand u. a. auch die Renovierung des grossen Saales im Sangerhaus auf der Tagesordnung. Die vom Publikum bereits seit langen erwarteten Arbeiten, gaben zu einer längeren Diskussion Anlass, da die Verwaltung ein Projekt vorlegte, das den erwarteten Änderungen nicht gerecht werden dürfte. Als Ablehnungsgrund eines von einer technischen Kommission einstimmig angenommenen Projektes, wurde die finanzielle Frage angeführt. Auch ein anderes Argument, Erhaltung des architektonischen Ausbaus des Saales, zu dessen Abänderung wir nicht berechtigt wären, musste herhalten. Beide Argumente sind so fadenscheinig, dass jeder, der die Angelegenheit verfolgt hat, darin nur Wahlmache erblicken konnte.

Die fehlenden Gelder wären ebenso gut im Erganzungsbudget unterzubringen gewesen, wie die 300000 Frs. für die Beamtenvorlage, die im ordentlichen Budget hätten erscheinen müssen.

Was den Stil anbelangt, wurde von allen Seiten darauf hingewiesen, dass dieser Stil einer momentanen Verirrung entsprach. Nach dem angenommenen Projekt sollen nur die Decke und der Fussboden neugemacht werden. Dem ist dann die Frage der Beleuchtung und Lüftung, sowie die dringende Änderung der Bühne sicher nicht gelöst. Es heisst aber nicht sparen, v. m. kostspielige Reparaturen (600 000) machen lässt, anstatt die Frage grundlich zu regeln und etwas mehr auszugeben, um dem Publikum, zu dem für uns in erster Linie die Arbeitervereine gehören, gerecht zu werden. Der gefasste Beschluss wird sich schon in Kürze als Halbheit herausstellen.

Anfrage an die KP:

Was soll das bedeuten?
 =.=.=.=.=

Die "NW" v. 30.1. stürzt sich heisshungrig auf einen Versammlungsbericht der "Humanité" v. 23.1.35. über die Thorez-Versammlung in Kestenholz. In es heisst:

"Genosse Thorez gab Logel (Mitglied der Jeunesse UPK) zur Antwort, dass unsere Partei in Colmar unabsichtlich taktische Fehler begangen hat in der Generalratswahl."

Die "NW" lässt sich darauf triumphierend vernehmen: "Spatz kommt die Linie zur Besinnung, aber besser spät als garnicht!" Daraus geht hervor dass die völlig unverbindlichen Bemerkungen im Versammlungsbericht der "NW" im Sinne ihrer Volksfront und ihrer unkommunistischen Politik ausgebeutet werden sollen.

Es liegt daher im Interesse der Klarheit und des Kampfes gegen die kommunistische Politik der Hueckerpartei, wenn von der Partei unverzüglich der wahre Gehalt taktischen Fehler in Colmar aufgezeigt wird.

Peirotés Offener Brief:

UM DAS BUDGET DER STADT STRASBOURG
 ooo

Der Ex-Maire von Strasbourg, J. Peirotés, veröffentlicht in der "FP" einen "Offenen Brief an den Gemeinderat der Stadt Strasbourg". In diesem Brief versucht Peirotés den Beweis dafür zu liefern, dass das Budget der Stadt im Hinblick auf die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung nur ein fiktives Gleichgewicht aufweist und in Wahrheit mit einem voraussichtlichen Defizit von 5 600 000 Frs zu rechnen ist, was einer notwendigen Erhöhung der Zuschlags-Centimes von 20 Einheiten gleichkäme.

Die Rechnung Peirotés stützt sich auf folgende Punkte:

- 1.) Die 300 000 Frs. der Beamtenvorlage sind nicht in das ordentliche Budget eingesetzt. Sie müssen aber als laufende Ausgabe in das ordentliche Budget für 1935 eingesetzt werden, was bereits einen Zuschlags-Centimes ausmacht.
- 2.) Als Rücklage für den Erneuerungsfonds des Wasserwerks sind im Budget für 1935, bei einem Überschuss von 2 249 000 Frs., nur 400 000 Frs. vorgesehen. Nach J. Peirotés müsste zur Sicherung gesunder Finanzverhältnisse die Rücklage um 500 000 Frs. erhöht werden, was zwei Zuschlags-Centimes ausmacht. Eine präzise Beweisführung für die von J. Peirotés geforderte Erhöhung des Erneuerungsfonds fehlt, denn der Hinweis auf die Forderungen seiner früheren Kritiker entbehrt der notwendigen Überzeugungskraft.
- 3.) Der Rücklagefonds des Elektrizitätswerkes von 5 700 000 Frs. ist nach Ansicht P. zu niedrig. Die Stadt müsste nach ihm aus den Gewinnen diesen Fonds speisen, aus dem in Zeiten schlechten Geschäftsganges eine Dividende von 8 % zu sichern, beziehungsweise die Differenz zwischen der tatsächlichen Dividende und diesen 8 % zu zahlen wäre. Ein Rückgriff auf das Kapital für diese Zwecke wäre nach Meinung Peirotés Raubbau, deshalb müssen nach seiner Meinung die erwähnten Dividendenzahlungen auch in Krisenzeiten aus den Zinserträgen des Rücklagefonds vorgenommen werden. Deshalb müssten nach P. 500 000 Frs. ~~zur~~ zur Speisung des Rücklagefonds eingesetzt werden.

Die Beweisführung von P. scheint uns in diesem Punkte mehr als windig. Jedenfalls werden sich die Arbeiter keine besonderen Kopfschmerzen über die Sicherung der Dividende von 8 % machen. Unsere Forderung geht auf völlige Kommunalisierung der Elektrizitätswirtschaft und damit der Beteiligung der privatkapitalistischen Dividende.

) Die Oktroi-Einnahmen sind für 1935 mit Budget die gleichen wie im Jahr. Verschärfung der Wirtschaftskrise, Nachlassen der Bautätigkeit w. ergeben nach P. eine voraussichtliche Mindereinnahme von 300 000 Frs. die von der Stadtverwaltung im neuen Budget hätte berücksichtigt werden müssen.

) Beim Theater ist im Budget eine Mehreinnahme eingesetzt. P. rechnet auf Grund des bisherigen Resultats der Einnahmeentwicklung und Fortgangs der Krise mit einer Mindereinnahme von mindestens 100 000 Frs., die im Budget hätte berücksichtigt werden müssen.

) Im Budget sind Mieterträge aus den zum Abbruch bestimmten Häusern in Höhe von 400 000 Frs. für 1935 eingesetzt. Da der Strassendurchbruch am 1. April beginnen soll, könnten also nur 100 000 Frs. im Budget eingesetzt werden.

Im Budget des Arbeitsamts für 1935 sind anscheinend 500 000 Frs. mehr eingesetzt als 1934. Unter Heranziehung der Ergänzungsbudgets von 1934 sind aber 1934 5 165 000 Frs. für Arbeitslose ausgegeben worden, während 1935 nur 2 469 000 Frs. im Budget vorgesehen sind. P. setzt für 1935 3 000 000 Frs. ein, was unter Berücksichtigung staatlichen usw. Zuschusses noch 1 300 000 Frs. aus städtischen Mitteln mehr nötig macht, als im Budget vorgesehen,

die wir können im Augenblick nicht beurteilen ob P. die Rückwirkungen der staatlich verordneten Kürzungen der Arbeitslosenunterstützungen auf das städtische Budget hierbei berücksichtigt hat.

) Im Armenbudget sind die Ansätze nach P. von 6 500 000 Frs. auf 7 000 000 Frs. erhöht, während in Wahrheit aber 1934 8 600 000 Frs. ausgegeben

Ist die Losung der IHV:MIR ESSE DE KÖJLHOFF SELVER?

Die Strasbourger IHV hat seit der Trennung der Hueberpartei von der IVKO nach einigen kurzen Ausserungen ihres Daseins einen geruhsamen Winterschlaf angetreten. Schon während der Kämpfe des spanischen Proletariats ist die einst mustergültige IHV als Solidaritätsorganisation nicht an die Öffentlichkeit getreten.

Nunmehr geht erneut der Sturm des faschistischen Terrors über die antifaschistischen Kämpfer des Saargebiets. Die Organisation, bei deren Taufe ein Einstein, eine Käthe Kollwitz u. a. pate standen, findet in Strasbourg unter der Leitung eines kommunistisch sein wollenden Maires aber kein Wort der Solidarität mit den Opfern des Hitlerfaschismus im Saargebiet.

Dafür aber hetzt die "NW" und Custos Mourer gegen das Asylrecht für die antifaschistischen Kämpfer des Saargebiets: "Es klaben genug unerwünschte Gäste am elsässischen Kugelhopf", waren die bezeichnendsten Worte die wir von dieser Seite gegenüber den antifaschistischen Emigranten des Saargebiets vernahmen.

Trotzdem haben aber einige Kameraden immer noch die Hoffnung gehegt, die IHV als überparteiliche Solidaritätsorganisation werde sich trotz ihrer engen parteipolitischen Bindungen an die Hueberpartei in Strasbourg angesichts der neuen Welle der Emigration vor den Toren von Elsass-Lothringen auf ihre ureigene Aufgabe besinnen. Über 700 Flüchtlinge sind in Strasbourg bereits interniert. Über ihre Lage und Perspektive herrscht angesichts der Haltung der französischen Regierung um ihr Bestreben die Verantwortung für die Flüchtlinge auf den Völkerbund abzuschieben, völlige Ungewissheit.

Die RH hat den Versuch einer überparteilichen Solidaritätsaktion gemacht. Die IHV aber schweigt. Wir als zahlende Mitglieder der IHV richten daher die Anfrage an die Leitung: Gedenkt die IHV überhaupt noch etwas gemäss ihrem Gründungszweck zu tun und was? Oder gilt die Losung Mourers gegenüber den Emigranten auch für die Leitung der IHV, dann möge sie offen den Konkurs der IHV anmelden.

Eine Anfrage der SP an die KP:

"Gelten wir immer noch als Sozialfaschisten?"

Unter dieser Überschrift haben "Republikaner" und "Freie Presse" unter Hinweis auf unseren Bericht über das Verhandlungsergebnis mit der Regierungsleitung der KPF mit unserer Gruppe eine Anfrage an die Leitung der KPF gerichtet. Die beiden Blätter wollen wissen, ob es den Tatsachen entspricht, dass die KPF nach der bisherigen Wirksamkeit des Aktionspaktes immer an der Theorie des Sozialfaschismus festhalte.

"Humanité" hat auf diese Anfrage bisher keine Antwort gegeben. Wir men zu ihren Gunsten an, dass dies nicht Ausdruck des von uns festgestellten Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis ist, durch den, bei säklichen Festhalten an der Theorie des Sozialfaschismus, die Partei der Partei gekennzeichnet erscheint. Sobald die Antwort der "Humanité" vorliegt, werden wir damit im Zusammenhang unsere Stellung zur schätzung der Sozialdemokratie präzisieren. Im übrigen haben wir durchaus Verständnis dafür, dass sich "FP" und "Republikaner" lieber der Theorie der Partei, als mit der von uns vertretenen Auffassung inandersetzen.

Die Senatoren der UPR schweigen.

berichteteten in unserer letzten Nummer über die Anfrage des "Elsäss" an die Senatoren der UPR wegen ihrer zustimmenden Haltung zum Genentwurf Bourgeoisism. In der Nr. vom 30. I. berichtet nun die Redaktion, die Herren Senatoren der UPR ohne Ausnahme auf diese Anfrage geantwortet haben. "Nun wohl, wir sind gespannt ob die von uns gewählten Senatoren im Oktober d. Jahres noch genau so schweigsam sich verhalten wie jetzt!", schreibt der "Elsässer". Gut gebrüllt Löwe! Am besten wird es wohl sein die Wähler schützen sich vor solchen Überraschungen durch eine eindeutige Absage an die UPR überhaupt.

Verantwortlich: ALFRED QUIRI.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel-exemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 24/II. Jahrgang.

Zweite Februarwoche 1935.

DER SECHSTE FEBRUAR IN PARIS . oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das Pariser Proletariat hat auf die provokatorischen ankündigungen der vereinigten Front der Faschisten und Nationalisten den Tag der "nationalen" Erhebung vom 6. Februar 1934 durch "gewaltige" öffentliche Manifestationen auf Place de la Concorde zu feiern, durch die Mobilisierung seiner gesamten Kräfte beantwortet. Die Buchdrucker fassten den Beschluss jeden Angriff auf die proletarische Presse mit der Stilllegung der gesamten bürgerlichen Presse zu beantworten. Unter den Wirkungen der Erklärungen der Einheitsfront des Proletariats gebrach es den Helden des 6. Februar an Mut ihre Drohungen zu verwirklichen. In einer Proklamation reagierten sie ihre Wut ab: "Die Regierung, die sich nur auf Grund der nationalen Erhebung vom 6. Februar 1934 an der Macht befindet, hat vor den Aufforderungen der Banden von Antimilitaristen, Sträflingen und Fremdlingen des Front Commun kapituliert."

Die ausgestreckte Faust des Pariser Proletariats hat diesmal die Regierung gezwungen die angekündigten öffentlichen Manifestationen der Nationalisten und Faschisten zu verbieten. Dass nur die Kampfbereitschaft der antifaschistischen Front die Regierung zu dieser Massnahme zwang, zeigte das Verhalten ihres Chefs Flandin, der der religiösen Zeremonie der faschistischen und nationalistischen Verbände in Notre-Dame beiwohnte. Damit hat die Regierung offen bewiesen, dass sie nicht daran denkt der Forderung nach Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände Rechnung zu tragen.

Das gesamte werktätige Volk hat am 6. Februar erfahren, wie die Kräfte verteilt sind, dass der Faschismus sich fieberhaft organisiert, dass die entscheidenden Kämpfe erst bevorstehen. Es muss seine Rüstungen vermehren, seine Kräfte vervollkommen, die Einheitsfront vertiefen und erweitern, neue Reserven an sich heranziehen und seine ausserparlamentarische Aktionskraft vermehren.

Das Pariser Proletariat, dass so oft Zeugnis seiner unverbrüchlichen Kampfkraft abgelegt hat, ermahnt das ganze arbeitende Frankreich ihm zu folgen.
Folgen wir seinem ruhmreichen Vorbild!

DAS ENGLISCH-FRANZÖSISCHE ABKOMMEN. oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das in London abgeschlossene englisch-französische Abkommen hat folgenden Inhalt:

- 1.) Verzicht der Siegermächte auf die militärischen Klauseln des Versailler Vertrags und seine Ersetzung durch ein allgemeines Rüstungsabkommen, unter zwei Bedingungen:
 - a.) Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und in die Abrüstungskonferenz,
 - b.) Teilnahme Deutschlands am Abkommen von Rom und am Ostpakt.
- 2.) Luftflottenabkommen zur Verstärkung des Locarno-Vertrags: Gemeinsame Luftabwehr gegen einen Luftangriff.

Hitlerdeutschland wird eingeladen, sich diesen Abkommen anzuschliessen. In diesem Falle treten die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags ausser Kraft, die die Entwaffnung Deutschlands vorsahen und die tatsächliche Aufrüstung Deutschlands wird in einem gewissen Umfang legalisiert.

Was aber dann, wenn Hitlerdeutschland dem Abkommen nicht beitrifft? Das Abkommen sieht vor, dass in diesem Fall England und Frankreich wieder zusammentreten, um aufs neue zur Lage Stellung zu nehmen. Offenbar hofft man in England, dass im Falle der Ablehnung Deutschlands, die öffentliche Meinung in England bereit sein wird, weitergehende Verpflichtungen zur Garantie der Sicherheit Frankreichs und seiner Verbündeten einzugehen.

Das Abkommen hat schon jetzt die Verpflichtungen Englands auf dem Kontinent erweitert. Im Falle eines Luftangriffs auf Frankreich wird die englische Luftflotte sofort an der Seite der französischen gegen den Angreifer auftreten und dasselbe wird auf die französische Luftflotte zutreffen im Falle eines Luftangriffes auf England. Einer der in London anwesenden Berichterstatter fügt hinzu: natürlich werden die Flotten und die Landstreitkräfte nicht untätig bleiben, wenn die Luftstreitkräfte in Aktion treten. Das Luftabkommen ist also in der Tat mehr, es ist ein allgemeines militärisches Abkommen zwischen Frankreich und England. Man hat die Form des Luftabkommens gewählt, weil der Luftangriff die zugespitzteste und eindruckvollste Form des militärischen Überfalls ist und ein Luftabkommen dem "Mann von der Strasse" England leichter plausibel zu machen ist als ein allgemeines militärisches Abkommen.

Hitlerdeutschland wird durch dieses Abkommen gezwungen, seine Absichten zu enthüllen. Es wird als "gleichberechtigt" behandelt, insofern die militärischen Klauseln des Versailler Vertrags fallen und insofern es nicht vor ein Ultimatum gestellt wird, sondern als gleichberechtigter Vertreter verhandeln kann. Die bisherigen Vorwände sind ihm also genommen.

Aber es muss nun darauf antworten:

- 1.) ob es auf Eroberungen gegenüber Österreich und den Ländern der Kleinen Entente verzichtet oder nicht; (Die Antwort muss es geben durch seine Stellungnahme zum französisch-italienischen Abkommen.
- 2.) ob es einen Überfall auf Frankreich oder England vorbereitet oder nicht; dies wird sich enthüllen durch seine Stellungnahme zum Londoner Luftabkommen,
- 3.) ob es sich den Weg freihält zu einem Angriff auf die Sowjetunion. Die Probe darauf wird seine Stellungnahme zum Ostpakt sein.

Wird Hitlerdeutschland durch ablehnende oder ausweichende Antworten seine Eroberungs- und Überfallsabsichten offenlegen, so wird es leichter sein, eine übermächtige Abwehrfront dagegen zusammen zu bringen. Wird es die englisch-französischen Abkommen schlucken, so werden ihm imperialistische Angriffe, wenn nicht unmöglich gemacht, so doch sehr erschwert.

Das Londoner Abkommen soll die zerbrochenen Fesseln des Versailler Vertrags durch neue, elastischere ersetzen.

Für den Augenblick ist eine Verständigung der kapitalistischen Grossmächte gegen die Sowjetunion vermieden. Dies hauptsächlich durch die Gefährdung Englands durch die deutschen Luftrüstungen, andererseits durch das Wachstum der militärischen und wirtschaftlichen Kraft der Sowjetunion. Das Abkommen steht unter dem Druck dieser Macht der Sowjetunion. Aber diese Sicherung ist erst Absicht, sie ist noch nicht vollzogen. Die Absicht Englands, die Kräfte Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion abzulenken, ist einstweilen zurückgestellt, aber nicht aufgegeben worden. Sie kann aufs neue wirksam werden.

Japan ist in keiner Weise in die geplanten Abkommen einbezogen. Ein Angriff Japans auf die Sowjetunion könnte im Handumdrehen die gesamte aussenpolitische Konstellation umwerfen.

Das Londoner Abkommen ist kein Schlusspunkt, es ist der Anfang einer aussenpolitischen Entwicklung, die von der internationalen Arbeiterklasse mit der grössten Wachsamkeit verfolgt werden muss.

Brief aus Belgien:

VOR GROSSEN KLASSENKÄMPFEN ?
 xxx

In den letzten Wochen hat die Regierung auf Grund ihrer Vollmacht -die bis Ende Februar läuft - einige Gesetze erlassen, die einen tiefgreifenden Angriff auf die Lebenshaltung der Werktätigen bedeuten. (Abbau der Renten u. Pensionen, Abbau der Gehälter, zwangsweise Preisherabsetzung im Kleinhandel ect.) Im Gefolge dieser Regierungspolitik beginnen die Unternehmer mit dem Lohnabbau.

Die christlichen Syndikate protestieren stark gegen die Regierungsverordnungen, unter ihren Mitgliedern gärt es. Sie tendieren nach links, zum Plan der Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Unter den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeitern wächst die Kampfstimmung sehr stark. Der Kampf für die Durchführung des de Man-Planes -so heisst der Verfasser des Planes der Arbeit -wird jetzt sehr offensiv geführt. In allen Syndikaten werden scharfe Resolutionen gegen die Regierungsverordnungen angenommen und sehr häufig werden auch Delegationen zur Regierung geschickt.

Am 20. Januar fand eine riesige Kundgebung in Brüssel statt, verbunden mit einer Tagung sämtlicher freigewerkschaftlicher Syndikate und einer Delegation zur Regierung. Die Vertreter von drei Verbänden (Bau, Bekleidung und Bergbau) verlangten die Vorbereitung des Generalstreiks. Die Mertens-Clique (Vorstand der Gewerkschaften) hatte schwer zu kämpfen, eine Resolution im Sinne des Generalstreiks zu verhindern. Selbst Vandervelde musste auftreten und sich in demagogischen Drehs über den Generalstreik ergehen -"man darf nicht mit ihm spielen, es gibt noch andere Mittel usw." Schliesslich wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Regierungsmassnahmen protestiert und für den 24. Februar eine nationale Manifestation proklamiert und, falls die Regierung nicht abtritt oder die Verordnungen zurücknimmt, sollen auf einem Gewerkschaftskongress am 24. Februar die ausserordentlichen Massnahmen beraten werden.

Inzwischen hat der Bergarbeiterverband einen Beschluss angenommen, falls in der ersten Februarwoche die Notverordnungen nicht zurückgenommen werden, den Streik zu erklären.

Die Taktik der Führung der Sozialdemokratie zielt auf Koalition mit den christlichen Demokraten. Beide Parteien haben im Parlament die Mehrheit. Es ist aber fraglich ob es der SP gelingt die christlichen Demokraten von der Regierung loszureissen. Die Sp-Führung jedenfalls tut alles um den christlichen Demokraten zu gefallen. So erklärte de Man, dass sie in einer künftigen Regierung in der Schulfrage mit sich den lassen.

Trotzdem ist es zweifelhaft ob es der soz. Führung gelingt die christlichen Demokraten für eine gemeinsame parlamentarische Regierung zu gewinnen. Die Regierung hat jetzt angesichts der kritischen Stimmung der christlichen Gewerkschaftler den christlichen Demokraten einige Konzessionen gemacht, um sie weiter bei der Stange zu behalten.

Die Liberalen -die Vertreter des Finanzkapitals und des bürgerlichen Atheismus -waren in der Regierung gegen jede sozialpolitische Konzession und sollen sogar mit dem Austritt aus der Regierung gedroht haben. Es hat den anschein als ob sie jetzt auf eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften drängen,

Die sozialdemokratischen Massen drängen sehr stark vorwärts, sie setzen alle ihre Hoffnungen auf den "Plan der Arbeit" und wollen ihn endlich verwirklicht sehen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben die Losung ausgegeben: Ende Februar, Ende der Vollmachten -Plan der Arbeit an die Macht!

Die Haltung der soz. Führung ist noch jämmerlicher als die des Zauberlehrlings, denn sie fürchten sehr, dass der Zaubermeister in Gestalt der Christen-Demokraten ihnen nicht rechtzeitig beispringen wird. Sie versucht noch einmal um den Kampf herum zu kommen. Aber die Stimmung der Massen ist kritisch gegenüber der Führung. De Man wurde vor kurzen in einer Versammlung von 25 000 Teilnehmern in Borinage von sozialisti-

schon Jugendlichen und Kommunisten ausgepöfiffen. Da man hat darauf einen Artikel "Fünf Minuten vor zwölf!" veröffentlicht, worin er schreibt, dass, wenn es ihnen nicht gelingt den Plan an die Macht zu bringen, die Massen ihnen wegläufen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Bourgeoisie ihre Politik von den österreichischen Erfahrungen bestimmt und versucht SP und Gewerkschaften sich erst totlaufen zu lassen, um sie dann zu zerschmettern. Eine unbekannte Grösse ist jedoch das Heer. Auch den unteren Soldaten sind Unterstützungen und Bezüge stark gekürzt worden. Angeblich soll es an den Kasernen zu Meutereien gekommen sein.

Am Sonntag der grossen Kundgebung in Brüssel war den Soldaten jeder Urlaub entzogen. Die Kasernen wurden mit Gendarmarie besetzt. Allen anderen Staatsangestellten und Beamten wurde es sehr schwer gemacht auf die Kundgebung zu gehen.

Die KP gewinnt bei dieser Entwicklung. Aber es hat nicht den Anschein, als ob es ihr gelingen würde die politische Entwicklung massgeblich zu beeinflussen. Der ultralinke Kurs hat ihre Entwicklung jahrelang gehindert. Jedenfalls deutet alles darauf hin, dass Belgien weitreichenden Entscheidungen entgegengeht.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Funke wird wieder zur Flamme werden:

Unterredung mit einem asturischen Kameraden.

Aus der "Accion", dem Organ Maurins in Barcelona gehen wir folgenden Bericht wieder:

Wir hatten die Möglichkeit, mit einem Genossen zu sprechen, der zu den Leitern der asturischen Bewegung gehörte und konnten ihm einige Fragen stellen, die er uns beantwortete:

- 1.) Wer leitete die Bewegung? - Ich kann nicht läugnen, dass die Sozialisten eine sehr wichtige Rolle in der Vorbereitung des Aufstandes spielten. Die Leitung des Aufstandes lag in den Händen der AO (Organ der Einheitsfront), die sich aus allen Richtungen zusammensetzte.
- 2.) Wann begann der Aufstand? - Wir traten am Donnerstag, den 4. Oktober in den Generalstreik, der in der gleichen Nacht zum Aufstand führte. Am Freitagmorgen ging eine Gruppe Bergarbeiter nach Oviedo, gut bewaffnet, um die Oviedoer Arbeiterschaft zu unterstützen, die Stadt zu nehmen. Der Einzug solcher Leute war ein unvergessliches Ereignis. Die Syndikalisten und Anarchisten schlossen sich uns an, nahmen Anteil an der Bildung des revolutionären Exekutivkomitees der AO. Die Anarchisten aus La Fegneva (Einem Bergwerkswort von Oviedo), die bis zu dieser Zeit gegen uns waren, schlossen sich uns an und liquidierten ihre falsche Stellungnahme zu uns.
- 3.) Stimmt es, dass ihr 11 000 Gewehre erobern konntet? - 11000 mit 3 multipliziert. In unsere Hände fielen mehr als 30 000 Gewehre. Es ist klar, dass die Regierung daran interessiert war nicht die genauen Zahlen anzugeben, da sie unsere vollkommene Entwaffnung berichten will. Wenn uns also Dovall (Militärbefehlshaber) 10 - 15 000 Waffen wieder abnahm, sind uns aber genug an sicheren Orten für einen anderen Tag geblieben.
- 4.) Kamen 30 000 Gewehre in Anwendung? - Das war nicht möglich. Unser Unglück bestand darin, dass die Menge des verfügbaren Proviantes in keinem Verhältnis zu unserer Armierung stand. In den ersten Tagen haben wir unsinnig viel verschossen. Als wir uns später zum Rückzug entschlossen, weil das übrige Proletariat Spaniens uns nicht folgte, entbehrten wir bereits der Munition, konnten uns aber trotzdem einen Ausweg bis nach den Provinzen León und Santander bahnen.
- 5.) Loyny Ochon erklärte, dass er euch militärisch schlug? - Lo Ochon weiss sehr gut, dass, wenn er ununterbrochen mit uns in Berührung gestanden haben würde, trotz Fremdenlegion und Mauren er geschlagen worden wäre. Es war nicht Ochon der uns zum strategischen Rückzug zwang, die Ausbreitung der Minenzone zwang ihn, mit uns zu verhandeln.
- 6.) Wann wurde der strategische Rückzug bestimmt? - Am Donnerstag, den 11. Oktober, nachts beschloss nach ernster und reiflicher Überlegung das Komitee der AO einheitlich den Rückzug. José Maria Martinez gab

den Abbruch des Kampfes bekannt:

"Wir haben unsere revolutionäre Pflicht erfüllt. Asturien zeigte dem gesamten spanischen Proletariat den Weg, den es zu gehen hat. Wir, Sozialisten, Anarchisten, Syndikalisten, Kommunisten haben uns vereinigt, haben demonstriert, dass die Einheit möglich ist. Das gleiche Ideal hat uns angefeuert und zusammengehalten. Jeder von uns fragte sich, warum wir nicht schon längst uns vereinigt hatten. Wir alle sind Brüder, wir wollen das Gleiche. Wir erwarten, dass das gesamte spanische Proletariat wissen wird, unsere begonnene Arbeit fortzusetzen bis zum entscheidenden Triumph. Vorwärts, Brüder, es lebe die soziale Revolution, die AO!

7.) Wie ist die Stimmung nach der Niederlage bei euch? - Ausgezeichnet trotz Terror und Hunger, den die Roblos-Lerroux-Regierung über uns verhängte. Das Proletariat Spaniens kann sicher sein, zu einer anderen Stunde steht Asturien wieder auf. Mit einem Motiv mehr: Vergeltung an der Konterrevolution für die Toten, die hinterlistig und hinterher ermordet wurden.

oooooooooooooooooooooooooooo

Brief aus Indien:

Die Kongressbewegung geht nach rechts.
 =.

Unsere indischen Kameraden, deren Führer, Kamerad Roy immer noch trotz schwerer Krankheit im Korker sitzt, schreiben uns über die letzte Entwicklung der Kongressbewegung:

Die Kongress-Session war ein ungeheurer Erfolg. Drei Tage lang brachten sie täglich rund 100 000 Menschen auf die Beine, aus allen Klassen, Religionsgemeinschaften ect. Unmittelbar auf die Session folgten die Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung, an denen sich der Kongress zum ersten Mal seit 1929 beteiligte. Der enorme Erfolg der Kongressvertreter bei den Wahlen mit überwältigenden in einer Reihe von Orten ist ein neuer Beweis für die Tatsache, dass der Kongress lebt und dass er einen riesigen Einfluss und Gefolgschaft- sowie Prestige im ganzen Lande hat. Der Kongress hat ungefähr 45 von 125 Sitzen in dem Parlament erhalten. Dazu kommen noch ungefähr ein Dutzend Nationalisten und Unabhängige, die den Kongress unterstützen werden. Der Rest sind Angehörige der Religionsgemeinschaften, Beamte und Regierungsvertreter. Unter diesen Umständen wird der Kongress nicht viel bei der Gesetzgebung durchsetzen können. Die Wahlen sind lediglich ein Gradmesser für den Einfluss des Kongresses auf das Land.

Der Kongress hat sich ausgesprochen nach rechts entwickelt. Er hat für die nähere Zukunft den Weg der direkten Aktion abgeschworen und sich dem Parlamentarismus und gewissen Reformarbeiten, wie Dorfindustrien, dem Reorganisationsplan von Gandhi etc. zugewandt. Gandhi hat sich ostentativ vom Kongress zurückgezogen, aber der Kongress steht noch unter seinem Einfluss, den er festhält. Die Kongress-Statuten sind erweitert und bürokratischer geworden, um es den radikalen Elementen zu erschweren, ihre Stimme im Kongress zu Gehör zu bringen.

In Bombay fand einige Tage vor der Kongress-Session eine Sozialisten-Konferenz des Kongresses statt. Die Kongress-Sozialisten vertreten die radikalen Elemente innerhalb des Kongresses. Sie waren nicht imstande, etwas Positives innerhalb des Kongresses zu erreichen und ihr tatsächlicher Einfluss war sehr gering. Sie sind jedoch eine potentielle Kraft und sie haben sich konsolidiert. In 13 verschiedenen Provinzen haben sich Parteien gebildet und diese haben sich zu einer Allindischen Sozialistischen Kongress-Partei vereint. Diese zieht die radikalen Elemente innerhalb des Kongresses an sich heran. Wenn richtig angepackt, wird die Kongress-Sozialistenbewegung bei der Radikalisierung der Kongressanhänger und für den Auf- und Ausbau einer kommunistischen Partei sehr nützlich sein. Unsere Kameraden arbeiten aktiv in der Allindischen Organisation, sowie in den provinziellen Parteien und sind bestrebt, die Bewegung auf die richtige Linie zu führen. Der Name "Partei" ist irreführend, ebenso wie die Bezeichnung "sozialistische". Wir bemühen uns, die Bewegung zu einem antiimperialistischen linken Flügel innerhalb des Kongress zu machen.

Diese wenigen Zeilen, um Euch einen Begriff von dem Kongress zu geben.

Zur Theaterfrage:

UM DAS DEUTSCHSPRACHIGE ENSEMBLE.
 xxx

Mit dem faschistischen Umsturz in Deutschland, der darauf folgenden Gleichschaltung des künstlerischen Schaffens und der Etablierung, der von Blubo (Blut und Boden) durchdrängten und von Goebels gelenkten Nazikultur auf den deutschen Bühnen, hatten die fanatischen Assimilierungspolitiker, unterstützt von der chauvinistischen bourgeoisen Jugend einen Grund zur Attacke gegen die deutschsprachigen Vorstellungen am Strassbourger Stadttheater.

Als infolge des Theaterskandals 1933 das Nazitheater verschwand, weinten die Arbeiter dem keine Träne nach, wussten sie doch, dass das Theater in Deutschland zu einer Hitlerfiliale gemacht wurde und im Zuge der Gleichschaltung alle Schriftsteller und Künstler verschwanden, die sich mit dem Klassenkampf der Arbeiter verbunden fühlten und ihm künstlerischen Ausdruck verschafften. Zugleich aber musste damals auch gegen den Versuch Stellung genommen werden, unter Ausnutzung der antihitlerischen Stimmung einen Schlag gegen die deutschen Theateraufführungen überhaupt zu führen.

Damals wurde bekanntlich - nach einem misslungenen Versuch der Autonomisten Dr. Krüger als Leiter zu engagieren - aus reichsdeutschen Schauspielereimigranten unter Dr. Klupp ein eignes deutschsprachiges Ensemble gebildet, das bei den Autonomisten wenig Gegenliebe fand. Zum anderen war seiner Tätigkeit enge Grenzen gesetzt.

Jetzt erfährt man von einem Beschluss der Theaterkommission, von der Wiederverpflichtung der eignen deutschsprachigen Theatertruppe Abstand zu nehmen. In dieser Kommission aber stehen unsere Autonomisten an der Spitze. Dafür soll wieder zum System der Gastspiele zurückgekehrt werden, wobei die Elz bereits für das Hitlertheater Propaganda macht. Massgeblich für diesen Beschluss soll das finanzielle Ergebnis sein. "La Republique" behauptet, dass das deutsche Schauspiel in einem Monat 38 000 Frs., das französische aber nur 4 000 Frs. Defizit ergab.

Die Assimilierungsfanatiker werden dieses Ergebnis benutzen, um mit den deutschsprachigen Vorstellungen überhaupt Schluss zu machen. Wir verweisen da nur auf die finanziellen Ergebnisse des französischen Schauspiels in früheren Jahren. Die Autonomisten aber suchen unter dem Vorwand mit der eignen deutschsprachigen Theatertruppe Schluss zu machen und die Segnungen der Nazikultur ins Strassbourger Theater zu verpflanzen.

Wir sind stets für deutschsprachige Vorführungen und auch für ein eignes deutsches Ensemble am hiesigen Stadttheater eingetreten, weil die Arbeiter und Kleinbürger die deutsche Sprache besser beherrschen als die französische, weil sie ihre Muttersprache ist. Wenn heute das deutsche Ensemble mit einem grösseren Defizit abschliesst, so ist dies kein Beweis für die Erfolge der Assimilierungspolitik, sondern ein Ergebnis der Krise, die es den Arbeitern und Kleinbürgern immer schwerer macht, das Theater zu besuchen. Ein Beweis dafür ist auch der Besuch der billigen Syndikatsvorstellungen.

Für den Arbeiter handelt es sich aber nicht nur um deutschsprachige Vorstellungen an sich, sondern er muss auch die Forderung erheben auf die Spielplangestaltung in seinem revolutionären Interesse Einfluss zu gewinnen.

Deshalb sind wir für die Beibehaltung des deutschsprachigen Ensemble, für die engste Verbundtheit des Theaters mit den werktätigen Massen. Wir würden es daher begrüssen, wenn die Arbeiterkultur- und Sportvereine, gemeinsam mit den Gewerkschaften und proletarischen Parteien eine Besuchergemeinde organisieren und auf diesem Wege auch ihren Einfluss auf den Spielplan im Interesse des kämpfenden Proletariats und seiner Ideale organisiert zum Ausdruck bringen würden.

Gegen die Nazikultur ohne Unterschied der Sprache!

Gegen die Ausbeuterkultur ohne Unterschied der Sprache!

Für die Kunst als Waffe im proletarischen Befreiungskampf!

Zum "Roten Gemeindearbeiter!"

Nochmals "Konfusion zu Pferde".
 =.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.

Der "Rote Gemeindearbeiter" vom Januar kommt auf unsere Antwort zurück, die wir einem Artikel eines gewissen "Adler" unter der Überschrift "Konfusion zu Pferde" widmeten. Der "Adler" hat inzwischen seine Flügel und Krallen gestutzt und hinter dem Adler-Visier erschien unser lieber Freund Bittler. B. gehört zu jenen, die zu Beginn unserer Opposition gegen die Hueberpolitik fest an unserer Seite standen, aber am Schluss aus noch ungeklärten Gründen lieber ein "Umfallmännchen" als ein "Stehaufmännchen" sein wollten. Wir nehmen an auch B. hat seine "triftigen" Gründe dazu gehabt.

Unser Urteil über die Bittlerschen Geisteserzeugnisse können wir auch nach seinem neuesten Geistesblitz nicht revidieren. In der Erwartung, dass unsere Belchrungen möglicherweise doch auf fruchtbaren Boden fallen, wollen wir Bittler nochmals einiges ins Stammbuch schreiben.

1.) Warum regt ihr euch darüber auf, wenn wir die Hueberpartei und die Leitung des Syndikats der unitären Gemeindearbeiter in einem Atemzug erwähnen? Das hiesige Syndikat wird von der Fraktion der Hueberpartei beherrscht und diese Fraktion ist eifrig darauf bedacht, dass kein unberufener in die Leitung eindringt. Das geschieht doch wohl um diese Position in den Dienst der Hueberpolitik zu stellen, deren Mitglieder ihr doch hoffentlich deshalb seit, weil ihr ^{nat}er Politik der Hueberpartei einverstanden seit? Ihr wollt doch wohl diese Politik auch in eurer Gewerkschaft zum Siege führen? Oder sollte eure Fraktionsarbeit als Hueberleute nicht mit derart ideellen Motiven zu tun haben?

2.) Wir sind also gegen eure Politik, weil wir mit der Hueberpolitik nicht einverstanden sind, weil wir sie für einen schweren Schaden halten. Wir haben dies laufend nachgewiesen und ein so eifriger Leser unseres Blattes, wie Bittler, weisse dies selbst. Die Hueberpartei ist gegen die proletarische Einheitsfront. Diese Ablehnung hat auch ihre Rückwirkungen auf die Frage der Gewerkschaftseinheit, was ihr selbst durch eure Stellungnahme bewiesen habt. Ihr billigt die Ablehnung der Einheitsfront durch eure Parteileitung -sonst müsstet ihr dagegen kämpfen.

3.) Wenn Mohn eure Haltung opportunistisch, wir ultralinks nennen, so besteht in der Sache kein Unterschied. Das Ultralinksertum ist ja nur eine Abart des Opportunismus und ihr seit dafür das lebendigste Beispiel.

4.) Ein eklatanten Beweis für den Opportunismus erbringt Bittler in seinem Antwortartikel selbst. Er propagiert die Einheit der Arbeiterparteien. Das soll doch wohl eine einheitliche Partei sein, die sich aus ^{den} jetzt bestehenden Arbeiterparteien zusammensetzt? Das heisst die Einheit mit Gg. Weill und Imbs in einer Partei. Wir danken dafür! Und Leute die solches vertreten sind gegen die Einheitsfront und gegen die Gewerkschaftseinheit mit "gewissen" Führern, wie Imbs usw. Das ist und bleibt Konfusion zu Pferde!

5. Die Stellung zur Gewerkschaftseinheit lautet: "Nicht ohne die Führer, aber mit was für Führer und mit was für Bedingungen, das ist der Punkt der restlos klar sein muss". Wer bestimmt "mit was für Führer"? Da liegt der Hund begraben. Erst muß die Gewerkschaftseinheit verwirklicht werden, dann werden die Mitglieder auch bestimmen, wen sie an ihrer Spitze haben wollen. Deshalb kann die einzige Bedingung für die Gewerkschaftseinheit nur die sein, die wir formuliert haben: Freiheit der Propaganda für den Kommunismus und innergewerkschaftliche Demokratie. Was ihr macht erleichtert den Saboteuren der Gewerkschaftseinheit bei der CGT das Werk.

6.) Ihr wollt die Einheit sämtlicher revolutionären Proleten. D'accord! Da müsst Ihr als Hueberleute zuerst gegen die Saboteure der proletarischen Einheitsfront in eure Partei losgehen und für die Einheit mit der kommunistischen Bewegung eintreten. Also legt Hand ans Werk!

7.) Was ihr über die Apna und die proletarische Einheitsfront sagt, ist Krampf. Warum fordert denn Taittinger die Auflösung der proletarischen Einheitsfront? Der weiss es besser als ihr. Salut Bittler!

Einige Worte an "L'Humanité"

Klarheit vor allen bei uns selber!

=====

Wir berichteten bereits in der vorigen Nummer von der politischen Ausbeutung einer Bemerkung des Generalsekretärs der KPF über "unbeabsichtigte taktische Fehler der KP bei der letzten Generalratswahl in Colmar" durch die "NW". "L'Humanité" hat bisher auf unsere Anfrage über den Gehalt der taktischen Fehler in Colmar nicht geantwortet und zu den Auslassungen der "NW" ebenfalls geschwiegen.

Im Zusammenhang mit der durch die Thorez-Versammlung ausgelösten Diskussion zwischen der SFIO des Haut-Rhin und der KP ist jetzt ein Artikel Aschbachers "Um das Selbstbestimmungsrecht der Elsass-Lothringer" in "L'Humanité" erschienen. In diesem Artikel wird mit vollem Recht die prinzipielle Stellung der Kommunisten zur elsass-lothringischen Frage gegenüber den Sozialisten verteidigt und das Recht der Kommunisten hervorgehoben, trotz Aktionspakt den Kampf gegen die nationale Unterdrückung durch den französischen Imperialismus zu führen. Eine Stelle des Artikels aber verdient besondere Beachtung. Es heisst da:

"Wir wussten, was heute viele wissen: dass Michel Walter, wie Rossé, sowie die gesamte UPR-Führung längst Verteidiger der französisch-imperialistischen Politik im Elsass geworden sind, sonst hätten die Kommunisten am 14. Oktober ihren Kandidaten nicht zu Gunsten Richards zurückgezogen!"

Diese Stelle macht eine nähere Präzision sehr nötig. Wir haben anlässlich der Kontroverse Weill-Thorez unsere Stellung zur nationalen Frage klar präzisiert und auch unsere Haltung zu der aufgeworfenen Frage des Plebizits mit aller Deutlichkeit formuliert. Die "Humanité" hat in dieser Frage geschwiegen und in anderen Zusammenhang auf die Worte Thorezs verwiesen, dass das Recht auf Trennung, noch nicht den Willen zur Trennung bedeutet. Angesichts der Plebizitpropaganda ist mit dieser allgemeinen Formel nicht mehr auszukommen. Sie muss durch eine konkrete Stellung zu den Vorschlägen von "Elz" und "NW" ergänzt werden.

Schweigen in diesem Punkte kann nur zur Verwirrung führen und "schlau-seinwollen" wird nicht die Autonomisten, sondern die Kommunisten zersetzen, wie gerade die Erfahrung zeigt und das Jahr 1929 bewiesen hat. Taktische Winkelzüge sind hier nicht angebracht. Die Aschbachersche Erklärung ist kein Aufschluss und bringt keine Klarheit. Soll diese Erklärung bedeuten, dass wenn Rossé Gegner des französischen Imperialismus wäre, die KPF die Vereinbarungen mit der SFIO in Colmar bei der Generalratswahl nicht eingehalten hätte? Warum sagt Aschbacher nicht, dass auch die Anhänger des deutschen Imperialismus und die eines autonomen kapitalistisch-demokratischen, wie die eines kleriko-faschistischen Elsass auf den gleichen unerbittlichen Kampf stossen, wie die Anhänger des französischen Imperialismus?

Wir meinen dass auch dies nötig ist "im Interesse der Klarheit in der Front der Antifaschisten" und besonders im Hinblick auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, die uns zehnmal näher stehen als die Autonomisten. Vom Gesichtspunkt der Eroberung der Mehrheit der Werktätigen für den Kommunismus, scheint uns die Gewinnung der sozialistischen Arbeiter das vordringlichste Problem. Oder etwa nicht?

Herr Peter bearbeitet die Handwerker für den Faschismus!

=====

"La Corporation", "Für eine gesunde Wirtschaft in einem gesunden Staat", so betitelt sich ein Blättchen, dass den Handwerksmeistern wöchentlich kostenlos ins Haus geschickt wird und in der Imprimerie der "N.Ztg" gedruckt wird. Das Blättchen atmet von der ersten bis zur letzten Zeile faschistischen Geist, wettet gegen die parlamentarische Republik und tritt für den "ausserhalb und über den Parteien stehenden Staat" ein, worunter für jedermann nichts anderes zu verstehen ist, wie die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der demokratischen Rechte der Werktätigen, im Interesse der angeblich bekämpften Finanzgewaltigen. Da die letzte Handwerkertagung von Bas-Rhin unter Hr. Peters Einfluss eifrig den Ständestaat propagierte, ist die Quelle des Blättchens klar.

Verantwortlich: ALFRED CARL

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzeltempel: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 25/II. Jahrgang

Dritte Februarwoche 1935.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
LUCIEN GEORGES .
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Am Dienstag, den 12. Februar, nachmittags 5 Uhr starb im Strasbourger Spital unser Parteikamerad Lucien Georges im jugendlichen Alter von noch nicht 33 Jahren in den Armen seiner Frau.

Eine heimtückische Krankheit, die Tuberkulose, peinigte den kräftigen und robusten Körper unseres Kameraden und riss ihn jetzt von der Seite seiner treuen Kampf- und Lebensgefährtin und aus unseren Reihen.

Lucien könnte sicher heute noch unter uns weilen, wäre er nicht ein Proletarier gewesen, einer, der um leben zu können beständig seine Arbeitskraft an das Kapital verkaufen muss, und der -um der Erhaltung seines Arbeitsplatzes willen, selbst einen kranken Körper zur Arbeit schleppen musste. Lucien würde bestimmt noch zu den Lebenden gehören, wenn er zur Klasse der Besitzenden gehört hätte, denen ihr Reichtum die Pflege im sonnigen Süden und jede ärztliche Kunst zu erschliessen vermag. Weil Lucien ein Proletarier und kein Ausbeuter war, hat der in ihm schlummernde Krankheitskeim nicht vertrieben werden können, sondern frass weiter, bis er das Leben aus ihm vertrieb. Dadurch wurde dem Leben eines selbstlosen, nie ermüdenden und jedem Opportunismus abholden revolutionären Kämpfer ein frühzeitiges Ende gesetzt.

Lucien gehörte zu jenen prachtvollen Arbeitern, die immer und stets das tun, was sie für richtig halten. Abhold jeder Phrase und wortkarg, aber konsequent und unversöhnlich, war er ganz und ohne jedes Schwanken dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse und dem Kommunismus und unserer Gruppe im besonderen verbunden. Selbst im Angesicht des Todes -den er bei vollen Bewusstsein und sehenden Auges auf sich zu kommen sah, galt sein letzter Gedanke der Bewegung, den Partei- und seinen Betriebskameraden, denen seine letzten Grüsse galten. Mühsam versuchte er noch die Grüsse an jeden einzelnen Kameraden zu Papier zu bringen, aber der Körper versagte bereits den Dienst, während der Geist, noch kristallklar, der Agonie des Körpers trotzte.

Im Kampf gegen die unkommunistische Politik der Hueberführung stand Lucien in vorderster Reihe und hatte nur ein mitleidiges Lächeln für jene, die um Kusserer Vorteile willen bereitwilligst ihre kommunistische Überzeugung verrieten.

Noch vom Krankenbett verfolgte er mit regen Interesse die Verhandlungen unserer Gruppe mit der Partei zur Wiederherstellung der kommunistischen Einheit. Als ihm das Ergebnis bekannt wurde, billigte er vollkommen unsere Haltung. "Man kann nicht etwas zwingen, was noch nicht reif ist." Den Gesundungsprozess im Kommunismus fördern, was bei der gegebenen Lage nur als selbstständige taktische Richtung möglich ist, das war seine feste Überzeugung. Deshalb hing er auch mit besonderer Liebe an unserer bescheidenen "Arbeiterpolitik", für die er so manches Opfer brachte und deren Expedition er noch erledigte, als bereits seine Krankheit in das kritische Stadium getreten war.

Lucien war von frühester Jugend mit der Arbeiterbewegung verbunden. Mit 15 Jahren gehörte er schon zu den Arbeiterturnern und selbst die

Sozialistische Arbeiterjugend zählte ihn als Mitglied. Seit seiner Firmung gehörte er nicht mehr der Kirche an und als auf seinem Sterbebette die Schwestern Versuche machten ihn der Gnade Gottes anzuvertrauen, wies er sie bescheiden aber bestimmt zurück.

Wie stark die Verbundenheit Luciens mit der Bewegung war, bewies auch die Tatsache, dass er sich, bereits als vom Tode Gezeichneter, lebhaft nach den Ereignisse in Paris in Anschluss an den 6. Februar erkundigte. Stand er doch am 12. Februar 1934, genau ein Jahr vor seinem Todestag, in Reihen der Demonstranten gegen die "Helden" des 6. Februar.

So war Lucien - ohne in jene bürgerliche Heuchelei zu verfallen, die da vorschreibt von Toten nur gutes zu reden - das Muster eines selbstlosen und konsequenten Kämpfers in der grossen Armee des Kommunismus.

In diesem Sinne lebt Lucien Georges in unserem Gedächtnis und eingeschreint in unseren Herzen. In seinem Sinne weiterzuarbeiten ist unser Gelöbnis. Indem wir von unserem toten Kameraden Abschied nehmen, gedenken wir der Worte des russischen Trauermarsches, die auch auf ihn zutreffen:

Einst aber, wenn Freiheit dem Menschen erstand,
und all Euer Sehnen Erfüllung fand,
dann werden wir künden, wie Ihr einst gelebt,
zum Höchsten der Menschheit empor nur gestrebt.

Achtung!

Die Einäscherung des Kameraden Lucien Georges findet Samstag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr im Krematorium Robertsau (kleine Kapelle) statt.

Alle Kameraden und Kameradinnen werden aufgefordert unserem toten Kameraden die letzte Ehre zu erweisen.

Die Parteileitung.

DIE ERWEITERUNG DER SOWJETDEMOKRATIE.

oo

Der 7. Rätchkongress der Sowjetunion hat auf Antrag der kommunistischen Partei seine grundsätzliche Zustimmung zu einer Änderung des Wahlrechts zu den Sowjets erklärt in der Richtung der Ersetzung ungleichen, indirekten und öffentlichen Wahlverfahrens durch gleiches, direktes und geheimes. Der Sowjetkongress hat eine Kommission ernannt, um diese Vorschläge im einzelnen auszuarbeiten und sie dann dem Exekutivausschuss der Räte zur Beschlussfassung vorzulegen. Das neue Wahlverfahren soll bereits bei den nächsten ordentlichen Sowjetwahlen angewandt werden.

Um die Tragweite dieses Beschlusses zu verstehen, muss man wissen, wo die Wahlrechtsbeschränkungen früher waren und warum sie waren.

Die Wahlen waren erstens ungleich in folgender Richtung

a.) alle ausbeuterischen Elemente, Kapitalisten, Kulaken usw., sowie ehemalige Popen, Gendarmen usw. waren vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Der Grund ist ersichtlich. Die Sowjetdiktatur ist die Diktatur der Werktätigen über die Ausbeuterklassen.

b.) Die Wahlen waren ungleich im Verhältnis von bäuerlicher und städtischer Bevölkerung. Die Werktätigen der Städte wählten 1 Sowjetdelegierten auf 25 000 Wähler, die der Dörfer 1 Delegierten auf 125 000 Wähler.

Diese Ungleichheit war begründet in der Tatsache, dass die Bauern noch Einzeleigentümer waren und dass die Kulaken (Grossbauern) noch starken Einfluss unter ihnen hatten. Das ungleiche Wahlrecht war nötig, um die führende Rolle der Arbeiterklasse, die bereits den Weg des Sozialismus beschritten hatte, zu sichern gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung, die diesen Weg noch nicht beschritten hatte.

Zweitens waren die Wahlen direkt nur für die Dorfsowjets und die entsprechenden Stadtsowjets. Die Exekutivausschüsse in den Rayons (Kreisen), den Gauen, den Einzelrepubliken und der Sowjetunion waren indirekt.

Der Zweck der indirekten Wahl war die Sicherung der Besetzung der leitenden Verwaltungstellen durch die Kommunistische Partei, d. h. durch die erprobten Vertreter der proletarischen Diktatur.

Drittens, die Wahlen waren öffentlich. Sie wurden in öffentlichen Versammlungen durch Handaufheben angenommen. Der Zweck war, den moralischen Einfluss der fortgeschrittensten Arbeiterschicht über die weniger fortgeschrittenen Schichten der Werktätigen zum Ausdruck zu bringen.

Warum können die bisherigen Beschränkungen des Sowjetwahlrechts jetzt aufgehoben oder eingeschränkt werden?

Der entscheidende Grund ist der Fortschritt des sozialistischen Aufbaus, die dadurch hervorgerufene grundlegende Änderung der sozialen Struktur des Landes und die Veränderungen, die sie in der Gesinnung der einzelnen Klassen hervorbrachte.

Im Einzelnen sind die wichtigsten dieser Veränderungen folgende:

- 1.) Auf dem Lande hat die sozialistische Wirtschaftsweise über die einzelbäuerliche Wirtschaft endgültig gesiegt. 1928 gab es noch 111 Millionen Einzelbauern (72,9 %) und 5,6 Millionen Kulaken (3,7 %). 1934 gab es nur noch 37,9 Millionen Einzelbauern (22,5 %) und 149 000 Kulaken (0,09%). Über 3/4 der Bauern sind heute Kollektivbauern. Der "antikollektivistische Bauernschädel" ist nur noch eine Minderheit, weniger als 1/4.
- 2.) In der Industrie und im Handel ist das kapitalistische Element fast vollständig verschwunden. Die sozialistische Wirtschaft umfasste 1934 95,61 % des Grundkapitals, der "kapitalistische Sektor" nur noch 0,09% - noch nicht 1 %!
- 3.) Selbst die Reste der alten Bourgeoisie, der ehemals bürgerlichen Intelligenz, der Kulaken, haben sich grösstenteils der Sowjetdiktatur einbefügt.

Es sind also die gewaltigen Erfolge des sozialistischen Aufbaus, die Erweiterung der Sowjetdemokratie ermöglichen.

Welches ist Zweck und Wirkung dieser Erweiterung? Zweck und Wirkung ist:

- 1.) das Bündnis zwischen Arbeiter- und Bauernklasse enger zu gestalten,
- 2.) die Massenkontrolle über die Sowjetbürokratie zu erweitern. Durch die direkte Wahl der Sowjetorgane wird ihre Verbindung mit den Massen enger. Die geheime Wahl ermöglicht den Massen, ihre Unzufriedenheit oder Zufriedenheit mit den einzelnen Vertretern der Sowjetstaatsmacht zum Ausdruck zu bringen.

Diese Erweiterung der Sowjetdemokratie ist sehr lehrreich für die Werktätigen der kapitalistischen Länder.

Die grundlegende Lehre ist, dass, im Gegensatz zu den Lehren der sozialdemokratischen Parteien, die proletarische Diktatur und die Demokratie für die Werktätigen nicht im Gegensatz zu einander stehen, sondern dass umgekehrt die Befestigung der proletarischen Diktatur und die Fortschritte im Aufbau des Sozialismus zu einer Erweiterung der proletarischen Demokratie führen. Die sozialdemokratischen Parteien dagegen stellen proletarische und Demokratie in Gegensatz zu einander, sie fordern, angeblich im Interesse der Demokratie, den Abbau der Diktatur. Die gekennzeichneten Tatsachen in der Sowjetunion sind die positivste Widerlegung dieser grundfalschen Auffassung.

Ferner: die Sozialdemokraten (Menschewiki) forderten und fordern in Verbindung mit gleichem, geheimen und direkten Wahlrecht die Agitations- und Propagandafreiheit für sich selbst und für andere nichtkommunistische Parteien, d.h. die Organisationsfreiheit für Gegner der proletarischen Diktatur. Davon ist jedoch in der Sowjetunion nicht Recht keine Rede. Die Erweiterung der proletarischen Demokratie vollzieht sich dort auf dem Boden und im Rahmen der proletarischen Diktatur.

Die jetzt beschlossene Massregel hat auch nichts zu tun mit den Trotzki'schen Vorschlägen. Bei Trotzki war die Forderung des geheimen Wahlrechts verbunden mit der Forderung eines verschärften Kampfes gegen die bäuerlichen Massen und der Organisationsfreiheit für die Fraktion Trotzki's. Die jetzige Erweiterung des Sowjetwahlrechts ist aber gerade umgekehrt verbunden mit der weiteren Annäherung der Arbeiterklasse an die Bauernklasse auf dem Boden sozialistischer Wirtschaft. Die Trotzki'sten sind in der Sowjetunion im Verschwinden.

Bedeutet die Erweiterung der Sowjetdemokratie eine Annäherung an die bürgerliche Demokratie? Nur in formeller Hinsicht (gleiche, direkte, geheime Wahl). Dem Klasseninhalt nach entfernt sich die Sowjetdemokratie noch weiter von der bürgerlichen Demokratie.

Die bürgerliche Demokratie ihrerseits ist allgemein im Abstieg. Überall werden die demokratischen Rechte der Werktätigen abgebaut, sei es nun im Rahmen des bürgerlich-demokratischen Staates, sei es, indem anstelle der bürgerlichen Demokratie die offene Diktatur der Kapitalistenklasse, der Faschismus tritt.

Die Beschlüsse des 7. Sowjetkongresses über die Erweiterung der Sowjetdemokratie sollten vor allen von den sozialdemokratischen Arbeitern gründlich erwogen und diskutiert werden und zur Überprüfung ihrer Grundauffassungen dienen.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Durch Worte wird die nationale Unterdrückung in Elsass-
Lothringen nicht beseitigt.

Die "Freie Presse" druckt unsere Auseinandersetzung über die Frage des Plebizits für Elsass-Lothringen mit einer Reihe zustimmender Bemerkungen ab. Dann fügt sie hinzu:

"Dass wir in der Frage der nationalen Unterdrückung mit der I.V.K.O. nicht einig gehen, brauchen wir wohl nicht extra zu unterstreichen. Es gibt bei uns im Elsass keine nationale Unterdrückung, es kann keine geben, weil weder die Elsässer noch die Lothringer, noch die Elsass-Lothringer eine Nation darstellen. Alles was uns von kommunistischer Seite bisher als nationale Unterdrückung hingestellt wurde, ist weiter nichts, als wirtschaftliche, als soziale, als kapitalistische Unterdrückung. Gegen diese gilt es anzukämpfen, dies können wir aber nur Hand in Hand mit der französischen Arbeiterschaft."

So elegant diese Art ist, mit ein paar Sätzen die nationale Frage im Elsass wegzuzaubern, so ist sie leider nicht richtig.

Das Kennzeichen der Nation ist anerkanntermassen - anerkannt auch in der Sozialdemokratie - die Sprache. Die Bevölkerung des Elsass und die Teile der Bevölkerung Lothringens deren Muttersprache die deutsche ist, sind eben kraft dieser Tatsache Teile der deutschen Nation. Sie sind eine nationale Minderheit im Rahmen des französischen Staates. Selbst wenn im Elsass und in Lothringen der Gebrauch der französischen Sprache im Vordringen sein sollte, so schafft das die Tatsache der deutschsprachigen Bevölkerung nicht aus der Welt.

Die Existenz einer nationalen Minderheit ist Voraussetzung dafür, dass es nationale Unterdrückung geben kann. Aber nicht muss. Es gibt eine nationale Unterdrückung in Elsass-Lothringen und was ist sie?

Der stärkste Beweis für ihr Vorhandensein liefert die "Freie Presse" selbst, indem sie das Vorhandensein einer elsass-lothringischen oder elsass-lothringischen "Nation" (d.h. nationalen Minderheit) leugnet.

Die "Freie Presse" ignoriert die Existenz einer deutschsprachlichen Minderheit in Elsass und Lothringen theoretisch. Der bürgerliche Staat Frankreichs ignoriert sie praktisch. Das ist die nationale Unterdrückung die zur sozialen Unterdrückung noch hinzukommt.

Die Plebizitpropaganda der Autonomisten und der Hueberpartei schlägt man nicht dadurch, dass man die Existenz der nationalen Frage in Elsass-Lothringen vernichtet. Man kann sie nur dadurch unwirksam machen, dass man, und das heisst die französische Arbeiterklasse zusammen mit den Elsässern, gegen alle Erscheinungen der nationalen Unterdrückung ständig und hartnäckig ankämpft.

Mit dem Ignorieren dieser Frage schadet man sich nur selbst.

Kameraden! Vorgefertigt am nächsten Bildungsabend am 25. Februar im bekannten Lokal nicht.

Hinter den Kulissen des Londoner Abkommens .

Die französischen Unterhändler in London stützten sich nicht nur auf ihre Dossiers über die Rüstungen Deutschlands, sondern auch auf Informationen über einen japanisch-deutschen und einen japanisch-polnischen Geheimvertrag. Für das Bestehen dieser Geheimverträge sprechen ausser dem Verhalten Deutschlands und Polens zur Frage des Ostpaktes verschiedene Tatsachen, die in letzter Zeit bekannt geworden sind: So die intime Heranziehung eines hohen japanischen Offiziers zu polnischen Manövern; der Besuch des Admirals Yamamoto in Berlin usw.

Das Abkommen sieht bekanntlich vor, dass Hitlerdeutschland den Ostpakt unterzeichnet. Die Engländer hatten versucht, die Franzosen von dieser Bedingung abzubringen. Wenn aber Hitlerdeutschland bereit ist, alles andere zu unterzeichnen ausser dem Ostpakt? Dann ist es möglich, dass England verstärkten Druck auf Frankreich ausübt, dass es auf den Anschluss Deutschlands an den Ostpakt verzichtet. Unsere Autonomisten von der "ELZ" betreiben bereits eine Propaganda in diesem Sinne.

Das englisch-französische Luftabkommen ist natürlich nicht nur ein Luftabkommen. Falls die englische Luftflotte der französischen zur Hilfe kommt oder die französische der englischen, so ist klar, dass die übrigen Streitkräfte, Flotte und Landheere, bei den Operationen nicht unbeteiligt bleiben können. Es handelt sich also in Wahrheit um ein umfassendes Militärbündnis.

Auch dabei hat die gegen die Sowjetunion gerichtete Tendenz der englischen Aussenpolitik ihre Rolle gespielt. Die von England an Frankreich gegebenen neuen Garantien sind dazu bestimmt, sein Verhältnis zur Sowjetunion zu lockern und schliesslich als überflüssig erscheinen zu lassen.

Wenn England trotzdem den Ostpakt, der ihm sehr unsympathisch ist in das Abkommen einbezog, so geschah dies unter dem Druck Frankreichs, das seinerseits von der Kleinen Entente gedrückt wird.

Aus dem Verhalten Deutschlands werden sich Schlüsse ziehen lassen auf die Natur der geheimen Abkommen, an denen es beteiligt ist.

oooooooooooooooooooooooooooo

DER KLERIKALISMUS, MUEBER UND DIE GEMEINDERATSWAHL.
oo

Es ist eine altbekannte Tatsache, dass der Klerikalismus sich überall mit der politischen Reaktion verbindet. Ein eklatanter Beweis dafür, ist die Ältere und neuere Geschichte Frankreichs, ist die Geschichte der 1. Asienkämpfe, seit das Proletariat als selbstständig handelnde Kraft die politische Bühne betrat.

Der Klerikalismus war und ist in Spanien eine reaktionäre, mit den Kräften der Vergangenheit verbundene Macht, die mit Feuereifer die Gewehre der Farbogen und Fremdenlegionäre auf das um seine Befreiung ringende Proletariat richtete. In Österreich war es wiederum der Klerikalismus mit dem christlichen Dollfuß, der im engsten Bündnis mit dem italienischen Faschismus die Kanonen gegen die Arbeiterwohnviertel in Stellung brachte, auf dass im Blüte der Arbeiter, ihrer Frauen und Kinder die gewerkschaftlichen und politischen Rechte des Proletariats zu Heil und Segen des Kapitalismus begraben wurden. Italien, Deutschland - unendlich lang ist die Kette von Beweisen, die die reaktionäre und konterrevolutionäre Rolle des Klerikalismus bestätigen und die dem arbeitenden Volke einen eindeutigen Anschauungsunterricht darüber erteilen, an welchen Frontabschnitt des geschichtlichen Ringens unserer Tage der Klerikalismus Position gefasst hat und wozu ihm die Religion dient.

Der 6. Februar 1934 aber lieferte auch in Frankreich einen neuen bündigen Beweis, wohin Herz und Hirn den Klerikalismus drängt. Sie, die kalten Herzens jedes Massachres billigen, wenn es sich gegen die Arbeiterklasse richtet, vergossen am Jahrestag des 6. Februar Tränenbäche über die Creme der honetten Gesellschaft der Rasierklingenhelden, die sich am 6. Februar 1934 anschickten das Parlament zu stürmen, um die demokratischen Frei-

heiten und Rechte des werktätigen Frankreichs zu begraben.

"Das Blut der gemordeten Bürger ist nicht umsonst geflossen. Die Schüsse vom Concordienplatz haben bis in den Lebensnerv das Kartell getroffen, das soviel Unheil über unsere Bevölkerung gebracht hat..."

Wenn der "Elsässer" in solcher Weise von den "Helden" des 6. Februar und über das Kartell spricht, so wissen wir zur Genüge, wo der klerikale Bundesgenosse unseres angeblich kommunistischen Maires steht, wo er morgen und übermorgen stehen wird, wenn die Verhältnisse herangereift sind und die Entscheidungen - weitgehender und gründlicher als am 6. und 12. Februar 1934. - zu treffen sind.

Wenn es nach Hueber und der Hueberpartei gehen würde, dann wäre dies alles kein Anlass für die Arbeiter die Einheitsfront herzustellen und erst recht keiner, diese Einheitsfront auch gegen den Klerikalismus zu kehren, der die Ligen verherrlicht und mit der Konterrevolution gemeinsame Sache gegen die Arbeiterklasse und ihre Rechte macht.

Herr Hueber wird über diese Rolle des Klerikalismus kein Wort während des Gemeinderatswahlkampfes verlieren. Er wird nach alter Melodie sein Lied gegen die "Einheitsfront" singen und behaupten, dass die Einheitsfront in Frankreich nur gebildet wurde, um ihn des Maire-Sessels zu entheben, trotzdem er ihm gelungen sei, zwei schöne und gesunde Schulen zu bauen und eine Reihe Wohnungen dazu. Und er wird den Eindruck zu erwecken versuchen, als wäre solches einer Arbeitermehrheit auf dem Strassburger Rathaus unmöglich, als gäbe es nur ein Mittel ein paar helle und gesunde Schulen und Wohnungen zu bauen: ein Bündnis mit demselben Klerikofaschisten - die in Wien die Kanonen gegen die von der soz. Stadtverwaltung erbauten Arbeiterwohnungen Kanonen in Stellung brachten. Wer daher schöne und gesunde Wohnungen will, der muss - so wird Hueber argumentieren - gegen die Einheitsfront auftreten und dem Bündnis mit dem Klerikalismus den Segen erteilen.

Auch wird sind der Meinung: die Arbeiterkinder brauchen schöne und helle Schulen und die Arbeiter brauchen gesunde Wohnungen. Aber sie brauchen dies nicht nur, damit sie im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft bleiben und dem kapitalistischen Staat gesunde Soldaten geschenkt werden können, sondern damit sie gesund an Geist und Körper Träger des Sozialismus und bewusste Kämpfer in der Armee des Klassenkampfes werden. Das aber, wollen Klerikalismus, Faschismus und Kapitalismus verhindern.

Wir wollen nicht, dass unsere Kinder in den Schulen - und seien sie auch schön und hell - nach Hitlermanier zu ergebenen und geduldigen Dienern der Dreieinigkeit, Faschismus, Kapitalismus und Klerikalismus erzogen werden. Wir wollen nicht, dass die Arbeiter - wenn auch hier und da in einer hellen neuen Wohnung lobend - nach hitlerischer und dollfusscher Manier darin zusammengeschossen und ihnen durch den Raub ihrer gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Lohn gekürzt, die Unterstützung genommen, an Händen und Füßen gefesselt werden und sie am Ende gar den Weg von ihrer neuen Wohnung ins Konzentrationslager antreten müssen. Wir wollen auch nicht, dass die Arbeitersportorganisationen zertrümmert und ihre Sportplätze zum Tummelplatz der Croi de Feu und ähnlicher faschistischer Ligen gemacht werden.

Deshalb sind wir für die antifaschistische proletarische Einheitsfront, für ihren Ausbau, ihre Vertiefung und gegen die Volksfront!

Weil Hueber das nicht will, weil er das Bündnis mit dem Klerikalismus und dem Hitlerautonomismus unter dem Hinweis auf einige Schulbauten und einige Wohnungsbauten mit aller Macht um seines persönlichen Vorteils willen aufrecht erhält und die proletarische Einheitsfront ihn deshalb unter Anklage stellt, brüllt er "Einheitsfront" und versucht seinen Verrat am grossen und entscheidenden antifaschistischen Kampfe durch einige Schulbauten aus der Welt zu schaffen.

Wir wollen gesunde Arbeiterwohnungen, Spiel-Sport- und Badeplätze für die Arbeiter, helle Schulen mit niedriger Klassenfrequenz für die Volksschulkinder, ausreichende Unterstützung für die Armen, Alten, Invaliden und Erwerbslosen!

Deshalb setzen wir der Volksfront in der Gemeinde und der Hueberschen und Walterschen Wahlkombination den Ruf nach der Arbeitermehrheit entgegen.

"Rote Fahnen auf die Rathäuser"; das ist unsere Losung für den Gemeinderatswahlkampf.

Aber wir wollen zugleich keine Beute des Faschismus werden, sondern gestützt auf unsere politischen und gewerkschaftlichen Rechte für die Überwindung der kapitalistischen Krise durch den sozialistischen Ausweg, die proletarische Revolution kämpfen. Deshalb treten wir ein, für die Einheitsfront der Arbeiterparteien zum Kampf gegen den Faschismus!

Weil die Hueberpartei sowohl gegen die Arbeitermehrheit im Bündnis mit den Klerikalen und Autonomisten, als auch gegen die aus der ganzen Lage geborene proletarische Einheitsfront kämpft, muss sie von der Strassbourger Arbeiterschaft geschlagen werden.

oooooooooooooooooooooooooooo

Ein bedeutendes Ereignis:

Nach der nationalen nun auch die regionale Sportseinheit
=,=
verwirklicht.
=,=

Am 10. Februar wird für die elsass-lothringischen Arbeitersportler ein bedeutsamer Wendepunkt in der Geschichte der Sportbewegung bleiben. Die bisher getrennt marschierenden sozialistisch und kommunistisch gesinnten Sportler haben den Weg zur einheitlichen Organisation gefunden. Was vor zwei Jahren noch als unmöglich schien, ist nunmehr Wirklichkeit geworden. Eine gemeinsame regionale Leitung, ein gemeinsames Arbeitersportsorgan und eine einheitliche Organisation, das ist das positive Ergebnis des Fusionskongresses vom letzten Sonntag.

Durch die gründliche Vorarbeit des bis dahin bestandenen paritätischen Komitees wickelte die Tagesordnung des Kongresses rasch und reibungslos ab. Die einzelnen Kommissionen tagten bereits am Vormittag, während der Kongress seinen weiteren Verlauf nahm. Eingeleitet wurde er durch ein Referat des Kameraden Fritsch, worin die politische und wirtschaftliche Situation behandelt wurde. Der Referent betonte zum Schluss die aus der von ihm geschilderten Situation heraus notwendige Einheit im allgemeinen und die im Arbeitersport im besonderen, sowie die Schaffung eines grossen einheitlichen Sportsorgans. Nachdem Kamerad Wendel den Bericht vom Fusionskongress in Paris gegeben hatte, sprach Kamerad Schneider G. über die organisatorischen Fragen im regionalen, nationalen und internationalen Rahmen. Am Schluss schlug er das Obligatorium des Sportorgans vor, das in allen angeschlossenen Vereinen einzuführen sei und 14 tätig erscheinen soll. So sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um einerseits die propagandistischen Aufgaben zu erfüllen und andererseits das finanzielle Fundament zu garantieren, das für die Existenz des Organs selbst nötig ist. Bei Doppelmitgliedschaften müssen von den einzelnen Sparten dann die entsprechenden Lösungen gefunden werden. Der Bezugspreis soll für die Vereine 15 ctms. pro Exemplar betragen. Dieser Vorschlag fand die einstimmige Zustimmung des Fusionskongresses.

In der Nachmittagssitzung sprachen nacheinander die Vertreter der SP, der KP, der CGTU, CGT und ein Vertreter der SASI. Die RSI liess sich durch ein Schreiben entschuldigen und wünschte dem Kongress besten Erfolg. Ein Vertreter der Naturfreunde erinnerte an die Periode der Spaltung, die nach seiner Meinung in den einzelnen Ländern dem Faschismus den Weg zur Macht erleichtert hat. Der Redner der CGTU (Mohn) betonte besonders, es nicht bei der Sportseinheit bewenden zu lassen, sondern überzugehen die Einheit auch auf gewerkschaftlichen Boden herzustellen. Der sozialistische Redner Naegelen ging noch einen Schritt weiter und forderte die Einheitspartei. (!)

Die Abstimmung über die Verschmelzungsresolution ergab einstimmige Annahme. Eine Diskussion rief der Bericht der Finanzkommission hervor, da zwei Vorschläge betreffend des Beitrages an die Föderation vorlagen.

Der erstere verlangte 1 Frs. pro Mitglied und Jahr, der zweite 0,50 Frs. als Federationsbeitrag. Dem letzteren Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt. Mit der gleichen Einstimmigkeit wurde den Unfallstatuten zugestimmt.

Von der technischen Kommission wurde kurz das Programm für das Jahr 1935 entwickelt, in dem eine grosse regionale Sportsmanifastation enthalten ist. Die Mandatsprüfungskommission gab folgenden Bericht: Angeschlossene Vereine 102, vertreten 84 mit 142 Mandaten. Es fehlten 18 Vereine mit 23 Mandaten.

Mit der Wahl einer regionalen Leitung und dem Gesang der "Internationale" schloss der Fusionskongress, der nicht den Eindruck einer "Gemeinheitsfront" (wie die "Neue Welt" zu schreiben beliebt) hinterlassen hat. An den Arbeitersportlern liegt es jetzt die einheitliche Organisation fest mit dem Gedanken des proletarischen Klassenkampfes zu verbinden und sie zu einem mächtigen Glied der Gesamtarbeiterbewegung zu machen.

Franz.

Zur Gemeinderatswahl:

Wird dr. Köjlopff verteilt? =

Durch das Herannahen der Gemeinderatswahlen macht sich in einzelnen Parteien und ihren Organen eine gewisse Regsamkeit bemerkbar. Auch unsere Hueberpartei berichtet in der "NW" über Gruppenversammlungen, in denen jedoch nicht die angesagten Referenten sprechen, sondern der Hr. Maire selbst sich in Eigenlob ergeht und den andächtig Lauschenden die erwarteten Pöstchen usw. verspricht. Er erzählt auch von Gegnern, unter denen er jedenfalls die Einheitsfront versteht, denn er will nichts wissen von der proletarischen Einheitsfront und dem Kampf gegen den Faschismus. Er spricht nur noch von Wahlen und dass er bestimmt wieder Maire werde, deshalb solle man Vertrauen haben. Es könne nicht allen auf einmal geholfen werden, aber in der nächsten Periode würde für diejenigen, die bis jetzt haben warten müssen, alles nachgeholt.

Soweit Herr Hueber, aber nun kommt der Pferdefuss.

Wir haben bereits eine Meldung bringen können, wonach Herr Walter Michel für den Maireposten einen anderen vorgeschien hat und erfahren nun weiter, dass die Verhandlungen bereits in vollem Gange sind. So soll Herrn Hueber für den Verlust des Mairepostens eine lumpige Entschädigungssumme von 100 000.-frs. angeboten werden. Herr Hueber wird selbstverständlich wie immer seiner Partei dieses Angebot zur Diskussion unterbreiten, denn er kämpft frei und offen, und er wird in seiner bekannten Selbstlosigkeit der Partei empfehlen, den Betrag, auch wenn er gering ist, annehmen zu dürfen. Wir denken dass Herr Hueber trotz dieser schändlichen Behandlung seiner Volksfront erhalten bleiben wird und hoffen, dass i. d. seine "Anhänger" die Treue bewahren werden, auch wenn er nicht mehr Maire von Strasbourg ist.

Custus unter den Patrioten . =

Wir lesen im "Le Cahardzenchainé" vom 2.1.35. folgende Notiz:

"Der Kongress der "Union syndicale nationale des voyageurs de Commerce", welcher in Strasbourg abgehalten wurde, schloss mit den Klängen der "Marseillaise".

Es war ein Teilnehmer des Kongresses, welcher am Schluss des Banketts plötzlich mit lauter Stimme das Nationallied anstimmte, was allerdings im Programm nicht vorgesehen war.

Da sah man 3 Deputés, sehr in Verlegenheit: Mr. Michel Walter, Autonomist der Gruppe "Herz-Jesu", Mr. Dahlet, einfacher Autonomist, und den verführerischen Mr. Mourer, Kommunist-Opportunist, welcher eher der Sektion des Herzen-Maria ("Maria-Herz") angehört. Was sollten sie tun? Singen oder schweigen? Sie waren nicht lange unschlüssig. Sie sangen. Inmitten einer gewissen Heiterkeit."

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat ins 2-
Einzel Exemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 26/II. Jahrgang

Vierte Februarwoche 1935.

GEFAHR FÜR DIE EINHEITSFRONT ! oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Durch das Versprechen der Zinssenkung, ein deklamatorisches Bekenntnis zu den republikanischen Einrichtungen und das Schwenken des roten Lap-pens hat Mr. Flandin die schwankenden Radikalen einstweilen zu sich herübergezogen.

Ein Teil des linken Flügels der Radikalen hatte bekanntlich zuvor mit der SFIO und den Kommunisten gegen die Regierung gestimmt.

In den Wandelgängen der Kammer hatten sich allerhand Fäden zwischen den sozialdemokratischen Parlamentariern, mir Léon Blum an der Spitze und dem linken Flügel der Radikalen angeknüpft. Es wurde offen von der Erneuerung des Linkskartells gesprochen.

Schon das waren Warnungssignale. Sie haben sich in der letzten Zeit vermehrt.

Im "Populaire" machten Pivert und Zyromski Andeutungen, dass in gewissen Kreisen der SFIO die Widerstände gegen die Fortführung der Einheitsfront wachsen.

Jetzt schreibt Lebas im "Populaire" einen Artikel -der auch von der "Frühen Presse" und dem "Republikaner" übernommen wurde -, der geradezu ein Alarmsignal ist.

Lebas gehört im Unterschied zu Gg. Weill und Grumbach -die bezeichnender Weise die Referenten auf den Förderationskongressen von Bas-Rhin und Haut-Rhin sind -zum führenden Zentrum der SFIO um Léon Blum.

Lebas zitiert einen Artikel aus "Cahiers de bolchevisme", der seinerseits aus der "Kommunistischen Internationale" übernommen ist. Der Artikel ist im Grunde eine Kritik an opportunistischen Mängeln und Entgleisungen der Einheitsfronttaktik der KPF. Er fordert, dass grundsätzliche und taktische Kritik an der SFIO geübt wird, dass versucht werden soll, den Rahmen der Einheitsfront zu erweitern. Er spricht aus, was eine Selbstverständlichkeit ist, dass die endgültige Niederwerfung des Faschismus nur möglich ist, wenn die Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus gewonnen ist. Dass es einer der Zwecke der Einheitsfront ist, die sozialdemokratischen Arbeiter auf Grund ihrer eigenen Erfahrung von der Richtigkeit der kommunistischen Grundsätze und Ziele zu überzeugen.

Lebas zitiert diese Dinge als Anklagepunkte, die dem conseil national der SFIO am 1. März zur Entscheidung vorgelegt werden müssen.

Die KPF wird also wegen gewisser selbstkritischer Bemerkungen unter Anklage gestellt -die sie bisher unterlassen hat, die aber im Interesse des Sieges der Arbeiterklasse über den Faschismus notwendig sind.

Was bedeutet das?

Die Gemeinderatswahlen stehen bevor!

Überall wird jetzt im Schosse der führenden Gruppen der SFIO eine Generalattacke gegen die Einheitsfront mit der KPF geritten. Der Schacher um die Gemeinderatsmandate scheint ihnen aussichtsreicher im Bündnis

mit den Radikalen als zusammen mit den Kommunisten.

Es ist notwendig, die Mitglieder der SFIO zu alarmieren, sie auf die Gefahr aufmerksam zu machen, sie zum rechtzeitigen Widerstand aufzurufen.

Der Einheitsfront droht die Sprengung im Interesse des Gemeinde-Postens-Schachers!

oooooooooooooooooooooooooooo

DIE DEUTSCHE ANTWORT
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Die deutsche Antwort auf die englisch-französische Anfrage über das Londoner Abkommen ist ebenso charakteristisch durch das was sie nicht enthält, als durch das, was sie enthält.

Sie enthält:

- 1.) die Erklärung der Bereitschaft, sofort über ein Luftabkommen zu verhandeln. Dabei wird als die selbstverständlichste Sache der Welt zugegeben, dass Hitlerdeutschland bereits eine Luftflotte (entgegen den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages) besitzt.
- 2.) Die Ablehnung von Verhandlungen unter einer grösseren Anzahl von Mächten, die Einladung an England zu Sonderverhandlungen.
- 3.) Die Forderung, dass die am stärksten gerüsteten Mächte (d.h. vor allem Frankreich) abrüsten.
- 4.) Die Betonung der besonderen und gefährlichen Lage Deutschlands und die Forderung nach entsprechender "Sicherheit" für Deutschland.

Sie enthält nichts:

- 1.) über ein allgemeines Rüstungsabkommen
- 2.) über den Ostpakt
- 3.) über den Donaupakt
- 4.) über die Rückkehr Deutschlands nach Genf.

Der Ton der Antwort ist von kaltblütiger Unverschämtheit.

Der Sinn der Antwort ist folgender:

- 1.) Der Versuch die Frage des Luftpaktes zu trennen von den übrigen Fragen.
- 2.) Dadurch England, das am Luftpakt besonders interessiert ist, das aber gegen den Ostpakt eingestellt ist und "Ostpakt" weniger interessiert ist, von Frankreich zu trennen und so Frankreich zu isolieren.
- 3.) Der Abschluss eines Luftabkommens soll direkt die deutsche Luftrüstung und indirekt die übrige militärische Aufrüstung Deutschlands legalisieren.
- 4.) Deutschland schweigt über Ostpakt, Donaupakt, allgemeine Abrüstung und Rückkehr nach Genf, um während der Verhandlungen über den Luftpakt freie Hand zu haben für seine weitere Aufrüstung und um seine imperialistischen Kriegsziele gegen Süden (Österreich) und Osten (Sowjetunion und baltische Staaten) weiter zu verfolgen.
- 5.) Hitlerdeutschland will die Verhandlungen möglichst in die Länge ziehen, sei es, dass es damit rechnet, dass längeres Feilschen ihm bessere Bedingungen schafft, sei es, dass bereits mehr oder weniger feste Abmachungen mit Japan existieren, dass Japan innerhalb kurzer Frist den Angriff gegen die Sowjetunion eröffnet, während Hitlerdeutschland sich inzwischen die Hände frei hält und die Zeit bis dahin mit diplomatischen Gerede ausfüllt.

Man kann die Absichten Hitlerdeutschlands, wie sie aus seiner Antwort an England und Frankreich hervorgehen daher kurz so zusammenfassen: die anderen Mächte trennen, Zeit gewinnen, sich selbst die Möglichkeit weiterer Aufrüstung vorbehalten, freie Hand für den Angriff auf die Sowjetunion und Österreich.

Einige der in der deutschen Antwort enthaltenen Manöver sind bereits durch entsprechende Gegenzüge durchkreuzt worden. England wird zwar mit Deutschland verhandeln, aber nur in ständigem Einvernehmen mit Frankreich. Die französische Regierung lässt erklären, dass ein Luftabkommen

erst wirksam würde, wenn ein allgemeines Sicherheitsabkommen, Ost- und Donaupakt abgeschlossen würden. Die Sowjetunion hat entsprechende Zusicherungen über den Ostpakt erhalten. Die französische Regierungspresse betont, dass gegebenenfalls Regionalabkommen ohne Deutschland abgeschlossen würden.

Die französische Arbeiterklasse muss ihren Druck gegenüber der Regierung Flandin-Laval in der Richtung zur Geltung bringen, die der aussenpolitischen Linie der Sowjetunion entspricht und die ein Mindestmass von Sicherung des Friedens gewährleistet. Das ist vor allem der Abschluss des Ostpaktes als Voraussetzung für alle anderen Abmachungen.

Die Regierung Flandin-Laval steht unter dem Druck bestimmter Kreise der französischen Grossbourgeoisie und der faschistischen Verbände, die eine Loslösung von der Sowjetunion und eine Annäherung an Hitlerdeutschland mit der Spitze gegen die Sowjetunion wünschen. Sie steht ferner unter dem Druck der Kräfte in England, die Hitlerdeutschland militärisch und politisch stärken, es nach Westen zu binden aber gegen Osten, gegen die Sowjetunion, ablenken wollen.

Die französische Arbeiterklasse muss diesen Tendenzen ihren starken Gegendruck entgegensetzen. Sie muss die Aussenpolitik ihrer Regierung mit der grössten Wachsamkeit und dem regsten Misstrauen beobachten. Sie muss schliesslich eine einheitliche aussenpolitische Linie der Arbeiterklasse der Sowjetunion, Frankreichs, Englands, Italiens, Polens usw. sichern.

Sie muss gleichzeitig gegen die weitere Aufrüstung Frankreichs, gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit usw. kämpfen.

Und sie muss ständig den werktätigen Klassen in Deutschland zeigen, dass sie gegen den Versailler Vertrag ist, für seine Abschaffung auf dem Weg des internationalen revolutionären Klassenkampfes.

oooooooooooooooooooooooooooo

Ein reaktionärer Anschlag:

DIE "JUSTIZREFORM" PERNOTS.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Rechtsblätter sind von den Massnahmen entzückt, die der Justizminister der Flandinregierung, Pernet, zum Zwecke einer Reform der französischen Justiz vorschlägt. Das ist kein Wunder. Erstens ist der klerikale Reaktionär Pernet, in der grosskapitalistischen, reaktionären Regierung Flandin derjenige Minister, der am weitesten rechts steht und das grösste Vertrauen der faschistischen und halbfaschistischen Kreise genießt. Zweitens aber bedeuten die Vorschläge Pernoths ihrem Inhalt nach ein Entgegenkommen an die faschistischen Tendenzen des Grosskapitals. an deren Bestrebungen, die bürgerliche Demokratie abzubauen und den Appetit des bürgerlichen Staates von der Kontrolle durch das Parlament zu befreien.

Die Pernothsche "Justizreform" segelt unter der Flagge der Sicherung der "Unabhängigkeit" der Richter. Nach der Auffassung, die von der bürgerlichen Presse täglich breitgewalzt wird, sind die Korruptionsskandale der französischen Justiz bekanntlich nicht dadurch zu erklären, dass sie eine kapitalistische Klassenjustiz ist, sondern dadurch, dass die Unabhängigkeit der Richter durch den Einfluss des Parlaments und der vom Parlament abhängigen Regierung verletzt worden sei. Pernet schlägt deshalb vor, dass die Ernennung und Beförderung der Richter jetzt lediglich auf Vorschlag eines besonders zu ernennenden Generalinspektors der Justiz erfolgen soll, der aus den Reihen der höheren Richter Frankreichs zu wählen wäre. Die Regierung, der Justizminister und der Präsident der Republik sollen das Recht haben, Ernennungsvorschläge dieses Generalinspektors abzulehnen, sie sollen aber kein Recht haben, von sich aus eine Ernennung vorzuschlagen. Der Sinn der Pernothschen Massnahme ist also der, dem französischen Richterstand in einem noch grösseren Masse als bisher den Charakter einer geschlossenen Kaste von Justizmandarinen zu verleihen; nach Durchführung des Vorschlags von Pernet würden die Richter ganz unter sich und nach ihrem Belieben die Pöstchen verteilen.

Ferner verlangt Pernot, dass kein Richter mehr ein parlamentarisches Mandat bekleiden darf.

Zusammengefasst läuft also die ganze "Réform" Pernots darauf hinaus, dass er die Vetternwirtschaft, die mit Hilfe von Parlamentariern betrieben wurde, durch eine Vetternwirtschaft der oberen Justizmandarine und der reaktionären, halb- und ganzfaschistischen Kreise, mit denen die Justizbürokratie zusammenhängt, ersetzen will.

Wenn die Arbeiter zu den Fragen der Organisation der Justiz richtig Stellung nehmen wollen, müssen sie sich darüber im Klaren sein, dass es keine Unabhängigkeit der Richter gibt und geben kann. Solange das Kapital herrscht, solange der bürgerliche Staat existiert, werden die Richter, ganz gleich, ob sie ernannt oder gewählt werden und von wem sie ernannt werden, von der Bourgeoisie und von deren Interessen abhängig sein. Wenn aber die Diktatur des Proletariats errichtet ist, wird die siegreiche Arbeiterklasse eine proletarische Klassenjustiz organisieren, die vom Willen des herrschenden Proletariats abhängig ist und seine Interessen wahrnimmt.

Es ist nur ein Beweis für die bürgerliche Staatsauffassung des Reformismus, wenn Léon Blum in einem Artikel zur Justizreform im "Populaire" eine "von Klassenvorurteilen" unabhängige Justiz fordert und glaubt das Mittel zur Schaffung einer solchen über den Klassen schwebenden Justiz in der Wahl der Richter durch das Volk gefunden zu haben. Aber eine über den Klassen schwebende Justiz gibt es nicht und kann es nicht geben und das Beispiel Amerikas und der Schweiz zeigt, dass die Wahl der Richter durch das Volk im bürgerlichen Staat immer nur eine kapitalistische Klassenjustiz ergibt.

Ebenso wird jede Form der Organisation der Justiz im bürgerlichen Staat von der mit dem Kapitalismus verbundenen Korruption ergriffen. Nicht nur im parlamentarisch regierten Frankreich ist die Justiz korrupt, sie ist es erst recht in den nichtparlamentarisch regierten faschistischen Ländern, sie ist es auch in den Vereinigten Staaten, wo die Richter durch das Volk gewählt werden. Was schliesslich die englischen Richter anbelangt, auf die die bürgerliche Presse als Muster der Unbestechlichkeit hinweist, so liegt das keineswegs an der Organisation der englischen Justiz; im achtzehnten Jahrhundert war die englische Justiz wegen ihrer Korruption, ihrer Bestechlichkeit berüchtigt; wenn sich das später änderte, so lag das nicht an der Organisation der Justiz, sondern daran, dass die englische Bourgeoisie, als die reichste und führende Kapitalistenklasse der Welt zur Wahrung ihres Prestiges und ihrer Machtstellung begann, auf die Einhaltung äusserlich korrekter Geschäftsmethoden zu sehen; so wurde auch die englische Justiz zu dem, was sie heute ist - zu einem äusserlich korrekten kapitalistischen Klassenjustiz, die die Armen und Ausgebeuteten hartherzig verfolgt, die die grossen kapitalistischen Räuber, deren Geschäftsbücher in Ordnung sind, beschützt, die aber nicht jedem kleinen kapitalistischen Schwindler dienstbar ist. Mit dem fortschreitenden Niedergang des englischen Kapitalismus wird aber auch dieser äussere Glanz der englischen Justiz abbröckeln.

Die Arbeiterklasse darf sich nicht der Illusion hingeben, als sei es möglich, die Justiz im bürgerlichen Staate in ihrem Interesse umzugestalten. Ihre Stellung gegenüber der bürgerlichen Justiz ist dadurch gegeben, dass diese Justiz stets ein Teil des Unterdrückungsapparates des bürgerlichen Staates bleibt. Um, solange die Bourgeoisie herrscht, die Schläge der kapitalistischen Klassenjustiz gegen die Arbeiter zu mildern und die Korruption dieser Justiz zu entlarven, gibt es nur ein Mittel - nämlich diese Klassenjustiz und den bürgerlichen Staatsapparat überhaupt unter den Druck der Massen zu setzen. Die Pernotsche Justizreform hat aber den Zweck, die Richter möglichst jedem Einfluss der Öffentlichkeit zu entziehen, damit auf sie kein Druck der Massen von unten ausgeübt werden kann, damit diese "unabhängigen" Richter stärker unter dem Druck der Reaktionäre, der Faschisten stehen, damit sie umso ungestörter deren Wünsche erfüllen können.

Deshalb muss die Arbeiterklasse die Vorschläge Pernots entschieden bekämpfen.

Die Drohung der Faschisten tut seine Wirkung!Mourer gegen die Auflösung der Ligen!
=====

Der angeblich kommunistische Député J.P.Mourer enthüllt immer offener seinen wahren politischen Standort im Ringen der Klassenkräfte.

Jetzt hat dieser wackere Streiter -der angeblich sein Programm nicht geändert hat und demnach auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen will-, sich auch zur Frage der Auflösung der faschistischen Ligen geäußert.

In einem Artikel vom 16.II.von Custos in der "NW" heisst es zu dieser Frage:

"Warum man nun die Auflösung dieser Ligen (der faschistischen) verlangt, ist mir nicht recht verständlich. Weil sie gegen das bestehende Regime oder gegen die Republik konspirieren? Eine wirkliche Demokratie muss Raum für alle Meinungen bieten und muss vor allem die politische Meinungsfreiheit garantieren. Sie darf deshalb keine Partei und keine Organisation verbieten, mag sie heissen wie sie will. Ein Regime, das einen Eingriff in diese politischen Freiheiten sich erlaubt, hört auf, ein demokratisches, republikanisches und freiheitliches Regime zu sein."

J.P.Mourer ist anscheinend bemüht Hrn.Flandin die Begründung für die Ablehnung des Verbots und der Auflösung der faschistischen Ligen zu geben. Nach der Ansicht dieses famosen Anhängers der proletarischen Diktatur -die doch wohl die Aufhebung der demokratischen Rechte für die ausbeutenden Klassen bedeutet -, darf die Arbeiterklasse nicht für In Verbot und nicht für die Auflösung faschistischer Parteien und Organisationen eintreten, weil dies der Anfang vom Ende der bürgerlichen Demokratie wäre. Unser Hans hat sich also schon soweit gemausert, dass er ohne mit der Wimper zu zucken, das hier und da noch zur Schau getragene kommunistische Gepäck bedenkenlos über Bord wirft und sich in einen simplen bürgerlichen Demokrat verwandelt, der ^{an} garnicht unerhebliches Stück rechts von Gg.Weill seinen politischen Standpnt aufgeschlagen hat.

Wir gratulieren der Hueberpartei zu diesem "Führer" und würden uns nicht wundern J.P.Mourer in naher Zukunft als Schutzengel der faschistischen Ligen und repräsentatives Mitglied der UPR auftreten zu sehen.

J.P.Mourer ist -wie wir dies immer bei ihm voraussetzen -nicht aus Liebe zum Faschismus gegen das Verbot der faschistischen Ligen. Nach ihm muss sich ein Organisationsverbot vor allem gegen die revolutionären Organisationen richten. J.P.Mourer weiss natürlich dass die französische Arbeiterklasse nicht ein Organisationsverbot für alle Gegner der bürgerlichen Demokratie fordert, sondern für das Verbot und die Auflösung der faschistischen Ligen kämpft. Warum? Weil die faschistischen Organisationen das Verbot und die Zerstörung der Arbeiterorganisationen und das Organisationsmonopol für sich selbst in der Form der faschistischen Diktatur erstreben. Dabei lassen sich die Faschisten nicht durch das noch in Geltung befindliche Mourersche Zitat "Semen, sanguis christianorum" einschüchtern, wie die faschistische Praxis in allen Ländern beweist .

Die Frage steht mehr und mehr so: wer wird wen auffressen? Die Arbeiterklasse den Faschismus -was nur der erste Schritt im Kampfe um die proletarische Diktatur sein kann; oder der Faschismus die Arbeiterbewegung, was der Anfang vom Ende der bürgerlichen Demokratie und das Ende vom Anfang der faschistischen Diktatur wäre. So stellt die Geschichte die Frage, so stellt sie die Krise der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie -die sich auch in Frankreich latent vollzieht und sich täglich in neuen akuten Ausbrüchen dokumentieren kann.

J.P.Mourer -dieser "weitsichtige Marxist"-aber meint, wenn die Arbeiterklasse die faschistischen Pflänzchen unbeachtet weiter wuchern liesse, würde sie sich selbst vor dem Schicksal bewahren, das ihr der Faschismus zgedacht hat. Die französische und elsässische Arbeiterklasse wäre schlecht beraten, wenn sie den Ratschlägen des Propheten Mourer folgen würde.

J.P.Mourer ist zwar besorgt um die öffentliche und allgemeine Sicherheit, die von faschistischen bewaffneten Organisationen bedroht werden könnte. Aber auch hier ist er gegen ein Verbot dieser Organisationen. Sein Wunsch geht nur dahin, dass die Regierung auf eine strikte Anwendung des Gesetzes betreffend das verbotene Waffentragen drängt.

Wir sehen, J.P.Mourer ist in jeder Beziehung grosszügig und grossherzig. Er hat die drohende Mahnung der Faschisten beherzigt und seine Antwort lautet: "Ich, der Député J.P.Mourer bin gegen die Auflösung und das Verbot der faschistischen Ligen!"

Für die Arbeiter und die Antifaschisten kann es da nur eine Losung geben: Die Arbeiterklasse ist gegen J.P.Mourer und seine Partei, die sich zum Propagandisten seiner Handlangerdämne für den Faschismus macht.

Unser

BILDUNGS-ABEND

findet am Montag, den 25. Februar, abends 8 Uhr im bekannten Lokal seine Fortsetzung.

Thema: Einführung in die ökonomischen Lehren von Karl Marx.

Jeder Kamerad, der sein Wissen im Kampfe um die Befreiung des Proletariats vermehren will, erscheine.

Kommunistenhetze ist Trumpf:

Bemerkungen zur Anti-Gottlosen-Ausstellung.

Wir hatten das Glück einer Exkursion durch die Strasbourger Anti-Gottlosen-Ausstellung beizuwohnen.

Die mündlichen Erläuterungen, die dem gemeinen Volk zu dem vorgeführten Bild- und Schriftmaterial gegeben werden, erhellen auch die Gründe, weshalb die allgemeine Öffentlichkeit und die Presse von der Ausstellung ausgeschlossen wurden. Lüge, Verdrehung und Verschweigen der Wahrheit kennzeichnen die den Besuchern gegebenen mündlichen Erläuterungen.

Einige Beispiele mögen dies erläutern und sie sind typisch für die raffiniert dargebotene Mischung von Wahrheit und Dichtung, die auf naive und unkritische Gemüter Wirkung ausübt:

1.) Die Bolschewiken sprengen die Kirchen in Russland in die Luft. Beweis: ein Bild von der Sprengung einer Moskauer Kirche.

Natürlich wird verschwiegen, dass schon lange keine Gläubigen mehr in diese Kirche gingen, dass sie also schon lange ihrem eigentlichen Verwendungszweck entzogen war, und dass sie so aus dem Wege geräumt wurde, wie ein altes unbewohntes Haus, das im Zuge der Modernisierung und der städtebaulichen Veränderung abgerissen wurde. Die völlige Umwälzung des Volksempfindens in der Sowjetunion wird verschwiegen, weil die Beseitigung einer Kirche ja nur solange für ein Volk verabscheuungswürdig ist, solange es in der Kirche ein Symphol seiner selbst sieht.

2.) "Das ist das Gebäude der GPU und dies der Kaller, wo von der GPU die Gläubigen -nur deshalb weil sie religiös waren -hingerichtet wurden". Natürlich gibt es eine GPU -wie es überall eine politische Polizei gibt. Natürlich sind in der Zeit des Bürgerkrieges Konterrevolutionäre, die auf frischer Tat gefasst wurden, auch erschossen wurden. Aber es ist ein ausgemachter Schwindel das Gläubige wegen ihrer religiösen Überzeugung oder wegen der Ausübung ihres religiösen Kults von der GPU erschossen wurden. Der Kampf gegen die Religion konnte und durfte nur ideologisch geführt werden und diesen ideologischen Kampf führt die auf freiwilliger Mitgliedschaft aufgebaute Organisation der kämpfenden Gottlosen. Wer den Gläubigen erzählt die Bolschewiki führten den Kampf gegen die Gläubigen mit Erschiessungen der GPU vorgewaltigt die Wahrheit in grüblichster Weise und es ist bezeichnend, dass die Kirche im Kampfe gegen den Kommunismus vor keiner Lüge zurückschreckt.

3.) "Hier sehen sie Kinder Verhungertes, die völlig verwahrlosten und die man zu Grunde gehen liess." "Und hier sehen sie eine rote Linie -die zeigt mit welcher Schärfe jeweils der Kampf gegen die Religion geführt wurde, und hier sehen sie eine blaue Linie, die die jeweiligen Wirkungen auf die Wirtschaft wiedergibt. Verschärfte sich der Kampf gegen die Religion -senkte sich automatisch die Kurve der Wirtschaft. Seit dem Fünfjahresplan -der eine Verschärfung des Kampfes gegen die Religion brach-

to, stürzt die Wirtschaft jäh in die Tiefe usw."

Es gab im Jahre 1921 im Wolgagebiet eine durch eine Naturkatastrophe bewirkte Hungersnot und damit im Zusammenhang das Problem der verwehrlosten Kinder. Im zaristischen Russland waren solche Hungersnöte trotz der Religiosität des Regimes ohne Naturkatastrophen periodisch. Eine grobe Unwahrheit aber ist es wenn behauptet wird die Bolschewiki hätte sich nicht um die Kinder der Verhungerten nicht gekümmert. Von den verschiedensten Russlandreisenden der damaligen Zeit wurde ohne Unterschied der Partei bestätigt, dass die Kinderfürsorge in der SU vorbildlich ist. Über den aufopfernden Kampf der Sowjets für die verwehrlosten Kinder aber legt selbst das Buch zwei ehemaliger Verwehrloster "Skid, die Republik der Strolche" beredetes Zeugnis ab.

Natürlich verschleierte der Vortragende den grandiosen wirtschaftlichen Aufstieg seit Beginn des ersten Fünfjahresplans, der selbst von bürgerlichen Russlandreisenden und selbst Missionaren -siehe die "Neuesten Nachrichten" - anerkannt werden muss. Die Bezugskarte für Brot in der Hand schwenkend "vergass" er sogar mitzuteilen, dass inzwischen die Brotkarte in Russland abgeschafft worden ist. Es geht doch nicht über die kirchliche Objektivität.

4. "Hier sehen sie brennende Kirchen im dem streng katholischen Spanien. In Moskau wird beschlossen, diese oder jene Kirche anzuzünden. Der Beschluss geht dann durch das spanische Ländersekretariat nach Spanien, wo er sich dann in dieser Weise praktisch auswirkt". Man sieht, die Herren von der Kliresäi sind bereits beim Lametta Hermann (Göring) in die Schule gegangen.

These wenigen Bemerkungen mögen zur Charakterisierung dieser Ausstellung genügen. Sie zeigt die Kirche als verlogene Gegnerin des Sozialismus und getraue Dienerin des Kapitals.

Es wäre zu begrüßen, wenn der Bund der Freunde Sowjetrusslands die Initiative zu einer Gegenexposition unter dem Motto "Russland, wie es war und wie es ist" ergreifen würde.

Zur Ausweisung politischer Flüchtlinge:

Gilt ein Ministerwort noch in Frankreich?

==.

Von "L'Humanité" wird mitgeteilt, dass von den reichsdeutschen Flüchtlingen aus dem Saargebiet, die in der Kaserne Lizé de Nord untergebracht sind, in der vergangenen Woche 40 Personen ohne Angabe von Gründen abgeschoben wurden. Uns wurde diese Meldung von anderer Seite bestätigt. Wenn es sich bei den Ausgewiesenen um Elemente handeln würden, die keine politischen Flüchtlinge sind, so würden wir auf jeden Protest verzichten. Dem ist aber leider nicht so. Unter den Abgeschobenen befinden sich nachweislich politische Flüchtlinge, auch wenn dies von den dafür verantwortlichen Behörden abgeleugnet werden sollte.

Wir haben wiederholt erklärt, dass zur Feststellung wer politischer Flüchtling ist und wer nicht, die Heranziehung der Organisationen der Arbeiter und der Flüchtlingskomitees notwendig ist. Es ist aber kennzeichnend für die Lage, dass jede derartige Forderung bisher bei den staatlichen Behörden keinerlei Verständnis gefunden hat, Daraus ergibt sich auch die Tatsache, dass gerissene, anpassungsfähige, durchaus zweifelhafte Elemente, bei denen man nicht weiss, woher sie kommen und wohin sie gehören, bei den Behörden volles Vertrauen geniessen und als Vertrauensleute über die Flüchtlinge eingesetzt werden. Diese Elemente betätigen sich als höchst zweifelhafte Denunzianten, sodass durchaus ehrenwerte und wirklich politische Verfolgte, die schlimmstes vom III. Reich zu erwarten haben, durch irgend eine geringfügige Bemerkung -die sich aus den provisorischen Unterkunftsmöglichkeiten ergibt -angeschwärzt werden. Nur so kann die ungeheuerliche Tatsache erklärt werden, dass einwandfrei als pol. Flüchtlinge ausgewiesene Personen einfach abgeschoben werden.

Noch vor kurzen hat der Minister Herriot von der Tribüne der Kammer herab erklärt, dass Frankreich seinen Prinzipien treu bleibt und politischen Flüchtlingen Asyl gewährt. auf die Frage, ob dies auch für solche Flüchtlinge gilt, die ohne Papiere sind, schloss Mr. Herriot auch diese Flüchtlinge in das Asylrecht ein.

Angesichts des hier geschilderten Vorganges stellen wir die Frage:

Sind die 40-Abgeschobenen, unter denen sich nachweislich politische Flüchtlinge befanden, nach Hitlerdeutschland ausgewiesen worden?

- Gilt in Frankreich ein Ministerwort oder gilt es nicht mehr?

- Es wäre an der Zeit, dass alle dem Prinzip des Asylrechts Anhängenden eine Demarche unternehmen, um der Auslieferung politischer Flüchtlinge an Hitlerdeutschland in den Arm zu fallen!

Von der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes der
C.G.T.U. von Bas-Rhin.
 =.=.=.=.=

Am 17. Februar tagte im vollbesetzten "Volksgarten" die Jahresgeneralversammlung der Holzarbeiter von Bas-Rhin.

Nach Annahme der Tages- und Geschäftsordnung und Genehmigung der Protokolle des Kmd. Pfertzel, erstattete Kmd. Sommer den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er behandelte die Krise im allgemeinen und ihre Wirkung auf die Holzarbeiter im besonderen. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Entwicklung, die durch den ehemaligen Sekretär Knobloch ausgelöst wurde, der den hoffnungslosen Versuch machte unser Syndikat zu spalten, als die Militanten ihm das Vertrauen entzogen und den Anschluss an die CGTU förderten. Unbekümmert um die aus der Krise folgende Notwendigkeit des angsten Zusammenschlusses der Arbeiter hat Knobloch ein CGT-Syndikat aufgezo- gen und konnte auch nicht dadurch abgehalten werden, dass die Mehrheit ihre Bereitwilligkeit bekundete im Interesse der Einheit weiter in der Autonomie zu bleiben. Knobloch aber hat sich geirrt. 90% d. Militanten sind dem Syndikat treu geblieben und die abgehaltenen Monatsversammlungen haben gezeigt, dass die Organisation steigende Aktivität aufweist. Das Verhältnis zwischen Vorstand und Verwaltung hat sich unter dem neuen Sekretär Bergthold günstig gestaltet. Der Vorsitzende schloss mit einem kräftigen Apell.

Der Bericht des Sekretärs, Kmd. Bergthold beschäftigte sich erst mit den Zuständen, die er auf dem Büro bei seiner Amtsübernahme angetroffen hat. Er streifte dann die einzelnen Streitfälle und Streiks, die im wesentlichen günstig abgeschlossen werden konnten. Ein besonders krassen Fall stellt die Firma Hestling (Autonomist), die 10 Jahr lang ihren Arbeitern die sozialbeiträge abzog, ohne diese abzuliefern.

Das gesetzlich "garantierte" Kindergeld versucht das Patronat durch Lohnabzüge auszugleichen, wo die Kameraden sich nicht zur Wehr setzen. In den meisten Fällen wurde es unter dem Druck der Organisation ausbezahlt. Nach einer besonderen Würdigung der Forderungen der Erwerbslosen - das Syndikat zählt 122 Arbeitslose - schloss Kmd. Bergthold unter lebhaften Beifall mit der Aufforderung, sich entschlossen für den revolutionären Weg einzusetzen.

Aus dem Kassenbericht ging hervor, dass sich das Syndikatsvermögen um 40 000 frs vermehrt hat. Der Mitgliederbestand beträgt 941. Nach kurzer Diskussion und dem Bericht der Revisoren, fand auch dieser Bericht einstimmige Annahme.

Fünf Anträge, die sich auf die Beitragszahlung der Erwerbslosen, die Arbeitslosenkasse, die Festsetzung der künftigen Streikunterstützung, die Neuregelung der Sterbegeldunterstützung und auf die Pressefrage beziehen, fanden einstimmige Annahme. Ein Antrag auf vierteljährliche Bücherkontrolle wurde dem Vorstand überwiesen.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme jener Kameraden, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Mit einem Protesttelegramm an die Lettische Regierung gegen die Todesurteile an 4 rev. Arbeitern, schloss der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Alle Kameraden und Kameradinnen von "L'Avenir"

erscheinen Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr zur

J A H R E S G E N E R A L V E R S A M M L U N G
 im Volksgarten. Niemand darf fehlen!

Verantwortlich: ALFRED QUIRI.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel-exemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 27/II. Jahrgang.

Erste Märzwoche 1935.

DER ABESSYNISCHER KRIEG.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Vorbereitungen Italiens zur Eroberung Abessyniens sind in vollem Gange. Ungefähr 50 000 Soldaten stehen in Italien bereit zur Verschiffung nach Afrika. Die Verschiffung ist schon in vollem Gange.

Italien hat noch nicht den Krieg an Abessynien erklärt. Es betreibt ihn nur tatsächlich. Die Japaner haben in der Mandschurei die Mode eingeführt, Krieg ohne Kriegserklärung zu führen. Das hat den Vorteil, dass man erstens überraschend vorgehen kann, und dass man zweitens um den Kellogg-Pakt und andere internationale Abkommen, die den Krieg verpöhlen, herumkommt.

Die Verhandlungen, die Italien mit Abessynien führt, sind blosser Schein, blosser Schikane, um Zeit zu gewinnen, bis die Vorbereitungen beendet sind. Der Umfang der Vorbereitungen lässt erkennen, dass es auf die Eroberung Abessyniens abgesehen ist.

Das Vorgehen Italiens wäre nicht möglich, ohne die Zustimmung der französischen und englischen Regierung. Alles deutet darauf hin, dass die Meldungen zutreffen, wonach Italien, Frankreich und England insgeheim übereingekommen sind, den Garantievertrag für die Unabhängigkeit Abessyniens aufzuheben.

Frankreich und England haben Italien diesen Krieg erlaubt, um den italienischen Imperialismus von anderen Eroberungsversuchen, in Europa, oder in Südarabien, abzulenken. Sie denken offenbar, dass der abessynische Krieg ein "lokaler" Krieg bleiben wird und dass er Italien genügend lange beschäftigen wird, um es von anderen imperialistischen Abenteuern abzuhalten.

Aber jetzt schon steht fest, dass der abessynische Krieg kein lokal beschränkter Krieg sein wird, dass seine Wirkungen international sind.

Bereits hat Japan, das grosse wirtschaftliche Interessen in Abessynien hat, Protest gegen das Vorgehen Italiens erhoben. Hitlerdeutschland hat 3 Divisionen an die Tyroler Grenze geschickt. Italien hat darauf mit den Entsendung zwei oder Divisionen an die österreichische Grenze geantwortet.

Mit dem abessynischen Krieg ist der Kampf um die imperialistische Neuaufteilung Afrikas eröffnet.

Er ist der Ausgangspunkt einer Kette neuer imperialistischer Konflikte und Kriege.

Die französische Arbeiterklasse muss schärfsten Einspruch erheben gegen die Begünstigung des abessynischen Krieges durch die französische Regierung.

Sie muss darüber hinaus diesem Krieg entgegengetreten, weil er die Gefahr der weiteren Ausdehnung in sich birgt. Sie muss mit tätiger Sympathie auf der Seite des abessynischen Volkes stehen, dem die Unterwerfung unter das imperialistische Sklavenjoch droht. Sie muss solidarisch sein mit dem werktätigen Volk Italiens, dass die Opfer dieses Krieges zu tragen hat.

Brief aus Hitlerdeutschland:Sklavenarbeit bei Hitlers Autobahnen.
.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.

Nach ärztlicher Untersuchung bekommen wir von der Siemens-Bau-Union, Abtlg. Reichsautobahn, die Bedingungen vorgelesen: 48 stündige Arbeitszeit, 50 Pfennige Stundenlohn, täglich 1.-Mark Abzug für Verpflegung, Bereiterklärung, sich 10.-Mark vom Lohn abziehen zu lassen, die von der Fr. an die Familie geschickt werden. "So wenig Lohn! Sollen wir davon Frau und Kinder ernähren? Wie steht es mit der Bezahlung der Regentage?" Der Vermittler droht, wer abloht bekommt keine Unterstützung. Wer mit zerrissenen Hosen zur Arbeit kommt, wird als Arbeitsverweigerer betrachtet. Darauf geben mehrere Arbeitslose die Stempelkarte ab und verzichten auf die Unterstützung.

Wir kommen also von Berlin nach Gyhum bei Hamburg. Vir Hamburg erhielt jeder 2.-Mark Zehrgeld. In Gyhum wird beim Empfang ein grosses SA-Konzert gegeben. Zum Frühstück gab es Kaffee mit Milch und Zucker. Dann kam die Begrüssung: "Kameraden, Volksgenossen! Ihr seit nicht verraten und nicht verkauft. Nach Berlin braucht keiner mehr zurück. Im Winter bekommt Ihr hier Unterstützung und Eure Frauen in Berlin. 75 Pfennig in der Woche für ein Kind ist natürlich lächerlich. Wir haben mit dem Wohlfahrtsamt in Berlin verhandelt. Es wurde zugesagt, dass eine einzelne Frau 2.00 RM, eine Frau mit Kind 4.50 RM Zuschuss erhalten soll. Wenn Euch aber Eure Frauen schreiben sollten, dass sie es nicht bekommen, dann haben es Eure Frauen nicht richtig angestellt". Dann redete ein SA-Mann Elsner, der früher in Berlin auf dem Wedding Polier bei den Notstandsarbeitern war, vom Dank an die Firma Siemens und an das Bremer Arbeitsamt, ohne dass ihm jemand dazu beauftragt hatte. Untergebracht wurden wir in Baracken, 30 Mann in einen Raum, auf Strohsack mit einer Decke.

Die erste Nacht gab es viel Tränen bei den Jungverheirateten. Beim Frühstück fehlte Milch und Zucker. Auch der Kaffee war sehr schlecht.

Unser Polier Elsner entpuppte sich als Schinder. Er forderte, dass man ihn mit "Sie" anredete. Wir erklärten ihm dann, dass er ein sehr merkwürdiger Volksgenosse sei. Auch verbreiteten wir die Abschiedsworte seiner Gattin am Bahnhof: "Na, Du wirst sie ja schon schleifen." Kurzum - er war geächtet. Da wir ihn als Polier ablehnten, kam er zu den Bremern, die aber von uns verständigt wurden.

Hier wurde er von seiner Kolonne als Vorarbeiter aufgefordert, erst einmal allein eine Lore vollzuladen. Die Kolonne stand dabei und sah zu. Die Leistungen der Kolonne sanken während seiner Poliertätigkeit. Die Firma verzichtete daher auf seine Tätigkeit. Auch als Stubenältester wurde er überall abgelehnt, sodass man ihn nach Angermünde schickte, wo er unbekannt war.

Bei den Bremern war eine gewählte Küchenkommission. Die Bremer erklärten, sie seien von den Berlinern enttäuscht. Aber bald darauf verweigerten wir das Kartoffelschälen ohne Bezahlung. Die Firma antwortete mit Nachhause schicken der "Arbeitsverweigerer". Infolge Verdienstausfall erhielten die Frauen in Berlin nur 2 bis 6.-Mark von der Firma. Sie wurden aufgefordert sich beim Wohlfahrtsamt einen Zuschuss zu holen.

Da gab es grossen Krawall. 150 Mann bezeichneten das als Vertragsbruch und verweigerten unter diesen Bedingungen die Weiterarbeit. Die Firma holte ein Landjägerkommando, die das Lager umstellte, die Arbeitsverweigerer zur Bahn und direkt auf das Polizeipräsidium nach Berlin brachte. 10 Mann wurden in Haft behalten, den anderen wurde 12 Wochen die Unterstützung gesperrt. Kurz nach diesem Vorfall wurden alle Berliner nachhause geschickt.

Binnen 6 Wochen war so ein Kapitel Autobahn für uns vorüber. Es zeigte uns unter welchen Bedingungen die Strassen Adolf Hitlers gebaut werden. Überall zeigt sich der Mangel an Organisiertheit der Arbeiter. Aber ihr Kampfwille wächst.

Der graue Alltag zwingt uns alle über die besten Kampfmethoden gegen das fluchbeladene Hitlersystem nachzudenken.

Zu den Bauernkundgebungen:

Wie die Bauern von faschistischen Demagogen
missbraucht werden.

Die Bauernkundgebungen, die im Februar in Elsass-Lothringen stattfanden, und sich mit der Frage der zukünftigen Absatzverhältnisse für elsass-lothringische landwirtschaftliche Produkte im Saargebiet beschäftigten, sind ein ernstes Warnungszeichen für die Arbeiterklasse, denn die Kundgebungen zeigten, wie der Faschismus die Unzufriedenheit der Bauern ausnutzt, um sie für seine dunklen politischen Ziele zu gewinnen. Auf den Kundgebungen ist von den Rednern zwar viel über das Grosskapital und insbesondere die Schwerindustrie geschimpft worden, weil die letztere bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland ihre Interessen auf Kosten der elsass-lothringischen Landwirte wahren wolle. Jedoch darf kein Zweifel darüber bestehen bleiben, dass die Drahtzieher der Kundgebungen die Empörung der Bauernschaft über den Druck des Kapitals, dem sie unterworfen ist, dazu missbrauchen, um diesen Bauern das demagogische Programm des Faschismus einzutrichtern, das die reaktionärste kapitalistische Scharfmacherpolitik mit antikapitalistischen Phrasen verbrämt. Ist es doch charakteristisch, dass einer der Redner (Bilger) einen "ornamentigen Beifallssturm" auslöste, als er den Kampf gegen "internationales Judentum und internationales Börsenkapital" forderte und den "korporativen Aufbau" verlangte. Bilger machte aus seinem faschistischen Horzen keine Mördergrube und deckte die wahren Absichten auf, die von bestimmter Seite mit den Bauernkundgebungen verfolgt wurden. Wenn die UPR-Organe von dem Geist der Bauernkundgebungen begeistert sind, M. Walter eine eigne "Gewissensforschung" im "Elsässer" veranstaltet, so ist das ein neuer Beweis dafür, dass die Schwarzen unter der Kutte ein faschistisches Hemd tragen.

Wenn die "Neue Welt" das nachbetet, was die UPR und die Landespartei sagt, so entspricht das der Rolle der Hueber, Mourer und Goetz als der Kompagnons des Faschismus.

Um aber dem Eindringen der faschistischen Demagogie einen Damm entgegenzusetzen, müssen die Arbeiter die werktätigen Bauern über die wahren Ziele der faschistischen Demagogen und ihres Anhangs aufklären und aufzeigen, wie die werktätigen Bauern im Bunde mit dem Proletariat einen wirklichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital, führen können.

Wir haben in der "Arbeiterpolitik" bei verschiedenen Gelegenheiten die unmittelbaren Forderungen und propagandistischen Losungen behandelt, die unter die armen und kleinen Bauern getragen werden müssen.

Was müssen wir nun den werktätigen Bauern zu den Bauernkundgebungen sagen?

1. Alle Redner der Bauernkundgebungen haben sich auf einen Punkt konzentriert, an dem die grossen kapitalistischen Landwirte ebenfalls und zum Teil mehr als die kleinen Bauern interessiert sind, nämlich auf die Frage des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte im Saargebiet; die Fragen aber, die vor allem die Kleinbauern interessieren, wie Steuerdruck, Verschuldung, wie die, dass der kleine Bauer bei seinen Einkäufen unter der Teuerung leidet, alle diese Fragen wurden nicht behandelt, weil die grossen kapitalistischen Landwirte hier Interessen haben, die denen der kleinen Bauern entgegengesetzt sind;

2. Die Redner haben gegen das Kapital deklamiert, nicht vom Standpunkt der Werktätigen, sondern vom Standpunkt der Agrarkapitalisten, vom Standpunkt des Gegensatzes innerhalb der verschiedenen Gruppen des Kapitals; sie haben die Schwerindustrie angegriffen, weil sie die Agrarier im Aussenhandel zurücksetzt, sie sind aber mit der Schwerindustrie einig in der Politik der Ausplünderung der werktätigen Massen, in der Politik der steuerlichen Belastung der Arbeiter und Kleinbauern, in der faschistischen Hetze gegen Marxismus und Arbeiterklasse;

3. Die Aussenhandelspolitik der französischen Bourgeoisie ist ein Bestandteil, ein Teilstück ihrer Gesamtpolitik, ist die Verlängerung ihrer Politik, die sie im Innern Frankreichs betreibt; wer wie die Redner auf den Bauernkundgebungen faktisch die Innenpolitik der Schwerindustrie

unterstützt (siehe die UPR und ihr Verhalten zur Regierung Doumergue und Flandin), der will auch in den Fragen der Handelspolitik in Wirklichkeit keinen Kampf gegen die Schwerindustrie, sondern ein Bündnis mit ihr; worum es den grossen Landwirten geht, deren Spracher vor allen in den Kundgebungen zu Worte kamen, ist, ein paar Konzessionen von der Schwerindustrie in den Fragen des Aussenhandels zu erlangen; dafür sind sie bereit die Arbeiter und die Kleinbauern an die Schwerindustrie zu verkaufen; so z.B. waren und sind sie stets bereit Industriezölle zu unterstützen, durch die die Arbeiter und Kleinbauern ausgewuchert werden, nicht aber den Kleinbauern, die wenig verkaufen und gewisse landwirtschaftliche Produkte hinzukaufen müssen; (Wir verweisen hier nur auf die nachträgliche Haltung der UPR-Presse in der Kammer bei Beratung der Saarverhandlungsergebnisse, wo sie sich mit der Regierung einverstanden erklärten);

4. Was ist der Sinn der Forderungen, der Bauernkundgebungen in Bezug auf die Wirtschaftsverhandlungen, die zwischen Frankreich und Deutschland über das Saargebiet geführt werden? Die Redner der Kundgebungen haben geflissentlich nur die eine Seite hervorgehoben, nämlich die, dass die französische Schwerindustrie sich ihre Interessen im Saargebiet auf Kosten der elsass-lothringischen Landwirte sichern will. Aber die Sache hat noch eine andere Seite und das ist die agrarische Schutzöllgesetzgebung Deutschlands. Gäbe es die deutschen Schutzzölle für Agrarprodukte nicht, dann stünde die ganze Frage für die elsässischen Bauern anders. Was also den Absatz der Landwirtschaft Elsass-Lothringens im Saargebiet bedroht, ist nicht nur die französische Schwerindustrie sondern auch die deutsche Zollgesetzgebung. Und deshalb bedeutet die Forderung, dass unter allen Umständen der Absatz der elsässischen Landwirtschaft ins Saargebiet gewahrt bleiben soll, nicht nur, dass die französische Schwerindustrie ihre Forderungen herabschrauben soll, sondern, dass die französische Regierung weitgehende politische und wirtschaftliche Konzessionen an die Nazis machen soll, damit diese die Erzeugnisse der elsass-lothringischen Landwirtschaft nach dem Saargebiet lassen, denn es ist klar, dass die Nazis für eine Durchlöcherung ihres agrarischen Zollsystems politische und wirtschaftliche Gegenleistungen verlangen werden.

Die werktätigen Bauern Elsass-Lothringens haben kein Interesse daran, sich für die Zwecke derjenigen missbrauchen zu lassen, die ein Bündnis des französischen Kapitals und des deutschen Faschismus zustandebringen wollen:

5. Es ist ein Betrug an den elsässischen Bauern, wenn man ihnen sagt, der Ausweg aus ihren Schwierigkeiten bestehe darin, dass man die Nazis bei guter Laune erhalten müsse, damit sie landwirtschaftlichen Produkte Elsass-Lothringens nach dem Saargebiet hereinlassen - und das ist der Sinn der grossen Reden auf den Bauernkundgebungen im ganzen Lande. Den werktätigen Bauern des Elsass wird also zugemutet, dem hitlerschen Blutregime und dem französischen Faschismus Vorschub zu leisten und eine Aussenpolitik zu unterstützen, die die Kriggsgefahr ungeheuer steigern muss.

Wo ist der wirkliche Ausweg für die werktätigen Bauern?

In seinem Bericht über die Sängerkundgebung ist der "Elsässer" aus der Rolle gefallen und hat selbst zugegeben, dass für die werktätigen Bauern die Frage ganz anders steht, als dies die Redner in dieser Kundgebung behaupteten. Der "Elsässer" schrieb:

"Unter einem entschieden anderen Gesichtspunkt (als in der Sängerkundgebung. Red. d. "Arbeiterpolitik") müsste allerdings die Frage der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach der Saar behandelt werden, wenn die lothringische Grossindustrie im Anschluss an eine teilweise Abriegelung der neuen Grenze vom 13. Januar 1935 die erbärmlichen Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter und Angestellten derart bessern würde, dass die neue Kaufkraft dieser Kategorien von Konsumenten der einheimischen Landwirtschaft zu gute käme."

Der "Elsässer" fügt dann hinzu: "Daran ist aber nicht zu denken."

Allerdings, die Schwerindustrie denkt nicht daran das Los der Arbeiter zu bessern (und die Herren der UPR auch nicht!). Aber der Kampf der Ar-

beiter gegen das Kapital, für den Sturz der Bourgeoisie, dieser Kampf allein kann die Lage der Arbeiter bessern und damit auch den werktätigen Bauern, wie der "Elsässer" selbst zugeben muss, einen wirklich sicheren Ausweg aus der Notlage eröffnen. Arbeiter und werktätigen Bauern gehören in eine Front des Kampfes gegen alle Kapitalisten, gegen die faschistischen Demagogen, die die Geschäfte des Kapitals besorgen!

oooooooooooooooooooo

VOGELSTRAUSSPOLITIK.
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Die "Freie Presse" antwortet auf unsere Bemerkungen über die nationale Frage in Elsass-Lothringen mit einem ganzen Arsenal von Beweisgründen, die sie mit der Überschrift versieht "Bös danebengehauen".

Womit haben wir "bös danebengehauen"?

Damit, dass wir als das wichtigste Kennzeichen der Nationalität die Sprache bezeichneten.

Otto Bauer, Renner, Kautzky, die "gelehrten Österreicher", von der "Freien Presse" als Sachverständige in der nationalen Frage angesehen, sind sich unter einander nicht einig darüber, was das Kennzeichen der Nationalität ist.

Der Begriff der Nationalität ist, so scheint es, überhaupt nicht zu fassen.

Da es kein objektives Kennzeichen gibt, so komme es einzig und allein auf den Willen an, zu welcher Nation eine Bevölkerung gehören wolle.

Dass die Sprache das wichtigste und augenscheinlichste Kennzeichen der Nationalität ist, wird nicht dadurch aufgehoben, dass diese Regel, wie andere, Ausnahmen zulässt.

Dass es die Grundregel ist zeigt unter vielen anderen Tatsachen die nationale Gliederung der Sowjetunion. Wonach ist sie erfolgt? Nach den Sprachen!

Solche faustdicke Tatsachen beseitigt man nicht, in dem man dekretiert, dass die Sprache für die nationale Zugehörigkeit nichts zu bedeuten habe.

Aber nehmen wir selbst den Ausgangspunkt der "Freien Presse", wonach einzig und allein der Wille über nationale Zugehörigkeit entscheidet.

Was ist das "nationale Selbstbestimmungsrecht" anderes als die eigene Entscheidung der Bevölkerung darüber, zu welcher Nationalität sie staatlich gehören will.

Nun behauptet die elsässische Sozialdemokratie, die Elsässer und Lothringer hätten sich ein für allemal für Frankreich und gegen Deutschland entschieden.

Woher wisst Ihr denn das? Ihr wisst nur, dass sie sich unter den konkreten Umständen des Jahres 1918 für Frankreich entschieden haben. Dass sie sich ein für allemal so entschieden haben - ist eine willkürliche Behauptung Dritter.

Wenn Ihr dieser Behauptung so sicher seid, warum lehnt Ihr ein für allemal eine erneute Probe, eine erneute Entscheidung ab? Was tut Ihr so anderes, als dass Ihr euren Willen, eure Willkür an Stelle des Willens der Bevölkerung setzt.

Ihr hebt also eure eigne Voraussetzung auf!

Weiter. Will die deutschsprechende Bevölkerung im Elsass und in Lothringen, dass ihre Kinder im grundlegenden Unterricht in ihrer Muttersprache unterrichtet werden?

Will sie, dass sie im Verkehr mit fremdsprachlichen Behörden benachteiligt ist?

Solche Tatsachen schafft man nicht durch Begriffsequilibristik aus der Welt.

Wenn die Sozialdemokratie tatsächlich entsprechend dem "Willen" der Bevölkerung handeln würde, so würde auch daraus sich ebenso zwingend die Notwendigkeit ergeben, für die nationale Selbstbestimmung in Elsass-

Lothringen einzutreten und gegen alle Beschränkungen im Gebrauch der Muttersprache zu kämpfen.

Der Standpunkt, den die "Freie Presse" vertritt, geht nicht aus vom nationalen Willen der Elsass und Lothringer -sondern vom nationalen Willen, des französischen Imperialismus.

Herrn Heil's neue Partei:

Die Regionalisten.
==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Im Namen des vorläufigen Vorstandes der "Elsässischen Regionalistenpartei" lässt Ch.Ph.Heil einen Aufruf und das Programm dieser Gruppe von Autonomisten verbreiten, die den offen faschistischen Kurs der "ELZ" nicht mitmachen wollen.

Die Regionalisten wollen im Gegensatz zur "ELZ" an den Prinzipien der bürgerlichen Demokratie festhalten. Ihr Programm ist jedoch ein lebendiger Beweis dafür, dass der Verfall der bürgerlichen Demokratie unaufhaltsam ist und dass von bürgerlichen Demokraten kein ernsthafter und konsequenter Kampf gegen den Faschismus erwartet werden kann, dass die bürgerlichen Demokraten vielmehr, da sie auf dem Boden der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung stehen, dem Faschismus durch politische Zugeständnisse entgegenkommen. In dem Programm der Regionalisten wird unter anderen gefordert "strenge Trennung der Gewalten im Staat... direkte Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk und Recht zur Auflösung des Parlaments durch Beschränkung der gesetzgebenden Gewalt auf die Gesetzgebung". Das sind alles Forderungen, die auf den Abbau der bürgerlichen Demokratie durch Schwächung des Einflusses des Parlaments hincielen und die in allen faschistischen Plänen zur "Staatsreform" wiederkehren.

Ferner spricht sich das Programm der Regionalisten in sehr gewundenen Sätzen gegen die Trennung von Staat und Kirche aus -diese "prinzipientreuen" Demokraten sind also eifrig bestrebt sich die Gunst der katholischen Klerus zu erhalten, der sich im Elsass und in Frankreich an allen faschistischen Treibereien beteiligt.

In den wirtschaftlichen Fragen finden wir in dem Programm der Regionalisten leere Allgemeinheiten, unter denen sich jeder etwas anderes vorstellen kann und die zu nichts verpflichten, wie "Umstellung der wirtschaftlichen Politik und Verwaltung unter vorwiegender Berücksichtigung der Interessen der werktätigen Stände" usw, neben der Forderung der "Gewährleistung gleicher wirtschaftlicher Freiheit für alle", d.h. der Formel der "wirtschaftlichen Freiheit" mit der Flandin die Offensive des Kapitals unterstützt und durchführt.

Die Politik der Regionalisten ist weder geeignet für den Kampf gegen den Faschismus, denn dieser kann nicht bekämpft werden, wenn man, wie die Regionalisten, seine Forderungen übernimmt, noch für den Kampf gegen die nationale Unterdrückung des elsässischen Volkes, denn diese Unterdrückung kann erfolgreich nur bekämpft werden im Bunde mit den französischen Arbeitern, nicht aber indem man, wie die Regionalisten das tun, sich an die Rockschösse des Faschismus klammert und, wie das ihre Stellung zu den sozialen Fragen zeigt, faktisch die Kapitaloffensive fördert.

Um den Einheitspakt in Elsass-Lothringen:

Ein Schreiben der Regionalleitung der KP.
==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

In der "Humanité" v.22.2.wird ein Brief der Regionalleitung der KP an das Sekretariat der KPF veröffentlicht, worin die Vertretung der KPF im Zentral-Koordinationskomitee ersucht wird, die Delegation der SFIO vom Verhalten der SFIO in Bas-Rhin gegenüber der Durchführung gemeinsamer Aktionsbeschlüsse des Zentral-Koordinationskomitees in Kenntnis zu setzen und auf die abstellung der zu Tage getretenen Mängel zu drängen.

Der Brief verweist auf die Nichtausführung des Beschlusses über die Organisierung von Manifestationen für den 10.Februar und auf das Scheitern gemeinsamer Kungebungen in Strasbourg, Metz und Forbach zur Unterstützung des Saarkampfes, die im Zentral-Koordinationskomitee festge-

legt worden waren.

Die Regionalleitung der KP weist in ihrem Briefe daraufhin, dass sie sich um die Ausführung der Beschlüsse bemüht hat, aber von der Leitung der SFIO von Bas-Rhin nicht einmal eine Antwort erhielt. Bezugnehmend auf Artikel 4 des Aktionspaktes fordert die Regionalleitung die Stellungnahme des Zentral-Koordinationskomitees.

Die "Freie Presse" v. 25. II. nimmt zum Schreiben der Regionalleitung der KP Stellung ohne auch nur mit einem Wort die darin erwähnten Vorfälle zu entkräften. Sie erklärt die Veröffentlichung des Briefes für "eine sonderbare Methode zur Förderung des Einheitsgedankens". Das schreibt die gleiche "Freie Presse" die wenige Tage vorher in zwei grossen Artikeln an die kommunistischen Arbeiter appellierte gegen die Politik ihrer Zentralleitung Stellung zu nehmen. Wahrlich eine "sonderbare Methode"!

Soll den Kommunisten von den Sozialisten ein Maulkorb umgebunden werden?

Soll den Sozialisten das Privileg der Kritik gegeben werden?

Wenn die "FP" erklärt, die Regionalleitung der KP soll ihrem Anklagematerial auch die Broschüre "Warum Selbstbestimmungsrecht bis zur völligen Freiheit der Lostrennung" beifügen, so sollte auch der "FP" nicht unbekannt sein, dass die politischen Äusserungen vor der Zeit des Aktionspaktes nicht mit dem Aktionspakt zu tun haben. Wenn die in der Broschüre angezogenen Äusserungen das Missfallen der SFIO erregen, so ist doch jedermann bekannt, dass diese Auslassungen seinerzeit kein Grund zum Nichtabschluss des Aktionspaktes waren. War die Broschüre also damals kein Hindernis für die Verwirklichung der Aktionseinheit, wie kann sie dann heute als Grund für die Sabotage der Aktionseinheit durch die SFIO in Bas-Rhin angeführt werden?

Die "FP" ist nicht imstande auch nur einen Beweis aus der politischen Praxis der KP seit Abschluss des Aktionspaktes anzuführen, aus dem ein Verstoß gegen den Pakt durch die KP hervorgeht.

Wenn die "FP" zur Rechtfertigung ihrer Sabotage an der Aktionseinheit solche an den Haaren herbeigezogene Argumente herbeischleppen muss, so ist der Sinn ihre Haltung offenkundig. Die SFIO Bas-Rhin konspiriert im Bunde mit dem rechten Flügel der Partei und der CGT gegen die Aktionseinheit und für ein Bündnis mit dem linken Flügel des Bürgertums.

Die Gemeinderatswahlen werden hier noch nähere Aufschlüsse bringen. Der gemeinsame Wille der soz. und komm. Arbeiter muss sich allen Widerständen zum Trotz durchsetzen und er wird sich durchsetzen - für die Fortdauer, die Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit.

Aufmarsch von L'Avenir:

Überwältigendes Vertrauensvotum für den Vorstand.

.....

Am vergangenen Sonntag tagte im Volksgarten unter lebhafter Beteiligung der Mitgliedschaft die Jahresgeneralversammlung des Arbeiterturnvereins L'Avenir.

Einleitend trat die Claironssektion mit einer Begrüssung und einem Eröffnungsmarsch, und eine Schülergruppe mit einem begeistert aufgenommenen Sprechchor auf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Präsident der verstorbenen Vereinsmitglieder. Nach Genehmigung der Tages- und Geschäftsordnung, erfolgte ohne Widerspruch die Annahme der Neuaufnahme und des Protokolls.

Unter "Geschäftliche Mitteilungen" lag ein Brief der Hueberpartei auf Mitwirkung des Vereins an ihrer Märzfeier vor. Unter Hinweis auf einen früheren Beschluss, nach dem die Vereinsmitwirkung nur an Veranstaltungen erfolgen soll, die im Dienste der Aktionseinheit stehen, wurde das Ersuchen mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Im Geschäftsbericht skizzierte Kmd. Marx kurz die Lage der Arbeiterbewegung im allgemeinen und die des Arbeitersports im besonderen. Die Ent-

wicklung des Vereins wird durch die Aufnahme von 117 neuen Mitgliedern gekennzeichnet, trotzdem aber könnte die Aktivität noch eine bessere sein. Einige gutgelungene Veranstaltungen bekundeten die enge Verbundenheit des Vereins mit der Strasbourger Arbeiterschaft.

In der Diskussion trat Kmd. Pfanner gegen den Geschäftsbericht auf. Da er auf die grundlegenden Ausführungen über die sportpolitische Lage und die Linie des Vereins nichts zu antworten wusste, begab er sich auf den Boden einer etwas kleinlich anmutenden Nörgelei. Der Saal der vergangenen einheitlichen Märzfeier sei nicht bezahlt, der Parteisekretär Sp. von der Hueberpartei sei nicht aufgenommen worden u. am.

Im Interesse der Klarheit sei hier nur festgestellt: Sp. wurde nicht aufgenommen, weil er den Zentralverein in Schiltigheim gespalten und ihm einige Tausend Frs. entzogen hat.

Der Kassenbericht des Kmd. Zipfel wies ein Barvermögen von 6000 Frs. aus.

Die Berichte der Techniker gaben ein umfassendes Bild der Wirksamkeit aller Sparten und der aufopfernden Tätigkeit des gesamten Technikums.

Der Bericht des Präsidenten wurde bei Anwesenheit von 10% stimmberechtigten Mitgliedern gegen 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Kas- senbericht fand nach Bestätigung durch die Revisoren einstimmige An- nahme. Auch dem Technikum wurde mit überwältigender Mehrheit für seine Arbeit das Vertrauen votiert.

Das Referat des Kmd. Fritsch über den Fusionskongress gab keinen Anlass zu einer umfassenden Diskussion.

Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte auf Vorschlag per Akklamation. Zur Abstimmung stand der alte Vorstand nebst einigen Ergänzungen. Obzwar von der Hueberpartei kein eigener Vorschlag eingereicht wurde, stimmten einige Unentwegte (sechs) gegen den Vorstandsvorschlag.

Unter "Anträge" wurde mit 90% iger Mehrheit beschlossen im Hinblick auf die Einführung des Obligatoriums der zentralen Sportszeitung die Vereinszeitung einzustellen.

Nach Bekanntgabe des Jahresprogramms und der Einladung der Sänger und Fussballer wurde mit "Rot-Sport" und dem Gesang der "Internationale" durch den Kmd. Marx die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

Jetzt gilt es in engster Zusammenarbeit mit dem Vorstand neue Erfolge und Fortschritte an die Fahne der Arbeitersportsbewegung zu heften.

VON DEN ARBEITERRADLERN.
oooooooooooooooooooooooooooo

Am vergangenen Sonntag tagten im neuerbauten Volkshause in Mulhausen die beiden Radfahrerbünde, Solidarite de France u. Solidarite A.L. und legten den Grundstein für die vereinigte Organisation der roten Radler. Zahlreich waren die Delegierten erschienen um ihrem Willen zur Einheit Ausdruck zu geben. Die Kameraden der Schweiz waren durch eine Delegation vom 4. Bezirk vertreten. Sachlich wurden die Beschlüssen diskutiert und einstimmig gutgeheissen. Ebenso fanden die neuen Statuten Annahme.

Getreu ihrer alten Tradition werden die vereinten Roten Radler ihre rege Aufklärungsarbeit in Stadt und Land verstärkt fortsetzen. Unter dem Vorsitz des Vertreters der Regionalleitung wurde ein Vorstand gewählt, der uns die Garantie für die Vorwärtsentwicklung des Arbeiter- radfahrersports gibt.

Unter dem Motto der Einheit und mit dem Gesang der Internationale fand die arbeitsreiche Tagung ihr Ende. Und nun Rote Radler: "Vorwärts an den Feind!"
CH.M!

Alles auf zum
Unterhaltungsabend u. Kappenfest
.....
von L'Avenir am Sonntag, den 2. März im festlich dekorierten Volksgarten
Ausgezeichnete Stimmungskapelle! Beste Unterhaltung!
Anfang 8 Uhr abends. Ende ???
----- Eine Tombola findet nicht statt. -----

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 28/II. Jahrgang

Zweite Märzwoche 1935.

DER BESCHLUSS DES CONSEIL NATIONAL DER SFIO.

oo

Auf der Sitzung des Conseil national der SFIO, die am 3. März in Paris tagte, schilderte Léon Blum die Stimmung in der SFIO gegenüber der Einheitsfront mit der KPF folgendermassen:

"Niemand hat verlangt, dass der Einheitsfrontpakt gebrochen oder aufgekündigt wird. Aber niemand hat ohne Vorbehalte darüber gesprochen. Einige Delegierte haben sogar sehr scharfe Kritiken formuliert und Befürchtungen geäußert. Es habe sich eine gewisse Abkühlung eingestellt. Kurz niemand wolle die Einheitsfrontaktion abbrechen, aber niemand sei absolut von ihr befriedigt. Alte Differenzen seien wieder aufgetaucht, die Furcht vor der faschistischen Gefahr habe sich abgestumpft."

In Wirklichkeit war das Verhältnis zur Einheitsfront auf der Sitzung nicht einheitlich und es gibt ein falsches Bild, wenn man sie auf einen Nenner bringen will.

Man kann ungefähr folgende Richtungen unterscheiden:

- 1.) Eine Richtung, am schärfsten vertreten von Frossard, die sobald als möglich mit der Einheitsfront zu brechen wünscht, um an ihre Stelle die Koalition mit bürgerlichen Parteien zu setzen, die aber angesichts der Stimmung in der Masse der Arbeiter das nicht offen auszusprechen wagt. Diese Richtung möchte die Frage der "organischen" Einheit ultimativ stellen, um nach ihrer Ablehnung durch die komm. Partei mit der Einheitsfront zu brechen. Im Sinne dieser Richtung soll die organische Einheit eine absolute Sicherung der SFIO dagegen vorstellen, dass sie nicht von der KP zersetzt oder beschädigt wird.
- 2.) Eine Richtung, vor allem vertreten von der Seine Föderation (Paris), Sie wünscht eine Erweiterung der Einheitsfrontaktion vor allem in der Richtung ausserparlamentarischer Aktionen. Sie fordert die Propagierung des General- oder Massenstreiks als Kampfmittel. Sie fordert die Heranziehung der CGT in die Einheitsfront. Sie wünscht die "organische Einheit" auf einer linkssozialdemokratischen (zentristischen) Grundlage.
- 3.) Zwischen diesen beiden Flügeln auf der Rechten und der Linken der SFIO manöviert nun das Zentrum um Léon Blum, Lebas usw. Diese, die herrschende Richtung in der SFIO, hat den vom Conseil national angenommen Beschluss eingebracht. Dieser Beschluss spricht sich für die Fortsetzung der Einheitsfrontaktion aus und setzt die Einsetzung einer Kommission fest, die an die KPF, die Papisten usw. einen Antrag richten soll, die organische Einheit herzustellen.

Was ist der Sinn dieses Beschlusses?

Offenbar der, die Einheitsfrontaktion einzuschränken, die KPF zu zwingen, weitere Zugeständnisse in der Richtung der Einstellung der Kritik gegenüber der SFIO zu machen, die CGT vor allen Versuchen zu behüten, sie zur Teilnahme an der Einheitsfront zu drängen, die Einheitsfrontaktion streng im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu halten. Dies alles läuft darauf hinaus, sich die Rückzugslinie zum Bündnis mit den bürgerlichen Parteien offen zu halten und Zeit zu gewinnen, um die Einheitsfront

mit der KPF stückweise einzuschränken, abzubauen und schliesslich abzubauen.

Das führende Zentrum der SFIO versteht sehr gut, und hat das auch ausgesprochen, dass die Stimmung unter den sozialdemokratischen Arbeitern heute der SFIO den Abbruch der Einheitsfront und das Zurückschwenken zum Kartell nicht erlaubt, dass die sozialdemokratischen Arbeiter die SFIO für die Folgen eines solchen Schrittes verantwortlich machen würden. Der Beschluss verfolgt auch den Zweck, den Abbruch der Einheitsfront so vorzubereiten, dass die Verantwortung dafür der kommunistischen Partei zugeschoben werden könnte. Der Beschluss beinhaltet auch die Ablehnung des Offenen Briefes der KPF nach Erweiterung der Einheitsfront (Gemeinsamer 1. Mai) und nach gemeinsamen Diskussionen.

Der Beschluss drückt die Stimmung und die Absichten der Mehrheit der Parlamentarier und der leitenden Funktionäre der SFIO aus. Er entspricht aber sicher nicht der Stimmung der Mehrzahl der proletarischen Parteimitglieder.

Muss man noch beweisen, dass dieser Beschluss sehr gefährlich ist für die Zukunft der Einheitsfront?

Um der Gefahr der langsamen und planmässigen Unterhöhlung der Einheitsfront durch die Mehrzahl der Führer der SFIO zu begegnen gibt es nur ein Mittel: Festere Verbindung mit der proletarischen Basis der SFIO. Vor allem ist es dazu notwendig, breite Einheitsfrontorgane in den Betrieben zu schaffen. Je breiter die organisatorische Grundlage der Einheitsfront gemacht wird, um so besser wird es gelingen, die gegen ihre Weiterführung und Ausdehnung gerichteten Manöver zum Scheitern zu bringen.

Und das ist unbedingt notwendig. Die faschistische Gefahr wächst. Die Faschisten haben ihre Organisationen in den Städten ausgebaut. Vor allem aber haben sie mit gutem Erfolg die wachsende Unzufriedenheit unter den Klein- und Mittelbauern ausgenützt.

Daher ist von seiten der Kommunisten eine verstärkte Initiative in der Richtung der Herstellung von Einheitsfrontorganen auf breiter Massengrundlage unbedingt notwendig.

Aus der Komm. Internationale:

LAGE UND AUFGABEN DER KPD UND DIE KPD-O. oo

Das ZK der KPD hat in seiner Sitzung v. 30.1.35. eine Resolution angenommen, die eine Reihe von Mängeln der Arbeit der KPD zugibt. Es wird dort gesagt, dass die KP nach dem 30. Juni 35. nicht verstanden hat, "die Massenopposition gegen die Hitlerregierung zu organisieren und zu Aktionen zu führen". Das sei "in erster Linie zurückzuführen auf eine sektiererische Einstellung auf allen Gebieten der Massenarbeit, vor allem in der Einheitsfrontpolitik und auf eine opportunistische Spekulation auf ein Abwirtschaften des Faschismus, auf spontane Entwicklung der Massenbewegung". Die ungenügende Anwendung der Einheitsfrontpolitik habe es dem Prager Vorstand der SPD erleichtert, "seine Verbindungen im Lande zu vermehren und ein zentrales Organisationsnetz zu schaffen". Das ZK der KPD stellt in einer Resolution fest, "Dass der Kampf um die proletarische Einheitsfront der schwächste Punkt in der gesamten Arbeit der Partei ist und dass nur wenige Parteiorganisationen die ersten Schritte zu ihrer Verwirklichung getan haben". Die Resolution wendet sich gegen die schädliche, sektiererische Verengung der Einheitsfrontpolitik, die in der Ersetzung der Einheitsfront durch eine durchaus notwendige Werbung für die Partei zum Ausdruck kommt". Zwischen linken und rechten Sozialdemokraten sei nicht genügend differenziert worden, "dieser Fehler", sagt die Resolution, "kam auch zum Ausdruck in verschiedenen zentralen Dokumenten der Partei, in Artikeln verantwortlicher Funktionäre, sowie in der "Roten Fahne". (Es ist gut, dass das ZK hier eigene Fehler zugibt, aber nicht nur dieser, sondern auch die anderen von ihm gerügten Fehler kommen auf sein Konto).

Zur Saarfrage wird erklärt, dass die Losung für status quo richtig gewesen sei. Die Resolution sieht die Mängel der Arbeit der Partei im Saarkampf in folgendem: a.) Die Partei sei über die nationalistische

Stimmung der Massen ungenügend orientiert gewesen und habe den ideologischen Kampf gegen den Nationalismus mangelhaft geführt, sie habe es nicht verstanden, der chauvinistischen Hetze der Nazis das Beispiel des "Bundes der freien Völker der sozialistischen Sowjet-Union und das Programm der sozialen und nationalen Befreiung der KPD gegenüberzustellen". (Es ist sicher ungerecht, den Saarkommunisten den Vorwurf zu machen, sie seien über die Stärke des Nationalismus nicht unterrichtet gewesen; auch ist es klar, dass mit der Losung status quo keine wirksame Propaganda für die Lösung der nationalen Frage durch die Räteherrschaft nach dem Beispiel der Sowjet-Union betrieben werden konnte. Das Programm der sozialen und nationalen Befreiung schliesslich ist gekennzeichnet durch nationalistische Ausrutscher).

b.) Die ganze Kampagne sei nach Ansicht des ZK zu sehr "auf die reine Versammlungsagitation und zu wenig auf die Forderungen der Massen und die Auslösung von Aktionen eingestellt" gewesen. (Aber auch hier muss gesagt werden, dass die Lösung des status quo die Organisation des ausserparlamentarischen Kampfes hemmte).

Bei der Behandlung der Politik der SPD wendet sich die Resolution gegen die "Koalitionspläne des Parger SPD-Vorstandes", der sich auf eine "Zusammenarbeit mit den Zentrumsführern, den Reichswehrgeneralen und Teilen der Deutschnationalen" orientiert. Im krassen Widerspruch zu dieser richtigen Feststellung steht ein Artikel von Müller (vom ZK der KPD), der in der "Rundschau" Nr. 8 (14.2.35. - also bereits nach der Annahme der ZK-Resolution) erschienen ist. Darin heisst es: "Die Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ist imstande, ein richtiges, im Interesse der Arbeiter liegendes Verhältnis zu den anderen bürgerlichen Oppositionsgruppen zu schaffen, die gegen Hitler stehen. Die Einheitsfront könne diese bürgerliche Opposition ausnützen, sie in den Kampf einbeziehen, ihr aber auch Bindungen auferlegen". Lenin ist seiner Zeit scharf gegen die menschewistische Idee aufgetreten, dass man der Bourgeoisie "Bindungen" gegenüber dem Klassenkampf der Arbeiter auferlegen könne. Müllers Stellung ist umso katastrophaler, als heute die Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPD sich um diese Frage dreht. Die Rechten sind für Bündnis mit bürgerlichen Hitlergegnern, die Linken für die proletarische Einheitsfront mit den Kommunisten und gegen ein Zusammengehen mit bürgerlichen Gruppen, weil ein solches Zusammengehen die proletarische Einheitsfront hindert.

Die Resolution des ZK der KPD fordert Einheitsfrontabkommen mit allen Gruppen und "örtlichen, bezirklichen und zentralen Leitungen der SPD" und fordert die Aufhäusergruppe (linker Flügel der SPD) von neuem auf, ein solches Abkommen mit der KPD abzuschliessen. (Inzwischen hat die KPD-Zentrale auch an den Prager Vorstand der SPD ein Einheitsfrontangebot für die bevorstehenden Vertrauensrats-"Wahlen" gemacht, nachdem sie es bisher abgelehnt hat sich an den Prager SPD-Vorstand zu wenden).

In ihren allgemeinen politischen Losungen wiederholt die Resolution des ZK der KPD den von der KPD-Opposition wiederholt kritisierten Fehler, der darin besteht, dass die demokratischen Rechte (Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit usw.) gefordert werden, ohne klar auszusprechen, dass die Kommunisten diese Rechte nur für die Werktätigen verlangen und dass die volle Verwirklichung dieser Rechte den Sturz der faschistischen Diktatur voraussetzt. Für die Klein- und Mittelbauern wird die "Zinssenkung für alle Grundbuchforderungen und für alle übrigen Kredite" gefordert und nicht die Streichung dieser Schulden. Es müsste auch dem ZK der KPD bekannt sein, dass die Hitlerregierung die Bauern gerade durch die Zinssenkung zu ködern sucht, zumal die Bauern ohnehin nicht ihre ganzen Schulden bezahlen können.

Innerparteilich fordert die Resolution den Kampf nach zwei Seiten. Erstens soll das "sektiererertum" bekämpft werden, das, "das Haupthemnis für die Durchführung der Einheitsfrontpolitik" ist. Die Partei müsse "alle Kräfte auf die Überwindung des Sektiererertums konzentrieren". Andererseits wird der Kampf gegen "Rechtsopportunisten und Versöhnler" gefordert, denen vorgeworfen wird, dass sie die "proletarische Einheitsfront als Rechtskurs zu diskreditieren" suchten. Alle Parteiorganisationen werden aufgefordert, "mit aller Entschlossenheit bis zu den schärfsten organisatorischen Massnahmen die parteifeindlichen Versuche von Versöhnlern

zu bekämpfen, die zur Schonung ihrer Anhänger eine feige Abwartpolitik treiben und durch die zersetzende Parole der "Konzentration aller Kräfte" auf die Sprengung der unter Führung des Gen. Thälmann geschaffenen Parteiführung hinarbeiten". An dieser Formulierung ist interessant, dass hier nicht nur den Versöhnern als Gruppe der Kampf angesagt wird, sondern darüber hinaus jedes Bestreben als "partei-feindlich" verdammt wird, die Führung der Partei zu ändern und das Führermonopol derjenigen zu brechen, die die Verantwortung für den jetzt offiziell preisgegebenen ultralinken Kurs und für das jetzt als "Haupthemmnis" erklärte Sektierertum tragen. Die KPD-O wird in der Resolution nicht erwähnt, es sei denn, dass die Kampfansage an die "Rechtsopportunisten" sich auf die KPD-Opposition beziehen soll. Über das vorhandene praktische Zusammenwirken mit der KPD-O sagt die Resolution kein Wort.

In der Gewerkschaftsfrage werden die Tendenzen zur Fortführung der RGO und der "roten Verbände" gerügt und die Schaffung "gemeinsamer Komitees zum Wiederaufbau freier Gewerkschaften" gefordert. Die Formulierung der Resolution, dass es ein "sektiererischer Fehler" sei, den "Aufbau der freien Gewerkschaften losgelöst von der Arbeit in der Arbeitsfront durchführen zu wollen", zeigt, dass die Führung der KPD an ihren falschen Auffassungen über den Charakter der Arbeit der Kommunisten in der Arbeitsfront und über den Aufbau illegaler Gewerkschaften festhält.

Zu den Vertrauensratswahlen hat das ZK der KPD ein Einheitsfrontangebot an den Prager SPD-Vorstand gerichtet. Die Taktik, die das ZK der KPD für die "Wahlen" vorschlägt, ist durchaus opportunistisch und zeigt, zu welchen schädlichen Folgen die falsche Linie auf Besetzung von Vertrauensmännerposten und anderen Funktionen in der Arbeitsfront führt. Im vorigen Jahr schrieb das Zentralorgan der KPD: "In jedem Fall dagegen gestimmt! Wo der Faschismus die revolutionäre Bewegung durch Zwangskandidaturen oppositioneller Elemente zu diskreditieren sucht, jedem dieser Versuche schärfsten Widerstand entgegengesetzt und den prinzipiellen Kampf für die freie Wahl von der Belegschaft selbstgewählter Betriebsräte geführt". Dieses Jahr hat das ZK der KPD eine andere Taktik. In seinem Brief an die SPD tritt es ein für "Vorschläge von Kandidaten, die das Vertrauen der Belegschaft besitzen", Verständigung über die "Kampfmethoden zu ihrer Durchsetzung"; ferner für Agitation für aufstellung der Kandidaten durch die Belegschaft und Sicherung der freien und geheimen Wahl durch einen von der Belegschaft zu wählenden Wahlausschuss". Und F. Stark vom ZK der KPD kommentiert diesen Vorschlag folgendermaßen: "In jenen Betrieben, in denen unter dem Druck des Terrors die Kraft der Arbeiter noch nicht ausreicht, um ihre eignen Kandidaten durchzudrücken, versuchen wir, wenigstens einige Belegschaftskandidaten durchzudrücken! Statt eines prinzipiellen Kampfes gegen die faschistische Wahlkomödie, statt der Parole "Nein", befürwortet das ZK der KPD also Kandidaturen auf der faschistischen Liste. Die SPD hat die Parole ausgegeben, mit "Nein" zu stimmen, sie kann sich jetzt dank der Haltung der KPD-Führung als sehr radikal aufspielen, obwohl die SPD in Wirklichkeit nichts tut, um ihrem Nein dadurch Nachdruck zu verleihen, wozu illegale Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit notwendig ist, die die SPD ablehnt. Die Haltung der KPD-Führung ist umso schädlicher, als die Nazis jede Verminderung der Zahl der bei den Vertrauensrätewahlen im Vergleich zum Vorjahr abgegebenen Nein-Stimmen als grossen Sieg ausschlichten werden.

Aus diesen Darlegungen, die wir den Mitteilungen der IVKO entnehmen, ergibt sich, wie notwendig der Kampf unserer deutschen Kameraden und unser Kampf selbst noch ist.

Die Bundesgenossen Huebers:

Das wahre Gesicht der Klerikalen.

Im "Elsässer" vom 27.2. steht in einem bezeichnenden Artikel über "Gil Robles", den Führer der spanischen Klerikalen:
"Als im Jahre 1933 (November) nach dreijähriger Anarchie endlich die Neuwahl stattfand, trat Gil Robles mit seinem bewussten Programm unter der Parole: "Religion, Vaterland und Familie" mit seiner ganzen Kraft für die Vereinigung der Rechten ein. Worauf es ihm ankam, war, den Sozialismus zu schlagen".

An anderer Stelle des Artikels heisst es:

"Gern hätte er die Gewalt zusammen mit den Monarchisten übernommen, aber die Zahl der Abgeordneten war zu gering. So musste er notgedrungen, um die Regierung zu zwingen, die Revolution zu vereiteln, mit anderen Gruppen ausser der Rechten zusammenarbeiten".

Hier wird also offen erklärt, dass der Klerikalismus die Initiative zur Niederschlagung der Arbeiter in Spanien ergriff und die Zusammenarbeit von Gil Robles mit Lerroux nur als eine vorübergehende taktische Massnahme betrachtet wird, um danach zur völligen Zertrümmerung der bürgerlichen Demokratie gemeinsam mit den Monarchisten überzugehen.

Noch klarer geht dies aus folgendem Absatz des Artikels hervor, wo es heisst:

"Ihm (Gil Robles) geht es in diesen historischen Stunden für Spanien, in denen es eine neue Ausprägung bekommt, von Anfang darum, seine Mission, seine "Hispanidad". das heisst die Christianisierung der Menschheit zu erwecken und alle Kräfte die zum aufbau bereit sind, zu vereinigen, um Spanien nach dem wirtschafts-berufsständischen Ethos der päpstlichen Enzykliken "Rerum novarum" und "Quadragesimo anno" wieder aufzubauen."

Hier wird also ganz offen das christlich-faschistische Prinzip proklamiert, nachdem sich bereits Dollfuß bei der Niederschlagung der österreichischen Arbeiter richtete. Auch in Deutschland sind ja eine ganze Reihe katholischer Theologie-Professoren bemüht, die angezogenen päpstlichen Enzykliken im deutschen Faschismus verwirklicht zu finden.

Über die gegenwärtige taktische Position des spanischen Klerikalismus gegenüber den Freisinnigen um Lerroux heisst es in dem artikel:

"An eine blosse Opposition ist nicht zu denken, denn ohne Teilnahme an der Gewalt möchten manche Teilnehmer der letzten Revolution unbestraft bleiben, und sein (Gil Robles) Kampf gegen den Marxismus würde nicht die volle Wirkung haben".

Unser Gil Robles im Elsass, Michel Walter, spielt bei uns die gleiche Rolle, wie sein grösserer Kollege in Spanien.

Hueber befindet sich ihm gegenüber in der gleichen Lage wie der Freisinnige Lerroux gegenüber Gil Robles. Wenn Walter Hueber genügend ausgenützt hat, dann wirft er ihn weg wie eine ausgepresste Zitrone. Paul Schall soll jetzt bereits dran kommen, denn im "Elsässer" heisst es an die Adresse der "ELZ":

"Herr Walter will bei den Gemeinderatswahlen mit den Demokraten zusammengehen, heisst es weiter. Hierauf sei erwidert, dass Herr Walter will, was das Kreiscomitee der Strassbourger UPR, d.h. das statutengemäss vorgesehene Organ beschliesst und dass, wenn die UPR tatsächlich mit den Demokraten zusammengehen wollte, jedenfalls für die "gradlinige" Richtung von Schall nichts mehr übrig bliebe".

Unser Lerroux-Hueber hat vorerst noch eine Gnadenfrist. Er sucht sie krampfhaft durch eine staunenerregende Anpassung an die Bedürfnisse und Wünsche der UPR zu verlängern.

Die Arbeiter aber tun gut, sich die Bundesgenossen Huebers sehr deutlich anzuschauen, die da erklären, dass ihr ganzer Kampf im Dienst der Niederringung des Marxismus steht. Vielleicht erklärt sich auch daraus die absolute Feindschaft die Hueberklieke gegen die proletarische Einheitsfront. Wer weiss was Hueber für Bindungen eingegangen ist und noch einzugehen bereit ist?

Kameraden!

Am Montag, den 11. März, abends 8 Uhr im bekannten Lokal
Fortsetzung unseres Bildungskurses und Stellungnahme zur
Gemeinderatswahl.

Seit pünktlich zur Stelle!

Fasnacht in der NW.

Wir lesen in der "NW" v. 5. März über Griechenland:

"Die durch die revolutionäre Aufstandsbewegung geschaffene Lage spitzt

sich immer mehr zu...Wie weiter aus Regierungskreisen bekannt wird, sei keine Regierungsaktion gegen Kreta geplant, auf der sich die Aufständischen unter der Führung von Venizelos, der dort eine revolutionäre Regierung gebildet habe."

Jetzt wissen wir wenigstens was in Griechenland los ist. Dort ist eine Revolution ausgebrochen (welche wohl?) und der alte Liberale und aussenpolitisch auf den englischen Imperialismus orientierte Venizelos ist ein Revolutionär. Wie lange wirds dauern und Hitler wird auch zum Revolutionär!?

Oder war Fasnachtsfeier bei der Redaktion der "NW"?

Das Ergebnis der Konferenz der Hueberpartei:

Bündnis mit den hitlerfreundlichen Autonomisten und den
Klerikalern gegen die Einheitsfront u. Arbeitermehrheit.

In einer Zeit, wo die Krise sich in Frankreich und dem Elsass weiter verschärft, das Patronat mit Unterstützung des Staates einen systematischen Feldzug gegen Lohn und Gehalt und die sozialen Einrichtungen unternimmt, die Grossbourgeoisie die unter der Krise leidenden Schichten des städtischen und ländlichen Mittelstandes in faschistische Bahnen zu lenken versucht und in den bürgerlichen Parteien - auch im Elsass - die faschistischen Tendenzen in zunehmenden Masse an Umfang zu nehmen, tagte die Konferenz der Hueberpartei.

Hat sie sich mit dieser Lage beschäftigt, hat das Problem des Kampfes gegen die Kapitaleoffensive und gegen den Faschismus auf ihrer Tagung eine Rolle gespielt? Nein! Sie konnte zu diesem Problem, dass uns allen auf der Nägeln brännt, weil sie dann die Frage ihres Verhältnis zu den Arbeiterpartei zwecks gemeinschaftlicher Aktion und das Verhältnis zu ihren Volksfrontbrüdern hätte klarstellen müssen. Diese angeblich revolutionäre und kommunistische Partei hat andere Sorgen, die Wahlen sind ihr A und O und die Mariesessel sind ihr die Hauptsache. Um dieses geliebten Zieles willen ist sie bereit sich mit des Teufels Schwiegermutter zu verkoppeln, das Rosenkranzbeten als obligatorische Parteipflicht für alle Mitglieder einzuführen - wenn es gewünscht wird, wie sie bereit ist die faschistische Innen- und Aussenpolitik der Schall und Co. zu ignorieren und den Kampf gegen den Klerikalismus als Programmpunkt abzusetzen.

Die Generalversammlung und die Sonntagkonferenz der Hueberpartei haben erneut das Urteil der IVKO über diese Partei bestätigt. Zugleich aber zeigte sich, dass die entwicklungsfähigen und bewusst politischen Elemente aus der Hueberpartei ausgeschieden sind und die heutige Mitgliedschaft in der Mehrzahl aus mazeriert abhängigen oder politisch verkalkten Elementen zusammengesetzt ist. Die leitende Devise, die Anfang und Ende der Konferenz beherrschte, war: "Wenn er nur Maire bleibt!" Darum kreiste die ganze Konferenz und das war das A und O und der gesamte Extrakt der Konferenz.

Obzwar die IVKO-Mitglieder aus dieser Partei ausgeschieden sind? (Hueber gab 41 Austritte zu), schwebte der Geist der IVKO über der Konferenz. Das dabei, mangels politischer Argumente mit gemeinen Beschuldigungen gegen die IVKO als Ganzes und einige ihrer Militanten gearbeitet wurde, versteht sich am Rande.

Auf der Konferenz sprachen Hueber und Mourer, während sich der böse Geist Rasputin, wie immer im Hintergrund hielt. Hueber wettete gegen die Einheitsfront, die angeblich auf Lüge und Verrat aufgebaut ist. Mourer musste die Einheitsfront mit den Hitlerianern und den Klerikalern unter Hinweis auf die Bündnispolitik der Sowjetunion mit kapitalistischen Staaten rechtfertigen, obzwar die "prinzipientreuen" in der "NW" sonst diese Politik der Sowjetunion als Verrat brandmarken lassen.

Mourer, der politische Inspirator der Hueberpartei erzählte den Delegierten im Ernst, dass der Übergang der KPF zur Taktik der Einheitsfront und das Zustandekommen des Aktionspaktes nur deshalb erfolgte, um unseren bewährten "Charry" von seinem Mairesekkel zu vordrängen. So etwas konnte

Mourer den Delegierten sagen ohne auf ein schallendes Gelächter zu stoßen. Man sieht dass die Herren der Führung nicht umsonst auf jede politische Erziehungsarbeit unter ihren Mitgliedern verzichtet haben.

Die Konferenz beschloss, wie vorher die Generalversammlung, den Parteien der Volksfront den Vorschlag zu machen, zur Gemeinderatswahl bereits im I. Wahlgang in Strassbourg gemeinsame Listen aufzustellen. Die Besetzung der Listen soll nach einem vorausgegangenen Kuhhandel unter den Parteien der Volksfront erfolgen. Bis zum 1. April sollen die anderen Parteien ihre Vertreter für die Verhandlungen bestimmen.

Auf der Konferenz wurde der Gedanke des Kampfes um eine Arbeitermehrheit überhaupt nicht erwogen.

Die Frage der Ausnutzung des Gemeinderatswahlkampfes zur Aufklärung der Massen über den Faschismus, über die Haltung der bürgerlichen Parteien und des bürgerlichen Staates zur Lösung der Krise, zur Propaganda der kommunistischen Grundsätze, konnte natürlich auf dieser Konferenz keine Rolle spielen. Nur das Schlagwort von den Heimatsrechten spielte eine Rolle.

In dem von der Konferenz angenommenen Beschluss heisst es ganz im faschistischen Volksgemeinschaftsgeist:

"Konfessioneller und parteipolitischer Hader machten Platz dem gemeinsamen und allein den Interessen der Arbeiter und Werktätigen, den Interessen unserer Stadt, unseres Volkes und unserer Heimat zu dienen."

Die Hueberpartei hat also ihren konfessionellen Frieden gemacht und den parteipolitischen Hader ganz nach hitlerischer Phrasologie überwunden. Warum vereinigt sie sich dann nicht gleich mit den Hitlerautonomen und der UPR? Zugleich aber brachte sie das Kunststück fertig allen zu dienen, den Arbeitern, dem ganzen Volk - also auch den Kapitalisten- und der Heimat. Ganz wie bei Hitler! Was sind wir da für Waisenknaben dagegen, können wir doch als Kommunisten nicht zweien Herren zugleich dienen.

An anderer Stelle des Beschlusses heisst es:

"Setzen wir alles Trennende hinten; vereinen wir alle Kräfte zur Erreichung des gemeinsamen Zieles, das im Wohle unserer Stadt, unserer Heimat und unseres Volkes seinen erhabensten Ausdruck findet."

Stadt, Heimat, Volk - die Arbeiter und der Klassenkampf sind im Kampfe aller Schichten unseres Volkes für das Wohl "unserer Heimat" glücklich und glänzend gegangen.

Nimmt es da wunder, dass in der Hueberschen Deklaration auch nicht eine einzige konkrete Forderung an die Volksfrontpartner gestellt wird? Nein, man spricht an die Adresse der klerikalischen UPR gerichtet ausdrücklich von der Bereitwilligkeit zur Verteidigung "unserer kulturellen Rechte", die ja speziell in den Vorteilen der Kirche bestehen.

Das ganze ist der typische Kleinbürgerfang.

Die Arbeiter haben im begonnenen Jahr Hueber bereits die Quittung für seine Politik ausgestellt. In allen massgeblichen Gewerkschaften - ausser den Gemeindearbeitern - und den Sportsvereinen wenden sich die organisierten Arbeiter von einer solchen Politik. Die Linie der Hueberpartei ist durch die Konferenzentscheidungen erneut klargestellt; gegen die proletarische Einheitsfront, gegen den Kampf um eine Arbeitermehrheit im Bunde, mit den Hitlerfreunden von der "Elz" und wenn es geht mit Michel Walter.

Es liegt an den Arbeitern dieser Politik die richtige Antwort zu geben.

Die ELZ zum Beschluss der Hueberpartei.

In der "ELZ" wird zu dem Antrag der Hueberpartei zum Gemeinderatswahlkampf in zustimmenden Sinne Stellung genommen. Dabei empfiehlt sich die Landespartei als das kräftigste Bindemittel der Volksfront. Gleichzeitig betont die Landespartei durch den Mund der "ELZ", dass sie zwar das Angebot der Hueberpartei annehmen, aber gleichzeitig versuchen wird mehr

als nur ein Wahlabkommen zu erreichen, da es beim Heimatsrechtskampf nicht in erster Linie auf die Mandate ankommt. Sollte die Landespartei die Absicht haben, die Hueberpartei gegen den "Verräter" M. Walter festzulegen?

Da wird sie wenig Glück haben! Der Hueberpartei kommt es nicht nur in erster Linie auf die Mandate, sondern vor allen Dingen auf die Sessel der Mairie an.

Die Landespartei, die schwerlich auf ihren eignen Krücken in den Gemeinderat kommen wird, wird sich bei einer Ablehnung ihres Vorschlages auf "ein offenes Abkommen, dass die Volksfront festigt und vertieft und in all ihren Teilen zu einer Front des herrlichen Kampfes für die Heimatsrechte macht, trotzdem mit der Hueberpartei verbünden.

Dass die Hueberpartei jederzeit bereit ist, trotz der "Pferdehändlermanieren" des Hr. Michel Walter mit der UPR ins Geschäft zu kommen, ist nach ihrer "Haltung" zum Briefwechsel Bourgeois-Walter ein offenes Geheimnis. Dies umso mehr, da ja die einstmals kritisierten "Pferdehändlermanieren" eines M. Walter jetzt und seit geraumer Zeit in der Hueberpartei zum eisernen Bestand und vornehmsten Rüstzeug ihres ideologischen Gepäcks geworden sind. Die Arbeitsgemeinschaft mit der Landespartei soll ja der Hueberpartei im I. Wahlgang ein solches Gewicht verleihen, dass M. Walter sie weiter gebrauchen und missbrauchen kann und bei seinen neuen Kombinationen berücksichtigen muss.

Sollte das die Landespartei noch nicht bemerkt haben?

Ein neuer Ableger der Faschisten in Strasbourg.

Anstelle der seelig entschlafenen "Staatsreform" ist nunmehr die "Neue Front" getreten, die als Einpackung zu "Victoir du Dimanche", von H. Hervé, dem Leser dargeboten wird.

Das Organ kämpft so wie H. Hervé für den nationalen "Sozialismus" und die Staatsreform. Die Phraseologie ist ganz dem Hitlerismus entlehnt, bei dem die guten Franzosen bereitwilligst in die Schule gehen. Auch die einzelnen Programmpunkte sind auf Hitlerischen Mist gewachsen. Wenn die Redaktion versichert, dass sie nicht aus den Quellen des Grosskapitals gespeist werde, so kann man wohl annehmen dass die Agenten Hitlers an einem solchen Presseerzeugnis bestimmt ihre helle Freude haben und wenn es nottut dafür auch einmal etwas springen lassen.

In dem einleitenden Artikel heisst es:

"Ohne Ständeunterschied -oder Dünkel, Arbeiter, Ingenieur, Bauer, Knecht, Patron und Angestellter, einig im Glauben an ein neues Frankreich, an Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Ordnung, im unerbittlichen Willen, die Trugbilder längst vergangener Zeiten unter einer Welle neuer Kraft zu begraben und eine neue Welt aufzubauen".

Was uns alle Tage aus erster Hand im Stuttgarter Sender dargeboten wird, erscheint also hier in französischer Aufmachung. Anstelle der Judenhetze der Nazis setzen unsere "Neufrentler" den Kampf gegen die Freimaurer, obzwar jeder Mensch weiss, dass der Kapitalist auch dann Kapitalist bleibt, wenn er nicht mehr Freimaurer ist. Daneben wird den Volkswürglern -worunter die Sozialisten und die Kommunisten verstanden werden - der Kampf bis zu ihrer Vernichtung angekündigt.

Die Arbeiter und alle Antifaschisten Strassbourgs werden gut tun, sich die neue Ausgabe des Faschismus recht deutlich ins Auge zu fassen. Zugleich aber muss das Erscheinen der "Neuen Front" erneuter Ansporn sein, die Aktionseinheit auszubauen und sie zu wirklichen Aktionen zu bringen. Nur so wird verhindert dass die unter der Krise leidenden Schichten des werktätigen Volkes sich den faschistischen Demagogen in die Hände geben.

oooooooooooooooooooo

Druckfehlerberichtigung: auf Seite 6 muss im Artikel über die Konferenz der Hueberpartei im zweiten Absatz auf Zeile 4 nach den Worten "auf den Nägeln brennt" eingefügt werden "nicht Stellung nehmen".

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Fr. 2.-
Einzeltempfer: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 29/II. Jahrgang

Dritte Märzwoche 1935.

AKTIONSEINHEIT oooooooooooooooooooo

gegen jede Verlängerung der Militärdienstzeit.
=====

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei erlässt folgenden aufruf:
Im Jahre 1913 zwang der Generalstab dem Lande die dreijährige Dienstzeit auf. Einige Monate später brach der Krieg aus.

Jetzt will uns die Regierung der Nationalen Union die zweijährige Dienstzeit aufzwingen. Sie gibt kund, dass das nächste Kontingent 18 Monate dienen soll und das vom Oktober schon 2 Jahre. Dieses Projekt ist in aller Eile niedergelegt und kommt baldigst vor die Kammer.

Die werktätigen Massen Frankreichs müssen sich gegen dieses Projekt auflehnen, welches unvermeidlich zu neuen Hekatomben von morgen führen wird.

Die Anhänger der zweijährigen Dienstzeit - allen voran die Führer der faschistischen Organisationen, die La Rocque, die Taittinger - wollen neue Millionen Kriegsausgaben und wollen das Land zum Ruin führen.

Man muss Front machen gegen die militaristische Offensive durch die Aktionseinheit! Man muss sofort eine gemeinsame Aktion gegen die zweijährige Dienstzeit organisieren!

Das hat unsere Kommunistische Partei bereits dem Sozialistischen Nationalrat vom 9. März vorgeschlagen.

Ohne eine Antwort abzuwarten - die nicht anders als zustimmend lauten kann - müssen alle Kommunisten sich unverzüglich an die sozialistischen Kameraden wenden zur Vorbereitung des Widerstandes gegen das Regierungsprojekt.

Organisiert Einheitsfrontversammlungen! Lasst Petitionslisten zirkulieren, die schon eine grosse Anzahl Unterschriften vereinigen! Appelliert an alle Arbeiterorganisationen und an solche Gruppierungen, die gegen die zweijährige Dienstzeit eingestellt sind zur Bildung breiter Volkskomitees!

Das müssen alle Kommunisten sofort unternehmen.
Regierung und Generalstab müssen zum Rückzug gezwungen werden! Verteidigung unserer Söhne und Brüder in den Kasernen! Einbeziehung des französischen Volkes in eine mächtige Volksfront gegen die Kriegsschuldigen und Kriegsprofitler!
Gegen jede Verlängerung der Militärdienstzeit!

Kameraden!

Am Montag, den 25. März findet eine äusserst wichtige Gruppenversammlung im bekannten Lokal statt.
Dort wird der Bericht von der internationalen Konferenz der Komm. Opposition gegeben.

Erscheint restlos!

DER VENIZELISTISCHE AUFSTAND IN GRIECHENLAND.

oo

Nach den Pressmeldungen ist der Aufstand in Griechenland inzwischen niedergeschlagen. In der bürgerlichen und selbst in der sozialistischen Presse würde der Aufstand Venizelos vielfach als ein revolutionärer Aufstand bezeichnet. In anderen Blättern fand man, dass keinerlei verständliche Gründe dafür vorliegen, dass sich zwei bürgerliche Parteien unter Einsatz aller militärischen Machtmittel in solcher Form bekriegen und kam dabei zu dem Schluss, dass die einzigen Gründe für eine solche gewalttätige Auseinandersetzung in den Gegensätzen zu suchen sind, die die griechische Bourgeoisie an den Fragen ihrer Aussenpolitik trennen und die von den auswärtigen Mächten (Italien und Hitlerdeutschland) geschürt und gefördert wurden.

In Wahrheit handelte es sich bei dem Bürgerkrieg in Griechenland und dem venizelistischen Aufstand nicht um eine Revolution, sondern um den Kampf zweier bürgerlicher politischer Clans, die sich in den Fragen der Innen- und Aussenpolitik in den Haaren liegen und die sich mit ungefähr gleichen Kräften gegenüberstehen.

Hinter Venizelos steht ein erheblicher Teil des Offizierkorps der Armee, die Industrie- und Handelsbourgeoisie, die Intelligenz, die in Mazedonien und Thrazien angesiedelten griechischen Flüchtlinge aus Kleinasien. Hinter der Regierung Tsaldaris steht der Grossgrundbesitz (der in Griechenland eine erhebliche Rolle spielt), die alte Bourgeoisie, der griechisch-orthodoxe Klerus. Der Hintergrund des Aufstandes war die schwere Wirtschaftskrise, die den griechischen Export und seine Schifffahrt schwer geschädigt hat. (Tabak, Korinthen, Wein). Bezeichnenderweise hat die Athener Börse den Aufstand freudig begrüsst. Zur Strafe wurde sie von der Regierung geschlossen.

Eine weitere Rolle spielten die Differenzen in der Aussenpolitik zwischen den beiden Lagern der Bourgeoisie. Dies kam auch während des Aufstandes im Verhalten der einzelnen am Balkan interessierten imperialistischen Mächte zum Ausdruck. Die französische Regierung versicherte der Regierung Tsaldaris als Verteidigerin des Balkanpaktes ihre Sympathie. Der englische diplomatische Vertreter in Athen hatte eine Demonstration zugunsten der bestehenden Regierung gemacht. Beide Mächte sandten daneben Kriegsschiffe nach Griechenland, um gegebenenfalls zum Schutz ihrer imperialistischen Interessen einzugreifen.

Italien wiederum begrüsst den venizelistischen Aufstand mit offenkundiger Sympathie, da Venizelos als Gegner des Balkanpaktes aufgetreten ist, der den italienischen Bestrebungen und Absichten im Wege steht. Die Presse Hitlerdeutschlands sympathisierte offensichtlich auch mit dem Aufstand der Venizelisten.

Die aussenpolitischen Differenzen wären wohl kein ausreichender Grund dafür gewesen, dass die beiden bürgerlichen Lager ihre Differenzen in der Form militärischer Auseinandersetzungen austrugen. Die inner- und aussenpolitischen Tendenzen kamen in erster Linie in der drastischen Form militärischer Auseinandersetzungen zum Ausdruck, weil die beiden Lager sich mit gleich starken Kräften gegenüberstanden und Venizelos befürchten musste, dass die Regierung dazu übergehen wird den Staatsapparat und die Armee von den Anhängern Venizelos zu reinigen und durch die Wiederherstellung der Monarchie, verbunden mit einer Verstärkung der Macht der Exekutive gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften die Venizelisten auf lange Zeit von der unmittelbaren und direkten Beeinflussung der Politik fernzuhalten. Die Regierung Tsaldaris besteht bekanntlich aus ursprünglichen Monarchisten und hat sich während des Aufstandes noch durch extremere monarchistische Elemente verstärkt.

Der venizelistische Aufstand hat mit Demokratie oder Liberalismus nichts zu tun. Die Venizelisten entwickelten im Gegenteil seit ihrer Ausschaltung aus der Regierung faschistische Tendenzen, so dass sich die Regierung während des Aufstandes dem Volke als Verteidiger seiner Freiheiten aufspielte.

Bezeichnend für die Unreife der bürgerlichen Entwicklung in dem Lande ist, dass bei den politischen Auseinandersetzungen das Offizierkorps

und die Berufspolitiker die ausschlaggebende Rolle spielen, während von einer Aktivität der Massen nur ganz geringe Meldungen zu uns dringen. Dies erklärt auch warum die Armee eine so gewichtige Rolle in den politischen Auseinandersetzungen spielt.

Wie hat sich nun die griechische Arbeiterklasse zu dem Kampf dieser beiden bürgerlichen Lager verhalten. Unter dem Druck der Krise hat sich un- zweifelhaft das Klassenbewusstsein und die Aktivität der griechischen Arbeiterklasse gehoben. Eine Reihe von Streiks legten davon Zeugnis ab. Über ihr Verhalten während des venizelistischen Aufstandes liegen nur unsichere und unvollkommene Meldungen vor. So wurde z. B. über eine Auf- standsbewegung der Arbeiter in Cavalla berichtet, bei der die Arbeiter versucht hätten einen lokalen Sowjet zu bilden, der aber niedergeschla- gen worden sei. Berichtet wurde auch über Demonstrationen der Arbeiter in Athen unter Führung der Kommunistischen Partei, wobei die Polizei Salven in die Menge abgab, denen viele zum Opfer fielen und bei denen 600 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Der Kampf in Griechenland hat die Unstabilität der politischen Verhält- nisse im Balkan erneut klargestellt. Er hat gezeigt wie leicht sich aus dem Kampf der herrschenden Cliquen in den Balkanländern ein europäischer Krieg entwickeln kann.

Die Sympathien der internationalen Arbeiterklasse sind weder auf der Seite der monarchistischen Cliquen Tsaldaris, noch auf der der halbfa- schistischen Cliquen um Venizelos. Die Arbeiterklasse beachtet die Vor- gänge in Griechenland und dem Balkan allein vom Gesichtspunkt, dass sie verhindert, dass aus ihnen ein europäischer imperialistischer Krieg entspringt. Sie muss die bürgerlichen Staatsmänner, die direkt oder in- direkt die Hände im Spiel haben, nachdrücklichst warnen vor dem Spiel mit dem Kriegsfeuer.

oooooooooooooooooooooooooooo

Aus dem III. Reich:

Verkappte Wehrpflicht und Aufhebung der Freizügigkeit.

In Deutschland ist ein Gesetz erlassen worden, dass die Unternehmer ver- pflichtet, den Arbeitern Urlaub zu geben für militärische Übungen. Diese Massregel dient der verkappten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Künftig muss jeder Arbeiter in Deutschland ein Arbeitsbuch haben, ohne dessen Besitz er nicht eingestellt wird. Um die Abschaffung des Arbeits- buches kämpfte die deutsche Arbeiterklasse in den Revolutionsjahren 348/49. Es war dies der Kampf um die Freizügigkeit. Sie ist jetzt auf- gehoben. Wieder ein Stück zurück ins Mittelalter!

Katastrophales Sinken des Aussenhandels Deutschlands.

Der deutsche Aussenhandel ist im Januar weiter zusammengeschrumpft. Die Einfuhr ist gestiegen von 399 Millionen im Dezember 1934 auf 404 Millio- nen Mark im Januar. Die Ausfuhr ist gleichzeitig gefallen auf 299 Millio- nen Mark, d. h. um 15 %. Die Handelsbilanz war im Januar passiv mit 105 Mil- lionen Mark, gegen 45 Millionen im Dezember.

Man versteht daher, dass die Regierung jetzt eine Verordnung herausge- geben hat, wonach ihr alle ausländischen Wertpapiere, die in deutschem Besitz sind, zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies ist ein drastis- ches Zwangsmittel, um wieder zu einem Vorrat von auswärtigen Devisen zu kommen. Die fremden Wertpapiere in deutschem Besitz werden auf 1 1/2 Milliarde geschätzt. Diese verschärfte Lage wird auch das Bestreben der Hitlerregierung verstärken, um Kredite im Auslande zu bekommen.

Dass die militärische Aufrüstung im fieberhaften Tempo weitergeht, zei- gen solche Tatsachen, wie die Steigerung der Erzeugung von Roheisen von 833 000 Tonnen im Dezember 1934 auf 880 000 Tonnen im Januar und die weitere Steigerung der Einfuhr von Kupfer, Eisenerzen usw.

DIE INTERESSANTESTE STADT DER WELT.

oo

Der Moskauer Korrespondent der "New York Times" veröffentlicht einen Artikel unter obiger Überschrift, dem wir folgendes entnehmen:

Für mich ist Moskau die interessanteste Stadt der Welt. Die Veränderungen der Stadt sind ebenso bedeutend, wie die, die an der Einwohnerschaft zu bemerken sind.

An der Stelle der alten kleinen Läden, die früher die Regel waren, traten grosse genossenschaftliche und Staatliche Warenhäuser. Während die schönen Häuser in Moskau früher nur den Adligen oder Grosskaufleuten gehörten, sind jetzt, besonders an der Stadtperipherie, gewaltige genossenschaftliche und städtische Wohnblocks für die Arbeiter und Angestellten entstanden.

Noch überwältigender ist die Entwicklung der Betriebe. Während das alte Moskau vorwiegend Handelsstadt war, ist das heutige ein mächtiges Industriezentrum der Union.

Von nicht geringer Bedeutung ist die Entwicklung der Parks, Anlagen, Gärten und Sportplätze. In Moskau haben sich in den letzten Jahren Stadions, Eisbahnen, Tennisplätze und andere sportliche Einrichtungen zur Förderung der Gesundheit der Einwohnerschaft ungeheuer entwickelt.

Eine grosse Veränderung ist in der Ernährung vor sich gegangen. Einst war Moskau die Stadt der berühmten teuren Restaurants, in denen reiche Leute in einer Nacht ganze Vermögen durchbrachten. Noch vor einigen Jahren gab es nicht viele Restaurants für die breiten Schichten der Bevölkerung, und sie zeichneten sich nicht durch Qualität aus. Jetzt ist das anders. Die Entwicklung der Grossküchen und der sauberen, angenehmen Speiseshallen, in denen man zu angemessenen Preisen schmackhaftes Essen bekommt, hat die öffentliche Speisung zur Regel gemacht. Männer können die Bedeutung dessen schwer ermessen, dass in Moskau täglich mehr als drei Millionen Mahlzeiten in den öffentlichen Speiseshäusern eingenommen werden. Aber man frage die Frauen, für die diese Leistungen der Grossküchen neue Freiheit und Erleichterung bedeuten!

Mein Freund Knickerbocker -der hervorragendste Journalist des heutigen Amerika -ist nach vierjähriger Abwesenheit wieder einmal nach Moskau gekommen. Er ist der Meinung, dass dieser Übergang von den kleinen schmutzigen Restaurants zu den neuen, grossen und schönen Speiseshäusern, der Übergang zur öffentlichen Speisung in umfassenden Massstabe, die überraschendste und bemerkenswerteste Erscheinung sei, die er je beobachten konnte.

Wie ich bereits sagte, ist eine rege Bautätigkeit im Gange, aber das bemerkenswerte dabei ist, dass der Umbau Moskaus auf Grund im voraus angearbeiteter Pläne durchgeführt wird. Auch anderwärts hat man Versuche gemacht, Städte nach vorherigen Plänen umzubauen. Diese sind jedoch gar nicht zu vergleichen mit den Plänen und Ergebnissen des Fünfjahrplanes. Ich glaube, dass als die Moskauer zum erstenmal vom Bauplan einer Riesenstrasse vom Swerdlow-Platz zum neuen Sowjetpalast hörten, sie selbst sich nicht gut vorstellen konnten, wie das zustandegebracht werden soll. Ich selbst stand diesem Plan skeptisch gegenüber. Aber als ich am Tage des 17. Jahrestages der Oktoberrevolution vom Theaterplatz aus in der Richtung der Manege blickte, konnte ich mir den neuen grossen Boulevard ohne Schwierigkeit vorstellen. Am 25. Dezember 1933 wurde ich von dem grossen Führer Stalin empfangen, der mir den Plan des Sowjetpalastes zeigte. Dieser Plan ist so grandios, dass ich, trotz all dem Grossartigen, was ich hier entstehen sah, erst an der Durchführung desselben zweifelte. Aber zehn Monate später waren meine Zweifel verschwunden.

Als Beispiel könnte man auch den Untergrundbahnbau anführen. Die Hauptschwierigkeit lag in den Verhältnissen des Bodens, auf dem Moskau steht. Die Zuversicht, der Wille und die Energie von Kaganowitsch haben aber die Erbauer der Untergrundbahn mitgerissen.

Wenn es stimmt -was alle grossen Heerführer behaupteten- dass der Sieg in einer Schlacht letzten Endes von der Tapferkeit und Ausdauer unterschieden wird, so zeigt der Sieg an der "Front des Untergrundbahnbaus", wie es kommen wird, wenn die Rote Armee den Kampf auf den Schlachtfeldern zu bestehen haben wird.

EIN OFFENES WORT ZUR GEMEINDERATSWAHL.

oo

Ein Vorschlag.

Für uns als Kommunisten ist die bevorstehende Gemeinderatswahl in erster Linie Anlass zur Propagierung des einheitlichen Kampfes der Arbeiter im Bündnis mit allen werktätigen Schichten gegen kapitalistische Unordnung und Anarchie, gegen die Offensive des Patronats und des bürgerlichen Staates auf die Lebens- und Existenzbedingungen des arbeitenden Volkes, für die sozialistische Lösung der Krise durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und die Räte-Republik.

Im bevorstehenden Gemeinderatswahlkampf steht die werktätige Bevölkerung aber zugleich vor der Frage:

Soll die Mairie ein Werkzeug derjenigen Parteien sein, die den allgemeinen Feldzug gegen Lohn und Gehalt der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten im Landesmasstabe durch die Unterstützung der Doumergue'schen Notverordnungspolitik förderten?

Die in der Gemeinde, ebenso wie im Landesmasstabe die Lösung der Krise auf dem Boden des kapitalistischen Systems und durch die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiter und des kleinen Mittelstandes erstreben?

Die zur Erreichung dieses Zieles und zur Erschwerung, Einschränkung und letzten Endes zur Verhinderung des Kampfes der arbeitenden Massen dagegen, in steigender Masse faschistischen Gedankengängen huldigen und die Diskreditierung des parlamentarisch-demokratischen Systems zur Vorseitbeständigung des bürgerlichen Staatsapparates, zur Einschränkung und schliesslichen Aufhebung der demokratischen Rechte (Streikrecht, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit) für das arbeitende Volk ausnützen wollen?

Die damit dem Faschismus und der Zerstörung der Klassenorganisationen des Proletariats vorarbeiten und die auch in der Gemeinde aus den gleichen Gründen den Abbau der Selbstverwaltung, die Stärkung der Machtbefugnisse der Bürokratie gegenüber der Gemeindevertretung wollen?

Oder sollen im Gemeinderat und der Stadtverwaltung diejenigen vortreten sein, die diesen Plänen den Kampf ansagen?

Die, die die Gemeinde zum Ansatzpunkt des Kampfes gegen die Angriffe des Kapitals, des kapitalistischen Staates und seiner Regierung auf die Lebens- und Existenzbedingungen der arbeitenden Massen machen wollen, die dem kapitalistischen Ausweg aus der Krise - der geradewegs zu einem neuen Kriege führt - den sozialistischen entgegensetzen, die, statt der Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und der zur Abwehr der steigenden Angriffe des Kapitals notwendigen demokratischen Rechte des arbeitenden Volkes, die Erweiterung der kommunalen Selbstverwaltung und die Aufhebung der demokratischen Rechte für die Finanz- und Börsenjobber, für die Agrar-, Handels- und Industriekapitalisten wollen, die diese Rechte nur benutzen um das Volk zu begauern, und sie, gestützt auf ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht dazu verwenden, faschistische Verbände und Organisationen zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung zu organisieren?

So allein steht die Frage!

Sollen diejenigen im Gemeinderat eine Mehrheit haben, die das arbeitende Volk zur einheitlichen Front des Kampfes gegen die Pläne des Grosskapitals zusammenschliessen wollen, die ihm einheitliche Klassengewerkschaften zum Kampf um ausreichende Löhne und Arbeit geben wollen, die eine Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen zum Kampf gegen faschistische und kapitalistische Unterdrückung erstreben?

Dann muss dafür gesorgt werden, dass eine Arbeitermehrheit die kommende Gemeindevertretung beherrscht!

Vor diese Frage ist die werktätige Bevölkerung Strasbourgs gestellt!
Das allein ist die richtige Frontstellung!

Weder die Front nationale (APNA, Demokraten, Radikale), noch die sogenannte Volksfront (kleinbürgerlich demokratische und faschistische Autonomisten, Hueberpartei und eventuell die UPR), noch die Firmierung des Kartells (Sozialisten und Radikale), noch die von M. Walter erstrebte Einheitsfront von der APNA über Hueber bis zu Peirottes, zur Milderung des Parteikampfes und zur Maskierung der wahren politischen Absichten der UPR kann für das arbeitende Volk, in Frage kommen!

Deshalb propagiert die IVKO im Gemeinderatswahlkampf die Losung Herstellung des Arbeiterblocks für die Arbeitermehrheit im kommenden Gemeinderat

Diese Arbeitermehrheit ist in Strasbourg möglich, wenn die Parteien, die für sich das Recht in Anspruch nehmen Arbeiterinteressen zu vertreten, sich verpflichten;

- 1.) keinerlei Wahlbündnisse und keine gemeinsame Liste mit bürgerlichen Parteien einzugehen;
- 2.) im II. Wahlgang entweder auf der Grundlage des Proporz mit einheitlicher Liste anzutreten oder sich gegenseitig in der Form zu unterstützen, dass die Wähler aufgefordert werden, der Arbeiterpartei die Stimme zu geben, die in dem betreffenden Kanton im I. Wahlgang die höchste Stimmenzahl erhielt;
- 3.) wenn die Arbeiterparteien sich öffentlich verpflichten und ihre Mandatare in diesem Sinne festlegen, dass im kommenden Gemeinderat für die Ausnützung einer Arbeitermehrheit auf der Grundlage des Kampfes gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus, für die Verteidigung und den Ausbau aller Rechte des arbeitenden Volkes, für eine proletarische Kommunalpolitik.

Die IVKO unterbreitet diesen Vorschlag der Arbeiteröffentlichkeit und den Arbeiterorganisationen. Sie hebt dabei hervor, dass jeder Partei selbstverständlich die Freiheit der Propaganda ihrer Grundsätze und das Recht der gegenseitigen Kritik vorbehalten bleibt.

Die IVKO erhebt diesen Vorschlag in der klaren Erkenntnis, dass die Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung die Verhinderung einer Bürgerblockmehrheit durch eine einheitliche Front der Arbeiterparteien, allen Gegensätzen der Vergangenheit und Gegenwart zum Trotz verlangen.

Alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei, sind daran interessiert, dass die durch M. Walter aufgekündigte Volksfrontkoalition nicht durch einen Bürgerblock ersetzt wird, sondern dass an ihre Stelle eine klare Front, eine Arbeitermehrheit gesetzt wird.

Wir möchten nicht, dass der lachende Dritte der unbedingt notwendigen Auseinandersetzungen in der Arbeiterklasse das reaktionäre Bürgertum wird.

Wir möchten zugleich die Verantwortlichkeiten klarstellen, damit die Arbeiterschaft weiss, woran sie ist.

Die Arbeiterparteien und die Arbeiter haben jetzt das Wort. Wir würden es begrüßen, wenn die KP selbst die Initiative im Sinne unserer Anregung übernehmen und damit der Strasbourger Arbeiterschaft einen wichtigen Dienst erweisen würde.

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Nur nicht mogeln, wenns beliebt!
 =.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.

Die "NW" hat in ihrer Nummer v. 9. März entdeckt, dass sich in Strasbourg eine "Gemeinheitsfront", bestehend aus APNA-Linie-Radikale -Sozialisten gebildet hat.

In dieser "Gemeinheitsfront", die angeblich dagegen sein soll, dass in Strasbourg eine Gemeindeverwaltung am Werk ist, die gegen die Abbaupolitik Front macht und jenen Elementen den Weg versperrt, die die Lösung der Wirtschaftskrise in der unsozialen Kürzung von Löhnen und Gehältern erblicken, fehlt eigentümlicherweise die Partei der Demokraten. Dies, obzwar gerade der Vertreter der Demokraten anlässlich der letzten Budgetdebatte im Gemeinderat Fürsprecher einer solchen Abbaupolitik war, wie sie von der "NW" jetzt der zusammen phantasierten "Gemeinheitsfront" angedichtet wird.

Warum so konziliant den Demokraten gegenüber?

Wenn die "NW" eine Front des Kampfes gegen die Abbaupolitik will, dann hätte sie auf ihrer Konferenz die Front für den Kampf um eine Arbeitermehrheit proklamieren müssen. Dann hätte sie die UPR wegen ihrer Zustimmung zu den Doumergue'schen Notverordnungen anklagen müssen, dann hätte sie feststellen müssen, dass auch im Senat die Senatoren der UPR dem Gesetzentwurf Bourgeois' ihre Zustimmung gaben, dann hätte sie betonen müssen, dass M. Walter bereits bei der letzten Budgetberatung die Einladung zur Zusammenarbeit an jene Demokraten richtete, deren Sprecher im Gemeinderat im gleichen Atemzuge der Abbaupolitik das Wort redete.

Warum also werden die Demokraten nicht in die "Gemeinheitsfront" eingereicht?

Vielleicht gibt uns die gleiche "NW" darüber Aufschluss, heisst es doch in ihrem "Colmarer Brief" in der gleichen Nummer von den Demokraten, dass sie weniger gehässig gegen die Heimatrechtler seien, als die Sozialisten und Radikalsozialisten, "lässt sie doch (die demokratische Partei) die, welche nicht patriotisch sein wollen, wenigstens ruhig laufen".

Wir fragen uns daher, ob diese auffallende Schonung der Demokraten nicht ihre "tieferen" Gründe hat, zumal in Colmar die Hueberpartei den Auftrag erhalten hat, "jeder Kombination zugustimmen, die einmal eine durch die KPO-repräsentierte Vertretung der Arbeiterschaft im Gemeinderat sichert und im übrigen eine auf dem Boden der Heimatsrechte stehende Gemeinderatsmehrheit verbürgt". Soll auf diesem Wege einer Koalition zwischen UPR, Demokraten und KPO der Weg geebnet werden?

Auf jeden Fall stellen wir fest, dass sich die "NW" in dem erwähnten Colmarer Brief auch mit der Frage des Proporz beschäftigt und sich dabei für "komplette Einzellisten mit nachfolgenden Proporz- oder Koalitionslisten mit 32 Namen" ausspricht.

Wenn man dann noch zur Kenntnis nimmt, dass die UPR und die Demokraten im Haut-Rhin sich auf einen gemeinsamen Kandidaten (Ostermann) zum Senat festgelegt haben, wird einigermassen verständlich, warum die "NW" auf einmal soviel Sympathisches an den Demokraten entdeckt. Die Koalition zwischen UPR und Demokraten ist bereits perfekt und will die Hueberpartei "eine durch die KPO repräsentierte Vertretung der Arbeiterschaft" im Colmarer Gemeinderat, so muss sie einmal die Demokraten sehr sympathisch und die UPR trotz des Walterschen Briefes an General Bourgeois, trotz des Vertrauensvotums der Colmarer Sektion für M. Walter und trotz des Zusammengehens der UPR mit der Partei des Chefs der Pariser imperialistischen Regierung, weiter als eine heimat-treue und anti-imperialistische Partei behandeln.

Dahin muss man kommen, wenn man nur in Mandaten denkt und jeden gemeinsamen Kampf der Arbeiterorganisationen sabotiert.

Wer eine Front gegen die Abbaupolitik will, der muss klare Fronten schaffen und der kann nur für den Kampf um eine Arbeitermehrheit eintreten.

Michel Walter zückt den Dolch.

Die UPR hat bisher zum Vorschläge der Hueberpartei geschwiegen. Darob ist die Führung der Hueberpartei ein wenig nervös geworden, zumal gerade sie sich in der Vergangenheit huldvoll den Mantel der Nächstenliebe über alle Schandtaten dieser Partei deckte. Aber im Gemeinderatswahlkampf geht es bekanntlich um die erhabensten Interessen und da muss man wohl oder übel dem lieben Koalitionsbruder an die so heiss ersehnte Antwort erinnern.

So lesen wir denn in der "NW" vom 9. März:

"Wir möchten heute die Partei kennen, die sich darauf beruft, eine elsässische Partei zu sein und nun zum 5. Mai mit dem bekannten Dolchstoß in den Rücken eine Position zu vernichten versucht, die in zähem Kampfe errungen und in noch zäherem Kampfe erhalten worden ist".

Das ist durch die Blume gesprochen, an die Adresse der UPR gerichtet.

Im "Elsässer" v. 12. März ist nun eine Resolution veröffentlicht worden, die die Haltung des Kreisvereins Strassbourg zur Gemeinderatswahl-taktik präzisiert. Diese Resolution ist eine Absage an die Hueberpartei, im ersten Wahl-gang gemeinsame Listen der Volksfront zu präsentieren.

Die Resolution der UPR schlägt vor,

- 1.) dass sich jede Partei im I. Wahlgang mit eigener Liste zur Wahl stellt,
- 2.) dass für den II. Wahlgang alle Parteien in allen 4 Kantonen eine gemeinsame Liste nach dem Proporz aufstellen.

Im I. Wahlgang soll die Stärke jeder einzelnen Partei festgestellt werden und im II. Wahlgang soll die Stärke jeder einzelnen Partei bei der Zusammensetzung der Einheitsliste zu Grunde gelegt werden.

Nach Abschluss des II. Wahlganges soll jede Partei ihre volle Handlungsfreiheit zurück erhalten. Die von der UPR vorgeschlagene Abmachung soll nur für jene Parteien gelten, die bis zum 30. März ihre Zustimmung dazu erteilt haben. Von den Parteien, die bis zum 30. März ihre Zustimmung zu UPR-Vorschläge nicht gegeben haben, wird angenommen, dass sie dem Abkommen nicht beitreten wollen.

Der Vorschlag der UPR wird damit begründet, dass die gegenwärtige Zeit die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig macht, zumal im kommenden Gemeinderat "keine" politischen Fragen, sondern vor allem "nur" finanzielle Probleme zur Entscheidung stehen. Daneben wird hervorgehoben, dass das Volk des Parteiaders müde sei usw. Da von der UPR zugleich die Vermeidung jedes persönlichen und gehässigen Wahlkampfes gefordert wird, will sich die UPR auf diesem Wege zugleich gegen die Angriffe schützen, die sie auf Grund ihrer Politik insbesondere aus dem Lager der Arbeiterklasse zu erwarten hat. Der Vorschlag der UPR hat für sie noch den Vorteil, dass sie sich alle Hände freihalten kann, nichts über ihre weitere Orientierung nach Abschluss des II. Wahlganges sagen braucht und dadurch auch ihre bisherigen Volksfrontpartner zwingt Angriffe auf sie zu vermeiden.

Wir schrieben bereits in unserer Nr. 23. zur Proporzpropaganda des Hr. M. Walter, "dass dieses Spiel nicht im Widerspruch zu unseren Feststellungen (Koalition mit den Demokraten unter eventueller Berücksichtigung der Hueberpartei) stehe, sondern in Wahrheit nur eine harmonische Ergänzung und ein geschickter taktischer Schachzug im strategischen Plan M. Walters sei." Wir haben dem nichts hinzu zu fügen.

Wie werden sich die Parteien nun zum UPR-Vorschlag verhalten. "La République" begrüsst den Vorschlag und erklärt, dass er höchstwahrscheinlich von allen Parteien mit Ausnahme der Landespartei und der KP angenommen werden. Danach würden Hueber, Naegelen, Maechling, Walter, möglicherweise ergänzt durch die "Neue Front" - die ja ihr selbstständiges Auftreten im Wahlkampf ankündigt - harmonisch als Verkörperung des Burgfriedens auf einer Liste vor die Wähler treten und damit demonstrieren, dass ihr Kampf nur ein Spiel war.

Nach der FP" zu urteilen, ist sie bereit mit beiden Beinen dem Vorschlag M. Walters beizutreten, ja sie ist sogar bereit einen fairen Kampf zu liefern, um von M. Walter als gutgeraten befunden zu werden. Damit verkündet die "FP", dass sie bereit ist sich zur Deckung der hinter dem Proporzvorschlag steckenden politischen Pläne auf Bildung eines Bürgerblocks herzugeben.

Wir sind begierig, ob die Hueberpartei bereit ist ihre bisherigen Beschlüsse zu revidieren, um mit den Parteien der "Gemeinschaftsfront", mit den Vertretern der Abbaupolitik sich im II. Wahlgang auf einer gemeinsamen Liste den Wählern zu präsentieren.

Zur Regionalleitungssitzung der KP:

Was ist damit gemeint?

Die "Humanité" berichtet kurz über die in Anwesenheit von Thorez stattgefundene Sitzung der Regionalleitung der KP. Über die Gemeinderatswahl heisst es in dem Bericht; "die Hauptlösung unserer Parteiregion lässt sich in dem Satz zusammenfassen: Gegen die imperialistische Pariser Regierung und alle jene, die diese Regierung unterstützen! Ohne auf die Anwendung des Paktes zu verzichten, wird die Regionalleitung nach dem ersten Wahlgang zu besonders gelagerten Verhältnissen Stellung nehmen". Es wäre von Nutzen, wenn die Regionalleitung sagen würden, was sie unter besonders gelagerten Verhältnissen versteht. Das ist auch deshalb notwendig, weil im Bericht nur vom Kampf gegen die offenen Stützen der franz. Bourgeoisie gesprochen wird. Sind darunter auch die Herren von der Landespartei zu verstehen?

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzlexemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 30/II. Jahrgang.

Vierte Märzwoche 1935.

DEM KRIEG ENTGEGEN.
oooooooooooooooooooooooooooo

Im franko-britischen Abkommen gaben die entscheidenden Siegermächte ihrem Willen Ausdruck, auf die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages gegenüber Deutschland zu verzichten, wenn Deutschland seine Bereitschaft verkündet nach Genf zurückzukehren, sich einem allgemeinen Stützungsabkommen anzuschließen, dem Luftpakt und dem Abkommen von Rom, wie dem Ostpakt beizutreten.

Hitlerdeutschland hat auf das franko-britische Abkommen ausweichend geantwortet und lediglich dem besonders von England erstrebten Luftpakt gegenüber seine Zustimmung gegeben. Die Taktik Hitlerdeutschlands war offensichtlich darauf abgestellt England von Frankreich zu trennen, was noch durch die Einladung an die englische Regierung unterworfen wurde. Zur Vorbereitung des englischen Besuches setzte auf Kommando in der deutschen Presse gleichzeitig eine lebhafte Campaigne gegen die Sowjetunion und die Rote Armee ein, die angeblich den Frieden der Welt und die Sicherheit Deutschlands bedrohe.

Angesichts der zweifelhaften Haltung Englands in den Fragen des Ostpaktes wurde die Sowjetregierung nochmals bei den Regierungen Frankreichs und Englands vorstellig, um nochmals auf die unbedingte Notwendigkeit des Abschlusses des Ostpaktes als wichtiges Element zur Erhaltung des Friedens angesichts der Haltung Hitlerdeutschlands hinzuweisen. Damit verband die Sowjetregierung zugleich die Einladung an die englische Regierung den Besuch ihres Vertreters nach Berlin auch auf Moskau auszuweihen.

Nach der Einladung Hitlerdeutschlands erschien in England das Weissbuch, in dem die englische Regierung ihre Rüstungen unter Hinweis auf die Militarisierung des deutschen Volkes durch die Hitlerregierung begründete. Dieses Weissbuch bewirkte bei Hitler einen "Schnupfen" und die Verschiebung des englischen Besuches.

Hitlerdeutschland benutzte inzwischen die Zeit bis zum Besuch des Vertreters der englischen Regierung die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages auch formell und unabhängig von den auf der Grundlage des franko-britischen Abkommens eingeleiteten Verhandlungen ausser Kraft zu setzen. Goering teilte den Vertretern der ausländischen Mächte mit, dass sich Deutschland eine Luftflotte zugelegt habe. Damit gab Hitlerdeutschland bereits zu verstehen, dass es unabhängig von der Haltung der Siegermächte und ohne Beachtung der für die militärische Gleichberechtigung im franko-britischen Abkommen vorgesehenen Voraussetzungen, die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zerreißen will. Damit gab Hitlerdeutschland bereits zu verstehen, dass es die formelle Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung keineswegs als ein geeignetes Kompensationsobjekt für die im franko-britischen Abkommen vorgesehenen Verpflichtungen ansehe.

Kaum hatte die französische Kammer dem Kriegsminister die Ermächtigung erteilt für die sogenannten Lebkuchenarmen Jahrgänge die militärische Dienstzeit auf 2 Jahre auszudehnen, da erliess die Hitlerregierung die

Proklamation auf Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Schaffung eines Heeres von 36 Divisionen. Am nächsten Tage enthüllte eine grosse militärische Parade vor Adolf Hitler die bereits vollzogene militärische Aufrüstung Deutschlands.

Wenn die Hitlerregierung erklärt, dass die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zur Befriedigung der Ehre des deutschen Volkes und lediglich zur Wiederherstellung des durch den Versailler Vertrag zerstörten Rechts auf Gleichberechtigung geschah, so ist dies natürlich nichts anderes als eine grobe Irreführung des deutschen Volkes.

Genauso, wie die französische Armee das Mittel ist um die Hegemonie des französischen Imperialismus auf dem Kontinent und den durch den Versailler Vertrag geschaffenen territorialen Status-quo nötigenfalls mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten, ist die Militarisierung für das imperialistische Hitlerdeutschland nur ein Mittel um den territorialen Status-quo von Versailles zu verändern, die Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent zu vernichten, die Sowjetunion zu berauben und Deutschland zum Hegemon Europas zu machen.

Mit der Massnahme Hitlerdeutschlands ist die Ära des Wettrüstens in eine neue Phase getreten. Die Völker, die bereits unter den Lasten der kapitalistischen Wirtschaftskrise seufzen, erhalten jetzt neue und schwere Lasten aufgebürdet. Diese Lasten werden ins Unermessliche steigen und so ein mächtiges Antriebsmittel für das Losschlagen.

Die deutsche Massnahme wird zwar nicht zur Folge haben, dass bereits Morgen den Krieg ausbricht. Aber der Krieg ist jetzt näher denn je. Über die weitere Entwicklung bestimmen die imperialistischen Regierungen schon nicht mehr aus freiem Ermessen, sie stehen unter dem unwiderstehlichen Druck der aus dem imperialistischen Kapitalismus resultierenden Gegensätze. Das Wettrüsten führt vor dem Kriege unmittelbar zum 4. August, die Konsequenz wird auch diesmal die gleiche sein.

Angesichts dieser Lage schießt in allen Ländern des Kapitalismus der Chauvinismus und Nationalismus in die Halme, wird alles getan um die für den Krieg notwendige Stimmung in den Völkern zu schaffen. Bereits jetzt hat Flandin im Senat unter Hinweis auf das deutsche Beispiel die Franzosen zur bedingungslosen Vaterlandsliebe aufgerufen und den rücksichtslosen Kampf gegen alle Feinde des imperialistischen Krieges der Bourgeoisie angekündigt.

In dieser Lage, wo wir alle sehenden Auges und mit Riesenschritten einem neuen Weltkriege entgegen eilen, wird die Haltung der Sozialdemokratie in den bürgerlich-demokratischen Ländern immer unhaltbarer und immer nachdrücklicher gezwungen aus ihrer positiven Haltung zur kapitalistischen Vaterlandsverteidigung alle Konsequenzen zu ziehen.

Die Arbeiter Frankreichs können aber auch nicht gegen die Rüstungen ihrer eignen Bourgeoisie mit dem Argument ankämpfen, dass das imperialistische Frankreich durch den Versailler Vertrag und durch den Verzicht auf die allgemeine Abrüstung Deutschland zur Aufrüstung gezwungen hat, wie dies die Herren der "NW" und der "ELZ" machen. Der alte Satz: "Der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Friede" hat auch heute noch seine Gültigkeit. Abrüstung im Kapitalismus ist eine Utopie. Die Arbeiterklasse kann sich vom Krieg nur durch den Sturz des Kapitalismus und durch die Verwirklichung des Sozialismus, durch den Fortgang der Weltrevolution befreien.

Will die Arbeiterklasse einen neuen 4. August verhindern, dann darf sie weder für die von Mourer propagierte Verständigung mit Hitlerdeutschland eintreten, die nur eine imperialistische Verständigung für den Krieg gegen die Sowjetunion sein kann, noch für die Aufrüstung an der Seite ihrer Bourgeoisie. Für ihr Verhalten gibt es in allen kapitalistischen Ländern nur eine Grundlinie: Solange die Arbeiterklasse nicht gesiegt hat, solange die Armee ein Instrument der imperialistischen Bourgeoisie ist, muss die Arbeiterklasse konsequent und ohne Schwanken ihre herrschende Klasse bekämpfen und dem alten Grundsatz huldigen: Keinen Mann und keinen Centimes diesem System!

Revolution oder Krieg, das ist die Alternative, vor die der Kapitalismus die Menschheit stellt. Die Arbeiterklasse muss alles tun, damit die Revolution vor dem drohenden Kriege ausbricht.

Brief aus der Tschechoslowakei:AUF DEM WEGE ZUM FASCHISMUS .
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die nächsten Ziele der tschechischen Bourgeoisie sind vor kurzen in einigen programmatischen Reden, von Beneš vor den Industriellen und dem Gouverneur der Nationalbank Dr. Engliš vor der Generalversammlung der Nationalbank, aufgezeichnet worden. Form und Inhalt der Reden verraten eine grosse Unruhe und Ungeduld über den schleppenden Gang der Regierungsarbeiten und zeigen, dass es sich hier um Rechenschaftslegung vor den eigentlichen Chefs der Regierung handelt.

Der allgemein vorherrschende Wille in der Bourgeoisie wird in den Schwerten vom "Umbruch" und der Abkehr von den liberalistischen Ideen", "Syndikalismus" und "4 Jahresplan", zur Konzentration aller nationalen Kräfte ausgedrückt. Dazu kommen die wiederholten Hinweise auf Italien und Deutschland, die Ablehnung staatlicher Investitionen und Inflationspläne, sowie der generellen 40 Stundenwoche. Statt dessen wird für Steigerung der Kapitalbildung durch gesteigerten Export propagiert, was nur durch einen erneuten konzentrischen Angriff auf die Löhne möglich ist.

Im Zusammenhang damit wird in der Innenpolitik ein reaktionärer Kurs gesteuert. Ein Gesetz zur Registrierung der Parteien ist in Vorbereitung, was wahrscheinlich nach den Wahlen benutzt wird um der Komm. Partei und der hitlerisch orientierten Sudetendeutschen Heimatfront jede legale Existenzgrundlage zu nehmen. Bei der allgemein vorherrschenden Tendenz könnte dies nur der Anfang zur Zerstörung des alten bürgerlichen Parteiensystems überhaupt sein. Das alles geht vor sich unter der Devise "Disziplinierte Demokratie", wobei die Sozialdemokratie - die in der Regierung sitzt - am Anfange noch mittut - aber schon mit Bangen. Das ganze ist der Versuch, das faschistische Wirtschaftsprogramm der Bourgeoisie mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, d.h. ohne die Unkosten einer Konterrevolution durchzuführen. Jedenfalls zeigt die ganze Entwicklung jetzt klar, dass sich die Bourgeoisie nunmehr auch hier auf den Faschismus orientiert und der bürgerlichen Demokratie nur noch einen kurzfristigen Wechsel ausgestellt hat. Selbst die Nationalsozialisten (die Partei des Aussenministers Beneš und eine bürgerlich-demokratische Partei) versuchen dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Der Aufmarsch der Gegenrevolution vollzieht sich bereits hinter der Losung von der disziplinierten Demokratie. Die Reserve, mit der die Gesamtbourgeoisie bisher der "Nationalen Front" gegenüberstand wird bald aufgegeben werden.

Über die Dauer dieser Entwicklung lassen sich keine genauen Termine angeben. Am 26. Mai sollen die Neuwahlen zum Parlament stattfinden. Es ist möglich, dass es nochmals zur Erneuerung der alten Koalition kommt. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass die Koalition zum Herbst wieder aufliegt, die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschafft wird und ein Rechtskabinett gebildet wird, dass bei der eingeleiteten Entwicklung zu einem Papenkabinett werden kann.

Im deutschen Lager sind die alten bürgerlichen konstitutionellen Parteien von der Sudetendeutschen Heimatsfront unter Henlein bereits aufgefressen. Die letzten Gemeinderatswahlen zeigten zudem bereits einen Aufstand kommunistischer Wähler gegen die KP und ein teilweises Abwandern kommunistischer Stimmen in den früheren Hochburgen der Partei zur Henleinfront.

Im tschechischen Lager ist das Anwachsen der "Nationalen Front" festzustellen, der eine gleiche Bedeutung zukommt, wie in Deutschland der sogenannten Harzburger Front, wobei Gajda, der Brünner Kasernenstürmer, eine ähnliche Rolle spielt wie Ludendorff.

Faschistisch orientiert ist auch die bedeutendste bürgerliche Partei der Slowakei, die klerikale.

Ein breites Reservoir für die "Nationale Front" bildet die bürgerliche Turnbewegung der "Sokols", die einen gewaltigen Auftrieb (700 000) in den letzten Jahren erlebt haben. Vor einigen Tagen erfolgte auch die Vereinigung der Jugendbewegungen der Nationaldemokraten, der nationalen Liga und der Nationalen Front. Charakteristisch für den vorherrschenden

Geist ist die Forderung, dass die Waife nur Tschechen und Slowaken tragen dürfen, während die nationalen Minderheiten in Arbeitsdienstlagern ihren Militärdienst absolvieren sollen.

Die kommunistische Partei beschränkt sich trotz der Lage des Landes auf eine allgemeine Werbung für eine sozialistische Kampfgemeinschaft, ohne die Kampfziele durch eine revolutionäre Stellung zu den stehenden Fragen in der Wirtschaft und Politik des Landes in einem Aktionsprogramm abzustecken. Sie hat allein durch die Verkündung der Bereitschaft zum einheitlichen Kampf (wie die letzten Versammlungen in Prag zeigten) die kommunistische Anhängerschaft auf die Beine gebracht. Aber sie vermag damit oben nicht auf die grosse Masse der sozialdemokratischen Anhänger und die Teilnahmslosen zu wirken. Alle ihre ehrlichen und energischen Versuche aus der Isolierung herauszukommen müssen scheitern, an der Unfähigkeit den Übergang aus dem hoffnungslosen, partiellen und zermürbenden Kleinkrieg mit den Tagesnöten, durch deren Verbindung mit dem Kampf aller werktätigen Schichten durch organisierende revolutionäre Übergangslösungen, zu finden.

Die Aufgabe der Opposition muss es sein, durch eine Analyse der Lage und der Klassenverhältnisse im Lande die Fragen herauszuarbeiten, die in den Mittelpunkt des Kampfes gestellt werden müssen.

c-o-o-o-o-o-o-o-o

Die KP zur Taktik im Gemeinderatswahlkampf:

Will die KP die UPR und die Hitler-Autonomisten unterstützen?
.....

In unserer Nr. 29. berichteten wir über die Stellungnahme der Regionalleitung der KP zur Taktik im kommenden Gemeinderatswahlkampf. Im Berichte der "Humanité" hiess es bekanntlich, dass die Partei den Wahlkampf gegen die imperialistische Regierung und alle jene führe, die diese Regierung unterstützen. Diese Formulierung liess bei uns bestimmte Zweifel aufkommen, ob die Partei ihre alte Grundhaltung gegenüber den bürgerlichen Autonomisten im Wahlkampf aufrecht erhalten will. In dieser Auffassung wurde wir noch dadurch bestärkt, weil in dem Bericht hervorgehoben wurde, dass die Regionalleitung nach dem ersten Wahlgang zu besonders gelagerten Verhältnissen Stellung nehmen werde.

Jetzt hat der Regionalsekretär J. Walch in einem Artikel "Die Wahltaktik ist klar" zu diesen Zweifelsfragen die sich aus der Haltung der Regionalleitung der KP zum Gemeinderatswahlkampf ergaben, Stellung genommen.

Wir müssen gestehen, dass die von Walch in seinem Artikel gegebenen Präzisionen der Wahltaktik der KP im Sinne einer einschneidenden taktischen Wendung der KP im Huebärschen Sinne ausgelegt werden können.

Aber hören wir Walch selbst. W. teilt die Partei Elsass-Lothringens in drei Kategorien.

In der ersten Kategorie erscheint die Apna, die URD und die demokratische Partei, die die Interessen der einheimischen und französischen Kapitalisten vertreten. Diese Parteien sind offene Stützen des französischen Imperialismus.

In der zweiten Kategorie erscheint die Radikale Partei und "die Politik von Gg. Weill, Grumbach u.a. von der Sozialistischen Partei". (Ob mit Gg. Weill und Grumbach die gesamte sozialistische Partei Elsass-Lothringens gemeint wird, ist nicht genau festzustellen, obwar Walch vor gibt Klarheit zu schaffen. Die Redaktion der "Arbeiterpolitik"). Von dieser höchst unklaren Kategorie sagt Walch, "dass sie unter die Stützen des französischen Imperialismus klassiert werden muss". Das soll doch wohl heissen, dass die Parteien der zweiten Kategorie nicht für den von der KP erstrebten Block der Antimperialisten in Frage kommen? Schliesst das nun die Anwendung des Aktionspaktes zwischen KP und SFIO in Elsass-Lothringen aus? Ist damit die Erklärung der KP hinfällig, wonach sie für den II. Wahlgang die Taktik der gegenseitigen Unterstützung der SFIO in Vorschlag bringt? Welches aber sind die Sozialisten die nicht in die Kategorie Zwei eingereiht werden können und die für

den Block mit der KP in Frage kommen? Walch verzichtet gerade hier auf die gewünschte Klarheit und öffnet damit einer zweideutigen Auslegung seiner Formulierungen Tor und Tür.

In der dritten Kategorie Walchs erscheinen die Parteien, "wie die autonomistischen Parteien, die gewisse nationale Forderungen des elsass-lothringischen Volkes auf sprachlichen, kulturellen und politischen Gebiete in ihrem Programm haben und vorgeben dafür einzutreten. Die stärkste dieser Parteien, die U.P.R. hat grosse Massen von elsass-lothringischen Bauern, Arbeiter und Kleinbürgern hinter sich, die dem französischen Imperialismus und seiner nationalen Unterdrückungspolitik feindlich gegenüber stehen! In diese dritte Kategorie können danach auch die Fortschrittspartei Dahlets, die Landes- und die Hueberpartei eingereicht werden.

Die Parteien der Kategorie I und II kommen für die Unterstützung der Kommunisten nach den Walchschen Feststellungen nicht in Frage. Auch die von Walch in seinem Artikel vorgeschlagenen sogenannten antifaschistischen und antiimperialistischen Listen - die in solchen Orten aufgestellt werden sollen, wo die Partei aus eigener Kraft keine eigene Liste aufstellen kann - können keine Vertreter der Kategorie I und II enthalten. Hier entstehen bereits eine Reihe von Zweifelsfragen. So gibt es Anhänger der proletarischen Einheitsfront unter den Sozialisten, die gleichzeitig in der nationalen Frage für die Assimilierung eintreten. Darf ein Kommunist mit einem solchen Sozialisten auf einer solchen Liste kandidieren? Es gibt Gegner des französischen Imperialismus, die aber zugleich Anhänger des deutschen Imperialismus sind und sich im Elsass als Propagandisten Hitlers betätigen, wie z.B. die ELZ-Leute. Darf ein Kommunist unter den erwähnten Bedingungen mit solchen Leuten auf eine Liste gehen? Diese Frage ist heute, wo der Hitlersche Imperialismus überall die nationalen Minderheiten für seine imperialistischen Interessen ausnützt, besonders aktuell, zumal in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei die Kommunisten jede Gemeinschaft mit der Sudeten-deutschen Heimatfront um Henlein ablehnt und einen scharfen und erbitterten Kampf gegen diese Front führt. Walch vermeidet es sich deutlich hierüber auszusprechen. Dann gibt es Anhänger bestimmter nationaler Forderungen, die wie die UPR eine kleriko-faschistische Linie vertreten. Wie sollen sich die Kommunisten zu ihnen verhalten? Auf Grund der Walchschen Formulierungen können die Kommunisten überall dort mit Anhängern der Hueberpartei, der UPR und der Landespartei auf eine Liste gehen, wo sie die Mindestforderungen der KP akzeptieren und die KP keine eignen Listen aufstellen kann.

Über die Taktik im II. Wahlgang präzisiert Walch den Standpunkt der KP wie folgt: Die KP wird entsprechend dem Resultat des I. Wahlganges und unter gewissen Bedingungen jene Listen und Parteien unterstützen, die gewillt sind den Sieg der nationalistischen, d.h. der Front des französischen Imperialismus zu verhindern.

Welches sind die "gewissen" Bedingungen?

1. Ablehnung jeder Wahlhilfe und Unterstützung solcher Parteien, wie Demokraten, Apna, URD, Radikale;

2. Bereitwilligkeit des gemeinsamen Kampfes mit solchen Parteien, die für eine Reihe von Forderungen nationalen Charakters (soziale und antifaschistische Forderungen werden unverständlicherweise nicht erwähnt), wie z.B. für den Aufbau des Schulunterrichts des Kindes auf der Muttersprache, Anwendung der deutschen Sprache vor dem Gericht und an den Verwaltungen, für Abschaffung des Gesetzes Cheron, gegen das Gesetz Bourgeois gegen die Mehrbesteuerung, für Verweigerung jeder Unterstützung der französischen Bourgeoisie und ihrer Regierung im Parlament eintreten.

Daraus ergibt sich, dass die KP bereit ist im II. Wahlgang für UPR, Landespartei, Hueberpartei oder Sozialisten einzutreten, wenn sie die erwähnten Bedingungen der KP annehmen.

Nun hat es mit dem Antimperialismus der UPR seine eigene Bewandnis. Erst kürzlich erklärte Rossé in der "Aube", dass die UPR eine nationale Partei ist, solange man die Vorrechte der Kirche und des Klerus im El-

sass unangetastet lässt. Ihre ganze antiimperialistische Gesinnung beruht auf der Verteidigung dieser Vorrechte und Privilegien gegenüber der französischen Laiengesetzgebung. Als antifaschistische Partei wagt selbst die KP die UPR nicht anzusprechen, denn das Faschistenhemd hat schon zu deutlich unter der schwarzen Kutte der UPR hervor geschaut.

Landespartei und Hueberpartei aber werden auf Grund ihrer Haltung bereitwilligst, die von der KP proklamierten Bedingungen annehmen, wenn sie dafür in Strasbourg oder Colmar die kommunistische Wahlhilfe im II. Wahlgang einhandeln können.

Verblüffend an der Präzision der Wahltaktik der KP durch Welch ist, dass die Frage der Arbeitermehrheit, wie sie von uns präzisiert wurde, für die KP anscheinend überhaupt keine Rolle spielt. Dies kann zur Folge haben, dass die KP durch ihre Taktik in Strasbourg verpflichtet ist, im II. Wahlgang die vereinigte Liste der bürgerlich-historischen Autonomisten und der Hueberpartei zu unterstützen.

Wir brauchen nicht zu betonen, dass wir Gegner einer solchen Politik sind. Die Krise stellt auch in der Gemeinde die Frage der kapitalistischen oder sozialistischen Lösung der Krise, des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals und des bürgerlichen Staates. Diese Frontstellung verlangt das Bündnis der elsässischen und französischen Arbeiter gegen alle bürgerlichen Parteien, gleichgültig ob sie auf den französischen Imperialismus, auf die Autonomie oder den deutschen Imperialismus orientiert sind. Alle bürgerlich-kapitalistischen Parteien suchen die Mittel zur Lösung der Krise im Rahmen und auf der Grundlage der Erhaltung des Kapitalismus.

Die Haltung der KP ist eine indirekte Unterstützung der Hueberschen Volksfrontpolitik. Statt die Frage der Arbeitermehrheit aufzurollen und mit ihr auch die sprachlichen Forderungen zu verbinden, stellt die KP ihre ganze Wahltaktik auf die nationalen Forderungen ab und gerät dabei zu einer schweren Vernachlässigung der sozialen und der Klassenforderungen der Arbeiter. Statt durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber der Hueberpartei deren Anhänger aus der Volksfront zu lösen und in die Klassenfront einzureihen, ist die KP bereit im II. Wahlgang gegebenenfalls bereit Landespartei zu unterstützen und damit der Politik der Hueberpartei den Schein des Rechts zu geben.

Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass die Mitglieder der KP über die Änderung der Wahltaktik der KP nicht gehört wurden. Die Folge dieser taktischen Wendung wird die Steigerung der Konfusion sein.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass die IVKO gegen jede Unterstützung der UPR und der Landespartei unter dem Schein der Wahrung der nationalen Forderungen des alsass-lothringischen Volkes auftreten wird.

Kameraden!

Besucht restlos am Sonntag, den 24. März, nachm. 3 Uhr
im grossen Saale des Sängerhauses, Julianstrasse die

GROSSE SPORTSMANIFESTATION

sämtlicher Sportsparten der F.S.G.T. und des Arbeitermusikvereins
"Liberté", Schiltigheim. Eintritt 2.-Fr.

Die Märzfeier des Strasbourger Einheitskomitees

Der Wunsch und Wille des Einheitskomitees für dieses Jahr wieder eine einheitliche Märzfeier zustande zu bringen, ist gescheitert. Das Einheitskomitee hatte sich darum bemüht, aber die Wahlbedürfnisse der SP verhinderten die gemeinsame Märzfeier. Die Folge dieser Tatsache war, dass eine Reihe Arbeitervereine ihre Mitwirkung jeder Märzfeier versagten.

Diese Lage wirkte sich auf die von dem Einheitskomitee arrangierte Märzfeier aus, wozu noch die äusserst mangelhafte Verteilung des Flugblattes durch einzelne dem Komitee angeschlossene Organisationen kam.

angesichts dieser Lage gebührt den Sport- und Kulturvereinen Anerkennung, die sich dem Komitee bei der Ausgestaltung der Feier zur Verfügung gestellt haben. Musik, Gesang, Sprechchor, Radfahrer usw. wechselten nacheinander ab.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Kmd. Roenfans die Bedeutung der Märzfeier, die besonders in diesen Jahre im Zeichen des Ringens zwischen Faschismus und Arbeiterklasse stehe. Rußland muss in diesem Kampfe der Arbeiterklasse leuchtendes Beispiel sein. Die Sports- und Kulturvereine, betonte Kmd. R. werden sehr bald und offen entscheiden müssen, ob sie die Haltung der Indifferenz auch gegenüber denen aufrecht erhalten wollen, die wie das Einheitskomitee mit ganzer Kraft für die Aktionseinheit eintreten. Ohne die proletarische Einheitsfront gibt es keinen wirksamen Widerstand gegen den Klassengegner und nur der handelt dem Märzgefallenen würdig, der allen Widerständer zum Trotz die Einheit des Kampfes verwirklicht und die Kraft unterstützt die ihr dient.

Kamerad Mohn hielt die Gedächtnis-R. e. Ausgehend von den Klassenkämpfen der Kommarden, schilderte er die heldenhafte Haltung der Frauen während der 71 Tage des heldenhaften Kampfes des Pariser Proletariats. Seit diesen Tagen kämpft das Proletariat seiner Klassenaufgabe bewusst bis zum endgültigen Sieg über die Ausbeuter. Unter Hinweis auf die Gefahr eines neuen Krieges und des Faschismus, erwähnte Kmd. Mohn die Vorgänge in Gebweiler und forderte die Anwesenden auf, gegen das präfektorale Verbot der Märzfeier der Hueberpartei restlos durch Besuch des Union zu protestieren. (Nichts ahnend, dass Hueber sich inzwischen auf das Grab Schrecklers zurückziehen könnte.) Beide Redner fanden ungeteilten Beifall.

GEBWEILER UND STRASBOURG.
oooooooooooooooooooooooooooo

In Gebweiler, diesem Arbeiterort in Oberralsass glaubten die faschistischen Banden sich ein Stelldichein zu geben. Die Polizei des demokratischen Staates war herbeigeeilt, um jene zu schützen, die der Demokratie und der Arbeiterbewegung im Interesse des Kapitals nach hitlerischen Vorbild den Garaus machen wollen. Aber die Gebweiler Arbeiter wussten, dass es gegenüber den faschistischen Banden kein Pardon geben darf. Als sie merkten, dass die demokratisch-republikanische Polizei die faschistischen Banden in ihre Obhut nahm und mit Brachialgewalt gegen die demonstrierenden Arbeiter vorging, läuteten sie die Glocken und setzten sich geschlossen ohne Unterschied der Partei gegen die Faschisten und die Polizeiatacken zur Wehr.

In Strasbourg wollte die Hueberpartei in dem der Stadt gehörenden Union eine Märzfeier veranstalten. Die chauvinistischen Jugendverbände aber drohten in einem Briefe an den republikanischen Präfekten die Veranstaltung zu verhindern. Es sollte die Revanche dafür sein, dass Hueber als Maire der Stadt diesen Verbänden einmal das Union verweigert hatte. Unser republikanisch-demokratische Präfekt kam der Drohung der chauvinistisch-faschistischen Verbände nach, verbot die Märzfeier und postierte zur Sicherung des Verbots seine Polizei vor dem Union.

Dieselbe republikanische Polizei, die in Gebweiler auf Anweisung des dortigen Präfekten die faschistische Provokation beschützte und gegen die Arbeiter vorging, stand in Strasbourg auf präfektorale Anweisung gegen jene zum Einsatz bereit, die dem Verbot trotzen wollten.

Am Beispiel Gebweiler und Strasbourg kann jeder Arbeiter sehen, wo der bürgerliche Staat im Kampfe zwischen Faschismus und Arbeiterklasse Position nimmt. Im roten Gebweiler wird die faschistische Provokation geschützt und in Strasbourg kniekt der demokratische Präfekt in die Knie vor den faschistischen Verbänden und verbietet eine Märzfeier, die bereits seit Jahren traditioneller Bestandteil der gesamten französischen Arbeiterbewegung ist.

Daraus ergibt sich, dass die Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus auf sich selbst und ihre Kraft angewiesen sind. Zugleich aber wird auf diese Weise auch den Hueberanhängern demonstriert, dass die Einheits-

front aller Arbeiterorganisationen nötiger denn je ist und dass jeder ein Schädling ist, der diese Einheitsfront sabotiert, geschweige sie wie Hueber zu bekämpfen.

Nicht an der Seite eines Hitleragenten wie Roos, ist der Platz der Arbeiter der Hueberpartei, sondern an der Seite seiner kommunistischen und sozialistischen Kameraden. Das gilt es unablässig den Hueberanhängern zu Gehör zu bringen, bis es verstanden wird.

Als Hueber noch ein Kommunist war:

Es war einmal...

am 8. Dezember 1927, da hielt Ch. Hueber, als Deputé anlässlich der Budgetdebatte über Elsass-Lothringen eine Rede in der Kammer. In dieser Rede äusserte er sich auch über die bürgerlich-autonomistische Parteien, mit denen er sich jetzt gegen die KP und die proletarische Einheitsfront verbunden hat. Damals standen die bürgerlichen Autonomisten im Elsass noch auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, während inzwischen die Landespartei sich zu faschistischen Programmpunkten durchgenausert hat und deswegen auch Hr. Heil an die frische Luft setzte, während die UPR zu einer braven nationalen Partei geworden ist, die dem "Scheiternach" für die Autonomie kämpft und für die Staatsreform im Sinne des christlichen Ständestaates eintritt. Trotzdem hat dieser selbe Hueber von 1927 der UPR und der Landespartei ein Bündnis zu den Gemeindevorwahlen angetragen.

Angeichts dieser Tatsache ist es ganz aufschlussreich sich einmal das Urteil des Kommunisten Ch. Hueber aus dem Jahre 1927 über die bürgerlich-autonomistischen Parteien anzuhören. In der erwähnten Rede sagte Hueber:

"Damit sich das arbeitende Volk Elsass-Lothringens befreit, darf es nicht den bürgerlichen Parteien folgen, die ihm von Autonomismus reden um es besser ausbeuten zu können. Das elsass-lothringische Volk muss sich um die Kommunistische Partei, die Führerin der Arbeiterklasse gruppieren. Nur sie ist fähig, das arbeitende Volk zu befreien. In diesem Kampfe haben wir die Versicherung, dass uns die Arbeiter und Bauern Frankreichs gegen den französischen Imperialismus, unter dem sie ja auch leiden, unterstützen werden. Wir haben einen gemeinsamen Feind, wir werden gemeinsam siegen!"

Heute pfeift Hueber auf das Bündnis mit der französischen Arbeiterklasse und geht lieber gemeinsam mit den bürgerlich-autonomistischen Parteien, "die vom Autonomismus reden, um das arbeitende Volk von Elsass-Lothringen besser ausbeuten zu können".

Gemeinsame Maifeier in Mühlhausen:

Warum nicht auch in Strasbourg?

=====

In Mühlhausen hat das Union locale der CGT einstimmig beschlossen der CGTU die Durchführung einer einheitlichen Maifeier vorzuschlagen. Am Vorabend des 1. Mai soll ein geschlossener Fackelzug stattfinden. Am Nachmittag des 1. Mai sollen beide Organisationen gemeinsam aufmarschieren. Als küsseres Zeichen der Einheit soll ein einheitliches Maiabzeichen herausgegeben werden. Von jeder Organisation soll ein Redner zu den Massen sprechen.

Warum soll in Strasbourg nicht das gleiche möglich sein? Wir rufen alle Arbeiter auf in ihren Organisationen dem Beispiel von Mühlhausen folgend, für die Durchführung eines einheitlichen Massenaufmarsches am 1. Mai in Strasbourg einzutreten.

Kameraden!

Am Montag, den 25. März, abends 8 Uhr findet im bekannten Lokal unsere Zusammenkunft statt. Bewacht von der Internationalen Konferenz und Stellungnahme zur Haltung der KP.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

*Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzeltexemplar: 50 Centimes*

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 31/II. Jahrgang

Fünfte Märzwoche 1935.

DER WACHSENDE WIDERSTAND DER REFORMISTISCHEN FÜHRER GEGEN
oo

DIE EINHEITSFRONT.
oooooooooooooooooooooooooooo

Nichts wäre gefährlicher für die französische Arbeiterklasse, als die Augen vor der Tatsache zu verschliessen, dass der Widerstand der reformistischen Führer gegen die Einheitsfront sich versteift. Und zwar geschieht dies in einem Augenblick, wo die herrschenden Klassen in Frankreich alle Anstrengungen machen, um die chauvinistischen Instinkte angesichts der beschleunigten Aufrüstung Hitlerdeutschlands aufzupolieren und die chauvinistische Welle auszunützen, um den reaktionären und faschistischen Kräften verstärkten Auftrieb zu geben. Man sollte denken, dass gerade diese Lage die Einheitsfront verstärken müsste. Aber die reformistischen Führer geben offensichtlich dem chauvinistischen Druck nach.

Dies zeigt sich sowohl bei den Führern der CGT wie bei einem erheblichen Teil der Führer der SFIO.

Auf der Tagung des comité confédéral national der CGT am 18. und 19. März in Paris sprach sich diese Körperschaft zwar gegen die zweijährige Dienstzeit aus, sie forderte eine internationale Convention für gegenseitige Hilfe gegen Friedenstörer und für die Nationalisierung der Rüstungsindustrien. Aber zugleich erging sich Jouhaux in Ausfällen gegen die Sowjetunion und gegen die kommunistischen Parteien, die diese Vorschläge praktisch wertlos machen und denen Wasser auf die Mühle geben, die die Kräfte der Konterrevolution gegen die Sowjetunion zusammenschliessen wollen. Jouhaux erklärte sich offen gegen die Verteidigung der Sowjetunion, die er mit den imperialistischen Mächten auf eine Stufe stellte. Er erklärte schlangweg in Bezug auf die Sowjetunion, es gebe keine Defensivkriege! Das heisst aber den Angriff gegen die Sowjetunion geradezu ermutigen.

Wie steht es in Wahrheit mit der Unterscheidung zwischen Verteidigungs- und Angriffskriegen?

In Bezug auf imperialistische Mächte hat diese Unterscheidung nur eine beschränkte und vorübergehende Bedeutung. Die imperialistischen Mächte, die die grössten Gewinne aus dem letzten Weltkrieg davongetragen haben, sind natürlicherweise geneigt, den Frieden zu bewahren, um ihre Beute zu erhalten, während die Verlierer des Weltkrieges, voran Hitlerdeutschland, gewaltsame Wiedereroberung des Verlorenen ins Auge fassen. Auch Japan geht auf neue Eroberungen aus. Aber sobald der Kampf der imperialistischen Mächte einmal entfesselt ist, trachtet jede siegreiche Macht nach neuen Eroberungen.

Demgegen ist dies bei der Sowjetunion, als einem Lande der herrschenden Arbeiterklasse und des Sozialismus ausgeschlossen. Bei ihr und nur bei ihr kann und muss man von wirklichen Verteidigungskrieg sprechen. Das heisst den imperialistischen Angriff auf die Sowjetunion ermutigen, heisst die Arbeiter bei der Verteidigung ihrer ureigensten Klasseninteressen irreführen.

Die Tagung der CGT wandte sich scharf gegen die Vorschläge der CGTU zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit in Frankreich und International. Sie erging sich in lobhaften Angriffen gegen den Kommunismus. Die angenommene Resolution fordert als Vorbedingung für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit das Verbot der Bildung von "Fraktionen" innerhalb der Gewerkschaften. Es zeigte sich auch auf dieser Tagung, dass ein starker Druck von unten für die Gewerkschaftseinheit bereits vorhanden ist. Unter diesem Druck mussten die ursprünglichen Formulierungen der Resolution gegen die Gewerkschaftseinheit stark abgeschwächt werden. Die Tagung musste ihre Zustimmung gegen die Fortführung der Verhandlungen mit der CGTU. Aber dieser Druck war noch nicht stark genug, um den Widerstand der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie tatsächlich zu überwinden. Die Führer der CGT werden auch weiterhin der Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit alle nur möglichen Hindernisse in den Weg legen. Soweit es auf diese Führer ankommt, so zeigt diese Tagung, dass ihr Widerstand sich nicht geschwächt, sondern verstärkt hat.

Dasselbe gilt für die Mehrheit der Führer der SFIO.

Das zeigt bereits die Antwort der CAP der SFIO an die KPF vom 13. März. Die Antwort spricht sich zwar aus für die Fortsetzung der Einheitsaktionen. Aber gemeinsame Mitgliederversammlungen beider Parteien, die von der Pariser Organisation vorgeschlagen worden waren, werden abgelehnt. Es wird abgelehnt, dass beide Zentralen einen gemeinsamen Schritt bei der CGT und CGTU unternehmen zur Verwirklichung eines einheitlichen Maifeier in diesem Jahre.

Der Antwortbrief enthält auch eine Anklage gegen die KPF wegen der bekannten Artikel in Cahiers de bolchevisme und in der Zeitschrift der Kommunistischen Internationale und fordert von den Kommunisten "Erklärungen" und "Beruhigungen" dafür. Das kann nur dazu dienen, die Angriffe der Rechten der SFIO gegen die Einheitsfront zu unterstützen und zu verstärken.

Die SFIO hat weiter, den Kampf gegen die zweijährige Dienstzeit zunächst völlig auf eigene Faust begonnen, ohne Rücksicht auf die wiederholten Versuche und Vorschläge der Kommunisten, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Schliesslich hat sich die Leitung der SFIO dazu bequemt, gemeinsam mit der KPF die Petitionskampagne gegen die zweijährige Dienstzeit zu führen. Was heisst das? Eine Petitionskampagne kann ein sehr wirksames Mittel sein, um mit einer bestimmten Campagne in jede einzelne Familie des arbeitenden Volkes einzudringen: - aber nur unter der Voraussetzung dass sie mit mächtigen Massaktionen verbunden ist. Aber gerade das haben die Führer der SFIO abgelehnt. Unter diesen Umständen ist die Beteiligung der SFIO an der Petitionscampagne der KPF nur wenig mehr als Nichts, nur eine Geste, um scheinbar die Einheit zu wahren, aber keine wirkliche, der Lage entsprechende gemeinsame Anstrengung. Diese schwache, unter ständigen Druck der KPF zustande gekommene Geste der SFIO-Führer drückt also den Willen dieser Führer aus, mehr und mehr sich praktisch von der Einheitsfront zu entfernen.

Dazu nehme man die "patriotische" Erklärung Léon Blums in der Kammer, dass die gesamte französische Arbeiterklasse sich gegen einen Angriff Hitlerdeutschlands mit der Bourgeoisie zusammenstellen werde: - was geradezu ein Freibrief für den französischen Imperialismus darstellt.

Nehmt ferner dazu die Zustimmung der sozialistischen Kammerfraktion; dem römischen Abkommen. Auch diese Geste ist eine Geste der Solidarität mit dem französischen Imperialismus.

Das alles sind Anzeichen, dass der Einheitsfront gerade in dem Augenblick wachsender Gefahren, wo sie für die Arbeiterklasse notwendiger ist denn je.

Es gibt nur einen Weg diesen Gefahren zu begegnen: sie klar vor der Arbeiteröffentlichkeit auszusprechen und die Basis der Einheitsfront in der Masse der Arbeiterschaft, vor allen in den Betrieben, zu verbreiten

Kein trügerischer Optimismus, kein Verhüllen der wirklichen Lage! Offene Kritik an allen Sabotageaktionen gegenüber der Aktionseinheit!

Der Kampf gegen den Chauvinismus und die Kriegsgefahr erfordert weiter, dass die Kommunisten klare Parolen dafür ausarbeiten, die der gegenwärtigen Lage entsprechen. Die Kommunisten müssen heute der Arbeiterklasse klar machen, dass die Unterstützung der Sowjetunion den Sturz der bürgerlichen Regierungen erfordert, weil nur eine Regierung der Arbeiterklasse im Bunde mit den Kleinbauern eine zuverlässige und starke Stütze der Sowjetunion ist, weil nur die Arbeiterklasse den revolutionären Krieg an der Seite der Sowjetunion führen kann.

Ferner ist notwendig ein engeres Zusammenarbeiten der Kommunisten mit dem linken Flügel innerhalb der SFIO und der CGT.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE AFFAIRE BERTHOLD JACOBS.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der ehemalige reichsdeutsche, bürgerlich-pazifistische Journalist B. Jacobs, der seit längerer Zeit in Strassbourg als Emigrant lebte und hier einen "Unabhängigen-Zeitungs-Dienst" mit überwiegend speziellen Informationen über das III.Reich herausgab, ist das Opfer von bezahlten Nazispitzeln geworden.

J. wurde unter dem Vorwand einer Aussprache über wichtige interne Nachrichten aus dem III.Reich, von einem unter der Maske des Antifaschisten auftretenden Naziagenten Wesemann nach Basel bestellt. Dort wurde er von einer, eigens zum Zwecke des Menschenraubes im D-Zug I.Klasse von Berlin nach Basel gekommenen Bande von Gestapo-Agenten, in einen Hinterhalt gelockt, in ein Auto verfrachtet und über die Grenze nach Deutschland transportiert. Dort sitzt er jetzt in Haft unter Umständen -die hinreichend bekannt sind und das III.Reich in der ganzen Welt berühmt gemacht haben - und wird nach echt "nazistischer" Art "vernommen" werden. Alle bisherigen Erfahrungen lassen die Befürchtung zu, dass Jacob's entweder zum Tode verurteilt oder durch Misshandlungen und jahrelange -ja möglicherweise jahrzehntelange Zuchthaushaft geistig und körperlich zu Grunde gerichtet wird.

Die Schweizer Bundesregierung, die mit Feuereifer kommunistische Emigranten auf Anweisung von Berlin in Haft setzt (Fall Heinz Neumann) oder sie wegen unzulänglicher Papiere und fehlender Barmittel ausweist, hat bisher fast nichts gegen die Nazispitzeln unternommen, die natürlicherweise im Besitze aller notwendigen Papiere und Barmittel sind. Durch diesen frechen, am hellen Tage und in einer Stadt wie Basel ungehindert durchgeführten Menschenraub, ist auch diese Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung bei der deutschen Regierung mit einem Protest aufgetreten und gleichzeitig wurde auch der noble Kumpan der Gestapo-Räuberbande, H. Wesemann in Haft genommen, der selbstverständlich "völlig schuldlos" ist und trotz seiner bereits an anderen Orten getätigten Lockspitzelarbeit von nichts etwas wissen will.

Die Hitlerregierung hat der Schweizer Regierung den lakonischen Bescheid gegeben, dass sie von der Entführung Jacob's keine Ahnung habe und nur wisse, dass er auf deutschem Territorium in Haft genommen wurde. Es bedarf natürlich keiner besonderen Erwähnung, dass die im auftrage der Gestapo handelnden Menschenräuber nicht an die Schweiz ausgeliefert werden, sondern zur gegebenen Zeit, ebenso wie die Mörder Liebknechts, Eisners, Erzbergers, Rathenaus u.a. in aller Öffentlichkeit als vorbildliche nationale Helden gefeiert werden.

Jacob's war ein bürgerlich-pazifistischer Antifaschist. Aber sein besonderes Verbrechen besteht darin, dass er unermüdlich in die Geheimnisse der deutschen Rüstungs- und Wehrpolitik hineingeleuchtet hat. In diesem Punkte aber sind die "Friedensengel" des III.Reiches ohne Erbarmen und von unmenschlicher Brutalität.

Das Schicksal Jacob's hängt daher an einem seidenen Faden und es ist die Aufgabe aller Antifaschisten den Mord an Jacob durch eine breite Kampagne seinen Henkern unmöglich zu machen.

Test und verbreitet die "Arbeiterpolitik"!

Hitlerisches aus der Hueberpartei:EIN SCHANDSTREICH.
oooooooooooooooooooo

Am 9. März erhielt unser Kmd. Mark, Unterkassierer im Unitarischen Gemeindearbeiterverband - der von Aufsehern der Hueberpartei beherrscht wird - per Express einen Einschreibebrief des huebertreuen Vorstandes. In diesem Brief wurde unserem Kameraden in wenigen Sätzen mitgeteilt, dass der Vorstand seine sofort wirksam werdende Entlassung mit 13 gegen 1 Stimme und 1 Enthaltung beschlossen habe. Kennzeichnend für den Geist der die führende Clique im CGTU-Gemeindearbeiterverband beherrscht ist folgender Satz aus dem Kündigungsschreiben:

"Nachdem beiderseitige Verpflichtungen durch Vertrag nicht niedergeschrieben sind, kann uns niemand zwingen, die Gründe der Entlassung anzugeben...."

Unser Kamerad hat dem Vorstand darauf die gebührende Antwort gegeben. In seinem Antwortschreiben heisst u.a.:

"Engenommen Du Kam. Seyller würdest auf die Art und Weise aus dem städtischen Dienst entlassen werden, so wie Ihr mich meines Postens enthaben habt, ohne den Mut zu haben und in der Lage zu sein mit das Geringste vorzuwerfen. Ich frage Euch, steigt Euch die Schamröte ob solch hinterhältigen Handelns nicht ins Gesicht? Ist denn bei Euch jeder Funken Klassenbewusstsein zum Teufel gegangen... Dass ich beim Elektrizitätswerk, beim Port Autonome wegen meiner politischen Gesinnung gemassregelt wurde, das habe ich mit Stolz ertragen, dass aber meine Kameraden genau so handeln wie ein scharfmacherischer Unternehmer, das ist doch ein starkes Stück..."

Die herrschende Hueberclique hat also einen Arbeiter, der bereits zweimal wegen seiner politischen Gesinnung gemassregelt wurde, ein Drittes Mal brot- und erwerbslos gemacht, ohne Umstände zu sein, für eine so unerhörte Massnahme auch nur einen plausiblen Grund anzuführen. Wenn doch die Herren Kameraden wenigstens den Mut hätten die Wahrheit zu sagen. Da schreiben sie von "Gemeinheitsfront", produzieren sich als die Inkarnation von Sauberkeit und Ehrlichkeit und schreiben .."wir sind nicht gezwungen Dir zu sagen, warum wir Dich massregeln und auf das Strassenpflaster setzen..."

Wir aber wollen den Herren Kameraden, die hier von Hueber inspiriert wurden, sagen warum sie die Gründe der Entlassung verschweigen und hinten herum strötende Verleumdungen in Umlauf setzen:

Weil Ihr trotz aller Rücksichtslosigkeit gegen unten notorische Feinde linge seit!

Weil Ihr nicht sagen wollt, dass ein Anhänger der proletarischen Einheitsfront nicht Unterkassierer in einer von Euch beherrschten Gewerkschaft sein darf!

Ja, wenn M. die Hetze gegen die Einheitsfront mitgemacht hätte, wenn er für das Bündnis mit den Hitlerautonomen eingetreten wäre und selbst wenn er für die Christen Mitglieder geworben hätte, dann wäre M. nicht nur Unterkassierer geblieben, sondern hätte auch die Stufenleiter zu den Hueberschen Pfründen empor klettern dürfen.

Es ist noch garnicht lange her, da prangte in der "NW" eine Manschette. Die "NW" wollte da erfahren haben, dass die Linie die Absicht habe Ferrenbach wegen seiner Angriffe gegen die Einheitsfront bei den Bekleidungsarbeitern als Unterkassierer zu erledigen. "Hitlermethoden" nannte dies damals die "NW". Ferrenbach ist noch heute Kassierer, aber unser Kam. Mark musste den "Hitlermethoden" der Hueberclique weichen. Die "NW" hat das Urteil über die von Hueber inspirierte Entlassung unseres Kameraden im Voraus abgegeben.

Die Arbeiter werden es sich merken und zur gegebenen Zeit die Quittung auch für diese Schandtats präsentieren.

Am Sonntag, den 31. März, nachmittags 3 Uhr besucht jeder Arbeiter das grosse Volkskonzert im Sängershaus.

Zum Gemeinderatswahlkampf:

Die Aussichten des Kampfes um eine Arbeitermehrheit.
 =, =

Wir haben in unserem Vorschlag zur Gemeinderatswahl in Strasbourg den Kampf um einer Arbeitermehrheit als Grundlage des Zusammenwirkens aller Parteien, die vorgeben Arbeiterinteressen zu vertreten, für den II. Wahlgang propagiert und dabei betont, dass eine Arbeitermehrheit unter den von uns vorgeschlagenen Voraussetzungen möglich ist.

Wir wollen heute auf Grund der Stimmenabgabe im I. Wahlgang der Gemeinderatswahl von 1929 die Aussichten des Kampfes um eine Arbeitermehrheit auf der von uns präzisierten Grundlage näher beleuchten.

Im Jahre 1929 entfielen im I. Wahlgang:

Im Kanton Nord:

Soz. u. Komm. - 3 825 Stimmen oder 39.25 % aller abgegebenen Stimmen
 Apna, Demokraten, Radikale u. UPR - 4 466 Stimmen oder 44.66 % der Stimmen
 Landespartei u. Fortschrittspart. - 1 756 " " oder 17.05 % der Stimmen

Wir nehmen an, dass in diesem Kanton auch diesmal die 11 Kandidaten auf den Block Apna, Demokraten, Radikale und UPR fallen würden.

Im Kanton Ost erhielten 1929

Sozialisten u. Kommunisten	4 671	Stimmen	oder	56.46 %	der	Stimmen
Dem. Apna, Radikale u. UPR	2 150	" "	" "	25.71 %	" "	" "
Landespartei u. Fortschritt	2 832	" "	" "	17.32 %	" "	" "

In diesem Kanton würden auch heute die Wahlresultate kaum anders ausfallen. Die Arbeitermehrheit würde diese 10 Mandate für sich buchen.

Im Kanton Süd erhielten 1929

Sozialisten u. Kommunisten	2 645	Stimmen	oder	57.13 %	der	Stimmen
Dem. Apna, Radikale u. UPR	1 375	" "	" "	29.68 %	" "	" "
Landespartei u. Fortschritt	610	" "	" "	13.19 %	" "	" "

Auch dieser Kanton mit seinen 5 Mandaten würde sich heute für eine Arbeitermehrheit entscheiden.

Im Kanton West erhielten 1929

Sozialisten u. Kommunisten	4 200	Stimmen	oder	48.11 %	der	Stimmen
Dem. Apna, Radikale u. UPR	2 963	" "	" "	33.94 %	" "	" "
Landespartei u. Fortschritt	1 567	" "	" "	17.95 %	" "	" "

Auch dieser Kanton würde sich heute für eine Arbeitermehrheit entscheiden, zumal nicht anzunehmen ist, dass sich die Hitlerautonomen mit den französischen imperialistischen Parteien auf einer Liste im II. Wahlgang befinden würden. Wenn sich der Arbeiterblock klar und unzweideutig für die sprachlichen Forderungen einsetzen würde, würde ohne Berücksichtigung der aufrüttelnden Wirkung die ein Zusammengehen der Arbeiterparteien auf grosse Teile teilnahmeloser Arbeiter und Werkstätiger ausübte, der Sieg für eine Arbeitermehrheit unausweichlich.

Hieraus ergibt sich auch welche Perspektiven sich auch für den einheitlichen ausserparlamentarischen Kampf gegen Krieg, Faschismus und Kapitaloffensive aus dem Kampf um eine Arbeitermehrheit ergeben.

Wenn der Vorschlag der IVKO in der Öffentlichkeit totgeschwiegen wird, obwohl deshalb, weil alle fühlen, dass ein solcher Vorschlag beim Bürgertum wenig Enthusiasmus, bei den Arbeitern aber Zustimmung auslösen würde,

Auch vermisste man etliche von der Spitze...

In einem Bericht über die grosse Sportsmanifestation im "Sängerhaus" heisst es in der "NW" u. a.: "auch vermisste man einige Kambraden von der Spitze."

Am gleichen Tage lasen wir in den "Neuesten Nachrichten":

"Auf der Ehrentribüne bemerkten wir folgende Persönlichkeiten: Herr Perrella della Rocca, Préfet du Doubs, die Herren Chaigneau, Generalsekretär

und Freund, Kabinettschef der Präfektur; in Vertretung des Herrn Präfekten des Bas-Rhin, Herr Barraud von Strassbourg-Land, Herr Paira, Sous-Préfet von Molsheim; Herr Matter, Sous-Préfet von Thann; Mourer und Walter, Députés."

Warum Mourer lieber in auserlesener Gesellschaft dem Fussballmatch auf dem Racing-Platz zusah, ist ja hinreichend bekannt. Der Kamerad von der Spitze fehlte im Sangerhaus, weil er sich mit den Herren der Gesellschaft auf dem Racing-Platz mehr verbunden fühlt, als mit der Arbeiterbewegung. Das wird ihm doch in der Hueberpartei keinen Abbruch tun?!

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Huebers Bundesgenossen:

Ihr Kampf gegen nationale Unterdrückung.

Hueber hat sich erneut mit den Autonomisten hitlerischer Prägung verbunden. Da ist es immer wieder gut sich diese Bundesgenossen im Kampfe gegen den französischen Imperialismus näher anzuschauen und man wird bei näheren Zusehen merken, dass die Herren von der "ELZ" nur soweit gegen die nationale Unterdrückung kämpfen, soweit sie vom französischen Imperialismus erfolgt.

Sehr klar illustriert diese Haltung ein Artikel Brumders "Gegen eine trostlose Politik", indem er das Wort zugunsten der Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus ergreift.

Herr Brumder macht es natürlich ganz geschickt. Gestützt auf angebli. e französische Urteile, erklärt er, dass Deutschland nicht genügend Raum für seine Bevölkerung besitzt. Seine Folgerung ist, dass man Deutschland dort Raum geben soll, wo er noch vorhanden ist. Wo ist er nun vorhanden? Brumder meint Frankreich habe sich soviel Raum angeeignet, dass es ihn nicht einmal besiedeln könne, während "daneben anderen wie Deutschland, die auf europäischen Raum eingeengt sind, nicht nur jede Ausdehnung auf dem europäischen Festland selbst (meint Brumder hier Freiheit für Deutschland in seinem Drang nach Osten? Die Red. der "A.P."), sondern auch jeder aussereuropaische Raum abgesprochen wird."

Brumder verlangt also vom imperialistischen Frankreich, dass es dem Ausdehnungsdrang des deutschen Imperialismus freiwillig Rechnung trägt. Entweder gibt man Deutschland Gebiete im Osten oder Kolonien, so steht für Brumder die Frage.

Das alles wird natürlich im Interesse des Friedens vorgetragen nach der Devise: Und gibst Du nicht willig, dann brauch ich Gewalt! Das soll nach Brumder der einzige Weg zum Frieden und zur Rettung der europäischen Kultur sein.

Dieser eigentümliche Kämpfe wider die nationale Unterdrückung des Elsass durch den französischen Imperialismus entpuppt sich also bei Licht besehen als ein ganz gewöhnlicher Propagandist für die Auslieferung fremder Gebiete und Völker an den deutschen Imperialismus. Er ist also dafür, dass die Kolonialvolker statt vom französischen, vom deutschen Imperialismus in liebevolle Behandlung genommen werden. Damit zeigt die "ELZ" zugleich, dass sie nur solange etwas an der nationalen Unterdrückung auszusetzen hat, solange diese von Frankreich ausgeht, dass sie aber durchaus damit einverstanden ist, wenn dieselbe nationale Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus erfolgt.

Bedarf es da noch einer näheren Beweisführung, dass die gegen die nationale Unterdrückung schlechthin kämpfende revolutionäre Arbeiterklasse auch in der nationalen Frage mit den Bundesgenossen Huebers keine Gemeinschaft pflegen darf?

ARBEITERTURNVEREIN L'AVENIR

Die Vereinsleitung fordert alle aktiven und passiven Mitglieder auf am Volkskonzert, des Union Chorale des Ouvriers libres am Sonntag, den 31. März, nachmittags 3 Uhr im Sangerhaus zu erscheinen.

N.B. Sonntagmorgen ab 8 Uhr obligatorischer Arbeitsdienst auf dem Sportplatz. Der Vereinsvorsitzende: H. Marx.

Geschäftelhuberei

der Weill-Imbs - Naegelen.
==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Die SFIO-Strasbourg hat sich nach Mitteilung der "F.P." in ihrer letzten Mitgliederversammlung gegen 15 Stimmen für die Annahme des Proporzvorschlages der UPR ausgesprochen.

Einen gleichen Beschluss hat inzwischen die radikalsozialistische und die demokratisch-republikanische Partei gefasst. Es wird auch nicht lange auf sich warten lassen und auch die Apna - die sich in den Dörfern als Propagandist der faschistischen "Neuen Front" betätigt - wird ihre Zustimmung zum UPR-Vorschlage erteilen.

Die Arbeiter werden diesen Schlag der SFIO gegen die proletarische Einheitsfront und für die "Volksgemeinschaft" mit den nationalen Parteien, die sich da im Interesse des Parteiburgfriedens, der Überwindung des Parteiaders und der "sachlichen" und "unpolitischen" Kommunalarbeit etabliert hat, als einen Schlag gegen sich selbst empfinden.

Wenn die Sozialisten ihren Anhängern begreiflich machen wollen, dass die Zustimmung zum UPR-Vorschlag gar nichts mit der prinzipiellen Einstellung zu den Proporzpartnern zu tun hat, so beweisen die Tatsachen und die selbst in der SFIO noch schüchtern auftretende Opposition etwas anderes.

Sofort nach Veröffentlichung des Proporzvorschlages hat die "FP" ihren Kampf gegen die UPR und Michel Walter, den sie noch kurz vorher als den eigentlichen Bürgermeister von Strasbourg betrachtete, eingestellt. Auch der Kampf gegen die Demokraten und die anderen Verherrlichter der 6. Februarhelden erfuhr eine auffällige und für alle Eingeweihten verständliche Milderung. Daraus ergibt sich bereits die unvermeidliche Wirkung des freiwilligen Proporz.

Die weitere Wirkung des Proporzvorschlages ist die, dass im II. Wahlgang die Sozialisten gegen die Kommunisten und für die Wahl ihrer gemeinsamen Liste mit den übelsten Chauvinisten und Nationalisten eintreten müssen.

Dass es sich bei der Stellung zum UPR-Vorschlage um eine politische Entscheidung handelt, ergibt sich auch aus den Ausführungen Naegelens auf dem Förderationskongress der SFIO, wo er nach der "FP" ausführte:

"dass es keine gemeinsamen Listen mit Parteien geben kann, so lange sie die Autonomie und das Selbstbestimmungsrecht für Elsass und Lothringen vertreten."

Das heisst doch, dass es für die Sozialisten politisch untragbar ist, mit den Anhängern des Selbstbestimmungsrechts auf einer gemeinsamen Liste entsprechend dem UPR-Vorschlage zu stehen. Die Entscheidung der SFIO-Strasbourg besagt aber zugleich, dass keinerlei politische Bedenken dagegen bestehen, mit den Parteien des Grösskapitals, mit den Brüdern Dollfuss und Gil-Robles und den faschistischen Klerikalen von der Apna auf einer einheitlichen Liste zu stehen.

Die Sozialisten haben mit ihrer Entscheidung auch zum Ausdruck gebracht, dass ihnen der Kampf um eine Arbeitermehrheit gleichgültig ist. Deshalb ist es auch nichts als bodenlose Demagogie, wenn sie im gleichen Atemzuge, wo sie durch den Proporz den grosskapitalistischen Parteien zu Sitzen im Gemeinderat verhelfen, erklären, dass sie allein imstande sind der sozialen Reaktion auf dem Rathause den Garaus zu machen.

Gegenüber einer solchen Politik kann es für die Kommunisten keine Neutralität, sondern nur Kampf geben.

Das Echo auf die wälnischen Präzisionen.

Der Artikel des Regionalsekretärs der KP Wäln über die Wahltaktik der KP ist in unserer voraufgegangenen Nummer ausführlich besprochen worden.

Inzwischen haben sich die Parteien der ehemaligen Volksfront zu der neuen taktischen Linie der KP überwiegend zustimmend geäussert.

Wäln druckte im "Elsässer Kurier" den Artikel Wälns ab und gab unver-

Wahlen seiner Genugtuung über die KP-Taktik Ausdruck, von der er sich unter Hinweis auf einen Artikel des "Republikaners" eine Sprengung der Einheitsfront und ihre Unwirksamkeit im Gemeinderatswahlkampf im Gegensatz zu den Generalratswahlen verspricht.

Die "Neue Welt" brachte den Walch'schen Artikel unter der Überschrift "Was macht die Linie? Gegen Weilli-Grumbach! Aber für Naegelen-Richard?" ihren Lesern zur Kenntnis. Im Kommentar heisst es:

"Wir können uns nicht denken, wie die Linie den Kampf gegen nationale Unterdrückung mit den Sozialpatrioten führen will ... Anlässlich der Generalratswahlen hat die Linie mit der Partei der Sozialpatrioten paktiert; in Strassbourg hies die Parole: für Naegelen! In Colmar: für Richard! Nachträglich erfuhr man dann dass sich die Linienpartei in der Taktik "geirrt" habe. Vorläufig sind wir gespannt, ob die neue Wahltaktik der Linie nicht wieder in einem von Paris gewollten "Irrtum" endet."

In ähnlichem Sinne nahm auch die "ELZ" zum Walch'schen Artikel Stellung. In der "Zukunft" äussert sich Dahlet in einem Artikel "Späte Einsicht" u. a. zum Walch'schen Artikel:

"Wir stellen zunächst fest, dass sämtliche Forderungen, welche hier von dem kommu. Blatte als Grundlage der .. "Wahlverwandtschaft" formuliert werden, zum Mindesten auf die Els. Lothr. Fortschrittspartei zutreffen. (Die NW fügt beim Abdruck des Dahlet Artikels hinzu: Und natürlich nicht minder für die K.P.O.!) Sämtliche ohne Ausnahme! Also nicht bloss "drei gemeinsame Forderungen", die Hr. Walch, wohl gegen besseres Wissen, den Sozialisten, welche bisher ja stets dem Assimilationsmus den Rücken gesteuft haben, zuschreibt".

An anderer Stelle heisst es:

"In der Veröffentlichung des Hr. Walch ist aber noch etwas anderes interessant, was ebenfalls ein "Pater peccavi" darstellt, nämlich der Passus über die UPR. Jahrelang hat die KP die nichtklerikalen Volksfrontparteien und insbesondere die KPO bekämpft mit dem Vorwurf, dass sie mit den Klerikalen gehen. In den Generalratswahlen bildete dieser Vorwurf sogar eines der Hauptargumente der Linie ... Nun widerlegt Hr. Walch im Obigen auch dieses noch."

Die Herren der Volksfront sind also mit der von Paris ohne Anhörung der Mitgliedschaft verordneten Wendung der KP für die Gemeinderatswahl ganz zufrieden und erblicken daran - nicht ganz mit Unrecht - eine nachträgliche Bestätigung der Richtigkeit ihrer Politik durch die Partei.

Die Folgen dieser taktischen Eiselei, die sich hier die KP-Führung leistete, werden die sein, die wir bereits aufgezeigt haben. Wir zweifeln zwar nicht daran, dass die Mitglieder eine Wiederholung des Experiments im Jahre 1929 unter wesentlich fortgeschritteneren politischen Verhältnissen den notwendigen Widerstand entgegensetzen werden. Das Experiment von 1929 führte zur Spaltung in Strassbourg und Colmar und zu einer Verminderung des Ansehens der kommunistischen Bewegung. Die Wirkung der neuen taktischen Wendung ist bereits heute eine Befestigung der Position Huebers und eine Erleichterung für das Eingehen der SFIO auf den UPR-Vorschlag.

Wir sind überzeugt davon, dass die KP bei der Praktizierung der neuen Linie in der Praxis noch ihr blaues Wunder erleben wird. Wenn dieser oder jener Kritiker der "neuen Linie" vertrauensvoll eröffnet erhält, dass ihre Anwendung in Strassbourg nicht in Frage kommt, dann können wir nur sagen: Um so schlimmer!

Hätte sich die Partei in Strassbourg zum Fürsprecher des IVKO-Vorschlages gemacht und hätte sie diese Linie sinngemäss auf Colmar und andere Orte angewandt, dann hätte sie sich neue Sympathien und neues Vertrauen erworben, um den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus erfolgreich fortzusetzen.

Wir verheimlichen nichts, wenn wir hervorheben, die Art in der die neue Wendung der Partei aufgehoben wurde, ist uns ein neuer Beweis, dass das Regime des bürokratischen Zentralismus in der KPF noch immer triumphiert

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat für 2-
Einzel Exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op~~po~~sition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 32/II. Jahrgang

Erste Aprilwoche 1935,

GEFÄHRLICHE IRRTÜMER IM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN
oo

KRIEG.
oooooooo

Der Kampf zur Verhinderung des imperialistischen Krieges steht heute
als eine höchst dringliche Frage auf der Tagesordnung.

Die Reise der englischen Minister nach Berlin hat selbst den Widerstre-
bensten klar gemacht, dass Hitlerdeutschland heute in Europa der gefähr-
lichste Kriegsbrandherd ist und dass es versucht, gestützt auf seine ge-
waltige militärische aufrüstung, Bundesgenossen für den Krieg gegen die
Sowjetunion zu gewinnen.

Der Versuch Hitlerdeutschlands, England zu einem Sonderbündnis gegen
die Sowjetunion zu bewegen, kann nach den Ergebnissen der Moskauer Rei-
se vorläufig als gescheitert betrachtet werden.

Wir sagen ausdrücklich vorläufig und zwar in Bezug auf England. Die Ge-
fahr, dass Hitlerdeutschland zu Japan und Polen noch weitere Bundesge-
nossen gewinnen kann, ist damit noch keineswegs ein für allemal gebannt.

Die ungeheuren Rüstungen Hitlerdeutschlands dienen unmittelbar dem
Zweck, Deutschland in wachsender Masse bündnisfähig zu machen. Hitler-
deutschland lässt sich durch seine zeitweilige aussenpolitische Isolie-
rung nicht abschrecken. Es hofft, dass je stärker es rüstet, es um so leicht-
er im günstigen Augenblick Bundesgenossen gewinnen kann.

Es gibt heute kein Land, in dem die grosse Mehrheit des Volkes, die Ar-
beiter und die werktätigen Bauern, nicht gegen den Krieg ist.

auch in Deutschland! Die Arbeiter und Bauern in Frankreich dürfen sich
hierin durch die eigne chauvinistische Presse nicht irreführen lassen.
Den Revanchekrieg wollen heute und bereiten vor in Deutschland die
Grossbourgeoisie, die Junker, die faschistischen Diktatoren und die vom
Faschismus unmittelbar ausgehaltene Schicht der Nutzniesser der faschis-
tischen Diktatur. Das ist eine Minderheit. Die Mehrheit des Volkes, Arbei-
ter, Kleinbauern, Kleinbürger fürchten und hassen den Krieg. Die Massen,
die heute in Deutschland bei chauvinistischen Kundgebungen aufmarschie-
ren, marschieren zu einem grossen Teil unter Zwang, widerwillig. Das trifft
heute sogar schon auf die Mehrheit der Jugend zu. Der Gewaltstreich Hit-
lers vom 16. März diente nicht zuletzt auch dazu, die dem Krieg wider-
strebenden Massen einzuschüchtern. In den Monaten von Oktober bis zur
Saarabstimmung herrschte in Deutschland unter den Massen eine wahre
Kriegspanik - panische Furcht vor dem Krbege!

Die Arbeiter und Bauern in Frankreich dürfen sich also durch die chau-
vinistische Presse nicht verleiten lassen, zu glauben, dass das deutsche
Volk als Ganzes oder in seiner Mehrheit den Krieg will. Sie müssen wis-
sen, dass die Mehrheit des deutschen Volkes ihre Bundesgenossen im Kamp-
fe gegen die faschistischen und kapitalistischen Kriegsbrandstifter
sind. Daher ist es das ureigenste Interesse der werktätigen Klassen
Frankreichs den antifaschistischen Kampf in Deutschland mit aller Kraft
zu unterstützen.

Man kann damit rechnen, dass durch das Auftreten Hitlers einerseits, durch die Stellungnahme der Vertreter der Sowjetunion andererseits und die Verbesserung der Beziehungen der Sowjetunion zu England, der Abschluss des Ostpaktes nähergerückt ist. Der Ostpakt ist kein Militärbündnis im alten Sinne. Er ist eine Sicherung gegen imperialistische Überfälle - soweit eine solche Sicherung bei den heutigen weltpolitischen Kräfteverhältnissen möglich ist. Die französische Arbeiterklasse hat alle Ursache, auf die Regierung den stärksten Druck auszuüben, damit sie ihr langes Zögern aufgibt, und den tatsächlichen Abschluss des Ostpaktes möglichst rasch vollzieht.

Aber die Arbeiterklasse muss sich dabei klar machen, dass Pakte wie der Ostpakt, der Donaupakt usw. keine absolute, sondern nur relative und zeitweilige Sicherungen gegen imperialistische Überfälle sind. Solche Pakte können den Krieg hinausschieben, - und das bereits ist sehr wertvoll und aller Anstrengungen wert - aber sie können ihn nicht absolut verhindern. Die Führer der Komm. Partei der Sowjetunion haben sich darüber wiederholt mit voller Klarheit ausgesprochen. Und es ist notwendig, dass auch die Kommunistischen Parteien ausserhalb der Sowjetunion sich darüber klar sind und das Volk darüber aufklären.

Den imperialistischen Krieg unmöglich machen kann nur der Sturz der Bourgeoisie, die Durchführung der proletarischen Revolution. Deshalb muss die Arbeiterklasse mit aller Schärfe ablehnen und bekämpfen den Standpunkt, den der sozialdemokratische Führer Léon Blum kürzlich in der Kammer vertreten hat, den Standpunkt, dass in der Abwehr eines Angriffes von Seiten Hitlerdeutschlands die Arbeiterklasse geschlossen hinter der bürgerlichen Regierung, an der Seite der Bourgeoisie, stehe, dass die all. wie im Weltkrieg, die union sacré wiederherstelle.

Die Arbeiter kennen heute die Früchte dieser union sacré. Was würde die union sacré, der "Burgfrieden", die Unterordnung der Arbeiter unter die grossen Kapitalisten und Generale bedeuten im Falle es zu einem Krieg käme, bei dem Frankreich an der Seite der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland kämpfte?

Es würde bedeuten:

1.) Dass in Frankreich selbst die gesamte erwachsene Bevölkerung der verschärften kapitalistischen Ausbeutung und militärischen Unterdrückung unterworfen würde, dass die Herrschaft des Geldsacks, des Säbels, des Weihwedels ungeheuerlich verschärft würde. Das bedeutet aber, dass der Krieg, soweit er eine Unterstützung der Sowjetunion ist, nur schwach und unzulänglich geführt würde. Um einen Krieg zur Unterstützung der Sowjetunion, um einen wirklich antifaschistischen Krieg zu führen, der auch die ausgebeuteten und Unterdrückten Deutschlands für sich gewinnt, muss die Arbeiterklasse ihn selbst in die Hand nehmen, muss sie die Bourgeoisie stürzen und ihre eigne Macht aufrichten.

2.) Ein Krieg unter Führung der französischen Kapitalisten ist ein imperialistischer Krieg - auch dann, wenn er an der Seite der Sowjetunion geführt würde. Das bedeutet praktisch, dass die französische Bourgeoisie nur ein unsicherer und halbherziger Bundesgenosse der Sowjetunion wäre. bereit, im gegebenen Augenblick mit einer bürgerlichen Regierung in Deutschland ein Compromiss zu machen - Verrat zu üben.

Es bedeutet ferner, dass wenn im Gefolge einer Niederlage der Hitlerregierung in Deutschland die Arbeiterklasse sich revolutionär erhebt, um ihre eigne Macht aufzurichten, die französische Bourgeoisie sich sofort mit der bürgerlichen Contrerevolution in Deutschland verbünden würde, um die proletarische Revolution niederzuschlagen.

Es bedeutet weiter, dass die französische Bourgeoisie dann versuchen würde, im Bündnis mit den Kräften der deutschen Bourgeoisie Deutschland zu zerstückeln.

In einem Artikel im "Populaire" erklärt sich Marcel Pivert - einer der Führer des linken Flügels in der SFIO - scharf gegen die Erklärung Léon Blums, gegen die union sacré im Kriegsfall. Das ist als grosser Fortschritt im Sinne der Arbeiterklasse zu begrüssen.

Aber Pivert schleppt auch noch einen gefährlichen Rest des bürgerlichen

Pazifismus mit sich. Er fordert noch die allgemeine Abrüstung, die sich unter gegebenen Verhältnissen als Utopie erwiesen hat, er fordert sie auch für die Rote Armee der Sowjetunion.

Aber die revolutionäre Arbeiterklasse hat nicht nur kein Interesse an der Schwächung der Roten Armee, solange imperialistische Mächte die Sowjetunion umgeben, sie hat umgekehrt das grösste Interesse an der möglichen Stärke der Roten Armee, als der einzigen revolutionären Armee, die es bis jetzt gibt.

Die Rote Armee ist das Proletariat in Waffen, das unter dem Banner des Sozialismus kämpft und deren Stärke deshalb auch eine der wirklichen Garantien des Friedens ist. Deshalb kann die Rote Armee nicht stark genug sein.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Delegiertentag der UPR:

"Antimperialismus" und "Friedenspolitik".
=====

Wie notwendig der konsequente Kampf der Kommunisten gegen die UPR ist, hat erneut der Delegiertentag dieser Partei in Strassbourg gezeigt.

Mit reichlicher Demagogie versucht die Partei ihren breiten Anhängermasse den Eindruck zu vermitteln, als sei sie eine antimperialistische und damit eine Partei die gegen den imperialistischen Krieg kämpft.

Wie aber sieht nun der "Antimperialismus" der UPR aus? Die UPR will nach der auf ihrer Tagung angenommenen Resolution den Kampf gegen die Wettüstererei, für eine allgemeine Völkerverständigung und die Abrüstung kämpfen. Sie tritt zu diesem Zweck für die Verständigung Frankreichs mit Hitlerdeutschland ein und verurteilt bereits jetzt den kommenden russisch-französischen Vertrag, nachdem sie eben dem Abkommen von Rom und damit dem imperialistischen Ausdehnungsdrang Italiens gegenüber Abessinien in der Kammer ihren Segen erteilt hat.

Gegen den kommenden russisch-französischen Vertrag und für die Verständigung mit Hitlerdeutschland, das ist also die aussenpolitische Grundlinie der "antimperialistischen" und für die "Völkerverständigung" eintretenden UPR.

Worum handelt es sich beim kommenden russisch-französischen Vertrag? Russland will keinen Vertrag mit Frankreich im Sinne des Abkommens von Rom abschliessen, das Italien freie Hand gegen Abessinien lässt, also neue imperialistische Eroberungen einschliesst und das sich gegen einen Dritten richtete. Russland will keine Verständigung mit Frankreich für einen Angriff gegen einen Dritten, weder gegen Hitlerdeutschland, noch gegen Polen, noch gegen Japan. Die Grundlage der russisch-französischen Verständigung ist rein defensiver Natur, ist der Ostpakt, der nichts anderes beinhaltet als die kollektive Versicherung der Paktteilnehmer sich kollektiv gegen einen möglichen Angreifer zur Wehr zu setzen. Deutschland und Polen sind wiederholt eingeladen sich einem solchen Pakt anzuschliessen. Sie haben es bisher unter fadenscheinigen und durchsichtigen Gründen abgelehnt. Damit haben sie ihre Angriffsabsichten gegen einen Dritten zugegeben.

Das alles ist den UPR-Führern nicht unbekannt. Trotzdem sind sie unbesonnen gegen den kommenden russisch-französischen Vertrag.

Die "Friedensapostel" der UPR, die so erfolgreich die Religion für ihre politischen Zwecke missbrauchen, plädieren mit ihrer Haltung für eine Politik der freien Hand im Osten für den deutschen Imperialismus. Ihre aussenpolitik entpuppt sich also bei Licht besehen, als eine Politik der Begünstigung und Erleichterung eines deutsch-polnischen imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Das gilt es festzuhalten und in die Massen der Kleinbauern und Kleinbürger zu tragen, die sich durch das religiöse Gewand der UPR täuschen lassen.

Der UPR-Delegiertentag ist zwar gegen den kommenden russisch-französischen Vertrag, aber für die Verständigung mit Hitlerdeutschland. Die UPR

hat sich also wieder mit der Hucherpartei und den Landesparteilern auf einer Linie gefunden.

Die UPR sagt wchlwäslich nicht wie diese Verständigung beschaffen sein soll und auf welcher Grundlage sie erfolgen soll. Das französisch-englische Abkommen, in das bekanntlich auch der Ostpakt und die militärische Gleichberechtigung Hitlerdeutschlands neben anderen Punkten, als Grundlage einer Verständigung mit Deutschland einbezogen sind, ist von der Hitlerregierung abgelehnt worden. Statt dessen hat es weitreichende imperialistische Ziele und Forderungen, u.a. auch die Ablehnung des Ostpaktes als Voraussetzung einer Verständigung bezeichnet. Der UPR-Delegiertentag hat sich zu der von der Hitlerregierung präzisierten Verständigungsgrundlage nicht geäußert, obzwar sie ihm bekannt war. Wenn der Delegiertentag trotzdem die Verurteilung des kommenden russisch-französischen Vertrages und weiterhin die Verständigung mit Hitlerdeutschland proklamierte, so ist damit zugleich eine klare Antwort über Grundlage und Inhalt der von der UPR geforderten deutsch-französischen Verständigung gegeben. Diese Grundlage ist die Akzeptierung der grundlegenden aussenpolitischen Position des III. Reiches, die Verständigung gegen einen Dritten, gegen die Sowjetunion.

Vielleicht spielt bei diesem oder jenen Anhänger der UPR der Gedanke, man müsse Hitlerdeutschland gegen den Osten ablenken und so unser schönes Elsass, das so oft die Schrecken eines Krieges erlebte, vor einem Kriege verschonen. Vor wenigen Tagen hat der Papst erklärt, man müsse die Völker zu Paaren treiben, die den Krieg wollen. Die Völker wollen keinen Krieg! Aber angesichts der aussenpolitischen Gedanken der UPR-Führer kann man die Papstworte dahin variieren: "Man muss die UPR-Führer, die mit ihrer Aussenpolitik Hitlerdeutschland zum Krieg gegen die Sowjetunion animieren zu Paaren treiben."

Liegt es nicht auf der Hand, dass ein siegreicher Krieg Hitlerdeutschlands gegen Russland das europäische Gleichgewicht so grundlegend zu Gunsten Hitlerdeutschlands veränderte, dass der Krieg mit Frankreich dem auf dem Fusse folgen würde? Hitlers Politik gegenüber Frankreich ist heute auf Verständigung eingestellt, auf Anerkennung der deutsch-französischen Grenze und eines gegenseitigen Nichtangriffspaktes, damit er die Hände frei hat für den Krieg gegen den Osten. Sein Sieg im Osten würde die imperialistische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich unvermeidlich machen. Der Krieg würde auf diese Weise dem Elsass nicht erspart bleiben. Er käme doch, verbunden mit der Aussicht auf ein faschistisch-barbarisches Europa, wenn nicht die proletarische Revolution aus ihm hervorginge. Also selbst vom rein-elsässischen Standpunkt muss das arbeitende Volk die Aussenpolitik der UPR bekämpfen, weil sie unmittelbar und auf schnellsten Wege in eine neue imperialistische Katastrophe führt.

Das arbeitende Volk des Elsass muss mit der französischen Arbeiterklasse für den Abschluss des Ostpaktes eintreten, der auch Deutschland offen steht. Es muss gemeinsam mit dem internationalen Proletariat konsequent den Kampf gegen die Bonzogeisherrschaft führen, hier und dort, und seine Herrschaft errichten, als einzigste und zuverlässigste Garantie dafür, dass das Elsass vom Krieg verschont bleibt.

Dazu gehört auch der nie ermüdende und unablässige Kampf gegen "die Friedensapostel" in der UPR und keinerlei Gerede vom antiimperialistischen Charakter der UPR, wie wir dies in letzter Zeit von Walch gehört haben.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

An die "Neue Welt":

"Arbeiter-Maire oder Kapitalisten-Maire?"
=. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =

Als die UPR Anstalten machte aus der Volksfront auszubrechen, schrieb die "NW" im weinerlich zurdendenden Tone an die Adresse der UPR; "dass gerade unter der Volksfrontherrschaft wie nie zuvor von allen Volksfrontparteien die politischen Momente fast völlig ausgeschaltet wurden und dass jede Partei bei grössten Selbstverzicht nur dem kommunalen Interesse zu dienen bestrebt war . . ."

Wenn Worte einen Sinn haben, konnte diese vor aller Öffentlichkeit an die Adresse des UPR-Abtrünnigen gerichtete Offenbarung, doch nur heis-

sen: Ich weiss garnicht was Du hast liebe UPR. Haben wir nicht fast bis zum Selbstverzicht auf unser Programm, auf die klassenmässige Vertretung proletarischer Interessen verzichtet, um nur dem kommunalen Interesse zu dienen? Wie kannst Du uns nun zum Dank dafür so schönede im Stich lassen?

Die Demokraten waren geradezu entzückt ob dieser Selbstbekenntnisse der Hueberpartei und kommentierten sie so:

"Wir dürfen uns ehrlich ob solcher Entwicklung freuen, die doch offenbar bedeutet, dass politische Notwendigkeiten (hämlich die Aufrechterhaltung der Volksfront) eine politische Partei (die KPO) zum aufgeben des politischen Programms geführt haben..."

Nachdem nun der ergebenste Kotau und das Schweifwedeln vor der UPR, die sich nicht veranlasste der KPO-Einladung zum Beitritt zur Volksfront nachzukommen, hat die "NW" eine neue Platte aufgelegt. Sie hat sich wieder einen purpurroten Mantel umgelegt und stolz verkündet sie:

"Wir werden die Arbeiterklasse, die gesamte Arbeiterklasse, zu einer unzweideutigen Entscheidung drängen: ob Hueber oder Frey, ob ein Stadt- oberhaupt aus der Unternehmer- und Kapitalistenpartei. Die Strasburger Arbeiterklasse wird sich nicht einem Gegner ausliefern. Nie!"

Gut gebrüllt Löwe! Aber wir erlauben einige bescheidene Fragen aufzuwerfen, die in das Kapitel "Arbeiter-Maire oder Kapitalisten-Maire" fallen.

1.) Warum greift die "NW" nicht die UPR an, die doch das Rad der Geschichte in Richtung Ch. Frey drehen will? Man kann also auch heute noch nicht die bis zum Selbstverzicht gehende Liebe zur UPK beiseite legen. Daraus folgt doch wohl, dass die Führer der Hueberpartei jederzeit bereit sind sich nochmals und wenn es nützt meheremals im Selbstverzicht zu üben, vorausgesetzt, dass dadurch Ch. Hueber weiter auf dem Mairesessel sitzen bleiben darf. Es geht also nicht um die Sache, sondern um den Platz. Der Mairesessel ist ihnen nicht Mittel zum Zwecke der Durchführung einer proletarischen Kommunalpolitik, sondern er ist ihnen Selbstzweck.

2.) "Arbeiter-Maire oder Kapitalisten-Maire", so stellt die "NW" die Frage. dachweid! Was aber ist das Kriterium dafür? Der Name Hueber? Der Name ist Schall und Rauch, sagt ein altes Sprichwort und ein anderes heisst: "Sage mir mit wem Du umgehst und ich sage wer Du bist".

Arbeiter-Maire heisst nach unserer Auffassung: Arbeitermehrheit im Gemeinderat, heisst ein Arbeiter-Programm für den Kampf um diese Mehrheit und als Arbeits- und Aktionsgrundlage für diese Mehrheit. Arbeitermaire heisst also nicht Charles Hueber oder Charles Frey, sondern für eine proletarische Kommunalpolitik, niedergelegt in einem verpflichtenden Aktionsprogramm als gemeinsame Plattform der dafür eintretenden Arbeiterparteien. Daraus ergibt sich dann zwangsläufig die Frage nach einem auf dem Boden eines solchen Programms stehenden Arbeiter-Maires..

Hueber stellt die Frage der Arbeitermehrheit überhaupt nicht, er zieht einer Koalition der Arbeiterparteien einem festen und dauernden Block mit den bürgerlichen Autonomisten und den Klerikalen vor, über deren dem Sozialismus feindlichen Charakter er sich früher mit aller Schärfe ausgelassen hat.

Deshalb sagen wir: Jawohl! Gegen den Kapitalisten-Maire und eine Bürgerblockmehrheit, den Arbeiter-Maire fussend auf einer Arbeitermehrheit und einem von ihr getragenen und verpflichtenden proletarischen Aktionsprogramm für den parlamentarischen und ausserparlamentarischen Kampf.

Aber nie "Ausschaltung der politischen Momente und Selbstverzicht" im Interesse der Behauptung eines lieb gewordenen Amtssessels. Dazu braucht die Arbeiterklasse keinen Mairesessel und keinen "Arbeiter"-Maire. Das führt nur zur Diskreditierung der Sache der Arbeiterklasse, zur Erschütterung des Vertrauens der Arbeiter, zur Züchtung jener Indifferenz, auf deren Boden die faschistische Sumpfpflanze üppig gedeiht.

Dafür dürfen sich die klassenbewussten Arbeiter und dafür werden sie sich nicht hergeben.

DER ALLGEMEINE PROPORZ IN COLMAR GESCHEITERT.
 ooo

Der "Republikaner" berichtet, dass die Verhandlungen über die Anwendung des freiwilligen Proporztes für den II. Wahlgang der Gemeinderatswahlen gescheitert sind. Sozialisten und Radikale sollen nach dem Bericht verlangt haben, dass für den II. Wahlgang soviel Sitze freizuhalten seien, als der kommunistischen Partei auf Grund ihres Stärkeverhältnisses im I. Wahlgang zustehen würden. Dieser Vorschlag sei von der UPR und der Demokratischen Partei schroff abgelehnt worden, wodurch sich die Verhandlungen über den Proporz zerschlugen.

Diese Haltung der Rossé'schen UPR ist auch im Hinblick auf die von der Regionalleitung der KP festgestellten taktischen Fehler der Colmarer Parteisektion bei den letzten Kantonalwahlen und im Hinblick auf die Walch'schen Präzisionen zur Wahltaktik der KP gegenüber den sogenannten "antiimperialistischen" Parteien bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl höchst aufschlussreich.

Für die Kautschukpolitik der Strasbourger SFIO aber ist bezeichnend, dass sie bei ihrem Eingehen auf den Proporzvorschlag der UPR nicht einmal dem Beispiel ihrer Colmarer Parteikameraden folgte. Angesichts einer solchen Tatsache wagen es die Imbs, Naegelen usw. noch sich als Anhänger des Aktionspaktes zu bezeichnen. Dabei stehen sie im Begriff gemeinsam mit allen bürgerlich-chauvinistischen Parteien auf dem Wege über den Proporz die Kommunisten vom kommenden Gemeinderat auszuschalten. Schliesslich haben die Arbeiter darüber auch noch ein Wörtchen mizureden.

UM DEN UPR' PROPORZVORSCHLAG IN STRASBOURG.
 ooo

Die APNA hat sich nun-wie wir bereits in unserer letzten Nummer vorausgesehen - dem UPR-Proporzvorschlag angeschlossen. Damit wäre nun die erlauchteste Gesellschaft für den II. Wahlgang unter einen Hut gebracht.

Wenn aber die Zeichen nicht trügen, ist die Durchführung des UPR-Vorschlages noch keineswegs gesichert. Obzwar am 1. April die Frist für die Erklärungen zum UPR-Vorschlage abgelaufen war, hat die UPR noch keine definitive Stellung zu den bisherigen Ergebnissen ihrer eingeleiteten Aktion bezogen.

So weiss denn F. Hecker in "La Republique" zu berichten, dass der regionalist Ch. Heil alle Anstrengungen macht die UPR zu einer Erklärung zu veranlassen, wonach die Volksfrontparteien auch dann am Proporz teilnehmen dürfen, wenn sie nicht -wie dies der UPR-Vorschlag forderte- im I. Wahlgang einzeln und selbstständig auftreten.

Die Sozialisten haben sich zwar entschieden gegen die Heillechen Versuche ausgesprochen, aber das Hinauszögern der beschlussfassenden Stellungnahme der UPR hat sie ein wenig aus dem Gleichgewicht gebracht. Vielleicht haben sie bereits Lunte gerochen, dass sie am Ende des Proporztheaters als die Lakierten dastehen können.

Die "ELZ" hat in einem Artikel zum UPR-Proporzvorschlage ebenfalls ein Hintertürchen zum Proporz offengelassen, schreibt sie doch:

"...die drei Parteien (Volksfront) lehnen den Antrag der UPR in seinem ersten Teil, der das Alleingehen im ersten Wahlgang fordert, ab. Ob die Volksfrontparteien als geschlossener Block im zweiten Wahlgang dem Proporz beitreten will, ist noch eine Frage. Die UPR wäre wie man hört auch mit einer solchen Kombination einverstanden."

Daraus geht deutlich hervor, dass die Kulissenschieberei zwischen UPR und Volksfront im besten Gange ist.

Inzwischen haben die Volksfrontparteien in einer gemeinsamen Erklärung auf den UPR-Proporzvorschlag ablehnend geantwortet. Sie wollen anstelle eines Proporztes eine feste Koalition von Parteien (Volksfront), die die Garantie für eine verwaltungsfähige Mehrheit besitzt, die "unter Hinterrückstellung egoistischer Parteiinteressen (sie meinen wahrscheinlich stattdessen egoistische Privatinteressen) ausschliesslich den Interessen unserer Stadt und unserer Heimat dient!"

Sie wären, so wird von der Volksfront in der Erklärung gesagt, nur dann für einen Proporz, "wenn dieser die Bildung einer verwaltungsfähigen Ratsmehrheit ermöglicht hätte, die hinsichtlich der Hintansetzung ausgesprochener partei egoistischer Ziele zumindestens Garantien geboten hätte, die die Volksfront geboten hat."

Man sieht die Herren haben ihre Sorgen. Sie üben sich alle weiter in Selbstverzicht auf ihre Prinzipien und Programme, wobei die Hueberpartei als angeblich kommunistische Partei wie immer den Vogel abschiesst.

Das Volkskonzert der Arbeitersänger.
 =,=

Zur Propagandierung der, vom 8 - 10 Juni in den Mauern Strasbourgs stattfindenden I. Internationalen Arbeiter-Musik- und Gesangs-Olympiade, veranstaltete der Union Chorale des Ouvriers libres am Sonntag, den 31. März im Sängershaus ein Volkskonzert, bei dem sich der Verein zum ersten Mal unter der Leitung seines neuen Dirigenten Ph. Müller der Öffentlichkeit präsentierte.

Leider war der Besuch ein mässiger. Ein Beweis dafür, dass die Arbeitersänger ebenso wie die Sportler ihre Kräfte vereinigen und zur vollen Geltung bringen müssen. Warum soll das, was bei den Sportlern möglich, bei den Sängern unmöglich sein? Es muss nur mit voller Kraft und Nachdruck an der Verwirklichung dieser Aufgabe gearbeitet werden.

Das Programm wurde exakt und flott zur Aufführung gebracht und fand ungeteilten Beifall. Besonders hervorzuheben wäre das Streichorchester des Arbeitermusikvereins "Liberté", das besonders starken und verdienten Beifall auslöste und das jedem Berufsmusikerorchester ebenbürtig ist. Notwendig wäre nur, dass das Orchester auch stärker die Tendenzmusik pflegt, zu mindestens hätten wir einleitend und am Schluss ein proletarischer Kampf- und Marschlied erwartet.

Von den gesanglichen Leistungen verdient der Männerchor mit seinen Liedern besondere Anerkennung. Die von ihm vorgetragenen Volkslieder fanden besonders starken Beifall. Zu wünschen wäre nur eine Verstärkung des Tenors, der gegenüber dem kräftigen und wirksamen Bass nicht voll zur Geltung kam.

Der Kinderchor gefiel allgemein, obzwar es noch ein wenig haperte. Fleiss und Energie des neuen Dirigenten aber sind uns sichere Garantie für die Überwindung der noch vorhandenen Unebenheiten. Notwendig aber ist dazu auch die Befolgung der Aufforderung des Präsidenten, Kmd. Moerschel, dass die Arbeitereltern ihre sangesfreudigen Kinder in die "Singstunden des Vereins" schicken.

Die Darbietungen des Frauen-Chors fanden allgemeine Aufmerksamkeit und Beifall. Dringend erwünscht wäre hier eine Verstärkung und besseres, harmonischeres Aufeinander-Abgestimmtsein.

Allgemein sympathisch wirkte das Tondenzlied im Programm. Trotzdem wollen wir einen Wunsch nicht unterdrücken: wir möchten auch im Tendenz- und Kampflied stärker den Pulsschlag der Zeit fühlen, den Ausdruck der Nöte und Gefühle des von Krise u. Arbeitslosigkeit gepeinigten, von Krieg und Faschismus bedrohten Proletariats. Wir möchten im Lied den Rythmus des gewaltigen historischen Ringens der Arbeiterklasse und ihrer Jugend fühlen, das einen Dimitroff, die Helden des österreichischen und spanischen Aufstandes und die Tausende und Abertausende illegaler Kämpfer in Deutschland und die siegreiche Sowjetunion hervorgebracht hat.

Das zum Vortrag gebrachte Tondenzlied entspricht zu stark einer vor-kriegszeitlichen Mentalität, wo der Klassenkampf in überwiegend friedlichen Formen verlief und die Illusion vom Bebelschen Zukunftsstaat die Gemüter bewegte. Wir möchten auch im Lied jene unmittelbare Lebensnähe mit der Gegenwart des Klassenkampfes, die scharf und kantig ist. Wir brauchen die Fanfare!

Wir wissen sehr wohl, dass hier weniger unsere Arbeitergesangsvereine, als unsere Komponisten versagen. Aber es gibt immerhin schon eine Reihe Lieder (Bert Brecht, Eisler u. a.), die beachtenswert sind und unsere Ar-

beitergesangsvereine sollte keine Mühe und kein Geld scheuen sich in ihren Besitz zu setzen.

Wir verbinden unseren Apell mit dem des Präsidenten: Helft und stärkt den Verein, der sich selbstlos in den Dienst der gesamten Arbeiterbewegung stellt. Wenn sich heute einige in der Sabotage der Vereinveranstaltungen gefallen, so gehe man über sie zur Tagesordnung hinweg und an die Arbeit.

o-o

ARBEITERTUNRVEREIN L'AVENIR.

Am Samstag, den 6. April, abends 8 Uhr findet in der Tücherstube, oberer Saal, die fällige Mitgliederversammlung statt. Da wichtige Punkte zur Beratung stehen, werden alle passiven und aktiven Mitglieder erwartet.

Der Vereinsvorstand.

o-o

Einheitlicher 1. Mai auch in Colmar.
=. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =. . . =.

Dem Beispiel von Mülhausen folgend, ist jetzt auf eine Initiative der CGTU auch in Colmar zwischen CGT und CGTU eine Vereinbarung über die geschlossene und einheitliche Durchführung des 1. Mai als Kampftag zustande gekommen.

Im Hinblick auf die bereits gegebenen Beispiele bedarf es keiner besonderen Betonung, dass auch die Strasbourger Arbeiter die geschlossene und einheitliche Durchführung des 1. Mai von der CGT und CGTU erwarten. Die CGTU hat bereits eine Intervention bei der CGT unternommen, deren Beantwortung durch die CGT noch aussteht. Es ist zu hoffen, dass die CGT die Respektierung des Willens der Mehrheit der Arbeiter versteht.

Der Chauvinismus feiert Triumphe.

In der vergangenen Woche ereignete sich in der Nähe eines Studentenheims an der rue de Kembs ein Zwischenfall, der ein bezeichnendes Licht auf den in der bürgerlichen französischen Jugend grossgezogenen Chauvinismus wirft. Elsässische Studenten wurden von einer Bande bürgerlicher Jugend überfallen und aufs schwerste verdroschen, weil sie angeblich das Horst-Wessellied im Heim gesungen haben sollen. In einer späteren Meldung war es schon das Deutschlandlied und der Polizeibericht meldet darüber überhaupt nichts.

Im Hinblick auf diese Tatsache, muss sich die Arbeiterklasse ganz entschieden gegen bürgerliche Jünglinge zur Wehr setzen, die unter der Maske des Antihitlerismus den Kampf gegen die deutsche Sprache und für die Assimilierung mit Knüppelmethode, also auf echt hiltlerische Art führen. Wenn die Herren, die uns vom Theaterskandal hinreichend bekannt sind und das Koningent der chauvinistischen Jugendverbände stellen, glauben, gestützt auf die antihitlerische Grundstimmung des elsässischen Volkes ihrem ungehemmten Deutschenhass und ihrem Hass gegen den Gebrauch der im Elsass beheimateten deutschen Sprache blindwütig ausstupsen zu können, so wird ihnen sehr bald bedeutet werden, dass auch das antihitlerische und antifaschistische Proletariat gegen den französischen Chauvinismus von der gleichen Empfindlichkeit ist, wie gegenüber dem deutschen.

DER RABBI UND DER MÖNCH.

Im Hinblick auf die Pressefehde zwischen "FP" und "NW", wobei die "NW" unter Hinweis auf die Annahme des UPR-Proporzvorschlages durch die SFIO Naegelen, Ims usw. als Pfaffenfresser bezeichnet und als Echo die "FP" auf den früheren Antiklerikalismus Huebers verweist, erinnern wir uns der Heineschen Erzählung vom Rabbi und vom Mönch: Sie stinken beide und haben beide Dreck am Stecken.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzelkempfar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 33/II. Jahrgang.

Zweite Aprilwoche 1935.

UM STRESA.
oooooooooooo

MIT ODER GEGEN DIE
oo

SOWJETUNION.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Berliner Verhandlungen haben den Vorzug, dass jetzt von deutscher Seite die Kernfrage der zu fällenden aussenpolitischen Entscheidung mit aller wünschenswerten Klarheit und Nachdrücklichkeit gestellt ist. Hitler begleitete bereits die Mitteilung der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht an die Gesandten in Berlin mit offenen Ausfällen gegen die Sowjetunion. In dem Vortrag, den er Sir John Simon und Mister Eden hielt, stellte er unverblümt fest, dass Deutschland an keinem Sicherheitspakt teilnehmen werde, der die Sowjetunion einschliesse. Er stellte also England offiziell vor die Frage der Bildung einer konterrevolutionären Koalition gegen die Sowjetunion. Inoffiziell ist dies vor den Berliner Verhandlungen wiederholt geschehen und es scheint, dass Hitlerdeutschland sich vorher versichert hat, dass es den Gewaltstreich vom 16. März wagen konnte, ohne das England darauf reagiere.

Deutschland ist auch nicht bereit, sich dem Donaupakt anzuschliessen. Die von Hitler geforderten Aufklärungen darüber, was "Nichteinmischung" bedeute, die Andeutung, dass das "Selbstbestimmungsrecht" Österreichs gesichert werden müsse: all das läuft darauf hinaus, dass Hitlerdeutschland sich vollkommen freie Hand auch gegenüber Österreich vorbehalten will. Die Anfragen an die englischen Vertreter zielten darauf ab, sich zu vergewissern, dass England auch dann nicht eingreifen werde, wenn Deutschland in Österreich eine vollendete Tatsache schafft.

Hitlerdeutschland entzieht sich also jedem wirklichen Sicherheitssystem. Alles andere ist Beiwerk, Manöver.

Die angebliche Bereitschaft, ein Rüstungsabkommen abzuschliessen, ist nur Schein, sie läuft darauf hinaus, dass Deutschland auf Forderungen verzichtet, die es ohnehin nicht durchführen kann, und dass es dies als Zugeständnisse hinstellt. Gleichzeitig wäre Deutschland nicht unwillkommen, wenn es sich dagegen sichern könnte, dass die anderen Mächte schneller und stärker rüsten, als ihm seine finanziellen Mittel erlauben. Deutschland ist bereit, eine Rüstungskontrolle anzunehmen, wenn sie allgemein ist und wenn sie nicht mit Sanktionen verbunden ist. Eine solche Kontrolle ist keine Kontrolle. Nichts hindert Deutschland, ein solches Abkommen ebenso zu umgehen, wie es die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages umgangen hat.

Zur Rückkehr in den Völkerbund hat Hitler erklärt, dass eine Rückkehr nur dann in Frage komme, wenn Deutschland auch das Recht auf Kolonien zu erkannt werde.

FRANKREICH UND DIE ANDEREN.
=====

Während Grossbritannien offensichtlich nach einer Kompromisslösung mit Deutschland sucht, schwankt die französische Regierung zwischen Gross-

britannisch und der Sowjetunion. Ein Ausdruck dieses Schwankens war die Tatsache, dass die Reise Laval's nach Moskau erst nach der Konferenz von Stresa und der Sitzung des Völkerbundes stattfinden soll. Erst als Paris sah, dass Grossbritannien dadurch nur in seiner Stellung zu Hitlerdeutschland bestärkt wird, entschloss es sich unmittelbar vor Stresa den bereits fixierten Pakt der gegenseitigen Hilfeleistung mit Russland zu unterzeichnen.

Klarer und entschiedener nahmen die Staaten der Kleinen Entente Stellung. Ihre Gefährdung durch den klar bekundeten Willen Hitlerdeutschlands, sich den Angriff nach dem Osten und Süden freizuhalten, ist augenscheinlich und dringend. Die Kleine Entente drängt daher auf den schnellen Abschluss des Ostpaktes, sie hat ferner angedeutet, dass sie mit der Mobilmachung antworten werde, falls Österreich, Bulgarien und Ungarn dem deutschen Beispiel folgen und die militärischen Klauseln der Friedensverträge ebenfalls zerreißen.

Italien hat bereits die Mobilmachung des Jahrganges 1931 durchgeführt und teilt der Öffentlichkeit mit, dass es gegenwärtig 700 000 unter Waffen hat. Frankreich verbietet die Ausfuhr von Kriegsmaterial und hat die jetzt zur Entlassung kommenden Soldaten weiter unter den Fahnen behalten.

Die Haltung der Sowjetunion.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

In einem Artikel der "Iswestija" heisst es im Hinblick auf Stresa:

Um die Wege abzukürzen, die die Informationen nehmen, lohnt es im vor sich, die Vertreter der drei Westmächte darüber zu informieren, dass ihre Beschlüsse betreffs des von Deutschland zerrissenen Versailler Vertrages unzweifelhaft von Wert sein werden, da diese Mächte den Versailler Vertrag unterzeichneten und er sie in erster Linie angeht. Anders verhält es sich mit der Frage Osteuropas. Diese Frage geht in erster Linie die Völker Osteuropas an und kann ohne sie in Stresa kaum geregelt werden. Jedenfalls, soweit es sich um die Sowjetunion handelt, haben für sie nur jene Beschlüsse Kraft, an deren Zustandekommen sie teilnahm. England und Frankreich schlugen bekanntlich Deutschland den Abschluss einer Luftkonvention über gegenseitige Hilfe vor, an dem ausserdem Italien und Belgien teilnehmen sollen. Zum Unterschied vom Locarnopakt, der Hilfeleistung mit Zustimmung des Völkerbundesrates vorschah, sieht dieser Entwurf die sofortige Unterstützung des angegriffenen Paktsignatars vor, ohne die Prüfung der Angelegenheit durch den Völkerbund und des Völkerbundes abzuwarten...

Die Schlussfolgerung aus dem von Simon entworfenen Bilde ist klar: in einem solchen Fall kann man nicht warten, bis der Völkerbundsrate zusammentritt, die Lage prüft und einen Beschluss fasst. Da muss man handeln... Es drängt sich aber die Frage auf: Werden die Flugzeuge in Osteuropa etwa von Ochsen befördert, und gibt etwa eine Luftattacke in diesem Teile Europas dem Völkerbundsrate die Möglichkeit, zusammenzutreten, um darüber zu plaudern und einen Beschluss zu fassen? Wenn die Bombenflugzeuge und Zerstörer sich in Osteuropa nicht minder geschwind bewegen als im Westen, so darf man wohl fragen: Glauben die Urheber derartiger Projekte etwa, dass es für den Osten genügt, der angegriffenen Macht Hilfe zu erweisen erst, nachdem irgendeine Macht, die starke Flugzeugkräfte besitzt, ihr einen Schlag versetzt hat.

Die Haltung der imperialistische Mächte zeigt immer klarer, dass allein der entschlossene Kampf des Proletariats in allen kapitalistischen Ländern im Bunde mit der Sowjetunion die Welt vor einem neuen baldigen Kriege zu bewahren vermag.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DER ABESSYNISCHE KRIEG RÜCKT NÄHER.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Italien hat vor kurzen einen neuen "Zwischenfall" an der abessynischen Grenze "festgestellt" und verlangt abermals Entschädigung. Die Truppensendungen gehen ununterbrochen weiter. Abessinien hat sich formell an den Völkerbund gewandt, aber England und Frankreich üben den stärksten

Druck aus, um Italien gerade jetzt, wo sie es nicht verärgern wollen, das Erscheinen vor dem Völkerbund zu ersparen. So kann Italien, gedeckt von England und Frankreich, ungestört den Eroberungskrieg in Abessinien vorbereiten. Die Verantwortung für diesen Krieg trifft England und Frankreich nicht minder als Italien. Es ist vorauszusehen, dass die Wirkungen dieses Krieges auch die beiden anderen Mächte treffen werden.

Die aus Italien kommenden Nachrichten zeigen klar, dass die Volkstim-
mung gegen den afrikanischen Krieg ist. Man kann heute schon mit Si-
cherheit sagen, dass das faschistische Italien mit dem abessinischen
Raubkrieg ein Unternehmen beginnt, dass die Revolution in Italien mäch-
tig beschleunigt und in ganz Afrika ungeahnte revolutionäre Kräfte ent-
fesseln kann.

England fürchtet das Überspringen des Funkens aus Abessinien nach dem
Sudan und Kenya.

Aber wie steht es mit den nordafrikanischen und mittelafrikanischen
Kolonien Frankreichs? Sie sind ein Pulverfass!

Ganz Afrika ist durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise unter-
wühlt.

Die Verteidigung der Unabhängigkeit Abessyniens kann sehr wohl die
Sammellosung der unterdrückten eingeborenen Völker ganz Afrikas gegen
die europäischen Kolonialmächte werden.

Die internationale Arbeiterklasse muss den Kampf der afrikanischen
eingeborenen Völker in ihrem eignen Interesse alle erdenkliche Hilfe
leisten.

-o-o-o-o-o-o-p-o-o-o-o-o-o-

DER DE-MAN-PLAN AUF DER PROBE .
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

In der neuen belgischen Regierung sind nicht weniger als fünf Sozial-
demokraten, darunter der Parteiführer Vandervelde, der Verfasser des
bekannten Plans Hendrick de Man und der Führer des linken Flügels der
belgischen Sozialdemokratie Spaak.

Das belgische Experiment hat internationale Bedeutung und zwar in
doppelter Hinsicht.

Erstens wird hier der de-Man-Plan der praktischen Probe unterworfen.
Man könnte einwenden, dass der Ministerpräsident Van Zeeland den Plan
de Man keineswegs zu 100 % angenommen hätte. Das ist richtig. Aber Léon
Blum, der Führer der französischen Sozialdemokratie schreibt im "Popu-
laire" richtig:

"Das Programm der Regierungskoalition wird sich sehr wahrscheinlich
in einer Richtung orientieren, die der des Plans benachbart ist."

Das heisst, der de-Man-Plan wird einer praktischen Probe unterworfen,
soweit er überhaupt unter bürgerlichen Verhältnissen realisierbar ist.
Auf andere Verhältnisse war er nicht zugeschnitten. Es ist also schon
der de-Man-Plan, der einer praktischen Erprobung ausgesetzt ist und das
ist eine Sache nicht nur der belgischen Sozialdemokratie, sondern des
internationalen Reformismus. Den französischen Sozialisten sticht die
Bildung der "Union nationale" in Belgien unangenehm in die Nase, ste-
hen sie doch in Frankreich einer Regierung der "Union nationale" ge-
genüber. Hendrik de Man hat in einer Rede in Brüssel einen glücklichen
Dreh gefunden, der dem internationalen Reformismus gestatten soll, das
belgische Experiment gutzuheissen. "Es handelt sich", hat er erklärt,
"nicht um die nationale Einheit, sondern um die nationale Erneuerung".
Léon Blum schliesst seinen Artikel über das belgische Experiment mit
der Hoffnung, dass die belgische Partei, gestützt auf ihre starken Orga-
nisationen, alle Hindernisse überwinden wird.

Parteilich drückt die Tatsache, dass der Führer des linken Flü-
gels, Spaak, sich an der Regierung beteiligt, den Bankrott dieser Linken
aus und eröffnet der immer noch sehr schwachen Kommunistischen Partei
die Aussicht, eine Kraft im Lande zu werden.

Das belgische Experiment ist auch noch nach einer anderen Seite von
internationaler Bedeutung. Es ist vorauszusehen, dass die belgische

Währungserschütterung sich auf weitere Länder des Goldblocks ausdehnen wird. Eine neue internationale Welle der Währungserschütterungen ist im Anzug.

DIE "WAHLEN" IN DANZIG.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die "Wahlen" in Danzig, die in echt hitlerischer Weise durchgeführt wurden und die den Zweck verfolgten, den Nazis eine Zweidrittelmehrheit für die beabsichtigte Verfassungsänderung zu erbringen, haben trotz grösster Anstrengung, trotz Heranziehung von 10 000 Danzigern aus dem Reichsgebiet und bei Anwendung des bisher so erfolgreichen Terrors den Nazis nicht den erwünschten Erfolg gebracht.

Statt dem Saarpflicht ein neues Abstimmungswunder in Danzig an die Seite zu stellen, müssen sich die Nazis mit einer 59 % Mehrheit zufrieden geben, die bei Abzug der aus dem Reich herangezogenen 10 000 sogar nur 55 % beträgt.

Auffallend am Danziger Wahlergebnis ist, dass die Sozialdemokratie und das Zentrum ihren alten Besitzstand fast restlos behauptet haben, während die Kommunisten starke Stimmenbussen erlitten. Sicher ist, dass der Terror gegen die verbotene kommunistische Partei besonders stark war. Trotzdem ist der aussergewöhnlich starke Stimmenrückgang ein ernstes Zeichen.

-o-o-o-o-o-c-o-o-o-o-o-o-o-

Goerings Hochzeit:

Das nicht erwähnte Hochzeitsgeschenk.

Hermann Goering hat jetzt seiner Ehe mit der Schauspielerin E. Sonnemann den standesamtlichen und kirchlichen Segen gegeben.

Neben einer Fülle von Geschenken - darunter ein Diadem von Goering an seine Gattin im Werte von 40 000 Mark - hätte der Führer die Anweisung gegeben, den Hochzeitstag mit grösstem Aufwand und allen staatlichen Pomp zu begehen, und keinerlei Kosten zu scheuen. Die spartanische Einfachheit der nazistischen Führer, die im bescheidenen Eintopfgericht ihren hehrsten Ausdruck gefunden hat - worüber die Goebelssche Propaganda mit so rührender Einfachheit zu berichten weiss -, wurde durch die Goeringsche Hochzeit täfflich illustriert.

Ein Geschenk aber, dass gerade für den Mann und das Regime symbolisch ist, blieb in den offiziellen Verlautbarungen über die Hochzeit unerwähnt. Trotzdem aber war es für die Gefühlswelt der Herren des III. Reichs von besonderer Eindringlichkeit.

Zur Zeit, da der mit Tulpen, Rosen und Narzissen geschmückte Wagen das Hochzeitspaar durch das bestellte Spalier von 35 000 SS- und SA-Leuten unter dem Glockengeläut der Kirchen zur Trauung fuhr, hatten zwei junge Männer - die völlig unbeteiligt an der Erschiessung von Horst Wessel waren und in einem früheren Prozess freigesprochen waren -, gemäss dem Willen des Hochzeitlers H-Goering, auf den Hitler für Preussen das Begnadigungsrecht übertragen hat, ihr Leben unter den Schlägen des Handbeils im Hofe des Genfängnisses von Plätzensee beendet.

Unter jedem anderen Regime wäre ein solcher Tag, wie ihn Goering beging, Anlass zur einer Begnadigung selbst dann gewesen, wenn die Schuld der Verurteilten einwandfrei festgestanden hätte. Für das Hochzeitspaar Goering-Sonnemann aber war der Tag ihrer Eheschliessung gerade ein Anlass, durch das Wüten des Fallbeils erneut zu bekunden, dass sie einander würdig sind und ihr Gemüt weit unter dem eines Fleischerhundes steht, wenn es gegen revolutionäre Proletariat geht.

Wir wissen nicht, ob die Frau Gemahlin des Generals Goering sich dieses, in den offiziellen Hochzeitsberichten nicht erwähnte Geschenk, von ihrem lieben Herrmann zum Hochzeitstag ausbedungen hat. Wir wissen auch nicht, ob die Köpfe der beiden jungen Antifaschisten Epstein und Ziegler zur allgemeinen Erheiterung und zur Befriedigung der sadistischen Neigungen der Hochzeitsgesellschaft, sowie zur Vervollständigung ihrer Brautnachtstimmung an der Hochzeitstafel serviert wurden. Wir wissen aber, dass das revolutionäre Proletariat die beiden jungen Antifaschisten immer im Zusammenhang mit der Hochzeit Goerings im Gedächtnis be-

Aus dem Lager der Landespartei:

Weder Faschismus noch Antifaschismus, aber für Verständigung mit
 =.
 Hitler.
 =. =. =. =.

Auf dem Parteitag der Landespartei, auf dem es symptomatischer Weise keine Diskussion gab und der mehr einer nazistischen Parade als einem auf der Grundlage innerer Demokratie zustande gekommenen Parteitag glich, wurde die Haltung der Führung der Landespartei zu den Gegenwartsproblemen vom Chefredakteur Schall, wie folgt umschrieben:

"So wie wir es bisher abgelehnt haben, die Heimatbewegung vor dieses oder jenes Parteiinteresse spannen zu lassen, lehnen wir es jetzt ab, für den Faschismus oder den Antifaschismus Partei zu ergreifen. Denn die Heimatbewegung ist weder links noch rechts, weder bürgerlich noch proletarisch. Sie ist Sache des ganzen Volkes und kann also auch nicht zur faschistischen oder antifaschistischen Front zählen... Wir sind nicht in erster Linie Arbeiter oder Bürger, Kommunisten oder Klerikale oder Liberale, wir sind in erster Linie Elsässer... Wir kämpfen nicht darum, ob unser Volk links oder rechts regiert werden soll, sondern darum, dass es sich einmal selbst regiert."

Mit den Faschisten ist Hr. Schall einig in der Notwendigkeit der "Erneuerung" des politischen Lebens, in der Forderung nach einer "wahren" Volksgemeinschaft und nach dem ständisch-kooperativen Aufbau der Wirtschaft. Der Antifaschisten bedürfen sie nicht um ihnen zu sagen, was Volks- und Menschenrecht ist, denn die Autonomisten kämpfen ja täglich für die Menschenrechte der Elsass-Lothringer.

Dieses Geistesblitze sind wahrhaft erschütternd. Wir haben uns nach dieser Aufklärung gefragt was denn nun eigentlich die Landesparteiliker sind und dürfen nach der Lektion Schalls wohl sagen: es sind für die Volksrechte eintretende Faschisten.

Nach der Erklärung von Schall darauf also angenommen werden, dass die Landesparteiliker die Autonomie nicht deshalb fordern, damit die Schätze Elsass-Lothringens dem elsass-lothringischen werktätigen Volke gegeben werden, damit das werktätige Volk von kapitalistischer Ausbeutung befreit wird.

Für die Landesparteiliker ist es völlig schnuppe ob das werktätige Volk demokratisch oder faschistisch oder monarchisch regiert wird. Und die Forderung nach der "Selbstregierung" soll nach Schall nicht bedeuten, dass sich das elsässische Volk selbst regiert, sondern dass es von Elsässern regiert wird. Das heisst, die Landespartei wird nicht gegen die Faschisten kämpfen, die dem arbeitenden Volk im Interesse des grossen Kapitals die demokratischen Rechte rauben wollen, denn ihnen ist es gleichgültig ob das Volk von rechts oder von links regiert wird.

Daraus ergibt sich denn auch klar, dass die Landesparteiliker, die behaupten für die Volksrechte der Elsass-Lothringer schlechthin einzutreten, im Kampfe der Arbeiter um die Erhaltung ihrer demokratischen Rechte gegenüber dem Faschismus nicht an der Seite der Arbeiter zu finden sind, denn sie treffen keine Entscheidung im Sinne des Antifaschismus.

Aus der Erklärung Schalls ergibt sich somit ein übriges Mal, dass die Landespartei, in dem Bestreben alles unter der Losung der Autonomie zu vereinigen, keine, nicht einmal eine bürgerliche Kraft im Kampfe gegen den Faschismus, geschweige gegen den Kapitalismus ist.

Der Parteitag der Landespartei hat somit erwiesen, wie richtig die Worte sind, die einstmals Hueber, als er noch ein Kommunist war, den bürgerlichen Autonomisten ins Stammbuch geschrieben hat.

Aussenpolitisch hat die Landespartei auf ihrem Parteitag nur bestätigt, was sie vorher schon in der "ELZ" von sich gegeben hat. Sie sind die Preisfechter einer deutsch-französischen Verständigung gegen Russland auf dem Boden der Verwirklichung der Hitlerschen Gleichberechtigungsforderungen.

Von allgemeinen Interesse für die Arbeiter ist noch, dass die Vertreter der Hueberpartei (Ferrenbach, Heck, Muerschel) als Gäste dem Parteitag der Landespartei beiwohnten ohne allerdings ein Wörtchen von sich zu geben.

Inwieweit der vom Parteitag der Landespartei angenommenen Resolutionen und ihrer offen arbeiterfeindlichen Haltung fragt sich, ob die KP die Walchschen Wahlpraktiken auch auf die Landespartei ausdehnen will.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

Die Generalversammlung des Hueberschen Wohltätigkeitsvereins.
 =====

Am Mittwoch, den 3. April fand im Volksgarten die Jahresgeneralversammlung der ehemaligen I.H.V. statt. Etwa 40 Personen waren anwesend. Zu Beginn entspann sich eine lange Debatte über die Anwesenheit von Vertretern der 'L'Avenir und Aurora, die Kollektivmitglieder der IHV sind. Wenn bisher Kollektiv-Mitglieder keine Delegierte zur Generalversammlung entsandten, war es vielleicht ein Fehler, aber noch lange kein Grund über dieselben jetzt derart herzufallen, wie dies Hueber und Genossen in der Versammlung getan haben. Selbst in einer faschistischen Versammlung hätte es unseren Kameraden nichts anders gehen können, als in dieser Generalversammlung. Nach langem Hin und Her wurde man sich am Vorstandstisch dahin einig, die Vereinsvertreter von der Diskussion und Abstimmung auszuschliessen, aber ihre Anwesenheit zu dulden. Nachdem dieser Maulkorb umgebaunden war, ging man zur Abwicklung der Tagesordnung über.

Die Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom Februar 1934 konnte nicht vorgenommen werden, da der Schriftführer Heck das Protokoll vergessen hatte. So ging es denn ohne weitere Erwähnung des peinlichen Mäheurs an die Behandlung des Geschäfts- und Kassenerichts. Das wurde alles von Hueber höchst persönlich besorgt, denn an die Kasse lässt er ja bekanntlich niemand heran. Hueber entledigte sich seiner Aufgabe wie ein ausgezeichnete Buchhalter. Unterstützt wurden seit Februar elf Kameraden. Den 18 Neuaufnahmen, stand bloss ein einziger Austritt gegenüber. Hier aber muss gesagt werden, dass dies nicht stimmt. uns allein sind mindestens 30 Kameraden bekannt, die die Zahlungen an die IHV nach den bekannten Vorgängen eingestellt haben.

Im Geschäftsbericht beschäftigte sich Hueber ausschliesslich mit der IVKO und ihrem Anhang. Kein Wort gegen den drohenden Faschismus, gegen de-la Roque oder gegen Bucard, nichts von Gebweiler u.s.w. Die Kameraden der IVKO hätten sich ihm gegenüber undankbar erwiesen. Bekanntlich wird von Hueber nur unterstützt der seine Politik gutheisst. Verschwiegen hat Hueber wohlweislich, dass seine IHV vollständig isoliert und ohne Verbindungen dasteht. In Zukunft sollen nur noch ganz sichere Leute unterstützt werden. Die Saaremigranten wurden überhaupt nicht erwähnt, mit doch die IHV hier sowohl moralisch, als auch finanziell vollkommen versagt. Hueber erdreistete sich zu sagen, dass die IVKO-Kameraden von der französischen Regierung verbraucht werden und daher soll auch diese dieselben unterstützen. Wären sie bei Hitler geblieben, anstatt in die Emigration zu gehen; das wurde von ihm ebenfalls losgelassen. (Hier stellt sich die Frage, warum denn Lenin und Genossen damals auch in die Emigration gingen, statt sich vom Zarismus abschlagen zu lassen?) In diesem Zusammenhänge waren die Ausführungen eines Diskussionsredners bezeichnend, der erklärte "wir müssen sparsam mit unserer Kasse umgehen, im Falle auch wir einmal emigrieren müssen". Siehe da?

Sämtliche Diskussionsredner griffen auf die gemeinste Art und Weise unsere Kameraden von der IVKO an und trieben eine grenzenlose Emigrantenhetze an der sich Hitler seine Freunde gehabt hätte.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, dass die Vereinsvertreter mit Sie und Herr angesprochen wurden. Die Schmarotzer ala Schlagdenhauffen, Tschiederer, Ferrenbach und Winterich überboten sich im provoziern unserer Kameraden, die sich jedoch durch nichts aus der Ruhe bringen liessen. Dass ein gewisser Meyer Paul sich heute in der Gesellschaft von Schlagdenhauffen wohl fühlt, wo sie sich vor einem halben Jahr noch gegenseitig den Schädel einschlagen wollten, ist höchst amüsant und er-

innert an die Worte vom Vertragen und Verschlagen. Wird Meyer Paul etwa gar Kandidat? Dann kann es ja lustig werden.

Wie überparteilich die Hueber-Vereinigung ist, wurde auch dadurch bewiesen, dass man die politisch nicht auf dem Boden Huebers stehenden Vorstandsmitglieder nie zu einer Sitzung eingeladen hat, vorausgesetzt, dass solche überhaupt stattgefunden haben. Seit der letzten Generalversammlung im Februar 1934 hat überhaupt keine Mitgliederversammlung und keine Propaganda stattgefunden.

Die "Vorstandswahl" war ein Huebersches Meisterstück. Hueber hatte die Vorschläge bereits in der Tasche. Er schlug sich selbst als Kassierer vor und seine Frau als Beisitzer. Tschiederer wurde abgesägt und an seine Stelle trat Muerschel Henri, der neben anderen "Gewählten" garnicht anwesend war. Zu dieser Wahl war wirklich kein Wahlkomitee nötig.

Mit einem Hieb auf die Emigranten und die IVKO wurde dann die Versammlung von Hueber geschlossen.

Nun wissen die Kollektivmitglieder Bescheid. Nach dem Grundsatz "Teile und Herrsche" haben sie an Hueber die Beiträge abzuliefern und damit basta. L'Avenir hat darauf schon die Antwort gegeben. Die Antwort anderer wird hoffentlich auch nicht ausbleiben.

L'Avant-Garde.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Interessantes vom Strasbourger Pfandhaus.

Beim Nennen des Wortes Pfandhaus wissen wir, dass derjenige, der mit diesem Institut zu tun hat, sich in einer Notlage befindet und, um die zum Leben nötigen Mittel zu bekommen, irgend einen ihm in der Not entbehrlichen Gegenstand verpfänden muss. Im allgemeinen sind wir also der Ansicht, dass das Pfandhaus eine Einrichtung der Hilfe in der Not ist und den in Not geratenen vorübergehend und unter günstigen Bedingungen die fehlenden Geldmittel gegen ein Pfand vorstreckt.

Dies scheint nach uns zugegangenen Mitteilungen beim Strasbourger Pfandhaus nicht der Fall zu sein, sondern dieses Institut scheint die Notlage der ins Versatzhaus Kommenden ganz gehörig auszunutzen. Ein ins Pfandhaus gebrachter Gegenstand wird abgeschätzt und ein verständlicher Weise nicht zu hoher Betrag angenommen. Wenn nun der Verpfänder glaubt, diesen Betrag ausgehändigt zu bekommen, hat er sich aber geirrt, denn nun kommt das Geschäft. Falls er einen Vermittler braucht, kommen sofort 3 % Vermittlungsgebühren in Abzug, dann Lagergebühren, die je nach Umfang des Pfandes verschieden sind, Einschreibgebühren usw. Die Verpfändung geht auf 6 Monate. Als Pfandzins wird nun monatlich 1,35 % - 16,20 % jährlich verlangt. Falls das Pfand nach 6 Monaten nicht eingelöst wird sind diese Gebühren erneut fällig. Nach 9 Monaten muss dann aber surcis (d.h. Aufschiebung) beantragt werden, wenn das Pfand nicht versteigert werden soll. Für diesen Aufschiebung ist monatlich eine Gebühr von 5 % zu zahlen.

Wie sich diese Gebühren auswirken, wenn jemand nicht in der Lage ist, seinen Pfand einzulösen, mögen nachstehende Beispiele zeigen. Zu bemerken ist, dass doch in der jetzigen Krisenzeit beinahe alle Pfänder über die vorher gesehene Dauer von 6 Monaten im Pfandhaus bleiben und dass in den Beispielen die Unkosten für 1 Jahr errechnet sind.

1.) Ein Ring im Pfandwert von 700 frs. 2.) Fahrrad (Pfandwert 150 frs)

Lagergeld, Einschreibgebühr für 6 Monate	11.-frs	11.30 frs.
Desgleichen für 2 Halbjahr	11.-frs	11.30 frs.
Zins für 12 Monate	113,40 "	24.30 frs.
Surcis für 3 Monate je 5%	105.00 "	22.50 frs.
Zusammen Unkosten:	240.40 "	69.40 frs.

Dazu kommt eventuell noch eine Vermittlungsgebühr von 3 %.

Die Unkosten betragen also die Hälfte des auf das Pfand gegebenen Betrages, was man, wenn man den sogenannten Hilfscharakter der Institution

berücksichtigt, ruhig als Wucher, um nicht einen schärferen Ausdruck zu benutzen, bezeichnen kann.

Nun hat aber das Ganze noch einen Haken! Wie unser Gewährsmann uns an gibt, werden nur Sachen angenommen, die fast neu sind. Dies widerspricht aber dem ganzen Charakter; denn wenn jemand keine Mittel hat, ist er nicht in der Lage neue Sachen zu beschaffen. Er wird also gebrauchte Gegenstände zum Versatz bringen müssen. Es gibt allerdings neue Sachen die verpfändet sind und zwar in grösseren Mengen. Zum Beispiel Radioapparate, Fahrräder, Stoffe u. s. w., die aber nicht von ihren eigentlichen Eigentümern, sondern von dritten Personen, die das Material als Händler unterschlagen oder selbst gestohlen, jedenfalls aber nicht gekauft haben. Hier müsste eine genaue Kontrolle gehandhabt werden, die zwar vorgeschrieben, aber nicht befolgt wird.

Wir fordern auf jeden Fall, dass die Aufsichtsbehörde die Verhältnisse auf dem Pfandhaus umgehend in Augenschein nimmt und eine grundlegende Änderung derselben vornimmt.

E in Beobachter.

Kameraden!

Am Montag, den 15. April abends 8 Uhr findet im bekannten Lokal eine Mitgliederzusammenkunft statt, die zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen hat.

Jeder Kamerad sollte zur Stelle sein.

Einmal so und einmal so.
==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

In Strassbourg soll nach der Erklärung der Rumpfvorksfront auf den Proporzvorschlag der UPR die Wählerschaft zwischen Proporz und heimattraue Volksfront entscheiden.

Für Colmar aber erklärte sich die Hueberpartei für den Proporzvorschlag derselben Demokraten, die sie in Strassbourg als Ausgeburt des Teufels bezeichnet.

In Colmar aber scheiterte der "wohlgemeinte" und von der Kapo begrüßte Proporzvorschlag am Verhalten der "Linienkommunisten und Sozialisten". Betrüb über diese Tatsache, dass die Kapo nun in Übereinstimmung mit der Sonderinstruktion Huebers für Colmar "zur Erlangung einer durch die Kapo repräsentierten Gemeindevertretung der Arbeiter" eine Koalitionsliste mit UPR und Demokraten erstreben muss, schreibt die "NW" in ihrem "Colmarer Brief" vom 6. April:

"Die Kapo hatte zum Bundesgenossen die "Uperna" gewählt, die stark bei Arbeitern und Bauern verankert ist, weil sie ein vernünftiges soziales, sowie heimatrechtliches Programm hat... In der letzten entscheidenden Verhandlung wegen der Proporzfrage wies Kamerad Weibel auf diesen Punkt hin. Er sagte zu Richard, dass die Arbeiter durch den Proporz die Möglichkeit einer starken Vertretung auf dem Rathaus gehabt hätten. Sie hätten mit der UPR in Arbeiterfragen erreichen können, was nach Lage der Dinge erreicht werden kann. Und Kamerad Weibel schob Richard die Verantwortung für alles Kommende zu."

Nun sage noch einer die Hueberpartei habe keine Prinzipien. In Strassbourg höhnt sie über die Sozialisten weil sie sich mit der in Colmar von der Hueberpartei in den Himmel gehobenen UPR auf eine Proporzliste begeben und in Colmar klagen sie die Sozialisten an, weil sie dort den Proporzvorschlag der Demokraten ablehnen. Daraus darf doch wohl gefolgert werden, dass auch in Strassbourg die Feindschaft gegen den Proporz nur taktischen Motiven entspringt und selbst hier noch Überraschungen nach dem II. Wahlgang von seiten der Hueberpartei zu erwarten sind. Jedenfalls darf die Arbeiterschaft nach diesem Eiertanz der Hueberpartei alles erwarten, aber keine geradlinige und konsequente Arbeiterpolitik.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL

Erscheint wöchentlich

*Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel Exemplar: 50 Centimes*

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 35/II. Jahrgang.

Vierte Aprilwoche 1935.

NEUER AUFTRIEB DES FASCHISMUS. oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die faschistischen Kräfte und Organisationen in Frankreich stacheln planmässig die chauvinistischen Stimmungen auf und nützen die Furcht vor einem Überfall Hitlerdeutschlands auf Frankreich aus, um sich wieder stärker in den Vordergrund zu schieben. Faschistische Strafexpeditionen häufen sich. In Paris selbst haben Angehörige der "Feuerkreuze" (Croix de Feu), der faschistischen Organisation des Obersten de la Rocque einen Überfall auf die Räume der Sozialistischen Zeitung "Populaire" und auf das Parteibureau der Pariser SFIO gemacht.

Bereits vorher wurde der Gerant der Pariser "L'Humanité" wegen antimilitaristischer Artikel verhaftet und auf Anweisung der Regierung in den Räumen von "L'Humanité" eine Haussuchung vorgenommen, die unter dem lächerlichen Vorwand einer Spionage-Affaire stattfand.

Wie stark die Regierung dem Druck der faschistischen und chauvinistischen Verbände und Organisationen nachgibt, zeigt auch das Vorgehen des Postministers Mandel gegen die Postbeamten, die sich gegen wirtschaftliche Verschlechterung ihrer Lage wenden, die Amtsenthebung des kommunistischen Maire in Gebweiler, das Verbot der Märzfeier in Strasbourg (das auf den direkten Befehl der chauvinistischen Jugendverbände erfolgte), wie das Verbot der Strassendemonstrationen am 1. Mai in Paris. Das alles geschieht in der gleichen Zeit, da die faschistischen Organisationen (Reims) ihre provokatorischen Aufmärsche unter dem Schutz der demokratisch-republikanischen Staatsgewalt durchführen dürfen. Und es ist mehr als symptomatisch, dass Tardieu zur gleichen Zeit aus seiner bisherigen freiwilligen Zurückhaltung heraustritt und durch die Presse sein Bekenntnis zum Faschismus und zur handelnden Minderheit bekannt gibt.

Hand in Hand mit dieser innerpolitischen Offensive gegen die Arbeiterorganisationen, die unter dem Schlachtruf der Unterminierung und Schwächung der nationalen Verteidigung durch die revolutionären Organisationen erfolgt, geht die Kampagne gegen die russisch-französische Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens gegenüber dem angreifenden deutschen Imperialismus. Dabei ist höchst bezeichnend, dass die Kräfte, die innerpolitisch den Kampf zur Vernichtung des Kommunismus proklamieren - womit sie ja nichts anderes als die demokratischen Rechte des ganzen arbeitenden Volkes Frankreichs meinen -, aussenpolitisch einer Annäherung an Hitlerdeutschland das Wort reden, eifrig den in Vorbereitung befindlichen französisch-russischen Vertrag torpedieren und brüderliche Beziehungen zu Hitler und seinen Beauftragten unterhalten.

Schrieb doch der reaktionäre Akademiker Louis Bertrand, dass er sich mit Hitler und seinen Leuten unendlich näher verbunden fühle, als mit den französischen Kommunisten. Und die Presse, die den Herren Scapini, Goy, Monnier nahesteht, erklärte "Hüten wir uns, dass wir nicht, um uns vor der alldeutschen Gefahr zu schützen, uns ins Schlepptau des Bolschewismus nehmen lassen".

Es zeigt sich, dass dieser Druck der faschistischen und chauvinistischen

Organisationen, verbunden mit den massgeblicher Teile der englischen Grocebourgeoisie und den Winkelzügen der hitlerischen Diplomatie bereits einen Teilerfolg erreicht hat, indem die Verhandlungen über den russisch-französischen Beistandspakt vorerst abgebrochen wurden.

Die proletarische Einheitsfront erweist sich gegenüber diesen Angriffen leider als nicht genügend gewappnet. Die SFIO führte von vornherein den Kampf gegen die zweijährige Dienstzeit getrennt von der Kommunistischen Partei durch und machte allerhand Manöver auf dem Gebiete der "organischen Einheit", die von der Aktionseinheit ablenken sollen. Der Widerstand der proletarischen Einheitsfront gegen die von den Faschisten geführte Welle des Chauvinismus ist vor allem durch zwei Umstände gehemmt:

- 1.) dadurch, dass die SFIO auf dem Standpunkte der Vaterlandsverteidigung steht und daher der französischen Aufrüstung keinen prinzipiellen Widerstand leisten kann,
- 2.) aber dadurch, dass die Kommunistische Partei noch keine wirksame Antwort auf die chauvinistische Hetze, die von den faschistischen Kreisen ausgeht, hat finden können.

Es gilt alles zu tun, um diese beiden Hemmnisse zu überwinden und die Einheitsfront durchschlagskräftig zu machen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

WAS IST DER UNTERSCHIED ZWISCHEN LINKSKARTELL UND VOLKSFRONT?

oo

Vorbemerkung: Wenn wir hier von "Volksfront" sprechen, so meinen wir nicht die Kuabersche Volksfront, sondern die von der KPF propagierte antifaschistische Volksfront. (Red. der Arbeiterpolitik)

Es ist mehr als bedauerlich, dass überhaupt eine solche Frage gestellt werden muss. Dass sie aber notwendig ist, zeigen einige Äusserungen Frossards, des Führers des rechten Flügels der SFIO, aus der letzten Zeit. Frossard ist bekannt als scharfer Gegner der Einheitsfront zwischen SFIO und KPF. Auf der letzten Tagung des conseil national der SFIO vom 5. März forderte ein Sprecher der Richtung Frossard, dass die Aktionseinheit zwischen SFIO und KPF aufgegeben werde, falls die KPF nicht auf die organische Einheit mit der SFIO eingehe. Warum dieser Hass Frossards gegen die Einheitsfront? Weil und solange Frossard fürchtete, dass die Einheitsfront die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, vor allen mit den Radikalsozialisten hindere. Jetzt aber hört man plötzlich andere Töne von Frossard. Er sagt, dass bei den Gemeindewahlen recht häufig das Linkskartell, d.h. ein Zusammengehen zwischen Sozialisten und Radikalsozialisten, in Lande zustande komme. Er sieht in der Einheitsfront mit der KPF kein Hindernis mehr für die Verwirklichung des Linkskartells, sondern betrachtet die Kommunistische Partei als eine Art Anhängsel, als eine Verstärkung des Linkskartells.

Es ist nicht anzunehmen, dass ein so erfahrener, ja gerissener Politiker wie Frossard eine solche Haltung nicht ohne entsprechende Gründe einnimmt, dass er zumindestens Anlass zu haben glaubt, anzunehmen, dass die Kommunisten nicht nur der SFIO sondern auch den Radikalsozialisten Wahlhilfe leisten werden. Wenn ein Frossard solche Erwartungen und Hoffnungen hegt, so ist es höchste Zeit, dass in dieser Frage volle Klarheit geschaffen wird.

Die Unklarheit hängt mit dem Begriff der "Volksfront" zusammen, damit, dass nicht klar gemacht wird, dass "Volksfront" und Bündnisse mit bürgerlichen Parteien nicht ein und dasselbe sind, sondern einander ausschliessen.

Die "Volksfront" im kommunistischen Sinne bedeutet die Verwirklichung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und der Klasse des Kleinbürgertums auf dem Boden der Ziele der Arbeiterklasse.

Ist diese "Volksfront" notwendig? Zweifellos! Und ganz besonders in Frankreich. Kein Sieg der Arbeiterklasse ist in Frankreich möglich ohne das Bündnis mit den kleinbürgerlichen Klassen, vor allen mit den Kleinbauern:

Aber kann dieses Bündnis verwirklicht werden durch Bündnisse mit denjenigen bürgerlichen Parteien, die am meisten Anhang unter den bürgerlich-

demokratisch eingestellten kleinbürgerlichen Schichten haben, also, wenn man Innerfrankreich ins Auge fasst, den Radikalen und Radikalsozialisten? Nein, niemals, denn die radikale und radikalsozialistische Partei steht auf bürgerlich-kapitalistischen Boden und man kann mit einer solchen Partei zusammen keine proletarische Klassenpolitik betreiben und keine proletarischen Klassenziele verwirklichen. Beim Bündnis mit einer solchen Partei wird die Arbeiterklasse unfehlbar die Geprüllte sein und mit ihnen die Kleinbürger, die Hoffnungen auf ein solches Bündnis setzen würden.

Die "Volksfront", das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und kleinbürgerlichen Klassen kann nur gegen alle bürgerlichen Parteien verwirklicht werden, indem man die Kleinbürger von den bürgerlichen Parteiführungen loslöst, indem man sie bewegt, zusammen mit der Partei der Arbeiterklasse gegen alle bürgerlichen Parteien zu kämpfen.

Die "Volksfront" steht also in direkten und offenen Gegensatz zum "Linkskartell". Wer die "Volksfront" mit dem Linkskartell "verwechselt" - gibt den proletarischen Klassenstandpunkt glatt auf.

Darüber sollte unter Kommunisten Klarheit herrschen. Offenbar ist das aber, wie die Stellungnahme Frossards zeigt, nicht überall der Fall. Also muss man diese Klarheit schaffen und entsprechend handeln.

Was bedeutet dieser Standpunkt praktisch bei den Gemeindewahlen? Dass eine Wahlhilfe der Kommunisten für Radikale oder Radikalsozialisten als solche, d.h. soweit sie politisch und organisatorisch an ihrer Partei festhalten nicht in Frage kommt. Eine solche Unterstützung kommt nur in Frage für bisher radikale Kandidaten, die offen und unzweideutig politisch und organisatorisch mit ihrer Partei brechen. Diese Fälle werden nicht allzu häufig sein, immerhin sind sie möglich.

Etwas ganz Anderes aber ist das Linkskartell, wo ein Bündnis mit Radikalen als solchen eingegangen wird. Damit können die Kommunisten in keinem Fall etwas zu tun haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

STOCKEN DER SOWJETRUSSISCH-FRANZÖSISCHEN VERHANDLUNGEN.

oo

Die russisch-französischen Verhandlungen über den Abschluss des Ostpaktes sind in einem Augenblick ins Stocken geraten, als es schien, dass sie unmittelbar vor dem Abschluss standen. Offizielle Meldungen von französischer Seite suchen den Eindruck zu erwecken, als ob es sich bei dieser Stockung nur um Fragen der Form oder der Technik handelt. Dass dem jedoch nicht so ist, zeigt ein Blick in die französische und internationale Presse. Der russisch-französische Vertrag ist Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen in der französischen Presse. Die Gruppierung ist auf den ersten Blick merkwürdig. Ausser dem kommunistischen Zentralorgan, "L'Humanité", treten am stärksten für den raschen Abschluss des Paktes entsprechend den sowjetrussischen Vorschlägen ein - das Organ der französischen Generalstabs und ein Teil der radikalsozialistischen Presse. Dagegen polemisiert ein Teil der Rechtspresse, darunter auch die Presse der Schwerindustrie gegen eine zu enge Bindung Frankreichs an die Sowjetunion. Die Generalstabspresse wünscht den raschen Abschluss aus rein militärischen Erwägungen, sie weist darauf hin, dass England im Falle des Krieges mit Hitlerdeutschland vielleicht eine Division auf den Kontinent schicken wird, während die Sowjetunion den stärksten militärischen Faktor auf dem Kontinent darstellt. Sie weist ferner darauf hin, dass die Kleine Entente ihren Beitritt zum Donaupakt davon abhängig macht, dass vorher der Ostpakt abgeschlossen sei.

Auf der Gegenseite ist es die Sowjetunion als revolutionäre Macht, was erneute Schwankungen in bestimmten Schichten der französischen Bourgeoisie hervorgerufen hat.

Von seiten der Sowjetunion wurde und wird gefordert, dass der Vertrag so abgeschlossen wird, dass im Falle eines deutschen Angriffs sofort gemeinsame Verteidigungsmassregeln getroffen werden können - ohne erst die Entscheidung des Völkerbunds abzuwarten. Von französischer Seite wird dagegen gefordert, dass im Vertrag keine sofortigen und "automatischen" Verpflichtungen festgelegt werden, dass vielmehr die Stellungnahme les

Völkerbundes abzuwarten sei und dass beide Vertragspartner ihre volle Handlungsfreiheit wieder gewinnen, falls der Völkerbund nicht einstimmig Sanktionen gegen den Angreifer beschliesst. Von sowjetrussischer Seite werden ferner Garantien für die Grenzen der baltischen Randstaaten verlangt, von französischer Seite werden sie abgelehnt.

Während des Stockens der Verhandlungen werden von Laval weitere Versuche unternommen, um zu einer Verständigung mit Hitlerdeutschland zu gelangen. Ferner wird versucht, Polen auf Kosten der Sowjetunion wieder näher an Frankreich zu bringen.

Die Nazipresse begrüsst diese Schwankungen der französischen Regierungspolitik mit Genugtuung und die englische Presse spricht es offen aus, dass diese Schwankungen mit neuen Versuchen von französischer Seite zusammenhängen, zu einem Kompromiss mit Hitlerdeutschland zu kommen oder sich wenigstens den Weg dazu offenzuhalten.

Aus diesen Vorgängen tritt jedenfalls das eine hervor: Wann und in welchen Formen auch immer ein Vertrag zur gegenseitigen Hilfe gegen einen Angreifer zwischen der Sowjetunion und Frankreich zustande kommen wird, so wird das bürgerliche Frankreich nur eine höchst unsichere Stütze des revolutionären Arbeiterstaates sein. Wenn das bürgerliche Frankreich schon jetzt versucht, den Vertrag so abzufassen, dass es im Ernstfalle sich wieder davon freimachen kann, wie wird es erst sein, wenn die Frage militärischer Hilfe für die Sowjetunion praktisch vor der französischen Bourgeoisie stehen wird?

Das internationale Proletariat hat alle Ursache, sich keinerlei Illusionen über die eventuellen bürgerlichen Vertragspartner der Sowjetunion zu machen und muss bereit sein, sie auf revolutionären Wege abzulösen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DEUTSCHE FLÖTENTÖNE.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die deutsche Protestnote gegen den Beschluss des Völkerbundes ist verglichen mit dem Gebrüll, das die Nazipresse unmittelbar nach dem Genfer Beschluss anstimmte, noch sanft im Ton. Der Zweck dieser neuen Flötentöne ist, zu versuchen, die gegnerische Front auseinander zu manövrieren. Hitlerdeutschland versucht zur Abwechselung wieder eine Sonderverständigung mit Frankreich. Es wurde dazu ermutigt durch die Schwankungen Lavals gegenüber dem Ostpakt. Hitler hat den französischen Faschistenführer Scapini zu Besprechungen nach Berlin kommen lassen. Scapini hat diese Einladung sicherlich nicht ohne die Zustimmung Lavals angenommen.

Goldene Worte zur Gemeinderatswahl.

Michel Walter erklärte in der UPR-Wählerversammlung in der "Aubette":
"Die UPR ist für Versöhnung, für Überbrückung der Gegensätze; sie betrachtet aber die Aufrechterhaltung der religiösen Interessen als erstes Heimatsrecht und steht fest auf nationalen Boden."

In dieser Hinsicht hat der Gemeinderat seine volle Pflicht erfüllt und die UPR rechnet sich das als Erfolg an."

EINE GEFÄHRLICHE LÜCKE.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zehn kommunistische Parteien, die von Deutschland, Frankreich, England, Polen, Tschechoslowakei usw. haben einen Aufruf gegen den Hitlerfaschismus herausgegeben. Der Hitlerfaschismus wird darin als der Hauptkriegtreiber in Europa bezeichnet. Die internationale Arbeiterklasse wird aufgefordert, den schärfsten Kampf zu führen gegen den Hitlerfaschismus und alle, die seine Angriffspläne begünstigen und unterstützen und die Friedenspolitik der Sowjetunion mit allen Kräften zu unterstützen. Die Arbeiterklasse der anderen Länder soll der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampf zum Sturz der Hitlerdiktatur Unterstützung gewähren.

Das ist alles richtig und notwendig.

Der Aufruf enthält aber eine gefährliche Lücke. Er sagt nichts über das Verhalten der komm. Parteien und der Arbeiterklassen zu den bürgerlichen

Regierungen derjenigen imperialistischen Länder, die auf der Seite der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland stehen.

Diese Wicke kann sehr gefährlich werden, denn sie erleichtert den Chauvinisten dieser Länder, die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum im chauvinistischen Sinne zu verwirren. Die IVKO hat in dieser Frage klar und eindeutig Stellung genommen. Es ist hohe Zeit, dass auch die Kommunistische Internationale in dieser Frage in ihren Reihen die notwendige Klarheit schafft.

Am 5. Mai stimmt jeder Werktätige, jeder Anhänger der Aktionsbewegung gegen Faschismus, Kapitaloffensive und imperialistischen Krieg für die Liste der K. P. F.!

DER VORSTOSS DES FASCHISMUS IN HOLLAND.

oo

Am 17. April fanden die Wahlen zu den Provinzparlamenten statt. Das hervorstechendste Kennzeichen dieser Wahlen ist das stürmische Wachstum der holländischen Faschisten. Sie erhielten mit einem Schläge 39 Mandate, während sie bei den vorigen Wahlen noch kein einziges erhalten hatten. Sie gewannen hauptsächlich auf Kosten der traditionellen bürgerlichen Parteien. Die sozialdemokratische Partei verlor zwei Sitze (14 statt 16), die Kommunisten gewannen zwei (12 statt 9), die revolutionären Sozialisten gewannen zwei (4 statt 2).

Holland war das europäische Land mit dem stabilsten Kleinbürgertum. Umso bedauerlicher ist der schnelle Vormarsch des Faschismus. Seine wirtschaftliche Quelle ist die tiefgehende Erschütterung der Kleinbürgerlichen Schichten durch die Wirtschaftskrise im allgemeinen, durch die Agrarkrise und die Krise der holländischen Kolonialwirtschaft (Niederländisch-Indien) in besonderen. Die riesigen Kolonialprofite waren die eigentliche Grundlage der sozialen Stabilität Hollands. Mit dem Versiegen dieser Profite geht diese Stabilität zum Teufel. Der Vormarsch des Faschismus in Holland wird begünstigt durch eine Sozialdemokratie, die auf dem äußersten rechten Flügel des Reformismus steht und durch die Schwäche der kommunistischen Bewegung im Lande, die noch nicht über den Stand einer Sekte hat hinauskommen können. Der Vormarsch des Faschismus in Holland ermutigt die Pläne Hitlerdeutschlands, die auf die Einverleibung Hollands ins "Reich" abzielen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DER "NEUE PLAN" IN BELGIEN.

oo

Die Lebensmittelpreise in Belgien, wo das neueste Experiment des Reformismus durchgeführt wird, steigen rapid. So ist zwischen dem 23. März und dem 8. April belgischer Weizen von 60 auf 84 Francs, Mehl von 101 auf 110 Frs, Zucker von 129 auf 138 Frs, Butter von 14,40 auf 17,65 Frs.

Einstweilen, für den Anfang, haben die Sozialdemokraten ihre Anhänger noch hinter sich. Bei der Nachwahl der sozialdemokratischen Minister Spaak und H. de Man in Brüssel konnten die Sozialdemokraten ihre Stimmen noch vermehren (von 28,85 auf 31,76 % der abgegebenen Stimmen). Die Kommunistische Partei vermehrte ihre Stimmen jedoch um 1/3 und die flämischen Nationalisten, die gute Beziehungen zu faschistischen Organisationen unterhalten, haben ihre Stimmensahl verdreifacht. Auch die Partei der "Realisten", eine von einem Grosskapitalisten aufgezogene Partei mit faschistischen Tendenzen, erhielt eine starke Stimmensahl. Es zeigt sich also bereits jetzt, dass der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung, der damit begründet wird, dass dadurch die Einsetzung einer faschistischen Diktatur verhindert werden sollte, die faschistischen und reaktionären Strömungen nicht geschwächt, sondern gestärkt hat.

Am 1. Mai marschiert das gesamte Klassenbewusste Proletariat in den Reihen der J.G.T.U! Keiner stehe beiseite! Die Stunde erfordert von jedem Werktätigen höchste Aktivität!

VOR ÜBERRASCHUNGEN IN ÖSTERREICH ?
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die österreichische Regierung hat bekanntlich angekündigt, dass sie nach dem Muster Hitlerdeutschlands ihre militärischen Kräfte ebenfalls verstärken will. Diese Regierung hat aber in der österreichischen Arbeiterschaft keinen Boden unter den Füßen. Nach zuverlässigen Nachrichten, die die KPÖ veröffentlicht, verhandelt jetzt die österreichische Regierung mit Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie, die im Lande geblieben sind, vor allem mit früheren Gewerkschaftsführern, um sie zu einer offenen Koalition mit der Regierung zu veranlassen. Diese sozialdemokratischen Führer werden von der Regierung ermuntert, eine dem Kleinkrieg-Faschismus ergebene "Arbeiterpartei" zu bilden. Um die Arbeiter dafür zu gewinnen, soll am 1. Mai eine Amnestie für die Vorgänge des Februars erlassen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die grosse Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter in Wien und im übrigen Österreich diese Verräter allein lassen wird.

-o-o-o-c-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Für einheitlichen 1. Mai in Strasbourg:

Die C.G.T. sabotiert. =

Nach dem vorgeblichen Herantreten der Leitung der CGTU an die Spitze der CGT zwecks Herstellung der Aktionseinheit am 1. Mai in Strasbourg, hat der aus beide Richtungen zusammengesetzte Vorstand des Einheits-syndikats der Gasarbeiter die Initiative zur Einberufung einer Vorstände- und Funktionärkonferenz beider Gewerkschaftsrichtungen ergriffen, die am Dienstag, den 23. April in der "Glocke" stattfand.

Trotz der kurzen Zeit, die zur Organisierung der Konferenz zur Verfügung stand, war dennoch eine stattliche Zahl von Gewerkschaftsfunktionären beider Richtungen und der autonomen Verbände dem Rufe der Gasarbeiter gefolgt.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, die den ehrlichen Willen für einen einheitlichen 1. Mai klar zum Ausdruck brachten, sprach Kam. Mohn über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, die die rascheste Verwirklichung der Aktionseinheit mit dem Ziele der organischen Gewerkschaftseinheit erfordert. Er brandmarkte besonders die hemmende Rolle, die die CGT-Leitung in dieser brennenden Frage spielt und für die einige Gemeinderatsmandate anscheinend das A und O bedeuten.

Anschliessend sprachen mehrere Betriebsarbeiter der CGT und der CGTU einmütig für eine gemeinsame Demonstration am 1. Mai. Sie erklärten, dass in Strasbourg ebenfalls möglich sein muss, was in anderen Provinzstädten wie Colmar, Mülhausen, Gebweiler und im Inneren möglich ist.

In der kurzen Intervention unseres Kam. Franz, stellte dieser erneut das völlige Fehlen der innergewerkschaftlichen Demokratie in der CGT fest, wo die Leitung dem ehrlichen Willen der Mitglieder entgegenwirkt und sich so zu Saboteuren an der proletarischen Einheit entwickelt. Nach der Haltung der CGT-Leitung könnte man annehmen, dass in der Welt nichts besonderes passiert sei, was zu ernststen Lehren Anlass gebe. Was heute verlangt wurde ist mehr als ein billiges Lippenbekenntnis zur Einheit, das ist die Tat. Nichts wäre dazu geeigneter als der diesjährige 1. Mai. Die Spitzen der CGT und SFIO, die so sonderbar empfindlich sind gegenüber der Kritik von CGTU und KPF, glauben doch nicht etwa wegen ihrer ablehrenden Haltung zum einheitlichen 1. Mai besondere Lob-sprüche von uns zu ernten. Jeder Arbeiter fragt sich, warum die Führer die ohne Hemmungen einen Proporz mit dem Klassengegner zur Gemeinderatswahl abschliessen können, sich nicht für eine einheitliche Kampf-demonstration für gemeinsame Forderungen mit ihren Klassengenossen von der CGTU verstehen können. Da gibt es nur eins; die CGT-Leitung mehr denn je unter dem proletarischen Druck ihrer Mitglieder zu setzen.

Ein Kamerad schlug vor beim Zustandekommen einer gemeinsamen Demonstration dahin zu wirken, dass die Kameraden sich nach Berufsgruppen aufstellen und nicht nach Organisationen. Dieser Vorschlag fand einmütige Zustimmung.

Als Abschluss der Konferenz wurde eine mehrgliedrige Delegation aus beiden Richtungen gewählt, die sich am nächsten Tage erneut an die Union Locale der CGT wenden sollte.

Diese Delegation wurde am folgenden Tage, nach vorausgegangener schriftlicher Anmeldung beim Vorsitzenden der U.L. der CGT, nach 1 1/2 stündigen Wartens, d.h. nach lebhafter Diskussion, vorgelassen. Die Vertreter des Einheits-Syndikats aber wurden regelrecht herausgeworfen und nur die Vertreter der CGTU zugelassen.

Der Gewerkschaftssekretär Brand (CGT) gab den Standpunkt der U.L. den Delegierten bekannt. Dieser Standpunkt lässt sich kurz zusammengefasst so wiedergeben: "Eine Diskussion über die Organisierung des 1. Mai ist vollständig überflüssig. Alle Organisationen können sich der Demonstration der CGT anschließen. Die gesterige Konferenz (wo beide Richtungen vertreten waren) erkennen sie nicht an, ebensowenig das Einheitsyndikat der Gasarbeiter. Sie können bei einer einheitlichen 1. Maikundgebung die Verantwortung nicht übernehmen. Die CGT macht den 1. Mai allein, wer sich ihr anschließen will, kann dies tun."

Da eine Diskussion nicht gestattet wurde, gab Kam. Pasenacht eine kurze Erklärung im Namen der CGTU-Syndikats ab. Er verwies darauf, dass er nur ein Mandat für Verhandlungen über eine einheitliche Maidemonstration besitzt und an zuständiger Stelle den Standpunkt der CGT bekanntgeben werde.

Der Vertreter des U.S.A.T. (Sport) durfte ebenfalls nicht sprechen. Damit war die Delegation elegant hinaus komplimentiert.

Wir sind überzeugt, dass das Gros der CGT-Mitglieder den Standpunkt ihrer Leitung ablehnt und aus Protest dagegen sich der Demonstration der CGTU anschließen wird. Die Diskussion über die einheitsfeindliche Haltung der CGT-Führung in den Betrieben wird nicht ausbleiben.

Wer für die Kampfeinheit am 1. Mai in Strassburg demonstrieren will - und wer will dies nicht - der beteiligt sich an der Demonstration der CGTU!

SOZIALISTISCHE "KONSEQUENZ": =.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.

Der "Populaire", das Zentralorgan der SFIO berichtet von einem Plan der faschistischen Verbände bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments zu Beginn des Mai einen Handstreich gegen das Parlament und die Regierung durchzuführen.

Trotzdem sabotieren die CGT-Führer und der sozialistische Führer Imbs die Aktionseinheit, die einzige Kraft die am 12. Februar 1934 die faschistische Provokation vom 6. Februar zurückschlug und verhindern einen einheitlichen 1. Mai in Strassburg.

Mit den Verherrlichern des 6. Februar, dieser faschistischen Revolte, haben sie keine Bedenken bei den Gemeinderatswahlen auf einer gemeinsamen Proporzliste zu prangen. Mit den kommunistischen Klassengenossen am 1. Mai gemeinsam gegen den Faschismus und alle Klassenfeinde des arbeitenden Volkes zu demonstrieren aber lehnen sie entschieden ab.

Darauf kann es nur eine Antwort geben:

Am 1. Mai demonstrieren alle Anhänger der Aktionseinheit mit der CGTU!

Am 5. Mai stimmen alle Anhänger der Aktionseinheit für die KPF!

VOLKSFRONT ODER PROPORZ? oooooooooooooooooooooooooooo

So betitelt J.P. Mourereinen Artikel in der "NW" vom 25. April. Nach seiner naiven Entscheidung können sich die Strassburger Wähler am 5. Mai nur zwischen Proporz und Volksfront entscheiden.

Eine andere Lösung existiert für diesen Salon-"Kommunisten" überhaupt nicht.

J.P.Mourer will den Wählern einreden, dass die Volksfront im Unterschied zur Proporzfront eine Allianz ist, die ein gemeinsames Programm hat, während die Proporzkoalition ebenso programmlos, wie prinzipienlos ist. Von welcher Programm- und Prinzipienlosigkeit Mourer aber ist, ergibt sich klar aus einer Gegenüberstellung der Fälle Strasbourg und Colmar. In Strasbourg ist nach Mourer der Proporz der vollendete Ausdruck der Programm- und Prinzipienlosigkeit. Für Colmar aber tritt der gleiche Mourer für den in Strasbourg bekämpften Proporz ein und die gleiche NW, die für Strasbourg die UPR wegen ihres Proporzvorschlages anklagt, wettet in ihren "Colmarer Briefen" gegen die Sozialisten und Radikalsozialisten, weil sie für Colmar die in Strasbourg als programm- und prinzipienlos gebrandmarkte Proporzkoalition zum Scheitern brachten.

DIE CHARAKTERFESTEN PROPORZZEGNER.

Mourer nennt in Strasbourg die Proporzkoalition prinzipien- und programmlos zu gleich. Er hat vollkommen recht!

Wie aber sieht es mit der Haltung der "charakterfesten" Arbeiterpartei zum prinzipien- und programmlosen Proporz in Colmar aus.

Der Bundesgefährte Huebers in Strasbourg, M. Walter sagte darüber in der "Aubette":

"Warum soll hier (Strasbourg) der Proporz zu verurteilen sein, wenn er in Colmar unter Beteiligung selbst der K.P.O. getätigt wird?"

Wer daher gegen Prinzipien- und Programmlosigkeit ist, der gibt am 5. Mai seine Stimme weder den prinzipienlosen Sozialisten noch den programmlosen Hueberianern, sondern wählt K.P.F!

Strasbourg und Colmar liegen unseres Wissen beide im Elsass und an beiden Orten spielen die gleichen Fragen. Was in Strasbourg prinzipiell richtig, sollte daher in Colmar nicht unrichtig sein. Wenn trotzdem in Colmar die Prinzipien von Strasbourg vergessen werden und in Strasbourg die Prinzipien von Colmar keine Geltung besitzen, so kann jeder-mann ermesen, was es mit der Prinzipien- und Programmfestigkeit der Hueberpartei für eine Bewandnis hat. Wenn Prinzipien und Programm so wachsw weich sind, dass sie in so engem Raume so grundlegenden Wandlungen unterliegen, kann man wohl annehmen, dass es sich im Grunde weder hier noch dort um Prinzipien und Programme, sondern um ein paar lumpige, aufrecht prinzipienlose Weise ergatterte Gemeinderatsposten handelt.

In Strasbourg mit den Hitlerianern von der "ELZ", in Colmar mit der UPR und den in Strasbourg als Kapitalknechte gebrandmarkten Demokraten, das ist die Prinzipien- und Programmtreue der Hueberpartei!

Dem stellen wir das Bündnis der Arbeiterparteien auf dem Boden eines wirklichen proletarischen Kampf- und Aktionsprogramms entgegen, das einzig und allein den Tages- und den Zukunftsinteressen der Arbeiter entspricht.

Dafür allein müssen die Arbeiter Strasbourg bei den Gemeinderatswahlen demonstrieren, was unter den gegebenen Umständen nichts anderes heisst, als durch die Wahl der KPF den Gegnern dieses Bündnisses die einzig richtige Antwort zu geben.

KAMERADEN DER I.V.K.O.

Am Montag, den 29. April, abends 8 Uhr findet im bekannten Lokal eine wichtige Zusammenkunft unserer Gruppe statt.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Tagesordnung ist jeder Kamerad eingeladen.

Daher fehle niemand!

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 36/II. Jahrgang.

Erste Maiwoche 1935.

OFFENER BRIEF
oooooooooooooooooooo

AN DEN HERRN MAIRE CHARLES HUEBER .
oo

Herr Maire!

Im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über die Zusammensetzung des neuen Gemeinderats und die von diesem vorzunehmende Wahl des Maire, erklären Sie und die von Ihnen geführte Volksfront täglich sich als die einzigsten wirksamen Verteidiger des arbeitenden Volkes.

Sie und Ihre Partei behaupten jetzt plötzlich, dass die bisher mit Ihnen in der Volksfront vereinigte UPR unter Führung des Herrn M. Walter den Proporzvorschlag lancierte, um Sie vom Mairesessel zu verdrängen und an Ihre Stelle den Vertreter des Grosskapitals, den "Armenleutehasser" Charles Frey zu setzen.

Im Hinblick auf diese Möglichkeit rufen sie die kommunistischen und sozialistischen Arbeiter, mit denen sie bisher jede Gemeinschaft im Interesse ihres Paktes mit der Walterschen UPR und den hitlerischen Autonomisten ablehnten, auf Ihnen den Mairesessel zu erhalten.

Sie wissen, dass es gerade die "Arbeiterpolitik" war, die beständig und fortlaufend die Politik der UPR als arbeiterfeindlich, antikommunistisch und antisozialistisch denunzierte.

Sie wissen, dass es die "Arbeiterpolitik" war, die als erste die von M. Walter verfolgten Pläne mit den Demokraten der Öffentlichkeit bekannt gab.

Sie wissen, dass die "Arbeiterpolitik" die Ablösung der widernatürlichen und antiproletarischen Volksfront durch einheitliche Front der Arbeiterparteien für den Kampf um eine Arbeitermehrheit für den kommenden Gemeinderat propagierte.

Wie haben Sie darauf reagiert?

Sie, Ihre Partei und Ihre Zeitung haben zu alledem geschwiegen, haben die UPR gedeckt, haben Ihre Stosskraft ausschliesslich gegen die Aktionseinheit der Arbeiter konzentriert.

Sie haben das getan, weil Sie hofften sich dadurch die Wahlhilfe der UPR zu sichern, zu verhindern dass die UPR aus der Volksfront ausspringt und so die Gefahr für Ihren Mairesessel vermieden wird.

Erst jetzt, wo es scheint als habe die UPR sich endgültig auf eine neue Koalition eingerichtet, jetzt plötzlich rufen Sie zur Erhaltung ihres Mairesessels jene zu Hilfe, die Sie gestern noch die Gemeinheitsfront titulierten, weil Sie Ihre Sabotage der Aktionseinheit gegen den Faschismus im Interesse der Aufrechterhaltung ihres Blocks mit M. Walter und Dr. Roos nicht ignorierten.

Dies taten Sie, obzwar Sie wissen, dass die Arbeiteraktionseinheit allein den Faschismus schlagen kann und obwohl Sie wissen, dass der Faschismus zur Macht gelangt der gesamten Arbeiterbewegung das Schicksal...

sial des deutschen Proletariats bereiten würde.

Sie gingen als "Arbeitermaire" sogar soweit, sich über jeden Rückschlag in der Aktionseinheit genau so zu freuen, wie die Herren von der Reaktion und den faschistischen Organisationen.

In der Frage des Kampfes um den Frieden standen Sie wiederum nicht in der Front des revolutionären Proletariats und an der Seite der Sowjetunion, aber in der gleichen Front, in der ein M. Walter, ein P. Schall, ein Goy, ein Soapini und Bertrand standen und stehen.

Sie gefielen sich als "Arbeitermaire" in gehässigen Ausfällen gegen die Friedenspolitik des ersten Arbeiterstaates, Sie verzichteten nicht nur auf jede Kritik an der systematischen Sowjethetze ihrer Bundesgenossen, nein, Sie befanden sich aussenpolitisch vollkommen im Schlepptau Ihrer Verbündeten - Sie hetzten gegen die Paktpolitik der Sowjetunion, um im gleichen Atemzuge - wie in der Unionsversammlung - ihren Frieden mit Hitler zu machen und propagierten statt der russisch-französischen Verständigung die Verständigung mit Hitlerdeutschland, wie dies alle Feinde der Sowjetunion und alle Verehrer des Faschismus tun.

Sie Herr Maire wollen von diesen grundlegenden Tatsachen, die über Krieg und Frieden, über Stieg und Niederlage des Französischen Proletariats entscheiden, dadurch ablenken, indem Sie auf die Strassenbeleuchtung, die Schul- und Wohnungsbauten verweisen, die in den verflossenen Jahren unter Ihrer Verwaltung erfolgten.

Sie wissen, dass in einer Stadt wie Strasbourg, die reich ist und weniger unter der Krise leidet als andere Industriestädte, mit den Steuereinnahmen etwas geschehen muss und Sie wissen, dass die deutschen Sozialdemokraten, - die Sie mit recht feig nennen -, unter ähnlichen Verhältnissen in den von ihnen verwalteten deutschen Kommunen mindestens gleiches geschaffen haben wie Sie, und trotzdem verurteilen Sie die Politik der deutschen Sozialdemokraten mit Recht.

Aus den gleichen Gründen verurteilen wir Ihre Politik des Paktierens mit dem Klassengegner, weil sie in der Wirkung die gleiche ist, wie die Politik der deutschen Sozialdemokraten.

Sie, Herr Maire rufen jetzt die Arbeiter zur Hilfe, wo Sie anscheinend das elässische Zentrum ebenso in Stich lässt, wie das deutsche Zentrum die deutsche Sozialdemokratie im Stich liess, nachdem der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte.

Sie rufen jetzt die Arbeiter auf Ihnen ihre Stimme im 2. Wahlgang zu geben, um dadurch die Wahl des "Armenleutehassers" Ch. Frey zum Maire der Stadt Strasbourg zu verhindern und Sie erneut in ihrem Amt zu bestätigen.

Wir fragen Sie und ersuchen Sie um eine Erklärung:

- 1) Welche Garantien wollen Sie den Arbeiterwählern dafür geben, dass Sie sich als Arbeitermaire im Falle Ihrer Wiederwahl betätigen werden?
- 2) Sind Sie bereit mit der UPR endgültig und für immer zu brechen?
- 3) Sind Sie bereit das Bündnis mit den Hitlerautonomen aufzugeben?
- 4) Sind Sie bereit ihren Kampf gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion in eine aktive Unterstützung der Sowjetunion umzuwandeln und gemeinsam mit den Kommunisten gegen die auch von Ihnen bisher propagierte Verständigung Frankreichs mit Hitlerdeutschland zu kämpfen, die nur eine Verständigung auf der Grundlage des Angriffs gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt sein kann.
- 5) Sind Sie bereit Ihre Sabotage der Aktionseinheit für den Kampf gegen den Faschismus aufzugeben und gemeinsam mit den Kommunisten für den Ausbau und die Vertiefung der Aktionseinheit einzutreten.
- 6) Sind Sie bereit den Kampf um die Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden der Vorschläge der CGTU aktiv zu unterstützen.
- 7) Sind Sie bereit, sofort die von Ihrer Partei in Colmar eingegangene Front des Verrats und der Prinzipienlosigkeit mit der Apna, der Walterschen UPR, mit den Frey'schen Armenleutehassern zur Ausschaltung der Ar-

beiterparteien im kommenden Gemeinderat aufzulösen.

8) Sind Sie bereit Ihrer bisherigen Liebedienerrolle gegenüber dem Klerikalismus zu entsagen und gemeinsam mit der KP gegen den Klerikalismus und seine Ansprüche zu kämpfen.

9) Sind Sie bereit jede Zusammenarbeit und Toleranz gegenüber den Agenten des Hitlerimperialismus im Elsass aufzugeben und den Kampf gegen den französischen Imperialismus mit dem entschiedensten Kampfe gegen den deutschen Imperialismus und seine Agenten im Geiste des proletarischen Internationalismus zu führen.

Sie nennen sich Kommunist und Arbeitermaire, Herr Hueber, und empfehlen sich den Arbeitern als natürlicher Antipode des "Armenleutehassers" Ch. Frey!

Wenn Sie sein wollen, was Sie vorgeben, sollte Ihnen die Antwort auf unsere Fragen nicht schwer fallen.

Ein grosser Teil der Arbeiter erwartet vor dem 2. Wahlgang von Ihnen eine klare und präzise Antwort auf unsere Fragen.

Die Arbeiter wollen anstelle eines Ch. Frey oder M. Walter einen wirklichen Arbeitermaire, aber sie wollen keine Karikatur darauf, keinen Hampelmann in der Hand eines M. Walter oder P. Schall.

Sollten Sie auf unsere Fragen keine Antwort geben, so werden wir und mit uns alle Anhänger eines wirklichen Arbeitermaire eine solche Antwort auch zu würdigen wissen.

Dann werden wir und mit uns alle kommunistischen Arbeiter wissen, dass ihre Interessen weder Charles Frey noch Charles Hueber, sondern nur die Kommunisten wahrnehmen und sich

auch im 2. Wahlgang für die Kommunisten entscheiden!

Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition, Sektion
Strasbourg.

i. A. Hirtzel, Roenfrantz.

DIE REGIERUNG FLANDIN, DER 11. UND DER 12. MAI.

oo

Die Regierung Flandin hatte der Arbeiterklasse in Paris und Umgegend und in einer Reihe anderer Städte alle öffentlichen Aufzüge für den Mai verboten.

Sie hat aber für den 12. Mai, dem Tag, an dem die Stichwahlen für die Gemeinden stattfinden, den faschistischen Verbänden erlaubt, unter dem Vorwand der Feiern für die Nationalheldin Jeanne d'Aro in Massen uniformiert in den Strassen von Paris zu demonstrieren.

Diese beiden Tatsachen sind ein genügend deutlicher Hinweis darauf, welchen Kurs die Regierung Flandin steuert.

Für die faschistischen Verbände ist der Aufmarsch am 12. Mai zugleich eine Vorübung für die neue Aktion, die sie gegen das Parlament vorbereiten.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit erhöhter Wachsamkeit der Arbeiterklasse und die wirksame Bekämpfung der Sabotage der Aktionseinheit durch die sozialistischen Führer.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

ZU DEN SOWJETRUSSISCH-FRANZÖSISCHEN VERHANDLUNGEN.

oo

Die russisch-französischen Verhandlungen haben zu einer weiteren Annäherung der beiden Standpunkte geführt. Die Sowjetregierung betonte in einer Meldung der "Tass", dass es ihr weniger darauf ankomme, dass die gegenseitigen Verpflichtungen "automatisch" spielen, als dass sie für beide Partner gleich, dass sie genau bestimmt und keine Spitze gegen ein anderes Land enthalten.

Beachtenswert sind die Hinweise in einigen französischen Blättern da-

rauf, dass die vertraglichen Bestimmungen ergänzt werden sollen durch praktische Zusammenarbeit der Generalstäbe bei der Vorbereitung der gegenseitigen Hilfeleistung gegen einen eventuellen Angreifer. Ähnlich lagen bekanntlich die Dinge bei den Entente-Verträgen. Der prinzipielle Unterschied ist hierbei nur der, dass, während England, Frankreich und das zaristische Russland imperialistische Ziele verfolgten, dies auf Seiten der Sowjetunion nicht der Fall ist und auch garnicht der Fall sein kann. Die technischen Ähnlichkeiten fallen also hier keineswegs zusammen mit politischen Ähnlichkeiten.

Die Tatsache aber, dass nach der Berichterstattung Laval's im Minister-rat der französischen Regierung nochmals Vorschläge zur Änderung des Vertrages von französischer Seite angeregt wurden, lässt darauf schlies-sen, dass die Gegner der russisch-französischen Zusammenarbeit ihr Spiel noch nicht aufgegeben haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EIN NEUER FAUSTSCHLAG HITLERDEUTSCHLANDS.
oo

Im Mai sollten englisch-deutsche Verhandlungen über die Flottenrüstungen beginnen. Ehe sie noch begonnen haben, hat Hitlerdeutschland mit einem neuen Schlag nach der Art des 16. März aufgewartet. Es hat England offiziell mitgeteilt, dass es 12 Unterseeboote von je 250 Tonnen bauen werde. Damit hat Hitlerdeutschland nun auch die Flottenbestimmungen des Versailler Vertrags zerrissen, die ihm den Bau von Unterseebooten ver-bieten. Hitlerdeutschland hat damit England an seiner empfindlichsten Stelle getroffen.

Was ist der Zweck dieses Manövers?

Der Völkerverbund hat eine Kommission eingesetzt, die im Falle neuer ein-greifender Vertragsverletzungen durch Hitlerdeutschland wirtschaftliche Sanktionen festsetzen soll. Diese Sanktionen sind noch nicht fest-gelegt. Hitlerdeutschland rechnet damit, dass auch diese neue Vertrags-verletzung ohne Sanktionen bleiben wird. Es will also die praktische Wichtigkeit des Genfer Beschlusses demonstrieren. Es will gleichzeitig England im besonderen eine Antwort darauf geben, dass es an der Stresa- und Genfer Aktion teilgenommen hat. Es ist ein neuer Versuch der aussen-politischen Einschüchterung der Umgebung Deutschlands.

Die englische Regierung nützt ohrerseits diesen neuen Streich Hitler-deutschlands aus, um die Masse des englischen Volkes in die nötige Stimmung zu bringen, damit es bereit ist, neue Mittel für die aufrüstung in der Luft und zur See zu bewilligen. Die Wiedereinführung der allge-meinen Wehrpflicht in Deutschland berührte den "Mann auf der Strass in England nicht mehr. Die deutschen Luft- und Seerüstungen gehen ihm dagegen an die Nieren, denn sie bedrohen England unmittelbar. Der Auf-satz Macdonalds in dem "News Letter", der in der gesamten Presse be-sprochen wurde, gibt gleichzeitig bekannt, dass England versteht, dass es seine Vermittlerrolle zwischen Deutschland und Frankreich nicht länger spielen kann.

ITALIEN WIRBT UM POLEN.
o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Inzwischen sind mehre Einzelheiten über die italienisch-polnischen Verhandlungen bekannt geworden. Italien sucht Polen als Gegengewicht gegen die französisch-russische Annäherung zu gewinnen. Um die Sowjet-union auszuschalten, hat Italien den baltischen Staaten ein Angebot ge-macht, sie in den Donaupakt einzubeziehen und ihnen von seiner Seite eine Sicherheitsgarantie zu geben. Dieses italienische Manöver, das schon in Stresa eingeleitet wurde, war auch eine der Ursachen für die Schwän-kungen und Verzögerungen der französischen Regierung bei ihren Verhand-lungen mit der Sowjetunion.

AM 5. MAI GEHÖRT JEDE ARBEITERSTIMME DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI!
KEINE STIMME DER PROPORZFRONT! KEINE STIMME DER VOLKSFRONT!
DIE K.P.F. KÄMPFT KONSEQUENT FÜR DIE AKTIONSEINHEIT!

NEUER FURCHTBARER TERROR IN DEUTSCHLAND.

oo

In den letzten Wochen hat der faschistische Terror aufs neue furchtbar gegen die antifaschistischen illegalen Organisationen in Deutschland gewütet. Dieser neue furchtbare Terror hängt zusammen mit dem Bestreben, die steigende Opposition der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums gegen die Aufrüstungs- und Eroberungspolitik der Nazis einzuschüchtern, neue Angriffe gegen die Lebenshaltung der Werktätigen vorzubereiten. Der neue Terror, den die Nazis üben, zeigt, wie es mit der "nationalen Einheit" aussieht, die sie geschaffen zu haben vorgeben. Er zeigt, wie es mit der angeblichen Begeisterung für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht aussieht. Er beweist, dass die angebliche "Volksgemeinschaft" in Deutschland ein grober Schwindel ist. Er beweist, dass die imperialistische Eroberungspolitik der Hitler, Göring und Co. nur die Politik einer ausbeutenden Minderheit ist, während die Mehrheit des Volkes, die werktätigen Klassen sie ablehnen. Die Nazis sehen voraus, dass die Opposition und der Widerstand wachsen werden. Darum suchen sie mit barbarischen Terrormitteln die antifaschistischen illegalen Organisationen zu zerschlagen.

Einige Tatsachen!

Vor einigen Wochen wurden die kommunistischen Funktionäre Handke, Ludwig Einicke, Helene Glatzer von der Gestapo ermordet. Im Görlitzer Gefängnis wurden die Jungarbeiter Seibt und Räuppach aus Hirschberg in Schlesien erschlagen. Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Reinhold Jürgens wurde in seiner Zelle im Gefängnis Fuhlshüttel bei Hamburg tot aufgefunden.

Die vor einigen Wochen verhafteten früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Maddalena, Stamm und Rembke sind von der Gestapo ermordet worden.

In Rheinland-Westfalen sind in den letzten Wochen hunderte von Verhaftungen vorgenommen worden. In einer Nacht sind in einer Grosstadt im Ruhrgebiet fast hundert Verhaftungen erfolgt. Zahlreiche Bergleute wurden frühmorgens am Schacht verhaftet.

In den sächsischen Orten Lugau, Thalheim, in der Umgebung von Chemnitz wurden vor einiger Zeit 80 Antifaschisten, Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet.

Zahlreiche Verhaftungen fanden in Oberschlesien statt, ferner in Neisse und Breslau.

Über den ungeheuren Umfang der Verhaftungen der letzten Wochen geben folgende Angaben aus kleineren sächsischen Industrieorten Aufschluss. In Lössnig 125, in Dölitzsch-Dösen 128, in Gantzsch 50, in Grosszschocher 50, in Stötteritz 28, in Eutritzsch 15.

Die Verhaftungen der letzten Wochen gehen in die Tausende. Sie umfassen alle antifaschistischen illegalen Organisationen, vor allen KPD, KPD(O), SPD.

Die Verhafteten werden furchtbaren Folterungen unterworfen, um sie zu Aussagen zu veranlassen.

Wie berichtet schon über eine Anzahl von Fällen wo die Verhafteten ermordet wurden.

In vielen Fällen handelt es sich um Folterungen, die zum Tode führten.

Das schnelle und energische Eingreifen der internationalen Arbeiterklasse ist notwendig, um den Arm der Henkers- und Folterknechte aufzuhalten.

Das Leben Tausender antifaschistischer Kämpfer schwebt in Gefahr!
Es darf keine Zeit verloren werden.

Besonders wichtig ist es, dass die elsässischen Arbeiter ohne Verzug in mächtigen Aufboten aller proletarischen Organisationen, den Nazihenkern überm Rhein Einhalt gebieten, dass sie ihren Protest und ihre Unterstützung ihnen in die Ohren donnern!

Ohne Verzug muss der Massenprotest organisiert werden.

ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE IN DEUTSCHLAND.
 ooo

Die Nachrichten über die Wirtschaftslage in Deutschland zeigen, dass die Weiterführung der Rüstungskonjunktur auf wachsende Schwierigkeiten stößt. Reichsbankvizepräsident Dreyse hat eine Erklärung abgegeben, die besagt, dass die Reichsbank nicht mehr im demselben Tempo die zur Finanzierung der Staatsaufträge herausgegebenen Arbeitsbeschaffungswechsel aufnehmen könne, ohne die Währung zu gefährden. Dabei ist der in den letzten Jahren erfolgte Konjunkturaufschwung lediglich auf staatliche Rüstungsaufträge zurückzuführen. Die "Frankfurter Zeitung" hat in einem Artikel hervor, dass "private Investitionen, die von der direkten oder unmittelbaren Befriedigung des Staatsbedarfs unabhängig sind" so gut wie garnicht erfolgt sind, dass die Konsumtionsmittelindustrie wegen des "Abebbens der Hamsterwelle vom letzten Herbst" einen merklichen Rückgang erlitten hat. Was den deutschen Export anbelangt, so schätzt die Frankfurter Zeitung (25.4.35.), dass der "Anteil der Ausfuhr an der Produktion fast auf die Hälfte des Standes von 1928 gesunken ist". Dazu kommt die damit im Zusammenhang stehende Knappheit an Rohstoffen, wie das die jüngsten Verordnungen über die Verwendung von Tabak, Kakao und Gummi zeigen.

Die faschistische Diktatur und das deutsche Kapital, deren Interessen diese Diktatur vertritt, werden alles aufbieten, um die Rüstungskonjunktur nicht absacken zu lassen. Einmal weil die Rüstungen im Augenblick die Hauptgewinnquelle für das deutsche Kapital sind, zweitens weil die ganze Aussenpolitik auf einem beschleunigten Rüstungstempo aufgebaut ist.

Die Nazis werden versuchen ihre neuen Angriffe auf die Werktätigen demagogisch zu kaschieren. So wird bereits von einer Zwangsanleihe gesprochen. Diese Zwangsanleihe wird ebensowenig wie die vorausgegangenen die Besitzenden treffen. Eine Zwangsanleihe ist bereits erfolgt. Die Sparkassen sind gezwungen worden ihre Gelder dem Staate für die Finanzierung der Rüstungen zur Verfügung zu stellen. Diese Zwangsanleihe trifft in erster Linie die kleinen Sparer, Arbeiter u. Mittelschichten. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt worden, eine ähnliche Operation auch bei den Institutionen der Sozialversicherung vorzunehmen. Die Beitragssummen der Sozialversicherung sollen also gleichfalls für die Bezahlung der Rüstungsaufträge zur Verfügung gestellt werden. Es ist klar, dass dabei die Sicherung der Sparguthaben und Rentenansprüche flöten geht. Wenn jetzt eine neue Zwangsanleihe kommt, so werden in erster Linie die Gehalts- und Lohnempfänger, die kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Bauern betroffen werden. Ein Beispiel dafür, dass die Grosskapitalisten alle Mittel in der Hand haben, um sich vor einer Zwangsanleihe zu drücken, ist das Schicksal des sogenannten Anleihestückgesetzes, das bekanntlich die zwangsweise Anlage eines Teils der Dividenden in Staatsanleihe vorsah. Die grossen kapitalistischen Formen haben dieses Gesetz meist dadurch umgangen, dass sie die Dividenden niedrig ansetzten und ihre Gewinne als Abschreibungen etc. buchten. Auch jetzt wird das Grosskapital im Falle einer Zwangsanleihe dieses sogenannte "Opfer" auf die Arbeiter abwälzen, wozu es ja in der Politik der Nazis alle Handhaben hat.

Es ist jedoch eine Frage, ob bei den gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur und der kritischen Lage des deutschen Aussenhandels, die durch die Entwertung der Währungen der anderen Länder noch verschärft wird, eine Zwangsanleihe oder Ähnliches genügen würde, um dem deutschen Kapitalismus zeitweise Luft zu machen. Die "Frankfurter Zeitung" weist darauf hin, dass infolge der Entwertung des Pfunds, des Dollars usw. die deutschen Preise über den Weltmarktpreisen liegen, und knüpft daran die Bemerkung, dass die Angleichung der deutschen Preise an das Weltmarktniveau nicht mehr mit den Mitteln der "deftatorischen Kostenkompression", sondern mit anderen Methoden erfolgen müsse. Diese Äusserung und die bereits erwähnte Erklärung Dreyse lassen den Schluss zu, dass in den Kreisen des deutschen Kapitals und seiner Regierung auch die Möglichkeit einer Abwertung der Mark erwogen wird, d.h. einer Massnahme, die auch wieder in erster Linie die werktätigen Massen treffen würde. In Danzig sind die Nazis bereits zu

Abwertung der Währung übergegangen.

Die wachsenden Schwierigkeiten, auf die die faschistische Diktatur und die deutsche Bourgeoisie in wirtschaftlicher Hinsicht stoßen, führen im Zusammenhang mit der Verdeutlichung ihrer kriegerischen Außenpolitik, zu neuen Angriffen auf das werktätige Volk, zur Verschärfung des Terrors und des gesamten innerpolitischen Kurses. Die faschistische Diktatur versucht im Hinblick auf die wachsenden Schwierigkeiten die letzten legalen Sammelpunkte für Nichtnationalsozialisten und für eine noch so zahme Kritik am Nationalsozialismus zu zerschlagen. Die neue Presseverordnung soll die katholische Presse vernichten, die bisher ab und zu kritische Äußerungen über die Religionspolitik der Nazis brachte. Der Regierungspräsident Terboven erklärte in Köln, dass jedes Auftreten gegen die "Staatsjugend", also gegen die Hitlerjugend als staatsfeindlich betrachtet werden würde. Das ist die offene Kampfansage gegen die katholischen Jugendorganisationen. Ley kündigte die Zerschlagung der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine an. Gegen die oppositionelle protestantische Bekenntniskirche gehen die Nazis mit den schärfsten Mitteln vor. Gegenwärtig befinden sich bereits 35 oppositionelle Pfarrer in Konzentrationslagern, ferner sind zahlreiche Anhänger der Bekenntniskirche verhaftet. Auch neue Judenverfolgungen werden vorbereitet. Auftakt dazu ist die Ankündigung Fricks, dass den sogenannten Nichtariern die Staatsbürgerrechte entzogen werden sollen.

Die Aufgaben der antifaschistischen Arbeiter in Deutschland ergeben sich aus dieser Lage zwingend und sind hier wiederholt entwickelt worden. Die Aufgabe der elsässischen Arbeiter besteht darin, ihre Solidarität mit den antifaschistischen Arbeitern auch dadurch zu bekunden, dass sie ihren Kampf gegen die Anhänger der Verständigung mit Hitlerdeutschland verschärfen und den Kampf gegen den heimischen Faschismus durch die Verwirklichung der Aktionseinheit verstärken.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Gemeinderatswahl:

Hitler und Hueber.

Charles Hueber teilt als Maire der Stadt Strasbourg den Wählern auf einem Plakat ganz im Stile des "Führers" mit: "Ich bin nicht schuld dass Hitler in Deutschland zur Macht gekommen ist. Die feigen Sozialdemokraten haben erst Hindenburg und dann Hitler an die Macht gebracht. Ich habe persönlich Emigranten über die Grenze gebracht und der Volksgemeinderat hat 50 000 Frs. für die Emigranten bewilligt."

Niemand hat Hueber beschuldigt dass er Hitler in Deutschland zur Macht gebracht hat.

Niemand hat abgestritten, dass Hueber, als er noch Mitglied der IVKO war zwei deutsche Emigranten über die Grenze gebracht hat.

Niemand leugnet, dass Hueber im Gemeinderat 1933 50 000 Frs. für die Emigranten bewilligen liess.

Was aber verschweigt Hueber wissentlich den Wählern?

Dass er Emigranten bei Nacht und Nebel an die frische Luft setzte, als sie ihm ihre Missbilligung gegenüber seiner Politik der Zusammenarbeit mit den Klerikalen und den Hitlerautonomen zum Ausdruck brachten, dass seine Solidarität mit den Opfern des Hitlerfaschismus in dem Augenblick erlosch und einer wüsten Emigrantenhetze Platz machte, wo ihm bewusst wurde, dass keiner der Emigranten um der persönlichen Zuneigung des Herrn Maire willen, seine kommunistischen Grundsätze verleugnen wollte.

Von diesem Augenblick hetzte das Organ des Herrn Maire gegen die Emigranten im gleichen Tone wie seine Verbündeten von der "ELZ", plädierte offen für ihre Ausweisung aus dem Elsass. "da bereits genügend unerwünschte Gäste am elsässischen Kujelopf klaben!"

Der Herr Maire nennt die deutschen Sozialdemokraten feig. Daoud!

Worin bestand ihre Feigheit? Vor allen und in erster Linie im paktieren mit dem Zentrum und den bürgerlichen Demokraten, im Kampf gegen

die Einheitsfront mit den Kommunisten zur ausserparlamentarischen Aktion gegen den Hitlerfaschismus und seine Wegbereiter.

Was aber tut der "Arbeitermaire" Hueber hier?

Er paktiert mit dem elsässischen Zentrum, der UPR, (siehe Colmar) und mit den bürgerlichen Autonomisten von der Landespartei, die einen Heil aus ihrer Partei herauswarfen, weil er gegen die hitlerische Orientierung dieser Partei opponierte!

Der "Antifaschist" Hueber verhöhnte die in Frankreich zustandegekommene Aktionseinheit, lehnte seine Mitwirkung an ihr ab, nannte sie die Gemeinheitsfront und warf alle Militanten aus seiner Partei, die für die Aktionseinheit eintraten.

Wenn die deutschen Sozialdemokraten durch eine solche Politik des Paktierens mit den bürgerlichen Parteien Hitler den Weg zur Macht bereiteten, was kann die Wirkung des Paktierens Huebers mit den bürgerlichen Parteien und seiner Sabotage der Aktionseinheit sein?

Offenbar nur die gleiche! Das gilt es im Auge zu behalten!

Hueber mag die Strassenbeleuchtung in Strasbourg verbessert, einige neue Schulen und eine ganze Reihe von Wohnungen unter seiner Verwaltung gebaut haben.

Das alles haben auch die feigen deutschen Sozialdemokraten in der P...speritätsperiode sehr gründlich gemacht.

Das alles aber konnte die verhängnisvollen Wirkungen der grundlegend falschen Politik der deutschen Sozialdemokraten nicht aufheben. Genau so wenig kann Hueber durch seine kommunalpolitischen "Errungenschaften" die unvermeidlichen Wirkungen seiner grundfalschen Politik der Zusammenarbeit mit einem Teile des Bürgertums aufheben.

Herr Hueber will den Arbeitern die Politik des kleineren Übels schmackhaft machen, so wie die deutschen Sozialdemokraten sie den deutschen Arbeitern jahrelang schmackhaft zu machen verstanden.

Wer lässt sich dadurch noch täuschen?

Wenn Hueber ein Arbeitermaire sein will, warum hat er sich dann nicht zum Vorkämpfer einer Arbeitermehrheit gemäss unserem Vorschlage gemacht?

Warum hat er sich dann gegen die Aktionseinheit gewandt?

Warum lehnt er es dann ab, mit seiner verhängnisvollen Bündnispolitik mit den Klerikalen und Elz-Leuten zu berchen?

Warum hat er dann angeordnet, dass die Partei des "Arbeitermaire" in Colmar zur Ausschaltung der Arbeiterparteien aus dem Gemeinderat sich bereits im 1. Wahlgang mit den Armeleutehassern, den Freyschen Demokraten, der Walterschen UPR, den Apnatikern zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen hat, um auf diese Weise eine Arbeitermehrheit in Colmar zu verhindern?

Ein netter Arbeitermaire der solches tut!
Deshalb wenden wir uns gegen die Politik der Feigheit, der Prinzipienlosigkeit, des kleineren Übels, wie sie hier von den Sozialisten und Hueber repräsentiert wird und sagen

weder Frey noch Hueber, Kommunisten gehören in den Gemeinderat und wählen daher die Liste der KPP!

KAMERADEN HERHÖREN!

Wir treffen uns am Montag, den 6. Mai zu einer wichtigen Besprechung im bekannten Lokal bereits um 7 Uhr abends. Seid pünktlich, da wir um 1/2 9 Uhr bereits das Lokal räumen müssen.

Also um 7 Uhr Montagabend!

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 37/II. Jahrgang.

Zweite Maiwoche 1935.

EIN VORSCHLAG DER I.V.K.O.:

EIN SCHRITT ZUR KLÄRUNG DER LAGE. oo

Sofort nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse des ersten Wahlganges hat die I.V.K.O. nach gründlicher Analyse des Wahlergebnisses der Strasbourger Gemeinderatswahl und die dadurch geschaffene Lage einstimmig beschlossen, an die Leitungen der SFIO, der Hueberpartei und der KPF heranzutreten. Das Ergebnis dieses Beschlusses ist im nachfolgenden Briefe an die Leitungen der erwähnten Organisationen niedergelegt, der ihnen am Dienstag, den 7. Mai zugestellt wurde.

Der Brief der I.V.K.O. lautet:

Werte Kameraden!

Das Ergebnis des 1. Wahlganges zur Neuwahl des Gemeinderats in Strasbourg hat gezeigt, dass eine unter der Führung der Demokraten stehende reaktionäre Gemeinderatsmehrheit möglich und die Eroberung der Mairie durch die Arbeiterschaft auf den beschrittenen Wegen unmöglich ist.

Die Resultate des 1. Wahlganges haben bestätigt, dass ein Sieg des Bürgertums nur zu verhindern ist, wenn die Parteien, die vorgeben Arbeiterinteressen vom Boden des proletarischen Klassenkampfes zu vertreten, sich im ersten Wahlgang selbstständig geschlagen hätten, um sich dann im zweiten Wahlgang entsprechend unserem Vorschlag in der "Arbeiterpolitik" Nr. 29. gegenseitig zu unterstützen, sei es durch den zwischen den Arbeiterparteien spielenden Proporz oder durch die Unterstützung der Arbeiterpartei in jedem Kanton, die dortselbst die höchste Stimmenzahl als Arbeiterpartei auf sich vereinigte.

Der Ausgang des ersten Wahlganges und die dadurch geschaffene Lage bestätigen gleichfalls, dass die Volksfront mit bürgerlich-autonomistisch und hitlerisch orientierten Parteien (Elz) kein Mittel ist und sein kann, um eine bürgerlich-reaktionäre Mehrheit im Gemeinderat und damit eine bürgerlich-reaktionäre Gemeindeverwaltung zu verhindern.

Der Ausgang des ersten Wahlganges hat aber zugleich bewiesen, dass auch der zwischen dem entscheidenden Teil der bürgerlichen Parteien und der SFIO abgeschlossene Proporz, kein Mittel ist um die Volksfrontherrschaft durch eine Arbeitermehrheit abzulösen, sondern sich als das sichere Mittel erweist, um dem reaktionären Bürgertum die Mehrheit im Gemeinderat zu sichern und die Verwaltung der Mairie in seine Hände zu spielen.

Weder die Arbeiter - ohne Unterschied der Partei-, noch die übrigen Werktätigen unserer Stadt, sind an einer bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit, noch an einer bürgerlich-reaktionären Gemeindeverwaltung interessiert. Ihr ureigenes Interesse erfordert die Ablösung der Volksfrontherrschaft, gleichzeitig aber die Verhinderung einer bürgerlich-reaktionären Mehrheit im Gemeinderat, was - wie die Erfahrung des ersten Wahlganges beweist - nur auf dem Wege des Kampfes für eine Arbeitermehrheit, getragen von allen Parteien, möglich ist, die vorgeben Arbeiterinteressen mit den Mitteln des proletarischen Klassenkampfes zu vertreten.

Soll eine reaktionäre Mehrheit, soll die Auslieferung der Mairie an das reaktionäre Bürgertum im zweiten Wahlgang verhindert werden, so gibt es angesichts der derzeitigen Lage dazu nur einen Weg:

- 1.) SFIO, KPO und KPF verständigen sich sofort auf folgender Grundlage;
 - a.) KPO löst unverzüglich ihr Bündnis mit den bürgerlichen Autonomisten;
 - b.) SFIO tritt von der Proporzabmachung zurück, da ihre Einhaltung zu einer bürgerlich-reaktionären Gemeinderatsmehrheit und zur Auslieferung der Mairie an dieses Bürgertum führt;
 - c.) KPF erklärt ihre Bereitschaft auf dieser Basis und der Bekräftigung des Aktionspaktes durch SFIO und KPO mit KPO und SFIO eine einheitliche Liste auf der Grundlage eines zu ermittelnden Prozesses für den zweiten Wahlgang aufzustellen oder die genannten Parteien bei Eingehen auf die erwähnten Vorschläge im zweiten Wahlgang zu unterstützen.

2.) Die Losung für den zweiten Wahlgang auf oben bezeichneter Grundlage müsste sein:

Verlegt den kapitalistischen Parteien den Weg zur Mairie!

Sorgt für eine Arbeitermehrheit und damit für einen Arbeiter-Maire!

Wir unterbreiten Ihnen diesen Vorschlag zur umgehenden Stellungnahme. Wir werden zu diesem Vorschlag gedrängt durch das Gesamtinteresse der Strassbourger Arbeiterschaft und durch die durch den 1. Wahlgang geschaffene Lage. Diese Lage erfordert unserer Ansicht eine kühne und befreiende Tat der Arbeiterparteien, die unserer Überzeugung von der gesamten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei freudig begrüsst würde.

Es bedarf unserer Ansicht nach keiner besonderen Erwähnung, dass jede Partei ungehindert ihre Grundsätze und Kritik trotz des Eingehens auf unseren Vorschlag vertreten darf.

Wenn wir uns zu diesem Vorschlag veranlasst sehen, obwohl wir nicht mit eignen Kandidaten am Gemeinderatswahlkampf interessiert sind, so deshalb, weil wir uns gerade dadurch und durch unser unaufhörliches Eintreten für den Kampf um eine Arbeitermehrheit dazu berufen fühlen.

Da die Zeit drängt, ersuchen wir Sie eine bevollmächtigte Vertretung Ihrer Partei am Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 Uhr ins Restaurant "Zum Elsässer", rue Fridolin zu entsenden, um dort die Stellung Ihrer Partei zu präzisieren.

Mit revolutionären Gruss:

Komm. Partei Opposition (I.V.K.O.)

gez. Hirtzel, Roenfanz, Albert.

DAS ERGEBNIS DES ERSTEN WAHLGANGES.
oo

Was nun?

Das Wahlergebnis zum ersten Wahlgang in Strassbourg bestätigt unsere Prognose. Es unterstreicht die volle Richtigkeit der von uns stets eingenommenen Position und den von uns zur Ablösung der widernatürlichen Volksfrontkoalition propagierten Kampf um eine Arbeitermehrheit. Nur auf der von uns bezeichneten Grundlage ist die sichere Garantie gegeben, dass im Strassbourger Gemeinderat eine Arbeitermehrheit einzieht und damit eine im Interesse der Arbeiterklasse wirkende Gemeindeverwaltung.

Dies beweist klar das Wahlergebnis.

Im Kanton Ost haben die sechs Proporzparteien 5 529 Stimmen, gegen 3 650 für die Volksfront erhalten, während die KPF 935 Stimmen erhielt. Der Vorsprung der Proporzparteien gegenüber der Volksfront beträgt rund 2000 Stimmen.

Im Kanton Süd haben die vereinigten Proporzparteien 2 546, die Volksfront 1 709 und die KPF 254 Stimmen erhalten. Der Vorsprung der Proporzparteien gegenüber der Volksfront beträgt hier 837 Stimmen.

Im Kanton West erhielten die Proporzparteien 5 605, die Volksfront 2 713 und die KPF 616 Stimmen. Der Vorsprung der Proporzparteien gegenüber der Volksfront beträgt hier rund 1 900 Stimmen.

Im Kanton Nord besteht eine Proporzmehrheit von 8 135 gegenüber 2 061 Stimmen für die Volksfront und 426 Stimmen für die KPF. Hier ist das Übergewicht der Proporzparteien erdrückend. Es beträgt rund 6 100 Stimmen.

Wenn der wesentliche Teil der Wähler der Proporzparteien im 2. Wahlgang Disziplin übt, ist selbst beim Überlaufen des Gross der KP-Wähler -was wir übrigens nicht glauben-, mit einer bürgerlich-reaktionären Gemeinderatsmehrheit mit dominierendem Einfluss der grosskapitalistisch eingestellten Demokraten in der Mairieverwaltung zu rechnen.

Das ist die Bilanz der Hueberschen Sabotage der Einheitsfront, seines aktiven Kampfes gegen die Aktionseinheit zugunsten der Aufrechterhaltung seines Blocks mit der UPR und den bürgerlichen Autonomisten und seiner nur vom Mandatshunger diktierten Prinzipienlosigkeit, wie die in Colmar am verflossenen Sonntag ihre widerlichststen Blüten trieb.

Das ist zugleich die Bilanz des Eingehens der SFIO auf den Walterschen Proporzvorschlag, den wir von Anfang an als das Mittel zur Verschleierung der von der UPR erstrebten Koalition mit den Demokraten denunzierten und der in seiner praktischen Wirkung auf die Auslieferung der Mairie an das Grosskapital und seine politische Interessenvertretung, die Demokraten, hinausläuft.

Es aber und das Ergebnis der KPF unterstreicht es, ist zugleich auch die Bilanz der Ignorierung der von uns der KPF empfohlenen Taktik durch die Leitung der KPF.

Was ist angesichts der geschaffenen Lage zu tun?

Keine der Parteien, die vorgeben die Arbeiterinteressen mit den Mitteln des proletarischen Klassenkampfes zu vertreten, hat die Kraft zu dem einzig zwingenden Entschluss, den die Lage gebietet.

Die SFIO versucht kramphaft ihre Wähler von der Alternative abzulenken, die als unvermeidliche Folge der Befolgung des Proporzvorschlages der UPR eintritt. Sie appelliert an die Parteidisziplin und sucht die Wähler darüber hinwegzutäuschen, dass die Befolgung der Proporzparole im II. Wahlgang zwar die Volksfrontherrschaft beseitigt, aber folgerichtig zur Herrschaft der Demokraten und damit zur Niederlage der Arbeiter in ihrer Gesamtheit führt.

Die Hueberpartei zieht aus dem Wahlresultat keine andere Folgerung, als die Fortsetzung ihrer Volksfrontkoalition mit den hitlerisch orientierten Autonomisten. Der gleiche Hueber, der die Einheitsfront von SFIO und KPF als eine zu seinem Sturze ausgeklügelte "Gemeinheitsfront" bezeichnete, ruft jetzt die sozialistischen und kommunistischen Wähler zur Einheitsfront auf, auf das seine widernatürliche Ehe mit den Hitleragenten nochmals zur Mehrheit im Rathaus wird. Die einzige Folgerung, die sich aus der Lage ergibt, der entschlossene Bruch mit der Volksfront und die entschiedene Wendung zur proletarischen Einheitsfront wird von der Hueberpartei überhaupt nicht gestellt. Sie glaubt in ihrer Naivität, die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter werden eigens zu dem Zwecke Hueber zur Hilfe kommen, damit er sein Bündnis mit den Hitleragenten weiter fortsetzen und seine Sabotage der proletarischen Einheitsfront wie ehemals fortsetzen kann. Statt des Bruchs mit den bürgerlichen und hitlerisch orientierten Autonomisten und der klaren entschiedenen Wendung für die proletarische Einheitsfront und zum Kampfe um eine Arbeitermehrheit gemeinsam mit der KP und den Militanten der SFIO, als der einzig erfolgversprechenden Politik zur Verhinderung der Herrschaft der "Armenleutehasser" im Gemeinderat und der Mairie, sucht er durch ohrenbetäubendes Geschrei über die Tatsache hinwegzutäuschen, dass er um des Bündnisses mit den Hitleragenten zuliebe, die Mairie an Charles Frey auszuliefern bereit ist.

Ist es nötig noch darauf hinzuweisen, dass der gleiche Hueber, der jetzt nach der proletarischen Einheitsfront ruft, einzig und allein zur Bekräftigung seines Bündnisses mit den Hitlerautonomisten, alle Militan-

tanten aus der Partei herauswarf, die anstelle seiner Bündnispolitik mit der UPR und Landespartei, die Politik der proletarischen Einheitsfront forderten? Ist es nötig auf Colmar hinzuweisen, wo auf Anweisung von Hueber seine Partei mit der Walterschen UPR und den Freyschen Demokraten im ersten Wahlgang einen Block gegen Sozialisten und Kommunisten einging? Glaubt Hueber im Ernst er kann durch sein ohrenbetäubendes Geschrei gegen Ch. Frey über diese Tatsachen hinwegtäuschen? Meint er die Arbeiter werden ihn als natürlichen Antipoden der Demokraten betrachten, ohne dass er sich zum Bruch mit der Volksfront entschliesst, ohne dass er klare Bindungen eingeht und klar und eindeutig auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes zurückkehrt? Da irrt er!

Dr. Ross hat bereits in der Sängerkonferenz die Volksfront als eine Partei bezeichnet und niemand ist gegen ihn aufgetreten. Die "ELZ" sprach bei Stellungnahme zum Wahlergebnis von der Volksfront als einer Partei. Die "NW" schwieg auch dazu! Wir wissen warum. Im Schoße der Volksfront wird bereits der Gedanke einer "Elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei" erwogen. Das Verhalten der Landespartei zeigt bereits die nächsten Pläne und Absichten im Schoße der Volksfront und ein ungünstiger Wahlausgang für Hueber, wird Hueber noch mehr als bisher in die Hände der Landespartei geben und eine neue Etappe der politischen Entwicklung und Wandlungsfähigkeit Huebers und seiner Partei einleiten.

Wenn Hueber meint, die Arbeiter kaufen die Katze im Sack, so irrt er. Einheitsfront nur zur Erhaltung des Mairesessels für Ch. Hueber, ohne Bindungen, Garantien und Verpflichtungen im Sinne der Ziele der Arbeiterklasse einzugehen, für eine solche Einheitsfront danken wir.

Wir haben Herrn Hueber in unserem Offenen Brief die Fragen gestellt deren zufriedenstellende Antwort für Kommunisten die einzige Voraussetzung für ein Eintreten für seine Partei im II. Wahlgang sein könnte. Hueber hat darauf geschwiegen und damit ablohnend geantwortet. In der "NW" lässt er ausdrücklich verkünden, dass die Volksfront keine Erschütterung erfahren habe und auch geschlossen in den II. Wahlgang geht.

Die KPF hat nun mit reichlicher Verspätung unseren Vorschlag auf Kampf um eine Arbeitermehrheit aufgenommen. Sie hat der Hueberpartei in einem Briefe eine Reihe von Mindestforderungen kommunalpolitischer Art unterbreitet und dazu den gemeinsamen Kampf gegen die Notverordnungen, die zweijährige Dienstzeit, das Dekret betr. der Spital- und Armenräte, den Gesetzentwurf Bourgeois, für die Erhaltung der demokratischen Freiheiten, für die Auflösung der faschistischen Banden und die Unterstützung des Kampfes des els.-Lohnringischen Volkes für seine nationalen Forderungen gefordert. Der gemeinsame Kampf gegen den deutschen Imperialismus, der noch von kurzem in einem Aufruf der mitteleuropäischen Parteien der KI als der Hauptkriegstreiber bezeichnet wurden und die Forderung auf Kampf zur Unterstützung der Friedenspolitik der SU fehlen bezeichnender Weise, obwohl gerade die Volksfront in diesen Punkten einen offen arbeiterfeindlichen und antisowjetistischen Standpunkt einnimmt.

Die KP fordert in ihrem Briefe von Hueber auch den Bruch mit den hitlerisch orientierten Autonomisten der Landespartei als Voraussetzung für die Zurückziehung der kommunistischen Kandidaten zugunsten der Volksfront im zweiten Wahlgang. Hueber hat diesen Absatz des Briefes der KP bei Veröffentlichung bezeichnenderweise in der "NW" weggelassen und erklärt, dass alle Volksfrontparteien die Mindestforderungen der KP als ihr eigenes Programm betrachten. In Wirklichkeit hat Hueber ausdrücklich abgelehnt den Bruch mit seinen bürgerlich-autonomistischen Bundesgenossen zu vollziehen.

Welche Verwirrung die Wahlschen Wahlpräzisionen angerichtet haben, die bekanntlich allein die Fragen des nationalen Kampfes gegenüber den Klassenforderungen in den Vordergrund rückten, zeigt typisch Colmar. Hier hat die KP ein Einheitsfrontangebot für den 2. Wahlgang an UPR, KPO und SFIO gerichtet. Sie ist also bereit unter bestimmten Voraussetzungen eine solche Partei zu unterstützen wie die UPR, deren reaktionärer und arbeiterfeindlicher Charakter trotz ihres sogenannten heimatrechtlichen und angeblich antiimperialistischen Programms feststeht.

Wie ist jetzt die Lage?

Obzwar in Ost, West und Süd eine Arbeitermehrheit bei einem Zusammenwirken von SFIO, Hueberpartei und KPF glatt durchs Ziel gehen würde, wird infolge der ablehnenden Haltung der SFIO und Hueberpartei zu unseren und den Vorschlägen der KPF ein Zusammenwirken dieser Parteien im II. Wahlgang zur Unmöglichkeit. SFIO und Hueberpartei haben damit ihre Verantwortlichkeit abgesteckt.

Weder Volksfront mit den Hitleragenten von der "ELZ", noch Proporzfront zur Ausschaltung der Kommunisten und der daraus folgenden bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit mit der Auslieferung der Mairie an die Demokraten, kann der Weg der Arbeiterschaft sein.

Proletarische Klassenfront für proletarische Klassenpolitik und Kampf gegen den französischen und deutschen Imperialismus und dafür eine Arbeitermehrheit und einen Arbeiter-Maire, das allein entspricht den Klasseninteressen der Arbeiter für den II. Wahlgang.

Hueber und Naegelen-Imbs wollen diesen Weg nicht und arbeiten damit der schwärzesten Reaktion in die Arme.

Dagegen gibt es nur einen Standpunkt:

Protestiert tausendfach gegen die Handlanger Freys durch die Stimmenabgabe für die Kommunistische Partei!

Lasst nicht länger von Hueber und von Naegelen-Imbs mit Euch und Euren Interessen Schindluder treiben!

-o-

DER I. WAHLGANG IN FRANKREICH .
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der I. Wahlgang der Gemeinderatswahlen zeigt folgende Hauptmerkmale:

1.) Die Verschiebungen zwischen den Parteien halten sich noch in verhältnismässig engen Grenzen.

Das hängt gewiss zu einem Teil damit zusammen, dass es sich um Gemeindevahlen handelt, bei denen die persönlichen Bindungen des Wählers mit seinem Abgeordneten eine ziemlich grosse Rolle spielen, so dass sich also die politische Verschiebung, die unter den Parteien stattgefunden hat, in den Wahlergebnissen nur unvollständig widerspiegelt.

Andererseits aber haben offenbar noch keine grossen, massenhaften Verschiebungen unter den einzelnen Parteien stattgefunden. Aber die Verschiebungen, die stattgefunden haben, deuten auf grössere Verschiebungen, die in Vorbereitung sind.

2.) Diese Verschiebungen lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

Die äusserste Linke, die Kommunisten, und die äusserste Rechte haben gewonnen auf Kosten der Sozialisten im Falle der Kommunisten, auf Kosten der bürgerlichen Links- und Mittelparteien im Falle der Rechten.

Die Kommunistische Partei hat sämtliche von ihr innegabhten Gemeindeverwaltungen behauptet, sie hat, nach den bisher vorliegenden Berichten fünf neue Gemeinden erobert (unter den Gemeinden über 5000 Einwohner). Sie ist in einer Reihe Gemeinden bei der Stichwahl an die Spitze gerückt.

In Paris hat die KP ihre Stimmzahl vermehrt.

Die SFIO hat von 71 Gemeinden 1 gewonnen, 11 verloren. Das Ergebnis zeigt, dass im Gefolge der Einheitsfrontaktion die Masse der Arbeiter sich in der Richtung zum Kommunismus bewegt.

Wenn das erreicht werden konnte bei den grossen Mängeln und Schwächen, die die Einheitsfrontarbeit der KPF noch aufweist, so zeigt das Ergebnis, dass noch ganz andere Ergebnisse erreicht werden könnten bei einer richtigen, kühnen, auf die offene und klare Kritik am Reformismus nicht verzichtende kommunistische Kritik.

Für die Reformisten bedeuten die Wahlen eine Quittung für die Quertreibereien ihres rechten Flügels (siehe Strasbourg) gegen die Einheitsfront und für die verschiedenen Manöver der Führung der SFIO, die auf

die Aushöhlung der Einheitsfront hinauslaufen.

Die Radikalsozialisten haben nach der vorliegenden Statistik gerade noch ihre Sitze gehalten, oder ein wenig eingebüsst. Prozentual sind sie etwas geschwächt. Leichte Gewinne verzeichnen die rechten Republikaner. Es ist anzunehmen, dass die faschistischen Zuwächse auf dieses Konto gehen.

Die Radikalsozialisten, auch wenn sie ihre zahlenmässige Stellung nicht sehr vermindert haben sollten, kommen trotzdem ziemlich erschüttert aus dem Wahlkampf heraus. Die Gegensätze innerhalb der radikalsozialistischen Partei haben sich verschärft und sind öffentlich sichtbar geworden.

Die Stichwahl wird eine weit schärfere Probe auf das Verhalten der Parteien sein als der 1. Wahlgang. Für die Arbeiterklasse gibt die Einheitsfront zwischen KPF und SFIO die Richtschnur.

-o-

DER FRANZÖSISCH-SOWJETRUSSISCHE VERTRAG.
oo

Der Vertrag ist nun endlich am 2. Mai nach wechselvollen Verhandlungen in Paris unterzeichnet und sein Wortlaut zugleich veröffentlicht worden. Die verschiedenen Druck- und Überredungsmittel, die von aussen auf Frankreich angewandt wurden, um es vom Abschluss des Vertrages abzuhalten, haben ebensowenig ihr Ziel erreicht, wie die Strömungen, die im Innern Frankreichs selbst gegen den Vertrag auftraten.

Der Vertrag ist kein Militärbündnis in dem Sinne, wie es das Bündnis des zaristischen Russland mit der französischen Republik war, obwohl er zweifellos militärische Zusammenarbeit der beiden Mächte zur Folge haben wird. Sowohl die Rolle der Sowjetunion als bei diesem Vertrag verschieden von der des zaristischen Russlands, wie auch die Rolle Frankreichs. Die Sowjetunion verfolgt im Gegensatz zum zaristischen Russland keinerlei imperialistische Ziele. Von ihrer Seite ist der Vertrag eine Massregel der revolutionären Verteidigung. Was den französischen Imperialismus betrifft, so legte er Wert darauf, die Völkerbundsmaschinerie einzuschieben, um sich so eine grössere Entschlussfreiheit zu bewahren als er dies gegenüber dem zaristischen Russland für nötig hielt. Darin drückt sich der Gegensatz der Klassenstruktur der beiden Länder aus - die Reserve der bürgerlichen Republik gegenüber der sozialistischen Räterepublik.

Der Vertrag sieht vor, dass beide Mächte sich im Falle der Gefahr eines Angriffs konsultieren und dass sie sich im Falle eines Angriffs sofort Hilfe leisten. Die Anrufung des Völkerbundes im Falle eines Angriffs ist obligatorisch, jedoch sollen die notwendigen militärischen Hilfsmassregeln dadurch nicht aufgehalten werden. Diese Verpflichtungen spielen nur im Falle eines Angriffs auf das französische oder sowjetische Gebiet. Es ist ausdrücklich klargestellt, dass im Falle eines Angriffs Polens auf die Sowjetunion, Frankreich nicht zur Hilfe von Polen verpflichtet ist. England hat seinerseits durch seinen Aussenminister Simon im Unterhaus klarstellen lassen, dass es sich durch den Locarno-Vertrag nicht für verpflichtet hält, Deutschland zur Hilfe zu kommen, falls Frankreich in Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion gegen Deutschland vorgeht.

Der Vertrag ist ausdrücklich so konstruiert, dass er für den Zutritt Deutschlands und Polens offensteht und zu einem Regionalpakt für den Osten erweitert werden kann. Das ist nicht nur von formeller Bedeutung. Die Sowjetunion hat kein Interesse daran, das faschistische Deutschland dauernd einzukreisen.

Die nächsten Schritte, die dem französisch-sowjetrussischen Pakte folgen sollen, sind der Abschluss analoger Verträge mit der Kleinen Entente. Für die internationale Arbeiterklasse hat die Vorgeschichte des französisch-sowjetrussischen Vertrages deutlich genug gezeigt, dass das bürgerliche Frankreich den Vertrag mit dem revolutionären Arbeiterstaat nur mit solchen Schwankungen und Vorbehalten eingegangen ist, dass seine eventuelle Unterstützung der Sowjetunion gegen einen Angriff

nur eine relative und unsichere Bedeutung hat. Die Sowjetunion war aber verpflichtet, auch von einem unsicheren und schwankenden Faktor der Verteidigung des Friedens in ihrem eigenen Interesse und in dem der internationalen Arbeiterklasse Gebrauch zu machen. Die internationale Arbeiterklasse muss dabei verstehen, dass sie sich bei der Verteidigung der Sowjetunion und der Verhinderung imperialistischer Kriege letzten Endes nur auf sich selbst, auf ihr selbstständiges revolutionäres Auftreten verlassen kann.

-o-

ENGLAND HÄLT HITLERDEUTSCHLAND DIE TÜR OFFEN.
oo

Die letzte Debatte im englischen Unterhaus über auswärtige Politik wies eine verschärfte Note gegen Hitlerdeutschland auf, aber eine grundlegende Wendung der Methode der englischen Aussenpolitik ist bei alledem noch nicht eingetreten. England ist auch jetzt noch nicht bereit, weitere Verpflichtungen auf dem Kontinent zu übernehmen. Gegenüber Hitlerdeutschland hält England immer noch die Türe offen. Nur versucht es jetzt statt der sanften rauhe Mittel, um zu einem Kompromiss mit Hitlerdeutschland zu kommen. Zu diesem Zweck hat es Deutschland angekündigt, dass es nicht hoffen dürfe, England in der Luft zu überflügeln. Austen Chamberlain hat Deutschland mit der Drohung einzuschüchtern versucht, dass England zum zweiten Mal Deutschland niederschlagen würde, falls es ihm in den Weg trete. Man darf sich durch die Rauheit dieser Töne jedoch nicht darüber täuschen lassen, dass es England immer noch um ein Kompromiss mit Hitlerdeutschland geht. Hitlerdeutschland versteht das und schöpft daraus Ermutigung zu neuen Provokationen.

Zu dieser englischen Haltung trägt viel bei die durch die Liberalen und die Arbeiterpartei erzeugte Verwirrung der öffentlichen Meinung. Namentlich die Verwirrung darüber, dass die Übernahme neuer Verpflichtungen Englands auf dem Kontinent die allgemeine Chance des Krieges und daher auch die spezielle Chance, dass England in den neuen Krieg hineingezogen wird, nicht vergrößern, sondern verringern würde. Es scheint, dass auch in der öffentlichen Meinung der übrigen Welt darüber noch nicht die nötige Klarheit herrscht.

England hat bis jetzt nur soweit seine Stellung geändert, dass es verstärkt und beschleunigt aufrüstet und dass es den Abschluss von Pakten zur gegenseitigen Unterstützung der an der Erhaltung des Friedens interessierten Staaten ermutigt. Das letztere ist ein kleiner Schritt vorwärts, aber noch ungenügend.

SCHWIRIGKEITEN DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS!
oo

Hitlerdeutschland nutzt die Haltung des englischen Imperialismus aus, um militärisch, wirtschaftlich und psychologisch sich für den Eroberungs- und Revanchekrieg weiter vorzubereiten.

Militärisch steht gegenwärtig auf der Tagesordnung die Wiederbefestigung und militärische Besetzung der entmilitarisierten Zonen am Rhein. Eine Reihe von Nachrichten lassen keinen Zweifel darüber, dass sie einstweilen in der Stille und schrittweise durchgeführt wird.

Wirtschaftlich und finanziell steht die Frage der Beschaffung der Rohstoffe und der Geldmittel für die weitere Aufrüstung. Eine neue Zwangsanleihe steht bevor. Wir berichteten darüber ausführlich in unserer letzten Nummer. Ferner hat Schacht angekündigt, dass die Industrie die Mittel aufbringen solle (etwa 1 1/2 Milliarde Mark), um ein verstärktes Dumping auf den auswärtigen Märkten zu ermöglichen. Die Industriellen machen dazu ein saueres Gesicht. Schwaach hat deshalb noch nicht gewagt, die angekündigte Massregel durchzuführen. Die Industriellen ihrerseits fordern verstärkt die Inflation. Eine verstärkte Inflation ist bereits da. Ihr Umfang wird auf etwa 13 Milliarden Mark geschätzt.

Ein neues Mittel der Kriegshetze in Deutschland ist der Hinweis Hitlers auf die "Armut" Deutschlands und den "Reichtum" der Siegerstaaten in seiner Rede vom 1. Mai. So versuchen die Nazis, die Erbitterung der Werktätigen über die verschärfte Ausbeutung auf das Ausland abzu lenken und die Instinkte der Eroberung und Plünderung zu wecken. Aber

das wirkt nur auf die Minderheit, die Nutzniesser des Faschismus, es wirkt nicht auf die grosse Mehrheit, umfassend die Arbeiterklasse und die Mehrheit der Kleinbürger, die seine Opfer sind. In diesen Massen wächst die Furcht und der Hass gegen den Krieg und der Wille, die Waffen, die man ihnen in die Hände gibt, gegen das Naziregiment zu kehren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

VORBEREITUNG ZU EINEM REAKTIONÄREN STAATSSTREICH IN SPANIEN ?
oo

In Spanien ist eine neue Regierung gebildet. In dieser Regierung ist zwar Lerroux wiederum Ministerpräsident, aber die Rechte innerhalb der Regierung hat die Mehrheit. Gil Robles, der Führer der klerikal-faschistischen Rechten, hat jetzt das Kriegsministerium, das ihm bisher verweigert worden war, erhalten. Ein anderer Minister der Rechten hat das Marineministerium. Die Rechte hat ferner das Justizministerium besetzt. Diese Tatsachen deuten auf die Vorbereitung eines reaktionären klerikal-faschistischen Staatsstreichs hin. Zu diesem Zweck hat die klerikal-faschistische Reaktion jetzt die Hand auf die bewaffneten Kräfte des Staates und auf den Justizapparat gelegt.

Anfrage an Kamerad Fuhr.

Warum hast Du noch immer nicht den Mut zur Antwort auf unsere Feststellungen im Falle unseres Kameraden Oh.M. gefunden?
Wo bleibt denn da Deine so viel gerühmte Ehrlichkeit?

STALINS REDE IM KREML.
oooooooooooooooooooooooooooo

Stalin hat im Kreml vor den Offizieren der Roten Armee, die an der Parade des 1. Mai teilgenommen haben, eine Rede gehalten, in der er betonte, dass es auch unter Nicht-Parteimitgliedern Bolschewisten, d.h. ehrliche, ergebene und fähige Anhänger der proletarischen Revolution gebe. Die bürgerliche Presse hat dies in dem Sinne auszudeuten versucht, als ob eine soziale Kursänderung in der Sowjetunion sich vorbereite. Das ist Unsinn. Man kann in Reden Lenins noch viel drastischere Äusserungen gegen "kommunistische Überheblichkeit" gegen Nichtparteimitglieder finden. Lenin hatte sogar einen eignen Ausdruck für kommunistische Prahlerei und Überheblichkeit geprägt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

L'Humanité und Hueber.

L'Humanité v. 9.6. berichtet erfreut, dass sich Huebers "Neue Welt" für die Arbeitereinheit eingesetzt habe, weil sie in einem Kommentar zum Angebot der KPF auf Kampf um eine Arbeitermehrheit geschrieben hat, dass diese Parole der KPF einen Schritt zur Wiederherstellung der Arbeitereinheit bilde, die in diesen Wahlen gegen Frey und seine Trabanten realisiert werden muss.

"L'Humanité" kann aus der "Neuen Welt" aber mit keinem Worte nachweisen, dass die Hueberpartei bereit ist im Interesse der Arbeitereinheit die Koalition mit den bürgerlichen Autonomisten aufzugeben, die wie im Briefe der KP unterstrichen wird, hitlerisch orientiert sind und einen faschistischen Ständestaat erstreben. "L'Humanité" sollte doch bemerkt haben, dass man mit den Agenten des deutschen Imperialismus die Vertreter der französischen Bourgeoisie nicht schlagen kann. Sozialisten und UPR haben nur ein Argument, mit dem sie ihre Leute für die Proporzallianz bis jetzt erfolgreich geködert haben - der Einfluss der Vertreter des deutschen Imperialismus und der Verteidiger Hitlers in der Volksfront.

Dass Hueber garnicht daran denkt seine Allianz mit der Landespartei aufzugeben, zeigt doch die "NW" v. 1.5. wo in einer Erklärung sämtlicher Volksfrontparteien hervorgehoben wird, dass die Volksfront einiger, fester und geschlossener dastehe wie je zuvor! Das ist Huebersche Einheit!

Kameraden! Montag, abend 8 Uhr treffen wir uns wieder!
Verantwortlich: EMIL HIRTZEL

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 38/II. Jahrgang.

Dritte Maiwoche 1935.

DER II. WAHLGANG IN STRASBOURG. oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der II. Wahlgang in Strasbourg hat der Volksfront einen Wahlerfolg, aber keinen Wahlsieg gebracht. Durch das Nichtvorhandensein der Aktionseinheit der Arbeiterparteien und ihrer Anwendung auf die Gemeinderatswahl konnte nach dem Abschwenken der SFIO in die bürgerliche Proporzfront, auf Grund des Ergebnisses des I. Wahlganges kein Zweifel sein, dass die Ablösung der Volksfront durch die proletarische Front in diesem Gemeinderatswahlkampf zur Unmöglichkeit geworden war. Vor den breiten Massen stand nach dem Scheitern der Aktionseinheit und nach der überragenden Stellung, die sich die Demokraten im I. Wahlgang innerhalb der Proporzfront erobert hatten, nur noch die Frage "Volksfront oder Proporzfrontgleichbedeutend mit der Frage" Charles Frey oder Charles Hueber" zur Entscheidung. Indem im I. Wahlgang die Demokraten mit Ch. Frey innerhalb der Proporzfront an die Spitze rückten und damit für die breiten Massen die Proporzfront als der Repräsentant der sozialen Reaktion sichtbar wurde, brauchte die Volksfront nach dem Selbstverzicht der KP zu ihren Gunsten nur diese Gefahr verdeutlichen, um die Massen in der Proporzfront für sich in Bewegung zu setzen, die trotz ihrer Ablehnung der Volksfront und insbesondere ihres hitlerischen Bestandteiles in der Herrschaft der Demokraten auf dem Rathaus das grössere Übel sahen und sich daher durch den Entscheid für das kleinere Übel dem grösseren zu entziehen hofften.

Darauf, und nicht auf das auffälliger Weise stark in den Hintergrund gedrängte Programm des kleinbürgerlichen Autonomismus, ist der Erfolg der Volksfront im II. Wahlgang zurückzuführen, dadurch vermochte die Volksfront die Disziplin der Proporzwähler zu erschüttern, binnen einer Woche -mit Ausnahme der KP Stimmen -rund 4 000 Stimmen den Proporzparteien abzunehmen und im Kanton Süd und Ost 16 Mandate zu erringen.

Wenn die Volksfront diesen Erfolg erringen konnte, so deshalb, weil die KP ihr keine proletarische Front als aussichtsreichen Faktor der Ablösung der Volksfront im Interesse der Werktätigen entgegenstellen konnte, weil Hueberpartei und SFIO den Kampf für die Aktionseinheit der Arbeiter und ihre Anwendung gemäss den hier wiederholt präzisierten Vorschlägen sabotierten und damit der Kampf um eine Arbeitermehrheit breiten Massen als aussichtslos und unrealisierbar erschien. Hätte die SFIO am Aktionspakt mit der KPF festgehalten und wären beide gemeinsam an die Hueberpartei mit dem Ziele des Bruchs mit ihren bürgerlichen Koalitionspartnern und der Einreihung in die Aktionseinheit herangetreten, das Bild wäre völlig entgegengesetzt und zugunsten der Aktionseinheit und der Arbeitermehrheit verändert worden.

Wenn die Volksfront trotzdem keinen Sieg über die Proporzfront errang, so ist daran ausschliesslich ihr hitlerisches Glanzstück schuld, dass es vielen werktätigen Wählern trotz der Gefahr der Herrschaft der Demokraten unmöglich machte, der Volksfront ihre Stimme anzuvertrauen. Diesem glücklichen Umstande hat es die monströse Proporzfront zu danken, dass sie noch den Kanton West behaupten und damit eine Proporzmehrheit sichern konnte.

Als Folge des Nichtvorhandenseins der proletarischen Einheitsfront und der Tatsache, dass sich Hueberpartei und SFIO der Anwendung der Aktions-einheit auf die Gemeinderatswahl ohne auf den Widerstand der KPP zu verlassen bereits vor dem I. Wahlgang entzogen, verdankt die Strasburger Arbeiterschaft die Proporzmehrheit, eine Bürgerliche Gemeinderatsmehrheit und möglicherweise auch noch einen gut bürgerlichen Maire. Diesem Umstand dankt sie es auch, dass die Aktionseinheit, die sonst überall so bedeutsame Erfolge aufwies, als Ergebnis dieses Gemeinderatswahlkampfes keinen Schritt vorwärts gekommen ist, sondern hinter ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen wurde. Dazu trug noch wesentlich der inkonsequente und völlig kopflose Rückzug der KP zugunsten der Volksfront im II. Wahlgang bei. Das aber ist im Hinblick auf die bevorstehenden und sich ankündigenden neuen Vorstöße des Kapitals und des bürgerlichen Staates für die Strasburger Arbeiterschaft schwerwiegender, als einige Gemeinderatsmandate. Nur im parlamentarischen Kretinismus Versunkene können und wollen das nicht sehen. Deshalb können wir dem triumphalen Siegesgeschrei von "L'Humanité" auch keinen Geschmack abgewinnen. Die Taktik der Linke wird sich sehr schnell als zu teuer bezahlt herausstellen.

Die Kameraden der IVKO werden und müssen auch weiter zeigen, worin die Aufgabe einer kommunistischen Avantgarde besteht. Wenn alles schwankt, müssen wir fest bleiben gegenüber flüchtigen und nur durch den Augenblick eingegebenen Stimmungen, unseren geraden Kurs verfolgen ohne nach rechts und links ins Taumeln zu geraten. Nur so allein kommt man zu jener eisernen Kohorte der Revolution, die allein den Sieg des Kommunismus vorbereitet und verbürgt.

Gehen wir ruhig und fest auf unserem eingeschlagenen Wege vorwärts, denn er ist der Richtige!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

ZUR MAIRE -WAHL.
oooooooooooooooooooo

Zur Zeit, da wir diese Zeilen schreiben ist die Maire-Wahl noch nicht getätigt, aber die Vorbereitungen und Schiebungen dazu sind im vollen Gange.

Die SFIO-Führung verlangt, dass die Proporzfront die Folgerungen aus dem Wahlergebnis zieht und die Proporzfront bei der Maire-Wahl funktionierte. Die "FP" äussert nur leise den Wunsch auf einen Kandidaten aus der Umgebung von Ch. Frey zu verzichten. Die SFIO-Gemeinderatsfraktion ist nach den Äusserungen der "FP" bereit einem Maire aus der Proporzfront zu wählen.

Die Demokraten haben angesichts des Wahlergebnisses ihre Führungsansprüche offensichtlich zurückgestellt. Die Zusammensetzung des Gemeinderats ist ihnen anscheinend keine geeignete und sichere Basis zur kontinuierlichen Durchsetzung ihres auf Abbau visierten Programms. Sie werden daher keine Anstrengungen machen den Maireposten zu erhalten, werden aber wohl kaum einer anderen Proporzlösung ihre Unterstützung versagen.

Apna und Radikale werden auf jeden Fall ihre Stimme gegen Hueber und für einen Proporz-Maire abgeben.

So bleibt nur die Haltung der UPR ungewiss. "Elz" und "NW" lassen mit Unterstützung des "Elsässer Kurier" ihre Druckmittel gegenüber der UPR spielen. Aufschlussreich ist lediglich eine Notiz im "Elsässer" v. 14.5., in der es u. a. heisst:

"Wer gestern die "Elz" und die "Neue Welt" las, hätte den Eindruck gewinnen können, als ob die Volksfront als Sieger aus dem Strasburger Gemeinderatswahlkampf hervorgegangen wäre. In ihrer Übertreibung verlieren diese Leute jedes Mass für Realitäten...

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die "Elz" und die "Neue Welt" bald Grund dazu haben, ihre Siegesposaunen weniger laut erdröhnen zu lassen. Doch lassen wir den Herren im Volksfrontlager die Freuden des "Siegens". Es haben auch schon andere "gesiegt" und waren nachher geschlagen. Mehr wollen wir für heute nicht sagen..."

Wenn gemäss dieser Ankündigung gehandelt wird, dann ist am Samstagabend Hueber Maire von Strasbourg gewesen.

Wenn die Proporzfront dann noch M. Walter als Maire aus der Taufe hebt, hätten die Proporzler sogar noch einen geschickten Schachzug getan und der Volksfront ihre Flügel stark beschnitten:

- 1.) würde nicht der von Hueber drohend angekündigte Ch. Frey Maire;
- 2.) wäre ein guter Katholik an der Spitze der Stadt und die von "Elz" und "Neue Welt" angekündigte Laikalisierung (Schwester Solange, Entfernung der Kreuzfixe, Gefährdung der christlichen Idee) wäre gebannt;
- 3.) die Sozialisten hätten dazu den Angriff Huebers nicht mehr zu fürchten, da ja Hueber in bester Harmonie und ohne ein Wässerlein zu trüben mit der UPR und M. Walter 6 Jahre in der Gemeindeverwaltung zusammen arbeitete und eine "fortschrittliche" und "soziale" Entwicklung der Stadt garantierte und Hueber und Ross mehrfach versicherten, dass sie mit der UPR und M. Walter auch weiter zusammen gearbeitet hätten, wenn er sich nicht Kraft eines eignen Entschlusses von der Volksfront getrennt hätte.

Dann könnte die Volksfront sagen: "Wir haben gesiegt, aber rings um uns her liegen die Leichen unserer Freunde!"

Aus "L'Humanité" ist zu entnehmen, dass sie bedingungs- und Hemmungslos für Hueber als Maire eintritt. Unserer Ansicht nach müsste in den Arbeiterorganisationen auf der Grundlage eines verpflichteten Programms, dass als zentrales Problem den Beitritt der Hueberpartei zum Aktionspakt zum gemeinsamen ausserparlamentarischen Kampf gegen den deutschen und französischen Faschismus, gegen die Kapitaloffensive usw. beinhaltet, auf SFIO und Hueberpartei ein Druck ausgeübt werden, sich auf diesem Boden für die Mairewahl zu verständigen. Auf der Grundlage eines solchen Programms wäre es dann der UPR und den Autonomisten überlassen ihre Stellung zur Mairewahl zu bestimmen. Eine solche Haltung hätte den Vorteil dass sie klare Verhältnisse schafft und zugleich einen neuen Ansatzpunkt für die Wiederherstellung der Aktionseinheit schaffen würde.

Unter diesen und nur diesen Voraussetzungen könnte sich die Arbeiterschaft geschlossen für Hueber einsetzen.

-o-

ERGEBNIS UND BEDEUTUNG DES II. WAHLGANGES .

oo

Das Ergebnis des II. Wahlganges der Gemeinderatswahlen in Frankreich ist im grossen und ganzen eine Niederlage der Kandidaten der bürgerlichen Reaktion, hinter denen sich die Kräfte des Faschismus gruppierten, und ein Erfolg der von der proletarischen Einheitsfront unterstützten Listen. (Zu den Ausnahmen aus dem allgemeinen Bild gehören vor allem die Orte, wo es zu keinem Zusammenwirken der KPF und SFIO im Wahlkampf gekommen war, wie z. B. Strasbourg).

Die KPF hat grosse Erfolge, besonders in Paris und in der Umgebung von Paris errungen. Die reaktionäre bürgerliche Presse stellt betäubt fest, dass die Bannmeile von Paris, der "rote Gürtel" der Hauptstadt, röter denn je ist. Zur Zeit des ultralinken Kurses hatte die KPF bei Wahlen selbst in ihren Hochburgen Rückschläge erlitten. Ihre Wendung zur proletarischen Einheitsfront hat der Partei trotz aller Mängel und Fehler, die bei der Durchführung dieser Wendung gemacht worden sind und noch gemacht werden, neues Vertrauen bei den breiten Massen der Arbeiterschaft gebracht.

Die offiziellen Statistik Statistiken stellen die Kommunisten als die einzigen Gewinner des II. Wahlganges dar und versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob der Vormarsch der KPF auf Kosten der SFIO erfolgt sei. Nun ist es von unserem, dem kommunistischen, Standpunkt sicherlich sehr erfreulich, wenn die Massen sich vom Reformismus zum Kommunismus entwickeln. Es wäre aber eine Illusion, wenn wir uns hier auf die offiziellen Statistiken verlassen und annähmen, es finde bereits jetzt ein massenhaftes Anwachsen der Gefolgschaft der KPF auf Kosten der SFIO statt, wenn wir also glaubten, die KPF habe sich bereits jetzt die Führung innerhalb der proletarischen Einheitsfront gesichert. So liegen die Dinge in Wirklichkeit nicht. Trotz der offiziellen Wahlsstatistik hat auch die

SFIO bei den Wahlen Gewinne zu verzeichnen, allerdings nicht so sehr in Paris und Umgebung, wo das Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien im II. Wahlgang vor allem den Kommunisten, als der dort stärksten Arbeiterpartei zugute kam, als in der Provinz. Die SFIO hat ihre führende Position in einer Anzahl von Grossstädten behauptet (wie Lille u. Mülhausen), sie hat ihre Verluste (wie Tourcoing und Grenoble) dadurch wettgemacht, dass sie die Führung in so wichtigen Gemeinden wie Marseille, Dijon und Colmar erobert hat. Die Einbussen, die die SFIO erlitten hat, sind vor allem zwei Umständen zuzuschreiben: einmal, dass die abgespaltenen Neosozialisten sich an verschiedenen Orten auf Kosten der SFIO behauptet haben (so z. B. in Bordeaux), zum anderen, dass hier und da die Radikalen, die bei den Wahlen von 1929 mit der SFIO zusammengegangen waren, jetzt Listen der bürgerlichen Konzentration und "union nationale" unterstützten. So wie die Dinge heute liegen, ist der Linksruck bei den Wahlen und das Zusammengehen der KPF und SFIO im II. Wahlgang beiden Arbeiterparteien zugute gekommen. Die offizielle Wahlstatistik, die nur die Erfolge der KPF herausstreicht, ist eine ziemlich plumpe Fälschung, deren Zweck es ist, bei den Spiessbürgern ~~xxxx~~ nach bekannten Mustern eine antibolschewistische Kampagne anzuknüpfen, bei der SFIO die Tendenzen der Parteibürokratie zum Bruch mit der proletarischen Einheitsfront zu stärken und den Radikalen durch den Hinweis auf die Erfolge des Kommunismus Angst vor einem Abschwenken aus der "union nationale" zu machen. Wir haben zwar, wie gesagt, den Wunsch, dass die antifaschistische Stimmung der Massen zu einem klaren Bekenntnis dieser Massen zum Kommunismus führt, dass der Kommunismus auf Kosten des Reformismus wächst, es besteht aber keinerlei Veranlassung sich auf Grund der Zahlenkunststücke der offiziellen Statistik etwas vorzumachen.

Nüchtern und ohne Illusionen geprüft bringt das Ergebnis der Gemeindevahlen zum Ausdruck, dass die Stimmung der werktätigen Massen Frankreichs und zwar nicht nur der Arbeiter, sondern auch der städtischen Kleinbürger und Bauern gewaltige Möglichkeiten für die Entfaltung und das Weitertreiben der proletarischen Einheitsfront, für die Organisierung des Kampfes gegen Faschismus und Kapitaloffensive, für die Gewinnung der Massen für den Kommunismus, für den Kampf für die proletarische Diktatur bietet. Aber diese Möglichkeiten müssen ausgenützt werden. Das, was die Wahl an Bereitschaft der Massen zum Kampf gegen Faschismus und kapitalistische Reaktion überhaupt zum Ausdruck gebracht hat, muss durch eine richtige und konsequent durchgeführte Politik der Kommunisten umgemünzt werden in ausserparlamentarische Aktionen und Kämpfe, denn sonst besteht die Gefahr, dass die Massen enttäuscht und passiv werden und dass die Faschisten sich mit ihrer Demagogie schliesslich doch eine feste und umfassende Massenbasis schaffen.

Bis heute ist dies den Faschisten nicht gelungen und das Ergebnis der Gemeindevahlen zeigt von neuem, dass der Faschismus und seine Organisationen sich heute noch keine imponierende Massenbasis im Kleinbürgertum geschaffen haben, dass vielmehr im Gros der städtischen und ländlichen Mittelschichten starke, zum Teil wachsende Sympathien für die Arbeiterklasse und deren Kampf zu beobachten sind.

Die faschistische und mit dem Faschismus sympathisierende Presse ist über das Wahlergebnis enttäuscht. Die Drahtzieher des Faschismus hatten in der letzten Zeit begonnen, eine neue Aktion nach dem Muster des 6. Februar 1934 anzukrübeln. Jetzt sind sie ziemlich durcheinander geraten, denn es hat sich gezeigt, dass hinter ihnen keineswegs solche Kräfte stehen, wie sie das grossspurig angekündigt hatten und dass sie teilweise, wie z. B. unter dem Pariser Kleinbürgertum zweifelsohne an Sympathien eingebüsst haben. Aber es wäre falsch zu glauben, die französischen Faschisten seien bereits entscheidend geschlagen. Der Faschismus kann mit parlamentarischen Mitteln, kann mit Wahlen nicht entscheidend besiegt, nicht vernichtet werden. Deshalb heisst es heute für die Arbeiterschaft, nicht auf den Lorbeeren des errungenen Wahlsieges auszuruhen und sich nicht der Illusion hinzugeben, als sei der Feind schon erledigt, sondern die Verwirrung, die heute im Lager des Faschismus und der bürgerlichen Reaktion überhaupt herrscht auszunützen, um nachzustossen, um den parlamentarischen Erfolg für ausserparlamentarische entscheidende Schläge auszuwerten. Das erfordert von der KPF, dass sie ihre bisherige opportunistischen Fehler und Schwankungen in der Durchführung

der proletarischen Einheitsfront, die sie an der Organisierung des ausserparlamentarischen Kampfes hindern, korrigiert.

Das Wahlergebnis zeigt, dass die proletarische Einheitsfront sich trotz der stillschweigenden Sabotage der sozialdemokratischen Bürokratie und trotz den Fehlern der KPF der Zustimmung der breiten Massen der Arbeiterschaft erfreut und dass deshalb ein entschlossenes Hinwirken der KPF auf eine ausserparlamentarische Entfaltung der Aktionseinheit der Arbeiterorganisationen auf das Verständnis der Arbeitermassen rechnen kann.

Die ausserparlamentarische Kraftentfaltung der Arbeiterklasse ist auch notwendig, um die antifaschistischen Sympathien der Mittelschichten in Stadt und Land auszuwerten, diese Schichten an das Proletariat zu binden und sie gegen die faschistische Demagogie immun zu machen. Es ist ein interessantes Symptom für die Stimmung der städtischen Kleinbürger und der Bauern, dass die radikale Partei, die im ersten Wahlgang nach links und rechts schielte, sich im zweiten Wahlgang in der Mehrzahl der Fälle nach links orientierte und mit der SFIO und mancherorts auch mit der KPF zusammenging. Das zeigt, dass die Wähler der radikalen Partei nichts von der von dieser Partei praktizierten Politik der "union Nationale" wissen wollen und dass sie die Parteileitungen in den einzelnen Wahlbezirken tüchtig unter Druck gesetzt haben. Aber das bedeutet keineswegs, dass es richtig war, wenn die KPF darauf einging, unter der Flagge des Antifaschismus Bündnisse mit den Radikalen abzuschliessen, die darauf hinauslaufen, die proletarische Einheitsfront zu einem Anhängsel des Linkskartells zu degradieren. Die Aufgabe der Kommunisten ist es den Gegensatz zwischen der Massener Wähler der radikalen Partei und den Führern dieser Partei nicht zu verwischen helfen, sondern möglichst breit aufzureissen. Die Kommunisten müssen dagegen auftreten, dass die antifaschistischen Stimmungen der Masse der radikalen Anhänger nur dazu dienen sollen, um es der radikalen Partei zu ermöglichen, im gegebenen Augenblick wieder eine sogenannte "Regierung der Linken" aus der Taufe zu heben, die ebenso wie Daladier nur ein Werkzeug der Kapitaloffensive sein und dem Faschismus nützen würde. Vielmehr handelt es sich darum die Massen der kleinbürgerlichen Anhänger der Radikalen für die Unterstützung konkreter Massnahmen des Kampfes gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus zu gewinnen, d.h. sie für die Unterstützung des proletarischen Klassenkampfes zu gewinnen, in dem auch der radikale Kapitalist ein Feind ist.

Dass das möglich ist, ergibt sich, wenn wir etwas den Ursachen der gegenwärtigen antifaschistischen Stimmung breiter kleinbürgerlicher Massen nachgehen. Es ist das nicht bloss die bürgerlich-demokratische Tradition dieser Massen, sondern auch aktuelle inner- und aussenpolitische Tatsachen. Einmal die Tatsache, dass Doumergue, der Vertrauensmann des Faschismus einen massiven Angriff auf die Einkünfte der kleinbürgerlichen Massen unternommen hat und dass die proletarische Einheitsfront es war, die den Protest gegen diesen Angriff organisierte. Zweitens, dass die Faschisten die Partei des kriegerischen Chauvinismus sind, während die proletarische Einheitsfront, vor allen die Kommunisten gegen die Rüstungen auftreten. Schliesslich hat die Rolle der Sowjetunion auf das Verhalten breiter Massen in diesem Wahlkampf einen grossen Einfluss ausgeübt. Es hat sich gezeigt, dass es ein alberner Schwindel ist, wenn die Trotzlisten (siehe Hueber) behaupten, die Aussenpolitik der SU nütze der imperialistischen Bourgeoisie und schade der internationalen Arbeiterbewegung. Obwohl die KPF keineswegs alles getan hat, was erforderlich wäre, um den Massen die Aussenpolitik der SU zu erklären, haben die werktätigen Schichten Frankreichs begriffen, dass die SU heute der einzige Staat ist, der eine konsequente Friedenspolitik betreibt, dass die proletarische Diktatur auf der Wacht des Weltfriedens steht; der Eindruck der Politik der Sowjetunion, die im Innern einen ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, hat zweifelsohne zu dem Ergebnis der Wahlen und insbesondere zu den Erfolgen der KPF beigetragen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

LAVALS REISE NACH WARSCHAU UND MOSKAU.

oo

Der Empfang Laval's in Warschau war, wie die französischen Korrespondenten feststellten, noch kühler als der Empfang des verstorbenen Barthou.

Das offizielle Polen quittierte mit diesem Empfang für den Abschluss des sowjetisch-französischen Vertrags. Laval versuchte vergebens, diesen Vertrag gegenüber Polen eine möglichst abgeschwächte Bedeutung zuzuschreiben. Die polnischen Vertreter gaben Laval zu verstehen, dass sie unter keinen Umständen und Bedingungen den Durchmarsch von Truppen der Roten Armee durch Polen oder auch nur das Überfliegen polnischen Gebietes dulden werden. Sie erhoben gleichzeitig Einspruch gegen einen eventuellen Durchmarsch der Roten Armee durch das mit Polen verbündete Rumänien. Das Organ des polnischen Generalstabs bezeichnete demgemäss den sowjetisch-französischen Vertrag ironisch als einen "Stratosphären-Vertrag", da die Rote Armee weder zur Erde noch in der Luft zu Hilfe kommen könne.

Der Warschauer Besuch Lavals hat gezeigt, dass das offizielle Polen sich einstweilen noch ungeändert im Schlepptau Hitlerdeutschlands bewegt. Es kam nicht einmal eine gemeinsame Erklärung Lavals und des polnischen Aussenministers zustande. Die angebliche Bereiterklärung Polens, auf der Donau-Konferenz zu erscheinen und an einem Kollektivvertrag für den Osten teilzunehmen, bei dem es sich lediglich verpflichten würde, an keinem Angriff gegen einen Partner eines solchen Vertrages teilzunehmen, geht nicht über den Rahmen der gemeinsamen deutsch-polnischen Linie hinaus.

Der Besuch Lavals in Moskau dient dem Zweck, den konkreten Inhalt des sowjetisch-französischen Paktes näher zu bestimmen - dazu gehört auch die Einleitung der Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe - und sich über die Weiterführung der Schritte zur Sicherung des Friedens in Europa zu verständigen.

Die französischen Berichtersteller melden, dass Laval auch die Frage der Propaganda der Sowjetregierung in Frankreich angeschnitten habe und dass ihm darüber befriedigende Erklärungen abgegeben worden seien. Es ist klar, dass es sich dabei um keine anderen Zusagen handeln kann, als sie bereits in verschiedenen anderen Verträgen mit imperialistischen Mächten von Seiten der Sowjetunion in Bezug auf die Propaganda gemacht worden sind, so z.B. gegenüber Amerika und England. Diese Fragen sind hier schon ausreichend behandelt worden und bedürfen keiner weiteren Erläuterungen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

UNRUHE UM ABESSYNIEN.
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Italien hat jetzt rund 100 000 Mann an den Grenzen Abessyniens versammelt. Es hält jetzt insgesamt 600 000 Mann unter Waffen, um auch für europäische Verwicklungen gerüstet zu sein. Die Sprache der italienischen Presse wird immer drohender und zynischer gegenüber Abessynien. Ein italienisches Blatt erklärt jetzt, dass es ein unvermeidlicher Fehler war Abessynien in den Völkerbund aufzunehmen und fordert den Völkerbund auf stattdessen Italien ein Mandat über Abessynien zu geben. Das ist noch kein offizieller Vorschlag Italiens. Er beweist aber, dass es Italien um die Eroberung Abessyniens geht. Italien geht sogar soweit in seinem Zynismus, dass es bei den in Betracht kommenden Staaten dagegen protestiert, dass sie Abessynien mit Waffen beliefern. Alles das deutet darauf hin, dass Italien in Kürze zum Angriff überzugehen beabsichtigt.

Abessynien hat nach langem Zögern mobilisiert. Der Negus hat erklärt, dass er nicht zulassen werde, dass Italien den Krieg so führt, wie Japan ihn in der Mandschurei geführt hat, d.h. ohne Kriegserklärung. Abessynien hat sich mit einem neuen Ersuchen um Eingreifen an den Völkerbund gewandt. Aus den italienischen Angaben geht hervor, dass Abessynien inzwischen reichlich mit Waffen und Munition versehen worden ist, nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit Maschinengewehren, Geschützen und Flugzeugen. Unter den Waffenlieferanten befindet sich auch die deutsche Firma Krupp. Der Kampf wird keineswegs ein militärischer Spaziergang für Italien werden. Andererseits hat Italien bereits so grosse Aufwendungen zur Vorbereitung des Krieges gemacht, dass es schwerlich anzunehmen ist, dass es noch zurückweichen wird.

In England wächst die Unruhe um Abessynien, je näher der Zeitpunkt des offenen Kampfes heranzurücken scheint. England fürchtet einerseits für seine Interessen in Abessynien und für die "Ruhe" der eingeborenen Be-

völkerungen seiner benachbarten Kolonien -andererseits aber fürchtet es Italien wegen der europäischen Verhandlungen zu brüskieren. In dieser Klemme hat Italien freie Hand, zumal auch Frankreich daran liegt, Italien bei der Stange zu halten.

Umso notwendiger ist es, dass die internationale Arbeiterklasse energischen Protest erhebt gegen die dröhnende Vergewaltigung des letzten noch nicht unterworfenen afrikanischen Landes und gegen die Steigerung der allgemeinen Kriegsgefahr, die ein abessinischer Krieg unfehlbar zur Folge haben wird, so abgelegen auch der abessinische Kriegsschauplatz von den imperialistischen Brennpunkten Europas ist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DER TOD PILSUDSKIS:

Es ist hier nicht der Ort, um die Laufbahn Pilsudskis zu schildern. Sein Verschwinden wird den Klassenkampf in Polen wieder stärker aufflammen lassen. Das faschistische Regime hat in Pilsudski seine stärkste Stütze verloren.

Da die herrschende faschistische Clique mit dem baldigen Ableben Pilsudskis rechnete, hat sie mit der grössten Beschleunigung die Verfassungsreform durchgeführt, sie ist aber noch nicht ganz abgeschlossen. Die letzten Vorschläge, die von dem Obersten-Kollegium ausgearbeitet worden sind, laufen darauf hinaus, dass der Präsident der Republik fast alle Gewalt in seiner Hand vereinigt, dass das Parlament noch bedeutungsloser wird als es schon war und dass die parlamentarischen Parteien bei den parlamentarischen Wahlen ausgeschaltet werden. Das ist tatsächlich das Ende der legalen parlamentarischen Parteien. Die neuen Verfassungsbestimmungen verschärfen die Diktatur und bauen die Reste des parlamentarischen Regimes weiter ab. Pilsudski übte die Gewalt als Kriegsminister und Oberster Armee-Inspektuer aus. Noch in derselben Nacht, als Pilsudski starb, wurden die Ersatzmänner für beide Ämter, zwei Generale, die das Vertrauen Pilsudskis hatten, ernannt.

Pilsudski war zugleich der stärkste Hasser der Sowjetunion. Sein Tod rollt daher auch in einem kritischen Augenblick die aussenpolitische Orientierung Polens aufs neue auf.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Politik der KP in Strasbourg:

Äpfelchen, wohin rollst Du ...

In Strasbourg ist die Arbeiterschaft bei den Gemeinderatswahlen um einen Sieg durch Hueber und Naegelen-Imbs geprellt worden. Hueber sperrte sich von Anfang an gegen die Aktionseinheit zugunsten der Aufrechterhaltung seines Bündnisses mit UPR und den bürgerlichen und hitlerisch orientierten Autonomisten. Die SFIO wiederum kündigte die Aktionseinheit auf, um sich wieder der Bündnispolitik mit den pro-französisch bürgerlichen Parteien in der Form des Proporz als erster Etappe zu zuwenden. Diese beiden Faktoren tragen die Verantwortung wenn die Aktionseinheit zu den Gemeinderatswahlen in Strasbourg im Unterschied zu Oberelsass und Innerfrankreich nicht realisiert wurde und die Arbeiterschaft vor einer bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit steht.

Dies sei vorausgeschickt, wenn wir hier kritisch zur Politik der KP in Strasbourg Stellung nehmen.

Was fragen wir uns hat die KP veranlasst unseren Vorschlag auf Kampf um einer Arbeitermehrheit vor der einsetzenden Frontenbildung vor dem 1. Wahlgang zu negieren?

Warum hat sie verabsäumt die Initiative zu übernehmen und eine Kampagne für das Zusammengehen der Arbeiterparteien entsprechend unseren Vorschlägen zur Gemeinderatswahl einzuleiten?

Warum hat sie sich von den Verhältnissen treiben lassen und inspiriert von den Walchschen Wahlpräzisionen auf die Rolle eines Anhängsels Huebers und der Volksfront herabdrücken lassen? Besteht darin die führende Rolle der Kommunistischen Partei?

Was ist das für eine Konsequenz Schaall und Ross zu streichen, aber Hauss, Reifächer, Schlegel usw. mitzunehmen. Worin besteht der politi-

schon Gegensatz zwischen einem Schall und einem Hauss? Er besteht nur in der Phantasie politischer Schwachköpfe!

Was ist das für eine Politik, wenn der Regionalsekretär Walch in der Volksfrontversammlung in der Aubette bei Präzisierung des Standpunktes der KP auf jede Kritik an der Volksfront verzichtet und sogar die Lösung "Streichet Schall und Ross" vergisst, dass sogar KP-Militanten über dieses Auftreten empört waren.

Die einzige Voraussetzung unter der die KP ihre Liste zugunsten der Volksfront zurückziehen konnte, war der Bruch Huebers mit den Hitlerianern und sein sofortiger Anschluss an den Aktionspakt. So hat Hueber ohne diese Voraussetzungen die Zustimmung der KP erlangt, von wegen des kleineren Übels und der voraufgegangenen Versäumnisse die Frage der Arbeitermehrheit breit aufzurollen und zum Ausgangspunkt der Wahlkampagne der Partei zu machen.

Und nachdem keine Arbeitermehrheit, sondern eine bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat eingezogen ist, infolge der Hueberschen und der Naegelschen Politik, will "L'Humanité" den Arbeitern einreden die "wahre" Volksfront -so wie sie von der KP gefordert wird -habe einen Sieg errungen. Das geschah so ungefähr im gleichen Augenblick da die Parteien der Aktionseinheit in Colmar die Volksfrontpolitik des Hueberianers Weibel in einem Sarg mit einer Schreinerhobel in einem einheitlichen Demonstrationsszug zu Grabe trugen und die "NW" bereits wieder hilflos zur UPR hinüber blinzelte; "denn man kann nicht mit dem antikirchlichen Sektierertum paktieren und gleichzeitig die christliche ~~...~~ verteidigen". (NW! v. 14.5.35.) Hueber christlicher als M. Walter!

Ja "L'Humanité" kam erst am Donnerstag wieder in einer Polemik gegen die "Freie Presse" auf den kommunistischen Standpunkt zurück, in dem sie die Politik des kleineren Übels und die von der "FP" gemachte Differenzierung zwischen den französischen und den Hitlerfaschisten zurückwies. Aber in ihrem "Volksfrontkoller" hatte sie vorher selber den lächerlichen Versuch gemacht die Hitlerianer in der Volksfront als minder gefährlich darzustellen als die echten französischen Faschisten. Als ob es für Kommunisten solche Differenzierungen gibt.

"L'Humanité" sagt der Volksfrontsieg ^{sei} keine empfindliche Schlappe für den französischen Imperialismus. Nicht jede Schlappe des französischen Imperialismus ist ein ~~Sieg~~ Sieg der Arbeiterschaft. Wenn im sudeten-deutschen Gebiet der Tschechoslowakei die von Hitlerdeutschland unterstützte -natürlich nur indirekt -Henlein-Front bei den kommenden Wahlen einen Sieg erringt, ist dies auch eine Schlappe des tschechischen Imperialismus, aber nur ein ganz Naiver wird sagen dass diese Schlappe ein Sieg der Arbeiterschaft ist.

Vor uns liegt die "Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" v. 16. V. gegen die sudeten-deutsche Front, worin es u. a. heisst:

"Wie in Österreich, im Elsass, im Memelgebiet, im Dänischen Teil Schlesiens, im belgischen Eupen und Malmedy, so arbeitet Hitler auch im Sudetengebiet an der Schaffung, Verstärkung, Ausrüstung einer Irredenta (Anschlussbewegung)."

Wer kann das wohl sein, der da im Elsass für Hitler arbeitet, nach der von allen KP-Kolpoteuren vertriebenen und von Münzenberg herausgegebenen A. I. Z.?

Wir meinen, der, der mit offenen Augen durch das Elsass geht, weiss wer hier für Hitler arbeitet und die KP hat es mit uns oft genug gesagt.

Hueber hat die Wahlhilfe eingehandelt, ohne auch nur die geringste Konzession zu machen, die auf einen Bruch mit seinen Volksfrontpartnern hinausläuft. Warum muss die KP ihm solche Konzessionen machen, die sich am Ende doch nur ~~an~~ an der Partei rächen. Für Hueber ist heute bereits mit dem Abschluss der Wahl der Akt beendet. Es wird Zeit dass die Partei wieder auf die Füßen kommt und den richtigen kommunistischen Standort findet, denn nur von ihm aus kann die den Kampf für die Aktionseinheit und für den Kommunismus erfolgreich weiterführen.

Bis zum Sieg der "wahren" Volksfront ist in Strasbourg noch ein weiter Weg und bedarf noch mancher Anstrengung um dahin zu kommen, denn heute steht noch Hueber und Naegelen in der falschen Front.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat bis 2-
Einzel Exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 39/II. Jahrgang.

Vierte Maiwoche 1935.

Die Lehre einer Wahl:

NACH DER WAHL DER STRASBOURGER GEMEINDE-
XX

VERWALTUNG.
XXXXXXXXXXXX

Der Gemeinderatswahlkampf hat nun durch die Wahl des Maire und der Adjoints seinen Abschluss gefunden. Trotz aller von der Volksfront angewandten Druckmittel gegenüber der UPR (Keppi, Rossé und Cromer) wurden noch zur Bearbeitung der UPR herangeholt) funktionierte die Proporzfront. Mit 20 gegen 16 Stimmen der Volksfront wurde Ch. Frey, der Repräsentant der Bourgeoisie, der sozialen Reaktion und des französischen Chauvinismus zum Maire gewählt. Sämtliche Adjoints-Posten wurden von Demokraten, UPR und SFIO besetzt und die Volksfront restlos ausgeschaltet.

So ist als Ergebnis des Gemeinderatswahlkampfes, der überall sonst zur Realisierung der Aktionseinheit auf diesem Teilgebiet des Klassenkampfes führte und den Arbeitern und Werktätigen achtunggebietende Erfolge brachte, in Strasbourg die Ablösung der Volksfrontherrschaft auf dem Rathaus durch eine Arbeitermehrheit misslungen. Anstelle einer Arbeitermehrheit hat Strasbourg eine bürgerliche Gemeinderatsmehrheit, anstelle einer von den Arbeitern beherrschten Gemeindeverwaltung dominiert eine bürgerliche Gemeindeverwaltung und statt eines Arbeiterire steht ein typischer Vertreter der Grossbourgeoisie an der Spitze der Gemeindeverwaltung, der bereits einen Tag nach seiner Wahl an der Seite jener reaktionären Kräfte die Stadt Strasbourg vertrat, gegen die das Pariser Proletariat am gleichen Tage in einer mächtigen Manifestation an der Mauer der Förderierten seinen Protest und seine solidarische Kampfbereitschaft bekundete.

Wenn die Arbeiter dann noch zur Kenntnis nehmen, dass die Kräfte, die sich im neuen Gemeinderat als die Opposition konstituieren, nicht die Vertreter der Aktionseinheit, sondern ebenfalls deren Gegner sind und nur die andere Seite jener Bündnispolitik mit bürgerlichen Parteien repräsentieren, die Imbs-Naegelen an die Seite der Proporzfront und von Ch. Frey führte, so wird ihnen sichtbar werden, wie weit sie noch von ihren Klassengenossen im ganzen übrigen Lande entfernt sind und welche Aufgabe vor ihnen liegt.

Dieses Resultat war in Strasbourg, wo die Parteien, die vorgeben Arbeiterinteressen vom Boden des proletarischen Klassenkampfes zu vertreten, eine Mehrheit der Wähler hinter sich haben, nicht unvermeidlich. Es wurde nur unvermeidlich durch eine Reihe von Faktoren, die zu ändern im Machtbereich der Arbeiter selbst liegt. Damit sich die Arbeiterschaft zu ihrer Änderung entschliesst, müssen sie unermüdlich blossgestellt werden, müssen die Wege aufgezeigt werden die zur Überwindung jener Umstände führten. Nur dann vermag die parlamentarische Niederlage vom 12. Mai zu einer Quelle neuer Siege der Strasbourg Arbeiter-schaft zu werden, vermag sie jenen Tempoverlust auszugleichen, den sie gegenüber der Gesamtbewegung des französischen Proletariats besitzt.

Die erste Lehre die aus der Strasbourger Wahl zu ziehen ist, ist die Stärkung der Kraft, die der Hueberschen und der Naegelschen Bündnispolitik mit Weilen des Bürgertums die Zusammenfassung der Arbeiterorganisationen und der proletarischen Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie, gleichgültig welcher Observanz, entgegengesetzt. Also die Stärkung der kommunistischen Bewegung und dabei der IVKO im besonderen, da sie am klarsten und konsequentesten diese, ausschliesslich im Interesse des Proletariats liegende Linie vertreten hat und vertritt.

Die zweite Lehre ist; Strasbourgs Arbeiterschaft kommt nur zur Aktionseinheit, zu einer starken kommunistischen Partei, wenn sie die Huebersche Politik in ihren Reihen liquidiert. Hueber hat den Aktionspakt zwischen SFIO und KPF sabotiert, sabotiert im Interesse der Aufrechterhaltung seiner Bündnispolitik mit der UPR, mit den liberalen und hitlerisch orientierten Autonomisten. Er tat und tut mit den regionalistisch und autonomistisch orientierten bürgerlichen Parteien das, was die SFIO mit den zentralistisch orientierten bürgerlichen Parteien und der UPR jetzt wieder tut. Hueber stand während der Generalratswahl gegen die Vertreter der Aktionseinheit, wie seine Vertreter in Colmar im Bunde mit allen bürgerlichen Parteien am 5. und 12. Mai dieses Jahres gegen die Aktionseinheit standen. Er hat auch nach dem Abfall der UPR von der Volksfront nicht daran gedacht die KPF im Kampfe um die Verwirklichung der Aktionseinheit zu unterstützen, sondern er hat sich noch fester und entschiedener an die bürgerlichen Autonomisten angelehnt und die KPF nur gebraucht, wo sie seiner Politik dienlich war. Hätte er zu Beginn des Aktionspakts den Bruch mit seinen bürgerlichen Koalitionsgenossen vollzogen - so wie wir dies gefordert haben -, hätte er eine klare und entschiedene Wendung zur kommunistischen Politik der Einheitsfront gemacht, die Lage in der Strasbourger Arbeiterbewegung hätte sich grundlegend gewandelt. Hätte er seine Kraft gemeinsam mit der KPF für die Realisierung der Aktionseinheit in Strasbourg eingesetzt, die Naegelen-Imbs hätten ihre Bündnispolitik mit UPR, Anna, Demokraten usw. nicht durchführen können, ohne nicht ihre Partei völlig zu ruinieren. Deshalb gilt es den Einfluss der Hueberschen Politik in der Strasbourger Arbeiterschaft zu überwinden und deren Anhänger noch stärker und beharrlicher als bisher für die richtige kommunistische Politik zu gewinnen.

Durch die grundlegend falsche Politik der Hueberpartei - die sich kommunistisch nennt - fehlte jener unwiderstehliche Druck auf die SFIO zur Realisierung der Aktionseinheit, dem sie sich hätte beugen müssen, wollte sie nicht von ihm überrannt werden. Denn man kann die Bündnispolitik der Naegelen-Imbs nicht wirksam bekämpfen, wenn man wie Hueber selber eine solche Bündnispolitik macht. Der Kampf gegen die Naegelen-Imbs, die Gewinnung der sozialistischen Arbeiter für die Politik der Aktionseinheit und darüber hinaus für den Kommunismus, kann daher nur wirksam geführt werden, wenn er in engster und unmittelbarster Verbindung mit dem Kampf gegen die Huebersche Bündnispolitik erfolgt. Deshalb muss der Kampf gegen die Politik der Naegelen-Imbs so geführt werden, dass nie dabei der Eindruck entstehen kann, als wollten die Kommunisten die Naegelsche Bündnispolitik durch die Huebersche ersetzen. Nur wenn die Kommunisten sich scharf von der Volksfront distanzieren und klar die Politik der Aktionseinheit SFIO und Volksfront entgegensetzen, werden wir vermeiden, dass die Arbeiter von dem einen Strassengraben in den anderen taumeln, sondern sich zur Klassenpolitik der KP bekennen.

Dass zur Durchsetzung und Sicherung einer solchen Politik die IVKO nötig ist, hat das Verhalten der KPF und ihre negative Haltung zu den wiederholten Vorschlägen unserer Gruppe bewiesen. Dass die IVKO nicht zur Vertiefung der Spaltung, sondern am entschiedensten und klarsten für ihre Überwindung eintritt, hat sie speziell im Gemeinderatswahlkampf nochmals unter Beweis gestellt. Wer eine starke und fähige kommunistische Partei für ein zwingendes Gebot der Stunde hält, der kann nur eins tun: die Politik und Taktik der IVKO in der KPF zum Siege zu verhelfen.

Der Ausgang der Gemeinderatswahl lehrt uns die Notwendigkeit der Kampfes gegen zwei Fronten, gegen Imbs-Naegelen einerseits und Hueber andererseits. Nur auf diesem Wege kommen wir zur Aktionseinheit. Das erfordert die konsequente Fortsetzung der begonnenen Anwendung der Einheitsfrontpolitik gegenüber der SFIO und Hueberpartei zur Überwindung der Bündnispolitik mit bürgerlichen Parteien und für die Aktionseinheit.

UM STALINS ERKLÄRUNG.
oooooooooooooooooooooooooooo

scit der Veröffentlichung der Moskauer Mitteilung, die beim Abschluss der Verhandlungen zwischen Laval und den Vertretern der Sowjetregierung erfolgte, sind heftige Debatten entbrannt über die Stellen, die die "nationale Verteidigung" Frankreichs betreffen und in der speziell Stalins Stellungnahme bekannt gegeben wird.

Zunächst ist es wichtig, den genauen Wortlaut der umstrittenen Stelle sich vor Augen zu halten. Die Stelle lautet (aus dem französischen Text übersetzt):

"Sie (die Sowjetunion und Frankreich) sind verpflichtet, gerade im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, in keiner Weise die Mittel ihrer nationalen Verteidigung schwächen zu lassen. In dieser Beziehung versteht und billigt Herr Stalin vollständig die von Frankreich gemachte Politik, um seine bewaffneten Kräfte auf dem Niveau der Sicherheit zu halten."

Als ein Beispiel dafür, wie die bürgerliche Presse Frankreichs diese Stelle innerpolitisch, gegen die französische Arbeiterbewegung ausnützt, sei nur folgende Stelle des "Temps" zitiert:

"Diese Erklärung, die den Führer der russischen Kommunistischen Partei und der 3. Internationale in aller Form verpflichtet, ist, wie man begreift, von grundlegender Bedeutung. Sie schliesst die kategorische Verteilung der antimilitaristischen und revolutionären Treibereien ein, durch die man die nationale Verteidigung Frankreichs zu schwächen sucht!"

Im selben Sinne, aber meist in noch schärferen Formen, wird diese Stelle von der gesamten bürgerlichen Presse gegen die KPF und SFIO ausgenützt.

So schreibt zum Beispiel Esbertinax im "Matin":

"Die französische Regierung wird durch die Sowjets ermächtigt, die französische Armee gegen die Blum und Cachin zu verteidigen."

Die Stellungnahme der SFIO wird am genauesten durch einen Artikel Léon Blums im "Populaire" v. 17. Mai gekennzeichnet:

"Wenn Stalin diese Politik billigt, so missbilligt er also diejenigen, die sich geweigert haben, sich ihr anzuschliessen. Er missbilligt diejenigen, die gegen die zweijährige Dienstzeit gestimmt haben. Er missbilligt diejenigen, die die ausserordentlichen Kredite abgelehnt haben. Er missbilligt also die Campagne, die wir seit Jahren unvermindert führen und die die wahre Sicherheit in der kollektiven Organisation der Schiedsgerichte, der gegenseitigen Hilfe, der Entwaffnung und der Kontrolle setzt. ... Stalin ist der wirkliche Führer des Sowjetstaates, vor allem über das Symbol und die lebendige Verkörperung der russischen kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale ... aber wir unsererseits lassen uns nicht erschüttern. Ich glaube behaupten zu können, dass die sozialistische Partei von ihrer traditionellen Linie nicht abweichen wird" Léon Blum schliesst damit, dass angesichts dieser plötzlich aufgetauchten Schwirigkeit die Aktionseinheit und die "organische Einheit" um so notwendiger seien.

Die Stellungnahme der KPF wird in "L'Humanité" v. 17. Mai von Vaillant-Couturier präzisiert:

"Dass unser Genosse Stalin aufgefordert von Laval, den er in Gegenwart der Regierungsmitglieder empfing, erklärt hat, dass er die militärischen Massregeln billigt, die in Frankreich getroffen wurden, was ist natürlicher? Hätte er eine Erklärung abgeben sollen, die sie missbilligt? Das ist nicht ernsthaft. ...

Wir begrüssen den französisch-sowjetischen Pakt, aber da wir keinerlei Vertrauen haben weder zur französischen Bourgeoisie, noch zu den faschistischen Kadern der französischen Armee, dass sie seine Bestimmungen einhält, so handeln wir dementsprechend. ...

Daher wollen wir aus der angeblich "neutralen" französischen Armee - die gegenwärtig ein "Werkzeug gegen die Arbeiterklasse und gegen die Kolonialvölker ist - eine Rote Armee machen, eine wahrhafte Armee des Volkes. Sie allein und die proletarische Staatsmacht können die wahren

Verbündeten der USSR und die endgültige Garantie des Friedens sein...

Die Weltrevolution ist und bleibt das Ziel unserer Internationale. Deshalb haben wir gekämpft und werden wir kämpfen gegen den Chauvinismus. Deshalb haben wir gekämpft und werden wir kämpfen gegen alle Dienstzeitverlängerungen. Deshalb werden wir die Kriegskredite verweigern. Deshalb werden wir nicht den Betrug des Burgfriedens annehmen. Wir französischen Kommunisten sind mit der Roten Armee, ja, aber gegen die französische Grossbourgeoisie, gegen den Faschismus, für die Verteidigung des Friedens, mit den französischen Soldaten...

Nichts ist an unserer Politik geändert, weil nichts daran zu ändern ist."

Zu der betreffenden Stelle der gemeinsamen französisch-sowjetischen Erklärung ist unserer Auffassung nach folgendes zu sagen:

Soweit diese Erklärung eine Stellungnahme der Regierung der Sowjetunion und der herrschenden Partei der Sowjetunion darstellt, also ein diplomatisches Schriftstück im Verkehr zwischen der Sowjetregierung und einer bürgerlichen Regierung finden auch wir diese Erklärung wie Vailant-Couturier für "natürlich", d.h. einwandfrei.

Die Sowjetregierung hat mit der französischen Regierung einen Pakt abgeschlossen, der die beiden Regierungen verpflichtet, im Falle sie angegriffen werden, sich gegenseitig militärische Hilfe zu erweisen. Gegenseitige militärische Hilfe setzt natürlich voraus, dass beide Teile über militärische Kräfte verfügen, die imstande sind, den evtl. Angreifer zurückzuweisen. Die Sowjetregierung kann natürlich solche Verträge nur mit den Regierungen abschliessen, die im gegebenen Augenblick vorhan sind, also in Frankreich mit der gegenwärtigen bürgerlichen Regierung. Durch die bürgerliche Regierung, durch die Herrschaft der Bourgeoisie im bürgerlichen Frankreich ist auch die Form der militärischen Kräfte bestimmt, über die das Land verfügt. Zur Herrschaft der Bourgeoisie, zur bürgerlichen Regierung gehört die bürgerliche Armee. Die Sowjetregierung in die Form der Armee und in die Form der Regierungen, mit denen die Verträge abschliesst.

Anders steht es natürlich mit der Kommunistischen Partei Frankreichs und mit der Kommunistischen Internationale. Die Komm. Partei Frankreichs strebt danach und muss danach streben, die bürgerliche Regierung durch die Räteregierung und die bürgerliche Armee durch eine Rote Armee zu ersetzen. Soweit es sich um den Widerspruch zwischen der Stellung der Sowjetregierung und der Kommunistischen Partei einerseits und der KPF und der III. Internationale andererseits handelt, so ist dieser Widerspruch begründet in dem Gegensatz zu der Stellung kommunistischer Parteien, die die Staatsmacht inne haben und solcher, die sie erst noch zu erobern haben. Ein Widerspruch also, der unvermeidlich und insofern "natürlich" ist. Natürlich hat Stalin diese seine Erklärung als tatsächlicher Leiter der Sowjetunion und ihrer komm. Partei abgegeben. Die Verhandlungen waren Verhandlungen zwischen den Regierungen und einstweilen ist die III. Internationale noch keine Regierung.

Die Schwierigkeit kommt nur dadurch herein, dass in der Erklärung ausdrücklich Stalin genannt ist. Das ermöglicht der bürgerlichen Presse das Manöver, zu erklären, dass hier nicht nur die Regierung der Sowjetunion und die Leitung der Komm. Partei der Sowjetunion gesprochen haben, sondern zugleich auch die Führung der Komm. Internationale. Da dieses Manöver vorauszusehen war - obwohl in der Erklärung ausdrücklich nicht die französische Regierung genannt ist, sondern Frankreich, d.h. die Möglichkeit offengelassen wird, dass eine andere, eine revolutionäre Regierung die bürgerliche ablöst - so wäre es richtiger gewesen, die Erklärung wäre lediglich im Namen der Sowjetregierung abgegeben worden. Die Tatsache, dass in der Erklärung ausdrücklich Stalin genannt wird, bietet die Handhabe zu diesem bürgerlichen Manöver.

Die Leitung der KPF ist diesem Manöver insofern wirksam begegnet, als sie klar und deutlich gesagt hat, dass sich an ihrer bisherigen Stellung in der Frage der Verteidigung der Sowjetunion und zur bürgerlichen Regierung Frankreichs auch im Falle eines Krieges an der Seite der Sowjetunion nichts ändert. Wir hoffen aber, dass die Vertreter der KPF sich auch nicht scheuen werden, darauf hinzuweisen, dass die Hereinziehung

des Namens Stalins in diese Erklärung schädlich war.

Die erwähnten Wirkungen wären auch dann nicht in dem Masse möglich, wenn die Komm. Internationale nicht in dem Zustande wäre, dass sie mehr oder weniger mit der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion identifiziert werden kann. Die Manöver, die die französische Bourgeoisie auf Grund der Moskauer Erklärung hat unternehmen können, unterstützen ihrerseits die Kritik der Kommunistischen Opposition an der gegenwärtigen Struktur der Komm. Internationale, d. h. daran, dass die Komm. Partei der Sowjet-Union in ihr tatsächlich das Monopol der Führung hat und verstärken ihre Forderung der Schaffung einer wirklich kollektiven Führung der Kommunistischen Internationale. Wenn eine solche kollektive Führung vorhanden ist und tatsächlich funktioniert, so wird solchen bürgerlichen Manövern, die darauf beruhen, dass die Führung der Komm. Internationale, der KPdSU und der Sowjetmacht gleichgesetzt wird, der Boden entzogen.

Wir begrüssen diese Erklärung insofern, als sie den Anlass abgeben müsste oder sollte, dass die Mitglieder der KPF darüber nachdenken, was an dem gegenwärtigen Aufbau und Funktionieren der Komm. Internationale fehlerhaft ist.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

HITLERS AUSSENPOLITISCHES MANÖVER.

XX

Nach dem Abschluss des französisch-sowjetischen und tschechisch-sowjetischen Verträgen war voranzusehen, dass Hitler ein aussenpolitisches Rückzugsmanöver versuchen würde, um die gegnerische Front zu spalten, grössere Bewegungsfreiheit zu gewinnen und weiter aufzurüsten zu können. Während Laval in Moskau verhandelt hat, wurde Litwinow von deutscher Seite eingeladen, bei seiner Reise nach Genf an Berlin Halt zu machen und an Sonderverhandlungen mit Deutschland einzutreten. Auch Laval wurde besonders eingeladen. Beide lehnten ab, sich in Sonderverhandlungen mit Deutschland einzulassen. Bei dem offiziellen Gespräch, das Laval in Krakau mit Göring führte, hat Laval seinerseits Göring erklärt, dass Frankreich keine Verhandlungen führen werde ohne Einverständnis mit der Sowjetunion. Auf der anderen Seite hat Mister Eden Deutschland in seiner Rede in Fulham wissen lassen, dass zwar England nach wie vor bereit sei zu einer Verständigung mit Deutschland, aber er hat ausdrücklich betont, dass eine solche Verständigung mit Deutschland nicht stattfinden könne auf der Basis der gegenwärtigen militärischen Forderungen Hitlers, die nicht die Parität, sondern die militärische Überlegenheit Deutschlands bedeuten und ferner, dass England nur in Verbindung mit Frankreich und Italien vorgehen werde. Vor der mit grossem Tantam angekündigten Reichstagsrede hat die Nazipresse erklärt, dass eine entscheidende Wendung der deutschen Aussenpolitik bevorstehe. Der Clou dieser Wendung sollte bestehen in dem Angebot eines Nichtangriffspaktes an die Sowjetunion.

Die solidarische Haltung der Sowjetunion und Frankreichs einerseits, die Erklärungen Edens auf der anderen Seite haben Hitler das Konzept verdorben. So ist das aussenpolitische Manöver Hitlerdeutschlands äusserst schwächlich, nichtssagend und verworren ausgefallen. Dem Manöver fehlte infolge der Haltung Englands, Frankreichs und der Sowjetunion das bestimmte Ziel.

Tatsächlich bedeutet die Rede Hitlers im Reichstag vom 21. Mai keine Wendung und sie kann auch keine Entspannung der Lage einleiten. Das Entscheidende ist, dass Hitler erklärte, dass die 36 Divisionen aufrechterhalten werden, ebenso die Forderung von 35 % der englischen Flotte und der Anspruch auf eine Luftflotte, die so stark ist, wie die der stärksten Kontinentalmacht. Diese Forderungen, die allseitig abgelehnt werden, werden jetzt als Minimalforderungen Hitlerdeutschlands aufgestellt, während es früher scheinen konnte, als seien es Maximalforderungen. Die scheinbaren Angebote Hitlerdeutschlands haben keine ernste Bedeutung. Hitler erklärte, dass Deutschland zwar sich an die militärischen Klauseln des Versailler Vertrags nicht mehr für gebunden halte, dass es aber den Locarno-Vertrag und vor allem die Einhaltung der entmilitarisierten Zonen respektieren werde, falls die anderen Mächte sie respektieren und dass es sich an die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags ge-

tunden halte. Diese Angebote sind blosser Schein, da Hitlerdeutschland gleichzeitig die militärischen Voraussetzungen schafft, um auch die territorialen Bestimmungen des Vercailier Vertrags über den Haufen zu rennen und wenn es die Innehaltung des Locarno-Vertrages an Bedingungen knüpft, von denen es jederzeit erklären kann, dass sie nicht eingehalten werden. Der angebotene Verzicht auf den Bau schwerer Tanks und schwerer Geschütze hat nur die Bedeutung, dass daraus hervorgeht, dass Deutschland lange Zeit brauchen würde, um hier den Vorsprung der Anderen einzuholen und dass es deshalb gerne einen allgemeinen Verzicht der Anderen auf diese Waffen sehen würde. Es ist klar, dass dies ein aussichtsloses Manöver ist, ebenso wie das Angebot eines Verzichts auf U-Boote, falls alle anderen Mächte darauf verzichten.

Aus der Rede Hitlers geht weiter hervor, dass Deutschland auf der Donaukonferenz nicht erscheinen wird, ebenso wenig ist vorläufig von einer Rückkehr Deutschlands nach Genf die Rede.

Das gegenüber der Sowjetunion angekündigte Manöver eines neuen Angebots eines Nichtangriffspaktes ist völlig verpufft, da es verbunden wurde mit einer abermaligen Kreuzzugsprädigt gegen den Bolschewismus. So ist also das angekündigte grosse Manöver verpufft. An der Grundlinie der Aussenpolitik Hitlerdeutschlands hat sich nichts geändert und das beabsichtigte Manöver ist so schwach und verworren ausgefallen, dass es auch taktisch für die Hitlersche Aussenpolitik keine wesentlichen Erleichterungen mit sich bringen wird.

-o-

Die Wahlen in der Tschechoslowakei:

WOHIN GEHT DIE REISE? ooooooooooooo

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus fanden am 19. Mai statt. Im deutschen Gebiet errang die sogenannte Heimatsfront (Henlein-Front), die als Filiale der Nazis betrachtet werden kann, einen grossen Sieg. Sie wird jetzt die stärkste Partei im tschechoslowakischen Parlament. Die Henlein-Front hat im deutschen Gebiet nicht nur die anderen deutschen bürgerlichen Parteien aufgerieben, sondern auch der deutschen Sozialdemokratie die Hälfte ihrer Sitze abgenommen. Auch die KP hat im deutschen Gebiet Stimmen und Sitze verloren.

Im tschechischen Gebiet hat sowohl die tschechische Sozialdemokratie als auch die Partei von Benesch, die sich National-Sozialisten nennt, aber mit den deutschen Nazis nichts zu tun hat, verloren. Gewonnen hat der rechte Flügel der tschechischen Parteien - die Agrarier, die Faschisten, die tschechische Handwerkerpartei (eine reaktionäre Kleinbürgerpartei). Die KP hat im tschechischen Gebiet an Stimmen und Sitzen gewonnen, sodass sich die Verluste im deutschen Gebiet gerade ausgleichen. Dabei aber muss man beachten, dass die Komm. Partei vor dem ultralinken Kurs die stärkste einzelne Partei im tschechischen Parlament gewesen ist. Es ist ihr nicht gelungen, diese ihre alte Stärke wieder zu gewinnen.

Durch das Wahlergebnis sind die Grundlagen für die bisherige Regierungskoalition zwischen deutschen und tschechischen Parteien vernichtet. Die bisherige Regierungskoalition kann noch versuchen vermittels der Gewerkepartei und der slovakischen Partei Glinkas eine Zeitlang weiter zu wursteln. Dieser Versuch wird bereits gemacht. Auf längere Sicht ist aber durch das Wahlergebnis die Fortdauer des bisherigen bürgerlich-demokratischen Regimes in der Tschechoslowakei in Frage gestellt.

Die Koalition mit der deutschen Bourgeoisie wäre jetzt nur noch durchzuführen als Koalition mit der faschistischen Henlein-Front. Aber die Henlein-Front ist trotz aller Beteuerungen der Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat ein Werkzeug der Nazipolitik, die den deutschen Teil der Republik vom tschechoslowakischen Staat loszureissen trachtet. Eine solche Koalition wäre Sprengpulver für den Bestand des tschechoslowakischen Staates.

Die andere Perspektive ist ein engerer Zusammenschluss der tschechischen Bourgeoisie in der Regierung, bei dem der reaktionäre und faschistische Flügel überwiegen würde - also die offene nationale Diktatur der tschechischen Bourgeoisie, die dem tschechischen Faschismus die beste

Chance gegen würde. So oder so treibt das Wahlergebnis zu einer Krise des bürgerlich-demokratischen Staates in der Tschechoslowakei.

-o-

LINKS UND RECHTS IN FRANKREICH.
XX

Am 19. Mai demonstrierten in Paris gleichzeitig die faschistischen Verbände bei der Jeanne d'Arc-Feier und die Pariser Arbeiter an der Mauer der Förderierten. Die faschistische Demonstration war schwach, obwohl die Faschisten Verstärkungen aus der ~~Est~~ Provinz herangeholt hatten. Dagegen war die Demonstration an der Förderierten Mauer zum Gedächtnis der Kommune, bei der SFIO, KPF, GGTU und CGT gemeinsam auftraten, nach allgemeinem Urteil die stärkste, die seit langen Jahren stattgefunden hat. Die Demonstration an der Förderierten-Mauer drückt den starken Willen der Pariser Arbeiter zur Aktionseinheit und zum Kampf gegen den Faschismus aus. Es ist besonders bemerkenswert, dass auch kleinbürgerliche Elemente sich diesmal beteiligten.

Im Hinblick auf die Kammerwahlen, die Mai 1936 fällig sind und auf Grund der Tatsache, dass die KPF bei den Gemeindewahlen vielfach als Anhängsel der Radikalen und der Soz. Partei auftrat, wird jetzt von verschiedenen Seiten (so von Daladier, dem Führer des linken Flügels der Radikal-Sozialisten und von dem Néo-Sozialisten Déat) versucht, die Idee eines neuen Linkskartells mit Einschluss der Kommunistischen Partei zu lancieren. Ein solcher Versuch könnte nur mit einem Fiasko enden, das dem Faschismus neuen Antrieb geben würde.

Der rechte Flügel der französischen Bourgeoisie eröffnet jetzt nach den Gemeindewahlen den Gegenangriff mit einer Attacke gegen den Francs, mit Verbreitung von Pessimismus über die Staatsfinanzen.

Neue Finanzgesetze stehen bevor. Das Grosskapital stellt die parlamentarischen Parteien vor die Wahl, entweder durch das Parlament selbst Gesetze beschliessen zu lassen, die eine weitere Senkung der Beamtgehälter und damit des allgemeinen Lohnniveaus mit sich bringen (es ist die Rede von "Ersparnissen" in der Höhe von 8 Milliarden Francs) oder der Regierung Vollmachten zu geben, damit sie die unpopulären Massnahmen anstelle des Parlaments durchführt. In beiden Fällen würde eine Schwächung der parlamentarischen Demokratie erreicht.

Für die Arbeiter und insbesondere für das Strasbourger Proletariat, ist dies ein erneuter Apell zur Verwirklichung der Aktionseinheit zum gemeinsamen ausserparlamentarischen Kampf.

Kameraden der IVKO!

Am Montag, den 27. Mai, abends 8 Uhr findet im bekannten Lokal unsere Zusammenkunft statt.

Tagesordnung u.a.: Unsere Politik und Taktik nach den Gemeinderatswahlen.

Erscheint pünktlich und bringt Sympathisierende mit.

Bocksprünge der "Freien Presse":

Eine notwendige Klarstellung.

Die "Freie Presse" sieht sich zur angeblichen Rechtfertigung ihrer haarsträubenden Koalitionspolitik mit UPR, Anpa, Demokraten usw. zu den tollsten Bocksprüngen veranlasst. In der Sucht ihrer von der Mehrheit der Strasbourger Arbeiterschaft verurteilten Politik zu verteidigen, ist sie redlich bemüht, den Standpunkt ihrer kommunistischen Gegner zu verdrehen, ja sogar zu fälschen.

In einem Artikel vom 17. Mai "Wie die kommunistischen Arbeiter betrogen werden", versucht die "Freie Presse" sich auch an die IVKO zu reiben. Sie behauptet darin, auch die IVKO habe ihre Anhänger aufgefordert für Hueber zu stimmen! Um unsere Windigkeit unter Beweis zu stellen wird dann ein von uns herausgegebenes Flugblatt zur letzten Generalratswahl

zitiert, indem wir die Arbeiter aufforderten Hueber (der damals von den bürgerlichen Parteien unterstützt gegen die Kandidaten der Aktionseinheit auftrat) eine Niederlage zu bereiten.

Wir verweisen hier darauf, dass sich an unsere prinzipiell ablehnenden Haltung zur Hueberschen Volksfront nichts geändert hat. Die IVKO ist im I. als auch im II. Wahlgang für die KPF und gegen die Volksfront, wie gegen die Proporzfront und für die Aktionseinheit eingetreten. Ein klarer Beweis sind unsere beiden Flugblätter und die Haltung der "Arbeiterpolitik". Wenn bei einem Militanten durch das plötzliche Zurückziehen der Liste der KPF zugunsten der Volksfront eine momentane Desorientierung eintrat, so ist dieselbe durch die am nächsten Tag erscheinende "Arbeiterpolitik" behoben worden.

Wenn jemand eine windige und den Interessen der Strasbourger Arbeiterschaft so ins Gesicht schlagende Politik vertritt, wie die Naegelen-Imbs, dann muss man eben zu dreisten Fälschungen seine Zuflucht nehmen.

ARBEITER TURNVEREIN L'AVENIR

Rheindampferfahrt.

Allen aktiven und passiven Mitgliedern, Freunden und Gönnern unseres Vereins zur Kenntnis, dass am 30. d. Mon. (Himmelfahrtstag) eine Rheindampferfahrt mit unseren Schülern und Schülerinnen stattfindet, wozu auch alle Eltern der Kindern bestens eingeladen sind.

Die Fahrt geht nach Besichtigung des Hafens Rheinaufwärts nach dem Tournant du Rhin, oberhalb des Altheimerhofes. Während der zweistündigen Fahrt ist für interessante Beobachtungen Gelegenheit geboten.

Zur Unterhaltung spielt ein erstklassiges Jazzbandorchester. Nach der Landung und eingenommenen Frühstück finden im nahegelegenen Walde Belustigungen verschiedenster Art statt. Für Essen und Trinken sorgt die Vereinsleitung.

Treffpunkt am städtischen Schwimmbad, Nicolausring, um 7,15 Uhr. Dasselbst Abmarsch mit Musik um 7.30 Uhr zur Einschiffung. Fahrpreis beträgt für Erwachsene 4.50 frs und für Kinder 2.25 frs. Schüler und Schülerinnen der l'Avenir sind frei.

Die Vereinsleitung erwartet einen zahlreichen Besuch.

Darauf können die SFIO-Führer stolz sein

Vor den Gemeindevahlen piff in Strasbourg die Volksfront aus dem letzten Loch. M. Walter bereitete unter der Maske des freiwilligen Proporz seine Eingliederung in die Front der präfranzösisch orientierten bürgerlichen Parteien vor.

Für die Arbeiterschaft stand ebenfalls die Ablösung der Volksfront, wenn auch in völlig anderer Richtung, wie vor den Parteien der französischen Bourgeoisie. Für sie hiess es die Aktionseinheit herstellen und so den Anschluss an die Bewegung der proletarischen Einheitsfront im ganzen Lande zu finden.

M. Walter warf seinen Ködex, genannt freiwilligen Proporz aus und die Naegelen-Imbs bissen zu seiner Freude an. Um wieder eine, ~~aktive~~ wenn auch traurige und von der Gunst der bürgerlichen Parteien abhängige Rolle in der Gemeindeverwaltung zu spielen, missachteten sie selbst die zentralen Anweisungen ihrer Partei, nahmen sie einen spontanen Aufstand ihren Wähler in Kauf, machten sie sich zum Büttel der sozialen Reaktion, kündigten sie für nun und immerdar jede gemeinsame im Interesse der Arbeiterschaft liegende Aktion mit KPF und Hueberpartei auf.

Als man ihnen die unvermeidlichen Wirkungen des Proporz nach dem I. Wahlgang vor die Nase hielt, verwiesen die Naegelen-Imbs auf ihr verpfändetes Wort, dass sie natürlich wegen der lumpigen proletarischen Interessen nicht brechen wollten.

Diese Führer behaupten sie seien Gegner der Hueberschen Bündnispolitik, um im gleichen Atemzuge eine Bündnispolitik zu machen, die den Gipfel politischer Ver lumpung darstellt. In Wahrheit haben diese "Gegner" der Vollenfront einen billigen Wahlsieg beschert und die Frage der Aktionseinheit auf das schwerste verletzt. Darauf können sie sich etwas einbilden.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 40/II Jahrgang

Erste Juniwoche 1935.

Um die Vollmachten:

DIE AUSSERPARLAMENTARISCHE AKTION DER GROSSBOURGEOISIE? DER
STURZ FLANDINS UND DIE ARBEITERKLASSE.

Die französische Grossbourgeoisie hat auf die Schlappe, die die Arbeiterklasse bei den Gemeindewahlen den Faschisten versetzte, mit einem schnellen und kräftigen Gegenangriff geantwortet - einen Gegenangriff auf ausserparlamentarischen, finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet. Wir meinen den Angriff, den sie gegen den Franken und gegen die Staatsfinanzen führt. Dieser Angriff ist verbunden mit dem Versuch, in der Bevölkerung eine Panik zu erzeugen und unter der Wirkung dieser Panik ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele durchzusetzen. Dieser Angriff ist keine Improvisation, er ist von langer Hand vorbereitet. Die Banken und die Finanzwelt haben zu solchen Zwecken immer die Möglichkeiten ausgenützt, die sie haben, um die Regierung in eine finanzielle Klemme zu bringen und ihren Kredit zu untergraben.

Und die Wirkung hat sich, soweit die Regierung Flandin in Betracht kommt, prompt eingestellt.

Das Kabinett hatte sich entschlossen, dass es vor die Kammer treten wird mit der Forderung ausserordentlicher Vollmachten auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet.

Vollmachten wozu?

Um von neuem 8 - 10 Milliarden von den Staatsausgaben auf Kosten der Werkstätigen abzustreichen.

Von den geplanten Massregeln, sind folgende bekannt geworden:

- Abstrich von 700 Millionen Frs. von den sozialen Versicherungen,
- Entlassung von 55 000 unteren Beamten,
- Entlassung von Eisenbahnern, Einstellung von Lokalbahnen,
- Conversion der Renten, d.h. Herabsetzung der Zinsen,
- Erhöhung des Alters für den Bezug von Altersrenten der Kriegsteilnehmer von 55 auf 60 Jahren,
- Kürzung der Renten der Invalidenversicherung um 30 %, Gehaltsabbau der Staatsbeamte und Angestellte.

Es ist klar, dass dieser beabsichtigte Raubzug nicht nur die direkt betroffenen Schichten angeht, sondern Arbeiterklasse und Kleinbürgertum in voller Breite trifft.

Durch die steigenden Goldabflüsse bei der Bank von Frankreich, die in fortwährender Steigerung erfolgten und mit der mehrfachen Erhöhung des Diskonts beantwortet wurden, sollte die gewünschte Panikwirkung geschaffen werden, sollte das Parlament unter Druck gesetzt, sollte der öffentlichen Meinung und dem Volk die Alternative suggeriert werden, Inflation oder Bewilligung der Vollmachten.

Die radikalsozialistischen Minister hatten im Kabinett ihre Zustimmung

zu dem Antrag auf Vollmachten gegeben. Sie hatten alles ins Werk gesetzt um die Widerstände in den Reihen der radikalsozialistischen Kamerfraktion zu überwinden.

Die Regierung Flandin war also ungefähr auf dem gleichen Punkte angelangt, wie die Regierung Doumergue, die als Ergebnis der faschistischen Revolte vom 6. Februar in den Sattel gesetzt wurde, um später bei ihrem Versuch die bürgerlich-demokratischen Grundrechte zu suspendieren und das Parlament auszuschalten, unter dem Druck der von der Einheitsfront organisierten Massenbewegung abtreten musste.

Angesichts der geschaffenen Lage genügt es natürlich nicht, sich darauf zu beschränken, wie dies Léon Blum tut, die "Verantwortlichkeiten festzustellen" und sich auf die blosse parlamentarische Abwehr zu beschränken. Der mit 353 gegen 202 Stimmen erfolgte Sturz der Regierung Flandin zeigt zwar, dass die wachsende Linksstimmung im Kleinbürgertum die Vertreter der links-bürgerlichen Parteien mit überwiegend Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Anhang gegen die Politik des Abbaus und der Notverordnungen in Stellung bringt. Die getätigten Verhandlungen zwischen KPF und SFIO einerseits und den linken bürgerlichen Parteien andererseits zeigen aber, dass es unmöglich ist mit diesen Parteien eine gemeinsame Aktion mit positiven Zielen auf der Grundlage der Ziele der Arbeiterklasse zustande zu bringen.

Die Arbeiterklasse kann und darf sich nicht mit dem Sturz des Kabinetts Flandin, mit der Ablehnung der Vollmachten durch das Parlament zufrieden geben. Die Grossbourgeoisie hatte die Regierung Flandin, gestützt auf ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht unter Druck gesetzt und ihren Angriffsplänen trotz des Linksrucks bei den Gemeindevahlen gefügig gemacht. Sie wird ihre Macht weiter in ihrem Sinne einsetzen, sie wird jede neue bürgerliche Regierung, die, mag sie auch links orientiert sein auf der Grundlage und Respektierung der kapitalistischen Eigentumsordnung und deren Verteidigung beruht, ihre sehr realen Machtmittel gegenüber zur Geltung bringen. Sie wird gestützt auf die Rechte des Parlaments und ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht jede neue bürgerliche Regierung vor die gleiche Lage stellen, wie die vorausgegangene und sie so ihren Plänen gefügig zu machen versuchen. Solange diese Klasse nicht ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Machtstellung entkleidet ist, solange wird sie die Mittel in der Hand haben, der Regierung den Kredit zu sperren, den Franken zu attackieren, die Finanz- und damit die Wirtschaftskrise der Katastrophe entgegenzuführen, um so das Land ihren weitreichenden politischen Plänen als letzten Ausweg aus dem Dilemma gefügig zu machen.

Die Arbeiterklasse muss sich und das Kleinbürgertum gegen die Angriffe der Grossbourgeoisie und der ihr gefügigen Regierungen verteidigen, aber sie muss darüber hinaus zum Gegenangriff übergehen.

Die Grossbourgeoisie zeigt der Arbeiterklasse, worauf es ankommt, wo das entscheidene Kampfgebiet liegt, auf dass die "handelnden Minderheiten" eines Tardieu ihr Schwergewicht konzentrieren: nicht auf parlamentarischen Gebiet, sondern auf dem des ausserparlamentarischen Massenkampfes.

Der Angriff der Regierung Flandin ist vorerst parlamentarisch zurückgeschlagen, nicht mehr. Morgen schon kann durch eine neue Regierung ein ähnlicher Angriff erfolgen, wenn er auch in die Form einer Inflation, einer Abwertung des Franken gekleidet ist, deren Kosten das Kleinbürgertum und die Arbeiterklasse ebenso schwer zu tragen hätte.

Wenn die Arbeiterklasse einen solchen Angriff kampflos über sich ergehen lässt, wenn sie nicht die Initiative zur Massenaktion gegen einen solchen Raubzug ergreift, dann werden die wachsenden Sympathien beim Kleinbürgertum schwinden und die Enttäuschung wird selbst in die Reihen der Arbeiterklasse einbrechen. Dann könnte der Faschismus, der sich inzwischen reorganisiert und seine Bewaffnung ausgebaut hat, der eine Welle des Chauvinismus zu schaffen versucht hat, einen neuen gewaltsamen Vorstoss wagen.

Daraus ergibt sich als zwingende Notwendigkeit, dass die Aktion und Organisation mit der Einheitsfront einen wesentlichen Schritt vorwärts macht.

Die bisherigen Erfolge der Einheitsfront dürfen uns nicht zu Kopf steigen. Versammlungen und Demonstrationen sind gut, aber sie reichen mit der Zuspitzung der Lage nicht mehr aus. Die Waffe des Massenstreiks muss vorbereitet und wenn die Lage es erfordert angewandt werden. Der Sturz Mändins darf uns nicht erlahmen lassen, diese Aufgabe energisch in Anwendung zu bringen.

Dazu bedarf es aber einer grundlegenden Erweiterung der Einheitsfront. Die Gewerkschaften als solche müssen in die Einheitsfront einbezogen werden, die dagegen bestehenden Widerstände müssen gebrochen werden.

Die Einheitsfrontorgane, die bisher nur Parteikartelle zwischen SFIO und KPF waren (im Unterelsass haben wir nicht einmal diesen Zustand), müssen auf eine breitere Massengrundlage, vor allen auf die Grundlage der Betriebe gestellt werden.

Ein gemeinsames Aktionsprogramm muss aufgestellt werden. Es muss ausser den bekannten Tagesforderungen auch revolutionäre Übergangslösungen, vor allem die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion enthalten. Daneben muss durch die KPF eine revolutionäre Propaganda für die Räte treten.

Mit Nachdruck aber möchten wir warnen davor, eine Erweiterung der Einheitsfront in der Einbeziehung der radikalsozialistischen Partei, in der Neuaufrichtung eines "Linkskartells" mit Einschluss der Kommunistischen Partei zu entwickeln. Ein solcher Versuch könnte nur mit einem verhängnisvollen Zusammenbruch enden. Eine wirkliche "Volksfront" kann nur gen die radikalsozialistische Partei verwirklicht werden.

Die Haltung der radikalsozialistischen Minister in der Flandin-Regierung spricht hier eine deutliche Sprache!

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die notwendige Initiative zu entwickeln und dadurch sich die Führung des Widerstandes der werktätigen Klassen gegen den kapitalistischen Angriff zu erobern.

Davon, ob die Kommunistische Partei diesen Aufgaben gewachsen ist, hängt in entscheidener Masse ab, ob der Faschismus oder der Kommunismus den nächsten Schritt vorwärts macht.

-o-

DIE RADIKALISIERUNG DER SFIO-MITGLIEDER.
oo

Die Federation des Nordens der SFIO hat in einer Konferenz zur Vorbereitung des sozialistischen Parteitages eine Resolution angenommen, die ein Zeichen der starken Radikalisierung der sozialistischen Arbeiter Frankreichs ist. Die angenommene Resolution ist zwar in ihren Grundzügen ntristisch, aber sie enthält starke Zugeständnisse nach links, d.h. an die Haltung der Pariser Bederation. In der Resolution wird gesagt, dass mit der Durchführung des Plans der CGT die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse verbunden werden müsse. Die Machtübernahme wird in der Form der Diktatur des Proletariats verlangt. Der politische Streik wird als Kampfmittel ins Auge gefasst. Es wird der Aufbau von Selbstschutzorganisationen der Arbeiterklasse gegen die faschistischen Verbände verlangt.

Die Federation des Nordens repräsentiert den stärksten Bezirk der SFIO und steht unter der Führung von Lebas, der mit Léon Blum zusammen die tatsächliche Führung der SFIO bildet.

-o-

BALDWIN ZUR HITLERREDE.
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Die Erklärungen, die Baldwin im englischen Unterhaus zur aussenpolitischen Rede Hitlers abgegeben hat, laufen darauf hinaus, dass England zwar immer noch die Türe offenhält für irgendwelche partiellen Verständigungen mit Hitlerdeutschland, dass es aber nicht gesonnen ist, die imperialistischen Ansprüche Hitlerdeutschlands zu befriedigen und dass es dementsprechend aufrüstet. Vor allen Dingen ist es für England ausgeschlossen, den Anspruch Hitlerdeutschlands auf 35 % der englischen Flottenstärke anzunehmen. Beachtenswert ist ferner in der Unterhausdebatte

das Zutagetreten einer Strömung in der englischen Arbeiterpartei, die für die Steigerung der englischen Rüstungen eintritt. Dieser Standpunkt wird vor allem von einer Reihe von Gewerkschaftsführern vertreten, die zugleich daran interessiert sind, dass durch die neuen Rüstungen "Arbeit" geschaffen wird. Der absolute Pazifismus, wie er in der Arbeiterpartei durch ihren Führer Lansbury vertreten wird, wird offensichtlich zurückgedrängt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

MUSSOLINIS ERZWUNGENER RÜCKZUG IN ABESSYNIEN .
XX

Unter dem starken Druck Englands hat sich Mussolini gezwungen gesehen, einstweilen einen Rückzug in Abessinien anzutreten. Das in Genf abgeschlossene Kompromiss gibt England und Frankreich die Möglichkeit, die weiteren Verhandlungen zwischen Abessinien und Italien entscheidend zu beeinflussen. Mussolini hat den Rückzug, wie bei ihm üblich, mit allerhand Kanonendonner und Manövern begleitet. Das Manöver besteht darin, dass er wieder mit Hitlerdeutschland liebäugelt und erklärt, dass es nur die österreichische Frage sei, die Hitlerdeutschland von Italien trennt und dass neben Italien auch andere Mächte an der österreichischen Frage interessiert seien. Dieses Manöver kann der Natur der Dinge nach nur kurzlebend sein, denn in Wirklichkeit kann das faschistische Italien nicht zulassen, dass Österreich in der oder jener Form eine Provinz Hitlerdeutschlands wird.

Das abgeschlossene Kompromiss lässt Mussolini noch nie Möglichkeit, seine Truppen in Afrika zu verstärken, aber es erschwert ihm, den Krieg zu beginnen. Natürlich ist trotzdem diese Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen. Ob Mussolini schliesslich den Krieg in Abessinien entfesseln kann, hängt letzten Endes von England ab, das die Seewege beherrscht. Es braucht nur den Suez-Kanal für Italien zu schliessen.

Es ist anzunehmen, dass das Ergebnis in der abessinischen Frage nicht ohne die kräftige Mitwirkung der Vertreter der Sowjetunion beim Völkerbund zustande gekommen ist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EIN GROSSER STREIK IN DEUTSCHLAND?
XX

Eine bürgerliche Presse-Agentur in Paris meldet von einem grossen Streik, der in den Wanderer-Werken in Chemnitz stattgefunden haben soll. Dieser Betrieb, der während des Krieges und auch heute zu einem erheblichen Teil Rüstungsaufträge durchführt, zählt gegenwärtig etwa 6 000 Arbeiter. Es ist dies einer der wenigen Betriebe, in denen es den Nazis gelungen ist, einen beherrschenden Einfluss für sich zu sichern.

Diese Meldung der bürgerlichen Presse-Agentur hat noch nicht durch direkte Nachrichten bestätigt werden können. Wenn sie sich bestätigt, wäre es ein Ereignis von hervorragender Bedeutung, eine neue fortgeschrittenere Etappe des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen die Nazidiktatur als bisher.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten in Deutschland wachsen. Die Hitlerregierung versucht eine neue Ablenkung durch neue Judenhetze. Der berühmte Streicher soll von Nürnberg als Polizeipräsident nach Berlin versetzt werden.

TAGUNG DER AMSTERDAMER INTERNATIONALE!
XX

Eine Konferenz der amsterdamer Internationale, die in Kopenhagen stattgefunden hat, hat beschlossen, den Boykott gegen Hitlerdeutschland zu verschärfen. Gleichzeitig fordert die Konferenz in Übereinstimmung mit der englischen Arbeiterpartei die Eineberufung einer umfassenden Mächtekonferenz, um die Haltung Hitlers "festzustellen". Als ob es dazu einer solchen Konferenz, nach den in Deutschland vorliegenden Tatsachen noch bedürfe.

Kameraden! Jetzt noch mehr: Lest und verbreitet die "Arbeiterpolitik"

Wie man politische Emigranten in Strasbourg behandelt:Misshandlungen, Verhaftungen und Ausweisungen in der KaserneLizé-Nord.

Die politischen Emigranten die in Strasbourg in der Kaserne Lizé-Nord untergebracht sind, haben an Schikanen schon manches ertragen müssen. In den letzten Tagen übersteigen aber die Handlungen der Verwaltung alles bisher dagewesene. Man hat es offenbar darauf angelegt die Emigranten zu provozieren um sie aus Frankreich abschieben zu können.

Am Sonntag, den 26.5. wurde den Emigranten ein überaus minderwertiges Mittagessen vorgesetzt. Am Sonntag Abend wurde aus Nudeln, die vom Freitag übriggeblieben waren eine Suppe verabreicht, die ungeniessbar (sauer) war. Die Frauen des Lagers konnten ihren Kindern die verdorbene Suppe aus Gesundheitsrücksichten nicht vorsetzen und brachten daher die Suppe in die Küche zurück. Ein Emigrant der die Sache der Frauen in durchaus korrekter und anständiger Weise verteidigte, wurde deshalb verhaftet. Das war der Anfang. Dieser Emigrant hat nachweislich nichts anderes gesagt, als dass es notwendig ist, dass die Mittel die für die Beköstigung und Unterbringung der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt sind, so verwandt werden, dass ihnen ein geniessbares Essen gegeben wird.

Am Montag verfügte der Kommandant des Lagers, dass der den Emigranten von der Pathe-Rural zur Verfügung gestellte Kinoapparat zurückgegeben werden müsse. Man bediente sich dabei der Lüge, der Apparat sei von Pathe-Rural zurückgefordert worden. Bei der Ablieferung stellte sich heraus, dass das nicht der Fall war. Am Montag Abend wollten sich nun die Frauen, wie an jedem anderen Tag, um 1/2 8 Uhr auf den grossen Kasernenhof begeben um mit ihren Männern auf dem Hofe spazieren zu gehen oder zum Kino zu gehen. Am Tore zum Frauenhaus wurden plötzlich von fünf Garde-Mobiles empfangen, die ihnen den Weg zum Kasernenhof verweigerten. Hierzu ist zu bemerken, dass bisher alle Anordnungen des Kommandanten schriftlich festgelegt und durch die Chefs de l'etage den Insassen des Lagers vorgelesen wurden. Am Montag aber wurden diese Massnahmen geheimgehalten. Die überraschten Frauen erzwangen sich deshalb den Ausgang zu ihren Männern. Dies wagt die "Neueste Nachrichten" als Auflehnung zu bezeichnen.

Daraufhin kam der Secretär-Spezial und stürzte sich gemeinsam mit seinem Secretär und den Garde-Mobiles auf die Frauen um sie vom Kasernenhof herunterzutreiben. Obgleich man durch Garde-Mobiles sagen liess, die Frauen sollten bis 8 Uhr wieder in ihren Zimmern sein, veranstaltete der Kommissar-Spezial bereits 10 Minuten vor 8 Uhr sein Kesseltreiben gegen die Frauen. Widerliche Szenen spielten sich ab. Schwangere wurden umhergestossen, Frauen die Blusen aufgerissen und die Arme verdreht.

Nach diesem Vorfall wurden nach einer Liste Verhaftungen vorgenommen. Fünfzehn Männer und neun Frauen wurden in Arrest gesperrt.

Am Dienstag wurden dann - und dies war der Zweck der Provokation - mehrere Familien und Ehepaare nach Luxemburg, Belgien und der Schweiz ausgewiesen. Das Vorgehen gegen die Emigranten war so unerhört, das sogar ein Teil der Garde-Mobiles und Beamte ihre Empörung darüber zu erkennen gaben. Besonders gemein wurden dann die Verhafteten vom dem Kommissar-Spezial behandelt. Wasser, das den Verhafteten von der Wache gereicht wurde, wurde diesen wieder von dem Kommissar entrissen. Die Frauen mussten die Nacht in der Wache sitzen, die Decken mit denen sie sich umhüllen wollten, wurden ihnen weggerissen. In der Dunkelheit wurden Verhaftete verprügelt. Einem war ein Auge vollkommen zugeschlagen. In diesem Zustande wurde der Betreffende dann nach der Schweiz abgeschoben.

Da die Emigranten des hiesigen Lagers Anfang nächster Woche nach Innerfrankreich verlegt werden sollen, kann nur die Absicht, einen Teil von ihnen loszuwerden, die Triebfeder zu dieser gemeinen Provokation gewesen sein.

Wir halten es für notwendig, dass dieser Vorfall durch unparteiische Anwälte untersucht und gegen den Kommandanten und die übrigen Schuld-

gen ein Verfahren durchgeführt wird, auch dann, wenn die Emigranten bis dahin an einen anderen Platz verbracht worden.

Zugleich appellieren wir an die Liga der Menschenrechte sich der Sache der Emigranten anzunehmen. Es ist ein unwürdiger Zustand, dass Emigranten in Frankreich nicht das primitivste Recht auf menschliche Behandlung zugestanden und gesichert wird. Die Emigranten wollen keine Privilegien, sie wollen nur menschlich behandelt werden und wünschen, dass die Mittel die für ihren Unterhalt zur Verfügung gestellt werden, auch gewissenhaft und sorgfältig für sie verwandt werden. Deshalb haben sie auch wiederholt den Wunsch geäußert, man möchte den Frauen das Recht geben die Zubereitung und das Kochen des Essens zu übernehmen. Niemand hat etwas dagegen, dass die Verwaltung die Kontrolle und Aufsicht darüber ausübt.

Wir rechnen damit, dass die breite Öffentlichkeit, die will dass die Emigranten in Frankreich menschlich und anständig behandelt werden, uns in der Vertretung dieser Forderungen der Roten-Hilfe unterstützt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wird ihnen schon bange?

Imb-Naegelen fordern eine Arbeitsabteilung auf der Mairie.

==.

Die Imb-Naegelen haben statt des Kampfes um eine Arbeitermehrheit und damit für die Stärkung und den Ausbau der Aktionseinheit, die Proporzkoalition abgeschlossen.

Statt die Volksfront durch die "normale" Front, die Arbeiterfront zu überwinden, haben sich die SFIO-Führer für die unnormalste Front vom Standpunkt der Interessen der Werktätigen, für die Front mit Ch. Frey, M. Walther usw. entschieden. Sie nennen das Revanche für 1929! Da Hueber einen prinzipienlosen Block schloss um die SFIO aus der Stadtverwaltung zu verdrängen, soll der Proporzblock gerechtfertigt sein, d.h. soll die Prinzipienlosigkeit zur Maxime für proletarische Politik geworden sein.

Den Schaden der daraus entsteht, den mögen ruhig die Proleten bezahlen.

Nachdem die Siegesfanfaren der "FP" über den Sieg der Proporzfront verauscht sind, beginnt bereits der Katzenjammer. Klar kommt dies in einem Artikel der "F.P." v. 27.5. zum Ausdruck, wo die Aufstellung und Durchführung eines grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms gefordert wird.

In diesem Artikel wird gesagt, dass die Konjunktur-Indexziffern im bedrückendsten Masse zu nehmen, die Steuereingänge wachsende Fehlbeträge ausweisen, die Arbeitslosigkeit zunimmt.

Aus dieser Lage wird die Forderung nach gesteigerter öffentlicher Arbeitsbeschaffung erhoben. Als Projekt wird unter Hinweis auf Hitlerdeutschland und zur gefälligen Nachahmung der grosszügige Bau von Autobahn-Strassen gefordert, da "in den Grenzgebieten aus strategischen Gründen moderne Autobahnen für die motorisierte Armee, für den Fremdenverkehr heute unbedingt notwendig seien". Andere Arbeitsbeschaffungsprogramme finden die SFIO-Führer anscheinend nicht oder wollen sie damit bei ihren Proporzpartnern den Stein des Anstosses aus dem Wege räumen?

Neben dem Projekt der Autobahn-Strassen, für die das Geld der Generalstab zur Verfügung stellen soll, wird zur systematischen Arbeitsbeschaffung eine "Abteilung Arbeit" auf der Mairie gefordert, zumal der neue Maire bei seiner Antrittsrede bereits angekündigt hat, dass Strasbourg im Spätherbst und Winter eine nie gesehene Zahl von Arbeitslosen aufweisen wird.

Am Schluss des Artikels wird dann noch darauf hingewiesen, dass von der Lösung des Arbeitslosenproblems und der öffentlichen Arbeitsbeschaffung auch der Ausgang der Kammerwahlen 1936 für die Proporzparteien abhängt. Woraus übrigens hervorgeht, dass die SFIO-Führer ihren Proporzkuddelmuddel auch bei den Kammerwahlen praktizieren wollen.

Wir brauchen nur auf diese Tatsachen hinzuweisen, um klarzumachen, dass die SFIO-Führer, die mit ihrer Proporzkoalition die Volksfront zerschmettern wollten, mit ihrer Politik in Wahrheit unbezahlte und unfreiwillige, aber wirksame Helfer der Volksfront geworden sind. Der Wille diese Poli-

tik fortzusetzen und damit den Weg zur Aktionseinheit und zum Kampf um eine Arbeitermehrheit - soweit dies in der Kraft der Imbs-Naegelen liegt - zu sabotieren und zu bekämpfen, macht die Strasbourger SFIO zugleich zum Gefangenen von Ch. Frey und damit der sozialen Reaktion.

Der Wille die Proporzkoalition fortzusetzen, die Aktionseinheit weiter zu sabotieren, hat die unvermeidliche Wirkung, die SFIO bei jeder Frage, die das Arbeiterinteresse berührt an Ch. Frey zu binden. Denn bei jeder Frage steht sie vor dem Dilemma: entweder jeden Schlag gegen die Werktätigen im Interesse der Aufrechterhaltung der Proporzherrschaft zu unterstützen oder dagegen Stellung zu nehmen und mit der Volksfront Ch. Frey in eine Minderheit zu versetzen. Das ist die umgekehrte Lage in der sich der Esel von Buridan befand.

Daraus ergibt sich für alle Arbeiter, dass der Kampf um eine Arbeitermehrheit mit dem Ausgang der Gemeinderatswahlen und der Etablierung der Proporzherrschaft nicht abgeschlossen ist, sondern nach wie vor als aktuelle Aufgabe steht. Es gilt daher bereits heute die Militanten der SFIO auf die Notwendigkeit der Sprengung der Proporzfront einzustellen und die Frage der Arbeitermehrheit im Zusammenhang mit den konkreten Anlässen die die Lage ergibt, erneut aufzurollen. Das bedeutet zugleich auch, die hartnäckige Fortsetzung der Kampagne unter den Hueberanhängern für die Herstellung der proletarische Einheitsfront, für eine wirkliche Arbeitermehrheit im Strasbourger Gemeinderat.

Beim ersten Vorstoss der sozialen Reaktion im Rathaus muss die Verwaltung in die Minderheit versetzt, muss der Kampf um die Auflösung des Gemeinderats, muss der Kampf um eine Arbeitermehrheit erneut proklamiert werden, muss SFIO und Hueberpartei gestellt werden.

Was an uns liegt wird geschehen!

Alte Liebe rostet nicht:

Abbe Schiess lässt Hueber hochleben.

Bei einer Feier im Waisenhaus, hat nach einer Rede von Waisenheusdirektor Goetz auch Herr Abbe Schiess als Vertreter der Gemeindeverwaltung das Wort ergriffen. Nach den Mitteilungen der "NW" hat Herr Schiess dem alten Maire Hueber seine Anerkennung ausgesprochen und am Schluss seiner Rede ein Hoch auf Hueber ausgebracht.

Die Proporzpresse nennt jetzt die Feier einen Skandal und wettet gegen Goetz-Rasputin weil er die Volksfrontverwaltung über den grünen Klee gelobt und Herrn Hueber wie einen noch amtierenden Maire behandelt hat. Über Herr Schiess und sein Hoch auf Hueber allerdings schweigt sich die Proporzmehrheit wohlweislich aus, hat doch die UPR-Fraktion nicht umsonst auf ihre Schlüsselstellung im neuen Gemeinderat verwiesen.

Für uns ist das Hoch des Herrn Schiess auf Herrn Hueber noch soweit von Interesse, als das es bestätigt, dass die UPR mit der Hueberpartei - in diesem Punkte getreu dem Vermächtnis des Abbe Haegy - gern eine Ehe eingegangen wäre, wenn Hueber sich von den Elzleuten getrennt hätte.

Das Hoch des Herrn Schiess zeigt jedenfalls, dass die UPR noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben hat und sich auf jeden Fall ein freundschaftliches Verhältnis zu Hueber und Co. sichern möchte.

Jetzt werden Imbs-Naegelen von M. Walter an die Leine gelegt und gezwungen ihre laikale Gesinnung unter Verschluss zu legen. Wenn sie die Herren genügend gezähmt und geläutert haben und der Wind wieder aus einer anderen Richtung kommt, glauben sie wieder mit Hueber bei der Partie zu sein. Bis dahin versuchen sie Hueber zu poussieren und die Elzleute abreiben, auf dass Hueber wieder koalitionsfähig ist.

Es ist noch nicht alle Tage Abend, so denkt Herr Schiess. Aber so denken auch die Arbeiter. An ihnen liegt es mit dem Spiel der UPR ein für allemal ein Ende zu machen. Dazu ist einzig und allein die Aktionseinheit, die proletarische Einheitsfront fähig. Deshalb gilt es für sie allen Widerständen zum Trotz zu arbeiten.

Schafft Aufklärung bei den Kameraden der SFIO und der Hueberpartei. Sorgt alle dafür dass in Strasbourg endlich die richtige Front, die einheitliche Front der Arbeiterklasse triumphiert.

ARBEITER-TURNVEREIN L'AVENIR.
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Unsere Mitgliedern zur Kenntnis, dass wir auf allgemeinen Wunsch und Versammlungsbeschluss vom 4.5.35 einen Vereinsausflug organisieren. Die Vorarbeiten sind jetzt soweit gediehen, dass wir das Programm bekannt geben können.

Der Ausflug in Autocar (Cstra) findet am 30. Juni d. Jhs. statt mit folgender Route:

Strasbourg, Brumath, Hagenau, Morsbronn. Dasselbst Besichtigung der einzelnen Sehenswürdigkeiten, des Thermobades. Dann geht es weiter nach Wörth. Hier erfolgt Station zur Einnahme des Frühstücks aus dem Sack und Besichtigung der dort gegebenen Sehenswürdigkeiten. Die Reise führt dann auf romantischen Talstrassen über Lembach durch das Welschtal nach Niedersteinbach und Obersteinbach. Dasselbst Rast zum Mittagessen. Nach genossener Sista führt uns die Reise über Stürzelbronn nach dem Hanauerweiler, wo das Vesperbrot eingenommen wird. Gute Fussgänger können den nahegelegenen romantischen Falkenstein besuchen. Von hier aus geht die Reise über Niederbronn mit einem kleinen Aufenthalt über Schweighausen, Hagenau nach Strasbourg zurück.

Sämtliche Mitglieder des Vereins mit ihren Familien sind zu diesem interessanten Autocar-Ausflug eingeladen. Der Fahrpreis ist so niedrig als möglich gehalten und beträgt pro Teilnehmer 25 frs. Für die eingetragenen Mitglieder, sowie für unsere Zöglinge von 14 - 16 Jahren zahlt die Vereinskasse. Kinder unter 5 Jahren sind ebenfalls frei. Kinder von 5 - 10 Jahren zahlen den halben Fahrpreis von 12,50 frs, alle übrigen zahlen den vollen Preis von 25.- frs.

Die Anmeldungen für alle Teilnehmer haben bis spätestens Sonntag, den 16. Juni endgültig zu erfolgen und zwar beim Vorsitzenden Kam. Henry Marx, 78 Grand rue oder auf Stade L'Avenir (Samstagnachmittag ab 4 Uhr und Sonntags den ganzen Tag) unter Vorlegung des Mitgliedsbuches.

Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Zum Schluss sei bemerkt, dass die Mitgliedschaft nicht übertragbar ist.

Essen kann jeder nach Belieben mitbringen. Ausserdem wird der Vereinsleitung folgendes Menu vom Hotel Anthon (früher Frankhausen) angeboten!

Suppe - Schweinecotelette - pomme frites u. Salat - dessert
zum Preise von 6. Frs pro Gedeck.

Auch hierzu müssen die Anmeldungen wie bereits erwähnt abgegeben werden. Der Preis für die Fahrt und das Essen müssen im voraus bezahlt werden.

----- Die Vereinsleitung. -----

Hueber für Fortsetzung der Volksfront.
==..==..==..==..==..==..==..==..==..==..==..==..==..==..==..==

Obzwar in der Hueberpartei unter den Militanten unzweifelhaft die Stimmung für die Herstellung der Aktions Einheit und den Kampf um einer Arbeitermehrheit zugenommen hat, sperrt sich die Führung der Hueberpartei stärker denn je gegen die Aktionseinheit der Arbeiterorganisationen.

In einer Mitgliederversammlung nach der Maire-Wahl hat Hueber erneut verstanden die Mitglieder vom wesentlichsten Kern der Fragen abzulenken, die im Zusammenhang mit den Gemeindevahlen und der innerpolitischen Lage in Frankreich als dringendstes Gebot der Stunden vor jeder Partei stehen, die vor gibt auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes zu stehen.

Die ganze Versammlung war abgestellt auf die Notwendigkeit, den Mitgliedern den Abgang von der Mairie als eine vorübergehende Erscheinung einzurücken. Bald werde es in der Proporzfront zu Auseinandersetzungen kommen, die durch die ganze Lage geboren werden. Dann werde er den Gemeinderat beschlussunfähig machen und Neuwahlen erzwingen und diese Neuwahlen werden mit einem Siege der Volksfront abgeschlossen werden.

Hueber denkt also nicht an den Bruch mit den Elzleuten und daher nicht an die Einheitsfront.
Verantwortlich: EMIL HIRTZEL

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs. 3.-
Einzel Exemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 41/II. Jahrgang

Zweite Juniwoche 1935

Bouissons Sturz:

DIE KAMMER UNTER LINKSDRUCK.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Regierung Bouisson, die wie die Regierung Flandin wieder eine Regierung der "Nationalen Einheit" war, ist bereits 24 Stunden nach ihrer Konstituierung wieder gestürzt worden. Unter dem Druck der Massenstimmung, wie sie am verflorenen Sonntag bei den Generalratswahlen des Seine-Departements in den kommunistischen Wahlsiegen wiederum zur Geltung kam, musste der Regierung Bouisson ein weit linkeres Gesicht gegeben werden. Die Regierung Bouisson zählte 4 Radikalsozialisten, ein Mitglied der SFIO, das sich von dieser getrennt hatte (Frossard), sowie Ernest Lafont von den Neos. In der Regierung Bouisson saßen neben 2 Generalen und einem Marschall von Frankreich drei Ex-Kommunisten: Laval, Frossard, Ernest Lafont.

Das Programm der Regierung war zunächst dasselbe, wie das der Regierung Flandin: Verteidigung des Franken, Deflation, d.h. neue Belastung der Werktätigen.

Die Regierung Bouisson ist am Abend des 4. Juni mit 264 gegen 262 Stimmen gestürzt worden. Was war die Ursache des schnellen Sturzes? Sie geht klar hervor aus der Haltung der Radikalsozialisten, deren Abstimmung für das Schicksal der Regierung entscheidend war. Die Radikalsozialisten zerfielen in drei Teile. 65 stimmten gegen die Regierung, etwa 50 für sie und der Rest enthielt sich der Stimme. Die Radikalsozialistische Partei, die zuvor Bouisson zugesagt hatte, dass sie für die Vollmachten stimmen werde, wurde durch den Druck von Links zersprengt. Unter dem Druck der Einheitsfront und der kommunistischen Wahlerfolge wagte ein Teil der Radikalsozialisten nicht für die Vollmachten und für die Deflation zu stimmen.

Nach dem Sturz der Regierung Bouisson, die von der Börse und vom Grosskapital mit Wohlwollen aufgenommen wurde, setzte sofort wieder die Attacke gegen den Franken ein.

Der erste Versuch eine Regierung Laval zu bilden ist bereits gescheitert. Die Verhandlungen zwischen den Linksparteien der Kammer (vor allen Radikalsozialisten und SFIO) über die Bildung einer erweiterten Kartellregierung gehen unablässig weiter. Die KPF hat erneut ihre Bereitschaft bekundet, sogar eine radikale Regierung zu unterstützen, die Leute wie Bonnevey einschliesst. Bonnevey ist ein Rechter, aber er hat als Vorsitzender der Untersuchungskommission des 6. Februar gezeigt, dass er gegen faschistische Putsche ist. Die Führer der KP waren es, die in beiden Regierungskrisen sich an die SFIO wandten, damit beide Parteien an die Radikalsozialisten und die übrigen Linken in der Frage der Regierungsbildung herantreten. Die Führer der SFIO haben sich jetzt prinzipiell bereit erklärt, an einer Linksregierung unter gewissen Bedingungen teilzunehmen.

Unsere Stellung zu einer solchen Politik ist an anderer Stelle entwickelt. Der weitere Verlauf der innerpolitischen Krise hängt jetzt in entscheidenden Masse von der ausserparlamentarischen Aktion der Massen ab.

Zur Lage und den Aufgaben:

VERSKÜMNISSE UND IRRWEGE.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Beim 2. Wahlgang der Wahlen zum Generalrat des Seine-Departements hat die kommunistische Partei und die Einheitsfront aufs neue wieder grosse Erfolge davongetragen. Die Komm. Partei verfügt jetzt in der Banlieue von Paris über 25 von 50 Sitzen, also genau die Hälfte. Die SFIO hat 7 Sitze. Beide zusammen haben also in der "roten Banlieue" von Paris die Mehrheit. Im Generalrat des Seine-Departements, der sich aus den Vertretern von Paris und der Banlieue zusammensetzt, haben die Kommunisten 33, die Pupisten und Doriotisten 10, die SFIO 12, die "Socialistes de France" 5, die unabhängigen Sozialisten und die Republikaner-Sozialisten 7, die Radikalsozialisten 5, die "Linke" zusammen also 72 von 140 Sitzen, also eine knappe Mehrheit. Vorher waren die Rechts- und Mittelparteien in der Mehrheit.

Die Kommunisten und die Arbeiterklasse insgesamt hat natürlicherweise allen Anlass, sich über dieses Ergebnis zu freuen. Beweist es doch, was mit der Einheitsfront erzielt werden kann, auch wenn sie noch mit vielen Mängeln durchgeführt wird. Das entscheidend wichtige an diesem Ergebnis ist, dass es aufs neue die Tatsache beleuchtet, dass die Steigerung der Aktionskraft der Arbeiterklasse durch die Einheitsfront die Wirkung hat, erhebliche Teile des Kleinbürgertums, der Mittelschichten an die Arbeiterklasse heranzuziehen und von Faschismus fernzuhalten.

Für Frankreich aber ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit dem Kleinbürgertum in noch höheren Grade als in anderen hochkapitalistischen Ländern eine unentbehrliche Voraussetzung für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, für den Sieg des Sozialismus.

Aber es besteht aller Anlass, die Arbeiterklasse im allgemeinen und die Kommunisten im Besonderen davor zu warnen, dass sie sich diese Erfolge, die einstweilen nur parlamentarische und nur vorläufig sind, zu Kopf steigen zu lassen und zu übersehen, dass grosse Gefahren vor der Arbeiterklasse liegen und dass schwere Fehler und Versäumnisse, die bereits vorliegen, dazu führen können, dass das Blatt sich wendet und dass dem Faschismus ein neuer Vorstoss gelingt.

Es sei daran erinnert, dass in Deutschland bei den Reichstagswahlen 1929 eine mächtige Linksschwenkung der Wähler zu Tage trat, die der Sozialdemokratie und der Komm. Partei zugute kam. Ferner, dass bis zum Siege Hitlers beide Parteien wiederholt Wahlerfolge erzielten. Die entscheidende Schlacht erfolgte auf ausserparlamentarischem Gebiet und hier zeigte sich, dass die Wahlerfolge in Nichts zerflossen, weil sie nicht in ausserparlamentarische Massenaktionen umgesetzt wurden. Auch in Frankreich werden die entscheidenden Schlachten zwischen Arbeiterklasse und Faschismus nicht in der Kammer, in den Generalräten, in den Gemeinderäten geschlagen, sondern auf dem Gebiet des ausserparlamentarischen Massenkampfes!

Worin bestehen die Gefahren, die Irrwege und Versäumnisse, vor denen gewarnt werden muss?

Sie haben sich bei der Regierungskrise Falandin augenfällig gezeigt. Am 30. Mai, vor der Abstimmung, die die Regierung Falandin zu Fall brachte, erklärte Genosse M. Thorez, der Generalsekretär der KPF, nach dem Bericht der Pariser Humanité folgendes in der Kammer:

"Wir sagen Herrn Herriot und den radikalen Führern: Wenn ihr die Führung einer radikalen Regierung nehmen wollt, die wirklich eine radikale Politik anwenden würde, eine Politik, die dem Willen der Mehrheit des Landes entspricht, so werdet Ihr unsere Unterstützung nicht nur in der Kammer haben, sondern auch im Lande. Der Vorsitzende der radikalen Gruppe hat uns gefragt, ob die Kommunisten verantwortlich an der Regierung teilnehmen werden? Für uns handelt es sich nicht darum, an einer Regierung teilzunehmen, sondern eine Politik zu unterstützen, die wirklich die Arbeiter verteidigt, die Spekulanten zwingt, ihre Beute herauszugeben, die demokratischen Freiheiten und den Frieden erhält, die durch die Treibereien der Faschisten bedroht sind".

Und in derselben Nummer der Pariser Humanité, die diesen Bericht enthielt, schrieb Vaillant-Couturier:

"Es ist die Ehre unserer Partei, in diesen schweren Tage die kühne Initiative zu ergreifen, um an die Volksfront in der Kammer selbst zu appellieren"

Die kommunistischen Vertreter haben also sich bereit erklärt, eine radikale Regierung, die bestimmte Forderungen annimmt, parlamentarisch und ausserparlamentarisch zu unterstützen. Sie sehen darin den parlamentarischen Ausdruck der "Volksfront".

Das ist ein ausserst gefährlicher Irrweg. Die Unterstützung einer radikalen Regierung oder Regierungskoalition bedeutet eine opportunistische und parlamentarische Verfälschung der Volksfront. Was ist das andere als ein erweitertes Linkskartell? Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien? Ein solches erweitertes Linkskartell könnte nur zu einem Fiasko und zu einer schnellen Enttäuschung der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Schichten führen, die die Einheitsfront mobilisiert und an sich gezogen hat. Auf diesem Wege droht die Einheitsfront sich in eine "banale parlamentarische Komödie" zu verwandeln. Die "Volksfront" kann nicht mit der radikalsozialistischen Partei, sondern nur gegen sie verwirklicht werden. Sie kann nicht als parlamentarische Parteikombination von den Kommunisten bis zu den Radikalen verwirklicht werden, sondern ur auf Grund der Schaffung breiter ausserparlamentarischer Einheitsfrontorgane, die sich auf die gesamte Masse der Werktätigen stützen, von ihnen gewählt sind und kontrolliert werden.

Und damit sind wir bei dem Versäumnis, dass zu dieser parlamentarisch-opportunistischen Entstellung geführt hat.

Die Kommunistische Partei, der hier die Initiative gebührte, hat versäumt, die Einheitsfrontaktion auf das Gebiet der ausserparlamentarischen Aktion zu übertragen und in Verbindung damit breite Einheitsfrontorgane zu schaffen. Wären sie geschafft worden, so wäre jedermann klar gewesen, dass die Volksfront nicht als eine Kombination parlamentarischer Fraktionen von den Kommunisten bis zu den Radikalsozialisten als Regierung auftreten kann, sondern nur als eine Regierung dieser weiter entwickelten ausserparlamentarischen Einheitsfrontorgane - als eine Regierung also von "Sovjets".

Die Bourgeoisie hat ihrerseits sehr gut verstanden, dass das entscheidende Schlachtfeld ausserhalb des Parlaments liegt! Auf die parlamentarischen Siege der Kommunistischen und Sozialistischen Partei hat sie mit dem ausserparlamentarischen Angriff auf den Franken und damit auf die Staatsfinanzen und auf die Lebenshaltung der werktätigen Klassen geantwortet. Und sie hat hier einen Zug gewonnen, sie hat die Frage der Vollmachten vor das Parlament gestellt.

Vollmachten wozu? Zur "Verteidigung des Franken". Verteidigung womit? Durch die "Herstellung des Gleichgewichts im Budget" - durch den Abbau der Staatsausgaben auf Kosten der Werktätigen.

Die Arbeiterklasse muss sich rechtzeitig klar machen, dass kein bürgerliches Parlament, keine bürgerliche Regierung, sei sie auch noch so "links", kein bürgerliches Staatsorgan den "Spekulanten" und dem hinter ihnen stehenden Finanz- und Industriekapital den "Hals umdrehen" werden. Wenn Bouisson und Herriot davon reden, so ist das Theater.

Der ausweg aus der Geld-Finanz- und Wirtschaftskrise auf Kosten der Besitzenden, im Interesse der Werktätigen, kann nur die ausserparlamentarische Massenaktion der Arbeiterklasse eröffnen, die notwendigen Massregeln durchführen können nur die eigenen Organe der Werktätigen, aber nicht Organe des bürgerlichen Staates.

Man muss diese Bewegung, man muss diese Organe schaffen. Darauf kommt es jetzt an.

Statt von der Unterstützung einer radikalen Regierung zu reden, hätte die kommunistische Kammerfraktion besser getan, die Verhaftung und Aburteilung der zehn reichsten Finanziere und Industriellen, sowie die Kontrolle der Banque de France und der übrigen Banken durch Beauftragten der Arbeiter, durch Kontrollkommissionen der Arbeiter, Angestellten

mit vollziehender Gewalt vorzuschlagen.

aus diesen Fehlern und Versäumnissen muss man schnell lernen, wenn die Arbeiterklasse nicht schweren Enttäuschungen erleben soll. Die Bourgeoisie nützt ihre Zeit und führt ihren Angriff klug und energisch. Tuen wir das Gleiche.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

LUFTLOCARNO UND ENGLISCH-DEUTSCHE FLOTTENVERHANDLUNGEN!
 xxx

Die Angebote Hitlerdeutschland für ein Luftlocarno zielen in erster Linie darauf ab, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben und den franko-sowjetischen, sowie den tschechisch-sowjetischen Vertrag zu durchkreuzen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass dies gelingt. Es wird angekündigt, dass vielleicht Baldwin das Aussenministerium übernimmt. Das weist auf eine energische und aktive Linie der englischen Aussenpolitik in der nächsten Zeit hin. Die Linie Baldwins geht auf enge Zusammenarbeit mit Frankreich und die "Erziehung" der öffentlichen Meinung Englands zu dem Gedanken, dass England sich aktiv und direkt an europäischen Kollektivverträgen beteiligen müsse. Der Vorstoss Hitlerdeutschlands gegen den französisch-sowjetischen Pakt, den es führt, indem es zu beweisen versucht, dass er mit dem Locarno-Pakt unverträglich ist, wird ein Eufthieb sein. Der franko-sowjetische Pakt ist mit Zustimmung der englischen Regierung abgeschlossen worden.

Die Flottenverhandlungen mit Hitlerdeutschland werden von England benutzt, um sich weitere offizielle Informationen über die deutschen Flottenpläne zu verschaffen und um diese Informationen auszunützen, um in der englischen Öffentlichkeit auch für verstärkte Flottenrüstungen Stimmung zu machen. Es liegt auf der Hand, dass dies auch zu einer Verstärkung der amerikanischen und japanischen Flottenrüstungen führen wird.

MUSSOLINIS ERPRESSUNGSMANÖVER.
 xxx

Drei neue Divisionen sind in letzter Zeit von Italien nach Ostafrika abgegangen. Mussolini hat in seiner letzten Rede deutlich zu verstehen gegeben, dass Italien den abessinischen Krieg durchführt. Aus zahlreichen Briefen, die die Zeitschrift "Stato Operajo" aus allen Gegenden Italiens veröffentlicht, geht hervor, dass der abessinische Krieg bereits jetzt auf allgemeine Ablehnung, proteste und Widerstandsaktionen im Volke stösst. Der Widerstand hat bereits auch auf die faschistischen Organisationen selbst übergegriffen. Schon fallen italienische Soldaten in Ostafrika massenhaft Krankheiten zum Opfer.

Der Widerstand, den England in Genf gegen das Unternehmen geleistet hat, hat Mussolini zu Manövern mit Hitlerdeutschland veranlasst. Ein französisches Blatt will sogar wissen, dass Hitler und Mussolini sich bereits verständigt hätten, dass Mussolini einen Naziputsch in Österreich hinnehmen werde. Die Tatsachen der letzten Zeit deuten aber umgekehrt darauf hin, dass die Heimwehr, die jetzt alle bewaffneten Kärnte in die Hand nimmt, ihrerseits versuchen wird, einen Handstreich zu unternehmen um die vollständige Macht in ihre Hand zu bekommen und den christlich-sozialen Flügel der Regierung auszuschalten. Eine Verständigung zwischen Mussolini und Hitler über Österreich für längere Zeit ist nicht wahrscheinlich. Die Beiden suchen sich im Gegenteil gegenseitig zu prellen.

Mussolini treibt seine Erpressungsmanöver auch mit der Drohung des Austritts aus dem Völkerbund weiter. Er hat jetzt mit dem Austritt gedroht, falls der Völkerbund einen Vermittler stelle.

Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass England und Frankreich den Dingen ihren Lauf lassen - in der Erwartung, dass der italienische Faschismus sich an diesem Unternehmen das Genick bricht. Dafür bestehen gute Aussichten. Wir haben bereits in unserer voraufgegangenen Nummer darauf hingewiesen, dass England es in der Hand hat Italien am Kriege gegen Abessinien zu hindern. Es braucht für diesen Zweck unbedingt Kredite und Rohstoffe, die es in der gegebenen Lage nur von England bekommen könnte.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE SCHWEIZER KRISENINITIATIVE.
 XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Im verflochtenen Sonntag war in der Schweiz die Abstimmung über die sogenannte Kriseninitiative, die von der Sozialdemokratie ausging. Diese Initiative zielte darauf ab, einen Wirtschaftsplan nach dem Muster des Plans von Hendrick de Man durchzuführen. In der Abstimmung blieben die Befürworter der Kriseninitiative in der Minderheit. Diese Minderheit ist aber ausserordentlich stark, sie blieb nur um rund 100.000 hinter der Gegner zurück. Die Wahlbeteiligung war aussergewöhnlich stark - 88 %. Ein erheblicher Teil der Bauern hat auch für die Kriseninitiative gestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung deutet auf einen ähnlichen Vorgang wie in Frankreich, nämlich auf eine starke Linksströmung in den Massen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Weg der UPR:

EINE PARTEIKRISE IM ANZUG?
 XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Die Resultate der Gemeindevahlen im Elsass haben der UPR, der stärksten Partei mit regionalistischer Orientierung, empfindliche Schläge versetzt. Ihre zweideutige Haltung in der elsass-lothringischen Frage hat sie mit Tempo der Zuspitzung der sozialen und Klassenspannungen in eine immer unhaltbarere Lage gebracht. Die steigende Gefahr der Eroberungspolitik Hitlerdeutschlands hat die französisch und zentralistisch eingestellten bürgerlichen Parteien gegen den autonomistisch eingestellten Flügel der UPR in immer stärkere Opposition gebracht. Dieser Gegensatz wurde nur dort gemildert, wo die sozialen Fronten mit der Herstellung der proletarischen Einheitsfront schärfste Ausprägung erhielten und die Positionen der Gemeindevwaltungen nur durch den Zusammenschluss aller bürgerlichen Parteien den in der Aktionseinheit wirkenden Arbeitern erfolgreich streitig gemacht werden konnten.

So kam es in Mulhausen und Colmar trotz eines stark ausgeprägten Charakters der UPR im Hinblick auf die in diesen Städten realisierte Aktionseinheit zum Zusammenschluss aller bürgerlichen Parteien mit Einschluss der UPR und Hueberpartei, mit Ausnahme der Radikalsozialisten. Diese Front wurde in Mulhausen und Colmar geschlagen.

Hagenau und Schlettstadt wiederum - mit ihrem überwiegend kleinbürgerlichen Struktur und schwacher Arbeiterbewegung - gaben noch Raum die spezifischen Gegensätze im bürgerlichen Parteiensystem des Elsass, den Gegensatz zwischen kleinbürgerlichen Partikularismus und den zentralistisch eingestellten bürgerlichen Parteien zur Entscheidung zu bringen. Auch hier fiel die Entscheidung zu Ungunsten der UPR aus. Sie wurde aus der Mehrheit in die Minderheit gedrängt.

Strasbourg aber ist wieder ein Sonderfall, bedingt durch die Tatsache, dass hier die Huebersche Partei eine hervorragende Stellung besitzt und von Anfang an den Aktionspakt zwischen SFIO und KPF bekämpfte, später aber auch die SFIO den Aktionspakt sabotierte. Wenn die UPR in Strasbourg also keine solche Niederlage erlitt, wie in anderen Städten, so verdankt sie dies in erster Linie dem Nichtzustandekommen der proletarischen Einheitsfront und zweitens der rechtzeitig eingeleiteten Aussöhnung mit den zentralistisch orientierten bürgerlichen Parteien.

Wenn die UPR in Strasbourg im II. Wahlgang Stimmen verlor, dann nicht deshalb weil sie dem kleinbürgerlichen Autonomismus die Freundschaft aufgekündigt hatte, sondern deshalb, weil sie von der Volksfront erfolgreich als Steigbügelhalter von Ch. Frey und der sozialen Reaktion und Verbündeter der laikalen Parteien denunziert wurde. Wäre in Strasbourg die Aktionseinheit wirksam geworden, dann wäre auch hier die Niederlage der UPR eklatant gewesen und zu einer Wahlniederlage des gesamten Bürgertums geworden.

Das Wahlergebnis für die UPR im Elsass und die beschränkte Wirkung der proletarischen Einheitsfront hat zum Ausdruck gebracht, dass die UPR in eine Periode innerer Auseinandersetzungen eingetreten ist. Bereits im Anschluss an die Wahlen ist diese Auseinandersetzung im "Elsässer Kurier" durch gute Ratschläge an die Adresse der Strasbourger UPR eingeleitet worden, obwohl der vernichtend geschlagene Rossé gerade nicht

besonders dazu berufen ist.

In einem "grundlegenden" Artikel des "Elsässer Kurier" v. 15. V. "Die UPR ist und bleibt eine Volkspartei", wird ein Bekenntnis zur Volksfrontpolitik abgelegt, wobei sich der Verfasser auf das angebliche politische Testament des Abbe Dr. Haegy beruft. Wörtlich heisst es in dem Artikel:

"Die Volksfront, wie sie besonders in Strassburg funktionierte, hatte besonders den grossen Vorzug - den gerade jene, von denen die religiösen Rechte an die Spitze der Heimatrechte gestellt werden, hoch einschätzen - dass sie die Forderung des christlichen Gewissens respektierte und erfüllte ..."

Dann wird darauf hingewiesen, dass der Kampf um die Heimatrechte auch die geschlossene Vertretung der elsass-lothringischen Wirtschaft einschliesst, was doch nichts anderes besagt, als dass Paris den Massen als Blitzableiter für ihre soziale Unzufriedenheit vorgeführt werden soll, auf dass die heimische Bourgeoisie ungestört das arbeitende Volk ausbeuten kann.

Neben Paris sollen dann nach echt nazistischer Terminologie die anonymen Geldmächte treten, die bekanntlich undefinierbar und irgendwo hinter den Wolken liegen. Als dritter Feind wird dann dem Volke der Logenbruder vorgeführt, als dessen Repräsentant die Radikalsozialisten und die Sozis wegen ihrem Laikalismus vorgestellt werden.

Der Kommunismus wird in eine elsässische und eine moskaugläubige Richtung geteilt, wobei der erstere, sobald er sich zur Verteidigung der Vorrechte der Kirche in Elsass bekämpft, als bündnisfähig, der zweite aber als antiklerikal abgelehnt und bekämpft wird.

Diese Linie soll nach dem "Elsässer Kurier" von der UPR eingehalten werden.

Inzwischen sind durch die Kampagne der "ELZ" gegen den "Elsässer" wegen der Proporzpolitik der Strassbourger UPR die Auseinandersetzungen in der UPR in ein fortgeschrittenes Stadium getreten. Der "Unterländer" von Hagenau hat sich von der Strassbourger UPR-Politik deutlich distanziert. Die dortige Wahlniederlage der UPR, die durch das Zusammengehen der zentralistisch eingestellten Parteien bewerkstelligt wurde, hat dort keine Zuneigung für die Aussöhnung mit diesen Parteien ausgelöst.

In Colmar und Mülhausen, wo man in die Fusstapfen M. Walterstrat und ebenfalls mit dem Proporzköder als Sprengpulver gegen die Einheitsfront auftrat, ist infolge des Funktionierens der antifaschistischen Einheitsfront der Ritt nicht geklückt und Rossé hält nach dieser Lektion die neue Bettgemeinschaft mit den Demokraten für zu kompromittierend. Seine Wahlniederlage hat ihn veranlasst auf die Volksfront zurückzukommen, die ihm auf Grund ihres Strassbourger Wahlerfolges als die geeignetste Front des heimatstreuen und christlichen elsässischen Bürgertums - Volksgemeinschaft - zum Kampf gegen "Rotfront" erscheint.

Als der "Elsässer" in einem polemischen Artikel "Landfremde Politik" gegen die "ELZ" auch die Heimatbundbewegung angriff und sie als eine von deutschem Gelde beeinflusste Bewegung bezeichnete, geriet J. Rossé in begreifliche Aufregung und veröffentlichte in der UPR-Presse von Oberelsass einen geharnischten Artikel gegen diese Beschuldigung. Chanoine Didio rückte vom diesem "Elsässer"-Artikel ab und am 5. Juni erschien eine Erklärung der Direktion und des Aufsichtsrates, worin diese Instanzen erklären, dass der erwähnte Artikel nicht ihre Billigung findet, dass die Herren Schiess und Walter nicht mit dem Artikel in Verbindung gebracht werden können und die Redaktion allein die Verantwortung dafür trage. Weiter wird angekündigt, dass sich der Aufsichtsrat mit der Angelegenheit befassen werde.

Inzwischen hat auch Rossé eine Erklärung veröffentlicht, worin er mit Befriedigung von den Erklärungen Kenntnis nimmt und gleichzeitig betont, dass er in keinem Augenblick Hr. M. Walter mit diesem Artikel in Verbindung gebracht habe. In einem anderen Zusammenhange wird auch bekannt, dass J. Rossé in einem Artikel der Wiener "Reichspost" die Elzianer als hitlerfreundlich bezeichnet habe.

Die Arbeiterklasse kann weder für den einen, noch für den anderen Flügel der UPR Partei ergreifen. Beide Flügel stehen dem proletarischen Klassenkampf, dem Sozialismus und der Sowjetunion feindlich gegenüber. Beide Flügel sind von dem Bestreben geleitet, den verhängnisvollen politischen Einfluss der UPR auf breite werktätige Massen zu erhalten. Beide Flügel kämpfen gegen die proletarische Einheitsfront, versuchen sie durch die verschiedensten Schachzüge zu sprengen. M-Walter, der die KP bereits einmal erfolgreich gespalten hat, versucht jetzt die SFIO an sich zu binden und vor seinen Karren zu spannen, um so der Einheitsfront ihre Wirksamkeit zu nehmen. Dabei verfolgt er gleichzeitig die Linie der Trennung der Hueberpartei von den Elzianern, um die erstere für eine neue Koalition mit ihm reif zu machen. Rossé glaubt durch Erneuerung der Volksfront, durch Distanzierung von den zentralistisch orientierten bürgerlichen Parteien, durch stärkere Hervorkehrung der Heimatrechte und Anlehnung an die soziale Demagogie der Nazis die Kommunisten gegen die Sozialisten auszuspielen und auf diesem Wege die antifaschistische Einheitsfront zu sprengen.

Das ist im wesentlichen der Gegensatz der heute die UPR beherrscht. Die Aufgabe der Kommunisten demgegenüber kann nur darin bestehen, den werktätigen Massen der UPR zu zeigen, dass die Feindschaft der beiden Flügel gegen die antifaschistische Einheitsfront, gegen den antifaschistischen Massenkampf und gegen die Politik der Notverordnungen ihren ur-eigensten Interessen widerspricht und dass sie sich in ihrem Interesse mit der antifaschistischen Aktion trotz und ohne ihre Führer verbinden müssen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Will die KP Hueber rehabilitieren:

SO KOMMT MAN NICHT ZUR WAHREN VOLKSFRONT.
 xxx

"L'Humanité" nimmt in einem Artikel v. 5. Juni zur Krise in der UPR "Wir wollen die Volksfront" Stellung. In diesem Artikel wird seltsamer Weise die Krise in der UPR bedauert. Fortführend heisst es dann:

"Eine Krise, wie diejenige, die jetzt die UPR durchläuft, durchläuft durch die Schuld einiger ihrer Führer, und die eine Stärkung der Reaktion und der Parteien des französischen Imperialismus im Elsass im Gefolge haben kann, ist für uns von grossem Ernst"

(NB. An einer der Parteien des französischen Imperialismus hat bekanntlich Thorez sein an anderer Stelle erwähntes Angebot gemacht. Wir meinen die Radikalsozialisten, die von Welch als offene Stütze des französischen Imperialismus im Elsass bezeichnet wurde und für bündnisunfähig erklärt wurde, was allerdings nicht hinderte in Colmar mit ihr zusammen Rossé zu schlagen.)

Die UPR gehört also nach Auffassung von "L'humanité" nicht zur Reaktion. Was für Entdeckungen doch "L'Humanité" in letzter Zeit macht!

Schliesslich stellt "L'Humaité" fest, dass noch nicht alles verloren sei. Wörtlich schreibt sie:

"Die Führer und Mannen der UPR gruppiert um den "Unterländer" des Hagenauer Gebiets, gruppiert um den "Elsässer Kurier" des Oberelsass, wenn sie die Stärkung der Reaktion und der imperialistischen Unterdrücker verhindern wollen, hier ist der Wegweiser dazu:

Wiederzusammenfinden in der grossen Volksfront, so wie sie zur Verteidigung der Angeklagten im Colmarer Prozess betand.

Man sollte bald wieder wie damals Fühlung nehmen, Kommunisten, UPR und die seither Zersprengten in Landespartei, Fortschrittspartei und KPO vereinten Volksschichten. Diesmal aber unter Einbeziehung der Sozialisten, die es mit den Interessen des schaffenden Volkes ehrlich meinen, und solche gibt es hierzulande auch viele!"

Was "L'Humanité" hier den Leuten um Keppi, Cromer, Rossé, Bilger andichtet, geht mit Verlaub zu sagen auf keine Kuhhaut. Diese Leute haben sich im Oberelsass zur Verhinderung eines Wahlsieges von "Rotfront" (wie Rossé sagt) mit allen irgendwie erreichbaren Kräften der Reaktion und des französischen Imperialismus zusammengefunden. Weil sie ob ihrer Wahlniederlagen einen kleinen Nervenschok bekommen haben und sich nach einer

neuer Front zum wirksameren Kampfe gegen "Rotfront" umsehen, ist es doch nicht notwendig dass Kommunisten ihren Verstand verlieren. Die Herren sollen den Wunsch haben die Reaktsen zu schlagen? O, heilige Einfalt, wie konntest Du solche Verheerungen in der Redaktion von "L'Humanité" anrichten.

"L'Humanité" will die Wiederherstellung der Volksfront zur Zeit des Colmarer Prozesses. Wo ist heute ein Berührungspunkt, der auch nur ein zeitweiliges und vürbergehendes taktisches Zusammengehen mit den Kommunisten für die UPR-Führer notwendig erscheinen liess. In allen entscheidenden Fragen klaffende Abgründe!

Man vernehme "L'Humanité" weiter:

"Gar bald hätten wir ein gemeinsames Programm, gemeinsame Forderungen, gemeinsame Kampfmittel gefunden.

Welch starke, kämpferische Volksfront käme so zwischen uns im Elsass zustande, Volksfront, die uns derjenigen Innerfrankreichs wahrhaft würdig zeigen und uns brüderlich mit ihr zusammenkämpfen liesse.

Man sollte uns hierauf Antwort geben!"

Ein gemeinsames Programm wäre leicht zu schaffen, auf das sich Bilger -der Mann der im Bauernbund faschistische Propaganda treibt-, Rossé -der von einer unbeschreiblichen Wut gegen Rotfront und die Sowjetunion erfüllt ist, Schaäl -siehe voraufgogangene Nummern der Humanité -, Hueber, -siehe seine Haltung zu den wiederholten Apellen der KP -, Wicky-Richard, -siehe ihr Verhalten zu den Autonomisten und UPR- und Mohn-Walch einigen könnten?

Das Programm möchten wir sehen, die gemeinsamen Forderungen und Kampfmittel möge man uns verraten? Und das alles soll dann als Ergänzung einer von den Kommunisten tolerierten Kartellregierung die innerfranzösische Volksfront unterstützen? Man könnte meinen Passnacht wäre bereits vorüber.

Hoffentlich gibt man "L'Humanité" keine Antwort darauf, denn der Beginn der Praktizierung einer solchen "Volksfront" wäre der Anfang vom Ende der Ansätze der proletarischen Einheitsfront und am Ende würde die KP sich glorreich zwischen zwei Stählen placiert haben. Wir fragen aber, wohin wollt ihr eigentlich und warum habt ihr Hueber noch nicht aufgenommen?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Hueber über Stalin:

"Stalin der grösste Verbrecher, den die Welt gesehen..."

Wir lesen in der "NW" vom 5. Juni:

"Aber Stalin hat befohlen Einstellung der antinationalen antimilitaristischen Propaganda und da muss man als Kreatur gehorchen. Mich schaudert es, wenn ich daran denke, wie gerade wegen dieser Propaganda tausende Kameraden in Clairvaux und anderen Gefängnishöllen schmachten, für Jahrzehnte, ja sogar für lebenslänglich. Sind sie nicht Opfer der verrückten Linienpolitik? Hat Stalin es nicht vergessen von Laval zu fordern diese Opfer seiner Politik jetzt frei zu lassen? Wenn nicht, ist er der grösste Verbrecher den die Welt je gesehen. Wir nehmen aber an: der Pakt, den Stalin mit Laval abgeschlossen hat, enthält auch dies..."

Natürlich weiss der Skripifax, der solches unter Verantwortung von Hueber in der "NW" schrieb, dass darüber nichts im Vertrag steht und nichts stehen kann. Es erübrigt sich wohl auf diese elende Schmiererei einzugehen. Wir wundern uns nur, wie so grundlegend ehrliche Militanten wie Heysch, Kegstler, Gantzer usw. so etwas mitmachen können, von denen man doch wohl annehmen darf, dass sie dem Kommunismus dienen wollen und nicht der antisowjetische Ketzerei.

Kameraden der IVKO!

Unsere Zusammenkunft findet am Montag, den 17. Juni, abends 8 Uhr im bekannten Lokal statt. Haltet Euch diesen Termin frei und erscheint restlos. Es gilt zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Seid aber pünktlich!

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 42/II Jahrgang

Dritte Juniwoche 1935.

Nach der Genehmigung der Vollmachten:

12 FRAGEN AN KOMMUNISTISCHE UND SOZIALISTISCHE ARBEITER.
-o-

Die Regierung Laval ist gebildet. Sie hat ihre "Vollmachten" erhalten, die sich im Grunde nicht unterscheiden von denen, die Flandin, Bouisson und Létri gefordert haben. Der Raubzug auf die werktätigen Massen kann beginnen.

Der Versuch, eine "Linke" Regierung zu bilden, ist für diesmal noch gescheitert.

Aber diese Frage ist damit noch nicht erledigt. Sie wird wieder auftauchen, denn die Regierung Laval ist so wenig unsterblich wie ihre Vorgängerinnen. Die Regierungsmehrheit für Laval kam zustande, indem sich 75 Abgeordnete der Radikalsozialistischen Partei der Stimme enthielten. Sie liessen was aussergewöhnlich ist, in der Kammer Sitzung durch ihren Sprecher eine gesonderte Erklärung abgeben, dass sie vorläufig einmal das Experiment Lavals abwarten wollen. Die Regierung Laval sitzt also keineswegs fest im Sattel.

Darum ist es notwendig, diesen Versuch, eine "Linksregierung" zu bilden einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Die Initiative dazu ging aus von der Kommunistischen Partei. Das Programm für eine Linksregierung wurde aufgestellt von den Sozialdemokraten.

Es sei uns gestattet, dazu einstweilen einige Fragen zu stellen, die sich an die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter richten:

1. Frage: Die Kommunistische Partei hat sich bisher immer grundsätzlich gegen die Unterstützung einer bürgerlichen Koalitionsregierung durch die Sozialdemokratische Partei gewandt. Sie hat jetzt nicht nur die Sozialdemokraten aufgefordert, eine solche Regierung bilden zu helfen, sie hat nicht nur der radikalen Partei die kommunistische Unterstützung im Parlament und im Lande zugesagt, für den Fall dass eine "Kampfregierung" zustande komme, sie hat sogar erklärt, keinen Einwand zu erheben gegen die Aufnahme von Bonnevay in die Regierung, der gegen faschistische Putsche, aber ein bürgerlicher Rechter ist.

Warum soll das heute grundsätzlich zulässig und richtig sein, wenn es bisher immer für unzulässig und falsch erklärt worden ist?

2. Frage: Die Kommunisten haben bisher immer die von der deutschen Sozialdemokratie verfolgte Politik des "kleineren Übels", die sie veranlasste Brüning zu unterstützen und Hindenburg als Präsidenten zu wählen, als katastrophal abgelehnt.

Werin unterscheidet sich die während der Krise von der KP betriebene Politik von der Politik des "kleineren Übels" der deutschen Sozialdemokratie?

3. Frage: Das für eine solche Regierung von der SFIO vorgelegte Programm

enthält nicht einmal reformistische Forderungen. Es enthält nicht einmal als praktische Forderungen das planwirtschaftliche Programm der CGT. Es war in der Hauptsache ein Vorschlag, in der Art von Roosevelt "grosse Staatskredite aufzunehmen, um durch Staatsaufträge die "Konjunktur anzukräftigen". Das Programm enthält die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit, aber kein Wort über die Sicherung der Löhne. Es enthält auch nichts über verschärfte Besteuerung der Kapitalisten, sondern ein allgemeines Versprechen des Abbaus der Steuern.

Dieses Programm bleibt weit zurück selbst hinter dem Rooseveltprogramm. Denn dieses enthielt u. a. das Verbot der Kinderarbeit, die Festsetzung von Mindestlöhnen, von Höchstarbeitszeiten, das Recht zum Abschluss von Tarifverträgen.

Was sagen die sozialistischen Arbeiter zu einem solchen Programm?

Was sagen die kommunistischen Arbeiter dazu, dass sich ihre Parteiführung mit diesem Programm einverstanden erklärte?

4. Frage: Die kommunistischen Vertreter erklärten, auf eine Frage von Vincent Auriol in allgemeinen Wendungen ihre Bereitschaft auch für das Budget einer solchen Regierung zu stimmen. Wie vereinbart sich das mit den kommunistischen Grundsätzen?

5. Frage: Der kommunistische Vertreter Thorez erklärte, die Kommunisten treten selber in eine solche Regierung nicht ein, um den bürgerlichen Parteien nicht zu ermöglichen, das kommunistische Schreckgespenst an die Wand zu malen.

Wir fragen: wann wird die Bourgeoisie eher geneigt sein, eine "linke Regierung", d. h. einer Regierung der Radikalen und der SFIO zuzulassen, wenn die Kommunisten leise treten, oder wenn sie so stark auftreten, dass der Bourgeoisie sogar eine Regierung Blum-Daladier als kleineres Übel erscheint?

6. Frage: Wie kann die KP künftig dagegen auftreten, dass sich die SFIO für eine bürgerliche Koalitionsregierung einsetzt, wenn sie ihr selbst die Bildung einer solchen Regierung empfohlen hat?

7. Frage: Wie kann die KP die revolutionäre Entwicklung der SFIO vorantreiben, wenn sie selbst auf der Seite Léon Blum usw. gegen die Linken in der SFIO Stellung nimmt, die sich gegen die Koalitionsregierung wenden?

8. Frage: Wie kann man Kleinbürger und Arbeiter von der Radikalen Partei trennen, wenn man ihnen die Unterstützung einer radikalen Regierung auf Grund eines radikalen Programms zusagt?

9. Frage: Warum haben weder Kommunisten noch Sozialisten die Kontrolle der Banken durch Organe der Arbeiter, Angestellten und Bauern verlangt?

10. Frage: Warum hat man nicht vor der Bank von Frankreich demonstriert, als die Bourgeoisie in Massen ihre Goldbarren dort abhalten?

11. Frage: Wozu agitiert man für die Sowjets, wenn man gleichzeitig von bürgerlichen Parteien und vom bürgerlichen Staatsapparat erwartet, dass er Massregeln gegen die Krise zugunsten der Arbeiter und Bauern ergreift?

12. Frage: Kann eine Regierung, die die Forderungen der Arbeiter und Bauern durchsetzen soll, eine bürgerlich-parlamentarische Koalitionsregierung sein, oder muss sie nicht etwas ganz anderes sein - ein direkt von den werktätigen Massen eingesetztes, ausserparlamentarisches Organ?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

NORDCHINA -- EINE JAPANISCHE KOLONIE.
 xxx

Am 29. Mai richtete das japanische Militärkommando in der Mandschurei ein Ultimatum an die chinesische Regierung, worin u. a. gefordert wurde: erstens die Zurückziehung des Gouverneurs der Provinz Hopei (Tschili); zweitens die Zurückziehung der zwei chinesischen Divisionen, die in dem Gebiet stationiert waren; drittens die Auflösung sämtlicher Kuomintang-Organisationen in diesem Gebiet; viertens die Auflösung der antijapanischen Geheimbünde (Blauhemden usw.); fünftens die Zurückziehung des po-

litischen-militarischen Stabes der Nankingregierung in Peking, sechs-
 das Verbot des anti-japanischen Boykotts. Innerhalb weniger als acht
 Tagen sah sich die Nankingregierung gezwungen, diesen Forderungen nachzu-
 geben. Die Japaner hatten diesen Handstreich von langer Hand militärisch
 vorbereitet. Um der Nankingregierung zu ermöglichen, "ihr Gesicht zu wahren",
 wurde das Ultimatum formell zurückgezogen, worauf die chinesische
 Regierung die japanischen Forderungen "freiwillig" erfüllte. Das mand-
 schurische Militärkommando hat dabei die Tokioter Regierung scheinbar
 vor vollendete Tatsache gestellt, was aber nicht hinderte, dass die Re-
 gierung von Tokio nachträglich das Vorgehen der Militärs gedeckt hat.
 Damit ist Nordchina dem Einflussbereich der Nankingregierung entzogen
 und tatsächlich eine japanische Kolonie geworden. Das jetzt unter japa-
 nischen Einfluss geratene Gebiet ist so gross wie Italien, es umfasst
 die alte Hauptstadt Nordchinas Peking (jetzt Peiping), sowie den Hafen
 Tientsin. Das Gebiet reicht bis bis an den Gelben Fluss (Hoang-Ho). Es ist
 jetzt nur mehr oder weniger Formsache, wann und ob die Japaner ihre
 Strohputze Pu-Yi zum Kaiser von Nordchina proklamieren und auf den Pe-
 kinger Thron setzen.

Die Spannungen und Widersprüche in Europa haben Japan ermöglicht, Nord-
 china binnen wenigen Tagen ohne Widerstand und geräuschlos zu erobern.
 In England und Amerika herrscht grosse Erregung über diese Tatsache. Die
 führende französische und englische Presse gibt zu verstehen, dass un-
 mittelbar keine der europäischen Mächte daran denken kann, diesen Schritt
 pans gewaltsam rückgängig zu machen (und sie gibt sich auch keinen
 Illusionen hin, dass ohne Gewaltanwendung hier nichts auszurichten ist).
 Der "Manchester Guardian" sieht voraus, dass Japan, nachdem es sich in
 Ho-Pei konsolidiert hat, dann weitergehen werde, um die Provinz Schan-
 tung und Schansi zu besetzen, die sich im Süden und Westen an Ho-Pei an-
 schliessen.

Auf längere Sicht gesehen, macht dieses neue Vorgehen Japans den Kon-
 flikt mit Amerika und vielleicht auch mit England unvermeidlich. Der
 Krieg um den Fernen Osten kann heute bereits als feststehende Tatsache
 betrachtet werden.

Die schmachliche Preisgabe Nordchinas durch die Nankingregierung bedeu-
 tet einen neuen schweren Schlag für das Ansehen Tschangkoischecks und
 der Kuomintang-Partei. Im selben Masse erscheinen die chinesischen Sow-
 jets als die einzige Kraft, die die nationale Verteidigung Chinas durch-
 führen kann.

-o-

ITALIENISCHE UND DEUTSCHE MANÖVER.
 xxx

Man rechnet jetzt ziemlich allgemein damit, dass Italien in zwei bis
 drei Monaten den Krieg mit Abessinien eröffnen wird. Die letzten Reden
 Mussolinis in Sardinien lassen keinen Zweifel daran, ebensowenig die sxx
 scharfe Sprache der italienischen Presse gegen England, die Sabotage
 der Verhandlungen mit Abessinien von Seiten Italiens, der Fortgang der
 italienischen Truppensendungen nach Ostafrika. Versuchsweise taucht
 jetzt in der französischen und englischen Presse der Gedanke auf, Ita-
 lien ein Stück abessinisches Wüstenland anzubieten, durch das die Ver-
 bindung zwischen den beiden italienischen Kolonien Erythrea und Soma-
 lia hergestellt würde. Aber wird sich Mussolini damit begnügen, dass er
 noch ein Stück Wüstenland erhält und wird Abessinien darauf eingehen?
 Beides ist zweifelhaft. Ein anderer versuchsweiser Vorschlag geht dahin,
 eine Verständigung Englands mit Italien über das Gebiet des Tsana-Sees
 zu erzielen, der für die Bewässerung des Sudans ausschlaggebend ist.

Die Verhandlungen Italiens mit Hitlerdeutschland über Österreich gehen
 weiter. Es ist jetzt die Rede davon, dass Hitlerdeutschland sich für ein-
 nige Jahre verpflichten soll, Österreich nicht zu annektieren, auch wenn
 dort eine Naziregierung ans Ruder kommen sollte. Die Drohungen Italiens
 mit dem Austritt aus dem Völkerbund erneuern sich alle paar Wochen. Es
 ist klar, dass unter diesen Umständen eine auch nur zweitweilige Rege-
 lung der Frage des Donaugobiets in unabschbare Entfernung gerückt ist.
 Andererseits setzt Hitlerdeutschland durch die Reisen Görings usw. seine
 Bemühungen fort, die Kleine Entente zu sprengen und eine Kombination mit

der Spitze gegen die Tschechoslowakei zustande zu bringen. Göring hat am Balkan direkt die Lieferung von Waffen gegen Kredit angeboten. So bleiben einstweilen der franko-sowjetische und der tschechisch-sowjetische Pakt die einzigen realen Fortschritte in der Sicherung des Friedens in Europa.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

INFLATIONSHAUSE IN DEUTSCHLAND.
XX

In der letzten Zeit wurden in Deutschland fremde Staatspapiere vielfach zu weit höheren Kursen notiert als in den betreffenden Ländern selbst. So wurde z.B. ungarische Anleihe um 100 % höher notiert als in Ungarn selbst. Dieses Staatspapier zeichnet sich keineswegs durch besondere Qualitäten aus. Die Notierung in Deutschland ist ein charakteristisches Zeichen der vorhandenen Inflationshausse.

Nach langen Sträuben hat sich jetzt die deutsche Regierung dazu verstanden, eine Umlage von 800 Millionen Mark zu Zwecken des Exportdumpings zu übernehmen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE UNKONTROLLIERBARE INFLATION IN DANZIG.
XX

Wie erinnerlich hat kürzlich Danzig seine Währung auf den Stand des polnischen Zloty, also um etwas um 40 % abgewertet. In den letzten Tagen setzte plötzlich eine Panik ein, die die Danziger Naziregierung zwang, die Banken auf eine Woche zu schliessen. Zeitweilig wurden 100 Danziger Gulden für 20 polnische Zloty verkauft. Die Inflation in Danzig ist der Kontrolle der Naziregierung entglitten.

Es ist bezeichnend, dass die "Frankfurter Zeitung" in der letzten Zeit eine Reihe von Aufsätzen über die Devaluation in Danzig veröffentlichte, aus denen eine offene Sympathie für die Abwertung hervorging und die guten Wirkungen gelobt werden, die sie für Industrie und Handel mit sich bringe. Das Danziger Rezept wurde zynisch offen für Deutschland empfohlen. Das Danziger Beispiel zeigt aber, dass nicht jede Inflation kontrolliert werden kann. Es ist mehr als zweifelhaft, ob eine Inflation in Deutschland besser kontrolliert werden könnte als die in Danzig.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE NEUE REGIERUNG IN DER TSCHECHOSLOWAKEI.
XX

Die neue Regierung, die in der Tschechoslowakei auf Grund des Wahlergebnisses gebildet wurde, unterscheidet sich nur unwesentlich von der alten. Die alte Regierungskoalition ist durch die Gewerkepartei (eine Partei reaktionärer Kleinbürger) verstärkt worden. Die neue Regierung hat nur eine sehr knappe Mehrheit im Parlament. Diese Lösung kann nicht von langer Dauer sein, denn sie entspricht nicht der wirklichen Kräfteverschiebung im Lande.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Heysch-Schluck-Heck aus der Volksfront ausgetreten:

Wohin des Weges?
=. =. =. =. =. =. =. =. =. =.

Die Mitglieder der Gemeinderatsfraktion der Hueberpartei Heysch, Heck und Schluck haben der Presse folgende Erklärung überreicht:

"Die Unterzeichneten haben beschlossen, eine eigne, unabhängige Fraktion im Gemeinderat zu bilden.

Wir trennen uns somit von der sogenannten Volksfront, da sie je keine echte Volksfront ist, weil sie sich zusammensetzt aus der KPO, der bürgerlichen Fortschrittspartei und der autonomistischen Landespartei, die mit den schlimmsten Arbeiterfeinden, den Nationalsozialisten, liebäugelt.

Wir fühlen uns als Elsässer auf französischen Boden. Wir haben als einziges Ziel, die Arbeiterinteressen im Elsass und in dem übrigen Frankreich zu vertreten ohne Bindung mit bürgerlichen Parteien und ebenfalls nicht mit autonomistisch-faschistischen Organisationen.

Wir stehen auf dem Standpunkt der elsässischen Heimatrechte und wer-

den diese innerhalb des französischen Gesamtstaates zu verteidigen wissen!

Wir wollen uns heute nicht mit dem Zustandekommen dieser Erklärung beschäftigen. Wir werden darauf zur gegebenen Zeit zurückkommen. Für heute wollen wir nur folgendes feststellen:

1.) Aus der Erklärung geht nicht hervor, welche positive politische Plattform die Ausgetretenen vertreten. Aus der Formulierung über die Stellung zu den Einmätrechten ergibt sich nicht, ob die Unterzeichner der Erklärung die kommunistische Lösung des nationalen Selbstbestimmungsrechts völlig streichen. Die Behauptung, dass die 3 Unterzeichner eine politische Homogenität darstellen und das Bestreben haben eine "elsässische Arbeiterpartei" zu gründen, möchten wir zumindestens für einen der Unterzeichner in Abrede stellen.

2.) Anlässlich des Proporzvorschlages der UPR traten neben den drei Unterzeichnern der Erklärung noch zwei weitere Gemeinderäte der Hueberpartei (Junceres Wissens H. und M.) dafür ein, dass die Hueberpartei unabhängig von Fortschritts- und Landespartei im ersten Wahlgang selbstständig auftreten sollte, um so die Möglichkeit für einen eventuellen Beitritt zum Proporz zu haben.

3.) Eine weitere Differenz trat auf bei der Besetzung der Kommissionen der Stadtverwaltung. Ein Teil der Hueberfraktion war der Meinung, dass man versuchen sollte in den einzelnen Kommissionen eine Vertretung zu erhalten. Die Autonomisten drückten aber einen Beschluss durch, der bei Ablehnung des Proporzvorschlages der Volksfront bei der Besetzung der Kommissionen und Aufsichtsräte durch den Gemeinderat die kategorische Weigerung zum Beitritt zu den Kommissionen durch einzelne Volksfrontvertreter beinhaltete.

4.) Wenn die Volksfrontpresse jetzt die Unterzeichner ohne Unterschied als Postenhäcker bezeichnet, so steht dies gerade jenen Herren schlecht an, die wie Hueber, Mourer, Ross und Klein unter der Volksfrontherrschaft in 21 Aufsichtsräten vertreten waren und allein die Aufsichtsratsstantionen im Elektrizitätswerk die runde Summe von 30 000 Frs. pro Jahr und Mann ausmachten. Die Herren, die da ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, können jetzt leicht über den alten Michel Heysch herfallen und ihm aus einem lumpigen Standesamtsposten einen Strick drehen.

Wir brauchen nicht zu betonen, dass wir mit der Auffassung der Unterzeichner der Erklärung zur Proporzfrage nicht einig gehen. Der Von der UPR mit klaren politischen Hintergedanken empfohlene Proporz hat nichts mit dem gesetzlichen Proporz zu tun, an den sich M. Heysch als eine alte sozialistische Forderung erinnerte. Der freiwillige Proporz basiert auf dem Burgfrieden der Proporzpartner und führt, wie die Tatsachen bezeugen, zur Koalition mit bürgerlichen Parteien. Wenn die Unterzeichner der Erklärung "Arbeiterinteressen ohne Bindung mit bürgerlichen Parteien" vertreten wollen, werden sie bei einiger Überlegung zugehen müssen, dass die Verfolgung einer solchen Politik sowohl den Weg des freiwilligen Proporzses, als auch den Hueberschen Weg der Blockbildung, mit autonomistisch-faschistischen Organisationen ausschliesst und daher zu jener Politik führt, wie sie seit unserem Ausschluss konsequent und beharrlich in den Spalten der "Arbeiterpolitik" vertreten wurde.

Die Stellung zu der von uns vertretenen Politik und das Verhältnis, dass jeder Einzelne der Unterzeichner zu ihr einnehmen wird, wird zugleich ein Prüfstein für den ideellen Charakter ihrer Motive sein und eine Prüfung, in wieweit die vorerst theoretisch ausgedrückte Bereitschaft für eine Arbeiterpolitik ohne Bindung an bürgerliche Parteien und autonomistisch-faschistische Organisationen mit den Tatsachen übereinstimmt. Wir brauchen nicht verhehlen, dass wir hier zumindestens gegenüber zwei Unterzeichnern unsere berechtigten Zweifel haben. Aber wir wollen den Tatsachen nicht voraus greifen und die Entwicklung ruhig abwarten. Unsere Stellungnahme zu jedem Einzelnen der Unterzeichner der Erklärung wird also von ihrem theoretischen, und vor allem von ihrem praktischen Verhalten zu der von uns vertretenen kommunistischen Arbeiterpolitik abhängen.

Wenn "L'Humanité" gemeinsam mit der "NW" mit einem fix und fertigen

Urteil auftritt und den Austritt der drei Gemeinderäte aus der Volksfront nur als ein Ausfluss der Postenjägeri denunziert, so fassen wir uns in Geduld und hoffen noch Zeit und Gelegenheit zu finden dazu zur rechten Zeit Stellung zu nehmen. Auf jeden Fall lehnen wir es ab M. Heysch mit den übrigen Unterzeichnern der Erklärung in einen Topf zu werfen. Für unsere Stellungnahme wird entscheidend sein ob die Unterzeichnern sich für die kommunistische Politik aussprechen werden oder ob sie jetzt aus dem Volksfrontgraben ~~XXX~~ in den Graben der Koalitionspolitik mit den zentralistisch eingestellten bürgerlichen Parteien springen.

Nach ihren Taten werden wir sie beurteilen!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Eine Mahnung der "Rundschau" an "L'Humanité":

Zur Volksfront mit Landespartei und UPR.

==.

Wir haben in unserer vorigen Nummer zur Krise in der UPR Stellung genommen und im Anschluss daran die Haltung der "Humanité" kritisiert, weil sie zur Herstellung der Volksfront von 1929 aufrief und den Arbeitern einzureden versuchte, dass der autonomistische Flügel der UPR (Rossé, Bilger, Keppi usw.) in der UPR gegen die Reaktion kämpft.

Inzwischen hat "L'Humanité" in einem Artikel v. 7.6. "festgestellt", dass der "Rechtskurs in der UPR vereitelt" wurde. In diesem Artikel ergreift "L'Humanité" für Landespartei und die autonomistischen Elemente der R Partei.

Durch eine solche Stellungnahme zur Krise in der UPR muss bei den Arbeitern unwillkürlich der Eindruck hervorgerufen werden, als ob der autonomistische Flügel der UPR einem Linkskurs das Wort redet und der Repräsentant einer Einheitsfront des werktätigen Volkes im Kampfe gegen Faschismus, Kapitalismus, imperialistischen Krieg und nationale Unterdrückung sei. Davon kann aber auf Grund der praktischen Politik des autonomistischen Flügels der UPR nicht einmal im Traume die Rede sein.

Da ist es wohl ganz zweckmässig "L'Humanité" auf die Sonderbeilage der "Rundschau" Nr. 24 zu verweisen, wo es in einem Artikel "Hitlerdeutschlands Kriegsbrandstifterhände in Europa" v. Erich Belfort über die Umtriebe der Nazis in Elsass-Lothringen heisst:

"Die Führer der faschistischen Bandenorganisationen Bucard, la Roque im Elsass-Lothringischen Gebiet hetzen in wütendster Weise gegen die französisch-sowjetrussische Sicherheitskonvention. Im Bunde mit den Führern der UPR, der URD und Landespartei in Elsass-Lothringen versuchen sie eine Stimmung unter dem Elsass-Lothringischen Volke für eine Annäherung ja für ein Bündnis Frankreichs mit Hitlerdeutschland zu machen. Der Kongress der UPR in Strassbourg peitschte sogar eine Protestresolution gegen die Paktabschlüsse Frankreichs mit der UdSSR durch. (Rossé und der autonomistische Flügel der UPR war der Haupttreiber. D. Red. der "Arbeiterpolitik.")... So betreiben, mit Hitlergeld finanziert, in Elsass-Lothringen die extrem kriegsprovokatorischen und antisowjetischen Elemente eine breite Annäherungs- und Bündnispolitik mit dem Hauptkriegstreiber Hitlerdeutschland."

Dass die "Rundschau" unter der Kontrolle der Kommunistischen Internationale erscheint, dürfte der Redaktion von "L'Humanité" bekannt sein. Nachdem Bilger und Rossé den faschistischen Bauerngeneral Graf d'Halloni (Dorgères) in Colmar auf die Bauern losliessen, sollte doch die Regionalleitung der KP und die Redaktion von "L'Humanité" endlich ihre Politik in Übereinstimmung mit diesen Feststellungen der "Rundschau" bringen.

Wir meinen, die KP-Mitglieder sollte da mal ein wenig nach dem Rechten sehen.

An unsere Leser.

Infolge Stoffandranges können wir erst in der nächsten Nummer zum Nationalkongress der SFIO in Mühlhausen und zur ZK-Sitzung der KPF und den Ausführungen des Generalsekretärs Thorez Stellung nehmen.

Die Arbeiter-Musik- und Gesangsolympiade:Provokatorische Überfälle auf die Festteilnehmer:—

Die I. europäische Arbeiter-Musik- und Gesangsolympiade während der Pfingstfeiertage in Strassbourg war ein voller Erfolg. Sie war aber zugleich auch ein Beweis dafür, mit welchem blindwütigen Hass die Bourgeoisie und die Repräsentanten des bürgerlich-demokratischen Staates die Arbeiterkulturbewegung verfolgen, wenn sie sich mit der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden fühlt und die Kunst bewusst in den Dienst des revolutionären Befreiungskampfes stellt.

als Auftakt zur Olympiade wurde auf Anweisung des Präfekten der bekannte revolutionäre Komponist Eisler verhaftet und das Musizieren bei den Umzügen verboten. Eisler weil er aus seiner revolutionären Überzeugung keinen Hehl machte und das Musizieren, weil revolutionäre Melodien für das Ohr der Bourgeoisie wenig empfänglich sind und Frankreich doch eine Bourgeoisrepublik und keine Arbeiterrepublik ist, wo die demokratischen Freiheiten anscheinend nur noch den bürgerlich-chauvinistischen Vereinen zustehen.

Ein geharnischter Protest der Olympiadeleitung bei der Regierung in Paris erreichte dann die Rückgängigmachung der provokatorischen Anordnungen des Präfekten und die Freilassung von Eisler. Damit, sollte man meinen, standen der Abwicklung des Programms keine Schwierigkeiten mehr im Wege. Diese Rechnung war allerdings ohne der Präfekten gemacht.

Das Galakonzert am Samstag in der Orangerie verlief in bester Harmonie. Vor überfüllten Hause fanden die Darbietungen stürmischen Beifall.

Am Sonntag stand die Stadt im Zeichen der beiden grossen Umzüge der Arbeiter-Musik- und Gesangsolympiade, die überall begeisterte Aufnahme fanden. Im Anschluss versammelte sich eine riesige Menge auf dem Wacken zum Volksfest, wo nochmals die einzelnen Vereine Zeugnis ihres Könnens ablegten und wiederum stürmischen Beifall ernteten.

Als am Abend die Forbacher Schalmekapelle vom Wacken gegen die Stadt zog, trat ihr kurz vor der Brücke zum Place de Bordeaux Polizei entgegen und verbot der Kapelle das Spielen. Die Kapelle stellte das Spielen ein. Als aus den Reihen der Mitziehenden dann die "Internationale" gesungen wurde, verspernte die Polizei dem Zug den Weitermarsch. Bei dem Versuch auf einem anderen Wege in die Stadt zu kommen, brachen die Garde Mobiles auf sie ein und benahmen sich nach Berichten von Augenzeugen wie Berserker. Die Kumpels setzten sich so gut es ging zur Wehr. Wie die Polizei sich benahm geht wohl daraus hervor, dass man einer Person die in die Strassenbahn steigen wollte, solange mit einem Messer auf die Hand schlug bis sie den Griff losliess.

Das Verhalten der Polizei — die 18 Verhaftungen vornahm — fand in der ganzen Stadt lebhaften Protest und hellste Empörung. Die Verhafteten wurden später bis auf drei freigelassen, die sich noch heute in Haft befinden und durch den Schnellrichter abgeurteilt werden sollen.

Der weitere Verlauf der Olympiade war durch diese Polizeiattacke und durch das folgende Verbot sämtlicher Veranstaltungen durch den Präfekten unterbrochen. Der grösste Teil der Vereine verliess Strassbourg und die Geschäftsleute hatte das Nachsehen.

Die überall ausgelöste Empörung muss ausgenützt werden um die Freilassung der Verhafteten durchzusetzen, um der Präfektur den Protest des ganzen freiheitlichen Strassbourg zur Kenntnis zu bringen.

An die Arbeiter aber appellieren wir, diesen Vorfall zur Steigerung der Einheitsaktion für den energischen Kampf gegen die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten des Proletariats durch den Vertreter des bürgerlichen Staates auszunutzen.

KAMERADEN DER I.V.K.O.!

Am Montag, den 17. Juni, abends 8 Uhr im bekannten Lokal Versammlung.
Es wird ein interner Bericht über die Lage in der "Volksfront" gegeben. Seit restlos und pünktlich zur Stelle.

Um die "Volksfront":Mourers Antwort an die "Humanité".

Custos-Mourer hat zur Feder gegriffen und "L'Humanité" auf ihren Ruf nach Wiederherstellung der "Volksfront" von 1929 eine Antwort erteilt.

Custos Antwort lässt sich kurz in folgendem zusammenfassen:

1. Die noch durch mancherlei Floskeln und Wortklaubereien abgeschwächte Rückkehr der KP auf den "heimatlichen Boden" ist ein Novum in der linienkommunistischen Einstellung, an dem man nicht vorübergehen darf.
2. Die KP habe sich zwar spät, aber dennoch zu der Hueberschen Einsicht durchgemausert, dass es mit der SFIO im Bas-Rhin keine Einheitsfront geben kann. Daraus ergibt sich, dass man sich nicht direkt an die SFIO, sondern so wie bisher die Hueberpartei unmittelbar nur an die sozialistischen Arbeiter wenden darf.
3. Die Entscheidung für die "Volksfront" hat zur Folge, dass man nicht in "Colmar und anderswo" denen die Hand reichen darf, die mit dem Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus paktieren. Das sind nach Ansicht Mourers die Sozialisten.
4. Die Volksfront existiert bereits, sie braucht nicht erst gegründet zu werden. Sie existiert dankt der Hueberpartei und trotz der KP und die Kommunisten gehören in diese Volksfront und nur in die Volksfront.
5. Die Existenz der Volksfront ist daran geknüpft, dass die Kommunisten die Politik des "Hühnerpuffens" einstellen und Toleranz gegenüber den mit ihnen verbundenen Partnern üben.
6. Die Stellung der KP zur "Volksfront" ist eine glänzende Bestätigung der Richtigkeit der Hueberpolitik und eine nachträgliche Verurteilung der seit sechs Jahren betriebenen Politik der KP gegenüber der Volksfront.

"L'Humanité" hat bisher noch nicht Zeit gefunden auf die Mourersche Antwort zu antworten. Es braucht aber wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, dass der Ruf der KP an UPR, Landes- und Fortschrittspartei und Hueber zur Wiederherstellung der Volksfront von 1929, es Mourer erleichtert sehne Volksfront einfach als antifaschistisch, antikapitalistisch und antiimperialistisch darzustellen.

Die Volksfront die wir wollen, hat nichts mit der Mourerschen Volksfront zu tun. Eine wirkliche Volksfront gegen Faschismus, Kapitalismus und Imperialismus hat zur Voraussetzung die proletarische Einheitsfront, den Zusammenschluss der Arbeiter zum ausserparlamentarischen Kampf. Daraus ergibt sich die Fortsetzung der Politik der Realisierung des Aktionspaktes mit der SFIO. Aus der Sabotage des Paktes durch die SFIO-Führer im Unterelsass darß nicht die Aufgabe der Anwendung der Einheitsfrontpolitik gegenüber der SFIO gefolgert werden. Man muss sich sowohl an die Führung wie an die Militanten der SFIO wenden. Dazu gehört aber auch die Fortsetzung des Kampfes gegen die Huebersche Volksfrontpolitik, die eine Politik der Sabotage und Ablehnung der proletarischen Einheitsfront mit der SFIO ist. Der Kampf um die wirkliche Volksfront schliesst daher die Anwendung der Einheitsfrontpolitik gegenüber der Hueberpartei ein, mit dem Ziele sie aus der Koalition mit bürgerlich-autonomistischen Parteien zu lösen und sie in die proletarische Einheitsfront einzureihen.

Die wahre Volksfront kann nicht auf dem Wege einer Koalition mit bürgerlichen Parteien -gleich welcher Observanz -verwirklicht werden, sondern nur im Kampfe gegen diese Parteien und nur durch die direkte Wendung der proletarischen Einheitsfront an die werktätigen Anhänger dieser Parteien. Das heisst, man kann nur dort und soweit mit Teilen der eheligen Volksfrontparteien gehen, wo sie mit der offiziellen Politik ihrer Parteien brechen, sich für den konsequenten ausserparlamentarischen Kampf mit der Einheitsfront des Proletariats einsetzen. Voraussetzung für die Schaffung einer Volksfront auf dem Boden der Ziele der Arbeiterklasse ist daher die Existenz und Wirksamkeit der proletarischen Einheitsfront. Deshalb liegt das Schwergewicht vorerst im Bas-Rhin aus der Herstellung der proletarischen Einheitsfront.

Nur wenn die KP diesen Kurs ohne Schwankungen konsequent verfolgt kommt sie zu einer wirklichen antifaschistischen Volksfront. Darauf kommt es an

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

Nº 43/II. Jahrgang.

Vierte Juniwoche 1935.

DER PARTEITAG DER SFIO UND DIE KPF,
XX

Die Beschlüsse des Mülhauser Parteitags der SFIO sind wieder voller Widersprüche, wie es auch garnicht anders sein kann in einer Partei, die in Wahrheit keine einheitliche Partei ist, sondern eine Gruppierung der verschiedenen Richtungen - und trotzdem ist nicht zu verkennen, dass auf dem Parteitag eine Linksentwicklung der sozialistischen Arbeiter zum Ausdruck kam.

Das äusserte sich in dem überraschenden Bekenntnis Vincent Auriels, dass er früher an die Eroberung der Macht in Etappen geglaubt hat, aber diese Auffassung jetzt habe aufgeben müssen.

Diese Linksschwenkung äusserte sich ferner darin, dass die Resolution Faure-Sévérac, also die Resolution der Parteileitung zurückgezogen werden musste zugunsten der Resolution des Nordens, die ihrerseits stark unter dem Druck der Auffassung der Seinefédération stand - also der Pariser sozialistischen Arbeiter.

Prinzipiell wird in dieser Resolution die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierungskoalition abgelehnt.

Im offenen Widerspruch steht dazu die vom Parteitag der Parteileitung erteilte Vollmacht, die die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierungskoalition zu lässt:

Das heisst: Die Beteiligung an einer bürgerlichen Linksregierung wird grundsätzlich, im allgemeinen abgelehnt, aber praktisch und im besonderen zugelassen!

Die sozialistischen Arbeiter müssen sich klar machen, dass ein solcher Widerspruch unhaltbar ist.

Die Lösung dieses Widerspruchs im revolutionären Sinne ist nur möglich, wenn die sozialistischen Arbeiter sich nicht mehr damit begnügen, nur negativ und grundsätzlich die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen abzulehnen, sondern wenn sie auch positiv sagen, dass die Regierung, die sie erstreben, keine bürgerlich-parlamentarische Regierung, welcher Art auch immer ist, sondern eine Regierung der proletarischen Diktatur, eine auf Arbeiter- und Bauernräte gegründete Regierung der werktätigen Klassen.

Wie war dieser Widerspruch möglich?

Es kommt darin zum Ausdruck die hemmende Wirkung, die die opportunistische Entartung der Einheitsfronttaktik der Kommunistischen Partei auf die Linksentwicklung der sozialistischen Arbeiter hat.

Unter diesem Einfluss haben die Führer der Linken in der SFIO, Pivert und Zyromski einen Schritt rückwärts gemacht.

Während sie bisher unbedingt gegen jede Beteiligung oder Unterstützung einer bürgerlichen Regierungskoalition aufgetreten sind, erklärten sie sich jetzt zwar gegen den Eintritt der Sozialisten in eine "Linksregierung", aber für die Möglichkeit, dass Sozialisten eine solche Regierung

parlamentarisch und ausserparlamentarisch unterstützen.

Wen kann das aber wundern, nachdem die KPF bei den letzten Regierungskrisen sich bereit erklärt hat, eine radikalsozialistische Regierung parlamentarisch und ausserparlamentarisch zu unterstützen, wo der Generalsekretär Thorez sich sogar bereit erklärte, einen Mann wie Bonnevay, der sich zwar gegen faschistische Putsch erklärt hat, aber ein ausgesprochener bürgerlicher Rechter ist, in eine "Linksregierung" zuzulassen?

Es wären noch eine Reihe von Fragen zu nennen, in der sich die gegenwärtige grob opportunistische Taktik der KPF als eine Hemmung für die Linksentwicklung innerhalb der sozialistischen Arbeiter erwies, doch können wir sie hier nicht alle aufzählen.

Jedenfalls geht aus dieser Sachlage hervor, dass nicht nur die sozialistischen sondern auch die kommunistischen Arbeiter sich ernst mit den Ergebnissen des Mülhauser Parteitags der SFIO beschäftigen müssen, um die Hindernisse zu beseitigen, die er einer wirklich revolutionären Entwicklung der französischen Arbeiterklasse in den Weg gestellt hat.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EINE "SCHWARZ+WEISS" RESOLUTION DES ZK DER KPF.
 xxx

"Nègre-blanc"-schwarz-weiss ist im französischen eine schlagende Bezeichnung für einen Beschluss, der grobe Widersprüche in sich vereinigt und so die Türen für die entgegengesetztesten Auslegungen offen lässt.

Diese ironische Bezeichnung trifft vollkommen zu auf die Resolution des ZK der KPF, die in der "Humanité" vom 13.6. veröffentlicht worden ist.

Greifen wir die zwei entscheidenden Fragen heraus, erstens die Stellungnahme zur Erklärung Stalins, d.h. zur Frage der Stellung der Kommunisten im Falle eines Krieges, an dem das bürgerliche Frankreich im Bündnis mit der Sowjetunion kämpfen würde; zweitens, die Stellungnahme zur Frage der Bildung einer "Linksregierung".

Zur ersten Frage erklärt die Resolution:

"Die Komm. Partei wird ohne Unterlass ihren Kampf für den Frieden fortsetzen, um die Verteidigung des französischen Volkes zu sichern, das keinen Krieg will. Sie wird fortfahren, der Sowjetunion ihre bedingungslose Unterstützung zu gewähren und, falls ein militärischer Angriff auf die Sowjetunion vorkäme, für die Niederlage des Angreifers wirken. Das ZK der KPF billigt rückhaltlos die Erklärung des Genossen Stalin, des Führers des Weltproletariats, als absolut übereinstimmend mit den Interessen des Friedens."

Weiter aber wird in derselben Resolution die Erklärung des politischen Büros v. 17. April 1935 wiederholt und bestätigt, in der gesagt wird, dass solange das Heer in bürgerlichen Händen ist, es immer zu einem imperialistischen Raubkrieg und zu einem Angriff gegen die Sowjetunion benutzt werden kann, und dass daher die Kriegskredite, die zweijährige Dienstzeit abgelehnt und die Entfernung der faschistischen und reaktionären Offiziere aus der Armee gefordert werden müsse.

Was bedeutet die "Verteidigung des französischen Volkes"? Bedeutet das, dass die KP die "nationale Verteidigung" im kapitalistischen Regime macht, wenn dieses Regime mit der SU verbündet ist, oder bedeutet es die Ablehnung dieser Verteidigung? Der Ausdruck kann beides bedeuten. Er ist nègre-blanc, schwarz-weiss.

Was bedeutet die Billigung der Erklärung Stalins unter ausdrücklicher Hervorhebung, dass er der "Führer des Weltproletariats ist"? Bedeutet es dass seine Erklärung nur als eine diplomatische Erklärung der Sowjetregierung aufzufassen ist, oder auch als eine Wiesung für die KPF, die "nationale Verteidigung" im bürgerlichen Frankreich zu unterstützen? Sie kann beides bedeuten, wenn man in Betracht zieht, dass einerseits die Erklärung Stalin als dem Führer der Komm. Internationale zugeschrieben wird, andererseits aber ausdrücklich die Ablehnung der Kriegskredite und der zweijährigen Dienstzeit verlangt wird.
 Nègre-blanc, schwarz-weiss.

Zur Frage einer Linksregierung ist der entscheidende Satz:

"Das Zentralkomitee erklärt von neuem, dass die Kommunisten in den parlamentarischen Körperschaften und im Lande alle Massregeln unterstützen wird, die den Interessen des Volkes entsprechen!"

Alle "Massregeln unterstützen, die den Interessen des Volkes entsprechen!" ist eine nichtssagende Allgemeinheit.

Die Frage, die zu beantworten ist, ist aber die, ob die Komm. Partei das Zustandekommen einer bürgerlichen Koalitionsregierung begünstigen und sie unterstützen darf?

Die Kammerfraktion hat das getan, das ZK billigt die Tätigkeit der Kammerfraktion, es weicht aber der klaren Beantwortung der konkreten Frage mit einer allgemeinen Phrase aus, die im entgegengesetzten Sinne ausgelegt werden kann.

Nègre-blanc: schwarz-weiß!

Das ist ein unmöglicher Zustand in einer Kommunistischen Partei. Das heisst die Partei ohne Führung lassen, verwirren. Es heisst eine grobe opportunistische Praxis betreiben, und sie durch Zweideutigkeiten verhüllen und beschönigen.

Entweder Ja oder Nein, aber nicht Ja -Nein!

Die Parteimitglieder müssen verlangen, dass die gegensätzlichen Auffassungen, die in der Partei vorhanden sind, offen diskutiert werden und dass auf Grund der Diskussion klar und eindeutig entschieden wird.

Der Schwebeszustand des Schwarz-Weiss kann nur dazu führen, dass die Partei in entscheidenden Situationen katastrophale Fehler macht oder überhaupt keine Linie des Handelns hat.

-o-

DER SCHÄCHER UM ABESSYNIEN
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Der Schacher zwischen England, Frankreich und Italien um Abessynien wird immer eifriger, je mehr sich die italienischen Truppensendungen nach Abessynien mehren und je mehr der Zeitpunkt nahe rückt, wo der Beginn militärischer Operationen möglich ist. Italien stellt die Forderung, Abessynien zwischen den drei Mächten aufzuteilen, wobei es für sich ein Gebiet von cirka 300 000 Quadratkilometer und eine Eisenbahnlinie von cirka 1.800 km mit den angrenzenden Randgebieten beansprucht. England findet die Forderung zu hoch. In der französischen Presse mehren sich die Stimmen, die erklären, warum soll Frankreich der italienischen Expansion in Abessynien in den Arm fallen, wo niemand Japan aufhält und wo die italienische Freundschaft in Europa für Frankreich so notwendig ist?

Das abessynische Volk selbst wird aber noch ein Wort dabei mitzureden haben.

DAS LONDONER FLOTTENABKOMMEN ZWISCHEN ENGLAND UND DEUTSCHLAND!
XX

England hat sich unter gewissen einschränkenden Bedingungen vorläufig mit der deutschen Forderung auf 35 % der englischen Flottenstärke einverstanden erklärt. Die wichtigsten dieser einschränkenden Bedingungen sind: Erstens, dass die 35 % jeweils von den entsprechenden englischen Schiffskategorien gerechnet werden; zweitens, dass die Etappen festgelegt werden, in denen dieser Plan ausgeführt wird; drittens, dass die anderen Teilnehmer an dem Flottenabkommen zustimmen. Deutschland soll die 35 % in sieben Jahren erreichen können. In Bezug auf die Unterseeboote wurde Deutschland Gleichheit mit England innerhalb der Frist von sieben Jahren zugestanden, jedoch soll Deutschland 45 % der englischen Unterseeboote nur nach nochmaliger Beratung mit England überschreiten können. Ferner ist eine Bestimmung des Abkommens, dass Deutschland auf Flugzeugmutter-schiffe, die den Engländern besonders unangenehm sind, verzichtet. Das Abkommen ist in London am 18. Juni unterzeichnet worden. England rechnet offenbar damit, dass die anderen Mächte rechtzeitig Einsprüche erheben werden. Das ist bereits von französischer Seite geschehen. Frankreich erinnert England in seiner Antwortnote an die Vereinbarungen von London und Stresa, nach denen See-, Luft- und Landabrüstung nur zusammen behan-

dolt werden sollen. Frankreich kündigt ferner an, dass es sich seine Handlungsfreiheit für den Flottenbau im Rahmen des Washingtoner Vertrags vorbehalte. Der englische Minister Eden reist dieser Tage nach Paris, um Frankreich zu beschwichtigen. Italien geht in dieser Frage parallel mit Frankreich. Japan hat erklärt, dass es keine Einwände gegen die deutsche Forderung erhebe, aber seine eignen Forderungen auf Gleichheit mit der englischen und amerikanischen Flotte vollständig aufrechterhalte.

Warum sucht England in diesen Verhandlungen mindestens einen Schein des Entgegenkommens gegen Hitlerdeutschland zu zeigen? Der Schlüssel dazu liegt in Ostasien. Es kommt England darauf an, die Verbindung Japan und Hitlerdeutschland zu lockern, durch die es in seiner Handlungsfreiheit sowohl in Europa, als auch im Fernen Osten gehemmt ist. Daher auch die englische Geste der Entsendung von Angehörigen der britischen Legion nach Deutschland.

Beneschs Reise nach Moskau.
 xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Die Reise des tschechischen Aussenministers Benesch nach Moskau hat zu folgenden wichtigen Ergebnissen geführt:

- 1) dass Benesch die Aufgabe in Angriff nimmt, den Abschluss eines Paktes zwischen der Sowjetunion und den beiden anderen Staaten der Kleinen Entente (Rumänien und Jugoslawien) zu fördern. Am wichtigsten ist der Abschluss mit Rumänien, durch den erst der sowjetisch-tschechische Vertrag militärisch effektiv werden kann, da erst dadurch die militärischen Kräfte der Sowjetunion einen Zugangsweg zum tschechischen Gebiet bekommen.
- 2) dass die Sowjetunion sich jetzt ausdrücklich bereit erklärt hat, die Stellung der Kleinen Entente in der Frage des Donaupaktes (Abschluss von gegenseitigen Hilfspakten zur Garantie der Unabhängigkeit Österreichs) zu unterstützen.

Wichtig ist auch etwas, was Benesch in Moskau nicht bekommen hat. Die tschechische Presse hatte vor der Abreise von Benesch nach Moskau angekündigt, dass Benesch dieselben Erklärungen in Bezug auf die nationale Verteidigung fordern werde, wie Laval sie von Stalin bekommen hat. Eine solche Erklärung ist jedoch nicht abgegeben worden. Wir glauben, dass dies kein Zufall ist.

WACHSENDER WIDERSTAND DER DEUTSCHEN ARBEITER.
 xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Während die Meldungen über mehrtägige Streiks in den Wandererwerken in Chemnitz und der Neckarsulmer-Werke in Württemberg sich als unrichtig herausgestellt haben, bestätigt es sich jetzt, dass in beiden Fällen mehrstündige Arbeitseinstellungen im Betrieb stattgefunden haben (passiver Widerstand), um Lohnkürzungen abzuwehren. Diese Fälle häufen sich in letzter Zeit. Die Nachrichten darüber werden in der Nazipresse planmässig unterdrückt, aber sie zirkulieren mündlich und heben so die Kampf Stimmung der Arbeiter.

-o-

Auf der schiefen Ebene:

Thorez und die Politik der KP von Elsass-Lothringen.

Auf der ZK-Sitzung der KPF nahm Thorez in seinem Referat auch zur Politik der KPF in Elsass-Lothringen Stellung. Er sagte nach dem Bericht von "L'Humanité" darüber:

"Im Bas-Rhin gewinnen wir Gemeinderäte in der Umgebung von Strasbourg. Aber sonstwo im Bas-Rhin und in Starsbourg nichts. Es muss gesagt werden, dass die Ursache in einer wenig klaren Haltung in der nationalen Frage liegt...

Die Arbeiter von Strasbourg, die klassenbewussten, standen nicht hinter den Proporzparteien und stellten sich auch nicht zum zweiten Wahlgang hinter sie...

Ihr wisst, dass die nationale Frage im Elsass die wichtigste ist und bleibt. Selbst in Verbindung mit der Entwicklung des Hitlerismus. Gewisse Parteien, die sich den Namen Volksfront zugelegt haben, wiederspiegeln den Einfluss Hitlers... Andererseits und zwar wie wir bereits auf einem

anderen ZK sagten, hat ein Teil der UPR weiter zu den imperialistischen Parteien evolviert und unsere Kameraden waren ein wenig desorientiert, durch die sehr verschiedene Haltung der UPR, die in Strasbourg mit den Sozialisten im Proporz stand und in Colmar die Stimmen der Kommunisten gegen die Sozialisten forderte.

In einer solchen Lage hätten unsere Kameraden von Elsass-Lothringen die Linde der Partei anwenden müssen unter Berücksichtigung der lokalen Lage und mit einem Leitstern in dieser Frage. Der Leitstern, das war die nationale Frage von leninistisch-kommunistischen Standpunkt. Tun sie das nicht werden sie in Elsass-Lothringen weiter zurückgehen!

Die "Elz" hat sich sofort auf die Ausführungen von Thorez gestützt und Thorez als einen weitsichtigen Politiker gepriesen. Die "NW" hat die Ausführungen Th. ebenfalls in ihrem Sinne ausgebeutet. Dazu kommt, dass das Regionalkomitee der KP unter dem Einfluss von Thorez sich dessen Einschätzung der Lage in E-L angeschlossen hat. Ihre Schlussfolgerung aus den Gemeindevahlen gipfelt in der Forderung, nach Verstärkung des leninistischen Kampfes um die nationale Frage, die nunmehr die zentrale Achse der Gesamtpolitik und Aktivität der Partei sein soll. In einem Artikel des Regionalsekretärs Walch wird bereits betont, dass der Wahlausgang in Colmar ein Sieg des Parteien des französischen Imperialismus und der Assimilation gewesen ist. Die Haltung der KP in Strasbourg wird darin gelobt und behauptet, dass die Zurückziehung der Liste der KP zugunsten der Volksfront niemand anzutasten wagt, während die Haltung in Colmar - warum nicht in Mülhausen? - verurteilt wird, denn dort "wäre es tausendmal besser gewesen unsere Liste im 2. Wahlgang auch ohne Aussicht auf Erfolg in Gestalt von Mandaten aufrecht zu erhalten, nachdem die heimatsrechtlichen Parteien das Einheitsfrontangebot abgelehnt hatten". Die Unterstützung von Sozialisten und Radikalsozialisten in Colmar gegenüber dem einheitlichen Block aller rechten bürgerlichen Parteien mit den sogenannten Heimatsrechtsparteien wird verurteilt, während die Strasbourg Taktik der Zurückziehung zugunsten der "den Einfluss Hitlers widerspiegelnden" Volksfront ausdrückliche Billigung findet.

Wir möchten hier nur auf folgende Umstände hinweisen:

1.) Thorez hat mit keinem Wort die Tatsache erwähnt und gewürdigt, dass im Bas-Rhin der Einheitspakt zwischen SFIO und KPF im Wahlkampf mit wenigen Ausnahmen nicht funktionierte.

2.) Th. übersieht völlig, dass die kommunistische Bewegung in Strasbourg durch die Spaltung geschwächt ist;

3.) Th. geht mit keinem Wort auf die Versäumnisse der KP in Strasbourg in der Frage des Kampfes um eine Arbeitermehrheit ein!

4.) Th. übersieht völlig, dass die nationale Frage durch die soziale Frage in den Hintergrund gedrängt wurde, dass diese Frage, überall wo der Einheitspakt funktionierte, die Nuancierungen und Unterschiede in der Stellung zur elsass-lothringischen Frage im bürgerlichen Parteiensystem zugunsten des sozialen Gegensatzes, des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den Hintergrund drängte. Wir verweisen auf Mülhausen, Gebweiler usw.

5.) Th. übersieht die Kleinigkeit, dass in Strasbourg infolge des Nichtvorhandenseins einer proletarischen Einheitsfront und der dominierenden Rolle der sozialen Reaktion in der Proporzfront, die Volksfront sich wirksam als der einzig gegebene Schutzwall gegen die Ansprüche der sozialen Reaktion den Arbeitern empfehlen konnte. Und darauf und nicht weil sie die nationale Frage zum Leitstern ihrer Politik machte - ist der Wahlerfolg der Volksfront zurückzuführen.

Das Schicksal der Volksfront in Colmar und die Entwicklung innerhalb der Volksfront in Strasbourg zeigt, dass der hitlerische Einfluss und die prodeutsche Orientierung in der Volksfront, die Gefahr in sich birgt Arbeiter ins Lager der zentralistisch eingestellten bourgeoisen Parteien zu treiben, wenn die KP in der nationale Frage keine selbstständige Klassenlinie einhält, sondern sich zum Anhängsel der sogenannten Heimatsrechtsparteien erniedrigt.

Wir sehen in der Politik der KP, wie sie im Einheitsfrontangebot an die sogenannten Heimatsrechtsparteien und in der Erklärung zum Ausdruck

kommt, wonach die nationale Frage zur zentralen Achse der Gesamtaktivität der KP werden muss, ein Abgleiten vom leninistischen Standpunkt. Diese Linie muss unweigerlich zur Abschwächung des Kampfes gegen alle Abarten des Faschismus, gegen die Kapitalsoffensive usw. führen.

Ist Thorez noch nicht aufgefallen, dass sich die sogenannten Heimatsrechtsparteien, allesamt zum Verteidiger der Vorrechte des Klerikalismus im Elsass machen, dass sie den, in der Resolution des ZK der KPF u. a. geforderten Kampf für die Laizität als einen Angriff auf die nationale Eigenart des Elsass und seine Heimatrechte betrachten, dass sie die proletarische Einheitsfront mit wüster Hass verfolgen, dass sie die Stützen der Bilger'schen faschistischen Propaganda im Bauernbund sind und dass sie im Falle eines Sieges der Arbeiterklasse in Frankreich das Elsass im Namen der Heimatrechte in eine Vendée gegen die siegreiche Revolution verwandeln würden?

Leninistischer Kampf um die Lösung der nationalen Frage, heisst daher Kampf um die proletarische Einheitsfront auch im Elsass, zur Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte aller vom heimischen und innerfranzösischen Kapital Ausgebeuteten und brüderliches Bündnis mit dem innerfranzösischen Proletariat zum Kampfe um den Sturz der Bourgeoisie und der Errichtung der Räterepublik, die allein die nationale Frage zu lösen vermag.

Bisher erklärte die KP, dass sie zur Einheitsfront mit der SFIO bereit ist, trotz deren Ablehnung der kommunistischen Stellung in der nationalen Frage. Indem sie die nationale Frage zur zentralen Achse ihrer Gesamtaktivität macht, verfällt sie ihrerseits in den entgegengesetzten Fehler der SFIO, macht die Einheitsfront mit der SFIO von der Akzeptierung des Standpunktes der KP in der nationalen Frage abhängig. Führt sie die Linie konsequent fort, dann wird sich daraus die Zertrümmerung der Einheitsfront überall dort ergeben, wo der Pakt funktioniert, weil der Aktionspakt auf einer ganz anderen Ebene, auf dem gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Kapitalsoffensive beruht.

Die Partei wird bei Fraktifizierung ihrer neuesten Linie die gleichen Erfahrungen machen, wie die KPD bei den Versuchen dem Hitlerismus die kleinbürgerlichen Massen durch ihr nationales Befreiungsprogramm abzunehmen. Wenn die Partei die elsass-lothringische Frage nicht klassenmässig stellt, wenn sie nicht zeigt dass Kapitalismus und Imperialismus mit nationaler Unterdrückung Hand in Hand geht und die nationale Unterdrückung nur durch die Aufhebung der sozialen Unterdrückung, d.h. durch den sozialen Befreiungskampf der Arbeiterklasse und deren Sieg beseitigt werden kann, dann läuft sie Gefahr ungewollt das Spiel jener Kräfte zu begünstigen, die ob bezahlt oder unbezahlt, das Spiel Hitlers im Elsass treiben. Die Politik der proletarischen Einheitsfront, als der grundlegenden Kraft für den erfolgreichen sozialen und politischen Kampf der Arbeiterklasse, muss auch in Elsass-Lothringen die zentrale Achse der Gesamtaktivität der Partei sein. Davon hängt die Sammlung aller werktätigen Schichten in Stadt und Land ab. Auf der jetzigen Linie wird die Partei nicht vorwärts, sondern nur rückwärts gehen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der neue Gemeinderat in Aktion.
==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Der neue Gemeinderat, der als Ergebnis der prinzipienlosesten Wahlbündnisse und der widernatürlichsten Pakte das Licht der Welt erblickte, gleicht einem Pferdemarkt, auf dem sich die geriebensten Pferdehändler ein Stelldichein geben.

Es ist ein fürmlicher Wettlauf um die Gunst der Schwarzen und M. Walter steht als Triumphator daneben.

Im letzten Gemeinderat stimmten noch Kommunisten und Sozialisten gegen die Kultusaussgaben. Jetzt ist zum ersten Male zwischen allen -zwischen Proporz und Volksfront -eine harmonische Einheit im Dienste an der Kirche hergestellt. Der "Marxist" Hueber früher Antiklerikaler ist auch in der Opposition ein devoter Diener der katholischen Kirche geblieben. Der Freidenker Dahlet nicht minder. Der "Marxist" Imbs aber schliesst sich mit Behagen dem Freidenker Dahlet an und redet davon, dass die Sozialisten schon immer die Pflichtausgaben für die Kirche bewilligt ha-

ben! Aber sie werden auch die anderen Ausgaben bewilligen und sie würden, wenn es ihnen um die Erhaltung der Koalition mit den Schwarzen auf dem Rathause geht, auch die Gehälter der Pfarrer bewilligen, wenn die Gemeinde dafür zuständig wäre. Denn Imbs-Naegelen geht es darum die eben beschlossene Freundschaft mit M. Walter zu erhalten und der Volksfront geht es darum sie wieder zu gewinnen. Deshalb verbeugt sich der gesamte Gemeinderat ergebenst vor der Kirche.

Anders sieht es schon bei der Behandlung des Antrags der Volksfront wegen der Polizeiattake auf die Olympiadeteilnehmer aus. Man war in arger Verlegenheit bei den Sozialisten, wie man sich ohne die Freundschaft mit Frey zu stören, auf eine möglichst passable Art aus der Affaire zieht. Die Volksfront hat es ihnen erleichtert, indem sie sich mit der späteren Behandlung des Antrages -nach Einholung von Informationen beim Präfekten- einverstanden erklärte.

Die Volksfront zeigte weitere Bruchstellen. M. Heysch ist endgültig abgeschwenkt. Hengstler liess sich in Kommissionen wählen und Schluck und Heck wussten nicht recht was sie tun sollten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Reinigungseifer der Proporzler:

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ..
=.=.=.=.=

Die ganze Reihe von Massnahmen der neuen Stadtverwaltung bestätigen, dass sie sich mit Eifer an eine Nachprüfung der Neueinstellungen im Verlaufe der verflossenen 6 Jahre macht. Die "FP" versucht dieser Aktion den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit umzuhängen und sie als eine Liquidation der bisherigen Vetterlichkeit darzustellen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Proporzverwaltung ihre Nachprüfung der Neueinstellungen von durchaus parteiischen Gesichtspunkten vornehmen wird. Sie wird sich hüten ihren Prüfungseifer auch auf die Angehörigen der UPR auszudehnen, die ja heute, wie gestern zu den Profiteuren der Stadtverwaltung gehören, und denen der heutige Maire das gleiche Wohlwollen bekundet, wie der gestrige.

Wenn der Reinigungseifer von so uneigenständigen Motiven bestimmt wäre, wie die "FP" wahr machen will, dann könnte ja eine überparteiliche Kommission eingesetzt werden, in der alle Parteien vertreten sind. Dann würde sich ja erweisen, ob der Reinigungseifer sich auf alle Personen ohne Ansehen und Parteizugehörigkeit erstreckt. Solange das nicht geschieht, müssen wir der Meinung huldigen, dass es sich im wesentlichen bei dieser Aktion um Postenbesorgung für die eignen Parteianhänger handelt.

Im Zuge der Nachprüfungen ist als eines der ersten Opfer, der im städtischen Schwimmbad beschäftigte Hueberianer Strasser zur Entlassung gekommen. Strasser war ein getreuer Fridolin Huebers. Bis zum Tage da er in städtische Dienste kam, war er der Hausverwalter der "Neuen Welt". Als solcher hat er sich speziell im Kampfe gegen die von der IVKO getragene Opposition hervorgetan. So hat er zur Bespitzelung der Parteiposition ein Mikrophon in den Räumen der "NW" angebracht und beim Hinauswurf eines Emigranten betätigte er sich aufstragsgemäss als Anführer der Rausschmeisserkolonne. Gewiss, er ist bald darauf avanciert, aber das Glück war zweifelhaft, wie sich jetzt herausstellt.

Jetzt, da der Mohr seine Schuldigkeit im Dienste der Volksfront, gegen die Politik der proletarischen Einheitsfront und des Kampfes um eine Arbeitermehrheit im Strasbourger Gemeinderat getan hat, ist die "NW" schweigsam wie ein Grab und die Volksfront bringt im Gemeinderat kein Wort des Protestes gegen den Prüfungseifer und die Entlassungen über die Lippen.

Vielleicht überlegt sich Freund Strasser jetzt einmal, ob sich seine Hausknechtsdienste gegen die Kameraden der IVKO gelohnt haben und ob es nicht besser gewesen wäre, er hätte ihren Kampf um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront unterstützt.

Genau so wie Freund Strasser ergeht es jetzt noch einer ganzen Reihe von Kameraden -vor allen die unständig Beschäftigten -und die Volksfront schweigt dazu.

Aus dem Leserkreise:

Um einen Standesbeamtenposten.

Die "NW" hat in ihrem Artikel zum Austritt SchluckHeck-Heysch behauptet, dass sich der alte M. Heysch ~~xxxx~~ für einen Standesbeamtenposten habe kaufen lassen. Durch die Annahme dieses Postens soll er die Volksfront verraten und sich für die Geschäfte der Proporzfront entschlossen haben.

Trotz dieser Behauptung hat die Mitgliederversammlung der Hueberpartei nicht den Ausschluss von M. Heysch beschlossen und auch keinen Beschluss gefasst, der M. Heysch zwingt, den ihm angetragenen Posten niederzulegen. Die Leitung der Hueberpartei ist also bereit den "Verkauf" M. Heyschs zu sanktionieren, wenn er seine Unterschrift unter der bekannten Erklärung zurückzieht. Es handelt sich also nicht um den Standesbeamtenposten, sondern um die Rückgängigmachung der politischen Verurteilung der Volksfrontpolitik durch M. Heysch. Geschieht dies, dann soll als vergeben sein.

Diese Stellungnahme der Hueberpartei hat ihre Ursachen und ist ein Versuch der weiteren Zersetzung Einhalt zu gebieten. Eingeweihte behaupten nämlich, dass der Standesbeamtenposten zuerst Hengstler angetragen wurde. Hengstler aber habe unter Hinweis auf seine Unabkömlichkeit infolge seines Geschäfts M. Heysch an seiner Stelle in Empfehlung gebracht und diesen auch zur Annahme des Postens ermuntert. Als M. Heysch dann die Aufforderung zur Annahme des Amtes erhielt, rief er Hueber an, um dessen Meinung zu hören. Hueber gab keine ablehnende Meinung kund, worauf Heysch seine Zustimmung zur Annahme des Postens erteilte und die ihm übersandten Zustimmungserklärungen mit seiner Unterschrift versehen zur Absendung brachte.

Nachdem dieser Akt beendet war und Hueber nach Rücksprache mit den anderen Volksfrontgrößen zur Ablehnung des Anerbietens kam, wurde M. Heysch aufgefordert, seine bereits erteilte Zustimmung wieder zurückzunehmen, was von Heysch abgelehnt wurde.

Das ist der genaue Vorgang des "Verkaufs" von Michel Heysch, wie er mir bekannt geworden ist, und der jetzt seine nachträgliche Sanktion durch die Mitgliederversammlung der Hueberpartei erfahren hat.

Wir geben dieser Zuschrift Raum, da wir an einer objektiven Unterrichtung der Mitglieder der Hueberpartei informiert sind, zumal das diktatorische Regiment in ihrer Partei ihnen die notwendige Aufklärung versagt. Aus dieser Zuschrift geht hervor, dass zumindestens M. Heysch nicht mit einem Standesbeamtenposten für die Proporzfront gekauft worden ist. Wenn die "NW" diese Mär so eifertig unter die Gläubigen verbreitet, so sollte damit nichts anderes erreicht werden, als eine Unterbindung einer Diskussion über die politischen Ursachen, die M. Heysch aus der Volksfront herausführten. Wenn M. Heysch sich tatsächlich um einen Standesbeamtenposten zum "Verrat" an der Volksfront bereit gefunden hätte und mit einem Saltomortale in der Proporzfront landete, dann wäre darüber selbstverständlich nicht zu diskutieren. Dann hätte man nur nötig den Akt zur Kenntnis zu nehmen und zur Tagesordnung überzugehen.

Da M. Heysch aber erklärt, er sei nicht gekauft worden, er habe die Bündnispolitik mit den Autonomisten satt, er wolle unabhängig von den bürgerlichen Autonomisten und den Proporzparteien Arbeiterpolitik treiben, ergäbe sich daraus erneut die von uns immer wiederholte Forderung: Bruch mit der Volksfrontpolitik, Orientierung auf die Politik der Wiedervereinigung mit der KP und der Politik der proletarischen Einheitsfront.

Um sich dieser Diskussion zu entziehen, musste die "NW" Michel Heysch als gekauft bezeichnen. Indem wir den wahren Tatbestand über den "Verkauf" M. Heysch der Öffentlichkeit unterbreiten, wollen wir einer Diskussion um die Politische Orientierung der Hueberanhänger den Anstoss geben, die sich als zwingende Forderung aus dem Falle M. Heysch ergibt.

Betonen möchten wir hier nur noch: Die Haltung von Schluck und Heck in der letzten Gemeinderatssitzung enthielt nichts, was an die Haltung eines Kommunisten erinnerte. Will Heysch sich in ihr Schlepptau nehmen lassen?

Verantwortlich: WITTE, HIRTENBERG

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzelnummer: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASSBOURG

N° 44/II. Jahrgang

Fünfte Juniwoche 1935.

LEBAS SCHLÄGT ALARM!

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Vorstösse der faschistischen Verbände in Gestalt von "Strafexpeditionen" und Paraden häufen sich im ganzen Lande. Laval hat der Kammer, als eine Besprechung dieser Dinge verlangte, mit sofortiger Vertagung gedroht und ist damit noch einmal durchgedrungen. Inzwischen hat eine Delegation der Radikalen abermals bei Laval vorgesprochen, um energische Massregeln gegen die faschistischen Vorstösse zu verlangen. Laval hat zugesagt, dass er energisch eingreifen werde und dass er noch vor der Vertagung der Kammer eine entsprechende Erklärung abgeben werde. Das Misstrauen gegenüber der Lavalschen Erklärung ist umso grösser, da Laval schon einmal solche Versprechungen abgegeben hatte, ohne sie zu halten.

Die Gruppe der Linken in der Kammer, der auch die Kommunisten angehören, hat beschlossen, während der Kammerferien ein sogenanntes Vigilanz-Komitee einzurichten und hat Vorkehrungen getroffen, damit das Parlament im Falle eines faschistischen Handstreichs sofort einberufen werden kann.

Die Gefahr der faschistischen Vorstösse besteht darin, dass dadurch die Bevölkerung daran gewöhnt werden soll, dass die Faschisten die Strasse beherrschen.

Diese Taktik der Faschisten ist umso gefährlicher, als KPF und mit ihrer SFIO ihre Aktionen auf der Linie der Koalition zwischen SFIO, KPF und Radikalen und auf parlamentarischer Basis führen. Erst in den letzten Tagen ist die Losung der Bildung von Abwehrorganisationen gegen den faschistischen Terror (Verteidigung des Volkes) herausgegeben worden.

Am 14. Juli wird nun, wenn nichts dazwischen kommt, eine merkwürdige Aktion in ganz Frankreich vor sich gehen - Sozialisten und Kommunisten werden zusammen mit den Radikalen, unter der Trikolore und unter den Klängen der Marsailaise aufmarschieren, um im Zeichen des Bastillesturms von 1789 gegen den Faschismus zu demonstrieren ...

Es geschieht dies im Namen der Volksfront!

Wir haben an dieser Stelle nicht nur die schärfste Kritik und Ablehnung ausgesprochen, als während der Gemeindewahlen und bei den letzten Regierungskrisen die "Volksfront" sich als ein simples Wahl- und Regierungskartell der "Linken" enthüllte, sondern wir haben auch von vorn herein die opportunistischen Abweichungen bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik aufgezeigt, die mit logischer Folgerichtigkeit in den Sumpfgraben des Linkskartells geführt haben.

Unsere Kritik und Ablehnung ergab sich aus der für Kommunisten sonst selbstverständlichen Einsicht, dass die "Volksfront" nicht als ein Kartell mit der radikalen Partei zustande kommen könne, nicht als Übertragung eines parlamentarischen Manövers auf das Land, sondern nur als Ergebnis ausserparlamentarischer Massenaktionen, die zur Schaffung breiter Einheitsfrontorgane führen, die unmittelbare Organe der Massen sind, von ihnen und aus ihrer Mitte gewählt, von ihnen geleitet und kontrolliert.

Die opportunistische und bürgerlich-demokratische Verfälschung der "Volksfront" hat jetzt zu dem sonderbaren Ergebnis geführt, dass einer der Führer der ausschlaggebenden Mittelgruppe der SFIO, Lebas, im Namen der sozialistischen Grundsätze gegen die Volksfront auftritt.

In "Populaire" vom 24. Juni stösst Lebas den Alarmruf aus: "Wohin geht die sozialistische Partei?"

Lebas wendet sich gegen die von der KPF vorgeschlagene Einbeziehung der Radikalen Partei in die "Volksfront". Er fordert, dass die Beschlüsse des Congresses von Toulouse und der CGT als Richtlinien für die Aktion genommen werden.

Er erklärt:

"Auf wen können die ausgebeuteten Massen für diese Aktion rechnen? Sie im Glauben zu lassen, dass sie für die Verwirklichung ihrer Forderungen auf alles das hoffen können, was in die Volksfront eintritt, heisst sie belügen... Wo ist der Sozialist, wo ist der Kommunist, der ernsthaft zu behaupten wagte, dass wir ernsthaft auf die radikale Partei zählen können für die Politik des Kampfes und der tiefgehenden Reformen, die der ganze antifaschistische Kampf erfordert?... Und man versucht in diesem Augenblick, in der grossen Confusion, die man mit der Volksfront angerichtet hat, die sozialistische Partei hinter der radikalen Partei herzuschleppen bis in die Regierung, unter den Vorwand, so der faschistischen Gefahr zu begegnen. Aber die Hauptmacher dieser Politik werden dafür gesorgt haben, dass sie ausserhalb der Regierung bleiben und sie verpflichten sich nicht einmal, die Regierung zu unterstützen. Sie versprechen nur, "die Massregeln zu unterstützen", ohne genau anzugeben welche, wobei sie sich also das Recht vorbehalten, die neue Mehrheit wegen Lauheit und Furchtsamkeit anzuklagen und von ihr an die getäuschten Massen zu appellieren. Genossen, der Augenblick ist kritisch für unsere Partei. Erlaubt nicht, dass sie in einer Volksfront verschwindet, die ohne Programm und ohne Ziel ist, die aber alle möglichen Manöver auf Kosten des Sozialismus ermöglicht."

Es ist traurig, aber leider Wirklichkeit, dass die opportunistische Entstellung der Einheitsfront im allgemeinen und der "Volksfront" in besonderen, dazu geführt hat, dass diese Politik von einem der sozialistischen Führer scheinbar von links her angegriffen werden kann.

Wir unterstreichen: scheinbar. Denn aus den Ausführungen von Lebas ist zu entnehmen, dass seine Hauptsorge die ist, dass die sozialistische Partei, wenn sie mit den Radikalen zusammen in der Regierung ist, von den Kommunisten von links her angegriffen werden kann. Lebas setzt also voraus, dass die Sozialisten in einer Koalitionsregierung mit den Radikalen eine Politik treiben müssen, die Handhaben für eine Kritik von links bietet.

Der wirkliche Hintergrund der Kritik von Lebas ist also ein rechter, opportunistischer.

Aber er kann dieser Kritik einen linken Schein geben, und damit also auch an die linken Strömungen in der SFIO appellieren, weil diese Art von Volksfrontpolitik tatsächlich grundsätzlich unhaltbar, ein Abrutschen in den grössten und plattesten Opportunismus ist.

Diese Kritik, soweit sie von opportunistischen Motiven geleitet ist kann von kommunistischer Seite nur auf eine Art begegnet werden: dadurch dass in der kommunistischen Partei selbst die opportunistische Verfälschung offen der Kritik unterzogen und beseitigt wird und dass sie ersetzt wird durch eine grundsätzlich richtige Politik der "Volksfront" im Sinne der Schaffung breiter Einheitsfrontorgane auf ausserparlamentarischer Basis.

Scheinbar geht mit der opportunistischen Volksfrontpolitik einstweilen alles wie geschmiert. Aber man braucht keine sonderliche Prophetengabe zu besitzen, um heute schon vorauszusagen, dass eine solche Politik nur mit einer Katastrophe, mit schwerster Enttäuschung und Niederlagen enden kann.

Man kann gegen den Faschismus nicht erfolgreich kämpfen mit der radikalen Partei zusammen, sondern nur im schärfsten Kampfe gegen sie. Für eine

wirkliche Volksfront braucht man sicherlich die Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger, die heute noch der radikalen Partei anhängen - aber man muss an sie die Forderung stellen, dass sie sich gegen die Politik ihrer Partei erklären, sich praktisch von ihr lossagen.

Wie kann man "vergessen", dass diese Partei offiziell einer Regierung der nationalen Einheit angehört und zusammen mit Laval, Flandin usw. den Angriff gegen die Lebenshaltung der Werktätigen führt und die faschistischen Verbände vor der Entwarfung und Auflösung schützen hilft?

Es ist höchste Zeit, dass in der Kommunistischen Partei selbst die Selbstkritik gegen diese Art der Volksfrontpolitik einsetzt!

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

NACH DEM ENGLISCH-DEUTSCHEN FLOTTENABKOMMEN.

XX

Der französische Ärger über das englisch-deutsche Flottenabkommen ist umso grösser, als der Wortlaut der Abmachung ergab, dass Frankreich von England über den Inhalt des Abkommens irreführt wurde. Den Franzosen war versichert worden, es handele sich nur um eine provisorische Abmachung. Der Text der Abmachung enthält aber die ausdrückliche Bestimmung, dass die Abmachung als dauernd und definitiv gelten solle!

Die französische Diplomatie bemüht sich, den Schritt gewissermassen rückgängig zu machen dadurch, dass England die Zusage geben soll, dass künftig Rüstungsverhandlungen von England nur kollektiv geführt werden. Soweit England diesen französischen Forderungen entgegenkommt, steht noch dahin. Italien benützt diesen Vorstoss Englands gegen die vorher getroffenen Abmachungen, um in der abessinischen Frage einen verstärkten Druck auf England auszuüben. Der Ausgang der Romer Besprechung Edens zeigt, dass Italien volle Handlungsfreiheit in der abessinischen Frage fordert. Ein englisches Zugeständnis an Frankreich scheint darin zu bestehen, dass England verstärkte französische Flottenrüstungen zulässt, ohne deswegen die eigene Flotte zu verstärken.

Den schärfsten Einspruch gegen das Abkommen hat mit Recht die Sowjetunion erhoben; denn Deutschland erhält dadurch die Möglichkeit, eine überlegene Flottenmacht in der Ostsee zu halten.

Das englisch-deutsche Abkommen liegt auf der Linie des Versuchs, die deutsche Expansion nach Osten, d.h. vor allem gegen die Sowjetunion abzuwenden. Es schien nach Edens Besuch in Moskau als ob England diese Linie aufgegeben hatte. Es zeigt sich jetzt, dass dies nicht der Fall ist.

Das englisch-deutsche Abkommen zeigt überhaupt, wie unsicher und unzuverlässig die diplomatischen Friedensversicherungen sind; die in der letzten Zeit abgeschlossen wurden. Die internationale Arbeiterklasse muss daraus ihre Schlüsse ziehen. Eine wirkliche Friedenssicherung kann nur durch die eigne revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse und durch den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft erreicht werden. Die Arbeiterklasse muss zweifellos alle Schritte der Sowjetdiplomatie zur Sicherung des Friedens mit diplomatischen Mitteln unterstützen. Sie darf sich aber keineswegs auf diese Aufgabe beschränken, sondern muss darüber hinaus ihre selbstständige Aktion führen.

Für Hitlerdeutschland ist das Abkommen ein grosser Gewinn an internationalen Prestige. In diesem Sinne wird es denn auch von der Hitler-Regierung mit allen Kräften ausgenützt.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

DER REGIERUNGSWECHSEL IN JUGOSLAVIEN .

XX

Die neue jugoslawische Regierung bedeutet eine scharfe Wendung gegen den bisherigen Kurs. Eine Reihe von Mitglieder der bisherigen Oppositionsparteien im serbischen, kroatischen und slovenischen Gebiet sind in die Regierung aufgenommen worden. Mit dem Führer der stärksten kroatischen Oppositionspartei wird über den Eintritt in die Regierung verhandelt.

Die kroatische Opposition und andere Oppositionsparteien stellen als Bedingung, dass das bisher geltende skandalöse Wahlrecht zugunsten des Proportionalwahlrechts abgeschafft werde und dass die Wahlen ohne den

Regierungsdruck stattfinden.

Man darf jedoch diese Wendung nicht so auffassen, als ob nun in Jugoslawien ein faschistisches Regime zu demokratischen Methoden zurückkehre. Was in Jugoslawien bestanden hat, war kein faschistisches Regime im eigentlichen Sinne des Wortes - dazu fehlten vor allem die faschistischen Massenorganisationen - es war eine der im Balkan nicht neuen Militärdiktaturen. Die Militärdiktatur war im Zusammenhang mit den nationalen Gegensätzen und den Wirkungen der Wirtschaftskrise im Lande in die Sackgasse geraten und gibt nun Dampf nach rückwärts. Wirkliche faschistische Diktaturen lassen sich nicht auf diese Weise reformieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

HERABSETZUNG DER LEBENSMITTELPREISE IN DER SOWJETUNION.

XX

In der letzten Zeit sind in der Sowjetunion die Preise für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel, so wie Mehl, Kartoffeln, Milch usw. um 20 und mehr Prozent herabgesetzt worden. Dieser allmähliche Abbau der inneren Inflation bedeutet eine sehr fühlbare Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter. Das Ziel ist, in kurzer Zeit wieder die Preise von 1928/29 zu erreichen. Da die Nominallöhne inzwischen um 60 - 80 % erhöht worden sind, bedeutet der Abbau der inneren Inflation eine fortlaufende Steigerung des Reallohnes.

Diese Steigerung der Reallohne wird vor allen Dingen ermöglicht durch die wachsende Produktion in der Fertigungsindustrie, durch die ständige Abnahme der Produktionskosten infolge steigender Arbeitsproduktivität u. dadurch, dass die Kollektivwirtschaft auf dem Lande ihre anfänglichen Schwierigkeiten zu einem erheblichen Teile überwunden hat. Die Aussichten für die diesjährige Ernte sind ausgezeichnet und zwar ist das nicht nur eine Folge des günstigen Wetters, sondern vor allen Dingen der verbesserten Arbeit der Kollektivwirtschaften. Die Fristen der Aussaat sind weiter verkürzt worden, die Qualität der Feldarbeiten ist verbessert, alles das sind Beweise dafür, dass die Kollektivwirtschaft heute bei der grossen Masse der Bauern sich durchgesetzt hat, dass die Bauern die Überlegenheit der kollektiven Arbeit in der Landwirtschaft an Hand der Tatsachen verstanden haben. Man kann heute sagen, dass die kollektive Landwirtschaft in der Sowjetunion prinzipiell und definitiv gesiegt hat.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EIN NEUES FURCHTBARES ZUCHTHAUSURTEIL GEGEN DIE KPD-OPPOSITION.

XX

Nachdem erst vor kurzen in Thüringen drakonische Zuchthausurteile gegen Arbeiter gefällt wurden, wegen der Beschuldigung die KPD-O illegal fortgeführt zu haben - so erhielt Hans Becker als angeblicher Leiter der KPD-O Weimar 10 Jahre und der Arbeiter W. Kopp aus Greiz als angeblicher Leiter der KPD-O 8 Jahre Zuchthaus - fand jetzt erneut ein Prozess vor dem Sondergericht in Jena gegen 15 Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Angeklagten wurden beschuldigt als Mitglieder der illegalen KPD-Opposition Hochverrat gegen das III. Reich begangen zu haben. Nach 1 1/2 tägiger Verhandlung wurden 11 Kameraden zu insgesamt

44 Jahre Zuchthaus und Gefängnis

verurteilt. Der von der Anklage als Leiter der KPD-O bezeichnete Arbeiter Brundig erhielt 12 Jahre Zuchthaus. Eine 18 jährige Kameradin wurde zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Strafen bewegen sich zwischen 5 Jahren Zuchthaus und 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis.

In der Urteilsbegründung wird auf die hochverräterische Tätigkeit der KPD-Opposition hingewiesen, durch die sie die Reichsregierung stürzen und einen proletarischen Staat nach russischen Muster errichten wolle. Die aussergewöhnliche Höhe der Strafen wird damit begründet, dass die Angeklagten von ihrer Gesinnung nicht abgehen und "in gehässiger Weise eigenes Gedankengut im kommunistischen Sinne zu verwerten versuchten". Die Angeklagten waren in der Untersuchungshaft furchtbar misshandelt worden, benahmen sich aber vor Gericht wie wirkliche Revolutionäre.

Unsere Freunde und die gesamte Arbeiterschaft muss den Kampf gegen den faschistischen Terror mit ungebrochener Energie fortsetzen.

Partei mit Recht abgelehnt und wie haben sie dabei unterstützt. Die SFIO im Oberelsass hat sich der Forderung der unterelsässischen Forderung nicht angeschlossen. Deshalb funktionierte der Aktionspakt im Oberelsass im Gegensatz zum Unterelsass. Im Unterelsass, wo die SFIO die nationale Frage zum entscheidenden Kriterium der Realisierung des Aktionspaktes machte, ging der Pakt in die Brüche und führte die SFIO zwangsläufig zum Bündnis mit den sogenannten nationalen Parteien in Form der Proporzfront.

Wenn die KP jetzt ihrerseits, die von ihr erstrebte Volksfront im Bündnis mit den sogenannten bürgerlichen Heimatsrechtsparteien auf der Basis des nationalen Befreiungskampfes zu verwirklichen versucht und deshalb die Heimatsrechtsparteien selbst dort gegen die SFIO bei Wahlen zu unterstützen bereit ist, wo der Aktionspakt realisiert ist, so bedeutet dies die Torpedierung der proletarischen Einheitsfront zugunsten einer Front, die keine antifaschistische Front sein kann, sein will und ist.

Soll daher die Volksfront nicht zur Torpedierung der proletarischen Einheitsfront führen, darf sie nicht anderes als eine Ergänzung und Erweiterung der proletarischen Einheitsfront auf der Basis des ausserparlamentarischen Kampfes und auf dem Boden der Klassenforderungen der Arbeiter und aller Werktätigen sein, d.h. sie muss in erster Linie eine Front des Kampfes gegen den Faschismus, gegen die Kapitaloffensive, gegen den imperialistischen Krieg und für die sozialistische Lösung der Krise durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie sein.

Man kann nicht auf allen Hochzeiten zugleich tanzen. Man muss sich entscheiden. Der heutige Zwitterzustand ist auf die Dauer unhaltbar. Er führt zu weiterer Verwirrung und zu allgemeiner Direktionslosigkeit der Partei. Deshalb muss jeder Kommunist für volle Klarheit der Parteilinie kämpfen, sonst ist er nichts als ein grober Opportunist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Vergeblicher Rechtfertigungsversuch:

Ist die Proporzfront die wahre Volksfront?

o-o

Das könnte man meinen, wenn man die Resolution liest, die die drei Gruppen der SFIO des Kantons Strasbourg-Ost in einer Mitgliederversammlung nach einem Referat Lucien Bonns angenommen haben.

Danach ist der Austritt Schkuck-Heck-Heysch aus der Volksfront ein Beweis dafür, wie recht die SFIO hatte als sie den Proporzvorschlag der UPR akzeptierte und alle Angriffe, die von "den linientreuen Kommunisten über die IVKO zur der KPO bis zu den Fortschrittlern und der Landespartei gegen unsere Partei in dieser Beziehung unternommen wurden und alle Verleumdungen prallen heute an der alleinigen Tatsache ab, dass sich die Volksfront in vollständiger Liquidation befindet".

Unsere "Verleumdungen" gegenüber der SFIO wegen der Akzeptierung des Proporzvorschlages der UPR sind so bekannt und die Wirkungen des Proporzbündnisses haben unsere "Verleumdungen" so eindringlich bestätigt, dass wir nicht nötig haben unsere sachlichen Anklagen gegen die SFIO hier zu wiederholen.

Wenn in der Resolution zur Kennzeichnung der Volksfront auf die Erklärung unseres Kameraden Hirtzel in der Gemeinderatssitzung anlässlich seiner Trennung von Hueber zurückgegriffen wird, so möge Lucien Bonn diese Erklärung nur nochmals gründlich lesen und vielleicht merkt er dann, dass sie nach Einreihung der SFIO in das Proporzbündnis und deren Kampf gegen die Aktionseinheit in Strasbourg in vielen Punkten heute auf die SFIO-Führung angewandt werden kann.

Wenn die SFIO-Führung unsere sachlichen Anklagen gegen ihre Bündnispolitik mit Frey, Guri, Walter usw. mit dem Ausdruck "Verleumdungen" belegt, wie sollen wir dann die Verleumdung qualifizieren, wonach auch die IVKO für die Wahl der Volksfront eingetreten sei. Lucien Bonn verleumdet hier bewusst, da er sehr gut weiss, welchen wirklichen Standpunkt die IVKO bei den Wahlen eingenommen hat. Wenn er den Mitgliedern den wirklichen Standpunkt der IVKO wiedergegeben hätte, wäre es aber wahrscheinlich mit der gewünschten Einstimmigkeit aus gewesen.

Ein Hinweis an unsere Freunde den wirklichen Standpunkt der IVKO auch mit Nachdruck den Kameraden der SFIO näher zu bringen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Volksfrontkrise:

Michel Heysch und die ELz.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Michel Heysch hat der Presse eine Antwort an die "ELz" übermittelt, die mit Ausnahme der "NW" von allen Zeitungen veröffentlicht wurde. Es heisst darin u.a.:

"Ich halte daran festzustellen, dass ich in der Parteiversammlung, wo der Beschluss über das Zusammengehen mit den Autonomisten gefasst wurde, nicht anwesend war und dass ich auch nachher nicht um meine Meinung gefragt wurde... Doch nach dem 12. Mai bin ich der Meinung, dass meine Partei ihre Selbstständigkeit zurücknehmen soll, wie ich von Anbeginn der Auffassung war, dass die KPO zur Gemeinderatswahl besser daran getan hätte, selbstständig vorzugehen. Die Verbindung mit den Führern der Landespartei hat uns mehr geschadet als genützt."

Was die Verteidigung der Heimatrechte anbetrifft, habe ich in meinen alten Tagen von der "ELz" keine Lehren anzunehmen. Unter Heimatrechte verstehe ich in erster Linie unsere demokratischen Freiheiten, der Errungenschaften der grossen Revolution von 1789. Doch gerade diese Volksrechte, für die ich in meiner Jugend in Frankreich und während Jahrzehnten in meinem Heimatland gegen die Reaktion, gegen die Ostmarkpolitik, wie vorher gegen die französische Unterdrückung immer in der vordersten Linie gekämpft habe, bringt ihr, von der "ELz" mit eurer Hitlerpolitik in Gefahr..."

Es ist von Euch allerhand Anmassung mich, der ich im Kampfe für die Sache der Arbeiterschaft ergraut bin und mehr Opfer für die Sache gebracht habe als ihr zusammen je bringen werdet, als Verräter zu bezeichnen, weil ich die Verbindung mit den Autonomisten satt habe, von der ich übrigens, wie alle Welt weiss, nie begeistert war. Die Tatsache, dass ich den unpolitischen Trauungsposten angenommen habe, ändert nicht meine bisherige Einstellung. Übrigens hat Kam. Hueber auch Herrn Roos für den Verwaltungsrat der Zivilhospizien vorgeschlagen und wenn er gewählt worden wäre, hätte er ebenfalls den Posten angenommen. Nach wie vor stehe ich treu zu meinen alten revolutionären Prinzipien und zur Sache des schaffenden Volkes und auch weiterhin werde ich im Gemeinderat wie ausserhalb meine letzten Kräfte in seine Dienste stellen."

Wir nehmen die Erklärung, wonach M. Heysch auch weiterhin zur revolutionären Sache der Arbeiterschaft stehen wird, mit Befriedigung zur Kenntnis. Wir hoffen, dass M. Heysch daraus auch alle weiteren Konsequenzen ziehen wird und seine organisatorische Eingliederung in die revolutionäre Front vollziehen wird.

Die Erklärung bestätigt, dass Michel Heysch politische Beweggründe für seinen Austritt aus der Volksfront hatte und er keineswegs daran gedacht hat seine Überzeugung gegen den Posten eines Trauungsadjoints zu verkaufen. Wenn die "ELz" den Eindruck zu erwecken versucht, als habe sie erst durch den Austritt von Michel Heysch aus der Volksfront von dessen Abneigung gegenüber dem Zusammengehen seiner Partei mit den Autonomisten erfahren, so ist der Zweck dieses Manövers doch zu durchsichtig.

Wir jedenfalls können der "ELz" verraten, dass diese Auffassung Michel Heyschs uns schon seit langen bekannt war. Bei den Auseinandersetzungen in der Hueberpartei, die zu unserer Trennung führten, hat M. Heysch aus seiner Sympathie für die von uns vertretene Politik keinen Hehl gemacht. Wenn er unseren Kampf damals nicht aktiv unterstützte, dann deshalb, weil er auf seine alten Tage sich nicht mehr in innerparteiliche Auseinandersetzungen stürzen wollte und immer noch hoffte Hueber werde selbst noch die Kraft zur Liquidierung der Volksfrontpolitik finden.

Wer damals aus seiner Sympathie für unseren Kampf ebenfalls keinen Hehl machte und seine vollkommene Solidarität bekundete, war das jetzige Gemeinderatsmitglied der Hueberpartei H. Muerschel. Wir geben dies der "ELz" zur Kenntnis, damit sie im Falle zukünftiger Betriebsunfälle in der

Volksfront nicht ebenfalls völlig desinformiert ist.

Im übrigen scheint uns symptomatisch, dass die "Elz" sich im Falle Hengstler so reserviert verhält. Hengstler ist doch als einziger Huebermann in einen Verwaltungsrat (des Office public d'Habitatbon & bon marche) gewählt worden und er hat die Wahl ebenso angenommen wie Michel Heysch. Wenn die Folgerungen der "Elz" und der "NW" im Falle Michel Heysch auch nur den Schein innerer Berechtigung behalten sollen, müssten sie auch Hengstler gegenüber angewendet werden. Oder ist die Volksfront innerlich schon so zersetzt, dass sie gegenüber Hengstler tolerieren will, was sie bei Michel Heysch noch Verrat nannte?

Unsere Meinung zu diesem Zweiseitigkeitsverfahren: Im Lager der Volksfront muss es böse aussehen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Krise in der UPR:

Die Auseinandersetzung geht weiter.

=====
=====

Die "Beerdigung" des Elsässer-Redaktors Kästle wegen seines Vorstosses gegen den Heimatbund durch die offiziellen Parteinstanzen der UPR bedeutet keineswegs das Ende der Auseinandersetzungen in der UPR, deren Grund und Ursache wir hier bereits ausführlich behandelten.

Nachdem die "Elz" die Erledigung des Vorstosses gegen den Heimatbund im Sinne einer Verurteilung der Taktik des Strasbourger Kreisvereins der UPR bei den Gemeinderatswahlen ausgelegt hat und damit der Entscheidung der UPR-Instanzen eine im Sinne Rossés liegende Interpretation gab, hat sich Michel Walter höchst persönlich im "Elsässer" zu Wort gemeldet. M. Walter erklärt, dass die Entscheidung nicht das geringste mit der Taktik der UPR in Strasbourg zu tun habe und die "Elz" lange darauf warten könne, bis das Landeskomitee der UPR eine diesbezügliche, ihm genehme Entscheidung treffen wird. "Wir verraten kein Geheimnis - schreibt M. Walter - wenn wir behaupten, dass im Landeskomitee der UPR sich niemand fand, der die Verteidigung der "Elz" hätte übernehmen wollen!"

In der Dienstagnummer, vom 25. Juni betritt auch C. Didio im "Elsässer" die Kampfarena, um die Haltung des Strasbourger Kreisvereins der UPR gegenüber den Angriffen aus dem eignen Lager - "Elsässer Kurier" - zu verteidigen. Die UPR Strasbourg habe keinen Prinzipienverrat begangen. Erstens, sei der Block der "Volksfront" niemals von der UPR zum Prinzip erhoben worden. Zweitens versuchte auch die UPR in Colmar und Mülhausen zum Proporz zu kommen und wären die Sozialisten dort darauf eingegangen, wäre die gleiche Lage entstanden wie in Strasbourg. Drittens habe die UPR auch in der Vergangenheit bestimmte Abkommen mit den Sozialisten getroffen, trotz deren antiklerikaler Gesinnung. Viertens führe der von der UPR gestrebte gesetzliche Proporz zwangsläufig dazu, dass auch dort Kommunisten und Sozialisten eine parlamentarische Vertretung erhielten, wo sie sie jetzt als Minderheit nicht erhalten. Fünftens hätte der Proporz in Strasbourg nicht zur Auflösung der Arbeitsgemeinschaft führen brauchen, nachdem aber die Volksfront ihre Wahltaktik auch zur Grundlage ihrer gesamten Gemeinderatstätigkeit machte, wurde ihre Wiederherstellung durch die UPR unmöglich.

Für uns ist der Streit um den "Prinzipienverrat" der UPR von sekundärer Bedeutung. Unsere Stellung zu den Auseinandersetzungen in der UPR haben wir ausführlich fixiert. Für uns ist viel wichtiger, dass der Proporzvorschlag der UPR in Strasbourg sich praktisch als erfolgreiches Sprengpulver der Einheitsfront erwies und dass die SFIO infolge der Fortsetzung der Proporzfront nach den Wahlen fortzeugend böses muss gebären.

=====
KAMERADEN DER I.V.K.O.
=====

Am Montag, den 1. Juli abends 8 Uhr im bekannten Lokal

Mitgliederzusammenkunft.

Stellungnahme zur politischen Lage und zur Einheitsarbeit.

Erscheint pünktlich.

=====
Verantwortlich: EMIL HIRTZEL
=====